

Georg Gesk, Thomas Heberer,
Norman Paech, Monika Schädler,
Helwig Schmidt-Glintzer (Hg.)

**Xinjiang – eine Region im
Spannungsfeld von
Geschichte und Moderne**

Beiträge zu einer Debatte

Georg Gesk, Thomas Heberer, Norman Paech,
Monika Schädler, Helwig Schmidt-Glintzer (Hg.)

Xinjiang – eine Region im Spannungsfeld von Geschichte und Moderne

Berliner China-Studien

59

Herausgegeben von
Mechthild Leutner

Ostasiatisches Seminar
der Freien Universität Berlin

LIT

Georg Gesk, Thomas Heberer,
Norman Paech, Monika Schädler,
Helwig Schmidt-Glintzer (Hg.)

Xinjiang – eine Region im Spannungsfeld von Geschichte und Moderne

Beiträge zu einer Debatte

LIT

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-643-25136-7 (br.)

ISBN 978-3-643-45136-1 (PDF)

© LIT VERLAG Dr. W. Hopf Berlin 2024

Verlagskontakt:

Fresnostr. 2 D-48159 Münster

Tel. +49 (0) 2 51-62 03 20

E-Mail: lit@lit-verlag.de <https://www.lit-verlag.de>

Auslieferung:

Deutschland: LIT Verlag, Fresnostr. 2, D-48159 Münster

Tel. +49 (0) 2 51-620 32 22, E-Mail: vertrieb@lit-verlag.de

Inhalt

Einleitung	7
<i>Hans van Ess</i> Geschichte Xinjangs und der Uiguren vom 15. bis zum 19. Jahrhundert	35
<i>Thomas Heberer</i> Sicherheitsdilemma und Nationsbildung: Politisch- gesellschaftliche Hintergründe der Entwicklung in Xinjiang	65
<i>Norman Paech</i> Die Menschenrechte der Uiguren	171
<i>Georg Gesk</i> Das Ziel der Verwirklichung des Rechtsstaats – in Xinjiang	205
<i>Barry Sautman</i> Xinjiang: Bloodless Genocide or Blood Libel?	247
<i>Yitzhak Shichor</i> Elephant in the China Shop: the Uyghur Pyrrhic Victory	303
<i>Mechthild Leutner</i> Gelehrte und Chinawissenschaftler als „Chinesenfreunde“ und „Chinaversteher“: Ein tradiertes Mittel der Auf- und Abwertung vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart	339
<i>Hauke Neddermann</i> Im Fadenkreuz der Meinungsmacher: Zur Xinjiang-Berichterstattung in deutschen Medien	409
<i>Udo B. Barkmann</i> Zentralasien als kontinentale Brücke oder Thukydides-Falle?	431
<i>Helwig Schmidt-Glintzer</i> Das Tarim-Becken – Chinas Achillesferse im geopolitischen Kontext	485
Autorinnen und Autoren	513

Einleitung*

Das heutige Autonome Gebiet Xinjiang der Uiguren, im Folgenden auch kurz XUAR, blickt auf eine lange und bewegte Geschichte zurück. Xinjiang 新疆 lässt sich als „Neue Grenze“ übersetzen. An den nordwestlichen Rändern des chinesischen Reiches gelegen, war die Region stets ein Verbindungs-, Transit- und Austauschort für Handel, Kultur und Religionen zwischen den Kontinenten Europa, Afrika und Asien, oftmals stand sie aber auch im Fokus unterschiedlicher imperialer und kolonialer Begehrlichkeiten. Seit dem 18. Jahrhundert war sie, mit kurzen Unterbrechungen, Teil des chinesischen Reiches unter den Kaisern der Qing-Dynastie (1644-1911) und der nachfolgenden Republik China. Im Rahmen der Neuordnung Chinas nach 1949 entstand 1955 das Uigurische Autonome Gebiet Xinjiang.

Seit einigen Jahren ist dieses Gebiet zum Gegenstand einer weltweit geführten Debatte geworden, bei der Ethnizität und Menschenrechtsfragen im Vordergrund stehen. Der Vorwurf des Genozids wird erhoben. Im Bewusstsein, dass solche Debatten immer wieder auch Ausgangspunkte von gewaltsamen Konflikten bis hin zu Kriegen geworden sind, wollen die Herausgeber des vorliegenden Bandes als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den Blick auf Xinjiang weiten und geschichtliche Hintergründe ebenso wie neuere Erkenntnisse in die Debatte einbringen.

Zur Genese der Kampagnen gegen Chinas Politik in Xinjiang

Die Verbindungen zwischen Xinjiang und den Uiguren, einem Turkvolk, das ursprünglich in der mongolischen Hochebene nördlich der Wüste Gobi lebte und zwischen 744 und 840 ein mächtiges Reich bildete, sind komplex und wechselhaft. Darauf wird in einzelnen Beiträgen des vorliegenden Bandes näher eingegangen.¹ Der Hinweis auf diese Zusammenhänge soll einen aufgeklärten Blick auf diese Region und die heute insbesondere im Hinblick auf die Ethnizität geführten Debatten befördern.

* Zur besseren Lesbarkeit wird in diesem Band in vielen Fällen das generische Maskulinum verwendet.

¹ Ausführlich mit der Geschichte der Uiguren befassen sich die Beiträge von Hans van Ess und Thomas Heberer in diesem Band.

Seit Mitte der 2010er Jahre steht Xinjiang wegen ethnisch und religiös begründeter Unruhen zunehmend im Blick der Weltöffentlichkeit. Ein Zusammenhang mit Chinas Politik der Neuen Seidenstraße, bei der dieses große Gebiet eine wichtige Rolle im Anschluss Zentralchinas an die zentral- und südasiatischen Nachbarstaaten Chinas spielt, ist naheliegend. Angesichts des Vorwurfs einer Verletzung grundlegender Menschenrechte der Uiguren ist die Aufmerksamkeit gerechtfertigt. Umso dringender ist allerdings zu klären, ob und inwieweit diese Debatte auch im Rahmen einer zunehmenden geopolitischen Frontbildung zu sehen ist und welchen Anteil der Aufbau von Feindbildern hat.² Dies gilt umso mehr, als die Frontbildung auch eine Folge des wirtschaftlichen Erstarkens Chinas und daraus abgeleiteter neuer Geltungs- und Mitwirkungsansprüche ist.

Seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen Ende der 1970er Jahre, die zeitlich einherging mit dem Beginn von Chinas Reform- und Öffnungspolitik, waren die Beziehungen zwischen der Weltmacht USA und China bis ins erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts hinein immer enger geworden. Heute sind die beiden Mächte wirtschaftlich eng verflochten. Allerdings zeichnet sich seit dem Beginn der 2010er Jahre eine Kehrtwende ab: Mit der Politik des „Pivot to Asia“ legte die Obama-Administration im November 2011 den regionalen Fokus der US-amerikanischen Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik auf Asien als Antwort auf das Erstarken Chinas. Etwa zeitgleich verkündete China, das seit Oktober 2012 von Xi Jinping als Parteivorsitzendem und seit März 2013 auch als Staatspräsident geführt wird, die Initiative zum Aufbau der Neuen Seidenstraße. Im Jahre 2015 folgte die Technologiepolitik des „Made in China 2025“. Und China investiert seitdem erheblich in die Modernisierung seines Militärs. Alle diese Maßnahmen zielen auf eine Stärkung Chinas im globalen Maßstab.

Chinas Streben nach einer neuen multipolaren Ordnung steht dem unbedingten Willen der USA, die globale Vormachtstellung zu behalten, entgegen. Die Auseinandersetzung wird von beiden Seiten mit verschiedensten Mitteln geführt; viele sprechen von einem „Neuen Kalten Krieg“. Über allem schwebt die Drohung kriegesischer Zusammenstöße. Eine neue Spal-

² Vgl. dazu den Beitrag von Helwig Schmidt-Glintzer in diesem Band.

tung der Welt in zwei Blöcke scheint sich abzuzeichnen: Die USA, die EU, Kanada, Japan, Australien und einige andere Länder, oft zusammengefasst als „der Westen“, geben sich als Verfechter von Demokratie und Freiheit, die sie gegen diktatorische Autokraten verteidigen wollen. China hingegen betrachtet sich als Vertreter des Globalen Südens, der seinem wachsenden wirtschaftlichen Gewicht und seiner Bevölkerungszahl entsprechend mehr globale Mitsprache einfordert. In den westlichen Ländern werden Forderungen nach einem „De-Coupling“ – neuerdings auch nach „De-Risking“ – laut. Auf chinesischer Seite wird dies wahrgenommen als Versuch der wirtschaftlichen und technologischen Entkoppelung mit dem Ziel, Chinas weitere Entwicklung einzudämmen.³

In solchen Situationen spielt erfahrungsgemäß der Aufbau von Feindbildern eine wichtige Rolle: Der jeweils andere wird negativ dargestellt, entsprechende Narrative werden aufgegriffen und verbreitet. Zudem unterstellen beide Seiten dem jeweils anderen eine gezielte Steuerung von Informationen. Solches trifft seit mehreren Jahren für die USA und China zu. Inzwischen zeichnen europäische Regierungen und Medien, im Gefolge von Entscheidungen der EU, ein überwiegend negatives Chinabild, während die chinesische Regierung eher um eine differenzierte Darstellung Europas bemüht ist, was ihr gelegentlich als Spaltungspolitik gegenüber der EU vorgeworfen wird. Einen Schwerpunkt bei der Konstruktion des Feindbildes China seitens westlicher Regierungen und Medien bildet inzwischen Xinjiang. Berichte von hartem und in seinen Ausmaßen kaum zu rechtfertigendem Vorgehen der chinesischen Regierung zwischen 2017 und 2019 gegen den Terrorismus, der uigurischen Gruppen und Individuen angelastet und auch mit Separationsbestrebungen in Xinjiang in Verbindung gebracht wird, boten den USA und ihren westlichen Verbündeten Anlass zu einer intensiven politischen Kampagne gegen China. Dies hat weitreichende Konsequenzen für Weltwirtschaft und globale Sicherheit. Daher müssen diese Berichte sorgfältig zur Kenntnis genommen werden.

³ Vgl. die aufschlussreiche Analyse zum Thema „De-Risking“ sowie zu Fakten u. Wahrnehmungen: *Riskful Thinking. Navigating the Politics of Economic Security*, hrsg. v. European Union Chamber of Commerce in China u. China Macro Group, Beijing, 2024, <http://www.europeanchamber.com.cn/en/riskful-thinking-report> (Zugriff: 03/2024).

Die vermutlich ersten Berichte in westlichen Medien, zunächst über deutlich verstärkte Sicherheits- bzw. Überwachungsmaßnahmen in Xinjiang (im Dez. 2016 in *Foreign Affairs* und im April 2017 im *China Brief* der US-amerikanischen Jamestown Foundation⁴), entstammten der Feder von Adrian Zenz und James Leibold.⁵ Vorausgegangen waren die Verabschiedung des chinesischen Antiterror-Gesetzes (中华人民共和国反恐怖主义法, in Kraft seit 1. Januar 2016) und der zugehörigen Implementierungsmethoden der XUAR⁶ Ende Juli 2016. Diesen folgten im März 2017 die „XUAR Deradikalisierungsvorschriften“ (新疆维吾尔自治区去极端化条例), die u.a. 14 Phänomene extremistischen Verhaltens benannten.⁷

Am 1. August 2017 begann der Weltkongress der Uiguren seine „Kampagne gegen die Internierungslager“.⁸ Demnach seien seit 1. April des Jahres mehr als eine Million Uiguren in diesen zwangsweise willkürlich festgesetzt, gefoltert und indoktriniert worden bzw. verschwunden.⁹ Diese Zahl wurde auch in der Sitzung des UN Committee on the Elimination of Racial Discrimination (CERD) im August 2018 von Gay McDougall vorgetragen¹⁰

⁴ Zur Jamestown Foundation vgl. „Washington, D.C.-based think tank associated with right-wing actors that monitors security trends in a host of countries stretching from Eurasia to Africa“, http://militarist-monitor.org/profile/jamestown_foundation/ (Zugriff: 01/2024).

⁵ Adrian Zenz: zunächst European School of Culture and Theology, Korntal, Deutschland, inzwischen Senior Fellow bei der Jamestown Foundation und Director in China Studies bei der Victims of Communism Memorial Foundation, Washington, USA (non-resident); James Leibold: Professor, La Trobe University, Melbourne, Australia.

⁶ <http://npc.people.com.cn/n1/2016/0801/c14576-28601824.html> (Zugriff: 01/2024); geänderte Fass. v. 10/2018: <http://cati.nwupl.edu.cn/dtzz/flfg/1079.htm> (Zugriff: 01/2024).

⁷ Vgl. Art. 2; akt., geänderte Fass. v. 10/2018: http://www.guancha.cn/politics/2018_10_10_474949.html (Zugriff: 01/2024).

⁸ <http://www.uyghurcongress.org/en/political-indoctrination-camps/> (Zugriff: 01/2024).

⁹ „Since April 2017, over 1 million Uyghurs have been rounded up by Chinese police and detained against their will in large internment camps (called ‘reeducation’ camps by the Chinese government) where they have been subjected to arbitrary detention, enforced disappearance, political indoctrination, torture, and other serious human rights violations“; <http://www.uyghurcongress.org/en/political-indoctrination-camps/> (Zugriff: 01/2024).

¹⁰ OHCHR Press Release, 18.08.2018, <http://www.ohchr.org/en/press-releases/2018/08/committee-elimination-racial-discrimination-reviews-report-china> (Zugriff: 05/2024).

und von *Reuters* als UN-Statement¹¹ verbreitet – noch vor Publikation des Presseberichts des Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (OHCHR). Im Oktober 2018 wurde die Erziehung in den Berufsbildungs- und Trainingszentren (职业技能教育培训中心; VETCs) explizit als wichtige Maßnahme in die XUAR-Deradikalisierungsvorschriften aufgenommen.¹² Westliche Kommentatoren sahen dies als einen Versuch der nachträglichen Legalisierung bereits erfolgter Zwangsmaßnahmen.¹³

Im November 2018 publizierte das zu einem wesentlichen Teil vom australischen Verteidigungsministerium finanzierte Australian Strategic Policy Institute (ASPI)¹⁴ unter Zuhilfenahme von Satellitenbildern eine Studie über Umerziehungslager in Xinjiang, die rasch von westlichen Medien aufgegriffen wurde und auf die sich Berichte bis heute immer wieder beziehen. ASPI startete im September 2020 auch das *Xinjiang Data Project*¹⁵, in der Anfangsphase finanziert vom State Department der US-Regierung. Das Projekt versteht sich als Plattform für Informationen zu Xinjiang.

¹¹ „U.N. says it has credible reports that China holds million Uighurs in secret camps“. *Reuters*, 10.08.2018, <http://www.euronews.com/2018/08/10/un-says-it-has-credible-reports-that-china-holds-million-ughurs-in-secret-camps> (Zugriff: 05/2024).

¹² „Article 14 amended; Articles 17, 21, 33 added“. *Global Times*, zit.n. <http://www.qiao collective.com/education/> (Zugriff: 01/2024).

¹³ Vgl. z.B. „China changes law to recognise ‘re-education camps’ in Xinjiang“. *South China Morning Post*, 10.10.2018.

¹⁴ Siehe „ASPI Corporate plan 2023-2027“, http://previewapi.transparency.gov.au/delivery/assets/80a82ed1-3e33-027b-b7e0-6493f97f18f8/a9fe7ab2-e3e6-451a-b470-91e829cc32ac/2023-24_australian_strategic_policy_institute_ltd_corporate_plan.pdf (Zugriff: 01/2024); „ASPI is a company limited by guarantee wholly owned by the Australian Government and governed by the ASPI Council. Council members are appointed by the Minister for Defence and include a nominee of the Leader of the Opposition to reinforce the non-partisan nature of ASPI’s work.“ (S. 1) “Government funding, in particular through the Department of Defence, remains the key enabler of ASPI’s operations and accounts for 28% of ASPI’s total income.” (S. 5) Auch andere Staaten und ausländische Geldgeber finanzierten ASPI-Projekte: Im Rechnungsjahr 2019-20 erhielt ASPI u.a. Fördergelder vom Foreign and Commonwealth Office – UK Embassy in China für das Projekt „Support for ‘Uyghurs for sale’ research project“ und vom US-amerikanischen Department of Defense (via Alion Science and Technology Corporation) für ein „Smart tech project“; vgl. <http://s3-ap-southeast-2.amazonaws.com/ad-aspi/2021-03/ASPI%20by%20the%20numbers%2019-20.pdf> (Zugriff: 05/2024).

¹⁵ <http://xjdp.aspi.org.au/> (Zugriff: 01/2024).

Weitere Dokumente, auf die westliche Medien rekurren, sind zum einen die sogenannten *Xinjiang Papers*. Im November 2019 berichtete die *New York Times* über 400 Seiten geleakter Dokumente – Reden prominenter Politiker, u.a. eine Rede Xi Jinpings von 2014 zur Terrorismusbekämpfung in Xinjiang. Die Dokumente seien den Reportern von einem chinesischen Regierungsbeamten zugespielt worden.¹⁶ Nur wenige Tage später veröffentlichte das Internationale Konsortium Investigativer Journalisten die sogenannten *China Cables*, Dokumente zu Internierungslagern, Datensammlung und Massenüberwachung aus dem Jahr 2017, zugespielt von Exil-Uiguren.¹⁷ Im Dezember 2020 berichtete die NGO Human Rights Watch über die „Integrated Joint Operations Platform“ (IJOP), auf der Daten aller Bewohner gesammelt und von der Polizei ausgewertet werden. Von chinesischen Regierungsquellen geleakt seien die *Aksu-Liste* mit Daten von 2.000 Gefangenen und die *Karakax Liste*.¹⁸

Zeitgleich mit der Inspektionsreise der damaligen UN-Menschenrechtsbeauftragten Michelle Bachelet im Mai 2022 nach China und Xinjiang veröffentlichte eine Reihe von Medien – *Spiegel*, *Bayerischer Rundfunk* und elf weitere internationale Pressehäuser – erneut Dokumente: die sogenannten *Xinjiang Police Files*. Nach Angaben von Adrian Zenz waren sie ihm von einem anonymen Hacker, der offenbar in die Computersysteme chinesischer Sicherheitsbehörden eingedrungen war, zugespielt worden.¹⁹ Fotos aus dem Inneren von Internierungslagern, vertrauliche Behördenanweisungen und Reden chinesischer Funktionäre sollten die willkürliche und massenhafte Internierung von Uiguren im Nordwesten Chinas in den Jahren 2017 und 2018 belegen.

¹⁶ Vgl. http://en.wikipedia.org/wiki/Xinjiang_papers (Zugriff: 01/2024).

¹⁷ Vgl. http://en.wikipedia.org/wiki/China_Cables (Zugriff: 01/2024).

¹⁸ <http://www.hrw.org/de/news/2020/12/09/china-big-data-program-targets-xinjiang-muslims> (Zugriff: 01/2024).

¹⁹ *Der Spiegel*, 24.05.2024, <http://www.spiegel.de/ausland/xinjiang-police-files-worum-geht-es-bei-der-china-recherche-a-006c68ed-b722-44bc-b06c-07ffbc85954> (Zugriff: 01/2024).

Einen Höhepunkt der westlichen Kampagnen gegen Xinjiang bildeten die Genozid-Vorwürfe²⁰, die im Juli 2020 vom „East Turkestan Government in Exile“ mit Sitz in Washington an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag herangetragen wurden. Im Dezember 2020 lehnte das Gericht eine Befassung damit zwar ab. Doch im Januar 2021, kurz vor dem Ende der Trump-Regierung, machte sich der damalige US-Außenminister Pompeo den Genozid-Vorwurf gegen China offiziell zu eigen; sein designierter Nachfolger, Antony Blinken, schloss sich an. Entsprechende Beschlüsse erfolgten im Februar 2021 durch das Unterhaus des kanadischen Parlaments und durch das niederländische Parlament, im April 2021 durch das britische Parlament und im Januar 2022 durch die französische Nationalversammlung.²¹ Zum Genozid-Vorwurf beigetragen hatte im Juni 2020 auch ein Bericht von Adrian Zenz in einer Publikation der Jamestown Foundation²² über Zwangssterilisationen und zwangsweise Geburtenplanungsmaßnahmen gegenüber der uigurischen Bevölkerung. Während dieser Bericht rasche Verbreitung in westlichen Medien fand, wurden etliche chinesische Gegendarstellungen (u.a. des Instituts für Menschenrechte der Universität für Politik und Recht Südwestchinas²³) weitgehend ignoriert oder als unglaubwürdig abgetan.²⁴

Über die Genozid-Anschuldigungen hinaus beschlossen westliche Regierungen Sanktionen gegen einzelne Politiker und Organisationen der XUAR sowie wirtschaftliche Sanktionen. Federführend waren auch hier die USA:

²⁰ Grundlegend dazu die Beiträge von Norman Paech, Barry Sautman u. Yitzhak Shichor im vorl. Band.

²¹ Vgl. die Chronologie der Xinjiang-Debatte auf der Webseite des Qiao-Kollektivs: <http://www.qiaocollective.com/education/xinjiang> (Zugriff: 01/2024); vgl. außerdem Wissenschaftlicher Dienst d. Bundestags, 12.05.2021, <http://www.bundestag.de/resource/blob/842080/36cc70595f4d20a03e609de00eabce4d/WD-2-027-21-pdf-data.pdf> (Zugriff: 01/2024).

²² <http://jamestown.org/wp-content/uploads/2020/06/Zenz-Sterilizations-IUDs-and-Mandatory-Birth-Control-FINAL-27June.pdf> (Zugriff: 01/2024).

²³ Siehe 西南政法大学人权研究院: 郑国恩所谓新疆维吾尔族强制绝育种族灭绝独立报告的分析, *Globe Net*, 16.09.2020, <http://c.m.163.com/news/a/FML395P60514R9OJ.html> (Zugriff: 01/2024); vgl. auch „Six lies in Adrian Zenz’s Xinjiang report of ‘genocide’“, <http://news.cgtn.com/news/2020-09-14/Six-lies-in-Adrian-Zenz-s-Xinjiang-report-of-genocide--TMlv2qWemA/index.html> (Zugriff: 01/2024).

²⁴ Ausführlich zu dieser Thematik siehe den Beitrag von Barry Sautman in diesem Band.

Ein im Juni 2020 verabschiedetes Gesetz namens *Uyghur Human Rights Policy Act*²⁵ sanktioniert ausländische Personen und Organisationen, die für Menschenrechtsverletzungen in der XUAR verantwortlich sind, mit Einzug von Vermögen und Visaverweigerung. Es verlangt Berichte des Präsidenten an den Kongress zu Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang, zum Schutz von Bürgern und Bewohnern der USA vor Schikanen und Einschüchterung durch die chinesische Regierung, zum Erwerb und der Entwicklung von Technologie zur Internierung und Massenüberwachung in der Region. Im Juli 2020 verkündeten die USA zusätzlich Sanktionen gegen das Xinjiang Produktions- und Aufbaukorps²⁶ und den damaligen KP-Chef der XUAR, Chen Quanguo. Die Europäische Union, Kanada und Großbritannien schlossen sich im März 2021 mit Sanktionen gegen Beamte der XUAR an.²⁷ China reagierte mit Gegensanktionen gegen Einzelpersonen und Institutionen, was in der EU wiederum zu einem Stopp der Verhandlungen um das seit langem vorbereitete „Comprehensive Agreement on Investment“ (CAI) mit China führte.

Mehr und mehr rückte der Vorwurf der Zwangsarbeit als Menschenrechtsverbrechen in der XUAR als zentrales Argument in die westliche Diskussion. Als einer der ersten diesbezüglichen Berichte gilt derjenige der Asso-

²⁵ <http://www.congress.gov/bill/116th-congress/senate-bill/3744> (Zugriff 01/2024).

²⁶ Das Produktions- und Aufbaukorps (PAK) wurde 1954 mit der Aufgabe der Urbarmachung und Sicherung der Grenzregion von der chinesischen Zentralregierung gegründet; zur Geschichte der Organisation im regionalgeschichtlichen Kontext vgl. Hauke Neddermann (2010), *Sozialismus in Xinjiang. Das Xinjiang Produktions- und Aufbaukorps in den 1950er Jahren*. Münster: Lit. Dabei ist das PAK für Verwaltungs- und Rechtsangelegenheiten zuständig und untersteht der dualen Führung durch die Zentralregierung und die Xinjianger Regierung. Mitte der 2010er Jahre umfassten seine Einheiten etwa 11,9 Prozent der Xinjianger Bevölkerung, 4,3 Prozent der Gesamtfläche Xinjiangs, 20 Prozent der Anbaufläche. Gemeinsam mit der Volksbefreiungsarmee und der Bewaffneten Polizei wird dem PAK eine wichtige Funktion im Widerstand gegen separatistische Sabotage- und Infiltrationsversuche aus dem In- und Ausland und der Wahrung von Stabilität und Sicherheit im Grenzgebiet zugesprochen; State Council Information Office of the PRC (2014), *The History and Development of the Xinjiang Production and Construction Corps*, http://english.www.gov.cn/archive/white_paper/2014/10/05/content_281474992384669.htm (Zugriff: 04/2024). Unter den 2,7 Mio. Bewohnern (2014) des PAK sind etwa 250.000 Muslime (2003); vgl. <http://www.china.org.cn/e-white/20030526/9.htm> (Zugriff: 04/2024).

²⁷ <https://www.qiaocollective.com/education/> (Zugriff: 01/2024).

ciated Press im Dezember 2018²⁸ über das chinesische Unternehmen *He-tian Taida Apparl*, ein Lieferant des US-amerikanischen Sportartikelherstellers *Badger Sportsware*. Das Textilunternehmen würde mit den Lagern, d.h. den sog. Berufsbildungs- und Trainingszentren, zusammenarbeiten und Insassen beschäftigen, die ohne oder gegen verschwindend geringen Lohn in Fabriken arbeiten müssten. Zur Zwangsarbeit zählen Zenz und westliche Medien auch den Transfer von Arbeitskräften. Von China als Instrument der Armutsbekämpfung gesehen, lautet auch hier der westliche Vorwurf „Zwangsarbeit“, da die Beschäftigung außerhalb des Heimatortes nicht freiwillig sei.²⁹ Nach mehr als 15 Monaten Diskussion im US-Kongress erlangte im Dez. 2021 der *Uyghur Forced Labor Prevention Act* (UFLPA)³⁰ Gesetzeskraft. Seit Juni 2022 beschränkt er Importe von Gütern, deren Herstellung mit Zwangsarbeit erfolgte. Es gilt Importverbot für Produkte von gelisteten Herstellern, die in Xinjiang Zwangsarbeiter beschäftigen oder in Zusammenarbeit mit der XUAR-Regierung Zwangsarbeiter aus den Reihen der Uiguren, Kasachen, Kirgisen oder anderer verfolgter Ethnien aus Xin-

²⁸ AP, 19.12.2018, <http://apnews.com/article/99016849cddb4b99a048b863b52c28cb> (Zugriff: 01/2024).

²⁹ Siehe Adrian Zenz (2021), „Coercive Labor and Forced Displacement in Xinjiang’s Cross-Regional Labor Transfer Program. A Process Oriented Evaluation“, *Jamestown Foundation*, <http://jamestown.org/program/coercive-labor-and-forced-displacement-in-xinjiangs-cross-regional-labor-transfer-program/> (Zugriff: 04/2024); BBC, „‘If the others go, I’ll go’: Inside China’s scheme to transfer Uighurs into work“, 02.03.2021, <http://www.bbc.com/news/world-asia-china-56250915> (Zugriff: 01/2024).

³⁰ „This bill imposes importation limits on goods produced using forced labor in China, especially the Xinjiang Uyghur Autonomous Region, and imposes sanctions related to such forced labor. [...] The *Forced Labor Enforcement Task Force* shall report to Congress a strategy for preventing the importation of goods produced in China using forced labor. The strategy must contain certain information, including a list of entities (1) producing goods in Xinjiang using forced labor; or (2) working with the government in Xinjiang to move forced labor or Uyghurs, Kazakhs, Kyrgyz, or members of other persecuted groups out of Xinjiang. [...] The U.S. Customs and Border Protection shall generally presume that goods produced by these entities and certain other entities, including those sourcing material from Xinjiang or involved with Chinese government forced labor programs, are barred from importation into the United States. An importer may rebut this presumption by establishing, with clear and convincing evidence, that the good in question was not produced wholly or in part using forced labor“; <http://www.congress.gov/bill/117th-congress/house-bill/6256> (Zugriff: 01/2024).

jiang beschäftigen, und ebenso für Hersteller, die solche Produkte als geliefertes Material verwenden. Eine Importgenehmigung erteilt die US-amerikanische Zollbehörde nur, wenn der Importeur klar nachweist, dass das Produkt frei von Zwangsarbeit ist.

„Zwangsarbeit in Xinjiang“ ist ein Schwerpunkt des Projekts „Forced Labor Lab“ am Helena Kennedy Center for International Justice der britischen Sheffield Hallam University. Die Untersuchungen mit Berichten seit 2021 richteten sich zunächst auf die Textilindustrie, inzwischen auch auf die Automobil- und die Solarindustrie.³¹ Die dortige Professorin für „Human Rights and Contemporary Slavery“, Laura Murphy, ist derzeit freigestellt und als Beraterin im Office of Strategy, Policy and Plans des U.S. Department of Homeland Security tätig, um dessen Politik der Umsetzung des UFLPA zu unterstützen.³²

In Deutschland steht vor allem der Volkswagen-Konzern im Fokus des Zwangsarbeit-Vorwurfs. Im Einklang mit Chinas Go-West-Politik³³ nahm der Konzern, gemeinsam mit seinem Shanghaier Joint-Venture-Partner SAIC, im September 2013 die Produktion in der Technologieentwicklungszone Ürümqi auf. Seitdem reißt die Kritik nicht ab. Auch ein Ende 2023 im Werk durchgeführtes Audit, das dem Werk Freiheit von Zwangsarbeit bescheinigte, beruhigte die Kritiker im In- und Ausland nicht. Der in gleicher Weise beschuldigte Konzern BASF gab im Februar 2024 seinen Rückzug aus zwei Joint-Ventures in der XUAR bekannt. Immer mehr Unternehmen werden unter Druck gesetzt. So sollen VW, BMW und Jaguar Teile ihrer in

³¹ Siehe <http://www.shu.ac.uk/helena-kennedy-centre-international-justice/research-and-projects/all-projects/forced-labour-lab> (Zugriff: 01/2024).

³² Vgl. <http://sourcingjournal.com/topics/labor/dhs-laura-murphy-sheffield-hallam-helena-kennedy-xinjiang-forced-labor-uyghur-465553/> (Zugriff: 01/2024).

³³ Mit dem Ziel der Verringerung der Entwicklungsunterschiede zwischen den Küstengebieten und den Regionen Zentral- und Westchinas, die mit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik stetig zugenommen hatten, verabschiedete die Zentralregierung 1999 das Maßnahmenpaket „Große Erschließung des Westens“ (西部大开发). Mit zentralen Investitionen und verstärktem regionalem Austausch sollte die wirtschaftliche Entwicklung in 70 Prozent der Landesfläche vorangetrieben werden, u.a. sollten Unternehmen aus den Küstengebieten Zweigunternehmen in Zentral- u. Westchina gründen; vgl. <http://zh.wikipedia.org/zh-hans/西部大开发> (Zugriff: 04/2024).

die USA exportierten Produkte aus der XUAR bezogen und damit gegen den UFLPA verstoßen haben (Stand: Mai 2024). Auch die jüngste Einigung des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments (5. März 2024) über das Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten zielt im Grunde in erster Linie auf China bzw. Xinjiang.

Xinjiang in den Vereinten Nationen

Nach 9/11 (2001) hatten die USA weltweit Allianzen gegen den Terror gebildet und u.a. im September 2002 die Islamische Bewegung Ostturkestans (East Turkistan Islamic Movement; kurz: ETIM) auf ihre Liste der „Persons Who Commit, Threaten To Commit, or Support Terrorism“ und im April 2004 auf diejenige der „Foreign Terrorist Organizations“ (FTOs) gesetzt.³⁴ Auf Bestreben der USA, Chinas, Kirgistans und Afghanistans nahmen auch die Vereinten Nationen ETIM 2002 in die „ISIL (Da’esh) and Al-Qaida Sanctions List“ des UN-Sicherheitsrats auf.³⁵ Während die Gruppierung weiterhin auf der UN-Liste steht, wurde sie auf Anweisung des damaligen US-Außenministers Mike Pompeo im Oktober 2020 von der US-Terror-Liste gelöscht³⁶. Nach Aussage des State Departments fehle seit mehr als zehn Jahren ein glaubhafter Beweis für die Existenz der Bewegung.³⁷

In den Jahren 2019 bis 2023 war Chinas Xinjiang-Politik acht Mal Gegenstand von Kontroversen in der UNO. Doch entgegen den Erwartungen westlicher Regierungen, die Anträge auf Verurteilung Chinas stellten, fanden Gegenanträge, die Chinas Position stützten, deutlich mehr Zustimmung: Nach einer fortlaufend aktualisierten Aufstellung des Qiao-Kollektivs, einer Gruppe chinesischer Auslandschinesen³⁸, erhielt Pekings Position Unterstützung von insgesamt 86 Staaten, die Kritiker lediglich von 56.

³⁴ <http://www.qiaocollective.com/education/xinjiang> (Zugriff: 01/2024).

³⁵ <http://scsanctions.un.org/815u9en-all.html#alqaeda>; vgl. außerdem <http://www.qiaocollective.com/education/xinjiang#timeline-of-events> (Zugriff: 01/2024).

³⁶ http://www.voanews.com/a/extremism-watch_uighur-diaspora-hails-removal-etim-us-terror-list/6200004.html (Zugriff: 01/2024).

³⁷ <http://www.dw.com/en/us-removes-separatist-group-condemned-by-china-from-terror-list/a-55527586> (Zugriff: 04/2024).

³⁸ <http://www.qiaocollective.com/education/> (Zugriff: 01/2024).

Unter Zugrundelegung der Bevölkerungszahlen umfasse das Pro-China-Lager damit 49,3 Prozent der Weltbevölkerung (bzw. 31,4 Prozent außerhalb Chinas), das Anti-China-Lager nur 15,8 Prozent der Weltbevölkerung.³⁹

Der Special Rapporteur on Contemporary Forms of Slavery des OHCHR gab drei Presseerklärungen zu Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang heraus: im März 2021, Juni 2022 und September 2022. (Die Presseerklärung des Jahres 2023 in Bezug auf China richtete sich hingegen gegen Menschenrechtsverletzungen in Tibet mit dem Vorwurf der erzwungenen Einweisung tibetischer Kinder in Internate.)⁴⁰

Im Mai 2022 führte die Menschenrechtsbeauftragte der UN, Michelle Bachetet, wie oben erwähnt, eine Reise nach China und Xinjiang durch. Der 48-seitige Schlussbericht vom August 2022 beschreibt die Genese des Besuchs (Einladung seitens der chinesischen Regierung bereits im Sep. 2018), separatistische und terroristische Ereignisse in der XUAR von 2009 bis 2016 (S. 5-6), rechtliche und administrative Maßnahmen der XUAR-Regierung gegen Terrorismus und Extremismus (S. 5-11), Freiheitsentzug, VETCs und andere Menschenrechtsbelange (S. 11-40). Zusammenfassend wird festgestellt: „Serious human rights violations have been committed in XUAR in the context of the Government’s application of counter-terrorism and counter-‘extremism’ strategies.“⁴¹ Empfehlungen richteten sich u.a. auf die Freilassung willkürlich festgesetzter Personen und (!) die weitere Zusammenarbeit mit OHCHR (S. 43-45). Die chinesische Regierung antwortete mit einer ausführlichen Gegendarstellung im Umfang von 131 Seiten, veröffentlicht als Anhang zum OHCHR-Bericht. Darin erläuterte sie die Deradikalisierungsprogramme mit der Einrichtung der VETCs als Maßnahmen gegen den Terrorismus und zur Armutsbekämpfung sowie detailliert die rechtlichen und administrativen Vorschriften und Maßnahmen.⁴²

³⁹ Vgl. <http://www.qiaocollective.com/xinjiang-at-the-un> (Zugriff: 01/2024).

⁴⁰ Siehe <http://www.ohchr.org/en/press-releases/> (Zugriff: 01/2024).

⁴¹ UN OHCHR 2022, 45. <http://www.ohchr.org/documents/country-reports/ohchr-assessment-human-rights-concerns-xinjiang-uyghur-autonomous-region> (Zugriff: 01/2024).

⁴² Information Office of the People’s Government of XUAR (2022), *Fight against Terrorism and Extremism in Xinjiang: Truth and Facts*, <http://de.china-embassy.gov.cn/det/zt/7c/202209/P020220903589368181607.pdf> (Zugriff: 05/2024).

Eine Reise nach Xinjiang und ein nüchterner Blick

Vor dem Hintergrund der überwältigenden Presse- und Medienkampagne in Deutschland und generell der „westlichen“ Welt schien es den Herausgebern dieses Bandes geboten, einen genaueren Blick auf die Situation in Xinjiang und die historischen Hintergründe zu werfen und natürlich auch auf die chinesische Darstellung – als eine von mehreren Stimmen. Wie sich am Beispiel der dem OHCHR-Bericht vom Aug. 2022 angehängten Gegen-darstellung der chinesischen Regierung zeigt, ist es Peking wichtig, die Situation in Xinjiang zu erläutern, dem Ausland gegenüber vielfach in englischer Sprache. Darüber hinaus hat die chinesische Regierung eine Vielzahl von *Weißbüchern* zum Thema mit umfangreichen Datensätzen herausgegeben,⁴³ in denen sie einzelne Probleme ausführlich darlegt und zu Vorwürfen Stellung nimmt. Seit 2017 waren dies insbesondere folgende Weißbücher:

- *Human Rights in Xinjiang - Development and Progress* (Juni 2017)⁴⁴
- *The Fight Against Terrorism and Extremism and Human Rights Protection in Xinjiang* (März 2018)⁴⁵
- *Cultural Protection and Development in Xinjiang* (Nov. 2018)⁴⁶
- *Historical Matters Concerning Xinjiang* (Juli 2019)⁴⁷
- *Vocational Education and Training in Xinjiang* (Aug. 2019)⁴⁸
- *Employment and Labor Rights in Xinjiang* (Sep. 2020)⁴⁹
- *The Communist Party of China and Human Rights Protection – A 100-Year Quest* (Juni 2021)⁵⁰

⁴³ <http://www.qiaocollective.com/education/> (Zugriff: 01/2024) und <http://english.scio.gov.cn/> (Zugriff: 01/2024).

⁴⁴ http://english.scio.gov.cn/whitepapers/2017-06/02/content_40946969.htm (Zugriff: 04/2024).

⁴⁵ http://english.scio.gov.cn/node_8010999.html (Zugriff: 04/2024).

⁴⁶ http://english.scio.gov.cn/2018-11/15/content_72675096.htm (Zugriff: 04/2024).

⁴⁷ http://english.www.gov.cn/archive/whitepaper/201907/21/content_WS5d33fed5c6d00d362f668a0a.html (Zugriff: 04/2024).

⁴⁸ http://english.scio.gov.cn/2019-08/16/content_75106484.htm (Zugriff: 04/2024).

⁴⁹ http://english.www.gov.cn/archive/whitepaper/202009/17/content_WS5f62cef6c6d0f725793c192.html und http://www.gov.cn/zhengce/2020-09/17/content_5544154.html (Zugriff: 04/2024).

⁵⁰ http://english.www.gov.cn/news/topnews/202106/24/content_WS60d41f65c6d0df57f98dbcf.html (Zugriff: 04/2024).

- *Respecting and Protecting the Rights of All Ethnic Groups in Xinjiang* (Juli 2021)⁵¹
- *Xinjiang Population Dynamics and Data* (Sep. 2021).⁵²

Berichte zu Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Geschichte und Kultur in Xinjiang finden sich u.a. auf der englischsprachigen Website des Informationsbüros des Staatsrats sowie in den chinesischen Tageszeitungen *China Daily* oder *Global Times*. Zudem haben die andauernden westlichen Anschuldigungen manchen Unmut unter chinesischen Bürgern hervorgerufen und sie veranlasst, eigene Berichte und Videos in sozialen Medien zu veröffentlichen.⁵³ In der westlichen Diskussion werden diese Informationen allerdings kaum zur Kenntnis genommen bzw. pauschal als chinesische Narrative oder als von der chinesischen Regierung gesteuerte Propaganda abgetan.⁵⁴

In Anbetracht der sich sukzessive verschlechternden politischen Beziehungen zwischen Deutschland/EU und China (bis hin zu einer eingangs ange deuteten neuen geopolitischen Blockbildung) sowie angesichts der widersprüchlichen bis konträren Aussagen westlicher und chinesischer Quellen entstand das Interesse einer kleinen Gruppe von Chinawissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen und mit jahrzehntelanger China-Erfahrung sowie eines Völkerrechtlers, sich selbst ein Bild der Lage vor Ort zu machen. Die Idee für diese Reise kam von der Gruppe, die auch Orte, Einrichtungen und Gesprächspartner vorschlug. Da die Intention eine wissenschaftliche war, fungierte eine wissenschaftliche Einrichtung als Partnerorganisation: die Akademie der Gesellschaftswissenschaften von Xinjiang (XJASS). Dabei waren sich die Teilnehmer bewusst, dass es sich um eine staatliche Ein-

⁵¹ http://english.www.gov.cn/archive/whitepaper/202107/14/content_WS60ee599bc6d0df57f98dcd8c.html sowie http://www.gov.cn/zhengce/2021-07/14/content_5624800.htm (Zugriff: 04/2024).

⁵² http://english.www.gov.cn/archive/whitepaper/202109/26/content_WS615016cfc6d0df57f98e0e16.html (Zugriff: 04/2024).

⁵³ Das Qiao-Kollektiv hat viele davon auf ihrer Website zusammengestellt: <http://www.qiaocollective.com/xinjiang-responds> (Zugriff: 01/2024). Zudem findet sich u.a. der Hinweis, dass 900 entsprechende Videos auf Youtube Eingang gefunden haben; im Januar 2024 waren es z.B. fast 650 „Uyghur Stories“; siehe <http://www.youtube.com/channel/UCK9Ucky97ozdCwgL-bGM43Q/videos> (Zugriff: 01/2024).

⁵⁴ Ausführlich hierzu der Beitrag von Hauke Neddermann in diesem Band.

richtung handelt und die Möglichkeiten der Informationsbeschaffung generell beschränkt waren. Da die Reisedauer von beiden Seiten begrenzt war, waren der Bezirk Kashgar im Süden, eine der Kernregionen der uigurischen Bevölkerung, sowie die Hauptstadt Ürümqi, wo vor allem mit Rechtsinstitutionen und Wissenschaftlern Themen diskutiert wurden, die schon die Menschenrechtsbeauftragte der Vereinten Nationen aufgeworfen hatte, Ziel der Reise. Zudem stellte die Gruppe Fragen nach dem Verbleib der beiden international renommierten, auch in Deutschland bekannten uigurischen Wissenschaftler, Prof. Tashpolat Tiyp (塔西甫拉提·特依拜; Geograph, ehemaliger Präsident der Xinjiang Univ.) und Prof. Rahile Dawut (热依拉·达吾提, weltweit führende Ethnologin im Bereich uigurischer Kultur). Die Reise wurde von den Teilnehmern selbst finanziert. Zudem wurde vereinbart, dass es keine Beschränkungen der vorgeschlagenen Einrichtungen, der von der Gruppe aufgeworfenen Fragen und der vorgeschlagenen Orte und Gesprächspartner geben sollte. Wegen des wissenschaftlichen Charakters der Reise wurde eine Begleitung durch Presse und andere Medien grundsätzlich abgelehnt. Im Anschluss an diese Reise haben zwei Teilnehmer ein kurzes Statement in der *Neuen Zürcher Zeitung* veröffentlicht, in dem sie für eine erneute Befassung mit den sich offenkundig verändernden Zuständen in Xinjiang warben.

Die so von der XJASS eingeladenen Wissenschaftler, Georg Gesk, Thomas Heberer, Norman Paech, Monika Schädler und Helwig Schmidt-Glintzer, traten im Mai 2023 diese mehrtägige Reise in die Regionen Kashgar und Ürümqi an. Das zentrale Erkenntnisinteresse bestand nicht darin, die unbestreitbaren Vorwürfe im Hinblick auf die Menschenrechtslage zu untersuchen. Vielmehr war zu erkunden, ob sich nach der Einsetzung einer neuen politischen Führungsriege in Xinjiang Ende 2021 hinsichtlich der regionalen Politik mittlerweile etwas verändert hat und – sollte das der Fall sein – in welche Richtung diese Änderungen gehen. Dabei setzte die Gruppe folgende inhaltliche Schwerpunkte: [1] lokale und regionale Entwicklungspolitik und Entwicklungsinstrumente; [2] Beschäftigungs- und Sozialpolitik (inkl. Beschäftigungsmaßnahmen, Arbeitsvergütung, Gleichstellung von Frauen); [3] staatliche Institutionenbildung/Rechtssystem; [4] Bildung, Kultur, Religion und Sprache. In diesem Kontext wurden auf Vorschlag der

Gruppe sowohl entsprechende Einrichtungen besucht und dort Diskussionen geführt als auch Gespräche mit Vertretern von Dörfern, Gemeinden und Landkreisen, um das Gesehene vertiefen und einordnen zu können. Die mehrstündigen Diskussionsrunden in Kashgar mit je ca. 25 Teilnehmern – Lehrer, Schulleiter, Betriebsmitarbeiter, Dorf-, Kreis-, Bezirksbeamte, Leiter der Xinjianger Bildungsbehörde und Mitarbeiter des Xinjianger Amts für die Erneuerung der ländlichen Gebiete – fokussierten zum einen auf das Thema Bildung der ethnischen Minderheiten (Kindergarten, Grundschule, Mittelschule, berufsbildende Schulen), zum anderen auf die ländliche Entwicklung in Xinjiang. In Ürümqi wurden Gespräche mit Stadtplanern zur Stadtentwicklung geführt.

Eine Diskussionsrunde mit Angehörigen des Parlamentarischen Rechtsausschusses der XUAR mit etwa 20 Teilnehmern thematisierte die Rechtsentwicklung der Region mit dem Schwerpunkt Terrorismusbekämpfung in den 2010er Jahren und in der Gegenwart. In einer weiteren Runde trugen etwa zehn WissenschaftlerInnen der XJASS zur Thematik Schutz der Kultur ethnischer Minderheiten vor. Vielfältige Gesprächsmöglichkeiten gab es bei den zahlreichen Sondierungstouren rund um Kultur, Bildung, Wirtschaft in Kashgar und Ürümqi sowie kontinuierlich mit den begleitenden Wissenschaftlern der XJASS. An allen Gesprächen waren Personen verschiedener Ethnien – Uiguren, Kasachen, Kirgisen, Han-Chinesen – beteiligt. Zur Vorbereitung wurden in Peking Gespräche mit Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachrichtungen und mit Xinjiang-Forschern geführt, selbst organisiert und auf informeller Basis. Diesen Gesprächspartnern wurde Vertraulichkeit zugesichert.

Erste Ergebnisse

Von ihren Tagen in Kashgar und Ürümqi haben die Reisenden zusammenfassend erste Ergebnisse mitgebracht. Wichtig ist zunächst, dass Xinjiang keineswegs eine abgeschlossene Region (mehr) ist, sondern offen und rela-

tiv problemlos besucht werden kann.⁵⁵ Die Gruppe war davon ausgegangen, dass sie möglicherweise eine Situation erwarten würde, wie sie bis 2021 berichtet worden war: allgegenwärtige Kontrollen, überall Armee- und Polizeiposten, eine bedrückende Stimmung. So war sie völlig überrascht, dass das alles nicht mehr existierte und „Normalität“ zu herrschen schien. Auch fanden die Gespräche in einer offenen Atmosphäre statt.

Veränderungsprozesse und „Rückkehr zur ‘Normalität’“

Die Reise hat verdeutlicht, dass die „Bekämpfung von Terrorismus und Islamismus“ der Jahre 2017 bis 2020 in Xinjiang inzwischen und im Rückblick als eine Übergangsphase anzusehen ist, die nunmehr von einer Phase neuerlicher „Verrechtlichung“ abgelöst werden soll. Der neue Parteisekretär Ma Xingrui, seit Dezember 2021 im Amt, hat im Gespräch mit der Wissenschaftlergruppe von einer möglichst raschen Rückkehr zur „Normalität“ gesprochen, die im Alltagsleben, v.a. auch im primär uigurisch besiedelten Raum Süd-Xinjiangs, in Stadt und Land bereits erkennbar ist. Staatliche Willkür im Rahmen der „Antiterror-Maßnahmen“ sowie z.T. in der Zeit davor wird inzwischen eingeräumt und mit einem vorübergehenden „Terrornotstand“ erklärt. Die Akzeptanz des neuen Modernisierungsschubs (Bildung, medizinische Versorgung, Arbeit), den insbesondere Süd-Xinjiang in den vergangenen Jahren erlebt hat und der weiter andauert, ist auch gerade mit Blick auf die uigurischen Bevölkerung unverkennbar. Der Terror und seine Folgen hatten nicht nur die Han-, sondern auch die uigurische Bevölkerung betroffen und traumatisiert. Die Lager, die während der Hochphase des Kampfes gegen den Terror entstanden sind, sollen inzwischen weitgehend aufgelöst worden sein. (Ähnlich argumentiert auch Adrian Zenz, der – wie oben dargelegt – in den letzten Jahren die meisten Dokumentationen zur Entwicklung in Xinjiang vorgelegt hat, in einem zeitgleich zu unserer

⁵⁵ Dies stellten auch NZZ-Reporter im Herbst 2023 fest: „Die NZZ war im November [2023] auf eigene Faust in Xinjiang unterwegs. Die Regierung ließ die Reporter zwar beschatten, griff aber nicht in die Recherchen ein“; vgl. <http://www.nzz.ch/international/umerziehungslager-in-xinjiang-es-gibt-sie-noch-von-normalitaet-keine-spur-ld.1767739> (Zugriff: 04/2024).

Reise erschienenen Beitrag in der Zeitschrift *The China Journal*.) Dieser Phase müsse nun, so Ma Xingrui und andere Verantwortliche, eine Institutionalisierung von Recht und die Rückkehr zu bzw. der Ausbau von rechtlichen Verfahren folgen. Die Menschen in Xinjiang müssten wieder Vertrauen in das Rechtssystem fassen. – Natürlich ist die Ankündigung einer „Rückkehr zur ‚Normalität‘“ durch den Parteisekretär angesichts der vorangegangenen Entwicklungen allein noch nicht überzeugend. Von daher bedürfte es weiterer Reisen in die Region und konkreter Sondierung, inwieweit es weitere Anzeichen für eine solche Rückkehr gibt.

Bildungs- und Sozialprogramme zur Stabilisierung

Mit der Einführung von 15 Jahren kostenloser Kindergarten-, Schul- und Berufsausbildung für junge Uiguren hat der Staat einen neuen Entwicklungsschub primär für den Süden Xinjiangs angestoßen und weitet diesen sukzessive auch auf den Norden aus, um neuerlichen Konflikte proaktiv entgegenzuwirken. Dazu gehört die Schaffung einer weitgehend staatlich subventionierten Gesundheitsversorgung sowie eine regional aufgeteilte und angepasste Entwicklungs- und Ressourcenhilfe durch 19 chinesische Provinzen (u.a. im Hinblick auf Investitionen in Industrie-, Agrar-, Dienstleistungs- und Ausbildungsbereiche), um Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Uiguren und Uigurinnen zu schaffen, die nach landesweiten Vorschriften bezahlt werden.

Beispielhaft für die neue Politik sind u.a. die modernen Berufsausbildungszentren, die es mittlerweile in jedem Landkreis in Xinjiang gibt. Ein technisches Berufsbildungskolleg mit ca. 10.000 Studierenden in Kashgar, zweifellos eine Modelleinrichtung, war durch die wohlhabende Provinz Guangdong großzügig ausgestattet worden. Um ländliche Familien zu ermutigen, ihre Kinder zur Ausbildung dorthin zu schicken, erhielten die Studierenden neben der kostenfreien Ausbildung monatlich 200 Yuan zur Unterstützung ihrer Eltern. Vor allem junge Angehörige lokaler ethnischer Minderheiten, darunter ein hoher Anteil junger Frauen, erhält so eine kostenlose berufliche Ausbildung. Insgesamt 22 Fächer wurden angeboten, u.a. Automechanik, IT, Maschinenbau, Modedesign, Tourismus etc.

Bei den vielen Zweigbetrieben ostchinesischer Partnerprovinzen, die staatlich subventioniert werden, handelt es sich meist um lokal angepasste Unternehmen in Bereichen wie Agrartechnologie oder Lebensmittelproduktion. Die Unternehmen bieten Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten und halten sich nach eigener Darstellung an landesweit vorgeschriebene Lohnbestimmungen. Im ländlichen Raum sind in solchen Unternehmen viele Frauen beschäftigt, wobei eine uigurische Managerin erläuterte, wie schwierig es gewesen sei, die Männer in den Dörfern zu bewegen, der Aufnahme von Beschäftigung ihrer Frauen zuzustimmen. Letztlich habe sie das Zusatzeinkommen überzeugt, das zur Hebung des Lebensstandards beitrage. Ein weiteres Beispiel war eine Dorfgenossenschaft, die sich auf die Herstellung traditioneller uigurischer Musikinstrumente spezialisiert hat, um daraus zusätzliches Einkommen zu generieren und zugleich die uigurische Tradition zu pflegen. Während der islamistischen Hochphase seien Musik und die Herstellung von Musikinstrumenten aus religiösen Gründen stigmatisiert worden. Jetzt aber subventionierten die lokalen Behörden das Projekt, denn in den Schulen in Xinjiang würden viele Musikinstrumente benötigt – auch dies sei ein Beitrag zum Erhalt der uigurischen Kultur.

Der Erfolg dieser Politik war u.a. daran messbar, dass die Relikte der umfassenden polizeilichen Überwachung (verstaubte und eingemottete Kontrollstationen entlang der Verkehrsadern auf dem Land) zwar noch vorhanden waren, aber ganz eindeutig in den besuchten Regionen seit längerer Zeit nicht mehr benutzt worden waren.

Eine generelle Diskriminierung der uigurischen Sprache und Kultur konnte nicht festgestellt werden. Zwar ist in den Schulen Hauptunterrichtssprache Hochchinesisch, doch wird im Pflichtschulalter immer auch Uigurisch als Unterrichtsfach angeboten, wie dies in allen Gebieten ethnischer Minoritäten Chinas, die eine eigene Sprache und Schrift besitzen, der Fall ist. Der Staat ist offensichtlich bemüht, uigurisches Kulturerbe zu erhalten, weswegen er beachtliche finanzielle Mittel einsetzt, um hierfür den notwendigen Wissenspool zu vergrößern. Im chinesischen Internet findet aktuell eine akademische Debatte statt über die Notwendigkeit, die Bildung in der uigurischen Sprache in den Schulen zu stärken, wobei zugleich das Defizit an Uigurisch-Lehrkräften beklagt wird.

Warum dieses Buch?

Die vorliegende Publikation entstand aus dem Wunsch, die Erkenntnisse der Reise und weitere Recherchen zur Thematik einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Es ist nicht Anliegen, eine allgemeine umfassende Beschreibung Xinjiangs und der Uiguren zu geben. Vielmehr wollen die Herausgeber bestimmte Konfliktbereiche in den Fokus rücken, die in der aktuellen Diskussion um das Uigurische Autonome Gebiet Xinjiang zu wenig Beachtung finden, unterstützt von Einordnungen auch durch weitere China-, Xinjiang- und Zentralasienwissenschaftler.

Wie wichtig solche Informationen und Analysen auch für die Diskussionen in den Chinawissenschaften sind, zeigt die Episode im Herbst 2023: Am 11. September 2023 publizierten, wie oben erwähnt, zwei der Reisenden – Thomas Heberer und Helwig Schmidt-Glintzer – einen Gastbeitrag in der *Neuen Zürcher Zeitung*: „Jenseits von Hass und Zorn – nach der erfolgreichen Kampagne gegen Terrorismus und Islamismus sollen sich nach dem Willen Pekings die Verhältnisse in Xinjiang wieder normalisieren“. Der Beitrag umfasste zunächst 18.000 Zeichen, musste auf Wunsch des zuständigen Redakteurs aber auf 9.000 Zeichen gekürzt werden. Der Chefredakteur wollte dann nur 5.000 akzeptieren, möglichst „provokative Thesen“, sodass die Autoren die Unterfütterung mit ihren Argumenten weitgehend aufgeben mussten. Erst nach längerer Diskussion haben sie sich entschlossen, der Veröffentlichung des stark gekürzten Beitrags zuzustimmen, um eine Diskussion anzustoßen. Der Artikel löste in der deutschen Sinologen-Community eine emotionalisierte Debatte aus, auf die Mechthild Leutner in ihrem zugleich historisch verorteten Beitrag „Gelehrte und Chinawissenschaftler als ‚Chinesenfreunde‘ und ‚Chinaversteher‘: Ein tradiertes Mittel der Auf- und Abwertung vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart“ im vorliegenden Band eingeht.

Die Reaktionen und ihre Heftigkeit machten noch einmal den großen Bedarf an Diskussion zum Thema Xinjiang deutlich. Sie legten existentielle Fragen innerhalb der deutschen Chinawissenschaft offen: Wie kann zu China geforscht werden, insbesondere zu Xinjiang? Wie ist zu erfassen, was „wirklich“ geschehen ist und geschieht in Xinjiang? Das alte Sprichwort, mit eigenen Augen zu sehen ist tausend Mal besser als darüber zu hören

oder zu lesen, gilt immer noch. Aber was, wenn man nur begleitet, d.h. „unter Aufsicht“ reisen kann? Was, wenn die zu Beforschenden nichts oder nicht „die Wahrheit“ zu sagen wagen? Was vor allem, wenn man aus Angst, die lokalen Forschungspartner oder gar sich selbst zu gefährden, erst gar nicht reist?

Den Herausgebern dieses Bandes ist bewusst, dass der gesamte Xinjiang-Diskurs in den westlichen Medien nicht losgelöst von der allgemeinen China-Politik und der eingangs angedeuteten neuen „Systemrivalität“ zwischen „dem Westen“ und „den Autokratien“ gesehen werden muss. Auch wenn der vorliegende Band sich in diesem Kontext versteht, konzentrieren sich die Herausgeber und Autoren auf die Verhältnisse in Xinjiang selbst. Die komplexe Gemengelage in Zentralasien insgesamt wird dabei durch den Beitrag von Udo Barkmann „Zentralasien als kontinentale Brücke oder Thukydides-Falle?“ unterstrichen. Mit den in diesem Band gebotenen Informationen, wissenschaftlichen Materialien und Überlegungen, die derzeit eher außerhalb des Mainstreams der Xinjiang-Debatte liegen, wollen die Herausgeber zu einer Kultur der Verständigung innerhalb und außerhalb der Wissenschaft beitragen, die pluralen wissenschaftlichen Positionen ihren Raum lässt und zu einem offenen wissenschaftlichen Meinungsaustausch beiträgt.

Kritische Fragen zu Xinjiang bleiben offen: Wie gerechtfertigt sind manche Verurteilungen unter dem Antiterror-Regime? Warum sind die Wissenschaftler Rahile Dawut und Ilham Tohti immer noch im Gefängnis? Ist etwas über Tashpolat Tiyp bekannt? Was ist mit den vielen anderen Inhaftierten? Wenn wir von Verrechtlichung sprechen, bleibt unklar, wie dies umgesetzt und eingelöst wird. Dennoch ist das Plädoyer der Wissenschaftlergruppe und der anderen Beitragenden zu diesem Sammelband in Bezug auf Xinjiang und China klar: Sie empfehlen die Intensivierung des akademischen Austauschs mit Wissenschaftlern vor Ort ebenso wie mit Wissenschaftlern aus anderen Teilen Chinas, die zum Teil seit Jahrzehnten ihre wissenschaftliche Arbeit dem Thema Xinjiang widmen.

So sehr sich die Herausgeber mit den Beiträgen dieses Bandes verbinden, so sind dies doch die Beiträge einzelner Autorinnen und Autoren, die jeweils selbst für ihre Beiträge verantwortlich zeichnen. Dennoch soll an

dieser Stelle ein kurzer Überblick gegeben werden in der Hoffnung, dass die Beiträge in der Summe, aber auch als einzelne gewürdigt und als Stimmen in der Verständigung über die Entwicklung in Xinjiang und die internationale Einbettung des Xinjiang-Diskurses verstanden und diskutiert werden.

Vorrangige Intention der Herausgeber dieses Bandes ist es, unsere eigenen Erfahrungen und Einsichten in einen historisch informierten und die unterschiedlichen gegenwärtigen Öffentlichkeiten und Diskursforen berücksichtigenden größeren Rahmen zu stellen. Als Einstieg in längere Zeithorizonte arbeitet *Hans van Ess* in seinem Beitrag die wechselvolle Geschichte der Verbindung der Uiguren mit dem Gebiet Xinjiang heraus, ebenso wie die Rolle von Angehörigen anderer turksprachiger Völker in diesem Durchgangsraum bzw. in den unterschiedlichen Oasenstädten. Es wird deutlich, dass „erst durch die Umsiedlungsmaßnahmen der Qing, die das leere bzw. entleerte Land urbar machen wollten, damit sich die militärische Expansion rechnete,“ die uigurische Bevölkerung im 19. Jahrhundert sich über das ganze heutige Xinjiang auszubreiten begann. Zugleich erklärt sich der hohe Anteil der uigurischen Bevölkerung zur Zeit der Gründung der Volksrepublik erst aus den Wanderungsbewegungen seit Gründung der chinesischen Republik im Jahr 1911.

Thomas Heberer befasst sich sodann mit den Ursachen für das harsche Vorgehen der chinesischen Führung in der Region Xinjiang, speziell ab 2014. Seit den 1980er Jahren, im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik Chinas, dem Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten in einzelnen Nationalstaaten sowie der Ausdehnung islamistischer Bewegungen im Nahen Osten sowie in Zentral-, Südost- und Südasien machte sich auch in Xinjiang eine schleichende Islamisierung der Gesellschaft bemerkbar, verbunden mit einem Anwachsen separatistischer Strömungen und einer Zunahme terroristischer Akte zunächst in Xinjiang, dann auch in anderen Regionen im Osten Chinas. Der Beitrag gibt zunächst einen Überblick über islamische Ethnien sowie über die Geschichte und die Besonderheiten des Islams in dieser Region. Danach geht er kurz auf die historisch konfliktreiche jüngere Geschichte ein, deren Erfahrungen bis in die Gegenwart im kollektiven Bewusstsein der Ethnien in der Region fortwir-

ken, ehe er auf die wachsenden Tendenzen separatistischer und islamistischer Strömungen zu sprechen kommt. Dabei wird auch das Einwirken solcher Strömungen aus Nachbarländern Chinas behandelt sowie die Renaissance des Islam und die wachsende Ethnizität vor allem unter Uiguren und Kasachen. Das zunehmende Sicherheitsdilemma erzeugte unter der politischen Führung Chinas wie auch in weiten Teilen der Bevölkerung ein Gefühl nationaler Bedrohung, dem der Staat mit einer Politik der Durchsetzung von Sicherheit unter teilweiser Außerkraftsetzung rechtlicher Regeln entgegenzuwirken versuchte. Die Folgen bestanden zugleich in einem stärkeren Fokus der Nationalitätenpolitik auf den Prozess der Nationsbildung. Damit verbunden waren eine Veränderung der Nationalitätenpolitik sowie verstärkte Disziplinierungsprozesse.

Norman Paech beschäftigt sich mit den gegenüber China erhobenen Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen und insbesondere mit dem Vorwurf des Völkermordes und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie der Befassung des „Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages“. Dem zur Seite stellt er weitere Perspektiven, außerdem die Stellungnahme der früheren UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet. Er betrachtet die erheblichen Terrorprobleme auch als Folge einer ökonomischen Vernachlässigung und Perspektivlosigkeit der Uiguren und der anhaltenden Immigration von Han-Chinesen sowie daraus resultierender ethnischer Spannungen in Xinjiang in den letzten Jahrzehnten. Vor diesem Hintergrund widmet er sich der chinesischen Menschenrechtskonzeption und schließt mit einer „völkerrechtlichen Bewertung“ der gegenüber China erhobenen Vorwürfe: Er sieht es als nicht gerechtfertigt an, aus den verschiedenen Maßnahmen der Pekingener Regierung, die man als „Entwicklungsdiktatur“ bezeichnen könne, den Rückschluss zu ziehen, sie erfolgten in der Absicht, „die Gruppe der Uiguren als ethnische Minorität zu zerstören“. Im Hinblick auf weitere Vorwürfe wie Folter, Verfolgung und „kultureller Genozid“ mahnt der Beitrag weitere Untersuchungen und einen offenen „Dialog auf politischer und wissenschaftlicher Basis mit chinesischen Partnern“ an.

Chinesische Politiker und auch die Herausgeber dieses Bandes sprechen angesichts der aktuellen Situation in Xinjiang von einer Verrechtlichung nach einer Hochphase des Antiterror-Kampfes. Ausführliche Grundlagen zu dieser Thematik liefert *Georg Gesk* in seinem Beitrag „Das Ziel der Verwirklichung des Rechtsstaates – in Xinjiang“. Er rekonstruiert das chinesische Rechtsstaatsprogramm, das seit 1999 in der chinesischen Verfassung (1982) verankert ist und sich seit dem Amtsantritt von Xi Jinping signifikant verändert hat. In diesen gesamtchinesischen Rahmen ordnet er die Bemühungen und Vorgehensweisen zur Stabilisierung der XUAR ein. Er zeichnet nach, wie die politische und staatliche Führung Xinjiangs ihr groß angelegtes Projekt zur umfassenden Verbesserung der strukturellen Grundlagen der Gesellschaft im Kampf gegen islamistischen Terrorismus und ethnischen Separatismus mit dem Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und Prozesse verbunden hat. Ausführlich geht er auf die mit den heftig kritisierten Lagern verbundenen Präventions- und Erziehungsziele ein und liefert eine rechtliche Betrachtung dieser Einrichtungen. Die ethnischen Minderheiten, die in Teilen Xinjiangs die lokale Mehrheit bilden, sollen durch Teilhabe an der arbeitsteiligen Produktion bei gleichzeitiger Bewahrung ihrer traditionellen kulturellen Errungenschaften in die Gesamtgesellschaft integriert werden. Gesk zeigt auf, wie die Gesetzgebung der XUAR diese Aufgaben nicht nur materiellrechtlich normiert, sondern auch verfahrensrechtlich ausgestaltet hat.

Barry Sautman erörtert vor allem den Vorwurf des „Genozids“, den er in den Kontext historischer Erfahrungen mit Genoziden stellt. Zugleich hinterfragt er den Begriff des „kulturellen“ Genozids, bevor er sich speziell mit Rechtsdefinitionen beschäftigt und noch auf rechte Umvolkungs-Diskurse („Great Replacement“) und den von Franz Fanon geprägten Begriff des „unblutigen Völkermords“ („bloodless genocide“) eingeht. Ergänzt wird seine Analyse durch die Darstellung entsprechender Debatten in den Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und anderen Ländern. Auch setzt er sich mit der Janusköpfigkeit von Reinheits- und Vernichtungsgedanken auseinander sowie mit den Existenzängsten der weißen Bevölkerung in den USA. Im weiten Blick auf reale und fiktive Pläne, Vorwürfe, Verschwörungstheorien in der jüngsten Geschichte stellt er die Behauptung eines

unblutigen Genozids an den Uiguren in China, speziell durch Geburtenkontrolle, in Frage – nicht zuletzt angesichts frei verfügbarer Bevölkerungsstatistiken. Zugleich werden die Genozid-Behauptungen in den Zusammenhang von Selbstermächtigungsfantasien in der westlichen Welt, insbesondere am Beispiel der Vereinigten Staaten, gestellt.

Wie sehr die gesamte Xinjiang-Debatte ein Ausbund westlicher Fantasien ist und als eine Propaganda-Kampagne verstanden werden muss, zeigt der im vorl. Band nachgedruckte, mit einem aktuellen „Postscript“ versehene Beitrag des langjährigen israelischen Xinjiang-Forschers *Yitzhak Shichor*. Die Debatte sei kontraproduktiv – auch weil sie den Interessen der Uiguren selbst zuwiderläuft. Nicht nur würden die USA sich mit ihren Sanktionen gegenüber China selbst schaden, vielmehr werde durch den Genozid-Vorwurf die Frage nach Möglichkeiten einer Verbesserung der Lebensbedingungen der uigurischen Bevölkerung praktisch ausgeblendet. Shichor zufolge handelt es sich bei der Debatte in erster Linie um eine Anti-China-Kampagne – und zugleich, so Shichor, um ein Ablenken von den Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die westliche Staaten selbst bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts begangen haben. Gerade weil die Kampagne nicht im Interesse der Uiguren sei, sondern ihnen eher schade, hat Shichor ein „Postscript“ verfasst, um sich gegen Anwürfe zu verteidigen und sein Argument zu schärfen. Sein Beitrag verdeutlicht die Komplexität der weltweit geführten Debatte.

Mechthild Leutner befasst sich mit der Frage, warum in Umbruchzeiten gerade China zum Feindbild erklärt und in den geopolitischen Aktivitäten und Argumentationen instrumentalisiert wird, um eigene – vermeintliche oder tatsächliche – Interessen zu verfolgen. In ihrem Beitrag geht sie auf Verschiebungen und Veränderungen insbesondere im europäischen Chinabild ein, die sie in allgemeine geistes- und ideengeschichtliche Trends und das sich verändernde politische Umfeld einbettet. Im Zentrum stand dabei stets die Frage der Perspektive auf und des Umgangs mit China. Letztlich illustriert der Beitrag ein seit Jahrhunderten andauerndes Bemühen um „China-Kompetenz“ – die neuesten politischen Rufe danach sind somit bloß ein weiteres Kapitel. In der Befassung mit der Geschichte der Chinawissenschaft, insbesondere im deutschsprachigen Raum, wird dabei deutlich, dass

es zwar, fast immer, eine Diskursvielfalt und unterschiedliche Positionierungen gegeben hat, dass sich aber, ebenfalls fast immer, auch die Tendenz abzeichnet, China als Europas Gegenbild – im positiven oder im negativen Sinne – zu konstruieren. Im abschließenden Teil ihrer Ausführungen stellt die Autorin ihren Befund in den Zusammenhang gegenwärtiger Weltordnungsdebatten sowie neuer Animositäten innerhalb der Chinawissenschaften und den Ausschluss abweichender Sichtweisen im Xinjiang-Diskurs.

Auch für *Hauke Neddermann* steht Xinjiang derzeit „Im Fadenkreuz der Meinungsmacher“, so der Titel seiner Analyse der Berichterstattung in deutschen Medien. Demnach werde das Feindbild China auf dem Hintergrund der Lage in der XUAR besonders grell ausgemalt: orientalisierende, koloniale und rassistische Zuschreibungen sowie politische Abwehrreflexe gegenüber einem als bedrohlich beschriebenen chinesischen Gegenmodell wirken in ihm zusammen. Einem schrumpfenden Meinungskorridor steht dabei eine zahlenmäßige Vervielfachung veröffentlichter Xinjiang-Texte gegenüber, das wird in der Studie quantitativ und qualitativ herausgearbeitet. In der Berichterstattung spiegeln sich gängige sprachliche Muster der Moralisierung von Konflikten, wie sie aus den Kriegen der letzten Jahrzehnte bekannt sind. Zentrale Bedeutung kommt im massenmedialen Diskurs dem Genozid-Topos zu: in ihm rückt Xinjiang ins Nahfeld von Archipel Gulag und Auschwitz – und die chinesische Volksrepublik wird, in zeitgemäßer Umkehrung westlicher Selbstbilder, zum Reich des Bösen.

Die in den Beiträgen bereits mehrfach adressierte Rolle der USA im geopolitischen Wettstreit um (Vor-) Macht und Einfluss beschreibt, unter Einbezug auch der innerchinesischen Debatte, der Beitrag von *Udo Barkmann* bezogen auf das letzte Jahrzehnt im Detail. Die „Neue Seidenstraße“ steht dabei im Vordergrund, außerdem Zentralasien als vielfältiger Raum. Eingegangen wird auf einzelne zentralasiatische Staaten und deren Hauptakteure, die inzwischen auch in Europa stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit getreten sind. Inzwischen könne von einem „Neuen Great Game“ gesprochen werden, das in Zentralasien ausgefochten wird – bei dem aber auch ein Zusammenschluss zentralasiatischer Staaten ein neues Momentum generieren könnte.

Im abschließenden Beitrag geht *Helwig Schmidt-Glintzer* nochmals zusammenfassend auf die geographische Ausgangslage zur Xinjiang-Debatte ein: Er stellt das Tarim-Becken als multiethnischen Verkehrs- und Begegnungskorridor zwischen Europa und Mittelasien einerseits und Ostasien andererseits ins Zentrum seiner Betrachtungen. Dabei spannt er den Bogen zurück in die längeren historischen Zeiträume und die Rolle dieser Region im früheren „Great Game“, als England und Russland, aber auch andere europäische Mächte dort um Macht und Einfluss rangen und die Vereinigten Staaten noch primär mit sich selbst beschäftigt waren. Dabei kommt er auch auf die allmähliche Rückgewinnung Xinjiangs durch China aus der Obhut der Sowjetunion Ende der 1940er Jahre zu sprechen.

Zum Abschluss möchten die Herausgeber noch einmal unterstreichen, dass sie aus wissenschaftlicher Verantwortung mit diesem Band einen historisch informierten Blick werfen; die gegenwärtige Vielstimmigkeit soll dabei eingefangen werden. Sie tun dies in der Überzeugung, dass nur so die Verflechtung unterschiedlicher Interessen und deren Wechselwirkungen transparent werden und – hoffentlich – die Bemühungen um eine friedliche und gerechte Entwicklung dieser geschichtlich, aber vermutlich auch für die Zukunft bedeutenden Region Innerasiens befördert werden kann.

Die Herausgeber
Juli 2024

Geschichte Xinjiangs und der Uiguren vom 15. bis zum 19. Jahrhundert

Dieses Kapitel dient der historischen Einordnung uigurischer Präsenz in dem seit der Zerschlagung des mongolischen Dsungaren-Khanats im 18. Jahrhundert Xinjiang 新疆 – also: „Neues Grenzland“ – genannten Gebiet, das im Jahr 1884 unter diesem Namen offiziell zur Provinz des chinesischen Kaiserreichs wurde. Die Volksrepublik China hat im Juli 2019 ein *Weißbuch zur Geschichte Xinjiangs* herausgebracht, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Region schon immer multiethnisch besiedelt gewesen sei und nicht einer einzelnen Nation zugewiesen werden könne.¹ Das *Weißbuch* weist eine ganze Reihe von Ungenauigkeiten auf und beinhaltet verschiedene wissenschaftlich problematische Aussagen. So irritiert beispielsweise die Übersetzung der Bezeichnung Xinjiang als ‚land newly returned‘ am Ende von Abschnitt I. Das ist entweder schlechtes Englisch – oder es soll mit der Formulierung suggeriert werden, dass Xinjiang schon immer zu China gehört habe. Historisch mag man diesen Standpunkt vertreten können. Sprachlich ist er allerdings nicht zu rechtfertigen: „xinjiang“ heißt nicht „newly returned“.²

Solch nationalistischer Übereifer verhindert, dass westliche Leser die bedenkenswerteren Aspekte der chinesischen Argumentation rezipieren. Xinjiang hat ja tatsächlich seit 2.000 Jahren eine überaus wechselvolle Beziehung zu China, mit unterschiedlichen Phasen stärkerer und schwächerer

¹ Siehe <http://tt.china-embassy.gov.cn/eng/zggk/201908/P020210728068240711237.pdf> (Zugriff: 05/2024).

² Das landläufig als „zurückkehren“ übersetzte Wort *gui* 歸 wurde im kaiserzeitlichen China gerne für Namen verwendet, die man ausländischen Städten oder Territorien gab, die sich unterworfen hatten. In diesem Zusammenhang heißt *gui* allerdings nicht „zurückkehren“, sondern „sich zuwenden“. So hieß die Stadt Hohhot, mongolisch Köke Khota, auf Chinesisch zunächst *guihua* 歸化 („sich der kaiserlichen Reform zuwenden“). Es ist sehr gut möglich, dass im Hintergrund der falschen Darstellung des *Weißbuches* die Idee des Wortes *gui* steht. Der Gedanke von „[Grenzlanden], die sich China neu zugewandt haben“, könnte auf Chinesisch mit *gui xia/hua* 歸夏/華 oder *gui guo* 歸國 ausgedrückt werden, was man dann wiederum – inhaltlich falsch – als „zu China zurückkehren“ rückübersetzen könnte.

chinesischer Dominanz. Sicherlich richtig ist auch der Hinweis, dass man das riesige Gebiet nicht einfach als „uigurisch“ deklarieren kann, wie dies dem landläufigen Verständnis in Europa und den USA mittlerweile zu entsprechen scheint. Während die Südwest-Ecke des Territoriums im Windschatten weltgeschichtlicher Entwicklungen lag und deshalb ethnisch über einen verhältnismäßig langen Zeitraum recht homogen geblieben sein könnte, war der Großteil des Landes Durchgangsraum, der ständig vielfältigen Veränderungen ausgesetzt war. Zumindest in den einst dsungarischen Gebieten lebte in der nördlichen Hälfte von Xinjiang von der Mitte des 18. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts ein Gemisch aus Angehörigen unterschiedlicher turksprachiger Völker, Mongolen, muslimischen Hui-Chinesen und Han-Chinesen, das sich vor allem im Gebiet der – in wahrscheinlich mongolisch dominiertem Gebiet – neu gegründeten, damals wohl noch Urumqi³ ausgesprochenen Stadt sowie auf Yining/Gulja in West-Xinjiang konzentrierte.

Das Beharren der chinesischen *Weißbuch*-Autoren auf Xinjians Multiethnizität ist offensichtlich westlichen Aussagen entgegengesetzt, wonach bei Gründung der VR China im Jahr 1949 weniger als 5% der Bevölkerung in der Region Han-Chinesen gewesen seien. Impliziert wird, dass deren massenhafte Ansiedlung danach ein Unrecht sei. Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig, die historischen Verhältnisse, auf die sich das *Weißbuch* beruft, anhand von Quellen verschiedener Provenienz zu überprüfen.

Dazu ist auch die Frage nach Herkunft und Identität der Uiguren auf den Prüfstand zu stellen. Sowohl die chinesisch- als auch die englischsprachige Darstellung ist nämlich offenbar lückenhaft. Während für westliche Autoren das Wort „Uiguren“ ein Ethnonym ist, das die Neu-Uigurisch sprechenden muslimischen Oasenstädter sich als einheitliche Ethnie im 20. Jahrhundert gegeben haben, greift das *Weißbuch* auf eine Bedeutung zurück, die der Name „Uiguren“ in den Quellen der Tang-, Yuan- und Ming-Dynastien hatte und wendet sie auf die heutigen Uiguren an. Tatsächlich sprechen die frühen chinesischen Quellen nämlich von Uiguren als Nomaden, die in der Mongolei, im Nordwesten Xinjians und in Usbekistan siedelten, während

³ Damals offenbar noch nicht: Ürümqi; siehe dazu unten.

spätere chinesische Quellen – u.a. die Dynastiegeschichte der Ming – Uiguren nur noch in der Gegend von Hami kennen; mit den türkisierten Bewohnern im benachbarten Turfan sollen diese zwar verwandt gewesen sein, sie galten aber nicht als identisch mit ihnen. Unklar ist auch, ob und wie eng die Bewohner von Turfan nach Einschätzung chinesischer Quellen mit den turkstämmigen Bewohnern Kashgariens in Südwest-Xinjiang ethnisch verwandt waren. Auf jeden Fall waren die Verfasser nicht der Meinung, es handele sich um ein gemeinsames uigurisches Volk.

Heute ist das neu-uigurische Gebiet im westlichen Sinne in den beiden Zentren von Turfan und Kashgarien zu verorten, nicht aber in großen Teilen des restlichen Xinjiangs und auch nicht in der heutigen Hauptstadt Ürümqi. Nach chinesischem Verständnis sind die heutigen Uiguren ein Amalgam aus ursprünglich nomadischen, turksprachigen Völkern der Mongolei und von Hami im chinesischen Grenzgebiet einerseits und den ethnisch davon verschiedenen Bewohnern Turfans und Kashgars andererseits. Im „Westen“ geht man hingegen davon aus, dass die Uiguren ein seit Jahrhunderten einheitliches Volk sind, dessen angestammtes Territorium ein großer Teil von Xinjiang ist.

1. Die Vorgeschichte: Wer und wo waren die Uiguren?

Als Dschinggis Khan seinem schnell wachsenden Mongolenreich die heute Xinjiang genannten Gebiete zu Anfang des 13. Jahrhunderts einverleibte, erwiesen sich die damals teils manichäischen oder buddhistischen, teils nestorianisch-christlichen Uiguren als seine treuesten Bundesgenossen. Deren Hauptstadt war Beschbalik (d.h. „Fünferstadt“), das knapp 200 Kilometer nordöstlich vom heutigen Ürümqi lag. Hauptsiedlungsgebiet scheint aber neben den Gebieten nördlich von Beschbalik bis nach Sibirien⁴ das heutige Usbekistan gewesen zu sein,⁵ wobei Uiguren und Usbeken aus Choresmien

⁴ *Yuanshi* 元史, Peking: Zhonghua shuju, 1976, 63.1575.

⁵ *Yuanshi* 63.1567-1570 listet die Städte auf, die zum Uiguren-Gebiet gehörten. In *Yuanshi* 118.2915 wird Xunsigan 尋斯干, das als Samarkand identifiziert wird, als uigurische Stadt bezeichnet. In *Yuanshi* 63.1568 wird Samarkand allerdings als Samargan 撒麻耳干 transkribiert.

in der Dynastiegeschichte nicht sauber unterschieden werden.⁶ Danach wurde das Gebiet von Xinjiang für mehr als hundert Jahre zum Zankapfel zwischen den in China herrschenden Nachkommen des jüngsten Dschingis-Sohnes, Tolui, und denen des dritten Sohnes, Tschagatai, die nach der Aufteilung des Riesenreiches die Kontrolle über Mittelasien übernommen hatten. An die hauptsächlich in Transoxanien verankerten Tschagatai-Erben, die bald zum Islam übertraten, fiel schließlich um 1309/10 der südliche Teil Xinjiangs, der bis zum Tianshan-Gebirge reicht; der nördliche, von nomadischen Westmongolen, Kasachen und Uiguren besiedelte Teil der Region ging an das Yuan-Reich.⁷

Trotz linguistischer Verwandtschaft von heutigen Usbeken und heutigen Xinjiang-Uiguren basierte die Tschagatai-Herrschaft nicht auf einem natürlich verbundenen Raum. Das Tarim-Becken ist im Westen und im Süden durch bis zu 7.000 Meter hohe Berge von den umliegenden Ländern abgeschirmt. Zwar kann man von Westen her aus diesen Bergen in die Oasenstädte herabsteigen; doch für größere Heere sind sie von Osten aus leichter zu erreichen, wenngleich die Wüste natürlich ebenfalls ein erhebliches Hindernis darstellt.

Mitte des 14. Jahrhunderts spaltete sich das Tschagatai-Reich in einen westlichen und einen östlichen Teil. Während in Transoxanien Timur Lenk das Timuriden-Reich begründete, zogen sich die eigentlichen Nachfolger Tschagatais, die Moghulen (also: Mongolen), ins Gebiet des heutigen Kirgistan, des östlichen Kasachstan und ins Tarim-Becken zurück. Im 15. Jahrhundert fiel das Östliche Tschagatai-Reich, das in westlichen Quellen häufig als Moghulistan, im *Mingshi* jedoch als Beschbalik bzw. von 1418 an als Iliba-

⁶ Eigentlich gehörten die großen Städte des heutigen Usbekistan zu den Huihui 回回, mit denen offenbar die sesshaften Städter aus Transoxanien gemeint waren, während die nomadischen Uiguren Huihe 回紇 waren. Möglicherweise zeigt die geographische Angabe in *Yuanshi* 63 (s. Anm. 4), dass Dschingis Khan den Uiguren für ihre Treue nicht nur ihr eigenes Land, sondern auch das der Transoxanier zugewiesen hatte.

⁷ Michal Biran (1997), *Qaidu and the Rise of the independent Mongol State in Central Asia*, London: Curzon Press, 38; Jürgen Paul (2012), *Zentralasien*, Frankfurt/Main: Fischer, 231. Dieser Grenzverlauf ist auch der Karte „Yuan-Zeit Gesamtkarte 2“ in *Zhongguo lishi ditu ji* 中國歷史地圖集, Bd. 7, Shanghai: Zhongguo ditu chubanshe, 1982, 5f., zu entnehmen.

lik bezeichnet wird, an eine nördliche, eher nomadische, und zwei südliche, eher sesshafte und muslimische Gruppen.⁸ Letztere hatten ihre Basis einerseits in Yarkant, aus dem für mehrere Jahrhunderte ein Khanat hervorging. In diesem bildeten sich sechs Städte im äußersten Südwesten des heutigen Xinjiang heraus, die sich zum „Altishahr“ – d.h. „sechs Städte“ – zusammenschlossen. Welches genau die gemeinten sechs Städte waren, ist unklar. Auf jeden Fall gehörten im Süden Kashgar, Yarkant und Khotan, sowie im Norden Aksu und Kucha dazu; die Zuordnung der sechsten Stadt variierte. Yarkant stellte nominell das Khanat. Doch scheinen die einzelnen Städte recht selbstständig geblieben zu sein und wirtschaftlich prosperiert zu haben, vermutlich lag das an ihrer geschützten Lage im Schatten nördlich davon stattfindender Auseinandersetzungen. Eine separate Einheit bildete die Oase Turfan. Im Norden lag Ilibalik, wohin sich die vermutlich uigurischen Nomaden aus Beschbalik zurückgezogen hatten, mit Zentrum im östlichen Teil des heutigen Kasachstan und im nordwestlichen Teil Xinjiangs. Von Nordosten her breiteten sich ab dieser Zeit die mongolischen Dsungaren immer weiter nach Süden aus. Nun lag auch das ehemalige Uiguren-Zentrum Beschbalik in ihrem Territorium.⁹

Im Norden des tschagataischen Kernlandes verlief die Grenze zwischen dem Ming-Reich und den Tschagatai-Herrschern zunächst zwischen Hami auf chinesischer und Turfan auf tschagataischer Seite durch die eigentlich uigurischen Stammlande. 130 chinesische li – also etwa 70 Kilometer – östlich von Hami verlief der Uigur-Fluss,¹⁰ der wohl nach dort siedelnden oder nomadisierenden Uiguren benannt ist. Die ersten beiden Kapitel über die

⁸ Aus der Beschreibung im *Mingshi* 明史, Peking: Zhonghua shuju, 1974 (i.d.F.: MS), wird dies nicht ganz klar, denn dort wird Beschbalik zunächst als das von Khotan, den Oiraten, Samarkand und Huozhou begrenzte Nord-Xinjiang bezeichnet und Turfan gar nicht erwähnt; vgl. MS 332.8606. Später wird Turfan mehrfach als von Beschbalik bzw. ab 1418 Ilibalik unabhängiger Staat geführt, nachdem der Herrscher von seinem Vetter Vais umgebracht worden und der Stamm nach Westen abgezogen war; vgl. MS 8608.

⁹ Einen guten Überblick liefert die Karte „Ming II“ in *Zhongguo lishi ditu ji* 7, 42f. Die Dreiteilung des Östlichen Tschagatai wird auch in MS 329.8529 erwähnt.

¹⁰ Siehe dazu Emil Bretschneider (1887), *Mediaeval Researches from Eastern Asiatic Sources*, vol. ii, London: Kegan Paul, Trench, Trübner & Co., Teil IV: „China's intercourse with the Countries of Central and Western Asia during the Fifteenth and Sixteenth Centuries, West“, 178.

„Westlichen Gebiete“ der Standardgeschichte der Ming-Dynastie berichten über erheblichen militärischen Druck, dem vor allem die Uiguren dieser östlich von Turfan liegenden Gebiete seitens Turfan und auch der Timuriden westlich des heutigen Xinjiang ausgesetzt waren. Im *Mingshi* ist mit den Uiguren nur die turksprachige Bevölkerung der Gebiete westlich und südlich von Hami gemeint, nicht aber diejenige von Turfan. Zu Beginn der Abhandlung des *Mingshi* über Hami heißt es, dass Zhu Yuanzhang 朱元璋 (reg. 1368-1398), nachdem er das Gebiet der Uiguren befriedet habe, die Militärpräfektur Anding 安定 einrichtete, die sich etwa 100 Kilometer südwestlich des heutigen Dunhuang 敦煌 befand.¹¹ Wenig später ist davon die Rede, dass in Hami 哈密 selbst drei Völkerschaften lebten: Huihui 回回, mit denen wohl Muslime der heute zu Usbekistan gehörenden Turkvölker gemeint sind, Uiguren sowie Kara-Hui, eine Gruppe, deren Herkunft nicht eindeutig zu klären ist.¹² Über das östlich von Turfan gelegene Liucheng 柳城 liest man, dass die Bevölkerung eine Sprache gesprochen habe, die derjenigen der Uiguren geähnelt habe.¹³ Sie galt also nicht als „uigurisch“, auch wenn sie kulturell verwandt gewesen sein dürfte. Nordöstlich von Liucheng befand sich Huozhou 火州, das alte Gaochang 高昌, das offenbar ebenfalls noch zu uigurischem Gebiet gezählt wurde.

Die Herrscher von Turfan hatten bis in die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts mongolische Namen und unterhielten mit den Ming gute Beziehungen. Ab der Mitte des 15. Jahrhunderts annektierten sie die beiden Städte Huozhou und Liucheng, und ihre Herrscher, die nun muslimische Namen trugen und sich als Sultan bezeichneten, traten gegenüber den Ming selbstbewusster auf. 1473 fielen Truppen Turfans erstmals in Hami ein. Ihre Überlegenheit führte dazu, dass die Uiguren sich in den Gansu-Korridor zurückzogen, so dass die uigurische Präsenz in dem angestammten uigurischen Gebiet westlich und südlich von Hami offenbar in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhun-

¹¹ *Zhongguo lishi ditu ji* 7.84 3/6.

¹² MS 329.8511 u. 8513. Bretschneider (1887), *Mediaeval Researches*, 178, sagt: „unknown to me“. Das hier 灰 geschriebene Suffix „hui“ könnte wie das homophone 回 auf die mongolische Bezeichnung „ghul“ für ethnische Gruppen zurückgehen. Kara heißt „schwarz“, insofern hieße das Volk einfach die „Schwarzen“.

¹³ MS 329.8527 u. 8528.

derts beendet war,¹⁴ auch wenn davon auszugehen ist, dass der von Turfan bewirkte Exodus nicht vollständig gewesen sein dürfte. Turfan konnte Hami zu Ende des 15. Jahrhunderts einnehmen. Auch die Ming zogen sich in der Folge aus Hami zurück.

Das alles wirft Zweifel hinsichtlich der Frage auf, ob die Städter des wesentlich weiter entfernten Altishahr, das im *Mingshi* einfach als „Khotan“ (Yutian 于阗) bezeichnet wird,¹⁵ sich als Uiguren verstanden. Danach sieht es nicht aus. Die Ming-Geschichte sieht sie offenbar als etwas gänzlich anderes an als die Uiguren, die für sie Untertanen des chinesischen Reiches waren und die die Herrschaft der Ming offenbar auch derer durch Turfan vorzogen. Allerdings stellt auch die oft geäußerte Ansicht, dass der Name „Uiguren“ für die türkischen Muslime Xinjiangs erst im 20. Jahrhundert aufgekommen sei, eine Vereinfachung dar: Mongolen, Chinesen und auch auf Tschagataisch schreibende Autoren haben diese Bezeichnung auch danach immer wieder verwendet. Zumindest die Erwähnung in mongolischen Quellen lässt darauf schließen, dass Uiguren im ausgehenden 16. und beginnenden 17. Jahrhundert sehr präsent gewesen sein müssen,¹⁶ wobei nicht klar ist, ob damit tatsächlich turksprachige Völker *Xinjiangs* gemeint waren, oder ob es sich nicht um die Uiguren handelte, die sich vor Turfan nach Osten in den *Hexi/Gansu*-Korridor zurückgezogen hatten.

Häufig wird in jüngerer Zeit in englischsprachiger Sekundärliteratur darauf verwiesen, dass der auf Tschagataisch schreibende Mirza Muhammed Haidar Dughlat (gest. 1551), der zunächst im Yarkant Khanat und dann in Kashmir lebte, Mitte des 16. Jahrhunderts nicht gewusst habe, was mit den

¹⁴ MS 329.8516 u. 8525.

¹⁵ MS 329.8529; also nicht als Yarkant und auch nicht als Kashgar. Welche der drei Städte die bedeutendste war, variierte offenbar.

¹⁶ Siehe dazu Hans van Ess (2017), „Der Name der Uiguren“, in: Shing Müller u. Armin Selbitschka (Hrsg.), *Über den Alltag hinaus. Festschrift für Thomas O. Höllmann zum 65. Geburtstag*, Wiesbaden: Harrassowitz, 253-266; vgl. auch die mongolische Chronik des Saghan Secen aus dem Jahr 1662, die zwischen den vier Volksgruppen der Chinesen, Mongolen, Tibeter und Uiguren unterscheidet; Isaac Jacob Schmidt (1829), *Geschichte der Ost-Mongolen und Ihres Fürstenhauses*, St. Petersburg: N. Gretsche, 235; Johan Elverskog (2023), *The Precious Summary. A History of the Mongols from Chinggis Khan to the Qing Dynasty*, New York: Columbia Univ. Press, 150.

Uiguren gemeint gewesen sei.¹⁷ Das wird als Beleg dafür angesehen, dass der Volksname „Uiguren“ zu dieser Zeit nicht mehr in Gebrauch gewesen sei, die Uiguren seien gewissermaßen von der Landkarte verschwunden gewesen. Allerdings ist die Grundannahme von Gladney und anderen falsch, wonach Yarkant von Uiguren bzw. deren Nachfahren besiedelt gewesen sein müsse. Dass man in Yarkant nicht wusste, wer die Uiguren waren, lag vermutlich daran, dass es dort wenig Verbindung zu diesem etwa 2.000 km entfernt lebenden Volk gab. Ein anderer tschagataischer Autor, nämlich Abul Ghazi Bahadur (1603-1664), erwähnt die Uiguren ein Jahrhundert nach Mirza Haidar Dughlat immer wieder. Ganz wie die chinesischen Quellen verortet er sie zur Zeit des Dschinggis Khan in der Mongolei und in Beschbalik, dazu auch am Irtysch-Fluss in Sibirien. Von den Kasghariern in Süd-Xinjiang unterscheidet er sie deutlich.¹⁸ Zudem spricht Abul Ghazi häufig auch für seine eigene Zeit von Uiguren, allerdings verortet er sie fast immer in der Region um Urgenc im heutigen Usbekistan. Am Ende seiner Geschichte spricht er von einem Massaker an ihnen in der Stadt Chiva, ebenfalls in Usbekistan, das sich Mitte des 17. Jahrhunderts zutrug.¹⁹ Daher ist davon auszugehen, dass die Uiguren, die im *Mingshi* erwähnt sind und sich in Hami und Umgebung aufhielten, nur den östlichen Flügel der ursprünglich in der Mongolei und Beschbalik beheimateten Uiguren darstellten, während die Uiguren Abul Ghazis auf die westlicheren Volksteile zurückgehen, vermutlich Nomaden mit einem Zentrum in der Gegend von Ilibalik, von denen Teile nach Usbekistan gekommen waren. Zu diesen bestand offenbar im 15. und 16. Jahrhundert von Kashgar aus kaum Verbindung, weil die Staaten zu weit voneinander entfernt waren und auch keine verwandtschaftlichen oder sonstigen ethnischen Beziehungen vorhanden waren. Ein wichtiger Unterschied zwischen Uiguren und Kashghariern dürfte gewesen sein, dass erstere Nomaden waren, letztere aber sesshafte Bauern und vor allem Kaufleute, die insofern von ihrer Lebensweise eher mit

¹⁷ Hierzu Dru Gladney (2007), „The Ethnogenesis of the Uighur“, *Central Asian Survey* 9:1, 9, der sich auf die Übersetzung der *Tarikh-i Rashidi* von N. Elias stützt.

¹⁸ Siehe dazu die Übersetzung von Le Baron Desmaisons (1874), *Histoire des Mogols et des Tatares*, par Aboul-Ghazi Bèhadour Khan, St. Pétersbourg: Akademie der Wissenschaften, 41 u. 157.

¹⁹ A.a.O., 320f.

den usbekischen Städtern verwandt waren, während die Uiguren wie Mongolen lebten. Nur die Sprache verband beide Gruppen, wobei nicht klar ist, wie gut die beiden Turksprachen untereinander verständlich waren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Oasenstadt Turfan, deren Bewohner im 14. und 15. Jahrhundert islamisiert wurden, eine beträchtliche Machtstellung erlangte, die sie wohl für einen Großteil des 16. Jahrhunderts halten konnte. In dieser Zeit gab es kaum chinesische Präsenz in Xinjiang. In den drei dortigen Zentren siedelten offenbar unterschiedliche Volksgruppen, die allerdings wohl größtenteils Turkvölker waren. Nur in Gansu und in Nordwest-Xinjiang aber gab es Uiguren.

2. Xinjiang unter Vormacht der Dsungaren

Doch die Glanzzeit der Oase scheint recht bald danach zu Ende gegangen zu sein. Die westmongolischen Oiraten bzw. Dsungaren wurden nun zur Vormacht, ohne die kein Lokalherrscher auskommen konnte. So konnte im 17. Jahrhundert nach internen Auseinandersetzungen ein ursprünglich in Hami (oder türkisch: „Khumul“) geborener Sufi des Naqshbandi-Ordens, Afaq Hodscha (1626-1694), mit Hilfe der mongolischen Dsungaren aus dem Norden Xinjiangs in Altishahr die Macht übernehmen. Er hatte Kontakt zum 5. Dalai Lama, Ngawang Lobsang Gyatso (1617-1682), in Tibet aufgenommen, der seinen Status und Einfluss der eigentlichen Großmacht in der Region verdankte, nämlich den Mongolen des westlichen Stammes der Khoshot.²⁰ Die Khoshot waren Verwandte der westmongolischen Oiraten, die unter Galdan (1644-1697) einen Feldzug nach Süden unternahmen, die bisherigen Yarkant- bzw. Khotan-Herrscher vertrieben und an ihrer statt den Afaq Hodscha einsetzten. Allerdings ließen sie sich ihre Hilfe teuer bezahlen. So konnten die Nachfahren des Afaq Hodscha zwar in den Städten im Süden des heutigen Xinjiang regieren, mussten dafür aber hohe Abgaben an die mongolischen Dsungaren zahlen. Auf seinem Höhepunkt umfasste das Dsungaren-Khanat das gesamte Gebiet des heutigen Xinjiang, Teile des östlichen Kasachstan, der Mongolei und ganz Tibet.

²⁰ Siehe dazu James Millward (2021), *Eurasian Crossroads. A History of Xinjiang*, New York: Columbia Univ. Press, 86ff.

Dass Galdan schließlich versuchte, die Oberherrschaft über die gesamte Mongolei zu erlangen und damit die ostmongolischen Khalkha dazu veranlasste, sich mit den Mandschuren zu verbünden (bzw. sich diesen zu unterwerfen), ist in der Forschung gut beschrieben.²¹ Die ostmongolischen Khalkha zogen die Herrschaft der Qing derjenigen ihrer westmongolischen Vettern vor. 1691 unterstellten sie sich dem Qing-Reich. Ein großer Stamm der Westmongolen, die Torgut, war schon in den 1630er Jahren aus Furcht vor den Dsungaren durch die kasachische Steppe ins Zarenreich migriert. Aus ihnen gingen die Wolga-Kalmücken hervor. Die Koshot wiederum wanderten von ihren Weidegebieten in der Nähe des heutigen Ürümqi nach Qinghai und Tibet aus.²² Währenddessen versuchten die Russen, die Dsungaren an ihrer Südostgrenze zur freiwilligen Unterwerfung zu bewegen – u.a. mit dem Argument, sie vor den Chinesen zu schützen. Zwar ließ Galdan sich vom Zarenreich mit modernen Waffen versorgen, hielt eine formale Unterwerfung aber für überflüssig. Seine Ambitionen brachten ihn in Konflikt mit dem Qing-Reich: Dieser entzündete sich zum einen daran, dass die Dsungaren und die Qing um die Vorherrschaft in Tibet kämpften – beide Seiten umwarben auch die eigentlichen Herrscher dort, also die westmongolischen Khoschot. Zum anderen begannen die Dsungaren, die türkisch besiedelte Oase Hami (Khumul) zu bedrängen. Nach den ersten dsungarischen Angriffen zu Beginn des 18. Jahrhunderts, bauten die Qing ihre Grenzen aus und begannen ihrerseits in Barköl, nördlich von Hami eine Festung zu bauen. Wenig später eroberten sie Turfan, das sich bereitwillig unterstellte, weil die Dsungaren offenbar nach Beliebten Teile der Bevölkerung deportierten, so sie Ackerbauern zur Sicherung ihrer Getreideversorgung benötigten.²³ Das dürfte auch der Beginn der Besiedelung des Gebietes von Gulja/Yining durch türkischsprachige Ackerbauern gewesen sein. Die Qing führten dieselbe Praxis später weiter, wodurch sich die Zahl der aus dem Süden stammenden Bevölkerung massiv vergrößert haben dürfte, obwohl auch Han-Chinesen nun hier ihren Platz fanden.²⁴

²¹ Vgl. zusammenfassend Peter Perdue (2010), *China Marches West*, Cambridge: Belknap, 138-152.

²² Millward (2021), *Eurasian Crossroads*, 89.

²³ Perdue (2010), *China Marches West*, 229-231 u. 306.

²⁴ A.a.O., 345f. u. 351f.

Im Rücken Galdans erhob sich sein Neffe Tsewang Rabtan (1643-1727) gegen ihn. Als der mandschurische Kangxi Kaiser 1722 starb, begann sich sein Nachfolger Yongzheng (reg. 1723-1735) auf Tibet und das von mongolischen Stämmen besiedelte Qinghai zu konzentrieren. Sein Nachfolger Qianlong (reg. 1735-1796) aber ergriff seine Chance, als unter den Dsungaren Erbfolgestreitigkeiten ausbrachen. Im Grenzgebiet zwischen der Dsungarei und dem Qing-Reich hatte man zuvor munter Handel getrieben, der allerdings für die Qing offenbar weniger ertragreich war als für die Dsungaren, die als Zwischenhändler für Güter unter anderem aus dem südwestlichen Turkestan wirkten. Die mandschurischen Grenzbeamten sahen sich gezwungen, dsungarische Güter zu kaufen und chinesische dafür zu geben. Dies war umso unangenehmer, als es früher einen direkten Austausch mit Turkestan gegeben hatte. Dem unvorteilhaften Handel machte der Qianlong Kaiser ein Ende, als in den dsungarischen Erbfolgestreitigkeiten immer häufiger Westmongolen ins Qing-Reich flohen. Als einer der dsungarischen Thronprätendenten ihn um ein Eingreifen bat, schickte er 1755 zwei Armeen nach Yili. Innerhalb von vier Jahren gelang es ihm, das Dsungarenreich zu zerschlagen. Dabei scheint der mandschurische Herrscher auch vor Massakern unter Gefangenen nicht zurückgeschreckt zu haben. Während man im Normalfall eigentlich daran interessiert war, steuerpflichtige Untertanen zu gewinnen, ließ der Qianlong Kaiser männliche Dsungaren wahllos hinrichten. Im Bericht des Qishiye, auf den unten ausführlicher einzugehen ist, heißt es, auf einem Gebiet von einer Million chinesischen Meilen sei von einer Million Menschen niemand übriggeblieben. Die Zahlen sind vermutlich in dieser Höhe nicht für bare Münze zu nehmen, denn an anderer Stelle verrechnete sich Qishiye oft um den Faktor zehn. Dennoch ist davon auszugehen, dass erhebliche Teile der ursprünglich dsungarischen Bevölkerung von Nord-Xinjiang ausgerottet wurden. Ein paar Jahrzehnte später ging der Qing-Beamte Wei Yuan 魏源 (1794-1857) davon aus, dass es ursprünglich etwa 600.000 Dsungaren gegeben habe, die teils getötet wurden, teils flohen und teils an den Windpocken starben, einer Epidemie, die damals nicht nur in der Dsungarei wütete.²⁵

²⁵ Perdue (2010), *China Marches West*, 283-287, gestützt auf Berichte von Wei Yuan und russische Berichte; vgl. außerdem a.a.O., 484ff.

Als die Qing 1755 ins Zentrum der Dsungaren in Yili vorgedrangen, befreiten sie dort die Brüder Burhan ud-Din und Hodscha Jahan (oder Jihan), die Söhne des Oberherrschers von Altishahr, den die Dsungaren bis zu seinem Tod gefangen gehalten hatten. Sie schickten Burhan ud-Din nach Yarkand, damit er dort für die Qing die Kontrolle übernahm. Sein Bruder blieb bei den Qing, floh dann aber nach Yarkand und überredete Burhan ud-Din sich gegen die Qing Oberherrschaft aufzulehnen. Die beiden Hodscha-Brüder sollen allerdings in der lokalen Bevölkerung keine Unterstützung gefunden haben, so dass sie ins benachbarte Badakhshan, den ans heutige Xinjiang angrenzenden äußersten Nordosten Afghanistans flohen. Die dortigen Herrscher ließen sie jedoch hinrichten – und lieferten ihre Köpfe an die Qing aus. Damit war Altishahr an das Qing-Reich gefallen, es war nun nicht mehr den Dsungaren, sondern den Mandschuren tributpflichtig. So löste die mandschurische Qing-Dynastie die Dsungaren auch als Oberherrscher über die ehemals moghulischen Gebiete ab. Sie bezeichnete diese nun mit dem Namen Xinjiang. Gegen Ende der 1750er Jahre war die Herrschaft von Nachfahren des Dschinggis Khan in diesen Gebieten endgültig zu Ende.

3. Demographie nach der Angliederung an das Qing-Reich

Die historische Beschreibung war nötig, weil sie im Lichte der Beschreibungen militärischer Macht von Staaten wie Turfan im 15. oder 16. Jahrhundert überraschende Elemente enthält. Konflikte, die dazu führten, dass Xinjiang an das Qing-Reich kam, spielten sich in der Nordhälfte des Gebietes ab, wo vornehmlich Mongolen lebten, nicht etwa türkischstämmige Siedler oder gar Uiguren. Deren einstmals blühende Reiche scheinen im 17. Jahrhundert keine Rolle mehr gespielt zu haben. Dies zeigt sich auch daran, dass die Qing in vielen Teilen Xinjangs kaum in der Lage waren, die Zahl der Einwohner festzustellen. Offenbar war es zu einem Niedergang gekommen, nach dessen Gründen in der Forschung bisher praktisch nicht gefragt worden ist. Natürlich lässt er z.T. sich mit der Südwanderung der Dsungaren erklären, die Peter Perdue auf den Druck durch die russische Expansion

in Sibirien zurückführt.²⁶ Fraglich bleibt, ob diese Erklärung ausreicht. Zunächst soll hier ein kurzer Überblick dazu folgen, wie sich die Demografie von Xinjiang den Qing präsentierte, nachdem sie das Gebiet erobert hatten.

Die Mandschuren begannen, die gewonnenen Gebiete durch die Stationierung von Garnisonssoldaten militärisch abzusichern. Die große geographische Beschreibung des Qing-Reiches, das *Da Qing yitongzhi* 大清一統志, gibt für viele Orte genaue Angaben darüber, wie viele Menschen am Ende des 18. Jahrhunderts in den einzelnen Orten lebten und wie viele Soldaten stationiert wurden. Tatsächlich handelte es sich in diesem riesigen Gebiet um erstaunlich wenige Städte und Menschen. Der Großteil Xinjiangs war unbewohnt. – Das *Da Qing yitongzhi*, das in der Sammlung *Siku quanshu* 四庫全書 mit einer Vorrede aus dem Jahr Qianlong 29/30 (ca. 1765) versehen ist, bietet umfängliches Zahlenmaterial zur Demografie von Xinjiang in dieser Zeit.

Bevölkerung Xinjiangs 1765

	Haushalte (ohne Erwähnung = Hui, heutige Uiguren)	Personen	Sonstige Bevölkerung	Soldaten	Sträflinge
Yili	6.406	20.356	3.150 Oiraten, 25.595 Torguten, 1.000 Koreaner, 1.800 Chahar-Mongolen 3.000 Grünes Banner “minhu” 民戶 71 (209 Bewohner)	6.384 mand-schurische und mongolische Truppen	244
Tarbaghatai	3.516 Oiraten 914 Torgut	11.737 4.022		850	

²⁶ Perdue (2010), *China Marches West*, bes. 94-101.

Hami	1.950	12.163		270	180
Pizhan/ Turfan	2.937	10.373			
Karashahr (heute Korla)	1.330	5.390		362	
Kucha	1.112	4.660	Shayaer 沙雅 爾 673 Haus- halte, 1.898 Personen		
Sayram	500	1.627	Bai: 563 Haushalte, 1.735 Perso- nen		
Aksu	7560	24.607		15	
Ush/Uqturfan	822	3.158		400	
Kashgar	14.056	6.6443			
Yarkand	15.574	6.5495			
Khotan	13.642	4.4603			

Quelle: *Da Qing yitongzhi*.²⁷

Die Zahlen sind bis zur endgültigen Abfassung des *Siku quanshu*, also etwa 1777-78, aktualisiert worden. Für ganz Xinjiang sind zwölf Städte aufgelistet, die mit ihren Einzugsgebieten Einwohnerzahlen aufwiesen, denen zufolge in einem Gebiet von 1.665.000 Quadratkilometern – 4,5-mal so groß wie Deutschland – damals 257.248 muslimische Einwohner lebten. Von diesen wohnten wiederum 176.541 Einwohner, fast drei Viertel also, in den drei Städten Kashgar, Yarkant und Khotan ganz im Süden, wenn man die etwas weiter nördlich gelegene Stadt Aksu hinzuzählt steigt die Zahl gar auf 201.148, und damit auf deutlich mehr als drei Viertel aller Einwohner.

²⁷ Siehe *Siku quanshu*, *Da Qing yitongzhi*, Kap. 415 (Yili), 417 (Hami, Pizhan), 418 (Tarbaghatai), 418 (Karashahr, Kucha, Sayram, Aksu), 419 (Ush, Kashgar, Yarkant, Khotan). Vgl. zudem die leicht abweichenden Zahlen in James Millward (2000), „Historical Perspectives on Contemporary Xinjiang“, *Inner Asia* 2:2, 121-135; der Autor stützt sich vor allem auf einen Qing-Zensus von 1818, als bereits eine massive chinesische Immigration eingesetzt hatte. Diese betraf allerdings kaum den Süden der Region.

Das bedeutet, dass im restlichen Gebiet von Xinjiang, jenseits dieser vier Städte, auf wahrscheinlich weit mehr als einer Million Quadratkilometer nur rund 50.000 Einwohner lebten, die in den Steuerregistern erfasst worden waren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Großteil der Region aus Wüsten besteht, und dass nicht alle Einwohner wirklich Eingang in die Zahlen der Qing fanden – Steuerflucht hat in China stets zur Unvollständigkeit von Registern geführt. Zudem sind in den obigen Zahlen 30.000 bis 40.000 Mongolen nicht mitgezählt, vor allem Oiraten und Torguten, die versprengt im Norden der Provinz lebten, nachdem die Qing-Truppen die Mongolen auf Befehl des Qianlong Kaisers gnadenlos verfolgt hatten. Dennoch: In jeder einzelnen durchschnittlich kleinen Präfektur in Ostchina lebten damals mindestens so viele Menschen wie in ganz Xinjiang. Sollten tatsächlich 600.000 Dsungaren dem Genozid im 18. Jahrhundert zum Opfer gefallen sein, dann hätten die im Norden lebenden Mongolen vor der Eroberung die im Süden siedelnden turksprachigen Städter fast um das Dreifache an Bevölkerungsstärke übertroffen.

An den Zahlen lässt sich leicht ablesen, dass Xinjiang im 18. Jahrhundert kein einheitliches Gebiet war. Im Norden gab es nur sehr wenige turkstämmige Bewohner, die mit dem mongolischen Namen „taranchi“ (= Ackerbauern) bezeichnet wurden. Viele von ihnen waren erst seit Kurzem dorthin umgesiedelt worden, u.a. von den Dsungaren in Yili. Doch ansonsten spielten sie dort noch keine Rolle. Interessanterweise ist auch nicht von Kasachen die Rede, die in einem anderen Kapitel behandelt werden und wahrscheinlich westlich von Yili gesiedelt bzw. nomadisiert haben.²⁸ Während in Turfan eine kleine Zahl von rd. 10.000 Bauern lebte, lag der türkische Siedlungsschwerpunkt am Fuß des Himalaya, in den drei Städten Khotan, Yarkant und Kashgar, dazu auch noch in Aksu. Interessanterweise sind die Zahlenangaben, die der britische Heerführer Francis Younghusband 1887 nach einem Besuch in Turfan machte, recht ähnlich: Er fand dort ungefähr 12.000 bis 15.000 Türken und 5.000 Han-chinesische Siedler vor.²⁹ An den

²⁸ *Siku quanshu, Da Qing yitongzhi*, Kap. 420.

²⁹ Younghusband, Francis E. (1896), *The Heart of a Continent*, London: John Murray, 119f. Eine chinesische Stadt neben der türkischen gab es Younghusband zufolge auch in Hami; siehe a.a.O., 111.

türkischen Bevölkerungszahlen hatte sich in über 100 Jahren offenbar wenig geändert. Besonders die Anwesenheit der Chinesen ist aber von Bedeutung, denn sie zeigt, dass Nord-Xinjiang im 19. Jahrhundert sogar noch multiethnischer geworden war als zuvor. Dasselbe lässt sich auch den Angaben Younghusbands zu Hami, Karashahr und Korla entnehmen. In Karashahr fand Younghusband „Turki“ und „Tunganen“ vor, aber auch Mongolen, die er als Kalmak bezeichnet,³⁰ und Chinesen. An anderer Stelle erwähnt Younghusband, dass überall in Turkestan immer zwei Städte bestanden: die „einheimischen“ und die „chinesischen“.³¹

Younghusbands Bemerkung bestätigt im Großen und Ganzen die Korrektheit der mandschurischen Angaben, nicht nur, was Turfan anbelangt.³² Dies wirft die Frage auf, ob die Zahlen auch in der Ming-Zeit – Turfan war damals noch ein mächtiger Staat – so niedrig waren. Man kann sich das kaum vorstellen. Offenbar hat es einen starken Bevölkerungsrückgang gegeben. Auf jeden Fall scheint der Norden Xinjangs für die Expansionsbestrebungen der Qing ein ähnliches Potential dargestellt zu haben wie Sibirien für den russischen Zaren – nur dass die klimatischen Bedingungen in Xinjiang günstiger waren.

Hatten die Dsungareneinfälle die Bevölkerung dezimiert? Oder war womöglich der Klimawandel schuld? Wir wissen, dass im 17. Jahrhundert einer der beiden Tiefpunkte der sogenannten neuzeitlichen Kleinen Eiszeit eingetreten war.³³ Auf jeden Fall ist aus diesen Zahlen ersichtlich, wieso Wei Yuan und andere Anfang des 19. Jahrhunderts auf die Idee kamen, Xinjiang biete sich zur Lösung der Probleme an, die durch die 200-jährige Bevölkerungsexplosion in China entstanden waren. Bei Xinjiang handelte sich eben nicht einfach um das exklusive Heimatland der Uiguren, in dem man mit den früheren Bewohnern um Land hätte konkurrieren oder es ihnen gar gewaltsam abnehmen müssen. Vielmehr konnten die Qing jeden Bewohner

³⁰ Also Kalmücken, eigentlich die Bezeichnung für die Oiraten, die ins russische Zarenreich ausgewandert waren.

³¹ Younghusband (1896), *The Heart of a Continent*, 149.

³² Er schätzte die Zahl der Bewohner von Aksu auf 20.000; siehe a.a.O., 129.

³³ Der zweite sollte gegen Ende des 19. Jh. folgen, zu der Zeit, mit der die meisten heutigen Klimamodelle beginnen.

des Landes gebrauchen, um es urbar zu machen – und sie mussten zu diesem Zweck einen Strom von Einwanderern nach Xinjiang lenken, so wie es die VR China ab 1949 ebenfalls tat.

Für die Qing-Dynastie war Xinjiang eines der vielen praktisch unbewohnten Gebiete an den Rändern des eigenen Reiches, bei denen zu überlegen war, wie damit zu verfahren sei: Sie sich selbst überlassen, weil ein Engagement zu kostspielig war? Oder sie in das chinesische Reich integrieren und Bevölkerung dorthin verschieben? Anders als im Fall der Mandschurei entschloss man sich, dieses Gebiet durch Ansiedlung von Menschen zu kolonisieren. Zum Teil wurden dazu Bevölkerungsteile aus ärmeren chinesischen Gebieten gewonnen, zum Teil wurden Sträflinge in die Region verbracht. Diese Maßnahmen ähnelten sehr der Besiedelung Australiens durch Großbritannien, die fast zur gleichen Zeit stattfand. Eine wichtige Säule waren Soldaten, die nach dem traditionellen Vorbild der Garnisonssiedlungen (*tuntian* 屯田) als Bauern Land urbar machen und gleichzeitig verteidigen sollten.³⁴ Schon weniger als 50 Jahre nach der Eroberung Xinjiangs lebten dort zu Anfang des 19. Jahrhunderts offenbar etwa 155.000 Chinesen gegenüber ca. 320.000 Uiguren, wobei die Uiguren vorwiegend im Südwesten der Region ansässig waren, die Chinesen hingegen im Nordosten.³⁵

Im Rückblick ist es interessant zu sehen, dass diese Einwanderungspolitik trotz der demographischen Verschiebung zugunsten der Uiguren nach 1911 ausgesprochen erfolgreich war. Wo die Qing-Regierung sie nämlich nicht anwandte wie in der Mongolei oder in der Mandschurei, wo die Einwanderung aus anderen Gebieten Chinas untersagt war, da verlor China diese Gebiete nach 1911 ganz oder in großen Teilen. Die Mandschurei konnte für Russland und Japan nur deshalb zum Objekt der Begierde werden, weil dort relativ wenige Menschen lebten – und weil gar nicht klar war, warum dieses Gebiet bevölkerungsmäßig zu China gehören sollte. (Der massive chinesi-

³⁴ Nach diesem 2.000 Jahre alten Vorbild wurde ab 1954 auch das Xinjiang Produktions- und Aufbaukorps organisiert; vgl. Hauke Neddermann (2010): *Sozialismus in Xinjiang. Das Produktions- und Aufbaukorps in den 1950er Jahren*, Münster: Lit, insb. 70-74.

³⁵ Millward (2000), „Historical Perspectives“, 123.

sche Zuzug nach Nordostchina fand ja erst später statt.³⁶⁾ Xinjiang hingegen blieb – trotz zweier kurzlebiger Turkestan-Republiken, die auf kleine Ecken des Territoriums beschränkt waren – auch nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs weitgehend unangefochten Landesteil Chinas. Zudem fehlte es den turksprachigen Völkern, die sich dort nun als Uiguren bezeichneten, an Möglichkeiten, jenseits der geographisch verhältnismäßig kleinen Territorien, in denen sie heimisch waren, militärische Macht auszuüben – es gab einfach zu viele andere Ethnien dort, die sich dem widersetzt hätten. Auch wenn viele chinesische Siedler wieder abwanderten, wurden die Gebiete also nicht automatisch uigurisch. Vielmehr ergab sich ein Vakuum, das nach 1949 leicht wieder gefüllt werden konnte.

4. Die “Aufzeichnungen über das, was ich in den Westregionen gehört und gesehen habe”³⁷

Einer der ersten Zeitzeugen der chinesischen Landnahme in Xinjiang im 18. Jahrhundert war Qishiye 七十一, zu Deutsch „Nummer 71“, der seine Eindrücke aus den neuen Grenzterritorien in einem Bericht mit dem Titel „Aufzeichnungen über das, was ich in den westlichen Territorien gehört und gesehen habe“ (*Xiyu wenjian lu* 西域聞見錄) hinterlassen hat. Wir wissen über diesen Qishiye nichts, außer dass er sein Vorwort im 12. Monat des Jahres Qianlong 42, genauer am 17. Januar 1778, vollendete, dem Jahr, aus dem auch die Bevölkerungsdaten des *Da Qing yitongzhi* stammen. Er verfasste es in der „Bergklausur zum Vierten Einüben“ (oder: „zur Vierten Wiederkehr“, *fusi shanfang* 復四山房), und er erwähnt, dass er den Beinamen Chunyuan trage. Was es mit dem “Vierten Einüben” auf sich hat, wissen wir nicht, aber eine plausible Möglichkeit ist, dass Qishiye durch die Benennung seiner Bergklausur auf das Hexagramm „Einüben“ oder „Wiederkehr“ (*fu* 復) des *Buchs der Wandlungen* anspielte, an dessen vierter Position eine schwache Linie steht. Es handelt sich um eine Yin-Position (陰),

³⁶ Thomas Gottschang u. Diana Lary (2000), *Swallows and Settlers: The Great Migration From North China to Manchuria*, Ann Arbor: Center for Chinese Studies.

³⁷ Vgl. den historischen Druck aus dem Jahr 1778, in den Historischen Drucken der Sinica der Staatsbibliothek zu Berlin, libri sin. 624, mit dem Titel *Xiyu wenjian lu*.

die an dieser vierten Stelle in traditioneller Auslegung einem höheren Beamten zugeordnet ist. Der Text dazu lautet: „In der Mitte wandeln, aber alleine das [Rechte] einüben“ (中行, 獨復). Das soll ein Abbild dessen sein, dass man in einer Gruppe vorangehe, aber alleine dem Rechten folge. Qishi-yi – also 71 – könnte eine Nummer sein, die man einem Sträfling oder Verbannten oder einem Soldaten gegeben hat. Was immer er getan hatte, nach seiner Rückkehr gelobte er Besserung und benannte seine Klausur nach diesem Versprechen.

In seinem Vorwort erklärt Qishi-yi, dass er sehr lange in Xinjiang gelebt habe und sich dort bestens auskenne. Daher habe er einen Bericht verfasst über das, was er gesehen habe, und da, wo er etwas nur vom Hörensagen erfahren habe, da habe er beim kleinsten Zweifel die entsprechenden Berichte ignoriert. Einiges in diesem Text Beschriebene mag Qishi-yi dennoch nur gehört haben.

Der Name „Westlande“ (*xiyu* 西域) im Titel ist alt. Mit ihm wurden schon seit der Zeit des 2. Jahrhunderts v. Chr. die zentralasiatischen Gebiete bezeichnet, in denen es manchmal chinesische Präsenz gab, manchmal auch nicht. Interessanterweise unterschied man diese „Westlande“ schon früh vom „Ausland“ (*waiguo* 外國), das Gegenden bezeichnete, mit denen China nicht in direkter Interaktion stand bzw. mit denen es keine Tributbeziehungen pflegte.³⁸

Das *Xiyu wenjian lu* spricht in seinen ersten beiden Kapiteln über die jüngere Geschichte der einzelnen Orte in Xinjiang, deren Einwohner und einige lokale Besonderheiten. Es geht dann in zwei Kapiteln dazu über, von den Nachbarstaaten des Qing-Reiches zu berichten, zunächst von den Kasachen und den Kirgisen, dann von Gebieten wie Andijan im heutigen Usbekistan und von Afghanistan. Interessant ist, dass die Kasachen in diesem Kapitel über das Ausland auftauchen, denn als die Qing-Armeen Xinjiang eroberte, da sollen auch sie sich unterworfen haben, weshalb auf fast allen

³⁸ In der Standardgeschichte der Ming reicht das Gebiet der „Westlande“ übrigens bis nach Istanbul. Es ist bemerkenswert, dass man den Begriff „Westlande“ heute in China nicht mehr verwendet, sondern stattdessen auf den ursprünglich deutschen Begriff der „Seidenstraße“ zurückgreift, die das moderne Äquivalent für dasselbe Konzept ist.

Karten das Qing-Reich um 1800 bis zum Balchasch-See reicht. Diese Unterwerfung dürfte aber nur pro forma erfolgt sein, um einen Durchmarsch der Qing-Armee zu verhindern. Qishiye sieht die Unterwerfung der Kasachen als großartiges Ereignis und erklärt an einer Stelle, dass das kasachische Gebiet sich innerhalb der Grenzen von „Zhongguo“ befand. Gleichwohl wird deutlich, dass die Realität eine andere war und dass die echte Außengrenze des Reiches dort war, wo sie auch heute noch verläuft. Im kasachischen Gebiet gab es keine Qing-Präsenz, es war nur nominell unterworfen. Die mandschurisch-russischen Verträge (Nertschinsk, Kiachta) haben den Verlauf dieser Grenze offengelassen, vielleicht weil beide Mächte dort keine ernsthaften Interessen hatten.³⁹ Im vierten Kapitel folgen Beschreibungen der Russen und der Osmanen, dann aber auch eine Reihe von zentralasiatischen Ländern wie Kokand oder Bucharan. Kapitel fünf und sechs widmen sich den militärischen Unternehmungen der Qing in Xinjiang, und schließlich der abenteuerlichen Rückwanderung eines großen Teils der Torguten aus Russland ins Qing-Reich. Das siebte und letzte Kapitel schließlich handelt von den Sitten und Bräuchen, die in „Hui-jiang“, also der Hui-Region, vorherrschten. Dieses ist für das Bild, das sich die Qing von Xinjiang machten, besonders wichtig.

4.1. Die geographische Beschreibung

Im ersten Kapitel seiner Beschreibung beginnt Qishiye mit geographischen Angaben dazu, dass es in Xinjiang eine von Ost nach West verlaufende Nordroute von Städten gab. Als Ausgangspunkt widmet er sich der zum Qing-Reich gehörenden Oase Hami (Khumul). Zur Zeit des Kaisers Kangxi hätten die Dsungaren China diese Stadt streitig gemacht und seien weiter nach Osten vorgedrungen. Die muslimischen Einwohner (*hui zhong* 回眾) seien geflohen, woraufhin Kangxi seinen Befreiungsfeldzug begonnen habe. Dabei spielte die Stadt Hami unter ihrem muslimischen Herrscher Ishaq (Isaac, 1767-1780) eine zentrale Rolle für die Versorgung der Streitkräfte.⁴⁰

³⁹ Michael Weiers (1979), *Die Verträge zwischen Russland und China 1689-1881*, Bonn: Wehlung (= Faksimile der 1889 in Sankt Petersburg ersch. Sammlung).

⁴⁰ XYWJL 1.3b-4a.

Die Sprache in diesem Gebiet habe sich von derjenigen, die man in den äußeren Gebieten verwendete – gemeint sind die zunächst noch nicht zum Qing-Reich gehörenden Städte Süd-Xinjiangs – so sehr unterschieden, dass man sich gegenseitig nicht verstanden habe.⁴¹

Qishiyi kommentiert, dass von Hami aus nach Westen über zehntausende von chinesischen Meilen weithin „uigurische Stämme“ (回紇部落) siedelten. Was damit genau gemeint ist, bleibt unklar. Es könnte sein, dass Qishiyi sich einer historisierenden Sprache bedient. Möglich ist aber auch, dass in seiner Wahrnehmung die Nordroute Xinjiangs tatsächlich von den Uiguren früherer Zeiten besiedelt war. Deren Hauptstadt hatte ja einst in Beschbalik gelegen, das, nicht allzu weit von Hami entfernt, nördlich von Turfan gelegen hatte. Nach Ilibalik, also Gulja/Yining, mit dem Qishiyi seine Beschreibung der Nordroute beendet, war die Hauptstadt 1418 verlegt worden. Hami nennt Qishiyi überdies ein altes Hui-Land (古之回國) – der Leser fragt sich hier, ob dieser Begriff „Uigurenland“ meint oder nur „Muslimland“. Tatsächlich bezeichnet Qishiyi die muslimischen Einwohner des Gebiets als „Huiren“ oder „Huizi“. Dabei scheint es, als meine er nicht einfach „Muslime“, sondern eher turksprachige sesshafte Personen, nicht z.B. etwa Iraner. So waren Kasachen oder Afghanen für ihn keine „Hui“, auch wenn sie Muslime waren. Insofern liegt nahe, dass für Qishiyi „Huigu“ zwar „muslimische Länder“ waren, mit dem Begriff „Huiren“ oder „Huizi“ aber nur die turksprachigen Muslime gemeint sind.

Begeistert äußert sich Qishiyi zu Urumqi, das „im ehemaligen dsungarischen Territorium“ lag – also nicht etwa uigurisches Land war. Nach den mandschurischen Feldzügen seien die Oiraten komplett vernichtet worden, so dass ein Gebiet von tausend chinesischen Meilen (etwa 500 Kilometer) „völlig leer gewesen sei, so dass man in der Ferne nicht den Rauch auch nur einer menschlichen [Behausung]“ gesehen habe (千里空虛，渺無人煙).⁴² Da das Land fruchtbar gewesen sei, habe Qianlong in seinem 30. Jahr (= 1765) acht Meilen von der ehemaligen Dsungarenstadt entfernt eine neue, günstiger gelegene Stadt errichtet. Dort gab es Wasser und fruchtbare Wei-

⁴¹ XYWJL 1.4b.

⁴² XYWJL 1.5b.

den, die Menschen seien dorthin geströmt, Tee- und Weinhäuser hätten geöffnet, Sängerknaben und verschiedenste Handwerker sich dort niedergelassen. Man meint eine Beschreibung von Shenzhen in den 1980er Jahren zu lesen: Goldgräberstimmung für alle, die an einem neuem Ort etwas wagen wollten. Der Leser gewinnt unwillkürlich den Eindruck, dass Qishiyi vielleicht in Urumqi gelebt hat, auch wenn sich für diese Stadt im *Da Qing yitongzhi* noch keine Einwohnerzahlen finden. Der Ort dürfte zu Ende des 18. Jahrhunderts noch zu unbedeutend gewesen sein; und doch erwähnt der Text 3.000 Elitesoldaten, dann zahlreiche einfache Haushalte und 3.000 mandschurische und 2.000 Han-chinesische Soldaten sowie 78 Beamte und schließlich 5.300 Soldaten. Was diese Zahlen genau bedeuten, ist unklar; aber es ist eindeutig, dass Urumqi zum zentralen Ort für den Aufbau einer militärischen Präsenz wurde. Uiguren finden keine Erwähnung, und es sieht ganz danach aus, als habe es dort auch kaum Uiguren gegeben.⁴³

Urumqi sei, so heißt es weiter, der reichste Ort jenseits der Grenze gewesen. Auf dem roten Berg oberhalb habe es einen Tempel mit roten Mauern gegeben (wohl ein Tempel für den Kriegsgott Guandi), und deshalb sei das Gebiet im Volksmund „Wulumuqi“ genannt worden, was „roter Tempel“ bedeute.⁴⁴ Ganz klar ist die Etymologie nicht. Indes liegt nahe, dass Qishiyi meint, dass sich der Name der Stadt Urumqi vom mongolischen „ulaghan“ für „rot“ sowie „muji“ für „Region, Provinz“ herleite. Möglich wäre auch, dass „muqi“ sich vom mandschurischen „miyooze“ (oder „miyoosi“) für „Tempel“ herleitet, obwohl diese aus dem Chinesischen abgeleitete Form nicht lexikalisch belegt ist.

Eines ist aber deutlich: In den Qing-Quellen wird der Name von Worten mit „u“ hergeleitet und entsprechend Urumqi gelesen, nicht etwa türkisierend Ürümqi.⁴⁵ Bei der heutigen Stadt handelt es sich um eine mandschurisch-

⁴³ XYWJL 1.5b-6a.

⁴⁴ XYWJL 1.6a-b.

⁴⁵ Für das turksprachig anmutende „Ürümqi“ gibt es keine vernünftige Etymologie. Im *Xiyu tongwen zhi* 西域同文志 (ed. *Siku quanshu*) 1/6b-7b wird Urumqi von „sich gegenseitig schlagen“ = Kampfplatz hergeleitet. Das muss alttürkisch „urush-“ gelautet haben. Andere Überlegungen sind, dass Urumqi sich von einem türkischen Wort „urum“ für Milch herleite und dass „-ci“ das Suffix des nomen actoris sei: „Milchmacher“, was auf

chinesische Gründung. Uiguren sind erst spät in dieses Gebiet, in dem heute ja fast die Hälfte der in Xinjiang lebenden Han-Chinesen wohnt, übergesiedelt. Sie heißt ursprünglich Urumqi, nicht etwa Ürümqi.

Von Urumqi springt Qishiyi 700 Kilometer durch weitgehend unbesiedeltes Land an die Westgrenze nach Yili. Dort wurden nach einem Massaker an „einer Million Dsungaren“ Beamte eingesetzt, um die oiratischen, torgutischen und uigurischen Städte sowie die Khane der außenliegenden Grenzvölker – wohl Kasachen – zu beaufsichtigen.⁴⁶ Ein kunterbuntes Volk bestehend aus Mandschuren, Chinesen, Koreanern, Türken und Mongolen wurde angesiedelt, um die neugegründete Stadt am Yili-Fluß zu bevölkern; sie wurde „Stadt der Gunst für die Ferne“ (*huiyuan cheng* 惠遠城) genannt. Etwa 30-40 Kilometer östlich von Yili befand sich eine muslimische Stadt namens Gulja (固爾扎), was heute zur türkischen Bezeichnung von Yili geworden ist, aber ursprünglich offenbar einen anderen Ort meinte.⁴⁷ Yili wurde zum Hauptquartier erklärt, von dem aus sowohl die mongolische Nord- als auch die türkische Südroute kontrolliert werden konnte. Qishiyi lobt den Qianlong-Kaiser dafür, dass alle Lande der Uiguren (*huihe zhi bang* 回紇之邦) in die Register des Staates eingegangen seien – damit sei mehr erreicht als in hundert Generationen zuvor.⁴⁸ Interessant ist, dass Qishiyi die Bezeichnung „Uiguren“ hier erneut für die historischen Stammlande dieses Volkes verwendet, nicht aber an späterer Stelle für Altishahr. Was immer er mit dem Begriff meinte, er scheint ein klares historisches Bewusstsein dafür gehabt zu haben, wo Uiguren zu vermuten waren.

In seinem zweiten Kapitel wendet sich Qishiyi der Südroute zu, die er mit den beiden recht nah beieinander gelegenen Städten Pizhan 闐展 und Turfan beginnt. Er erzählt davon, wie die Oiraten die türkische Landbevölkerung geplagt hätten, und berichtet, dass die etwa 3.000 Haushalte wirtschaftlich nicht in der Lage gewesen seien, sich selbst zu versorgen. Wassermelonen,

die mongolischen Nomaden gemünzt wäre. Ferner gibt es Versuche, den Namen mit sogdisch „irümcina“ zu verbinden und dem sogdischen Wort „irü“ für Wald. Dies allerdings wäre dann iranisch, nicht türkisch.

⁴⁶ XYWJL 7b.

⁴⁷ XYWJL 8a-b.

⁴⁸ XYWJL 10a.

die das wichtigste Anbauprodukt waren, reichten allein offensichtlich nicht aus. – Auf halber Strecke zwischen Turfan und Kucha lag Karashahr, das alte uigurische Yanqi 焉耆, mit seiner auf die Tang-Zeit zurückgehenden Ruinenstadt. Dort lebte zunächst eine kleine muslimische Bevölkerungsgruppe zusammen mit torgutisch-mongolischen Nomaden. Sie sei aber aufgrund der mongolischen Bedrohung geflohen, woraufhin die Mongolen das Gebiet zu Weideland gemacht hätten. Dies ist ein interessanter Hinweis, der andeutet, wie es auch anderen Städten der Gegend im 17. Jahrhundert, lange vor den chinesisch-mandschurischen Eroberungen, ergangen sein dürfte. Nach der Befriedung durch die Qing versuchten diese, die Torguten sesshaft zu machen. Über die zahlenmäßige Stärke dieser Torguten-Gruppe sagte Qishiyi nichts, aber ihre Anwesenheit gibt ihm Gelegenheit, sich ausführlich über die Torguten auszulassen: Die Versuche, sie zum Ackerbau anzuhalten, seien schwierig gewesen, weil das Volk faul sei und lieber räubere und stehle, worunter Kaufleute und die Haushalte der Hui zu leiden hätten. Ihre Frauen seien völlig schamlos, weshalb man überall mit ihnen Unzucht treiben könne. Allerdings seien sie deutlich bessere Handarbeiterinnen als die Hui-Frauen. Aus Armut käme es häufig dazu, dass sie ihre Kinder als Diener an die sesshaften muslimischen Städter verkauften.⁴⁹

130 Kilometer weiter südwestlich folgt in der Beschreibung Korla mit 700 Haushalten von „Huiuren“, dann – nach nochmals 300 Kilometern – die Stadt Bugur, in der ursprünglich 2.000 muslimische Haushalte lebten. Nachdem die Qing dort eine Revolte niedergeschlagen hatten, seien davon aber nur noch 100 Haushalte übriggeblieben, weshalb man 500 andere muslimische Haushalte angesiedelt habe. 150 Kilometer weiter erreichte man Kucha, wo die Rebellion noch verheerendere Auswirkungen gehabt habe. Diese Stadt sei eine wichtige türkische Stadt mit 30.000 bis 50.000 muslimischen Haushalten gewesen. Als die chinesischen Truppen jedoch eintrafen, hätte es nur noch sieben Ziegen und zwei Rinder dort gegeben. 1.000 Haushalte hätten in Kucha gelebt, so Qishiyi, als er sich dort aufgehalten habe.⁵⁰

⁴⁹ XYWJL 2.3b-4b.

⁵⁰ XYWJL 2.7b.

Erst ab hier beginnt die Beschreibung des eigentlich bedeutsamen Territoriums des südwestlichen Xinjiangs. Die Bevölkerung der Stadt Ush wurde nach einer Rebellion ausgelöscht, 500 neue Haushalte aus den vier Städten Aksu, Yarkant, Hotan und Kashgar dorthin gebracht, um den Boden zu bestellen.⁵¹ Über Aksu erfährt man in Qishiyis Bericht nicht viel, doch Yarkant schreibt er eine Einwohnerzahl von 70.000 bis 80.000 Haushalten zu, sicherlich eine Übertreibung. Er hebt hervor, dass es sich um eine Handelsstadt handele, in der sich Kaufleute aus allen Teilen Chinas, aber auch aus Andijan, Kokand und Kashmir einstellten gegeben hätten. Demgegenüber gebe es große Armut, das Volk sei liederlich – vermutlich eine Anspielung auf Prostitution – und es herrsche eine Vorliebe für Homosexualität (喜男色), ganz so wie in Fujian und in Guangdong.⁵² Vor allem aber hebt Qishiyi die Qualität der Jade hervor. Kaum etwas weiß er über Hotan zu berichten, wo er keine schlechten Bräuche festgestellt hat.⁵³

Kashgar schließlich, der westlichsten und letzten Stadt, die Qishiyi beschreibt, sind wieder viele Seiten gewidmet. Spreche ein Ausländer über die „Huiren“ aus den einzelnen Städten Xinjiangs, dann spreche er exemplarisch zumeist von den Muslimen aus Kashgar (喀什噶爾回子).⁵⁴ Qishiyi dürfte von demselben Kashgarier-Begriff ausgehen, den – wie erwähnt – auch Abul-Ghazi Bahadur verwendet hat, um die Kashgarier von den Uiguren zu unterscheiden. 250 Han-Truppen seien in Kashgar stationiert gewesen, die muslimische Stadt liege neben der Garnisonsstadt. In der Stadt schätze man Kunsthandwerk, reiche Familien hielten sich Singmädchen-Truppen, so wie in Ostchina. Auch in Kashgar macht Qishiyi ein hohes Maß an Prostitution aus. Die Stadt habe vor der Befriedung durch China immer wieder unter den Kirgisen zu leiden gehabt, nun blühe sie auf.⁵⁵

Man sieht im Übrigen recht deutlich, dass Qishiyi den mongolisch-mandschurischen Norden Xinjiangs deutlich besser kannte als den uigurischen Süden. Seine Zahlenangaben decken sich im Norden mit den offiziellen Da-

⁵¹ XYWJL 2.11b.

⁵² XYWJL 2.15a.

⁵³ XYWJL 16a-b.

⁵⁴ XYWJL 17a.

⁵⁵ XYWJL 19a.

ten, während er im Süden offenbar eher auf Schätzungen angewiesen war. Klar ist aber: Auf der Nordroute, auch in Hami und Turfan, lebten nur sehr wenige Menschen, und noch viel weniger turksprachige.

Soweit die Beschreibung der Geographie Xinjangs und der historischen Ereignisse, die zu seiner Unterwerfung durch Qianlong führten. Wenn man von den relativ dünn besiedelten Oasen Hami und Turfan absieht, so konzentrierte sich die turksprachige Bevölkerung in den sechs Städten – „Altishahr“ – Kucha, Ush, Aksu, Yarkand, Hotan und Kashgar, von denen allerdings Kucha und Ush offenbar nach niedergeschlagenen Aufständen weitgehend menschenleer waren. Ob in diesen beiden Städten tatsächlich Massaker die Gründe für den Exodus eines Großteils der Bevölkerung waren, oder ob deren Zahl ohnehin deutlich kleiner war, als Qishiye annahm, lässt sich heute nicht mehr nachvollziehen. Obwohl von Massenhinrichtungen auszugehen ist, dürfte der Großteil der Bevölkerung beim Nahen der Qing-Armeen Zuflucht in einer der anderen vier südlichen Städte gesucht haben.

4.2. Einige anthropologische Beobachtungen

Ein ganzes Kapitel, das Qishiye den natürlichen und sozialen Verhältnissen in Xinjiang widmet, trägt den Titel „Notizen zu den Bräuchen in den muslimischen [uigurischen?] Landen“ (*Huijiang fengtu ji* 回疆風土記). An dessen Ende betont er, welche Angst die Bewohner Süd-Xinjangs vor den Mongolen gehabt hätten – „wie der Hund vor dem Tiger oder die Maus vor der Katze“. Letztere seien immer wieder eingefallen, um das Vieh zu rauben und die Frauen zu vergewaltigen.⁵⁶ Doch ansonsten nutzt er dieses Kapitel vor allem für einen Kurs in Landeskunde. Er macht sich zunächst darüber lustig, wie wenig die Muslime vom Ackerbau verstünden. So würden sie Unkraut nicht jäten, sondern behaupten, es sei dem Pflanzenwachstum förderlich. Sie bauten als Hauptprodukt Weizen an, dazu Reis und Baumwolle. Roggen kultiviere man zur Alkoholproduktion und als Futtermittel. Es gebe hier noch viele ungenutzte Potentiale.⁵⁷

⁵⁶ XYWJL 7a.

⁵⁷ XYWJL 7.1a-2a.

Neben der Beschreibung des Fastens haben es Qishiyi besonders die unterschiedlichen Alkoholarten, welche die türkische Bevölkerung Xinjiangs erfunden hatte, produzierte und offenbar begeistert konsumierte, angetan. Er beschreibt das Fastenbrechen am Ende des Ramadans, zu dem der lokale Herrscher der Bevölkerung Rind- und Schafffleisch zuteilte und dazu einen guten Traubenwein ausschenken ließ. Beim Newroz (努魯斯), dem Neujahrsfest, wurde genauso getrunken wie zu Sommeranfang, wenn aus den reifen Maulbeerfrüchten so viel Maulbeerwein gegoren wurde, dass jeder Haushalt mehrere Fässer erhielt. Überall konnte man Frauen und Männer sehen, die sich im Schatten der Bäume dem Alkoholgenuss hingaben, ständig sei man auf betrunkene Muslime gestoßen (從此所遇, 皆醉回子矣). Traubenwein scheint im Herbst, nach der Traubenreife, verbreitet genossen worden zu sein, in den übrigen Jahreszeiten trank man offenbar weniger starken Alkohol aus Roggen oder Hirse, woraus aber auch Arak, also Schnaps, gebrannt wurde.⁵⁸

All dies ist deshalb interessant, weil Qishiyi vom strikten Schweinefleischverbot berichtet und auch von der Beschneidungszeremonie. Er kannte die muslimischen Gebote und Bräuche also gut. Von einem Alkoholverbot aber hatte er in Xinjiang offenkundig nichts mitbekommen, genauso wenig wie von der Idee, dass Frauen Schleier tragen könnten. Andererseits berichtet er davon, dass Männer und Frauen gleichgestellt seien, dass man sich einfach scheiden lassen könne, und dass ein Mann es akzeptieren müsse, wenn ihn seine Frau vor die Tür setze – ganz wie umgekehrt. Der Islam im Xinjiang des 18. Jahrhunderts unterschied sich offenbar sehr grundsätzlich vom heutigen.⁵⁹

5. Die Entwicklung Xinjiangs im welthistorischen Vergleich

Xinjiang kam in fast derselben Zeit an das mandschurische Großreich, in der Polen von Preußen, Russland und Österreich aufgeteilt wurde. Diese Teilung setzte bekanntlich erhebliche Migrationsströme in Gang. Deutschsprachige Siedler kamen verstärkt nach Polen. Gleichzeitig vertrieb Russ-

⁵⁸ XYWJL 7.3a-4a.

⁵⁹ XYWJL 7.5a-b, 7.8b.

land die osmanischen Herrscher von der nördlichen Seite des Schwarzen Meeres und siedelte im westlichsten Teil dieses Gebietes Russen an, im Zuge der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts dann auch in seinem Ostteil. In Nordamerika fällt die Zeit der mandschurischen Eroberung Xinjiangs mit derjenigen zusammen, in der englische Kolonialisten ihre zahlenmäßig unterlegenen französischen Konkurrenten aus einem riesigen, nur dünn besiedelten Gebiet vertrieben.

Ob es übergeordnete Gründe, etwa klimatischer Natur, für die Neuordnung der Staatenwelt des 17. und 18. Jahrhunderts in Europa, Zentral- und Ostasien, aber auch in Nordamerika gegeben hat, lässt sich beim derzeitigen Stand unseres Wissens nicht bestimmen. Technologische Neuerungen, die unter anderem das russische Vorrücken in Zentralasien begünstigten, dürften von größerer Bedeutung gewesen sein.

So wie politische Veränderungen in Europa massive demographische Verschiebungen mit sich brachten, führte die Machtübernahme der mandschurischen Qing in Xinjiang dazu, dass sich turksprachige Muslime auch in Nord-Xinjiang ausbreiteten, wo sie als Arbeitskräfte benötigt wurden. Gleichzeitig setzte ein von der Qing-Regierung beförderter Zuzug aus den chinesischen Inlandsprovinzen ein. Zum Teil wichen auch muslimische Hui vor Unruhen in China nach Xinjiang aus. Im Osten Xinjiangs war zwar die Oase Turfan turksprachig besiedelt, ansonsten aber waren im Norden des Gebiets Nomaden ansässig, vermutlich Mongolen, Kasachen und vielleicht einige Uiguren. Wenn die Bevölkerung Xinjiangs 1949 zu 95% uigurisch war, so spiegelt dies nicht die Verhältnisse des 19. Jahrhunderts wider, sondern die Entwicklung seit der chinesischen Revolution von 1911. Obwohl es Warlords gelang, in Xinjiang eine chinesische Oberherrschaft aufrechtzuerhalten, kam es aufgrund der unsicheren Verhältnisse zu einer massiven Rückwanderung von Han-Chinesen nach China. Diese ging sicherlich nicht so gewaltsam vonstatten wie die Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches, sie war aber strukturell ein ähnlicher Vorgang – heute würde man wohl von „Remigration“ sprechen. Der Nationalismus, der an vielen Stellen der Welt darauf abzielte, ethnisch reine Gebiete zu erzeugen, um dort Nationalstaaten zu errichten, hatte auch

vor Xinjiang nicht haltgemacht. Die Neuansiedlung von Han-Chinesen und Hui nach 1949 war eine gegenläufige Bewegung, die eher einen früheren Zustand wieder herstellte, als dass sie etwas Neues gewesen wäre.

6. Schlussbetrachtung

Neben den beiden Oasenstädten Hami und Turfan im Norden Xinjiangs war nur ein kleiner Teil des heutigen gleichnamigen Gebietes im 18. Jahrhundert von sesshaften turksprachigen Städtern aus dem Süden besiedelt, die im 20. Jahrhundert den Namen „Uiguren“ erhielten. Ursprünglich galt die Bezeichnung nur den turksprachigen Nomaden im Norden. Aus dieser Tatsache rührt das chinesische Unverständnis gegenüber der in Europa und den USA vorherrschenden Idee, dass Städte wie Urumqi ursprünglich uigurisch und nicht chinesisch gewesen sein könnten und Industrieansiedlung deshalb dort nicht nach arbeitsmarktpolitischen, sondern nach ethnischen Gesichtspunkten beurteilt werden müsse. Aus historischer Perspektive haben die Apologeten aus der VR China also recht.

Erst durch die Umsiedlungsmaßnahmen der Qing, die das leere bzw. entleerte Land urbar machen wollten, damit sich die militärische Expansion rechnete, begann auch die uigurische Bevölkerung sich im 19. Jahrhundert über das ganze Gebiet des heutigen Xinjiang auszubreiten. Das türkisch-muslimische Stammland, das die Qing unterwarfen und das heute mit den Uiguren assoziiert wird, war das alte Land der sechs Städte von Altishahr in der südwestlichen Ecke von Xinjiang, das früher als Kashgarien bezeichnet worden ist – in deutlicher Abgrenzung zum Land der nomadischen Uiguren, das sich im Nordwesten der Provinz, in Städten wie Beshbalik oder Ilibalik befunden hat.

Sicherheitsdilemma und Nationsbildung

Politisch-gesellschaftliche Hintergründe der Entwicklung in Xinjiang

Bei meiner ersten Reise nach Xinjiang im Jahr 1980 schienen Nationalitätenprobleme zumindest im Nordteil der Region wenig konfliktbeladen zu sein. In jenem Jahr fuhr ich u.a. mit einer Gruppe von Arbeitern eines Hotels in Ürümqi an den *Tianchi* (Himmelssee), ein Gebirgssee ca. 50 Kilometer von Ürümqi entfernt. Das Hotel betrieb dort Blockhäuser, die an chinesische Touristen vermietet wurden. Zwar war die Saison noch nicht eröffnet, die Arbeiter – Han und Uiguren – sollten aber alles vorbereiten. Ich war der einzige Gast und entwickelte ein enges Verhältnis zu den Arbeitern, ergänzt durch Kontakte zu kasachischen Viehzüchtern, die in der Nähe siedelten. Fast alle Abende wurden mit den Arbeitern und Kasachen gemeinsam verbracht, von Ressentiments zwischen den Ethnien war nichts zu spüren.

Bei der zweiten Reise im Jahr 1990 in den Süden Xinjiangs zeigte sich ein anderes Bild. Starke Ressentiments gegenüber Han-Chinesen waren spürbar. Ich hörte viele Berichte über Ungerechtigkeiten bzw. gefühlte Benachteiligung von Uiguren. In einem Teehaus am Rande des Sonntagsmarktes in Kashgar kam ich mit einem Uiguren ins Gespräch. Er meinte u.a.:

Dies ist unser Boden, er gehört nicht China und den Chinesen, die uns ausbeuten. Auf diesen Markt kommen Besucher aus ganz Zentralasien. Ihre Sprachen ähneln stark der unsrigen. Mit ihnen verbindet uns viel mehr als mit den Han-Chinesen. Man könnte sogar sagen, die zentralasiatischen Völker und wir Uiguren bilden ein gemeinsames Volk.¹

Wie kam es zu dieser Veränderung von scheinbar ethnischer Integration und Harmonie hin zu Gedanken an Andersartigkeit und Selbständigkeit? Was

¹ Gespräch, 22.04.1990. Dieser Beitrag wird ergänzt durch einige persönliche Erfahrungen im Rahmen längerer Aufenthalte im Norden und Süden Xinjiangs in den Jahren 1980, 1990, 2007 u. 2023 sowie informelle Gespräche mit Angehörigen ethnischer Minderheiten Xinjiangs und chinesischen Xinjiang-Experten in China zwischen 1990 und 2023. Den Gesprächspartnern wurde Anonymität zugesichert, so dass keine Namen genannt werden, sondern lediglich Ort und Zeitpunkt des jeweiligen Gesprächs.

waren die Konsequenzen, die der Staat aufgrund der Entwicklung in Xinjiang zog? Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht die Analyse der Motive und Hintergründe für das drakonische staatliche Vorgehen in der Region zwischen 1990 und 2017, denn diese waren in der wissenschaftlichen Literatur bislang eher am Rande Gegenstand der Analyse.²

Parallel zur Reform- und Öffnungspolitik in China und der damit verbundenen Liberalisierung verstärkten sich in Xinjiang islamistische und separatistische Strömungen, die schließlich partiell in terroristischen Aktivitäten gipfelten und von Xinjiang aus auch auf andere Teile Chinas übergriffen. Damit verbundene harte Maßnahmen wurden von staatlicher Seite mit einem „Sicherheitsnotstand“ begründet. In der westlichen Literatur wird dieser Aspekt nicht selten heruntergespielt oder ganz vernachlässigt. Teilweise wird sogar bestritten, dass Islamismus, Separatismus und Terrorismus ursächlich waren für das Vorgehen der chinesischen Regierung. Entsprechende chinesische Berichte werden als bloßes „Narrativ“ der chinesischen Führung bezeichnet, das nicht ursächlich für dieses Vorgehen gewesen sei, sondern lediglich die Assimilierungspolitik der chinesischen Behörden zu kaschieren versuche.³

Jeffrey D. Sachs, einer der weltweit namhaftesten Ökonomen, und William Schabbas, ein international anerkannter Völkerrechtler, schreiben dazu:

Es gibt glaubhafte Berichte über Menschenrechtsverletzungen gegenüber Uiguren, diese stellen an sich jedoch keinen Genozid dar. Und wir müssen den Kontext für das harte chinesische Vorgehen in Xinjiang verstehen, dem im Wesentlichen dieselben Motive zugrunde liegen wie Amerikas Eingreifen im Mittleren Osten und Zentralasien nach den Terrorangriffen im September 2001: die Bekämpfung militanter muslimischer Terrorgruppen.

Und weiter:

² In den Abschnitten *Religiöse Besonderheiten der Turkvölker in Xinjiang, Peking und der Islam* sowie *Xinjiang – eine historisch konfliktreiche Region* wird partiell auf frühere Publikationen zurückgegriffen, vgl. Heberer 2005 u. 2010.

³ Siehe z.B. Alpermann 2021, 144ff.; Rodriguez-Merino 2023, 4ff. u. 79ff.; Roberts 2018 u. 2020, 142ff.; vgl. außerdem Alpermann 2024, 159-164.

*Wie uns der in Hongkong lebende Geschäftsmann und Autor Weijian Shan in Erinnerung ruft, erlebte China in demselben Jahr, in dem die USA als missglückte und blutige Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 wiederholt gegen internationales Recht verstießen, selbst zahlreiche Terrorangriffe in Xinjiang. Tatsächlich stuft die **USA die uigurische Islamische Partei Ostturkestans als Terrororganisation** ein, bekämpfte uigurische Kämpfer in Afghanistan und nahm viele von ihnen gefangen. Noch im Juli 2020 stellten die Vereinten Nationen in einem Bericht fest, dass sich tausende uigurische Kämpfer in Afghanistan und Syrien aufhalten.*⁴

Verweisen auf Terrorismus- und Separatismusbekämpfung wird häufig mit dem Vorwurf der Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzungen seitens der chinesischen Regierung begegnet. Mit einer solchen Argumentation wächst indessen die Gefahr, den genannten Hintergrund völlig auszublenden.⁵ Es bietet sich daher an, die Verhaltenslogik und die Motive des Staates in den Gesamtkontext einzubeziehen, um ein deutlicheres Bild des Entwicklungsprozesses in Xinjiang zwischen 1990 und 2017 zu bekommen.

Die erste Frage, die sich hier stellt, ist, inwiefern überhaupt von einer „terroristischen Bedrohung“ gesprochen werden kann, und – sollte dies der Fall sein – zweitens, was die Ursachen dafür sind, und drittens, weshalb der chinesische Staat in der bekannten harten Weise reagiert hat. Eine Beschränkung des Kontextes auf Xinjiang allein reicht nicht aus, um das staatliche Agieren einordnen zu können. Von daher stellt sich die grundsätzliche Frage, welche Rolle der Partei-Staat (*party state*) im Entwicklungsprozess Chinas insgesamt spielt, Xinjiang und andere Randgebiete/Grenzprovinzen eingeschlossen, welche übergeordneten Ziele er verfolgt und was dies für die Entwicklung Xinjiangs bedeutet. Nationale sicherheitspolitische Vorstellungen und Nationsbildungsprozess sind zwei wesentliche Faktoren, ohne die der Hintergrund des staatlichen Handelns nicht eingeordnet werden kann. Dieses Selbstverständnis zu analysieren, ist wichtig, um die staatlichen Schlussfolgerungen im Hinblick auf die weitere Entwicklung (innenpolitisches Sicherheitsdilemma und Nationsbildung) nachvollziehen zu

⁴ Sachs 2022 (Hervorh. durch *China Table*); zum Thema „Genozid“ vgl. die Beiträge von Norman Paech und Barry Sautman im vorl. Band sowie Slawotsky 2021.

⁵ Ähnlich Greitens et al. 2019/20, 11; Shichor 2023.

können. Hier macht auch ein Rekurs auf die Funktion des Staates als „Entwicklungsstaat“ Sinn.⁶ Das Konzept des Entwicklungsstaates, entwickelt vom US-amerikanischen Politikwissenschaftler Chalmers Johnson in den 1980er Jahren,⁷ wurde ursprünglich auf die Rolle des Staates im Entwicklungsprozess Japans angewandt, später auf die Entwicklung in Südkorea, Taiwan, Singapur und Malaysia.⁸ In allen Fällen handelte es sich um staatliche Gebilde, in denen die politische Elite auf der Basis der Herrschaft einer einheitlichen Organisation von oben nach unten, autoritär eine planmäßige und effektive Entwicklung betrieben hat, sei es auf der Basis einer einzelnen Partei (Taiwan, Singapur) oder mithilfe einer Militärdiktatur (Südkorea). Trotz aller Unterschiede und Besonderheiten der einzelnen Staaten in Ostasien bietet dieses Konzept einen geeigneten Rahmen, um das Verhalten und Agieren auch des chinesischen Staates analysieren zu können.

Bei Entwicklungsstaaten handelt es sich um zweckorientierte und starke Staaten mit einem festen Willen und Konsens der politischen Elite, die Nation ökonomisch, gesellschaftlich und politisch zu entwickeln. Zu diesen Aufgaben zählen auch der Staatsaufbau- und Nationsbildungsprozess. Sie sind zugleich in der Lage, über gesellschaftliche Partikularinteressen und Widerstände hinweg allseitige Entwicklung von oben nach unten durchzusetzen. Dies verlangt effektive Intervention in die Wirtschaft sowie Steuerung der Unternehmen und ihrer Ziele, wobei Intervention und Steuerung auch Marktdefizite auszugleichen vermögen. Solche Staaten sollten zudem in der Lage sein, ihre Politik landesweit durchzusetzen. Sie besitzen ein relativ großes Maß an Unabhängigkeit gegenüber Einflüssen gesellschaftlicher Interessengruppen. Ohne eine solche Autonomie vermag der Staat keine effektive Kontrolle über die Gesellschaft auszuüben, kann er gesellschaftliche Beziehungen nicht regulieren und gesellschaftliche Kräfte im Interesse nationaler Entwicklung gegebenenfalls nicht disziplinieren. Teil dieses Konzeptes ist darüber hinaus striktes und repressives Vorgehen gegen Personen oder Organisationen, die potenziell gegen Entwicklungsziele des Hauptakteurs – hier der KPCh – opponieren. Solche Staaten verfügen

⁶ Heberer 2017 u. 2023.

⁷ Johnson 1982.

⁸ Vgl. auch Kohli 2004; Woo-Cumings 1999.

über eine effektive Bürokratie, die beständig professionalisiert werden muss und politische Stabilität gewährleisten soll. Die Funktionen des Entwicklungsstaates werden in China von der KPCh bzw. vom Staat wahrgenommen.

In Anlehnung an diesen Ansatz sah der Soziologe James Scott in Staaten, die eine planmäßige Entwicklung und Modernisierung betreiben, zugleich die Tendenz, Natur und Gesellschaft administrativ zu ordnen, alle Aspekte gesellschaftlichen Lebens durch rational-technische Gestaltung gemäß einem Plan zu formen und zu kontrollieren, um ein übergeordnetes nationales Ziel bzw. eine Vision zu realisieren. In China besteht dieses Ziel gegenwärtig in dem Bemühen, ein „umfassend modernes Gemeinwesen“ bis 2049/50 zu schaffen, inklusive einer stabilen und gefestigten Nation. Diese Zielsetzung entspricht dem Konzept des „Entwicklungsstaates“, der seine Funktion darin sieht, die moderne Gesellschaft und ihre Struktur nicht nur zu planen, sondern auch seinen funktionalen Vorstellungen zu unterwerfen.⁹ Dieser Mission wurde und wird von staatlicher Seite auch die Entwicklung in Xinjiang untergeordnet.

Um die Rolle des Islam in China sowie in der Region Xinjiang besser einschätzen zu können, wird im Folgenden zunächst ein Überblick über muslimische Ethnien in China gegeben sowie über die Geschichte und die Besonderheiten des Islam der turksprachigen Ethnien speziell in Xinjiang. Danach wird kurz auf die historisch konfliktreiche jüngere Geschichte der Region eingegangen. Historische Erfahrungen und Erwartungen dieser Ethnien wirken bis in die Gegenwart hinein in deren kollektivem Bewusstsein (Durkheim) fort. Anschließend befasst sich dieser Beitrag mit dem Anwachsen separatistischer und islamistischer Strömungen seit den 1990er Jahren und mit den terroristischen Aktivitäten, die in diesem Kontext stattgefunden haben.¹⁰ Dabei wird auch auf das Einwirken solcher Strömungen aus Nachbarländern Chinas eingegangen sowie auf die Renaissance des

⁹ Siehe Scott 1998.

¹⁰ Wie Fuller/Lipman (2004, 347) gezeigt haben, ist es für Außenstehende schwierig, zwischen pan-türkischen, allgemein separatistischen, islamistischen und säkularen Bewegungen zu unterscheiden, da sich innerhalb der betreffenden Organisationen die entsprechenden Ideologien teilweise überlappen, was eine eindeutige Abgrenzung erschwert.

Islam und die wachsende Ethnizität vor allem unter Uiguren und Kasachen. Die Kernthese dieses Beitrags ist, dass die zunehmenden Terrorakte und das damit einhergehende innere Sicherheitsdilemma nach 1990 unter der politischen Führung Chinas wie in weiten Teilen der Bevölkerung ein Gefühl nationaler und individueller Bedrohung erzeugte, dem der Staat mit einer entschlossenen Politik entgegenzuwirken versuchte. Rechtliche Regeln wurden dabei weithin außer Kraft gesetzt. Die politischen Folgen des gefühlten Sicherheitsdilemmas schlugen sich zugleich in einer Priorisierung des Nationsbildungsprozesses nieder sowie einer stärkeren Ausrichtung der Nationalitätenpolitik auf diesen Prozess, verbunden mit einem Programm sozialer Disziplinierung.¹¹

I. Xinjiang – Ethnische und religiöse Prägung

Muslimisch geprägte Ethnien in China

Der letzten Bevölkerungszählung Chinas von 2020 zufolge beträgt die Zahl der Personen, die einer muslimischen Ethnie angehören, rund 26 Millionen. Sie verteilen sich auf zehn Ethnien. (Das bedeutet indessen nicht, dass diese 26 Millionen auch gläubige Muslime sind. Konkrete Zahlen über die Anzahl gläubiger Muslime in China liegen nicht vor.)

Die entsprechenden Ethnien, immerhin ein Fünftel der ethnischen Minderheitenpopulation, setzen sich aus sechs turksprachigen Gruppen (Uiguren, Kasachen, Kirgisen, Usbeken, Salaren, Tataren), zwei mongolischsprachigen (Bonan u. Dongxiang¹²), einer iranischsprachigen (Tadschiken) sowie den Hui, der zweitgrößten Gruppe, zusammen. Äußerlich und von der Sprache her unterscheiden sich die Hui kaum von der han-chinesischen Bevölkerungsmehrheit.¹³

¹¹ Vgl. Heberer 2022 und 2023, 148-160.

¹² Ma 1987.

¹³ Die „Han“, die größte Nationalität (im Westen gemeinhin als „Chinesen“ bezeichnet), bilden im Grunde keine homogene Gruppe. Sie sind einerseits Ergebnis der Vermischung unterschiedlicher Völker im Laufe der Geschichte. Andererseits zählen auch Gruppen dazu, die sich hinsichtlich Sprache, Kleidung, Sitten und Bräuchen oder der Lebensweise deutlich voneinander unterscheiden, wie die Hakka, die Kantonesen, die Bewohner von Fujian u.a.

**Bevölkerungszahlen muslimisch geprägter Ethnien in China
laut Volkszählung von 2020**

Nationalität	Personen	Anteil an	
		allen Minderheiten (%)	Gesamtbevölkerung (%)
Uiguren	11.774.538	9,36	0,91
Hui	11.377.914	9,05	0,89
Kasachen	1.562.518	1,24	0,12
Dongxiang	774.947	0,62	0,06
Kirgisen	204.402	0,16	0,02
Salaren	165.159	0,13	0,01
Tadschiken	50.896	0,04	0,00
Bonan	24.434	0,02	0,00
Usbeken	12.742	0,01	0,00
Tataren	3.544	0,00	0,00
Gesamt	25.951.094	20,65	2,02

Quelle: <https://www.bilibili.com/read/cv14109722>; Zugriff Feb. 2024.

Während die übrigen Völker ethnisch geschlossene Gemeinschaften mit weitgehend einheitlichem Siedlungsgebiet und eigener Sprache bilden, entstand die Hui-Ethnie aus ganz unterschiedlichen Einwanderungen. Sie bilden eher eine religiöse als eine ethnische Gemeinschaft, wobei das Spektrum von assimilierten städtischen Hui bis zu streng-orthodoxen Muslimen reicht, die Kontakte zu Nicht-Muslimen meiden. Hui finden sich in allen Provinzen,¹⁴ die übrigen muslimischen Ethnien konzentrieren sich in Nordwestchina.¹⁵ In Xinjiang allein leben über eine Million Hui.

¹⁴ Zu den Hui siehe u.a. Gladney 1996.

¹⁵ Dazu: Gladney 1996; einen ausführlichen Überblick über die ethnischen Gruppen Xinjiangs gibt Hoppe 1995.

Die größte turksprachige Gruppe bilden die Uiguren, die linguistisch und kulturell den Usbeken am nächsten stehen. Die zweitgrößte Ethnie stellen die Kasachen, ein Turkvolk mit mongolischem Einschlag, in deren muslimischem Glauben sich Züge des Schamanentums erhalten haben. Sie flohen zum Teil nach einer Rebellion im Jahre 1916, nach der Oktoberrevolution 1917 bzw. im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft Ende der 1920er Jahre in der Sowjetunion nach China.¹⁶

Neben Kirgisen und Usbeken gibt es eine Reihe kleinerer, bei uns wenig bekannter Nationalitäten wie die Salaren, die überwiegend im Autonomen Kreis Xunhua der Salaren (nordwestchinesische Provinz Qinghai) leben, zu einem kleinen Teil auch im Bezirk Ili in Xinjiang. Sie sollen während der mongolischen Yuan-Dynastie (1271-1368) aus Samarkand kommend eingewandert sein und sich mit Tibetern, Hui und Han vermischt haben. Sie sprechen eine Turksprache, die mit dem Uigurischen und Usbekischen verwandt ist.¹⁷ Bei den iranischen Tadschiken wiederum handelt es sich um die sogenannten Berg- oder Pamir-Tadschiken, die in der Literatur auch Wakhi genannt werden.¹⁸ Bis auf die schiitischen Tadschiken¹⁹ sind die meisten Muslime in China Sunniten und Anhänger der Hanafi-Rechtsschule.²⁰ Die kleine Gemeinschaft der Tataren, die im Norden des "Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang" leben, flüchtete vorwiegend aufgrund der russischen Expansionspolitik im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts nach China.²¹ Die kleine Yugur-Nationalität (2020: 14.706 Personen), die hauptsächlich im Autonomen Kreis Sunan der Yugur (Provinz Gansu) lebt, kennt drei

¹⁶ Mierzhahan 1989; zu den Kasachen in China vgl. Benson/Svanberg 1988.

¹⁷ Ma/Ma 2004.

¹⁸ Siehe *Tajikezu jianshi* 2008; Xiao 1989.

¹⁹ Zur Religion der Tadschiken vgl. Wang Shouli 1982.

²⁰ Pillsbury 1981, 46. Die hanafitische Rechtsschule ist eine der vier Rechtsschulen des sunnitischen Islams. Sie macht neben den authentischen Überlieferungen des Propheten und dem Glauben auch die individuelle Lage und das persönliche Urteil zur Grundlage der Rechtsprechung. Von daher gilt diese Schule als eine eher liberale Form. Die Mehrheit stellt sie unter all jenen Sunniten, die zu den Turkvölkern gehören (einschließlich der Türken selbst), sowie unter den Sunniten des asiatischen Festlandes östlich des Irans, also in Afghanistan, Pakistan, Turkmenistan, Indien, Bangladesch, China, Usbekistan und Kasachstan.

²¹ *Zhongguo shaoshu minzu* 1984, 251ff.

Sprachen (Mongolisch, Chinesisch, Turksprache). Rund die Hälfte davon spricht eine Turksprache. Zudem leben im Altai-Gebirge in Xinjiang noch einige Tausend Tuwiner, die bislang nicht als eigenständige Ethnie anerkannt wurden.

Religiöse Besonderheiten der Turkvölker in Xinjiang

Der Beginn der islamischen Bekehrung der Turkvölker in Zentralasien wird in das 8. Jahrhundert datiert, nachdem die Truppen des arabischen Abbasiden-Kalifats das chinesische Heer am Talas militärisch geschlagen hatten und nach Zentralasien vorstießen. Auf heutigem chinesischem Staatsgebiet soll der Herrscher von Kashgar und Hotan (Khotan), Satok Bughra Khan, im 10. Jhdt. den islamischen Glauben angenommen haben. In den folgenden Jahrhunderten erreichte der Islam die Tataren (10. Jhdt.), Usbeken (13./14. Jhdt.), die Bewohner der Gebiete, die seit den 1930er Jahren als Uiguren bezeichnet werden²² (15. Jhdt.) und Kasachen (16./17. Jhdt.).²³ Ethnische Differenzen zwischen den Turkvölkern in Xinjiang, vornehmlich Uiguren und Kasachen einerseits und Hui andererseits, verhinderten in den folgenden Jahrhunderten ein Zusammenwirken, das noch im 19. Jhdt. zur Entstehung eines gemeinsamen islamischen Staates hätte führen können. Gleichwohl flüchteten zahlreiche Hui im Anschluss an Aufstände bzw. aufgrund von Hungersnöten oder Naturkatastrophen im chinesischen Kernland ins heutige Xinjiang. Infolge der dortigen ethnischen Antagonismen stellte dies für die chinesische Zentralregierung keine Bedrohung dar. Hui erwiesen sich vielmehr als Mittler/Transporteure konfuzianischer Kulturelemente sowie als Mittler zwischen Turkvölkern und Han. Während der Qing-Zeit (1644-1912) wurden Hui als Lokalbeamte in Xinjiang eingesetzt, die zum Teil noch rigider gegenüber den Turkvölkern agierten als Han-Beamte.²⁴ Im Gegensatz zu den Hui passten sich die Turkvölker bis ins 20. Jhdt. hinein nur in geringem Maße han-chinesischem Einfluss an.²⁵

²² Dazu vgl. Abschnitt „Differenzierung der uigurischen Bevölkerung“.

²³ Newby 1988, 927.

²⁴ Vgl. a.a.O., 934, sowie Forbes 1991.

²⁵ Zum Islam in Xinjiang siehe auch Fuller/Lipman 2004.

Unter den Turkvölkern nahm seit den 1990er Jahren auch die Rolle des Sufismus wieder zu. An der Seidenstraße tanzten Muslime wieder den *zikr*, eine meditative Übung zur Vergegenwärtigung Gottes, die im Sufismus eine herausragende Rolle spielt.²⁶ Der Sufismus hat dazu beigetragen, den Islam in China am Leben erhalten. Da er nicht unbedingt des Imams als Mittler zwischen Mensch und Gott bedarf, auch nicht formaler Gebete, Gläubige vielmehr durch Meditation, Yoga und innere Kontemplation in persönlichen Kontakt mit Gott treten können, konnte sich die Glaubensausübung auch in Zeiten schärfster Bekämpfung von Religiosität als „Aberglauben“ (Großer Sprung nach vorn, Kulturrevolution) im Verborgenen am Leben erhalten. Der Sufismus trifft aber, wie in anderen islamischen Ländern, auf die Gegnerschaft vieler orthodoxer muslimischer Institutionen. Da *Sufi*-Sekten sich staatlicher Kontrolle weitgehend entziehen und in ihrem Verhalten unorthodox wirken, waren sich die meisten Repräsentanten des offiziellen Islam und die Repräsentanten von Partei und Staat in ihrer Ablehnung durchaus einig.²⁷ In einer Untersuchung über Sufi-Bruderschaften in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wurde beispielsweise deutlich, dass diese sich zu Keimzellen eines islamischen Fundamentalismus und Ethnonationalismus entwickeln können.²⁸

Es gibt also zwei große Stränge des chinesischen Islams: der Islam der Hui, der auf friedlichem Wege, meist durch Händler und Kaufleute, nach China gelangte und sich konfuzianischem Brauchtum partiell anpasste, und der Islam der Turkvölker, der zum Teil mit dem Schwert in Zentralasien verbreitet worden war. Während die Hui von den Han-Chinesen nicht als ethnische, sondern primär als religiöse Gemeinschaft begriffen werden, werden die Turkvölker weniger religiös definiert als vielmehr ethnisch. Doch trotz aller Unterschiede, etwa im Hinblick auf Separatismus oder Sufismus gibt es Gemeinsamkeiten zwischen Hui und Turkvölkern: Beide begreifen sich als Teil der *Umma*, der übergeordneten Gemeinschaft muslimischer Gläubigen, gerade unter Bedingungen, unter denen der Glaube durch Mo-

²⁶ Tanz der Derwische, bei dem der Oberkörper vorwärts und rückwärts bis zum Zustand der Trance bewegt wird und kurze Koranverse rezitiert werden.

²⁷ Gespräch mit Xinjiang-Forscher, Peking, 29.09.2009.

²⁸ Lehmann 1996, 9f.

dernisierungs- und Migrationsprozesse bedroht zu sein scheint. Nicht nur sind die religiösen Grundlagen und der religiöse Bezug aller Muslime in China identisch. In den Städten sieht man häufig auch Angehörige unterschiedlicher Ethnien gemeinsam in einer Moschee beten, in einigen Sufi-Orden gibt es ethnienübergreifende Mitgliedschaft. Örtliche Diskriminierungen lokaler muslimischer Gemeinschaften führen schnell zu landesweiter Solidarität muslimischer Gruppen. Die Rückkehr zu Markt und Unternehmertum hat zugleich ökonomische Netzwerke von Muslimen entstehen lassen. Solche Netzwerke verfolgen nicht nur ökonomische Zwecke, sondern auch sozial-karitative: Sie unterstützen Moscheen und muslimische Schulen und fördern karitative Einrichtungen. Auch private muslimische Bildungs- und Publikationseinrichtungen entstanden im Zuge der Öffnungs- und Reformpolitik.²⁹

Die Identität der Ethnien in Xinjiang geht ebenfalls auf den Islam zurück. Zugleich war die Religion ein wichtiges Moment für ihr Überleben. Allerdings muss hier zwischen Kasachen und Kirgisen einerseits und Uiguren andererseits unterschieden werden. Bei den Ersteren haben sich animistische und schamanistische Züge mit dem Islam verbunden, so dass sie in ihrem Glauben weniger radikal sind, während Uiguren – historisch gesehen – stärker pan-islamischen Einflüssen zuneigten.³⁰

Differenzierung der uigurischen Bevölkerung

Bei der Ethnie, die als Uiguren bezeichnet wird, handelt es sich ursprünglich nicht um eine homogene Gruppe. Zwar existiert der Begriff „Uigure“ an sich seit Jahrhunderten. Er bezeichnet jedoch noch im 8. Jhdt. eine Koalition von neun *Tiele*-Nomadenstämmen³¹ in Nordchina, der Mongolei und im Altai-Gebirge. Zuordnung und Identität als „Uigure“ haben sich im Verlauf der Geschichte verändert.³²

²⁹ Vgl. u.a. J. Wang 2003, 230.

³⁰ Darauf weist auch Hoppe 1992, 362, hin.

³¹ Die *Tiele* (铁勒), ein antikes Turkvolk, gelten als Nachfahren der „Xiongnu“ („Hunnen“).

³² Vgl. Gladney 1990.

Die „Uiguren“ bestehen aus vielen subethnischen Segmenten und weisen ein erhebliches Maß regionaler Differenzierung auf. Der uigurische Politiker Burhan Shahidi (Baoerhan, 1894-1989), nach Gründung der VR China 1949 viele Jahre Gouverneur von Xinjiang und Inhaber verschiedener Führungspositionen auf der zentralen wie regionalen Ebene, war der Auffassung, dass der Begriff erst unter sowjetischem Einfluss in den 1930er Jahren auf seinen Vorschlag hin von der Provinzregierung Xinjiangs offiziell eingeführt worden sei.³³ Seit der Qing-Zeit habe man die Oasenbewohner des Tarimbeckens lediglich nach Ortsbezeichnungen (Kashgaris, Taranchis, Turkis u.a.) oder generell als *chanhui* (纏回, „umwickelte Hui“) oder *chantou* (缠头, „Kopfumwickelte“), wohl im Sinne von „Turbanträger“ bezeichnet.³⁴ Auch Rudelson/Gladney weisen darauf hin, dass bei der damaligen Namensgebung sowjetischer Einfluss eine Rolle gespielt habe.³⁵ „Uigure“ stand demnach für turksprachige Muslime in der Region Xinjiang, die sich zuvor unter unterschiedlichen Bezeichnungen als lokale Gemeinschaften etabliert hatten.³⁶ Allerdings hat die Zusammenfassung unter eine einheitliche Bezeichnung dazu geführt, dass sich zunehmend ein Bewusstsein von gemeinsamer Ethnizität unter den Uiguren herauszubilden begann. Gemeinsame Sprache und der Islam förderten hierbei die inner-ethnische Integration und Identität.

Rudelson spricht im Hinblick auf Xinjiang und die Uiguren indessen von fragmentierten Identitäten. Berufsgruppen hätten traditionell starke Gemeinschaften gebildet, Familienbeziehungen (Clans), Abstammung oder Oasenzugehörigkeit eher eine sekundäre Rolle gespielt. Am Beispiel der

³³ Ähnlich sieht das Rudelson 1997, 6f.

³⁴ Persönliches Gespräch mit Burhan Shahidi am 12.08.1986 in seiner Wohnung in Peking. Siehe dazu auch sein Buch *Baoerhan*, 1984, 244. In dem Gespräch kam Burhan auch auf die intensiven pan-türkischen und sowjetischen Einflussversuche in Xinjiang zu sprechen, die sich zwar vermindert hätten, aber fortexistierten, sowie auf wachsenden äußeren Einfluss radikal-islamischer Strömungen im Zuge der Öffnungspolitik.

³⁵ Rudelson 1997, 5ff.; Gladney 2004, 217.

³⁶ Hoppe 1995, 56ff. Dazu auch: Friederich 1995, 6f. Zu einer anderen Schlussfolgerung kommt van Ess (2017), demzufolge sich der Begriff zwar über die Zeit erhalten habe, möglicherweise aber stärker auf die Bewohner West-Xinjiangs bezogen worden sei. Insgesamt sei die Genese des Ethnonyms aber noch nicht hinreichend geklärt.

Oase Turpan im Osten Xinjiangs verdeutlicht er, dass die drei sozialen Gruppen Intellektuelle, Kaufleute und Bauern unterschiedliche Formen von Identität besitzen. Intellektuelle würden sich stärker von Han abgrenzen und eher mit der türkischen Welt Zentralasiens und der Türkei identifizieren. Sie seien eher säkular orientiert, anti-islamisch, dafür aber mehr pan-türkisch. Diejenigen Teile der bäuerlichen Bevölkerung, die kaum Kontakte nach außen besäßen, verstünden sich als gläubige Muslime und besäßen eine primär lokal geprägte (oasen-orientierte) Identität. Uigurische Kaufleute mit Kontakten in Chinas Kernland hinein, die von der Reform- und Öffnungspolitik profitieren würden, verstünden sich in erster Linie als chinesische Staatsbürger. Diese Unterschiede – so Rudelson – erschwerten die Herausbildung einer gemeinsamen uigurischen Identität. Die Liberalisierung der staatlichen Politik in den 1980er Jahren hätte zudem zu einer positiven Einstellung der Bauern und Kaufleute in der Oase Turpan gegenüber der chinesischen Regierung geführt. Zugleich erkennt Rudelson ein gewisses Dilemma, dem sich die Regierung gegenübersteht: schränke sie die Ausübung des Islam ein, fühlten sich Uiguren unterdrückt und sähen die Regierung in einem eher negativen Licht. Eine deutliche Liberalisierung hingegen könne dazu führen, dass Uiguren sich stärker von der han-chinesischen Gesellschaft abgrenzten.³⁷

Zweifellos hat der Ausbau der Infrastruktur (Straßenbau, Schienennetz, Flughäfen, Telekommunikation, Medien in uigurischer Sprache etc.) die Kommunikation innerhalb Xinjiangs und unter den Uiguren begünstigt und zur Stärkung der uigurischen Identität beigetragen. Durch die chinesische Bildungspolitik und die Vorteilsgewährung beim Zugang zu Bildungseinrichtungen für ethnische Minderheiten wurde die Entstehung einer uigurischen Bildungsschicht gefördert. Die Möglichkeiten, sich wirtschaftlich selbständig zu machen, begünstigte zugleich die Herausbildung einer Unternehmerschicht. All dies hat dazu beigetragen, das uigurische Identitätsgefühl und ethnische Selbstbewusstsein zu stärken.³⁸

³⁷ Rudelson 1997, 167-171.

³⁸ Vgl. dazu auch Starr 2004b; Benson 2004; Rudelson/Jakowiak 2004.

Auch zwischen den Turkvölkern existieren interethnische Spannungen, die zum Teil auf unterschiedliche Lebensweisen wie die von Nomaden (Kasachen) und Bauern (Uiguren) zurückzuführen sind. Manche Uiguren – so heißt es – behandelten die anderen ethnischen Minderheiten herablassend, verwendeten z.B. das Wort „Kasache“ als Schimpfwort.³⁹ Auch würden Kasachen von Uiguren partiell als schmutzig, faul und rückständig bezeichnet. Ähnliche Widersprüche gebe es auch zwischen Uiguren, Kirgisen und Tadschiken.⁴⁰ Von daher ist es nachvollziehbar, dass Vorschläge wie die Gründung eines unabhängigen „Uiguristan“ für andere ethnische Minderheiten wenig attraktiv sind. Separatistische uigurische Bewegungen im Ausland wissen das und versuchen daher eher im Namen eines Pan-Turkismus oder Pan-Islamismus aufzutreten.

Xinjiang: Migration und Migrationspolitik

Xinjiang, halb so groß wie Indien und fünfmal so groß wie die Fläche Deutschlands, macht ein Sechstel des chinesischen Territoriums aus und beherbergt große Rohstoffvorräte (u.a. Erdöl). Es ist die einzige Provinz Chinas mit bevölkerungsstarken turksprachigen und muslimischen ethnischen Minderheiten.

Relation ethnische Minderheiten und Han in Xinjiang laut Bevölkerungszählungen (1953-2020)⁴¹

	1953	1964	1982	2020
Gesamtbevölkerung	4,7836	7,2701	13,0815	25,8523
davon:				
Han	6,94	31,93	40,40	42,24
Ethnische Minderheiten (%)	93,06	68,07	59,60	57,76
davon: Uiguren (% an Gesamtbev.)	75,42	54,90	45,53	44,96

³⁹ Hoppe 1995, 145.

⁴⁰ Vgl. Friederich 1995, 23ff.

⁴¹ *Xinjiang renkou fazhan* (Entwicklung der Bevölkerung Xinjiangs; 2021), <http://ca.china-embassy.gov.cn/zt/baipishu2019/202203/t2022030510648275.htm> (Zugriff: 02/2024); siehe dazu auch Toops 2004.

Der Volkszählung von 2020 zufolge hat Xinjiang 25,85 Mio. Einwohner, wobei ethnische Minderheiten einen Anteil von 14,94 Mio. besitzen (57,8% der Bevölkerung), davon 11,77 Mio. Uiguren (45%). Han-Chinesen haben einen Anteil von 10,92 Mio. Menschen (42,2%).

Zweifelloos hat sich der prozentuale Anteil ethnischer Minderheiten an der Gesamtbevölkerung Xinjians seit den 1950er Jahren also deutlich verringert. Politisch interpretieren lässt sich diese prozentuale Verschiebung zugunsten der Han nur durch den Willen der Zentralregierung, das nationale Sicherheitsbedürfnis zu fördern, um die Gefahr einer ethnischen Abspaltung zu minimieren.⁴² Der Historiker James Millward hat gezeigt, dass es bereits im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jhdts. aus sicherheitspolitischen Erwägungen starke Bestrebungen gab, mehr Han-Einwanderer in Xinjiang anzusiedeln. Sicherheitspolitische Migration besitzt von daher Geschichte und ist kein Phänomen der Volksrepublik allein. Allerdings kam es aufgrund der unsicheren Lage in Xinjiang in den 1930er und 1940er Jahren auch wieder zu Abwanderungsbewegungen. Verbunden war diese Politik zugleich mit der Ende des 19. Jhdts. in China aufkommenden Debatte über Nationsbildung.⁴³ Wie in Abschnitt IV gezeigt wird, sind beide Faktoren, sicherheitspolitische Erwägungen und Nationsbildung, bis heute aktuell geblieben.

Peking und der Islam

Anfang der 1950er Jahre wurden alle muslimischen Organisationen in der staatlich kontrollierten *Islamischen Vereinigung* zusammengefasst, die als Bindeglied zwischen Gläubigen und Staat fungieren und Kontrollfunktion gegenüber den jeweiligen Glaubensgemeinschaften ausüben sollte. Ende jenes Jahrzehnts wurden dann traditionelle Vereinigungen wie Sufi-Bruderschaften oder die sog. *menhuan*⁴⁴ verboten. Schließlich wurden während

⁴² Warikoo 1992.

⁴³ Vgl. Millward 2023.

⁴⁴ Bei *Menhuan* handelt es sich um Süfi-Sekten, die von den jeweiligen Gründern abstammen und die Funktion eines Anführers ausüben sollen. *Menhuan*-Führer besitzen Auto-

der Kulturrevolution (1966-76) die Moscheen geschlossen oder zerstört, das Studium des Korans und Beschneidung untersagt. Teilweise wurden Gläubige zur Schweinezucht gezwungen. Die Roten Garden in Xinjiang, die den Islam als „Aberglauben“ bekämpften, sollen allerdings zu einem signifikanten Teil aus muslimisch-ugurischen Familien gestammt haben.⁴⁵

Mit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik Ende der 1970er Jahre verfolgte Peking zunächst eine moderatere Politik gegenüber dem chinesischen Islam. Dies hing auch mit dem Werben um Investitionen und Entwicklungshilfe aus islamischen Staaten sowie mit dem Bemühen um deren außenpolitische Unterstützung zusammen. Doch die Liberalisierungspolitik führte zugleich zu neuen Konfliktkonstellationen: Während Teile der muslimischen Nationalitäten sich auf Grundwerte des Islam und des Korans besannen, bemühte sich der Zentralstaat, den Islam in den Dienst einer ethisch konnotierten Religionspolitik zu stellen:

*Der Islam will die Menschen dazu bringen, schlechte Gewohnheiten aufzugeben, sich gut zu betragen und hilfsbereit zu sein. Er lehrt die Menschen, gute Bürger zu sein und sich an die Gesetze zu halten.*⁴⁶

Unter muslimischen Ethnien nahm im Gegenzug die Tendenz zu, sich gegenüber diesem ethischen Religionsverständnis als wahrhaft Gläubige zu begreifen und in Han-Chinesen „Götzendienen“ oder „Unreine“ zu sehen.⁴⁷ Dies war nicht nur unter manchen Uiguren verbreitet, sondern auch unter orthodoxen Hui. Denn, wie es ein Hui einmal formulierte, die Han seien „Menschen ohne arabisches und muslimisches Blut“.⁴⁸ Viele Han-Chinesen wiederum blickten auf die Kulturen der muslimischen Minderheiten herab, weil diese in ihren Augen chinesisch-konfuzianische Werte wie den Ahnenkult ebenso ablehnten wie zwei Säulen der chinesischen Esskultur (Schweinefleisch und Alkohol). Zudem schienen sie sich im religiösen Gebrauch

rität und Kontrolle über Eigentum und die Besetzung von Positionen innerhalb der jeweiligen Sekte. Bei den *Menhuan* spielen spezifische Regeln und Rituale sowie Loyalität gegenüber dem Anführer eine zentrale Rolle.

⁴⁵ MacInnis 1989, 234.

⁴⁶ A.a.O., 256.

⁴⁷ Vgl. Witte 1922, 96f.

⁴⁸ Zit.n. Pillsbury 1981, 51.

einer „Geheimsprache“, des Arabischen, zu bedienen.⁴⁹ Die Islamisierung von Teilen der Gesellschaft in Xinjiang wiederum erschwerte im Alltag ein gemeinschaftliches Miteinander mit Han-Chinesen. Begleiterscheinungen dieser Islamisierung waren Tabus wie Han-Restaurants zu besuchen, Einladungen zum Essen bei Han („Schweinefleischverzehrer“) anzunehmen oder Alkohol zu trinken. Dies schuf zum Teil voneinander getrennte, parallele Lebenssphären.⁵⁰ Auch der Slogan der islamischen separatistischen Kräfte aus den 1930er Jahren „Tötet die Han, löscht die Hui aus“ (*sha Han mie Hui*), so hieß es, „sei [ab den 1990er Jahren, Anm. T.H.] wieder zu hören“ gewesen.⁵¹

Der Literaturwissenschaftler Yao Xinyong (*Jinan Univ.*, Guangdong), der viele Jahre in Xinjiang gelebt und gearbeitet hat, berichtet, dass es eine Art informeller „Religionspolizei“ gegeben habe, die versucht habe, Verhalten nach radikal-islamischen Vorstellungen zu kontrollieren und zu sanktionieren, z.B. hinsichtlich des Verhaltens im Hinblick auf „un-islamische“ Bekleidung von Frauen“. Die Unterscheidung zwischen „Halal“ (Handlungen und Dinge, die nach islamischem Recht geboten sind) und „Haram“ (solche, die nach islamischem Recht verboten sind) habe sich in der uigurischen Gesellschaft zunehmend verbreitet. Alles, was mit der Regierung, den Han oder Modernisierung zu tun gehabt hätte, habe als „Haram“ gegolten. All dies habe die Segregation von Han und Uiguren verstärkt.⁵² Wie Zhou (2019, 1190) berichtet, sollen Islamisten verboten haben, Rundfunk zu hören, fernzusehen, Zeitungen zu lesen, zu singen und zu tanzen. Lachen bei Hochzeiten und Weinen bei Beerdigungen seien geächtet, Frauen gezwungen worden Burkas zu tragen. Es sei propagiert worden, dass „dschihadistische Märtyrer in den Himmel“ kämen und das „Töten eines Ungläubigen“ höher bewertet werde „als zehn Jahre Frömmigkeit“.

Eine neue Entwicklung trat ein, als im Mai 1989 erstmals landesweit Angehörige aller in China vertretenen muslimischen Nationalitäten gemeinsam demonstrierten: gegen das von han-chinesischen Autoren verfasste und

⁴⁹ A.a.O., 50.

⁵⁰ Gespräch mit Xinjiang-Forscher, Peking, 29.09.2009.

⁵¹ Ji 1992, 32.

⁵² Yao 2014.

in einem Shanghaier Verlag erschienene Buch *Xing fengsu* (Sexuelle Bräuche). Dieses Buch beschrieb muslimische Sexualbräuche und wurde von Gläubigen als Verunglimpfung des Islam angesehen. Unter anderem wurden Minarette mit Phalli, muslimische Gräber und Kuppeln mit dem „Mund der Venus“ oder Pilgerreisen nach Mekka mit „Orgien“ verglichen und das Tabu des Schweinefleischgenusses sexuell interpretiert. Allein in Peking gingen 3.000 Muslime auf die Straße, in den Hui-starken nordwestchinesischen Städten Lanzhou, Yinchuan, Xining u.a. Hunderttausende. Die Proteste nahmen in Ürümqi ihren Ausgang, und vor allem im Nordwesten weiteten sie sich zu Unruhen aus, denen die Behörden aus Furcht vor Eskalation auf Anweisung Pekings eher moderat begegneten. Das Buch wurde verboten und vernichtet, die verantwortlichen Redakteure bestraft.⁵³ Eine Ausstellung in Wuzhong (Autonom. Gebiet Ningxia der Hui, Nordwestchina), die ich 1993 zufällig in einer Moschee entdeckte, dokumentierte die Protestaktionen. Ein *Ahong* (阿訇, *akhond*, Imam) berichtete stolz von den Protesten und dem „Sieg“ über den „chinesischen Salman Rushdie“. Wie auf den Fotos zu sehen war, hatten die Demonstranten Transparente mitgeführt, auf denen u.a. „Tod dem chinesischen Salman Rushdie“ und „Vernichtung der chinesischen Satanischen Verse“ zu lesen war.⁵⁴ Muslime in Qinghai sollen überdies ein Kopfgeld von 600.000 Yuan für die Liquidierung des verantwortlichen Redakteurs ausgesetzt haben, so dass dieser in Schutzhaft genommen werden musste.⁵⁵

Zwar waren religiöse Proteste von Muslimen in der Volksrepublik nicht neu. Aber sie gewannen 1989 eine neue Qualität, denn [a] waren alle muslimischen Nationalitäten involviert, auch die in Xinjiang; [b] fanden radikal-fundamentalistische Aktionen im Ausland (Morddrohung gegen Salman Rushdie) ihre Entsprechung in China, so dass der chinesische Islam eine transnationale Dimension erhielt; [c] wiesen Form und Inhalte der Proteste auf eine Radikalisierung der islamischen Bewegung in China hin; [d] legte sich der Staat höchste Zurückhaltung auf, nicht nur aus nationalen,

⁵³ Gladney 1994.

⁵⁴ Die Ereignisse bestätigt Gladney 1996, 2ff., u. 1994, 255-259.

⁵⁵ Gladney 1996, 4.

sondern auch aus internationalen Gründen, denn er ging an keinem Ort gegen die Proteste vor; [e] haben die chinesischen Muslime durch ihren Erfolg begriffen, dass sie gemeinsam eine starke Kraft bilden können.

Insgesamt gesehen, trug wohl eine historisch gewachsene staatliche Haltung gegenüber Religionen im Allgemeinen zur Verstärkung der Ressentiments gegen den Zentralstaat bei. Von Religionen erwartete der Staat Loyalität gegenüber ihm und seinen Prinzipien. Da – aus historischer Perspektive – von religiösen Bewegungen immer wieder Aufstandsbewegungen ausgegangen waren, galten sie zumindest als suspekte Phänomene. Zum einen haben Han-Chinesen keine eigene Erlösungsreligion hervorgebracht, zum anderen setzte der philosophische Konfuzianismus häufig Religion und Aberglaube gleich. Da aus religiösen Aktivitäten parallele Machtstrukturen entstehen, die zur Bedrohung für den Staat werden konnten, war religiöse Betätigung historisch gesehen stets strengen Kontrollen unterworfen. Erwies sie sich als staatstragend und loyal, wurde sie geduldet, wenn nicht, verfolgt. Diese Haltung, Religion als etwas Fremdes, von außen Gekommenes, teilweise Staatsbedrohendes zu begreifen, das vor allem in Zeiten innerer Schwäche an Einfluss gewann, setzte sich auch in der Volksrepublik fort. In einer Wandzeitung aus der Zeit der Kulturrevolution hieß es etwa im Hinblick auf Muslime:

*Von jetzt an wird es Euch nicht länger erlaubt sein, Euch hinter Eurer religiösen Maske zu verstecken – wir werden Euch zerstören. Es wird Euch nicht mehr erlaubt sein, Eure Zeit mit Gebeten zu verschwenden; alles, was Ihr da auf Arabisch murmelt, ist anti-Chinesisch.*⁵⁶

Auch wenn die Politik ab den 1980er Jahren zunächst moderater war, so wirkt die Grundtendenz gleichwohl nach. Die Politik einer „Sinisierung“ der Religionen, die sich keineswegs nur auf den Islam oder Xinjiang bezieht, sondern auf alle Religionen innerhalb Chinas, ist Ausdruck der Bemühungen, die Religionen von externen Einflüssen abzuschirmen und unter dem Motto „Sinisierung der Religionen“ in den Nationsbildungsprozess zu integrieren.

⁵⁶ Zitiert in Bush 1970, 294.

Xinjiang und die Rolle des Pan-Turkismus

Darüber hinaus gewann die Idee des Pan-Turkismus, d.h. der Vereinigung aller turksprachigen Völker in einer politischen und kulturellen Einheit, auch in Xinjiang im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jhdts. an Bedeutung.⁵⁷ Die Idee einer nationalen Einheit aller türkischen Völker ist sowohl in der Türkei als auch in Zentralasien nach wie vor sehr stark und setzte sich immer dann durch, wenn die Zentralregierungen in Ländern mit türkischen Minderheiten geschwächt waren. Die chinesischen Behörden sehen in Pan-Islamismus und Pan-Turkismus „ideologische Grundlagen“ des Separatismus:

„Pan-Turkismus‘ und ‚Pan-Islamismus‘ sind gegensätzliche Zwillinge. Sie stammen aus Zentralasien und stellen eine enorme und reale Gefahr für die Sicherheit und soziale Stabilität der nordwestlichen Grenzgebiete Chinas dar [...]. Der Zerfall der Sowjetunion bot eine einmalige Gelegenheit für die Unabhängigkeit der fünf zentralasiatischen Staaten. Gleichzeitig wurden die ‚türkische Kultur‘, die ‚türkische Welt‘, das ‚türkische Grün‘, die ‚türkische Heimat‘ und andere kulturelle, rassische, politische und territoriale ‚pan-nationalistische‘ Ideen aufgewärmt und verbreiteten sich auf zentralasiatischem Boden.⁵⁸

Der Pan-Turkismus gilt seit dem 19. Jhd. als einflussreichste Ideologie unter Uiguren in Xinjiang.⁵⁹ Er entstand im Osmanischen Reich als Reaktion auf die Expansion des russischen Reiches im Kaukasus und in Zentralasien. Er geht u.a. davon aus, dass Uiguren und Türken gemeinsam von den „Alt-Türken“ abstammen und daher eine Einheit bilden.⁶⁰ Der Begriff „Turkestan“ bedeutet „Land der Türken“, wobei zwischen „West-Turkestan“ (umfasst die ehem. zentralasiatischen Sowjetrepubliken) und „Ost-Turkestan“ (Xinjiang) unterschieden wurde.

Seit dem 19. Jhd. und bis zur Gründung der VR China 1949 kam es immer wieder zu Aufständen zur Schaffung eines pan-türkischen Staates. Yakub Bek (1820-1877), ein aus dem heutigen Usbekistan stammender Khan, ver-

⁵⁷ Siehe dazu z.B. Landau 1995; Wang, Ke 2018, 27-32.

⁵⁸ Ding 2004, 10.

⁵⁹ Tian 2018; Chen/Pan 2000; Yang 2020; Yu 2021.

⁶⁰ Yang 2020.

suchte Mitte des 19. Jhdts. mit Hilfe der Türkei, Großbritanniens und Russlands von Kashgar aus einen türkisch-islamischen Staat zu errichten. Nahezu zwölf Jahre lang (1865-1877) war diese Region mit der Hauptstadt Kashgar weitgehend unabhängig, ehe sie von chinesischen Truppen 1876-78 zurückerobert wurde.⁶¹ Yakub Beg erhielt u.a. Waffen und Militärberater aus der Türkei und benannte 1874 seinen Staat um in „Türkisches Protektorat Yettishar“.⁶² Der osmanische Sultan wurde als oberster Herrscher „Kashgariens“ angesehen. Dies entsprach Yakub Begs pan-türkischen Vorstellungen. Der Osmanische Sultan verlieh ihm den Titel eines „Emir“ (Gouverneur oder Fürst) und betrachtete das Gebilde als Vasallenstaat. Yakub Beg ließ zudem Münzen mit dem Abbild des Sultans Abdülaziz (1830-1876) ausgeben, die Fahne dieser „Republik“ entsprach der türkischen Nationalflagge, allerdings in blauer statt in roter Farbe, deutliche Hinweise auf eine Bindung an die Türkei.⁶³

Der deutsche Forschungsreisende Wilhelm Filchner (1928) zeichnete die Entwicklung von Yakub Beg und seines Staatswesens im Detail nach. Xinjiang war im Verlauf der Geschichte, aber vor allem auch im 19. Jhd., eine heftig umstrittene Region zwischen England, Russland und dem Osmanischen Reich.⁶⁴ 1863 hatten Kirgisen Kashgar besetzt, plünderten die Stadt und errichteten ein Terrorregime. Die Folgen waren eine Hungersnot und die Ausbreitung von Seuchen und Krankheiten. Die verschiedenen Ethnien Xinjangs (Sarten⁶⁵, Kirgisen, Kasachen, Hui, Dunganen u.a.) kämpften beständig um Macht und Einfluss und buhlten um Unterstützung aus Peking oder durch die Briten und Russen. Die Einnahme Kashgars durch Jakub Beg wurde von der lokalen Bevölkerung begrüßt, da dieser Kashgar von

⁶¹ Warikoo 1992; Wang Ke 2018, 27-31.

⁶² Yettishar oder Kashgariens umfasste die sieben Städte Kashgar, Hotan, Yarkand, Yengisar, Aksu, Kucha u. Korla.

⁶³ Karpat 1991; Shichor 2009, 5ff.; Babayan 2011, 14.

⁶⁴ Siehe dazu u.a. die detaillierte Schilderung in Skrine/Nightingale 1987.

⁶⁵ Hans van Ess (2017) weist darauf hin, dass der Begriff sich im 19. Jhd. auf die turksprachigen Völker in Zentralasien bezogen habe. „Sart“ sei ein Sanskrit-Begriff, der in der Geheimen Geschichte der Mongolen für die auf Chinesisch als Huihui bezeichnete Gemeinschaft verwendet worden sei. Die Huihui waren allerdings nicht identisch mit den Uiguren, sondern bezeichneten die Einwohner Bucharas oder eher ganz Choresmiens. Offenbar bedeutete Sart so etwas wie „Kaufleute“; siehe auch Haw 2014, 19.

den Kirgisen befreite und sich zunächst um die Schaffung geordneter Verhältnisse bemühte. Den Hauptgegner sah Jakub Beg nicht im chinesischen Kaiserhof, sondern in Russland, das seinen Einfluss in Zentralasien auch auf das heutige Xinjiang auszuweiten versuchte und sich bemühte, die verschiedenen Ethnien gegeneinander auszuspielen. Jakub Beg suchte daher die Unterstützung Englands und des Osmanischen Reiches gegen Russland. Er errichtete schließlich eine Schreckensherrschaft mit drakonischen Strafen, so dass er zusehends die Unterstützung der lokalen Bevölkerung verlor. Russland unterstützte schließlich die Qing-Dynastie mit Waffen und Munition gegen Jakub Beg. Mit seinem Tod und der Eroberung Kashgars durch chinesische Truppen zerfiel sein Herrschaftsgebiet.⁶⁶

Aufgrund der Bitte einer Delegation aus Kashgar bei einem Besuch in Istanbul im Jahr 1913 schickte das Osmanische Reich Hunderte von freiwilligen Lehrern nach Xinjiang, nominell zur Gründung moderner Schulen. Darunter befanden sich viele Uiguren, die in der Türkei studiert hatten. In diesen Schulen wurden pan-türkische Ideen gelehrt. Die Schulbücher in türkischer Sprache stammten aus dem Osmanischen Reich und propagierten u.a., dass der Sultan jenes Reiches „oberster Herrscher“ aller Turkvölker sei. Die chinesische Regierung sah darin eine Bedrohung der inneren Stabilität und der Souveränität des Landes. Die türkischen Lehrer wurden ausgewiesen, die Verwendung solcher Schulbücher untersagt. Vertreter pan-türkischer Ideen wurden verfolgt.⁶⁷ In den 1920er Jahren war es dann Japan, das pan-türkische Ideen auch in Xinjiang zu verbreiten suchte mit dem Ziel, ein „Turanisches Reich“ zu errichten, das Xinjiang, die Mongolei und Zentralasien umfassen und als japanischer Vasallenstaat fungieren sollte. Ein Abkömmling der letzten Osmanischen Dynastie war als „Herrscher“ dieses Reiches vorgesehen.⁶⁸ Mit dem Machtantritt Mustafa Kemal Atatürks, dem

⁶⁶ Vgl. dazu Filchner 1928, 184-282.

⁶⁷ Shichor 2009, 7, u. 2018; außerdem Wang Ke 2018, 31f.

⁶⁸ Babayan 2011, 15. Zur Rolle Japans in Xinjiang in den 1920er u. 1930er Jahren sowie dessen Zusammenarbeit mit den Briten zur Eindämmung des sowjetischen Einflusses siehe Wang Ke 2018, 50-59. Während des Ersten und vor allem während des Zweiten Weltkrieges kam auch in Deutschland die Idee auf, einen Groß-Türkischen Vasallenstaat in Zentralasien zu errichten. Dieser sollte als deutscher Vorposten im Hinblick auf die

Begründer der Republik Türkei im Jahre 1923, sowie der Eingliederung der zentralasiatischen Staaten in die Sowjetunion trat die Idee des Pan-Turkismus in Zentralasien in den Hintergrund.⁶⁹

In den 1930er Jahren kam es in Ost- und Süd Xinjiang erneut zu Aufständen, die die Schaffung eines islamischen Gemeinwesens zum Ziel hatten. Dazu hatte u.a. die Repressionspolitik der damaligen Verwaltung beigetragen. Ende 1933 wurde in Kashgar eine *Türkische Islamische Republik Ostturkestan* proklamiert. Auch hier spielten pan-türkische Ideen eine Rolle.⁷⁰ Die oben erwähnte Flagge dieser Republik entsprach der Flagge, die auch in der Gegenwart von separatistischen uigurischen Organisationen im Ausland verwendet wird und als Symbol der Verbindung mit der Türkei gilt. Russland und Großbritannien versuchten Einfluss in Xinjiang zu nehmen und pan-türkische Ideen in den Dienst ihrer Interessen zu stellen.⁷¹ Die Türkei wiederum stellte Waffen, Militärberater und Wirtschaftshilfe zur Verfügung. Nur mit sowjetischer Unterstützung gelang es der chinesischen Regierung diesen Aufstand niederzuschlagen. Moskau ließ sich diese Hilfe mit Privilegien und Sonderrechten bezahlen. 1944 erhoben sich dann mit sowjetischer Unterstützung die Kasachen. Der Niederschlagung dieses Aufstandes durch *Guomindang*-chinesische Truppen folgte im gleichen Jahr eine neuerliche Erhebung, die zur Gründung einer sich sozialistisch verstehenden und gegen die *Guomindang*-Herrschaft gerichteten *Republik Ostturkestan* führte, die sich mit Hilfe der Sowjetunion zwar etablieren konnte, schließlich aber 1949, ebenfalls mit sowjetischer Unterstützung, endete.⁷²

indischen Kolonien Englands fungieren und auch Xinjiang umfassen. Erste Schritte dazu waren die Errichtung eines „Reichskommissariats Turkestan“ sowie die Aufstellung einer „Turkestanischen Legion“, der auch Uiguren angehört haben sollen. Nazi-Deutschland versuchte sich dabei der Ideologie des Pan-Turkismus zu bedienen; vgl. u.a.: Romanko 2004; de Cordier 2010; Johnson 2010, 46f.; Krause 2011 und Kokebayeva 2016.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Zhao 2016, 175; Wang Ke 2018, XVIff.

⁷¹ Wang 1998, 107-234.

⁷² Zur neueren Geschichte Xinjiangs im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jhdts. siehe u.a. Forbes 1986. Wie Benson 1990, 32 u. 182, verdeutlicht, spielten auch hier pan-türkische Ideen eine zentrale Rolle, vornehmlich im städtischen Raum. Dazu auch Wang Ke 2018, 107-234.

Nach Gründung der VR China gelang es, erneut mit Unterstützung durch die Sowjetunion, Xinjiang in die Volksrepublik zu reintegrieren.⁷³ Bis Ende 1951 hatte die neue Zentralregierung jeglichen Widerstand in der Region gebrochen.

Der chinesische Ethnologe Ling Shusheng wies bereits in den 1930er Jahren darauf hin, dass die *Guomindang*-Regierung in Xinjiang eine Politik der Verbreitung der chinesischen Standardsprache (*putonghua*) und eine Einwanderung von Han-Chinesen zu fördern begann. Auch damals standen nationale Sicherheitsinteressen und Förderung der Nationsbildung im Vordergrund politischer Programme. Ling kritisierte, dass sich die Regierung der Republik China nicht mit den inneren Problemen Xinjiangs beschäftige, sondern nur mit der Frage äußerer Bedrohung. Zudem verfolge sie eine Politik kultureller Unterdrückung in der Region. Pan-türkische Ideen waren für ihn Resultat innerer Unzufriedenheit der Ethnien in der Region.⁷⁴

Der Einfluss des Pan-Turkismus spielte nicht nur in der ersten Hälfte des 20. Jhdts. eine signifikante Rolle, sondern brach sich auch nach Gründung der VR China wiederholt Bahn.⁷⁵ In den 1950er, 1960er und 1970er Jahren kam es fortgesetzt zu Unruhen in Xinjiang, bei denen pan-türkische Vorstellungen eine Rolle gespielt haben.⁷⁶ Zwischen 1950 und 1981 soll es 19 „bewaffnete konterrevolutionäre Rebellionen“ in Xinjiang gegeben haben und 194 „separatistische Vorfälle“. Um einige Beispiele zu geben: Osman (Batur) Batur organisierte im April 1950 einen Aufstand der Uiguren. Anfang 1951 wurden er und 25 weitere Rebellen gefangen genommen und hingerichtet. 1955 wurde ein von Abdul Imit angeführter Aufstand von Uiguren im Bezirk Hotan niedergeschlagen, bei dem Dutzende von Uiguren und zahlreiche Regierungssoldaten getötet wurden. 1962 rebellierten Uiguren und Kasachen gegen die lokale Regierung in Yining (Ghulja). In diesem Zusammenhang flohen ca. 60.000 Uiguren und Kasachen in die Sowjetunion. Die Führung in Moskau wurde von chinesischer Seite beschuldigt, diesen Vorfall ausgelöst zu haben. 1969 soll eine zwei Jahre zuvor gegrün-

⁷³ Vgl. dazu Ziemann 1984; Benson 1990.

⁷⁴ Siehe von Mende 1988, 152f.

⁷⁵ Yang 2020.

⁷⁶ Dou 2000; siehe auch *Xinjiang de fankong* 2019.

dete „Revolutionäre Volkspartei Ostturkestans“ (ETPRP) einen Aufstand in Suhkaz (Autonomer Bezirk Kizilsu der Kirgisen) organisiert haben, der von der Volksbefreiungsarmee (VBA) niedergeschlagen worden sein soll. Im Mai 1981 wurde ein staatliches Waffenlager der VBA im Raum Kashgar überfallen, die in einer im gleichen Jahr erfolgten Rebellion eingesetzt worden sein sollen, welche wiederum niedergeschlagen wurde.⁷⁷

In den 1980er Jahren, nach Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik, sollen sich pan-türkische Gedanken rasch unter der uigurischen Jugend und uigurischen Intellektuellen ausgebreitet haben. Duan zufolge bildeten sich unter Schülern und Studierenden im Raum Kashgar eine Vielzahl von Organisationen, die Namen trugen wie „Ost-Turkestanische Befreiungspartei“, „Atatürk-Befreiungsorganisation“, „Matrilineare Türkische Befreiungsorganisation“, „Grüne Wolf-Jugendliga“, „Befreiung des blauen Wolfs“, „Islamische Partei Ostturkestans“, „Tianshan-Adler-Allianz“ usw. Der Jurist Jia Yu nennt zudem das Beispiel eines „Geheimbundes ‚5·23‘ zum Studium des Heiligen Koran“, der 2010 in der Gemeinde Pisina, Landkreis Guma (Bezirk Hotan) aufgedeckt worden sein soll. 79 Koranschüler sollen darin involviert gewesen sein. Der Geheimbund befasste sich einerseits mit dem Studium des Koran, andererseits mit der Ausbildung zum „Dschihad“ sowie geplante Einsätze im Rahmen dschihadistischen Märtyrertums.⁷⁸

Eine besondere Rolle bei der Verbreitung pan-türkischer Ideen soll schriftliches Material aus der Türkei gespielt haben, etwa der 1987 in Ankara herausgegebene Band *Historie Ost-Turkestans*, in dem die Geschichte der Region aus pan-türkischer Sicht beschrieben worden ist.⁷⁹ Dieses Buch und

⁷⁷ *China/Uyghurs (1949-present)*, hrsg. v. Univ. of Central Arkansas, <https://uca.edu/politicalscience/home/research-projects/dadm-project/asiapacific-region/chinauyghurs-1949-present/> (Zugriff: 03/2024); Wang 1998; Millward 2004, 5ff.; Trailović 2023, 93.

⁷⁸ Jia 2015.

⁷⁹ Duan 2010. Das Buch wurde ursprünglich 1940 von Muhammad Amin Bughra geschrieben. Bughra war Führer der „Turkish Islamic Republic of East Turkestan“. Nach dem Scheitern eines Lösungsversuchs von China verfasste er das Buch im Exil in Kashmir. 1935 vereinbarte er mit Japan die Gründung einer solchen Republik, wobei Tokio die Lieferung von Waffen und Finanzmitteln zusagte. Durch das schnelle Scheitern dieser Republik kam es allerdings nicht zu einer Kooperation. Das entsprechende Buch

weitere „separatistische Publikationen“ hatten in Xinjiang offensichtlich weite Verbreitung gefunden.⁸⁰ Bereits 1992 hatte der damalige KPCh-Vorsitzende Jiang Zemin vor der Ideologie des Pan-Turkismus bzw. Pan-Islamismus und damit verbundener separatistischer Ideen gewarnt.⁸¹ Im April 1996 untersagten die chinesischen Behörden die Einfuhr und Verbreitung von nicht genehmigten islamistischen Publikationen und Tonträgern.⁸² Zwischen 1990 und 2014 soll sich die Zahl der veröffentlichten Artikel (ohne Buchpublikationen und öffentl. Dokumente) zum Thema „Pan-Turkismus“ sukzessive von einem einzigen Beitrag 1990 auf 74 (2002) und 109 (2012) erhöht haben. Zwischen 1990 und 2014 sollen 1.332 wissenschaftliche Publikationen zum Thema Pan-Turkismus in China erschienen sein.⁸³

Der Sozialwissenschaftler Yuyan Zhang (2022) unterscheidet zwischen dem „Turkic factor“ und dem Pan-Turkismus. Der Erstere, als Identitätsmerkmal des „Türkentums“, bilde die kulturelle Grundlage der uigurischen Identität, der Pan-Turkismus hingegen die Basis für den Separatismus, wobei gleichzeitig an die Solidarität und Unterstützung durch andere Turkvölker appelliert werden soll.

In der Sicherheitsperzeption und im kollektiven Gedächtnis des chinesischen Volkes hat sich offensichtlich die Vorstellung niedergeschlagen, dass der Pan-Turkismus eine von außen kommende nationale Bedrohung in Xinjiang darstelle. Habe er doch seit dem 19. Jhdt. in den dortigen politischen und religiösen Strömungen eine zentrale Rolle gespielt und separatistische Bewegungen inspiriert. Somit stelle er eine andauernde, latente Gefahr dar. Im kollektiven Gedächtnis ist diese Perzeption abgespeichert und beeinflusst entsprechend auch staatliche Politik.⁸⁴

wurde dann 1987 in der Türkei neu herausgegeben und fand weite Verbreitung auch in Xinjiang. Von Bughra stammt die Aussage: „Unser Vaterland ist Turkestan, unsere Nationalität Türkisch, unsere Religion Islam“, zit.n. Babayan 2011, 29.

⁸⁰ Ji 1992, 32.

⁸¹ Jiang 1992.

⁸² *South China Morning Post*, 16.04. u. 23.04.1996.

⁸³ Shichor 2018.

⁸⁴ Vgl. dazu Schlüssel 2020, 149ff.; Yao 2014; Zhou 2019.

II. Die Erodierung der Sicherheitslage

Wachsende Sicherheitsprobleme: Separatismus und die Radikalisierung islamischer Glaubensrichtungen

Die nach 1979 einsetzende Reform- und Öffnungspolitik Chinas führte zu größeren Freiheiten auch in Xinjiang. Die Grenzen zu den damals noch sowjetischen zentralasiatischen Teilrepubliken wurden geöffnet, transnationale Kontakte entwickelten sich, Informationen aus dem Ausland erreichten die Region. Damit endete eine drei Jahrzehnte dauernde Isolation Xinjangs von den angrenzenden Staaten. Die Außenöffnung der Region verstärkte sich nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten im Jahre 1991.⁸⁵ Diese Entwicklung sowie die Expansion islamistischer Bewegungen nicht nur im Nahen und Mittleren Osten, sondern besonders auch in Zentral- und Südasien begünstigten eine schleichende Islamisierung der Gesellschaft. Die wirtschaftliche Liberalisierung Chinas ging einher mit einer zunehmenden Ethnizität und einem wachsenden Nationalitätsbewusstsein unter den ethnischen Minderheiten Xinjangs und in diesem Zusammenhang mit einer Zunahme der Konflikte.

Der Zerfall der Sowjetunion 1990/91 sowie das Erstarken ethno-nationalistischer und islamistischer Bewegungen unter den Völkern Zentralasiens sowie in Afghanistan und Pakistan lösten bei der chinesischen Führung die Sorge aus, in China könne es zu entsprechenden Entwicklungen kommen, zumal Islamisierung und Ethno-Nationalismus auch auf das benachbarte Xinjiang ausstrahlten. Es entstanden dort – wie oben dargelegt – separatistische, pan-türkische und islamistische Bewegungen und Organisationen. Diese waren partiell begleitet von terroristischen Aktivitäten, u.a. in Form von Selbstmordattentaten, Anschlägen auf Han-Chinesen und Ermordung von Uiguren, die mit der Regierung kooperierten. Die chinesische Führung begriff die Probleme in Xinjiang nicht als eine rein ethnische Frage, sondern stellte sie in den Kontext der inneren Souveränität sowie der nationalen und geostrategischen Sicherheit.⁸⁶ Die Armut vor allem im südlichen

⁸⁵ Siehe Friedrich 1992.

⁸⁶ Siehe Seo/Cho 2013.

Teil Xinjiangs,⁸⁷ ein verbreitetes Gefühl von Benachteiligung gegenüber Han-Chinesen sowie der wachsende Einfluss islamischer Glaubensvorstellungen aus islamischen Nachbarländern begünstigten die Ausbreitung islamistischer und separatistischer Tendenzen. Letzteres verstärkte sich noch durch staatliche Eingrenzungsversuche und Kontrollmaßnahmen hinsichtlich religiöser Aktivitäten.

Ende 1985 protestierten Studenten in Ürümqi, der Hauptstadt von Xinjiang, gegen Atomwaffentests in ihrer Region und die Abschiebung einer großen Zahl von Kriminellen aus Ost- und Zentralchina dorthin; sie forderten größere politische Autonomie, die Ersetzung von Han-Beamten durch demokratisch gewählte Angehörige der ethnischen Minderheiten, die Abschaffung der rigiden Vorschriften für die Familienplanung, eine Aufstockung der Mittel für die Bildung und Ausbildung von Angehörigen ethnischer Minderheiten sowie mehr Stipendien für ein Studium im Ausland.⁸⁸ Im Mai 1989 organisierten Studenten in Ürümqi erneut Demonstrationen, die von Protesten fundamentalistischer Muslime begleitet wurden und zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Staatsmacht führten. Der Protest richtete sich u.a. gegen das oben erwähnte Buch, in dem muslimische Bräuche im Zusammenhang mit sexuellen Interpretationen beschrieben wurden.

Zugleich lässt sich in diesem Zeitraum von einer schleichenden Renaissance des Islam in Xinjiang sprechen. Zur Verdeutlichung einige Beispiele aus Studien chinesischer Sozialwissenschaftler: Eine Untersuchung in Dörfern im Bezirk Kashgar (Süd-Xinjiang) in den 1990er Jahren ergab, dass mehr als 90 Prozent der lokalen Bevölkerung regelmäßig an religiösen Aktivitäten teilnahm, wobei dieser Anteil in ländlichen Regionen höher war als in urbanen.⁸⁹ Eine Studie zu kasachischen Dörfern im Bezirk Yili (Nord-Xinjiang) Anfang der 1990er Jahre verdeutlichte, dass selbst „Aktivisten“ der KPCh, „Modell-Arbeiter“ und Funktionäre sich an religiösen Aktivitäten beteiligten. Auch ein erheblicher Teil von Parteimitgliedern soll sich

⁸⁷ Zhao/Feng (2005) zufolge lebten im Bezirk Kashgar im Jahre 2003 rd. 34 Prozent der Bevölkerung in absoluter Armut, zit.n. Kerr/Swinton 2008, 122.

⁸⁸ Dreyer 1994, 49.

⁸⁹ Luo 1991, 248.

religiös betätigt haben, obgleich ihnen religiöse Betätigung untersagt ist.⁹⁰ Die zunehmend islamisch-orthodoxe Atmosphäre wurde durch Druck von streng Gläubigen auf Nichtgläubige verstärkt. So sollen sich Erstere z.T. geweigert haben, Nichtgläubigen (auch aus der eigenen Nationalität) die Hände zu schütteln, sie an Fest- und Feiertagen zu besuchen oder an ihren Bestattungen teilzunehmen. Studien von Anfang der 1990er Jahre zufolge sind religiöse Aktivitäten in Süd-Xinjiang bereits zu diesem Zeitpunkt kaum noch kontrollierbar gewesen. Allein im Bezirk Kasghar habe es 1978 5.000 Moscheen gegeben, in den 1990er Jahren bereits doppelt so viele, wobei jede Moschee zugleich Schulfunktionen ausgeübt habe, also Religions-schule gewesen sei. Die Zahl der staatlichen Schulen sei demgegenüber drastisch zurückgegangen.⁹¹ Islamische Rechtsprechung (durch Imame), muslimische Eheschließungen (z.T. mehrere Ehefrauen), Predigten gegen die Geburtenplanungspolitik und Angriffe gegen Geburtenverhütungsstellen hatten aus Sicht chinesischer Quellen bedenkliche Ausmaße angenommen.⁹² Auch Bedeutung und Prestige der Imame hätten signifikant zugenommen.⁹³ Eine Umfrage unter Grundschulern in einem Kreis in Xinjiang ergab z.B., dass mehr als 60 Prozent der Befragten „*akhond*“, d.h. Imam, als Berufswunsch angaben.⁹⁴

Die chinesischen Behörden machten eine „zu liberale Haltung“ gegenüber dem Islam für das Anwachsen der separatistischen und islamistischen Strömungen verantwortlich: Eine wachsende Zahl von Koranschulen propagiere unverhohlen „separatistische Ideen“, nämlich die Unabhängigkeit Xinjians und die erneute Gründung einer Republik Ostturkestan. Zehntausende Angehörige muslimischer Völker hätten diese Schulen in den letzten Jahren durchlaufen. Die Mehrheit der Parteimitglieder, Kader und Lehrer habe sich dem Islam zugewandt, wobei die Zahl der Gläubigen in dieser

⁹⁰ Luo 1991, 251.

⁹¹ Dongsheng 1992, 94.

⁹² Eine entsprechende Entwicklung vollzog sich offensichtlich auch in den Hui-Gebieten; vgl. Gladney 1996, 160ff.

⁹³ Xu 1992, 13ff.

⁹⁴ A.a.O., 15ff. – *Akhond* (ein Begriff aus dem Persischen) steht für muslimische Gelehrte, vgl. dazu Li Xing 1991.

Gruppe zwischen 50 und 100 Prozent geschwankt haben soll. In Kashgar sollen vier Fünftel aller pensionierten Parteifunktionäre religiösen Aktivitäten nachgegangen sein, eine größere Anzahl sich als Imame betätigt haben. Ähnlich soll es bei Lehrkräften an Schulen und Hochschulen ausgesehen haben. Teilweise – so hieß es – sollen in den Schulen Jugendliche nur noch dann mit dem Titel „Drei-Gut-Schüler“ (eigentlich für Schüler, die nicht nur fleißig lernen, sondern auch dem Sozialismus und dem Volke dienen) ausgezeichnet worden sein, wenn sie an den vorgeschriebenen täglichen fünf Gebeten teilgenommen hätten. In manchen Lehranstalten werde gebetet und aus dem Koran vorgelesen.⁹⁵ Eine Untersuchung in der Gemeinde Baren, Kreis Akto (der Ort, in dem im Frühjahr 1990 ein Aufstand ausgebrochen war⁹⁶), ergab, dass alle Schüler in ihren Schultaschen den Koran bei sich trugen und nach der Schule zum Gebet in die Moschee gingen. Im Landkreis Payzawat (Bezirk Kashgar) sollen, trotz bestehenden Verbots, 61 Prozent der Schüler einer Grundschule gleichzeitig Schüler in privaten Koranschulen gewesen sein. Im Kreis Shule wurde festgestellt, dass lokale Imame in den Lehranstalten Religionsunterricht erteilten.⁹⁷

Daher wurden bereits Anfang der 1990er Jahre Maßnahmen zur Trennung von Religion und öffentlicher Sphäre verfügt. So hieß es in den damaligen *Provisorischen Bestimmungen über die Kontrolle religiöser Aktivitäten in der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang*, niemand dürfe „die Religion zum Zwecke des Widerstandes gegen die ‚Vier Grundprinzipien‘“ [gemeint waren die in der Verfassung verankerten Prinzipien, denen zufolge sich keine Handlung gegen die Führungsrolle der KP, das sozialistische System, die Diktatur des Proletariats bzw. den Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Ideen richten dürfe] „und gegen die Einheit des Vaterlandes und der Nationalitäten“ instrumentalisieren. Es sei untersagt, für religiöse Aktivitäten vorgesehene Orte zu benutzen, um „geheime Zusammenschlüsse zu organisieren und zu Unruhen und konterrevolutionären Aktivitäten“ aufzurufen. „Feudalistische religiöse Praktiken“ wie muslimische Abgabenerhe-

⁹⁵ Weitere Beispiele finden sich bei Allès 2003.

⁹⁶ Vgl. Abschnitt „Phase 1: 1990-2001“.

⁹⁷ Dongsheng 1992, 94.

bung, Einforderung unentgeltlicher Arbeit, erzwungene Schenkungen und Rechtsprechung durch Geistliche, Missionstätigkeit, privater Religionsunterricht, der Empfang ausländischer religiöser Sendungen sowie Kontakte zu religiösen Organisationen aus dem Ausland wurden ausdrücklich verboten.⁹⁸ Die *Provisorischen Bestimmungen über die Kontrolle des religiösen Personals in der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang* wiederum wiesen religiösen Funktionsträgern und Geistlichen die Aufgaben zu, „am Patriotismus festzuhalten“, die Gläubigen „im Sinne der Partei“ zu erziehen und den zuständigen Organisationen regelmäßig über die „Aktivitäten der Tempel und Kirchen“ zu berichten. Einmal jährlich sollten die Aktivitäten und das Verhalten dieses Personenkreises kontrolliert und entsprechend bestrafende, belobigende oder erzieherische Maßnahmen ergriffen werden. Das Betreiben von Koranschulen und die religiöse Unterweisung von Personen unter 18 Jahren wurden untersagt.⁹⁹

Ab Anfang der 1990er Jahre wurden Moscheen partiell vertraglich an Dorfverwaltungen oder Nachbarschaftskomitees vergeben, wobei in den Verträgen festgelegt wurde, dass diese Einrichtungen sich an die erwähnten „Vier Grundprinzipien“ zu halten hätten, im Interesse der Einheit des Landes und der Bekämpfung separatistischer Kräfte. Ausländern war es fortan verboten, in Moscheen zu predigen. Der Betrieb nicht-genehmigter Koranschulen, Heiraten nach muslimischer Tradition statt nach dem offiziellen Ehegesetz, Rechtsprechung nach muslimischem Recht und Propaganda gegen die Geburtenplanungspolitik wurden „vertraglich“ untersagt.¹⁰⁰ 1996 wurde dann die Errichtung nicht-genehmigter neuer Moscheen verboten, Publikationen über den Islam wurden streng kontrolliert und ihre Verbreitung eingeschränkt.¹⁰¹

⁹⁸ Vgl. die Übersetzung von B. Staiger 1991, 12f.

⁹⁹ Ibid, 13f.

¹⁰⁰ Xu 1992, 15.

¹⁰¹ *Xinjiang Ribao*, 17.04.1996.

*Zunehmende Destabilisierung:
Anschläge und Aufstände, 1990-2009*

Der bereits erwähnte Jurist Jia Yu unterteilt die Entwicklung in Xinjiang seit den 1990er Jahren in drei Phasen: Wiederauftreten – relative Ruhe – neue Periode hoher Inzidenz. Die erste Phase habe mit den Unruhen in der Gemeinde Baren, Kreis Akto, im April 1990 begonnen und bis zu den Terroranschlägen vom 11. Sep. 2001 in den USA angedauert. In dieser Zeit hätten die Terroranschläge in Xinjiang enorm zugenommen. Zwischen 1990 und 2001 soll es mindestens 200 größere Terroranschläge in Xinjiang gegeben haben, bei denen 162 Menschen getötet und mehr als 440 verletzt worden seien. In diesem Zeitraum seien insgesamt 503 separatistische Organisationen bzw. Zellen von der Polizei zerschlagen worden.

In der zweiten Phase zwischen 2001 und 2009 hätten die separatistisch-islamistischen Organisationen Rückschläge hinnehmen müssen. Daran hätten auch die Intensivierung der internationalen Antiterror-Bemühungen nach dem 11. Sep. 2001 sowie die im Rahmen des Shanghai-Abkommens erfolgte Antiterror-Zusammenarbeit mit Russland und den zentralasiatischen Staaten einen Anteil gehabt. Die entsprechenden Organisationen hätten sich in dieser Zeit umgruppiert und versucht, militärische Operationen (Dschihad) mit der Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der Schaffung einer Atmosphäre der Angst zu kombinieren.

Die dritte Phase habe mit den 5.-Juli-Unruhen in Ürümqi im Jahr 2009 begonnen (bis 2017), gefolgt von einer großen Zahl von Anschlägen und Selbstmordattentaten. 2009 habe es 122 Fälle von Terrorangriffen gegeben, 2010 134 und 2011 und 2012 jeweils mehr als 100. Die Zahl der Opfer und der materiellen Schäden seien angewachsen und die Aktionen auf andere Landesteile ausgeweitet worden.¹⁰² Im Folgenden greifen wir die Periodisierung Jia Yus in drei Phasen auf.

¹⁰² Jia 2015.

Phase 1: 1990-2001

Schlagzeilen in der Weltpresse machte im Frühjahr 1990 ein Aufstandsversuch in der Gemeinde Baren (Kreis Akto der kirgisischen autonomen Präfektur Kisilzu) an der Grenze zu Kirgisien, der provinzweite Unruhen auslöste.¹⁰³ Anlass war ein im März jenes Jahres erlassenes Verbot der Errichtung neuer Moscheen und Koranschulen. Eine pan-türkisch-muslimisch ausgerichtete Untergrundorganisation – so eine offizielle Stellungnahme – soll die dadurch hervorgerufene Empörung ausgenutzt und einen größeren Aufstand vorbereitet haben. Die „Muslimische Partei Ostturkestans“ habe zu einem „heiligen Krieg gegen die Heiden“ aufgerufen, kämpfe für einen einheitlichen Turk-Staat und die Schaffung einer „Republik Ostturkestan“. Aus Afghanistan sollen Waffen für den Aufstand zur Verfügung gestellt worden sein. 3.000 bewaffnete Uiguren hätten die Gemeinde Baren besetzt und den Han-Chinesen den Krieg erklärt. Der Aufstand sei von Polizei- und Militäreinheiten niedergeschlagen, zahlreiche Gemeinden seien bombardiert und zerstört worden. Die Militärregion Lanzhou soll 200.000 Soldaten nach Xinjiang verlegt haben. Die Unruhen sollen Hunderte von Todesopfern auf beiden Seiten gefordert und überregionalen Charakter angenommen haben.¹⁰⁴ Baren, das Gebiet, in dem der Aufstand begann, ist nicht unbekannt. In demselben Bezirk war es bereits 1944 zu einem Aufstand der Kirgisen gegen die örtliche *Guomindang*-Regierung gekommen.¹⁰⁵ Auch in mehreren anderen Städten und Gebieten wie in der kasachischen Autonomen Präfektur Ili in Nord-Xinjiang, kam es zu Unruhen. Im Rahmen der „Bekämpfung separatistischer Organisationen“ sollen chinesische Sicherheitsbehörden allein im 2. Halbjahr 1990 rd. 500 „Banditenbanden“ – eine traditionelle chinesische Bezeichnung für Aufrührer – zerschlagen und mehrere tausend Personen verhaftet haben.¹⁰⁶

¹⁰³ Ein Überblick im Hinblick auf Unruhen und Anschläge vor 2002 findet sich bei Hierman 2007: Er verdeutlicht, dass es seit den 1950er Jahren immer wieder Unruhen in Xinjiang gegeben hat. Zur Entwicklung in Xinjiang 1949-77 siehe auch: McMillen 1979.

¹⁰⁴ Liu 2008; Hastings 2011. Dazu aus anderer Sicht: Alptekin 1990.

¹⁰⁵ Liu 2008.

¹⁰⁶ Peters 1991, 152.

Ich hielt mich in der zweiten Hälfte des April 1990, kurz nach den Unruhen im weiter nördlich gelegenen Baren, in der Stadt Artux, der Hauptstadt der Autonomen Präfektur Kizilsu, auf. Von den Unruhen hatte ich keine Kenntnis, ich erfuhr erst nach meiner Rückkehr nach Peking davon. Aber Spannungen waren auch in Artux spürbar. Das bloße Fotografieren des Gebäudes der Bezirksregierung, das durch kirgisisch geprägte architektonische Spezifika auffiel, rief Sicherheitsbeamte in Zivil auf den Plan, die mich zu einem Gespräch in ihrem Fahrzeug mitnahmen, fragten, ob ich Sowjetbürger sei, weshalb ich das Gebäude fotografiert habe und was der Grund meines Aufenthaltes sei. In dem Gespräch verwiesen die Polizisten auf die angespannte Lage in der Region, die Gefahr von Unruhen und die Ausbreitung separatistischen Gedankenguts. Auch bei Gesprächen mit Uiguren in Kashgar waren die Spannungen spürbar, wurden vor allem von jüngeren Uiguren separatistische und pan-türkische Gedanken offen geäußert.

Und in der Tat kam es die gesamten 1990er Jahre über immer wieder zu Kundgebungen und Demonstrationen gegen die „chinesische Dominanz“ in der Region und für die Schaffung eines unabhängigen muslimischen bzw. pan-türkischen Staates. In Gesprächen mit lokalen Uiguren schien sich beides miteinander zu vermischen.

Bei Unruhen im Jahre 1991 wurde in Teilen Xinjiangs nicht nur für Unabhängigkeit, sondern auch gegen die Ausbeutung von Rohstoffen – speziell: Erdöl – demonstriert. Hinzu kamen Proteste gegen die Unterdrückung der Religionsausübung, wobei die Forderung erhoben wurde, Ürümqi, die Hauptstadt der Autonomen Region, müsse wieder eine rein muslimische Stadt werden.¹⁰⁷ Wegen der instabilen Lage und verstärkten Aktivitäten von Untergrundorganisationen verlegte die chinesische Führung Ende 1991 zusätzlich größere Truppenverbände von der mongolischen Grenze nach Xinjiang.¹⁰⁸ Dennoch wurde Ürümqi im Frühjahr 1992 von mehreren Bombenanschlägen erschüttert, bei denen es zahlreiche Tote und Verletzte gab. Die chinesischen Behörden lasteten diesen Anschlag einer separatistischen Be-

¹⁰⁷ *South China Morning Post*, 11.12.1991.

¹⁰⁸ Ebd.

wegung an, die das allerdings bestritt.¹⁰⁹ In einem internen Dokument wurde Xinjiang 1992 zu einer „instabilen Region“ erklärt. Der Vorsitzende des Autonomen Gebietes, Tömür Dawamat, erklärte nach den Anschlägen, die zentrale politische Aufgabe sei die Bekämpfung des Separatismus.¹¹⁰

1993 wurden zeitgleich aus zwölf Kreisen und Städten Unruhen gemeldet., u.a. soll im März 1993 das Atomtestgelände Lop Nor von mehr als tausend Uiguren angegriffen worden sein, berichtet wird von bewaffneten Auseinandersetzungen mit chinesischem Militär.¹¹¹ 1994 und 1995 kam es erneut in vielen Städten zu gewaltsamen Demonstrationen für die Unabhängigkeit Xinjians. Im April 1995 sollen 50.000 Kasachen und Uiguren gegen die kommunistische Herrschaft und für einen unabhängigen Staat demonstriert haben. Bei schweren Auseinandersetzungen sollen Hunderte zu Tode gekommen sein.¹¹² Wie prekär die Lage der chinesischen Führung erschienen sein muss, verdeutlicht auch ein Beschluss der Zentralen Militärkommission, dass in Notstandssituationen Truppen des Militärbezirks Süd-Xinjiang ohne vorherige Zustimmung der Zentralregierung in andere Regionen Xinjians verlegt werden dürften.¹¹³

In einem Beitrag im Theorie-Organ der KPCh *Qiushi* zum 40. Jahrestag der Gründung des Autonomen Gebiets 1995 hieß es, Separatismus und seine Bekämpfung habe es in Xinjiang durchweg gegeben und werde es weiterhin geben. Dieser Kampf werde „extrem scharf“ (*shifen jianrui*) und „erbittert“ (*jilie*) sein, ein Zeichen, dass die Parteiführung die dortige Lage bereits als sehr ernst einstufte.¹¹⁴ Und tatsächlich wurde die Region in diesen Jahren permanent von Bombenanschlägen, Guerilla-Attacken, Protestdemonstrationen und ihnen folgende Repressionsmaßnahmen der Behörden erschüt-

¹⁰⁹ Hoppe 1992, 363.

¹¹⁰ Wei/Li 1992, 8.

¹¹¹ *Ostturkestanisches Nachrichten-Bulletin*, 03/1993, 1ff.

¹¹² *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.07.1995.

¹¹³ Siehe Smith 2000, 198.

¹¹⁴ Wang 1995; Ursachen für separatistische Bewegungen in Xinjiang analysiert Mackerras 2001.

tert.¹¹⁵ Im gleichen Jahr bezeichnete auch die Parteiführung von Xinjiang die Lage als äußerst ernst und kritisch.¹¹⁶

Im Mai 1996 töteten Separatisten einen muslimischen Religionsführer, den Imam von Kashgar, der gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz von Xinjiang war, weil er mit den chinesischen Behörden kooperiert hatte.¹¹⁷ Im gleichen Jahr wurden neun „Separatisten“ in einem blutigen Feuergefecht mit chinesischen Sicherheitskräften getötet.¹¹⁸ Eine Studie, die den Anstieg der „terroristischen Aktivitäten“ untersuchte, kam zu dem Schluss, dass in allen Fällen ein Zusammenhang mit „illegalen religiösen Aktivitäten“ bestanden habe.¹¹⁹

1997 kam es u.a. in Yining an der Grenze zu Kasachstan ein weiteres Mal zu Unruhen, bei denen Demonstranten die Errichtung eines unabhängigen islamischen Staates forderten.¹²⁰ Da es in der Stadt weiterhin garte, wurden im Frühjahr 1999 rd. 9.000 zusätzliche bewaffnete Sicherheitskräfte in die 300.000 Einwohner große Stadt verlegt. Die Regierung machte eine „Islamische Hisbollah Ostturkestans“ für die Unruhen verantwortlich – Han-Chinesen seien ermordet und ihre Leichen öffentlich verbrannt worden.¹²¹ Der damalige Provinzgouverneur Abdulahat Abdurixit räumte 1999 ein, dass es in den 1990er Jahren „einige Tausend“ terroristische Aktivitäten gegeben habe.¹²² Nach Angaben des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit hatten in Xinjiang zwölf separatistische Bewegungen existiert. Diese Bewegungen bezeichneten sich nicht als uigurisch oder kasachisch, sondern

¹¹⁵ Vgl. u.a. Winchester 1997; Razak (2002, 51-59) nennt für den Zeitraum 1990-2001 über 200 „terroristische Gewaltakte ostturkestanischer Terroristen“ mit 162 Toten und 440 Verletzten.

¹¹⁶ *Xinjiang Ribao*, 16.01.1998 und 22.01.1999.

¹¹⁷ *Gongren Ribao*, 03.06.1996; Martina 2014.

¹¹⁸ *Xinjiang Ribao*, 16.05.1996.

¹¹⁹ Forney 1996, 46f.

¹²⁰ „Xinjiang wuzhuang baodong jishi“ (Bericht über bewaffnete Aufstände in Xinjiang) (1997). *Zhengming*, 03/1997, 26f; Zai Yili ganbu dahuishangde jianghua (Rede auf einer Versammlung der Parteikader in Yili; 1997), *Xinjiang Ribao*, 23.08.1997.

¹²¹ „1997 Yining 2.5 saoluan shijian“ (Die Unruhen in Yining am 05.02.1997). *Baidu*, <http://baike.baidu.com/item/1997%E5%B9%B4%E4%BC%8A%E5%AE%812%C2%B75%E9%AA%9A%E4%B9%B1%E4%BA8B%E4%B6/12702426> (Zugriff: 02/2024); *Ming Pao*, 10., 11. u. 12.02.1997, zit. n. Smith 2000, 198.

¹²² Zit. n. Becquelin 2000, 87.

als türkisch oder pan-türkisch. Eine Reihe von Organisationen und elf Einzelpersonen wurden zu terroristischen Organisationen bzw. Personen erklärt.¹²³ Die Veröffentlichung ging einher mit einem Aufruf an die internationale Staatengemeinschaft, China bei der Bekämpfung seines Terrorismusproblems zu unterstützen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Untersuchung von Joanna Smith (2000), die sich Mitte der 1990er Jahre längere Zeit in Xinjiang aufgehalten und dort intensive Feldstudien betrieben hat. In einem Aufsatz beschrieb sie detailliert ihre damaligen Erkenntnisse. Vor allem unter städtischen Jugendlichen und Jüngeren, die in der Periode der Reform- und Öffnungspolitik aufgewachsen seien, habe es einen hohen Grad an Unterstützung für separatistische Ideen und einen unabhängigen Staat der Uiguren gegeben.¹²⁴ Unter den jungen Städtern identifizierte sie drei Gruppen mit besonderer Anfälligkeit für separatistische Tendenzen: „intellektuelle Dissidenten“, kleinere Gewerbetreibende und Arbeitslose.¹²⁵ Im ländlichen Raum hingegen habe sie ein schwächeres Maß an Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik festgestellt. Sie erklärte das mit einer geringeren Präsenz von Han-Chinesen auf dem Land und entsprechend geringeren Reibungspunkten und Konflikten mit diesen. Zudem habe es im Zuge der Reformpolitik zum Teil spürbare Verbesserungen der Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung gegeben. Separatistische Strömungen seien überdies im Süden Xinjiangs deutlich stärker feststellbar gewesen als im Nord- und Ostteil Xinjiangs. Unter Kasachen wiederum habe es erhebliche Ablehnung gegenüber einem „Uiguristan“ gegeben, mit der Befürchtung, die Uiguren könnten dieses ethnisch dominieren. Kasachen, so Smith, hätten sich eher an einer Auswanderung nach Kasachstan interessiert gezeigt oder an einer Angliederung des Autonomen Bezirks Ili der Kasachen an das Nachbarland.¹²⁶ Sie schlussfolgerte, dass die „Unabhängigkeitsbewegung“ vornehm-

¹²³ Dazu ausführlich: *China aktuell* 12 (2003), 1442ff.

¹²⁴ Diese Sichtweise korrespondiert mit den Beobachtungen des Juristen Jia Yu, der berichtet, dass es sich bei den Mitgliedern dieser Organisationen primär um Personen gehandelt habe, die in den 1980er und 1990er Jahren geboren worden seien. Er hat dieses Argument mit Beispielen unterlegt (Jia 2015).

¹²⁵ Smith 2000, 209.

¹²⁶ Siehe a.a.O.

lich eine „urbane“ Strömung gewesen sei.¹²⁷ Mittelaltrige Personen, die den „Großen Sprung nach vorn“ (1958-60) und die „Kulturrevolution“ (1966-76) erlebt hätten, hätten sich aufgrund der liberalen Minderheitenpolitik der 1980er Jahre eher zufrieden gezeigt. Ältere, die noch die unsteten Zeiten in den 1930er und 1940er Jahren sowie die massive ethnische Diskriminierung jener Zeit erlebt hätten, hätten primär die neue Stabilität geschätzt. Ihrer Auffassung nach waren die signifikante Zunahme der Einwanderung von Han-Chinesen, Konkurrenz im Hinblick auf Ressourcen (Bodenschätze), Land, Bildung und Jobs, ein Gefühl von Benachteiligung, Diskriminierung und Han-Überlegenheit im Alltag für die Unzufriedenheit von Uiguren ursächlich. Es sei eine zunehmende Segregation zwischen Uiguren und Han festzustellen gewesen und damit verbunden die Existenz separierter Lebenssphären. Die Hinwendung zum Islam bzw. zu als muslimisch verstandenen religiösen Glaubensvorstellungen hätte die Stärkung der eigenen Identität und Abgrenzung von den „ungläubigen“ Han verstärkt. Extern sah sie die Entstehung muslimisch geprägter Staaten in Zentralasien und Einflüsse islamistischer Organisationen aus Zentral-, Süd- und Westasien (Pakistan, Afghanistan, Iran, Saudi-Arabien¹²⁸) als einen weiteren Faktor für das Anwachsen islamistischer Glaubensvorstellungen an. Die Errichtung von Moscheen mit Geldern ausländischer islamischer Staaten, Pilgerreisen nach Mekka, aus dem Ausland zurückgekehrte radikale Prediger¹²⁹ sowie ausländische islamistische Prediger und exil-uigurische Auslandssender scheinen ebenfalls eine Rolle dabei gespielt zu haben.¹³⁰ Der Religionsforscher Liu Zhongkang sprach Mitte der 1990er Jahre davon, dass selbst muslimische Würdenträger in Xinjiang zum Teil aufrührerische Worte und Taten predigten, und dass dies kaum noch kontrollierbar gewesen sei.¹³¹

¹²⁷ Smith 2000, 216.

¹²⁸ Die von Saudi-Arabien international geförderte Verbreitung des Wahhabismus, eine islamistische Ideologie, die sich an Vorstellungen der islamischen Frühzeit orientiert, gewann auch in Xinjiang an Einfluss, vgl. Zhang 2013; Yin 2014; Gonul/Rogenhofer 2017.

¹²⁹ Ebd.; vgl. auch Waite 2007, 169ff.; Alpermann 2021, 115.

¹³⁰ Smith 2000.

¹³¹ Liu 1996, 66.

Phase 2: 2001-2009

Zwar schien sich die Situation in Xinjiang Anfang der 2000er Jahre durch drastische Maßnahmen beruhigt zu haben.¹³² Jia Yu erklärt das mit der Intensivierung der internationalen Terrorismusbekämpfung, den Terrorismus-Bekämpfungsmaßnahmen in Zentralasien im Rahmen der 2001 gegründeten „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ sowie mit Erfolgen der Terrorismusbekämpfung in Xinjiang. Dazu kommen meines Erachtens weitere Faktoren: So hat die Parteiführung in diesem Zeitraum verfügt, dass für weitere Vorfälle die lokalen Behörden zur Verantwortung gezogen würden, weil sie ihrem Auftrag zum „social management“ nicht ausreichend nachgekommen seien. Zweifel bleiben von daher, ob es tatsächlich eine ruhigere Phase gegeben hat oder ob Zwischenfälle von den lokalen Regierungen aus dem genannten Grund nicht mehr an höhere Ebenen gemeldet wurden.¹³³ So hat auch ein chinesischer Sozialanthropologe, der seit Jahren in Xinjiang forscht und dort regelmäßig Feldforschung durchführt, darauf hingewiesen, dass die Opferzahlen deutlich höher gelegen hätten, da es Anweisungen gegeben habe, lokale Verwaltungen disziplinarisch zu belangen für den Fall, dass sich dort weitere Attentate ereignen würden. Von daher hätten lokale Behörden keine Fälle mehr gemeldet, so dass die offiziell gemeldeten Zwischenfälle und Opferzahlen vermutlich deutlich niedriger gewesen seien als die tatsächlichen.¹³⁴ Dem Argument einer Beruhigungsphase widerspricht zudem ein Bericht des chinesischen Staatsrats von Anfang 2002, der explizit vor den Gefahren durch „Ostturkestanischen Terrorismus“ warnte.¹³⁵

¹³² Björn Alpermann (2021, 148) argumentiert, da chinesische Medien zwischen 2001 und 2008 selten über terroristische Vorfälle berichtet hätten, habe sich die Situation beruhigt.

¹³³ Vgl. Smith 2000, 199.

¹³⁴ Gespräch mit Prof. Ma Rong, Peking Univ., 18.05.2023. Unter dem Stichwort „*Yipiao foujue*“ wurden seit den 2000er Jahren tatsächlich im ganzen Land „harte Evaluierungskriterien“ eingeführt. Diese sahen u.a. vor, dass im Fall des Ausbruchs von sozialen Unruhen die lokalen Führungskräfte abgestraft werden sollen, weil sie unfähig gewesen seien, die „Probleme der Massen“ frühzeitig zu erkennen und zu lösen. Eine solche Abstrafung brachte erhebliche Nachteile für die Karriereaussichten der betreffenden Kader mit sich. Diese Sanktionierung bezog sich nicht allein auf Xinjiang, sondern auf jede Form von Unruhen im Land; vgl. Heberer/Trappel 2013, 1053ff.

¹³⁵ „‘Dong tu’ kongbu shili nan tuo zuize“ (Die „ostturkestanischen“ terroristischen Kräfte können sich von ihrer Schuld nicht reinwaschen), *Renmin Ribao*, 22.01.2002.

2003 sprach das Ministerium für Öffentliche Sicherheit nur noch von vier separatistischen Organisationen, die in verschiedener Weise in Xinjiang aktiv seien: „Eastern Turkestan Islamic Movement“ (ETIM), „Eastern Turkestan Liberation Organization“ (ETLO), „World Uyghur Youth Congress“ (WUYC) und „Eastern Turkestan Information Center“ (ETIC).¹³⁶ Ob diese Reduzierung auf die erfolgreiche Zerschlagung einiger der zuvor genannten Organisationen zurückzuführen ist oder ob es einen Vereinigungsprozess unter ihnen gegeben hat, ist unklar. Die staatlichen Gegenmaßnahmen der 1990er Jahre zeigten offensichtlich nur beschränkte Wirkung, so dass 2003 eine erneute Antiterror-Kampagne (Stichwort: *yanda*, „hart zuschlagen“) ausgerufen wurde. Wie chinesische Xinjiang-Forscher in Gesprächen verdeutlichten, sollen allerdings auch diese Maßnahmen der Regierung nur teilweise Wirkung gezeigt haben.¹³⁷

Für 2008 wurden erneut zahlreiche Anschläge mit Toten etwa im August aus Kashgar und Kuqa gemeldet¹³⁸, die sich offensichtlich im Kontext der Eröffnung der Olympischen Spiele in Peking (8. Aug.) ereigneten. So gab es in der Stadt Kashgar einen Angriff auf eine Polizeistation, bei dem 16 Polizisten getötet wurden, in Kuqa eine Serie von zwölf Anschlägen an verschiedenen Orten der Stadt, darunter Supermärkte, Hotels und Regierungsgebäude, mit zahlreichen Todesopfern.¹³⁹ Auch gab es Hinweise auf weitere geplante Anschläge im Rahmen der Olympiade in China 2008. Die „Turkestan Islamic Party“ hatte z.B. per Video Anschläge auf Flugzeuge und Transportmittel während der Olympischen Spiele in China angekündigt.¹⁴⁰

¹³⁶ „Gongbu shoupi rending ‘Dong tu’ kongbu zuzhi he kongbu fenzi mingdan“ (Veröffentlichung einer ersten Liste der „ost-turkestanischen“ terroristischen Organisationen und Personen), Erkl. des Ministeriums für Öffentl. Sicherheit, *Renmin Ribao*, 16. 12.2003.

¹³⁷ Gespräch mit Xinjiang-Forscher, Peking, 29.09.2009.

¹³⁸ „Xinjiang Kashi 8.4 xijing an“ (Anschlag auf Polizisten in Kashgar am 04.08.2008), *Baidu*, <http://baike.baidu.com/item/%E6%96%B0%E7%96%86%E5%96%80%E4%B8%80%E5%85%AB%C2%B7%E5%9B%9B%E8%A2%AD%E8%AD%A6%E6%A1%88/14447801>; 2008 nian Kuche baozha an (Sprengstoffanschläge in Kuqa 2008), *Baidu*, <https://baike.baidu.com/item/2008%E5%B9%B4%E5%BA%93%E8%BD%A6%E7%88%86%E7%82%B8%E6%A1%88/15740839> (Zugriff: 02/2024).

¹³⁹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.08.2008; Kolonko 2008.

¹⁴⁰ „Chinese Islamists threaten Olympics“. *France 24*, <http://www.france24.com/en/20080808-chinese-islamists-threaten-olympics-terrorism-olympics-2008> (Zugriff: 02/2024).

Phase 3: 2009-2017

2009 eskalierte die Situation erneut. Unmittelbarer Anlass war der sogenannte „Shaoguan-Zwischenfall“ in der Stadt Shaoguan, Provinz Guangdong. In einer dortigen Fabrik kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen uigurischen Wanderarbeitern und Han-Chinesen, nachdem uigurische Arbeiter zu Unrecht der sexuellen Nötigung einer han-chinesischen Arbeiterin bezichtigt worden waren. Han-Arbeiter gingen auf uigurische Arbeitskollegen los, wobei mindestens zwei Uiguren von wütenden Han getötet und rund 118 Personen verletzt worden waren, die meisten von ihnen Uiguren. Dieses Ereignis führte zu Protesten in Xinjiangs Hauptstadt Ürümqi im Juli 2009, die, zunächst friedlich, Maßnahmen wegen der in Shaoguan getöteten Uiguren forderten. Schließlich entluden sich die Proteste in gewalttätigen Auseinandersetzungen in Ürümqi und anderen Orten Xinjiangs, bei denen 197 Menschen ums Leben kamen und mehr als 1.700 verletzt wurden.¹⁴¹

In den Jahren danach verstärkte sich die Zahl terroristischer Anschläge, nicht nur in Xinjiang, sondern auch in ostchinesischen Städten. 2012 wurde ein Flugzeug der Tianjin Airlines von Uiguren entführt, 2013 ereignete sich im Herzen der Stadt Peking ein Anschlag am Eingang zum Kaiserpalast, 2014 ein weiterer am Bahnhof der Stadt Kunming (Provinz Yunnan) mit zahlreichen Todesopfern und Verletzten. Verantwortlich für die meisten Terroranschläge zeichnete ETIM. Offiziellen Angaben zufolge forderten Terroranschläge in Xinjiang allein zwischen 2011 und 2015 Hunderte von Toten und Verletzten.¹⁴² Als besonders gravierend wurde ein Selbstmordattentat im Südbahnhof Ürümqi angesehen, weil dieses Attentat 2014 am letzten Tag der Xinjiang-Inspektionsreise von Staatspräsident Xi Jinping erfolgte.¹⁴³ ETIM war bereits 2002 sowohl von den USA als auch vom UN-

¹⁴¹ Cliff 2012; Hastings 2011; Tobin 2020b; O'Brien/Brown 2022, 157-182.

¹⁴² „Xinjiang baoli kongbu shijian“ (Gewalt- und Terrorakte in Xinjiang), *Baidu*, <http://baike.baidu.com/item/%E6%96%B0%E7%96%86%E6%9A%B4%E5%8A%9B%E6%81%90%80%96%E4%BA%8B%E4%BB%B6/7302300> (Zugriff: 02/2024).

¹⁴³ http://www.xinhuanet.com/politics/2014-05/01/c_1110495167.htm (Zugriff: 02/2024).

Sicherheitsrat zur Terrororganisation erklärt worden.¹⁴⁴ Nach den Terroranschlägen vom 11. Sep. 2001 in den USA war es sogar zu einer Annäherung der Vereinigten Staaten und China im Hinblick auf gemeinsame Terrorbekämpfung gekommen. In einer entsprechenden Studie schrieb Yuni Park, Expertin für International Relations:

*The U.S.-China relations, too, have felt the transformative winds after 9/11. Early U.S. State Department reports on international counter-terrorism co-operation spoke highly of China's efforts. For example, in one of the State Department's first post-9/11 reports on global terrorism, U.S.-China terrorism co-operation was summed up as follows: 'China, which also has been a victim of terrorism, provided valuable diplomatic support to our efforts against terrorism, both at the United Nations and in the South and Central Asian regions, including financial and material support for the Afghan Interim Authority. Beijing has agreed to all of our requests for assistance, and we have established a counter-terrorism dialogue at both senior and operational levels.'*¹⁴⁵

2020 strichen die USA ETIM allerdings von Ihrer „Terrorliste“, was zweifellos auch dem sich verschärfenden Hegemonialkonflikt zwischen beiden Ländern geschuldet ist.¹⁴⁶

III. Ursachenforschung

Innere Ursachen

Seit den 1980er Jahren verdichteten sich die Konfliktstränge in Xinjiang. Nicht nur internationale Konstellationen, sondern vor allem soziale, politische und ökonomische Momente, wie zunehmende Entwicklungsdisparität-

¹⁴⁴ United Nations Security Council (Hrsg.), *Eastern Turkistan Islamic Movement (ETIM)*, http://www.un.org/securitycouncil/sanctions/1267/eq_sanctions_listsummaries/entity/eastern-turkistan-islamic-movement (Zugriff: 02/2024).

¹⁴⁵ Park 2017, 8; Details der Zusammenarbeit finden sich in: U.S. Department of State, *Patterns of Global Terrorism 2001*, vi, 15ff., <http://2009-2017.state.gov/documents/organization/10319.pdf> (Zugriff: 05/2024).

¹⁴⁶ U.S. Department of State. *Bureau of Counterterrorism*, Exec. Order 13224, <http://www.state.gov/executive-order-13224/> (Zugriff: 05/2024); vgl. „US removes shadowy group from terror list blamed by China for attacks“, *The Guardian*, 06.11.2020, <http://www.theguardian.com/world/2020/nov/06/us-removes-shadowy-group-from-terror-list-blamed-by-china-for-attacks> (Zugriff: 05/2024).

ten zwischen Ost- und Westchina, unzureichende Selbstverwaltungsrechte, unkontrollierte Zuwanderung von Han-Chinesen sowie ökologische Zerstörung spielten dabei eine Rolle. Auch kulturell-religiöse Verwerfungen (Unzufriedenheit über den Versuch einer Trennung von religiösen und weltlichen Belangen, Einmischung in lokales Brauchtum, Gegensätze zwischen konfuzianisch-sozialistischen und muslimischen Vorstellungen) schlugen sich hier nieder. Hinzu kamen lange angestaute Unzufriedenheit mit Arbeitslosigkeit, Armut, gefühlter Diskriminierung von Uiguren, die im Ostteil Chinas arbeiteten sowie ein grundlegendes Gefühl ökonomischer und kultureller Benachteiligung, dass diese Unzufriedenheit noch verstärkte. In (informellen) Gesprächen mit Uiguren wurden häufig Situationen geschildert, die das Gefühl ungleicher Behandlung gefördert hätten.

Vor allem auch in China selbst wurde diese Problematik diskutiert. Dazu sollen im Folgenden ausgewählte Beispiele aus der großen Zahl entsprechender chinesischer wissenschaftlicher Publikationen gegeben werden, um zu verdeutlichen, dass auch im innerchinesischen Diskurs Ursachenforschung betrieben wurde. Diese trat allerdings aufgrund des perzipierten Sicherheitsdilemmas in den Hintergrund.

Eine der differenziertesten Analysen stammt aus der Feder des oben genannten Literaturwissenschaftlers Yao Xinyong. Seiner Meinung nach erfordert das Verstehen der Probleme in Xinjiang einen multiplen Ansatz, der u.a. die Geschichte der Region und die aktuelle Lage, Religion und Säkularismus, geographische, wirtschaftliche und politische Probleme sowie globale und geopolitische Faktoren umfasst. Die dortigen Gewaltausbrüche seien ein Symptom für das Versagen der ethnischen Politik. Die Entwicklung habe zu tun mit Modernisierungsprozessen, die zur Auflösung traditioneller Gemeinschaften und Institutionen geführt hätten, vornehmlich im ländlichen Raum, und – damit verbunden – der Hinwendung zur Religion und dem Wiederauftreten von Sekten, gepaart mit Armut und einem niedrigen Bildungsniveau. Zudem besäßen die Verschmelzung von Pan-Turkismus und Pan-Islamismus des 19. Jhdt. sowie die Ostturkestan-Unabhängigkeitsbewegung der 1940er Jahre und damit zusammenhängende Vorstellungen bis heute Einfluss in Xinjiang. Die Kulturrevolution habe dem Integrationsprozess der Ethnien in Xinjiang enorm geschadet, auch danach habe

es kein wirkliches Konzept zur Integration gegeben. Der Staat habe sich passiv verhalten, die Frage der Nationsbildung sei nicht konzeptionalisiert worden. Die unkontrollierte Zuwanderung von Han-Chinesen, der Mangel an landwirtschaftlich nutzbarer Fläche im ländlichen Raum, der sich durch die Zuwanderung aus anderen Provinzen und Ausweitung des urbanen Raumes verschärft habe, sei unter Uiguren mit der Vorstellung verknüpft worden, dass Han-Chinesen an allen Übeln schuld seien – zumal sie sich als erfolgreicher erwiesen hätten als die uigurische Lokalbevölkerung. Dazu hätten sich Gefühle der Ausgrenzung und Diskriminierung aufgrund von Unterschieden in der Sprache, des Aussehens, der Lebensgewohnheiten oder des religiösen Glaubens gesellt. In den Vorstellungen vieler Han sei mit „Uigure“ kriminelles Verhalten – Diebstahl, Betrug, Drogenhandel, Prostitution, später religiöser Extremismus oder Terrorismus – assoziiert worden. Im Alltag hätten Uiguren sich beklagt, dass sie bei Sicherheitskontrollen (Flughäfen, Bahnhöfe etc.) intensiver kontrolliert und herablassend behandelt und von Hotels abgewiesen würden. Durch diese Faktoren sei die uigurische Gesellschaft – so Yao – in eine Krise geraten und habe sich intensiver dem Islam und seinen verschiedenen Ausprägungen zugewandt. Ohne ein Verständnis dieser komplexen Situation sei keine rationale Handhabung der Xinjiang-Problematik möglich.¹⁴⁷ In diesem Kontext beklagt ein führender Funktionär des Bezirks Kashgar in einem Dialog mit Wang Hui (*Tsinghua Univ.*), dass „manche führenden Kader“ nur eine geringe Fähigkeit besäßen, die lokalen Probleme analytisch einzuordnen und zu bewältigen. Politische Richtlinien würden falsch interpretiert und inkorrekt umgesetzt. Auch fehle jegliches Verständnis von Fragen religiösen Glaubens. Es gebe zu viele Verbote und ein Übermaß unnötiger Zensur.¹⁴⁸

Zahlreiche chinesische Wissenschaftler erkannten einen Zusammenhang zwischen politischen Defiziten (Fehlen realer, durchsetzbarer Autonomie-rechte), ökonomischen (Ausbeutung der Rohstoffe ohne Vorteile für die Region), kulturellen (Revitalisierung des Islam bei gleichzeitig wachsender staatlicher Einschränkung der Religion) sowie sozialen Faktoren (Zuwanderung von Han-Chinesen, Perzeption von Modernisierung als Bedrohung

¹⁴⁷ Yao 2014.

¹⁴⁸ Wang/Wang 2016.

der eigenen Kultur) und dem wachsenden Radikalismus der Turkvölker in Xinjiang. Ein chinesischer Soziologe, selbst ein Uigure, verdeutlichte z.B., dass es der Politik an Vertrauen in die Uiguren mangle, auch in uigurische Fachleute und Kader. Im sozialen Bereich fehle ein rechtlicher Rahmen für die „Verwaltung der Gesellschaft“. Ökonomisch fühlten sich Uiguren im Marktgeschehen benachteiligt; zudem sei die Arbeitslosenquote unter ihnen relativ hoch; in gleichen Jobs verdienten sie weniger als Han. Es gebe nur geringe Möglichkeiten, eine Berufsausbildung zu absolvieren, in qualifizierteren Berufsgruppen seien sie unterrepräsentiert. Auch seien Unternehmen weniger bereit, Uiguren einzustellen. Zudem würden die Kultur der Uiguren nicht ausreichend respektiert und gepflegt.¹⁴⁹

Der Jurist Jia Yu argumentierte, trotz Reformpolitik sei Xinjiang rückständig geblieben. Was das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der Stadtbewohner anbelange, so sei Xinjiang vom 17. Platz (1999) auf den 30. Platz (2009) abgerutscht und belege damit den zweitletzten Platz im Land. Im ländlichen Raum habe sich das bäuerliche Pro-Kopf-Nettoeinkommen kaum verändert, der Abstand zum Landesdurchschnitt sei kontinuierlich gewachsen. Aufgrund der geografischen Isoliertheit sowie der wirtschaftlichen Armut und Rückständigkeit könne man in einigen ländlichen Gebieten von mittelalterlichen Verhältnissen sprechen. Zudem sei die Arbeitslosenquote hoch. Viele Uiguren seien deshalb als Wanderarbeiter in den Osten Chinas gegangen. Zwischen 2000 und 2010 seien ein Drittel der Landkreise in Xinjiang auf Transferleistungen von Wanderarbeitern angewiesen gewesen. Nur so habe sich die Einnahmensituation dieser Landkreise verbessert. Die Beschäftigungsquote im Süden Xinjiangs sei landesweit mit am niedrigsten.¹⁵⁰

Tang Lijiu, ehemaliger Funktionär und späterer Unternehmer, der einen Großteil seines Berufslebens in Xinjiang verbracht hat, macht nicht nur die Kulturrevolution für die Probleme verantwortlich, sondern auch die Kaderpolitik: Kader aus den ethnischen Minderheiten würden nicht hinreichend gefördert und angemessen eingesetzt. Unter den Han in Xinjiang, v.a. unter

¹⁴⁹ Tursun 2018.

¹⁵⁰ Jia 2015. Allerdings scheint es deutliche Unterschiede zwischen urbaner und ländlicher Bevölkerung, Han und Angehörigen ethnischer Minderheiten sowie Nord- und Südxinjiang gegeben zu haben; vgl. Cappelletti 2020, 98ff. u. Wiemer 2004.

Han-Funktionären sei „Han-Chauvinismus“ weit verbreitet, der sich u.a. darin ausdrücke, dass Uiguren generalisierend als Ex-tremisten, Terroristen und Islamisten angesehen würden. Dies sei Ursache für Konflikte zwischen Han und Angehörigen ethnischer Minoritäten. Unter Han-Funktionären gebe es nur eine geringe Wertschätzung der uigurischen Kultur. Dazu komme die Diskriminierung uigurischer Wanderarbeiter in den Städten Ostchinas.¹⁵¹ Entsprechende Klagen habe ich nicht nur in Xinjiang, sondern auch von Xinjiang-Forschern und Uiguren gehört, die außerhalb der Region tätig waren. Bei einem Aufenthalt im Südteil Xinjiangs im Jahr 1990 vernahm ich mehrfach, wie groß die Unzufriedenheit mit der Verwaltung der Region war.

Eine andere chinesische Quelle verdeutlicht, dass die Intoleranz lokaler Behörden und Unternehmen gegenüber muslimischen Bräuchen und Gewohnheiten eine ständige Quelle für Konflikte war. Während z.B. der Sonntag in China ein gesetzlicher Ruhetag sei, sei der muslimische (Freitag) ein Arbeitstag – und während der Arbeitszeit durften Muslime nicht an Beerdigungs- und Hochzeitszeremonien teilnehmen, selbst wenn sie nach den örtlichen Bräuchen und der Religion dazu verpflichtet seien. Verstöße gegen solche Anordnungen (der Geschäftsführung oder der Leitung) würden in den meisten Fällen drastisch bestraft. Auf diese Weise habe sich das Gefühl von Diskriminierung unter vielen Muslimen verstärkt.¹⁵²

Die Behörden versuchten in den 1990er Jahren mittels Umfragen, die Stimmung in der Bevölkerung zu ergründen, in der Hoffnung, es fänden sich Beispiele einer positiven Beurteilung staatlicher Politik und Geschichtsschreibung durch die lokale Bevölkerung. Einer Umfrage von Anfang der 1990er Jahre zufolge, bei der Schüler und Studierende aus ethnischen Minderheiten Xinjiangs u.a. gefragt wurden, ob Xinjiang seit der Han-Zeit (206 v.u.Z. bis 220 u.Z.) Teil Chinas sei, sollen 41 Prozent diese Aussage für „falsch“ gehalten, 26,5 Prozent mit „weiß nicht“ geantwortet haben.¹⁵³ Eine andere Umfrage wurde Ende der 1990er Jahre vom Nationalitätenfor-

¹⁵¹ Tang 2014.

¹⁵² *Xinjiang qiye gaige* 1995, 13f.

¹⁵³ Dongsheng 1992, 93. Bovingdon 2004c spricht in diesem Zusammenhang von „contested histories“.

schungsinstitut der Akademie der Sozialwissenschaften in Xinjiang unter Bewohnern der Landkreise Kuqa und Xayar im Tarim-Becken durchgeführt, d.h. in einem Gebiet, in dem erhebliche Erdgas- und Erdöl-Ressourcen entdeckt worden waren. Unter anderem auf die Frage, wem diese lokalen Ressourcen nach Meinung der Befragten gehörten, sollen die Antworten von immerhin 28,5 Prozent gelautet haben, sie gehörten den Nationalitäten Xinjiangs. 15,2 Prozent erklärten zudem, die Exploration lokaler Rohstoffe bringe primär Nachteile für die lokale Bevölkerung mit sich.¹⁵⁴ Eine weitere chinesische Studie von 1996 aus der Region Turpan verdeutlicht, dass viele Uiguren der Meinung waren, dass überwiegend Han-Chinesen Zugriff auf die knappen Ressourcen erhalten würden und dieses Faktum Ursache für Konflikte zwischen Han und Uiguren sei.¹⁵⁵

Wichtig ist zugleich der Hinweis, dass sowohl Uiguren als auch Han in Xinjiang keine homogene Meinungsgruppe bildeten, sondern durchaus unterschiedliche Meinungen vertraten.¹⁵⁶ Verschiedene chinesische Xinjiang-Forscher vertraten die Auffassung, dass radikale Separatisten bzw. Islamisten eine eher kleine Minderheit unter den Uiguren gebildet hätten. Der Mehrheit sei primär an der Wahrung ihrer Kultur im Kontext größerer Autonomie und im Rahmen des chinesischen Staatsverbandes gelegen gewesen.¹⁵⁷ Pan-Turkismus und Pan-Islamismus seien vom Gros der Bevölkerung abgelehnt worden.¹⁵⁸

¹⁵⁴ Xu 1992, 15. Das Problem solcher Umfragen ist, dass sich viele der Befragten nicht offen zu äußern wagen, weil sie mögliche Repressionen befürchten, die als Unterstützung „separatistischer Ideen“ eingestuft werden könnten. Von daher spricht der hohe Prozentsatz kritischer Antworten für ein kritisches Meinungsbild.

¹⁵⁵ Li 1996.

¹⁵⁶ O'Brien/Brown 2022, 4ff.

¹⁵⁷ So der chinesische Sozialanthropologe Ma Rong in einem Gespräch an der Peking Universität am 18.05.2023; außerdem: Gespräch mit einem weiteren Xinjiang-Forscher, Peking, 19.05.2023. Entsprechend äußert sich auch der uigurische Soziologe Tursun 2013; siehe zusätzlich Vagneur-Jones 2017 und Davis 2008.

¹⁵⁸ Gespräch, Peking, 19.05.2023.

Äußere Ursachen: Einflüsse aus islamischen Nachbarländern

Unter Stalin hatte die Sowjetunion in Fortführung der Politik des russischen Kaiserreichs versucht, Kontrolle über und Einfluss in Xinjiang zu gewinnen.¹⁵⁹ In den Jahren des „Kalten Krieges“ zwischen beiden Ländern bemühte sie sich wiederholt, die ethnischen Minderheiten in Xinjiang gegen die chinesische Zentralregierung aufzuwiegeln. Doch jede Form von Unabhängigkeit Xinjangs schien auch für die Sowjetunion tabu zu sein.

Erst der Zerfall der Sowjetunion und die Bildung unabhängiger Staaten in Zentralasien begünstigten separatistische Bestrebungen in Xinjiang, zumal durch Grenzöffnungen und Ausweitung des Handels die Kontakte zwischen den Nationalitäten auf beiden Seiten der Grenzen signifikant zugenommen haben. Die Existenz von mehreren hunderttausend uigurischen Emigranten, die u.a. in den Nachbarländern Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan leben, spielte bei diesem Prozess ebenfalls eine Rolle. In den 1990er Jahren strebten einige religiöse Führer in Zentralasien ein vereintes, muslimisches Turkestan an. Einer dieser Führer in Usbekistan erklärte 1992: „Zuerst wird Fergana, dann Usbekistan und dann ganz Zentralasien ein muslimischer Staat werden.“ Es wurde beabsichtigt, in ganz Zentralasien, einschließlich „Ostturkestans“, eine islamische Revolution anzuführen.¹⁶⁰ Im gleichen Jahr wurde in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek eine „Partei für ein unabhängiges Uiguristan“ gegründet, mit dem Ziel der Errichtung eines unabhängigen uigurischen Staates. 270 Delegierte aus Kirgistan, Kasachstan, Usbekistan und der Türkei sollen daran teilgenommen haben.¹⁶¹

In den 1990er Jahren erkannte die chinesische Führung die internationale Dimension der Problematik. Die chinesischen Behörden machten für die wachsenden separatistischen und islamistischen Strömungen in Xinjiang nicht zuletzt „ausländische Einflüsse“ verantwortlich, etwa eine von dem

¹⁵⁹ Siehe dazu auch Silde-Karklins 1975.

¹⁶⁰ Rashid 1992, 23.

¹⁶¹ Filonyk 1994, 162; Bruce Pannier, „Why Are Central Asian Countries Silent About China's Uyghurs?“, *Radio Free Europe*, 22.12.2020, <http://www.rferl.org/a/why-are-central-asian-countries-silent-about-china-s-uyghurs-/3085252.html> (Zugriff: 02/2024).

verstorbenen Isa Yusuf Alptekin¹⁶² gegründete Organisation; ferner verschiedene „separatistische“ Organisationen, die von Zentralasien aus operieren; die „Islamische Liga“, die für die „Befreiung Ostturkestans“ kämpft, sowie eine „Amerikanische Gesellschaft für Ostturkestan“, die 1983 in New York gegründet worden war.¹⁶³ Im September 1994 beschlossen die fünf wichtigsten sezessionistischen Organisationen, ihre Zusammenarbeit zu verstärken: Die „Turkestan Islamic Party“, gegründet in Pakistan von Hasan Mahsum¹⁶⁴ (eine islamistische Gruppe, die in Afghanistan beheimatet war; sie wurde von zahlreichen Ländern und der UNO als terroristisch eingestuft), die „East Turkestan People's Revolutionary Army“ (eine marxistisch-leninistische separatistische Gruppe, die ursprünglich in Xinjiang gegründet worden war), die „East Turkestan Liberation Organization“, die von China, Kasachstan und Kirgistan als „terroristische Organisation“ eingestuft wurde (sie zeichnete u.a. verantwortlich für Giftanschläge in Xinjiang sowie Angriffe auf Chinesen in der Türkei), die „Eastern Turkestan Grey Wolf Party“ (eine pan-türkische Gruppe) und die „East Turkestan Independence Organization“.¹⁶⁵

¹⁶² Alptekin war ein uigurischer Politiker (geb. 1901 in Yengisar, Kashgar, gest. 1995 in Istanbul), der in den 1920er Jahren im diplomatischen Dienst der Republik China in Usbekistan tätig war und in den 1930er Jahren für das chinesische Verteidigungsministerium arbeitete. Er war ein entschiedener Gegner der kurzlebigen islamischen „Ersten Ostturkestanischen Republik“ mit Sitz in Kashgar (Nov. 1933-April 1934) sowie der von der Sowjetunion unterstützten „Zweiten turkestanischen Republik“ im Norden Xinjangs. 1949 verließ er China. 1954 versuchte er, die Regierung der „Republik China“ auf Taiwan dazu zu bringen, den Anspruch auf Xinjiang aufzugeben, was diese ablehnte, da Xinjiang ein „integraler Bestandteil Chinas“ sei. Seine Organisation erhielt vor allem Unterstützung von pan-türkischen Kreisen in der türkischen Regierung. Er lebte bis zu seinem Tod in der Türkei und war türkischer Staatsbürger. Isa Alptekin ist Vater des in Deutschland lebenden Erkin Alptekin, der in München lebt und als Präsident des „World Uyghur Congress“ fungiert.

¹⁶³ Ein Überblick über die diversen Organisationen findet sich u.a. bei Hoppe 1995, 149ff.

¹⁶⁴ Hasan Mahsum war Anführer der islamistischen Extremistengruppe „Turkistan Islamic Party“. Ihm wurden Verbindungen zu Al-Qaida nachgesagt. 2003 wurde er bei einer Antiterror-Operation von der pakistanischen Armee erschossen.

¹⁶⁵ *Ostturkestanisches Nachrichten-Bulletin*, 4/1993, 2f.

Bereits 1985 hatten im Ausland tätige Organisationen der Tibeter, Mongolen und „Ostturkestaner“ eine Allianz in der Schweiz gegründet, als deren Vorsitzender der Dalai Lama fungierte.¹⁶⁶

Die Türkei spielte nach Gründung der VR China eine besondere Rolle, da zahlreiche uigurische Führungspersonen aus der Republikzeit sich dort niedergelassen hatten, weiterhin die Unabhängigkeit „Ost-Turkestans“ forderten und dort auch über lange Zeit politisches Gehör fanden, vor allem bei Vertretern pan-türkischer Ideen.¹⁶⁷ Mit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten und der Öffnungspolitik auch in Xinjiang nahmen entsprechende Aktivitäten zu. Im Dezember 1992 gründeten „Ostturkestan“-Organisationen mit Unterstützung Saudi-Arabiens und der Türkei in Istanbul den „World National East Turkestan Konsultay (Congress)“, an dem Vertreter aus Zentralasien, den Vereinigten Staaten, Australien, Pakistan, Deutschland, Saudi-Arabien, der Türkei und der Schweiz teilnahmen. Ein „East Turkestan National United Committee“ wurde gegründet, der Name des Landes (Ostturkestan), die Nationalflagge (Halbmondflagge), die Nationalhymne (Shadiya) und das nationale Emblem festgelegt.¹⁶⁸ Der „Kongress“ sollte Unabhängigkeitsaktivitäten koordinieren und den bewaffneten Kampf organisieren.¹⁶⁹ Zweifellos stellten diese Organisationen eine äußere Bedrohung der Sicherheit Chinas dar, auch wenn ihr direktes Agieren im Innern Xinjiangs begrenzt gewesen sein mag.¹⁷⁰

Allerdings kam es dann zu einer Spaltung des Nationalen Kongresses über die Frage ob Unabhängigkeit angestrebt werden solle oder Autonomie. Anfang 2004 wurde ein „Uigurischer Weltkongress“ gegründet, der Unabhängigkeit ablehnte und sich für Autonomie aussprach.¹⁷¹ Am 14. September desselben Jahr wurde hingegen im Raum HC-6 des Kapitols der USA in Washington eine „Exilregierung Ostturkestans“ unter Führung von Anwar

¹⁶⁶ Ob diese Organisation noch aktiv ist, ist unklar. International gibt es allerdings eine Zusammenarbeit zwischen Organisationen dieser drei Exil-Gruppen im Ausland.

¹⁶⁷ Dazu Shichor 2009, 12-36.

¹⁶⁸ A.a.O., 19-20.

¹⁶⁹ Babayan 2011, 16.

¹⁷⁰ Ein Überblick darüber findet sich z.B. in Dong , *Tu' kongbu zuzhi da jiemi* 2004.

¹⁷¹ Shichor 2006.

Yusuf Turani konstituiert.¹⁷² Diese lehnte Autonomie ab und setzte sich Unabhängigkeit der Region zum Ziel.¹⁷³ Ihr Sitz befindet sich in Washington.¹⁷⁴ Diese Organisationen verfügten über gute Beziehungen in der Türkei und zu Organisationen in den zentralasiatischen Republiken. Der ehemalige türkische Präsident Özal (1927-1993) soll Isa Yusuf Alptekin gegenüber erklärt haben, alle von Turkvölkern bewohnten Gebiete seien befreit, mit Ausnahme von Ostturkestan - nun stünde dessen Befreiung auf der Tagesordnung. Alptekin soll erwidert haben, „Ost-Turkestan“ sei „die Mutter der gesamten türkischen Welt“.¹⁷⁵

Auch als Recep Tayyip Erdoğan 2003 türkischer Ministerpräsident wurde, vertrat sein Außenminister und späterer Premier Ahmet Davutoğlu pan-türkische Ideen.¹⁷⁶ Unter Präsident Erdoğan verbesserten sich die türkisch-chinesischen Beziehungen allerdings deutlich. Hatte Erdoğan das staatliche Vorgehen in Xinjiang 2009 noch als „Genozid“ bezeichnet, so wurden danach vor allem im Hinblick auf Wirtschaftserwartungen Ankaras die Beziehungen mit China zu einer „Strategischen Partnerschaft“ aufgewertet.¹⁷⁷ Doch noch heute argumentiert er, dass das Anliegen der Uiguren auch das Anliegen der Türkei sei. So heißt es in einer Erklärung nach einer Kabinettssitzung am 20.11.23: „So wie der Schmerz der Unterdrückten in Palästina unser Schmerz ist, ist auch der Schmerz unserer uigurischen Brüder [...] unser Schmerz.“¹⁷⁸ Bei einem offiziellen Besuch des türkischen Au-

¹⁷² Ebd. Ihr heutiger „Präsident“ ist Mamtimin Ala; vgl. <http://east-turkistan.net/leadership/> (Zugriff: 02/2024).

¹⁷³ „Voice of America Report on Chinese Opposition of ETGIE“, *Voice of America News*, 14.09.2004, http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Voice_of_America_Report_on_Chinese_Opposition_of_ETGIE.ogg (Zugriff: 02/2024).

¹⁷⁴ Vgl. Homepage der „Exilregierung“, <http://east-turkistan.net/> (Zugriff: 02/2024).

¹⁷⁵ Shichor 2009, 25; Kuşçu 2014; *Dong ,Tu‘ kongbu zuzhi da jiemi* 2004.

¹⁷⁶ Shichor 2018. Davutoğlu gilt als Vertreter des Neo-Osmanismus, der starke pan-türkische Anklänge hat.

¹⁷⁷ Siehe u.a. Mackerras 2015, 37ff.

¹⁷⁸ Erdoğan: *Uygur Türkü, Ahıska Türkü, Kırım Tatarı, Kerkük Türkmeni kardeşlerimizin sıkıntısı da bizim sıkıntımızdır* (Erdoğan: Die Probleme unserer Brüder Uiguren-Türken, Mescheten-Türken, Krimtataren und Kirkuk-Turkmenen sind auch unser Problem), <http://tr.uyghurcongress.org/erdogan-uygur-turku-ahıska-turku-kırım-tatarı-kerkuk-turkmeni-kardeslerimizin-sıkıntısı-da-bizim-sıkıntımızdır/> (Zugriff: 02/2024).

Benministers Hakan Fidan in China im Juni 2024, in dessen Rahmen er auch die Städte Ürümqi und Kashgar in Xinjiang besuchte, appellierte dieser, China möge die kulturellen Rechte der Uiguren in Xinjiang schützen und ihnen erlauben, „ihre Werte zu leben“.¹⁷⁹ Von daher bestehen auch heute noch Zweifel der chinesischen Regierung im Hinblick auf das Verhalten der Türkei gegenüber den Uiguren, von denen rund 50.000 in der Türkei leben.

Auch die Nachbarländer Pakistan und Afghanistan spielten bei der Unterstützung islamistischer Kräfte viele Jahre eine zentrale Rolle. Dies betraf vor allem den Export fundamentalistischer Ideen, der die Radikalisierung unter Uiguren förderte, aber auch die Lieferung von Waffen, Finanzmitteln oder Drogen aus beiden Ländern. Dazu kamen Investitionen muslimischer Staaten in den Bau von Moscheen und Madrasas (islamische Lehrinrichtungen) in Xinjiang und anderen muslimischen Regionen Chinas sowie die signifikante Zunahme von Pilgerfahrten nach Mekka seit der Öffnungspolitik.¹⁸⁰ Auch wurden einige der radikalen und militanten uigurischen Führungsfiguren über Jahre von den Taliban in Afghanistan und teils auch von radikal-muslimischen Bewegungen in Pakistan ausgebildet.¹⁸¹

Selbst Pekings alter Freund Pakistan stand lange Zeit im Verdacht, den Einfluss pakistanischer Islamisten auf Xinjiang zumindest zu dulden. Mehrfach wurde Islamabad gedrängt, gegen Gruppen wie Jamaat-e-Islami vorzugehen, die secessionistische Bewegungen in Xinjiang finanzierten, ausbildeten und bewaffneten. Mehr als hundert Uiguren aus Xinjiang studierten damals an islamischen Instituten der Jamaat-Bewegung in Pakistan. Einer dieser Studenten hatte gegenüber *Far Eastern Economic Review* ganz offen erklärt:

¹⁷⁹ „Bakan Fidan Uygur Özerk Bölgesi'ni ziyaret etti“ (Minister Fidan besuchte die Autonome Region der Uiguren), *TNT Haber*, 05.06.2024, <http://www.trthaber.com/haber/guendem/bakan-fidan-uygur-ozerk-bolgesini-ziyaret-etti-862096.html> (Zugriff: 06/2024); Frazer, Suzan (2024), “Turkey urges Chinese authorities to protect the cultural rights of minority Muslim Uyghurs”, *AP*, 05.06.2024. http://apnews.com/article/turkey-china-uyghurs-cultural-rights-11834ba94024ea82af1f45c5df1fbd82?utm_source=substack&utm_medium=email (Zugriff: 06/2024).

¹⁸⁰ Gladney 1999, 37ff.

¹⁸¹ Haider 2005; Mehsut/Golovnina 2014; Rehman 2014; Roberts 2004.

*Meine Stadt ist nicht muslimisch. Sie ist voller Kommunisten, die es Muslimen nicht erlauben, zu studieren oder zu beten [...]. Wir wollen einen neuen muslimischen Staat für die Uiguren gründen und China verlassen.*¹⁸²

Afghanistan, als ein an China angrenzender Staat, nimmt eine Schlüsselrolle im Hinblick auf die Sicherheitslage in Xinjiang ein. Der chinesische Zentralasienforscher Zhao Huasheng schrieb 2021, Ausgangspunkt der chinesischen Afghanistan-Politik sei die Sicherheit und Stabilität in Xinjiang, wobei von Afghanistan lange Zeit die größte externe Bedrohung ausgegangen sei. Bis 1996 sei Afghanistan ein fester Stützpunkt für separatistische uigurische Organisationen gewesen. Al Qaida und die Taliban hätten diese Organisationen spirituell und materiell unterstützt, Kämpfer ausgebildet, Waffen geliefert; und sie hätten ostturkestanischen Separatisten, die aus China geflohen seien, in Afghanistan Unterschlupf gewährt.¹⁸³ Die wichtigste separatistische Organisation ETIM¹⁸⁴ besitzt seit 1998 ihre Basis in diesem Land. Doch trotz intensiver Bemühungen gelang es Peking in den 1990er Jahren nicht, die Taliban von der Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung in Xinjiang mit Waffen und Drogen (zur Finanzierung von Waffenkäufen) abzubringen.¹⁸⁵ Daran änderten auch Besuche von Taliban-Vertretern in Peking und von Mitarbeitern des „China Institute for Contemporary International Relations“, ein Think-tank des Ministeriums für Staatssicherheit, in Afghanistan nichts.

Bereits 1999 hatten westliche Geheimdienste Verbindungen uigurischer Gruppen zu Osama bin Laden festgestellt. Selbst in Tschetschenien sollen Uiguren gekämpft haben.¹⁸⁶ Im gleichen Jahr hatte China durch Vermittlung Pakistans den Taliban Handelsbeziehungen angeboten, falls sie die Unterstützung uigurischer Unabhängigkeitsbewegungen einstellten. Auch ein Treffen von Chinas damaligem Botschafter in Pakistan Lu Shulin mit dem Taliban-Führer Mullah Mohammed Omar im Dez. 2000 blieb ohne Ergebnis, weil Lu die Einstellung der Taliban-Unterstützung für uigurische

¹⁸² Rashid 1995.

¹⁸³ Zhao 2021.

¹⁸⁴ Zu ETIM vgl. Reed/Raschke 2010.

¹⁸⁵ Ahrari 2000; Small 2015.

¹⁸⁶ Soloshcheva 2017, 419.

Kämpfer forderte, während Omar von China verlangte, sich für die Aufhebung der UN-Sanktionen gegen Afghanistan einzusetzen, die nach den Anschlägen auf die US-amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania im Jahr 1998 gegen Afghanistan verhängt worden waren.¹⁸⁷ Im Sep. 2000 berichtete *Far Eastern Economic Review* überdies, dass Uiguren in einer Brigade kämpften, die von Osama bin Laden aufgestellt worden sei.¹⁸⁸ Der damalige chinesische Vizepremier Qian Qichen sprach im Nov. 2001 gegenüber Mary Robertson, UN High Commissioner for Human Rights, davon, dass ca. 1.000 Uiguren von Al-Qaida in Afghanistan ausgebildet würden und rd. einhundert mit den Taliban kämpfen würden.¹⁸⁹

Nach dem Abzug der USA und ihrer Verbündeten aus Afghanistan im Jahre 2021 intensivierte Peking seine Beziehungen zur neuen Taliban-Regierung. Im Juli 2021 traf Außenminister Wang Yi eine Delegation der Taliban, China begann humanitäre Hilfe und Wirtschaftshilfe zu leisten, importierte Waren aus dem Land zollfrei und plädierte international für die Aufhebung der verhängten Sanktionen und Hilfe für den Wiederaufbau Afghanistans. Taliban-Führer Mullah Omar, erklärte, Angriffe auf Xinjiang würden unterbunden werden. Mittlerweile haben die Taliban offiziellen Angaben zufolge die Unterstützung für uigurische Organisationen in Afghanistan eingestellt, sie hoffen auf weitere wirtschaftliche Hilfe durch China.¹⁹⁰ Nur noch der „Islamische Staat Provinz Khorasan“, ein afghanischer Ableger des „Islamischen Staates“ in Syrien und im Irak, hat Uiguren unter seinen Kämpfern und unterstützt die uigurische Unabhängigkeit.¹⁹¹ Allerdings haben die Taliban diese Organisation, die u.a. im afghanisch-chinesischen Grenzgebiet tätig war, inzwischen in andere afghanische Provinzen vertrieben.¹⁹²

¹⁸⁷ Felbab-Brown 2020.

¹⁸⁸ Lawrence 2020.

¹⁸⁹ Vgl. „Northeast Asia Peace and Security Network Daily Report“, 13.11.2001, *NAP-SNET@nautilus.org*; *Uyghur Information Agency*, 20.12.2001, <http://www.uyghur-info.com> (Zugriff: 08/2012).

¹⁹⁰ Siehe dazu u.a. Felbab-Brown 2020; Kashgarian 2021; Feng 2021; Standish 2021.

¹⁹¹ Dabei handelt es sich weitgehend um Mitglieder der „Turkestan Islamic Party“ (vormals „East Turkestan Islamic Movement“); vgl. Pantucci 2023.

¹⁹² Kelemen 2022 und Standish 2021; zu den chinesisch-afghanischen Beziehungen siehe u.a. Zhou/Su/Yuan 2022.

Gleichwohl hat der „Islamische Staat Provinz Khorasan“ mehrfach Anschläge gegen Chinesen und chinesische Einrichtungen in Afghanistan durchgeführt und Ende 2023 neuerlich erklärt, Ost-Turkestan „befreien“ zu wollen.¹⁹³

Über Afghanistan und Pakistan hinaus sorgt sich China um Einflüsse aus den neuen zentralasiatischen Staaten. Bereits 1996 war auf Initiative Chinas die „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ gegründet worden, der zu Beginn Russland, China, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan angehörten, u.a. mit dem Ziel, „Separatismus, Terrorismus und religiösen Extremismus“ zu bekämpfen. Später traten Usbekistan (2001), Indien und Pakistan (2017) sowie der Iran (2023) bei. 2001 unterzeichneten die sechs Mitglieder das „Shanghaier Abkommen zur Bekämpfung von Terrorismus, Separatismus und Extremismus“. 2000 gewährte China z.B. Usbekistan Militärhilfe zur Bekämpfung der „Islamischen Bewegung von Usbekistan“, die aus Afghanistan kommend den Sturz der usbekischen Regierung anstrebte und in deren Reihen sich auch eine größere Anzahl von Uiguren befand.¹⁹⁴ 2003 fanden erstmals gemeinsame militärische Manöver von meh-

¹⁹³ Webber 2023. Mittlerweile hat die Taliban-Regierung eine Straße zur chinesischen Grenze fertiggestellt, die noch vom vorherigen Regime begonnen worden war, in der Hoffnung, den Warenverkehr mit China dadurch erleichtern und ausweiten zu können. Peking hat sich aus sicherheitspolitischen Gründen bislang nicht bereit erklärt, dort eine Grenz- und Zollstation einzurichten; vgl. Zhao 2024. Die Gefährlichkeit des „Islamischen Staats Provinz Khorasan“ zeigte sich nicht nur am Beispiel geplanter Anschläge in Deutschland und Österreich und der Verhaftung von Mitgliedern dieser Organisation, die überwiegend aus Tadschikistan und Afghanistan stammten, sondern vor allem auch durch den Anschlag in Moskau im März 2024 mit mehr als 140 Toten. Khorasan steht für eine historische Region, die sich auf Afghanistan, die zentralasiatischen Republiken und auf „Ost-Turkestan“ bzw. Xinjiang bezieht; vgl. Osman 2016. Ziel des IS Provinz Khorasan ist die Schaffung eines transnationalen Kalifats. Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat nach dem Anschlag in Moskau erklärt, von dieser Gruppe ginge derzeit auch in Deutschland die größte islamistische Bedrohung aus (*Süddeutsche Zeitung*, 24.03.2024). Auch für China stellt diese Organisation weiterhin eine potenzielle Bedrohung dar; vgl. dazu Kelemen 2022 u. Giustozzi 2024.

¹⁹⁴ So die 1991 gegründete „Islamic Movement of Uzbekistan“, die primär zwischen 1999 und 2018 aktiv und mit Al-Qaida sowie den Taliban in Afghanistan und Pakistan verbündet war; https://cisac.fsi.stanford.edu/mappingmilitants/profiles/islamic-movement-uzbekistan#text_block_19654 (Zugriff: 02/2024).

renen Mitgliedern dieser Organisation statt, u.a. auch in Xinjiang. Dabei ging es primär um „Terrorismusbekämpfung“.¹⁹⁵ Auf dem „Ersten China-Zentralasien Gipfel“ in Xi'an 2023 versprach Präsident Xi den zentralasiatischen Staaten, sie bei der Terror Bekämpfung zu unterstützen.¹⁹⁶

Ein weiterer Akteur in der Region war in den 1990er Jahren der Iran. In internen Berichten beklagte die chinesische Regierung 1991, dass „in den letzten Jahren ein bestimmtes Land im Nahen Osten sowie seine Botschaft in China versuchen, den Einfluss der schiitischen Sekte des Islam in China zu vergrößern“ und „eine islamische Revolution“ anzuzetteln.¹⁹⁷ Basierend auf den Wirtschaftsbeziehungen haben sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern mittlerweile deutlich verbessert. China ist größter Handelspartner des Iran und Hauptabnehmer seines Öls. Zudem hilft China beim Ausbau der iranischen Infrastruktur. 2023 ist Iran – wie erwähnt – der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit beigetreten.¹⁹⁸ Eine Rolle spielte auch Saudi-Arabien, wo sich seit den 1920er Jahren Tausende von Uiguren als Händler niedergelassen haben. Einem Bericht zufolge präferieren die meisten von ihnen einen unabhängigen „ostturkestanischen Staat“ und identifizieren sich mit ultrakonservativen Vorstellungen des saudischen Wahhabismus. Vorstellungen, die sie bei Besuchen in Xinjiang auch unter uigurischen Mekka-Pilgern verbreitet haben sollen.¹⁹⁹

¹⁹⁵ Mehr zu dieser Organisation: Song 2016. Zur Rolle im Hinblick auf Terrorismus-Bekämpfung vgl. Zhao 2012.

¹⁹⁶ Wie wichtig China die Kooperation mit den zentralasiatischen Staaten im Bereich Sicherheit ansieht, geht u.a. aus dem gemeinsamen chinesisch-usbekischen Kommuniqué vom 25.Jan. 2024 anlässlich eines Besuchs des usbekischen Präsidenten in China hervor: „Beide Seiten werden weiterhin zusammenarbeiten, um Terrorismus, [...] Separatismus und Extremismus sowie den illegalen Handel mit Drogen, Waffen, Munition und Sprengstoff und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität“ zu bekämpfen. „Um diesen Bedrohungen zu begegnen, werden beide Seiten die Zusammenarbeit in den Bereichen Strafverfolgung und Sicherheit vertiefen und den Austausch und die Weitergabe von Informationen zwischen den zuständigen Stellen verstärken“. Voller Wortlaut des Kommuniqués: https://www.gov.cn/yaowen/liebiao/202401/content_6928099.htm (Zugriff: 02/2024).

¹⁹⁷ *China Heute*, 06/1991, 154.

¹⁹⁸ Habibi 2023.

¹⁹⁹ Vgl. Dorsey 2018.

Uigurische Kämpfer im Ausland

In einem Interview mit *Radio Free Asia* im Jahr 2003 hatte Mehmet Emin Hazret, Führer der „Ostturkestanischen Befreiungsorganisation“ (ETLO), u.a. erklärt:

*Unser Hauptziel ist es, die Unabhängigkeit für Ostturkestan mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Aber um unseren Feinden und Freunden unsere Entschlossenheit in der Ostturkestan-Frage zu zeigen, halten wir einen militärischen Flügel für unvermeidlich.*²⁰⁰

Ab 2015 wurde die Präsenz islamistischer uigurischer Kämpfer im Ausland im Internet sichtbarer. Die „Turkestan Islamic Party“ (TIP) begann, Videos von Uiguren, die in Syrien kämpften, ins Netz zu stellen. Es wurde propagiert, dass Tausende uigurischer Kämpfer in der al-Nusra Bewegung – ein al-Qaida-Ableger – in Nordsyrien aktiv seien.²⁰¹ Anfang 2017 erklärten Uiguren in einem IS-Video, sie würden Han-Chinesen „in einem Meer von Blut ertränken“ wollen.²⁰²

Auch in Chinas Nachbarländern wurden uigurische Kämpfer zunehmend aktiv und begannen von Afghanistan, Tadschikistan und Pakistan aus in den Süden Xinjiangs einzudringen, junge Uiguren als Kämpfer zu rekrutieren und terroristische Anschläge auszuführen. Es kam auch zu Waffenlieferungen vor allem aus Afghanistan²⁰³, Pakistan und Tadschikistan. Schwerwiegender war allerdings die Tatsache der Vernetzung islamistischer und separatistischer Kräfte über das Internet und dadurch übermitteltes Know-how bei der Herstellung und Verwendung von Waffen und Guerillatechniken. Auch Propagandamaterial und muslimisches Schriftgut fanden nach der

²⁰⁰ „Separatist Leader Vows to Target Chinese Government“, *Radio Free Asia*, 29.01. 2003, <http://www.rfa.org/english/news/97878-20030129.html> (Zugriff: 02/2024).

²⁰¹ Greitens et al. 2019/20, 32f. Soloshcheva 2017, 421, zufolge würden Uiguren im sogenannten „Katibah Turkistan“ (Turkistanisches Batallion) kämpfen.

²⁰² Soloshcheva 2017, 417; Martina/Blanchard 2017. Bei Greitens et al. 2019/20, 32ff., finden sich eine Reihe von Aussagen uigurischer Kämpfer des IS und der al-Nusra Front, nach Xinjiang zurückzukehren und dort für einen unabhängigen Staat zu kämpfen. Die Zahl der uigurischen Kämpfer allein in Syrien wurde von ausländischen Geheimdiensten auf einige tausend geschätzt.

²⁰³ Becquelin 1998, 16f, verdeutlicht, dass Waffen- und Drogenschmuggel zwischen China und Afghanistan – in beiden Richtungen – keineswegs etwas Neues war.

Außenöffnung Eingang nach China und trugen zur Verbreitung von islamistischen und separatistischen Ideen bei. Auch soll es einzelne Trainingslager im afghanisch-chinesischen Grenzgebiet gegeben haben. Äußerer Einfluss wirkte wohl primär ideengebend und mobilisierend, Waffenlieferungen und das Eindringen uigurischer Kämpfer aus dem Ausland scheinen bei Terrorakten eher eine sekundäre Rolle gespielt zu haben.²⁰⁴ Ende 2023 hat der Direktor des tadschikischen „Center for Strategic Research“ unter dem Präsidenten der Republik Tadschikistan, Usmonzoda Kh, darauf hingewiesen, dass von Afghanistan aus terroristische Organisationen wie der erwähnte „IS Khorastan“ und „Al Quaida“ immer wieder versuchten Drogen nach Tadschikistan zu schmuggeln, um Finanzmittel zu akquirieren. Es ist anzunehmen, dass diese Organisationen zugleich versuchen, Drogen nach Xinjiang zu schmuggeln, zumal illegale Grenzübertritte an der 414 km langen Grenze im Hochgebirge durchaus möglich sind.²⁰⁵

Innenpolitisches Sicherheitsdilemma

Der Harvard-Ökonom William H. Overholt argumentiert, dass erfolgreiche Entwicklungsstaaten größeres Gewicht auf innerstaatliche Sicherheit legen, aus Legitimitätsgründen im Innern und im Interesse zukünftigen Wachstums, aber auch im Interesse ihrer Geopolitik.²⁰⁶ Cheng Li, viele Jahre bei Brookings tätig, vertritt überdies die Auffassung, dass alle Länder der Sicherheit ihres Landes oberste Priorität einräumen, denn ohne Sicherheit seien alle anderen Faktoren ohne Relevanz.²⁰⁷ Ist ein Land mit inneren und/oder äußeren Sicherheitsproblemen konfrontiert, dann genießt Sicherheit

²⁰⁴ Fuller/Lipman 2004, 347, weisen darauf hin, dass es für Außenstehende schwierig ist, Kontakte zwischen organisierten Gruppen in Xinjiang und im Ausland nachzuzeichnen.

²⁰⁵ Kh 2023. Wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge gehören Drogenschmuggel und -missbrauch zu den signifikantesten sozialen Problemen in Xinjiang; vgl. u.a. Tanner 2011 u. Zhao Jie et al. 2023 sowie „Afuhan, Bajisitan, Zhongya diqu dupin wenti“ (Das Drogenproblem in Afghanistan, Pakistan und Zentralasien), *Jingcha peixun wang*, 30. 06.2017, <http://lnjcxl.com/NewsInfo.aspx?n=927> (Zugriff: 02/2024). Da die chinesisch-afghanische Grenze beiderseits streng bewacht wird, ist zu vermuten, dass eher versucht wird, Drogen über die weniger bewachte chinesisch-tadschikische Grenze nach Xinjiang zu schmuggeln.

²⁰⁶ Overholt 2023, 61 ff.

²⁰⁷ Li 2023.

oberste Priorität, auch im Hinblick auf ökonomische und kulturelle Überlegungen und Interessen. Unter Xi Jinping löste der Faktor Sicherheit den Faktor Entwicklung als oberste Priorität ab. Sicherheit, hieß es nun, sei die Voraussetzung für jedwede Entwicklung.²⁰⁸ Interne und externe Sicherheit bilden inzwischen auch die Basis für innere Stabilität.

Bezogen auf Chinas Nationalitätenpolitik, zählen die unbedingte Wahrung innerer Stabilität sowie die Akkulturation anderer Ethnien seit Jahrhunderten zum Selbstverständnis und zu den Kernaufgaben des chinesischen Staates.²⁰⁹ Aus der Gewährleistung von Stabilität und ethnischer Integration zog und zieht dieser ein hohes Maß an Legitimität. Die Geschichte Chinas verdeutlicht überdies, dass Erodierung der Stabilität etwa aufgrund innerer Unruhen als Folge staatlichen Versagens interpretiert wurde, so dass der Herrscher das ihm vom „Himmel“ verliehene „Mandat“ verlor, also seine Legitimität einbüßte. So galten sozial-politische Bewegungen wie im 19. Jahrhundert die *Taiiping*- oder die *Yihetuan*-Bewegung [sog. „Boxeraufstand“] als Indikatoren für staatliche Schwäche und Herrschaftsverfall. Zudem hat die chinesische Bevölkerung die historische/koloniale Erfahrung gemacht, dass innere Schwäche Unterdrückung und Erniedrigung durch externe Kräfte (im kollektiven Bewusstsein primär durch imperialistische europäische Mächte oder Japan im 19. und 20. Jhdt.) nach sich zieht. Nationale Stärke sowie die Sicherstellung territorialer Integrität und nationaler Souveränität gelten spätestens seit der Erfahrung kolonialer Unterdrückung als absolute Staatsräson. Und die Legitimität des Staates hängt letztlich davon ab, ob er Sicherheit im Land zu gewährleisten vermag.

Die prekäre Sicherheitslage in Xinjiang seit den 1990er Jahren und besonders nach den Unruhen von 2009 und die damit verbundene Destabilisierung der Region führten u.a. zur Abwanderung vieler Han-Chinesen und einem Verlust von Han-Fachkräften, die dringend für die Entwicklung der Region benötigt wurden. Unter der Han-chinesischen Bevölkerung in China scheint sich zudem Unmut im Hinblick auf die Sicherheitslage in Xinjiang und in anderen Landesteilen verbreitet zu haben. Wang Hui sprach

²⁰⁸ Vgl. dazu Howard Wang 2023.

²⁰⁹ Vgl. Heberer 2023, 52-58.

sogar von „einem großen Schock für die chinesische Gesellschaft“.²¹⁰ Da über Jahre hinweg immer wieder Anschläge gemeldet wurden, zunehmend auch außerhalb der Region Xinjiang, sei staatlichen Behörden „Schwäche“ vorgeworfen worden. Niemand habe sich mehr getraut, nach Xinjiang zu reisen.²¹¹ Nach Anschlägen auch in anderen Teilen Chinas nahm die Kritik an der politischen Führung zu. Dabei wurde die Frage aufgeworfen, weshalb es dem Staat nicht gelinge, Gewalt und Terror in Xinjiang in den Griff zu bekommen. Für die politische Führung wurde die Lösung der Problematik daher zu einer Kernaufgabe, ansonsten drohte ein signifikanter Legitimitätsverlust.

So sah die neue chinesische Staatsführung unter Xi Jinping sich ab 2012 zum Handeln gezwungen. In einer Rede erklärte Xi 2014, in Xinjiang sei „Terrorismusbekämpfung“ Kernpunkt der Aktivitäten in den kommenden Jahren, mit dem Ziel, Ordnung und Stabilität wiederherzustellen. Zugleich müsse das Nationalbewusstsein aller Ethnien gefördert werden. Schwerpunkt müsste eine für alle Bewohner spürbare Hebung des Lebensstandards sein. Auch seien Beschäftigungs- und Bildungsprogramme unabdingbar, um den Grad an Ausbildung und Bildung sowie die Schulbesuchsrate zu erhöhen. Ferner bedürfe es effektiverer Armutsbekämpfung.²¹² Damit umriss Xi im Grunde einige der sozialen Kernprobleme der Region.²¹³

Um Stärke zu zeigen, wurden ab 2017 in großem Umfang all diejenigen, die irgendwie der Nähe zu Terrorismus, Separatismus und Islamismus verdächtigt wurden, einem Umerziehungs- bzw. Disziplinierungsprozess unterworfen. Von chinesischen Wissenschaftlern wie auch von Behördenvertretern war im Mai 2023 zu hören, dass es dabei auch zu Fällen staatlicher Willkür gekommen sei, zumal das Rechtssystem quasi außer Kraft gesetzt worden sei.²¹⁴

²¹⁰ Wang 2009.

²¹¹ Informelles Gespräch, Peking, 19.05.2023.

²¹² Xi 2014a.

²¹³ Ähnlich Bovingdon 2004b, 37: „In Xinjiang Uyghurs are poorer, less urban, less likely to go to high school and college, and have fewer job prospects than Hans“. Vgl. Außerdem: Bovingdon 2004a.

²¹⁴ Gespräch mit Xinjiang-Forscher, Peking Univ., 18.05.2023.

Zwar hatte die Parteiführung bereits in den 1990er Jahren dazu aufgerufen, die „drei Übel Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ mit aller Härte zu bekämpfen. Doch scheint der Erfolg zunächst eher mäßig gewesen zu sein, obschon die Parteisekretäre von Xinjiang, Song Hanliang (1985-1994) und Wang Lequan (1995-2010), bereits in diesen Jahren Kampagnen gegen Separatismus und Islamismus eingeleitet hatten, verbunden mit einem zunehmenden Maß an Repression. Die Unruhen 2009 verdeutlichten der zentralen Führung indessen, dass die Sicherheitsprobleme dadurch nicht gelöst worden waren.

Ein langjähriger chinesischer Xinjiang-Forscher schilderte im Mai 2023 mit Tränen in den Augen, dass seit den 1990er Jahren und vor allem nach 2009 im Süden Xinjiangs Terror und Einschüchterung von Seiten separatistischer und islamistischer Organisationen den Alltag bestimmt hätten und auch für die uigurische Bevölkerungsmehrheit eine traumatische Situation entstanden sei. Dem Staat sei die Sicherheitskontrolle weitgehend entglitten, was auch zu Legitimitätsverlust im Hinblick auf die sicherheitspolitische Kompetenz der politischen Führung hätte führen können. Die politische Führung habe daher als einzige Möglichkeit, wieder Herr der Lage zu werden und die Verhältnisse zu stabilisieren, den „Notstand“ ausrufen, Militäreinheiten nach Xinjiang verlegen und ein hartes Disziplinierungsregime errichten müssen.²¹⁵

Chinesische Quellen verdeutlichen, dass in einer nach 2009 geplanten Anti-terror-Kampagne zunächst kurzzeitige „Erziehungsmaßnahmen“ für Uiguren, die Sympathien für Separatisten und Islamisten gezeigt hätten, durchgeführt werden sollten.²¹⁶ Da eine rasche Eindämmung der Unruhen und Anschläge nicht gelang, wurde ein neuer Parteisekretär (Chen Quanguo, 2016-2021) damit beauftragt, innerhalb von fünf Jahren Stabilität wiederherzustellen. Die Vorwürfe gegen ihn im Westen lauten, dass er dies mit aller Härte und schwerwiegenden Menschenrechtsverstößen angegangen sei. Ende 2021 wurde dann ein neuer Parteisekretär, Ma Xingrui, eingesetzt:

²¹⁵ Gespräch am 19.05.2024 in Peking; siehe auch Greitens et al. 2019/20.

²¹⁶ Greitens et al. 2019/20, 15.

ein Raumfahrtwissenschaftler, der zuvor Gouverneur der Provinz Guangdong gewesen war und nun die Rückkehr Xinjiangs zu Wirtschaftsentwicklung und „Normalisierung“ verkündete.²¹⁷

Bereits 2014 war die Wiederherstellung von Sicherheit und Stabilität zur zentralen Aufgabe in Xinjiang erklärt worden. Tatsächlich wurde und wird Nationalitätenpolitik in China in erster Linie als Teil der nationalen Sicherheitspolitik, nicht als Frage größerer ethnischer Autonomie verstanden.²¹⁸ Der Politologe Zhou Ping (*Univ. Yunnan*), Vizepräsident der Chinesischen Gesellschaft für Politikwissenschaft, hat diese Sichtweise in einem 2021 erschienenen Buch noch einmal unterstrichen: Da die meisten ethnischen Minoritäten in Grenzgebieten siedelten, müsse besonderes Augenmerk auf Probleme der Desintegration der Randgebiete und auf „Grenz-Governance“ gelegt werden. Nationalitätenpolitik sei primär aus der Perspektive des Staates und staatlicher Sicherheitspolitik zu betrachten.²¹⁹ Durch die Entwicklung in Xinjiang rückten der sicherheitspolitische Aspekt und die Frage von „Grenzgebiets-Governance“ ins Zentrum der Xinjiang-Debatte. Zugleich gewann die Sicherheitsfrage stärkeren Einfluss auf die Neubestimmung der Nationalitätenpolitik und des Nationsbildungsprozesses.

Mittlerweile hat China die Sicherheitskooperation mit angrenzenden Ländern – darunter Tadschikistan, Afghanistan und seit kurzem auch Kasachstan – verstärkt, um die innere Sicherheit in diesen Ländern verbessern zu helfen und ein mögliches Übergreifen instabiler Faktoren auf Xinjiang zu minieren. Dazu baut Peking zugleich die militärische Infrastruktur in Xinjiang deutlich aus.²²⁰

²¹⁷ Gespräch mit Ma Xingrui, Parteisekretär von Xinjiang, Ürümqi, 26. Mai 2023.

²¹⁸ Siehe Weiner 2022, mit Beiträgen von Thomas Heberer (“Ethnicity in China”), Jonathan Lipman (“Being Muslim and Chinese”), Ben Hillman (“Tibet: From Conflict to Protest”) and Y.-W. Chen (“Ethnic Conflict in Xinjiang and Its International Connections”).

²¹⁹ Zhou 2021.

²²⁰ China Power Team 2024.

IV. Folgenreiche Konsequenzen: Primat der Nationsbildung und Wandel der Nationalitätenpolitik

Nationsbildung ist ein Prozess, in dessen Verlauf einheitliche staatliche Institutionen und Strukturen auf dem gesamten Territorium eines Landes geschaffen werden sollen und eine kollektive nationale Identität entstehen soll. Dazu gehören die Herausbildung einer Nationalsprache oder zumindest einer *lingua franca* als allgemeines Kommunikationsmittel, die Integration sprachlich und ethnisch verschiedener Bevölkerungsteile sowie das Entstehen nationaler Symbole und nationaler Mythen. Es handelt sich um einen langwierigen Prozess, der – historisch gesehen – meist mit gewaltsamen Auseinandersetzungen und der Verdrängung oder sogar Vertreibung und Vernichtung von ethnischen Minoritäten verbunden war (vgl. etwa die Nationsbildung in Staaten wie den USA, Australien, Neuseeland, Indien, Indonesien, Pakistan, Myanmar oder der Türkei).²²¹ Nationsbildung heißt auch, dass der jeweilige Staat in der Lage sein sollte, das gesamte Territorium effektiv zu kontrollieren. Mangelt es an der entsprechenden (Staats-)Kapazität, kann ein Nationsbildungsprozess scheitern.

Lange Zeit waren Sozialwissenschaftler der Überzeugung, im Zuge von Modernisierungsprozessen und ökonomischer Entwicklung würden sich ethnische und kulturelle Unterschiede innerhalb von Nationalstaaten einbrennen. Dieser Glaube herrschte auch in der chinesischen Politik vor. Die letzten Jahrzehnte haben aber verdeutlicht, dass es – global gesehen – zu einem „ethnic revival“ kam, u.a. mit dem Ergebnis der Herausbildung neuer Staaten (etwa auf dem Territorium der ehem. Sowjetunion oder Jugoslawiens). In vielen Staaten der Erde verstärkten sich ethnische Konflikte und führten zu Auseinandersetzungen zwischen der ethnischen Mehrheit und den ethnischen Minderheiten innerhalb eines Staatsgebietes.²²² Diese Problematik

²²¹ Dazu grundsätzlich: Hobsbawm 1991 sowie Derichs/Heberer 2006. Hier bietet sich auch ein Vergleich mit dem benachbarten Indien an, wo Premierminister Modi und seine Partei versuchen, in dem Subkontinent – mit Hunderten Völkern, Sprachen und zahlreichen Religionsgemeinschaften – die nationale Identität mit der Hindu-Religion gleichzusetzen und damit die Vielfalt durch Nationsbildung auf Basis einer einzigen Religion und Kultur zu beseitigen; vgl. dazu u.a. Cavanaugh 2023.

²²² Vgl. dazu Hippler 2004.

schlug sich auch in China nieder und bewirkte eine Neubetonung der Sicherheitspolitik sowie des Nationsbildungsprozesses. – Der Politikwissenschaftler Yan Xuetong (*Tsinghua Univ.*) hat angemerkt, dass im Hinblick auf politische Entscheidungsfindung selten Ursachenforschung betrieben würde. Er hat zugleich einen Widerspruch zwischen dem chinesischen Nationsbildungsprozess und dem Schutz der Kulturen ethnischer Minderheiten konstatiert, ein Widerspruch, der auch in der Xinjiang-Politik zum Ausdruck kommt. Er schrieb:

*Chinas Prozess des Aufbaus eines modernen Nationalstaats ist noch nicht abgeschlossen, und Chinas friedlicher Aufstieg basiert zunächst auf dem Nationalstaatsaufbau. Seit Jahrzehnten steht China beim Aufbau eines Nationalstaates vor großen Schwierigkeiten: Einerseits muss es die nationale Identität des chinesischen Volkes fördern, andererseits aber die Kulturen der ethnischen Minderheiten schützen. Das ist ein Widerspruch.*²²³

Durch die Unruhen in den tibetischen Siedlungsgebieten (2008), in Xinjiang (2009) und in der Inneren Mongolei (2011), vor allem aber durch perzipierte Bedrohungen durch separatistische und islamistische Kräfte in Xinjiang, verstärkte sich in der Parteiführung das Gefühl einer zunehmenden Desintegration der Randgebiete. Dies löste eine Debatte innerhalb der politischen Führung und unter chinesischen Intellektuellen über notwendige Veränderungen in der Nationalitätenpolitik aus. Vorschläge zur Ausweitung der Selbstverwaltungsrechte und für eine sensiblere Politik gegenüber den ethnischen Minderheiten blieben dabei weitgehend ungehört. Aus dem akademischen Raum waren es vor allem der Soziologieprofessor Ma Rong (*Peking Univ.*) und die Tsinghua-Professoren Hu Angang und Hu Lianhe, die ab 2009 die Meinung vertraten, Sonderrechte für ethnische Minoritäten und die Betonung ethnischer Zugehörigkeit hätten nicht zu einem Mehr an Integration, sondern zu stärkerer Segregation und einer Überbetonung ethnischer Spezifika geführt. Statt nationaler Kohärenz sei die Frage der Selbstverwaltung in den Mittelpunkt gestellt worden. Assimilierung und „Hanifizierung“ (*hanhua*) seien aber notwendige Begleiterscheinungen von Nationsbildungs- und Modernisierungsprozessen.²²⁴ Ma vertrat die Auffas-

²²³ Yan 2009.

²²⁴ Ma Rong 2009.

sung, wie in den USA sollten Minderheitenfragen als individuelle, nicht als politische Fragen angesehen werden.²²⁵ Sowohl Hu Angang als auch Hu Lianhe sprachen sich für eine „zweite Generation ethnischer Politik“ aus, verbunden mit der Abschaffung der Anerkennung ethnischer Zugehörigkeit, der Beseitigung des Systems der Selbstverwaltung, der Förderung von Regionen statt ethnischer Gruppen sowie der Verstärkung der Erziehung in der han-chinesischen Standardsprache (*putonghua*).²²⁶ Damit griffen sie Ideen auf, die bereits von Liang Qichao (1873-1929), einem einflussreichen Intellektuellen und politischen Vordenker, in den 1920er Jahren vorgeschlagen worden waren (s.u.).²²⁷

Im Jahr 2014 relativierte Ma seine Position. Nun vertrat er die Auffassung, dass die Idee, wirtschaftliche Entwicklung würde ethnische Probleme lösen, falsch sei. Ethnische und religiöse Probleme – so Ma – könnten nicht mit Geld oder durch den Lauf einer Waffe gelöst werden. Am Beispiel von Xinjiang argumentierte er, dass über die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Angehörige ethnischer Minderheiten, die Erhöhung der Einkommen, die Verbesserung der Umwelt und die Erhaltung von Ökosystemen, die Förderung zweisprachiger Bildung in Schulen und Universitäten, sowie über den Schutz von Minderheitenbräuchen zugleich die Kontrolle der Zuwanderung, der Schutz natürlicher Ressourcen und die Bekämpfung des „Groß-Han-Chauvinismus“ (*da hanzuzhuyi*) unerlässlich seien, um ethnische Konflikte zu entschärfen.²²⁸ 2019 präzisierte Ma Rong seine Position erneut und argumentierte, die Aufgabe künftiger Nationalitätenpolitik in China sei es, die Identifikation aller Angehörigen ethnischer Gruppen mit der chinesischen Nation zu stärken. Statt von Mitgliedern ethnischer Gruppen solle fortan von „individuellen Bürgern“ gesprochen werden. Vereinheitlichung genieße Priorität gegenüber Diversität und Autonomie.²²⁹

²²⁵ Ma Rong 2009.

²²⁶ Hu/Hu 2012.

²²⁷ Vgl. Liang 1902-1906; 1912 u. 1960.

²²⁸ *Beida jiaoshou Ma Rong de jianghua 2014*. Detaillierter: Ma 2016.

²²⁹ Ebd.

Bulag wies in diesem Kontext darauf hin, dass nach 2010 in China ein signifikanter Wandel im Hinblick auf das Staatskonzept eingesetzt habe: von einem „multiethnischen Staat“ zu einer „unitären Gemeinschaft der chinesischen Nation“. Eine stärkere Integration ethnischer Minderheiten etwa im Zuge der Durchsetzung von *putonghua* als Nationalsprache, die Zurückstufung sowohl der regionalen Autonomie als auch der Verwendung von Minderheitensprachen und eine stärkere Konvergenz von Bräuchen, Gewohnheiten und Entwicklungsprogrammen seien Teil des neuen Konzepts zur Beschleunigung der Staats- und Nationsbildung.²³⁰

Die gegenwärtige chinesische Führung hat in der Tat den Nationsbildungsprozess, d.h. die „Schaffung einer einheitlichen chinesischen Nation“, der sich alle Ethnien Chinas gleichermaßen zugehörig fühlen sollen, zur zentralen Aufgabe erklärt. Uiguren, Tibeter, Mongolen u.a. sollen sich primär als „Chinesen“ im Sinne der Staatsbürgerschaft definieren und nicht in erster Linie als Uiguren, Tibeter oder Mongolen. Ziel ist die Durchsetzung von *putonghua* als *lingua franca* und die Schaffung einer „gemeinsamen Identität aller Ethnien“ auf chinesischem Territorium.²³¹ Der Staat gilt dabei als Interessenvertretung und Verkörperung der Nation, wobei die Identifikation mit ihm gefordert wird. Dieser „Staatsnationalismus“ dominierte bereits die ethnische Politik in der „Republik China“ vor 1949.²³² Schon Sun Yat-sen, der erste Präsident der Republik China, stellte entsprechende Überlegungen an. Er verglich das chinesische Volk mit einem „Haufen losen Sandes“ und votierte für die Stärkung des Nationsbewusstseins und der Identifikation der Bewohner Chinas mit Staat und Nation sowie eine gemeinsame Identitätsbildung auf der Grundlage kultureller Tradition. Solange das Nationalbewusstsein gering sei und lediglich von intellektuellen Eliten getragen werde, müsse der Staat, als Träger der Interessen des Volkes, dieses über eine ‚Erziehungsdiktatur‘ zur Nation formen.²³³

²³⁰ Bulag 2021.

²³¹ Der Begriff „Chinesen“ (*Zhonguoren*) bezieht sich in China nicht auf die ethnische Mehrheit, die „Han“ genannt werden, sondern auf alle Bewohner Chinas.

²³² Vgl. Zhao 2004, 21ff.

²³³ Vgl. Sun 1963 und Heberer/Senz 2006. Wang Hui (2014) hat darauf hingewiesen, dass „Nationsbildung“ ein Phänomen der Moderne sei, sich in China allerdings anders voll-

Lange glaubte die Parteiführung, mit der ökonomisch-technischen Modernisierung der Minderheitenregionen werde sich das Problem der Integration und der Schaffung einer *Zhonghua minzu*, einer chinesischen Nation, der sich alle Ethnien gleichermaßen zugehörig fühlen, lösen lassen. 2014 erklärte Xi Jinping in einer Rede über Nationalitätenfragen jedoch, die bisherige Nationalitätenpolitik und die Politik der regionalen Autonomie hätten sich zwar bewährt und müssten fortgesetzt werden. Gleichzeitig müsse die ethnische Interaktion, die Priorität des Hochchinesischen gegenüber dem Unterricht in Minderheiten-Sprachen und der Aufbau interethnischer Gemeinschaften weiter gefördert werden: ein Hinweis auf eine stärkere Ausrichtung auf eine integrative Politik und Akkulturation.²³⁴ Der Aspekt der Nationsbildung wurde auch von Wang Yang, dem damaligen Vorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, bei einem Besuch in der Inneren Mongolei Anfang 2021 hervorgehoben. Er betonte, dass der Aufbau einer Nation ein zentrales Thema in Chinas neuer Nationalitätenpolitik sei. Ohne gemeinsames Identitätsgefühl im Hinblick auf die chinesische Nation lasse sich der Nationsbildungsprozess nicht erfolgreich gestalten. Alle autonomen Gebiete ethnischer Minoritäten sollten ihr Bewusstsein bezüglich der chinesischen Nation und Kultur stärken, den Unterricht in der Standardsprache *putonghua* intensivieren und die ethnische Einheit und soziale Stabilität fördern.²³⁵ Auch als Xi Jinping im Juli 2022 Xinjiang besuchte, betonte er die Bedeutung des chinesischen Nationsbildungsprozesses als „Kernaufgabe“:

Es ist notwendig, ein Gemeinschaftsgefühl der chinesischen Nation zu schmieden und den Austausch und die Integration der verschiedenen ethnischen Gruppen zu fördern. Die chinesische Zivilisation bildet die Wurzel der Kulturen aller ethnischen Gruppen in Xinjiang. Es ist notwendig, die Kader und die Massen

ziehe als in westlichen Gesellschaften. Aus Platzgründen können wir hier nicht auf diese Frage eingehen; vgl. dazu Wang 2014.

²³⁴ Xi 2014b; siehe auch Bulag 2021.

²³⁵ Wang Yang zai Nei Menggu diaoyan shi qiangdiao jiatingbuyi zhulao Zhonghua minzu gongtongti yishi, laogu jianshe zuguo beijiang anquan wending pingzhang (Im Rahmen seiner Inspektionsreise in die Innere Mongolei betonte Wang Yang, das Bewusstsein von der Gemeinschaft der chin. Nation zu schärfen und an den nördlichen Grenzen des Vaterlandes eine Sicherheits- u. Stabilitätsgrenze zu errichten), 14.04.2021, <http://www.xinhuanet.com/politics/leaders/2021-04/14/1127330659.htm> (Zugriff: 02/2024).

*zu erziehen und anzuleiten, die Geschichte Xinjiangs, insbesondere die Geschichte der nationalen Entwicklung, richtig zu verstehen, eine feste Vorstellung von der Geschichte der chinesischen Nation zu entwickeln und das chinesische Herz und die chinesische Seele zu formen.*²³⁶

Dies wiederholte er in ähnlicher Form in einer Rede im Rahmen eines erneuten Besuches im August 2023. Der Aufbau eines starken Gemeinschaftsgefühls im Kontext der chinesischen Nation sei „die Hauptlinie“ „jedweder Arbeit im Hinblick auf die Nationalitätenpolitik“. In diesem Zusammenhang seien auch die Bildung in der gemeinsamen Landessprache in Wort und Schrift zu fördern und das Bewusstsein und die Fähigkeit der Menschen, die gemeinsame Landessprache in Wort und Schrift zu verwenden, zu verbessern.²³⁷

²³⁶ Xi Jinping zai Xinjiang kaocha shi qiangdiao wanzheng zhunue guanhe xin shidai dangde zhijiang fanglüe, jianshe tuanjie hexie fanrong fuyu wenming jinbu anju yele shengtai lianghaode meihao Xinjiang (Im Rahmen seiner Inspektion in Xinjiang betonte Xi Jinping, die Strategie der Partei für das Regieren von Xinjiang in der neuen Periode müsse vollständig und genau umgesetzt werden, und es müsse ein schönes Xinjiang mit einem harmonischen, blühenden, wohlhabenden, zivilisierten und fortschrittlichen Leben sowie eine hervorragende Ökologie aufgebaut werden), 22.07.2022, <http://politics.people.com.cn/n1/2022/0715/c1024-32476930.html> (Zugriff: 02/2024).

²³⁷ „Xi Jinping zai tingqu Xinjiang weiwuer zizhiq dangwei he zhengfu Xinjiang shengchan jianshe bingtuan gongzuo huibao shi qiangdiao“ (Xi Jinpings Erläuterungen anlässlich der Arbeitsberichte des Parteikomitees u. der Regierung der Auton. Region Xinjiang der Uiguren sowie des Produktions- und Aufbaukorps von Xinjiang), *Dangjian wang*, 06.09.2023, http://www.dangjian.com/shouye/zhuanli/zhu antiku/xuexihuoyewenxuan/202309/t20230906_6663652.shtml (Zugriff: 02/2024). Vgl. zudem Xi 2024a, wo er die Bedeutung des nationalen Gemeinschaftsgefühls und die Sinisierung der Religionen in China als Prioritäten der ethnischen bzw. der Religionspolitik bestimmte, sowie seinen Grundsatzartikel in der Zeitschrift *Qiushi*, in dem es heißt, dass „das chinesische Volk aller ethnischen Gruppen seit dem 20. Nationalkongress der KPCh einen neuen Weg eingeschlagen hat, um ein starkes China aufzubauen und die nationale Verjüngung an allen Fronten durch einen chinesischen Weg der Modernisierung zu verwirklichen“. Der Artikel ruft dazu auf, eine moderne Zivilisation für die chinesische Nation zu entwickeln und ein Zugehörigkeitsgefühl für die chinesische Nation zu fördern. Es sei von entscheidender Bedeutung, eine umfassende Kommunikation und Interaktion zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen zu fördern und die große Einheit der chinesischen Nation zu festigen, um die chinesische Modernisierung voranzutreiben (Xi 2024b). Auch Prof. Meng Fanli, Vizeparteisekretärin der Univ. Xinjiang, erklärte in diesem Sinne, das „Hauptziel der ethnischen Arbeit“ sei die „Schaffung eines starken Gemeinschaftsgefühls“ aller Ethnien, als „Grundlage der nationalen Einheit“ (Meng 2023).

In den Kontext dieses Nationsbildungsprozesses lässt sich auch die Modifizierung der Religionspolitik einordnen, d.h. die „Sinisierung der Religionen“ (*zongjiao Zhongguohua*). Im Hinblick auf den Islam hat der Vorsitzende der Chinesischen Islamischen Vereinigung, Yuan Faming, ein Angehöriger der Hui-Nationalität, in einer Rede auf der 3. Plenarsitzung der 1. Sitzung des 13. Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes 2018 erklärt, dass die Moscheen die Aufgabe hätten, auch das Festhalten an den sozialistischen Kernwerten zu predigen, die Vermischung von Islam und traditioneller chinesischer Kultur (Konfuzianismus) in Richtung der Schaffung eines „muslimischen Patriotismus“ zu fördern und im Hinblick auf die religiöse Architektur nicht „blind ausländische Modelle“ zu kopieren: Gebäude zu religiösem Gebrauch müssten vielmehr chinesische Merkmale und chinesischen Stil widerspiegeln. Die Interpretation des Korans müsse zudem dem Thema Ablehnung von religiösem Extremismus oberste Priorität einräumen.²³⁸ Zwar soll die Kultur des chinesischen Islam nicht beseitigt werden, sich aber unterordnen und anpassen an das Ziel der Schaffung einer einheitlichen Nation mit einer gemeinsamen kulturellen Grundlage.

Was die regionale Wirtschaftspolitik anbelangt, so argumentiert MERICS-Experte Alexander Davey, dass es keine Anzeichen dafür gebe,

*dass Minderheiten in Xinjiang besser behandelt werden. Es geht um die wirtschaftliche Entwicklung der Region unter Aufsicht von Han-Chinesen und zum Vorteil des gesamten Landes. Die sozioökonomische Entwicklung in Xinjiang ist für Beijing von zentraler Bedeutung, um sein globales Image zu verbessern und sich gegenüber der Bevölkerung als stabilisierende Kraft darzustellen.*²³⁹

²³⁸ Vgl. dazu u.a. Yang 2018. In manchen muslimischen Gebieten wurden entsprechend arabische Bauelemente oder Schriftzüge an Moscheen oder Halal-Restaurants entfernt; vgl. dazu Leibold 2019.

²³⁹ Alexander Davey, „Beijing bemüht sich um Stabilisierung – seiner Interessen – in Xinjiang“, *MERICS China Essentials*, 30.05.2024, <http://merics.org/de/merics-briefs/wissenschaftsspionage-immobilienmarkt-taiwan?msdyntrid=b70MKyKPaQ9UJUAdatR-F9vTXN7EOXP1SV1QFWtLIL0#beijing-bemht-sich-um-stabilisierung-seiner-interessen-in-xinjiang-15887> (Zugriff: 06/2024).

Die Entwicklung Xinjiangs, wie die in allen Regionen Chinas, inklusive der Siedlungsgebiete ethnischer Minderheiten, erfolgt zweifellos im Kontext gesamtstaatlicher Interessen. Dabei geht es der politischen Führung nicht nur, aber auch um Legitimierung ihrer Regionalpolitik durch Verbesserung der Lebensbedingungen der verschiedenen Ethnien in Xinjiang. Aber auch hier besitzt Wirtschaftsentwicklung Priorität gegenüber Minderheitenrechten, was ebenfalls als Teil des gegenwärtigen Nationsbildungsprozesses zu begreifen ist.

Disziplinierungsprozesse und Zivilisierung ethnischer Minderheiten

Bestrebungen, Nicht-Han-Völker in die Han-Kultur zu integrieren, gab es die gesamte chinesische Geschichte über.²⁴⁰ Wie Schneider verdeutlicht, herrschte während der Ming- (1368-1644) und der Qing-Dynastie (1644-1912) unter Beamten die Überzeugung, dass Nicht-Han-Völker unzivilisiert seien und der „Führung“ durch die Han bedürften, die eine überlegene Kultur besäßen:

*Es war also die Pflicht des jeweiligen Zentralstaates, die Zivilisierung dieser 'Barbaren' zu unterstützen, um deren Siedlungsgebiete zu befrieden.*²⁴¹

In ähnlicher Weise betrachtete Liang Qichao (1873-1929) diese Art der Nationalitätenpolitik als unverzichtbaren Teil des chinesischen Nationsbildungsprozesses, in dem die Han ihre „assimilative Kraft“ unter Beweis stellen müssten. Liang verwies dabei auf die „zivilisierende Mission“ der Han gegenüber anderen ethnischen Gruppen über alle Dynastien hinweg.²⁴² Er schrieb: „Wenn man in der Lage ist, Menschen so zu verändern, dass sie so werden wie man selbst, das nenne ich ‚assimilative Macht‘.“²⁴³ Diese Sicht-

²⁴⁰ Siehe z.B. Hierman 2007.

²⁴¹ Schneider 2017b, 103. Zum Zivilisierungsprozess in der Qing-Zeit vgl. Schluessel 2020.

²⁴² Wiens 1954; Schmidt-Glintzer 1997; Schneider 2017b.

²⁴³ Zit.n. Schneider 2017a, 67. In seiner Dissertation hat der chinesische Islamforscher Li Gang (2021) gezeigt, dass es in der chin. Geschichte im Hinblick auf die Behandlung von „Barbaren“ zwei Ansätze gegeben habe: einen *separativen*, der auf Ausgrenzung bzw. Abschottung gesetzt habe und einen *assimilativen*, mit dem Ziel der Assimilierung in die chinesische Kultur. Li argumentiert, dass dieser Dualismus „Tradition“ in der chinesischen Geschichte besitze, die bis heute in der Minoritätenpolitik fortwirke.

weise hat die Diskurse über die nationale Frage bis heute mit bestimmt. Sun Yat-sen (1866-1925) und Chiang Kai-shek (1887-1975) vertraten ähnliche Ansichten. Mao distanzierte sich zwar von dieser Idee und warnte wiederholt vor einem „Groß-Han-Chauvinismus“. In den verschiedenen politischen Kampagnen der Mao-Ära (wie gegen den „lokalen Nationalismus“ in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre oder in der „Kulturrevolution“) wurden von der Sache her jedoch ganz ähnliche Ziele verfolgt. Auch in der Gegenwart schlägt sich das Konzept der „assimilativen Macht“ in den oben skizzierten Grundgedanken der „zweiten Generation der Nationalitätenpolitik“ nieder.²⁴⁴

Sich modernisierende Staaten versuchen, die Bevölkerung ihrem Staats- und Nationsbildungskonzept, ihren Modernisierungs- und Disziplinierungskonzepten anzupassen.²⁴⁵ In Bezug auf die Zivilisierung ethnischer Minderheiten in China ist die Rede von „Zivilisierungsprojekten“, die der Sozialanthropologe Stevan Harrell wie folgt beschreibt: eine Gruppe, die sich als zivilisatorisches Zentrum versteht, sieht in den anderen Ethnien weniger zivilisierte Gruppen, die auf einen höheren Grad der Zivilisation gehoben werden müssen, um mit der Ethnie des zivilisatorischen Zentrums gleichzuziehen.²⁴⁶ In ähnlicher Weise untersuchten auch Gladney (2004) in Übereinstimmung mit Scott²⁴⁷ sowie Heberer (2001 u. 2014) die zivilisatorische Mission des „Zentrums“ gegenüber ethnischen Minderheiten.²⁴⁸

Die Unterscheidung zwischen „zivilisierten“ und nicht-zivilisierten oder „barbarischen“ Völkern war keineswegs eine chinesische Besonderheit. Vielmehr existierte diese Unterscheidung in allen Kulturen als eine asymmetrische Beziehung und eine Differenzierung zwischen „uns“ und „den anderen“.²⁴⁹ Oder, wie der Philosoph Charles Taylor es ausdrückte, zwischen Kultur und Natur. „We are trained, disciplined, formed, and they are

²⁴⁴ Vgl. Heberer 2022.

²⁴⁵ Dies hat schon der Soziologe James Scott gezeigt, vgl. Scott 1976, 1990, 1998 u. 2009.

²⁴⁶ Harrell 1995, 4.

²⁴⁷ Scott 2009, 116-126.

²⁴⁸ Zum Konzept der „civilising missions“ in China siehe u.a. Hirono 2008, 1. Hirono definierte es als “asymmetrical image of the relationship between so-called ‘civilised’ and ‘uncivilised’ to help the ‘uncivilised’”.

²⁴⁹ Siehe z.B. Chen 2017, 2-9.

not. The raw meet the cooked”, schrieb Taylor.²⁵⁰ In China war darüber hinaus *wen*, im Sinne von gebildeten und gelehrten Menschen, ein weiteres Kriterium für die Unterscheidung zwischen „Zivilisierten“ und „Unzivilisierten“. Zivilisierung in diesem Sinne bedeutete, die sozialen Regeln der Moral, die Lebensweise, die Sitten, Gebräuche, Gewohnheiten, Riten und Moralvorstellungen ethnischer Minderheiten zu verändern und sie an die „zivilisierten“ Sitten der ethnischen Mehrheit anzupassen.

In China besitzt die Idee der Zivilisierung anderer Ethnien starke Wurzeln in der Geschichte des Landes. Hirono erklärt beispielsweise, dass der Grundgedanke der Politik gegenüber ethnischen Minderheiten seit der Han-Zeit (206 v.u.Z. - 220 u.Z.) in der Überzeugung des Staates bestanden habe, dass diese Ethnien „ihren Status von unzivilisiert zu zivilisiert verändern können, indem sie eine größere Nähe zum Zentrum der Zivilisation und damit zur vorherrschenden zivilisatorischen Ideologie erreichen“, und dass sich dieser Grundsatz im Laufe der chinesischen Geschichte nicht wesentlich verändert habe.²⁵¹

Der chinesischen Regierung zufolge brachten die massiven Subventionen für Infrastruktur- und Armutsbekämpfungsprogramme sowie das Entwicklungsprogramm für Chinas Westregion (*Xibu da kaifa*) nicht die erhofften Ergebnisse. Stattdessen führten – wie oben geschildert – Unruhen und Anschläge in Xinjiang zu erheblichen Verlusten an Menschenleben und zu Sachschäden sowie zu einem Rückgang des gegenseitigen Vertrauens zwischen Han und den anderen Ethnien in der Region. Terroranschläge in verschiedenen Teilen Chinas bestärkten die chinesische Regierung in der Überzeugung, dass die etablierte Nationalitätenpolitik nicht zu mehr ethnischer Integration und Modernität geführt, sondern stattdessen Separatismus, Religiosität und ethnische Segregation gefördert habe. Darüber hinaus blieb die südliche Region Xinjiangs, die hauptsächlich von Uiguren bewohnt wird, trotz aller „zivilisatorischen“ und entwicklungspolitischen Bemühungen relativ arm und unterentwickelt. Eine „neue Generation“ der Nationa-

²⁵⁰ Taylor 2004, 38.

²⁵¹ Hirono 2008, 72.

litätenpolitik wurde – wie geschildert – für erforderlich gehalten.²⁵² Nach Ansicht der chinesischen Regierung erfordert die Integration der Uiguren in den Prozess der Nationsbildung zugleich einen planmäßigen Disziplinierungs- und Zivilisierungsprozess.

Ein Regierungsdokument aus dem Jahr 2017 lässt vermuten, dass das „Berufsbildungs- und Ausbildungsprogramm“, d.h. die „Umerziehung“ von Uiguren²⁵³ und anderen Angehörigen muslimischer Minderheiten in Xinjiang, in engem Zusammenhang mit der Disziplinierung, Zivilisierung und Umsiedlung in städtische Gebiete im Rahmen eines Bildungs- und Ausbildungsprogramms für Arbeit und Beschäftigung steht. Auch in einem mehr als 25 Punkte umfassenden Dokument zur beruflichen Bildung in der Autonomen Präfektur Ili der Kasachen in Xinjiang beziehen sich wesentliche Punkte auf Fragen der Disziplinierung („industrielle Disziplin“), der Selbstdisziplinierung und des zivilisierten Verhaltens im Alltag, d.h. auf die Veränderung von Umgangsformen, Gewohnheiten und Hygiene der ethnischen Bevölkerung.²⁵⁴

Hier kommt ein Phänomen zum Ausdruck, dass der Wirtschaftshistoriker und Sozialwissenschaftler Karl Polanyi als *The Great Transformation* bezeichnet hat,²⁵⁵ und das charakterisiert ist durch den Übergang von einer agrarischen zu einer industriellen Gesellschaft und von Selbstversorgung zu Marktverhältnissen. Dieser Prozess führt zugleich zu einem Wertewandel, wobei Vorstellungen einer bäuerlich-nomadischen Kultur in Widerspruch geraten zu denen einer sich industrialisierenden bzw. industrialisierten und urbanen Gesellschaft. Misstrauen in interpersonelle Beziehungen außerhalb der unmittelbaren Bezugsgruppe wie Dorf oder Clan, Familismus mit Konzentration auf sozialem Schutz, sozialer Sicherheit, Ordnung und rituellen Funktionen, Innovativdenken, Fatalismus, begrenzter Ambi-

²⁵² Sines 2002; Greitens et al. 2019/20; Yan 2020.

²⁵³ Siehe Jacobs 2018.

²⁵⁴ *Zizhiqiu jiguan fadian* (Mitteilung der Autonomen Region für Behörden), „Guanyu jin yibu jiaqiang he guifan zhiye jineng jiaoyu peixun zhongxin gongzuode yijian“ (Stellungnahme im Hinblick auf weitere Stärkung und Standardisierung der Tätigkeit von beruflichen Bildungs- u. Ausbildungszentren), <http://www.documentcloud.org/documents/6558509-China-Cables-Telegram-Chinese.html> (Zugriff: 02/2024).

²⁵⁵ Polanyi 1977.

tionismus u.a. zählen zu diesen traditionellen Vorstellungen.²⁵⁶ Staaten greifen zum Mittel der „Sozialdisziplinierung“, um solche Übergänge zu beschleunigen.²⁵⁷ Im Folgenden wird dieser Prozess an einer Reihe von Beispielen verdeutlicht.

Soziale Disziplinierung dieser Art beginnt in der Schule. Yi Lins Untersuchungen in Grundschulen in Ürümqi, die primär von han-chinesischen Kindern besucht werden, ergaben, dass Sprachdisziplinierung weit verbreitet ist. Yi zufolge war es uigurischen Schülern nicht gestattet, in der Schule Uigurisch zu sprechen, und den Eltern uigurischer Schüler wurde geraten, den Gebrauch der uigurischen Sprache durch ihre Kinder – wenn überhaupt – auf den familiären Raum zu beschränken und ihnen nicht zu erlauben, dies in der Öffentlichkeit zu tun. Darüber hinaus wurde Schülerinnen untersagt, in der Schule ein Kopftuch zu tragen, für Uiguren ein traditionelles „Muss“ für das weibliche Geschlecht. Han-Lehrer beschwerten sich zugleich über das „undisziplinierte“, „barbarische“ (*yeman*), „irrationale“ und „unhygienische“ Verhalten uigurischer Schüler. Eines der Hauptziele der Han-Lehrer schien zu sein, uigurische Schüler so zu disziplinieren, dass sie sich wie Han verhalten.²⁵⁸ Die von Yi befragten Lehrerinnen und Lehrer erklärten, dass es unerlässlich sei, die uigurischen Schülerinnen und Schüler mittels „verbaler oder physischer Gewalt“ zu disziplinieren. Sie hielten Gewalt für die „wirksamste Methode zur Disziplinierung“ uigurischer Schüler und für ein geeignetes Mittel, um sie zu „zivilisieren“.²⁵⁹

Was die Einstellung uigurischer Arbeitskräfte anbelangt, so zeigen Sun²⁶⁰ und Li²⁶¹, dass trotz der Steuervorteile für Unternehmen, die Mitarbeiter aus ethnischen Minderheiten in Xinjiang einstellten, Han-Unternehmer Uiguren nicht selten als Menschen mit „geringen Fähigkeiten“ wahrnehmen, was zu „hohen Ausbildungskosten“ führe. Sie beklagten einen Mangel an Disziplin, Pünktlichkeit, Vertragstreue, Sinn für Effizienz, Abneigung ge-

²⁵⁶ Verdeutlicht haben wir diese Frage in Heberer/Taubmann 1998, 347-407.

²⁵⁷ Diesen Prozess habe ich am Beispiel Chinas in Heberer 2023 ausgeführt.

²⁵⁸ Yi 2016, 33ff.

²⁵⁹ A.a.O., 36.

²⁶⁰ Sun 2020, 243f.

²⁶¹ Li 2015, 36.

gen Effektivierung sowie eine Vorliebe für das „geistige gegenüber dem materiellen Leben“. Aus diesen Gründen wollten Han-Unternehmer keine Uiguren einstellen. Andererseits führen laut Li niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, hoher Druck usw. zu Konflikten zwischen Arbeitern ethnischer Herkunft und Unternehmensleitungen.²⁶²

In einem Dokument der Regierung der Präfektur Kashgar über die Ausbildung von Angehörigen ethnischer Minderheiten aus Armutsgebieten aus dem Jahr 2018 heißt es:

*Durch militärische Ausbildung ist das Bewusstsein für organisatorische Disziplin der städtischen und ländlichen Arbeitskräfte zu stärken und die Entwicklung von Verhaltensnormen zu verbessern (...). Die organisatorische Disziplin, das ideologische Bewusstsein, die sprachliche Kommunikation und die beruflichen Fähigkeiten der städtischen und ländlichen Arbeiter sollten verbessert werden, um das Problem der mangelnden organisatorischen Disziplin, der sprachlichen Kommunikationsschwierigkeiten, des mangelnden Bewusstseins für Disziplin, Recht und berufliche Fähigkeiten der städtischen und ländlichen Arbeiter zu lösen.*²⁶³

In Bezug auf ländliche Gebiete wurde in einem anderen Untersuchungsbericht 2019 ausgeführt, in einem Dorf im Zuständigkeitsbereich der Stadt Hotan gebe es infolge der Arbeitserziehung „weniger Faulenzer, die sich in der Sonne aalen, Betrunkene und Spielsüchtige sind verschwunden, der Geldbeutel ist prall gefüllt, und es gibt Hoffnung für das Leben“.²⁶⁴ Ähnlich äußerte eine uigurische Dorfleiterin im Gespräch 2023 dem Autor gegenüber, dass es doch gelegentlich großer Überzeugungsarbeit bedurft habe, die Männer zur Arbeit zu motivieren und eine Arbeitsaufnahme von Frauen durchzusetzen.²⁶⁵ Darüber hinaus sprach die Tageszeitung *Xinjiang Ribao* 2018 davon, „einen modernen, zivilisierten Lebensstil in die Seelen der Bauern eindringen“ zu lassen; die Kader sollten „Bauern dazu anleiten, veraltete Bräuche abzulegen und ein modernes und zivilisiertes Leben zu füh-

²⁶² Li 2015, 36.

²⁶³ *Kashi diqu xingzheng gongshu* 2018.

²⁶⁴ Xinjiang Weiwuer 2019.

²⁶⁵ Gespräch in Kashgar, 23.05.2023.

ren“.²⁶⁶ In einem Dokument der Regierung des Kreises Quapqal (Autonomer Bezirk Ili der Kasachen) im gleichen Jahr wurde die Grundidee dieses Programms dargelegt: die Ausbildung und Schulung „überschüssiger Arbeitskräfte“ in speziellen Bildungszentren, um die lokale Beschäftigungsquote zu erhöhen. Die Bezirksfunktionäre wurden dazu angehalten, „keinen einzigen Haushalt und keine einzige Person“ zu übersehen, die ausgebildet und beschäftigt werden soll. Ziel sei es, „Bauern und Hirten zu Industriearbeitern zu machen, die Arbeitseffizienz zu verbessern, die Arbeitskräfte zu disziplinieren und eigensüchtige Gedanken und Müßiggang aufzugeben“. „Eiserne Disziplin“ sollte durch „militarisiertes Management“ durchgesetzt werden.²⁶⁷ Ein Bericht über *Beschäftigungs- und Armutsbekämpfungstraining* in vier Präfekturen in Süd-Xinjiang erläuterte das Programm für die Jahre 2018-20 und legte fest, dass in diesem Zeitraum mehr als 100.000 Menschen aus armen Familien eine berufliche oder unternehmerische Ausbildung erhalten und dass im Anschluss mehr als 90 Prozent aller Beteiligten in Beschäftigung sein sollten.²⁶⁸ Buckley/Ramzy²⁶⁹ zitieren einen Beamten des Bekleidungsunternehmens Junfujie in Kashgar, das mehrere tausend Arbeiter ausgebildet und beschäftigt hatte: „Indem wir mit militärischen Übungen beginnen, bevor sie ihre Arbeit aufnehmen, fördern wir ein Gefühl der Disziplin“. Der Vorsitzende des Unternehmens, Sun Yijie, berichtete, dass durch eine militärische Ausbildung Disziplin kultiviert werde

²⁶⁶ „Shenru cujin gezu ganbu qunzhong jiaowang jiaoliu jiarong da lao Xinjiang shehui wending he changzhi jian de jianshi jichu“ (Austausch u. Integration von Kadern und Massen aller ethnischen Gruppen tiefgehend fördern, um eine Grundlage für soziale Stabilität und Langzeitstabilität in Xinjiang schaffen), *Xinjiang Xinwen zai Xianwang*, 14. 02.2018, <http://www.xjbs.com.cn/news/2018-02/14/cms2047926article.html> (Zugriff: 02/2024).

²⁶⁷ *Guanyu zuohao furwu Chabchar xian chengxiang fuyu laodongli zhuanji jiuze gongzuo shishi fang'an* (Implementierung des Plans für Transfer und Beschäftigung Städtischer und ländlicher Surplusarbeitskräfte im Kreis Qapqal), Erlass der Kreisregierung, 22. 03.2018, <http://www.xjcbcr.gov.cn/info/1200/57613.htm> (Zugriff: 02/2024).

²⁶⁸ *Wo qu chutai Nanjiang si dizhou shendu pinkun diqu jiuze fupin peixun cujin jihua pinkun jiating zhiye jineng peixun quan fugai* (Unsere Region verabschiedet einen Plan für Beschäftigung, Ausbildungsplan, Armutsbekämpfung und Förderung von Armutsgebieten in den vier Präfekturen in Süd-Xinjiang), 09.06.2018, http://www.sohu.com/a/234788357_118570 (Zugriff: 02/2024).

²⁶⁹ Buckley/Ramzy 2020.

und dass er bereits mehr als 6.000 Menschen ausgebildet habe. Neben dieser Ausbildung wurde den Teilnehmern auch *putonghua* beigebracht.²⁷⁰

Militärische Formen der Ausbildung spielten bereits in der Republikzeit (1912-49) in China eine Rolle und fanden in der Volksrepublik ihre Fortsetzung. Sie werden keineswegs mit „Zwangsmaßnahmen“ gleichgesetzt. Es gibt sie auch an Schulen und Hochschulen im ganzen Land, sie galten und gelten als Teil nationaler Erziehung.

Die Zivilisierungsprogramme in Xinjiang konzentrierten sich auf Dörfer im Süden. Das folgende Beispiel verdeutlicht, in welcher Weise ein han-chinesisches Arbeitsteam der Entwicklungs- und Reformkommission einer Militäreinheit für einige Zeit in einem Dorf im Landkreis Maralbexi (Bachu) in Xinjiang stationiert war, um eine „zivilisierende Mission“ durchzuführen. Im Rahmen eines Programms zur Armutsbekämpfung hätten die Soldaten den örtlichen Uiguren nicht nur bei der Diversifizierung und Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion geholfen, um deren Einkommen zu erhöhen, sondern auch „moderne“ Hygienestandards propagiert. „Armutsbekämpfung“, hieß es in dem betreffenden Artikel, beginne mit Fleiß, müsse zugleich aber die Hygienestandards verbessern. In Bezug auf die zivilisatorische „Mission“ heißt es in dem Artikel von Dezember 2018:

*Zu Beginn seines Aufenthalts im Dorf stellte Wu Fuwen [der stellvertretende Teamleiter] fest, dass die Hygienebedingungen im Haushalt der meisten Dorfbewohner dürftig waren und die Dorfbewohner keine guten Hygienegewohnheiten wie das Trinken von abgekochtem Wasser, das Waschen der Füße und das Zähneputzen entwickelt hatten, mit massiven Folgen für deren Gesundheit. Um dies zu ändern, kaufte Wu Fuwen auf eigene Kosten Dinge des täglichen Bedarfs wie Zahnbürsten, Zahnpasta und Seife und verteilte sie kostenlos an die Dorfbewohner [...]. [Er schaffte es], die Dorfbewohner zu organisieren, um die Gesundheitsfürsorge durchzuführen, diejenigen zu belohnen, die hervorragend waren, diejenigen, die zurückgeblieben waren, persönlich anzuleiten und die Lebensgewohnheiten der Dorfbewohner mit der Zeit zu verändern.*²⁷¹

²⁷⁰ Dazu u.a.: Lehr/Bechrakis 2019; Sun Yijie 2018.

²⁷¹ „Zhagen jiceng zuo fuwu jianxing shiming ju minxin“ (Auf der Basisebene Wurzel schlagen, Serviceleistungen erbringen, die Mission erfüllen, und das Herz der Menschen gewinnen). *Kunlun Wang. Xinjiang Dangjian Wang*, 06.12.2018, <http://220.171.42.248/P/C/3324.htm> (Zugriff: 02/2024).

Dem Bericht zufolge waren die Dorfbewohner sehr dankbar für die Bemühungen der Arbeitsgruppe.²⁷²

Darüber hinaus beschränken sich die zivilisatorischen Initiativen nicht nur auf Fragen der ländlichen und industriellen Arbeit, sondern befassen sich auch mit lokalen Bräuchen. Grose verdeutlicht dies am Beispiel von neuen – von der Regierung gebauten – Wohnhäusern und deren Inneneinrichtung, der Beseitigung traditioneller und religiöser Symbolik, d.h. der Umgestaltung uigurischer Wohnräume. Mit Hilfe einer Kampagne zur „Verschönerung der Wohnräume“ sollten Verhalten und Lebensstil von Uiguren entsprechend den Vorstellungen der Regierung von einem „zivilisierten Leben“ verändert werden. Die Kampagne begann 2019 in den von Armut geprägten uigurischen Kerngebieten in Süd-Xinjiang. Offizielles Hauptziel sei gewesen, die lokale Bevölkerung in die „Moderne“ zu führen.²⁷³

In Bezug auf Xinjiang kamen die chinesischen Behörden partiell zu dem Schluss, dass die Uiguren nicht ausreichend zivilisiert seien, da der Islamismus, die Unterstützung islamistischer Sekten und terroristische Aktivitäten zugenommen hätten²⁷⁴ und dass dieses Verhalten nicht nur die soziale und politische Ordnung zerstöre, sondern auch von der „chinesischen Zivilisation“ abweiche. Die betroffenen Menschen müssten daher umerzogen werden, um zivilisiert zu werden.

Laut einem vom chinesischen Staatsrat im August 2019 herausgegebenen „Weißbuch“ hatte die Regierung in Xinjiang zu jener Zeit sogenannte „Zentren für berufliche Bildung und Ausbildung“ eingerichtet, in denen Angehörige der Uiguren und anderer ethnischer Gruppen in der chinesischen Standardsprache unterrichtet werden, Rechtskenntnisse und berufliche Fähigkeiten erwerben und ein „De-Radikalisierungsprogramm“ durchlaufen sollten. Durch diese Maßnahme, die in westlichen Ländern als Menschenrechtsverletzung angesehen wurde, da die Einweisung in solche Zentren

²⁷² „Zhagen jiceng zuo fuwu jianxing shiming ju minxin“ (Auf der Basisebene Wurzel schlagen, Serviceleistungen erbringen, die Mission erfüllen, und das Herz der Menschen gewinnen). *Kunlun Wang. Xinjiang Dangjian Wang*, 06.12.2018, <http://220.171.42.248/P/C/3324.htm> (Zugriff: 02/2024).

²⁷³ Siehe Grose 2020.

²⁷⁴ Vgl. Greitens et al. 2019/20.

nach Aussagen von Betroffenen nicht auf Freiwilligkeit basierte, sollten Angehörige ethnischer Minderheiten, die als von „Extremismus, Islamismus und Separatismus“ infiziert angesehen wurden, umerzogen werden, um sie an den Nationsbildungsprozess anpassen und integrieren zu können. Zudem – so die offizielle chinesische Argumentation – sollte eine Ausbildung in beruflichen Fertigkeiten und in *putonghua* es ihnen erleichtern, eine Arbeit zu finden oder sich selbstständig zu machen.²⁷⁵

In der Realität ist dieser Sachverhalt allerdings weitaus komplexer.²⁷⁶ Eine interessante wissenschaftliche Interpretation im Kontext des „De-Radikalisierungsprogramms“ hat der am Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Strafrecht in Freiburg tätige Jurist Zhou Zunyou vorgelegt, die von wissenschaftlicher Seite bislang nicht zur Kenntnis genommen wurde, von seiner Argumentation her allerdings eine interessante Diskussionsgrundlage bildet.²⁷⁷

²⁷⁵ Weißbuch des Staatsrats der VR China (2019, Hrsg.), *Xinjiang de zhiye jineng jiaoyu peixun gongzuo* (Berufsbildung und Ausbildung in Xinjiang), http://www.gov.cn/zhengce/201908/16/content_5421633.htm (Zugriff: 02/2024).

²⁷⁶ Zenz 2021, 11, zufolge unterscheiden sich ländliche Personen, die sich in einer „Arbeits-transfer“-Einrichtung befinden, von denen in sogenannten „Umerziehungseinrichtungen“. Die Ersteren werden in staatlichen Berufsbildungseinrichtungen ausgebildet, die keine Umerziehungseinrichtungen darstellen. Dabei handelt es sich um reguläre Berufsschulen. Ausbildungsprogramme dieser Art, auch wenn sie mit quasi-militärischer Erziehung einhergehen, werden zum Teil von Privatfirmen durchgeführt. Laut dem *Xinjiang Labour and Employment Security White Paper*, das vom Informationsbüro des chinesischen Staatsrats im September 2020 herausgegeben wurde, gibt es im Jahresdurchschnitt einen Transfer von „überschüssigen Arbeitskräften“ von 2,763 Millionen Menschen, darunter 1,678 Millionen aus dem ärmeren südlichen Teil der Auton. Region. Die meisten von ihnen – so der Bericht – seien in drei Industriesektoren beschäftigt: in der landwirtschaftlichen Verarbeitung, in der Textil- und Bekleidungsindustrie und in der Montage von elektronischen Produkten; vgl. http://www.gov.cn/zhengce/2020-09/17/content_5544154.htm (Zugriff: 02/2024). Es werden jedoch keine Informationen über die spezifischen Bedingungen dieser Art von Beschäftigung gegeben.

²⁷⁷ Zhou 2019.

Fazit

Drei Punkte in dieser Abhandlung sind zentral:

[1] Separatistische, pan-türkische und islamistische Ideen existierten in Xinjiang bereits lange vor Gründung der VR China und brachen sich auch nach 1949 immer wieder Bahn. Seit den 1990er Jahren kam es zu einem schleichenden staatlichen Kontrollverlust infolge pan-türkisch-separatistischer und islamistischer Strömungen und, damit verbunden, zu einer prekären Sicherheitslage.

[2] Die mangelnde Aufarbeitung gesellschaftlicher Spannungsfelder und Hintergründe, in denen sich diese prekäre Lage entfaltete, verhinderte frühzeitige, effektive Präventionsmaßnahmen.

[3] Die Vorstellung/Wahrnehmung eines Staatsnotstandes durch Politiker und die Han-Bevölkerung, dem die Regierung mit „harten“ Maßnahmen gegenzusteuern versuchte, wobei die ergriffenen Maßnahmen nach chinesischem Staatsverständnis „erzieherischen“ und bewusstseinsbildenden Charakter haben sollten, habe – so der Vorwurf der UN-Menschenrechtskommission – zur Verletzung fundamentaler Menschenrechte geführt.

Dass ein Staat Separatismus und Islamismus bekämpft, vor allem wenn die Ziele mit terroristischen Methoden realisiert werden sollen, ist nicht verwunderlich. IN Anbetracht von Hunderten Terrorakten und Anschlägen mit Tausenden von Toten und Verletzten, Terror bloß als „Narrativ“ der Regierung zu klassifizieren, ist nicht nachvollziehbar. Dahinter verbirgt sich letztlich die Auffassung, nur „demokratische Staaten“ hätten ein Recht auf Terrorbekämpfung, nicht aber „autoritäre Staaten“.²⁷⁸

Um ein Bild von der realen Entwicklung in Xinjiang, vor allem nach 2017 zu erlangen, bedürfte es der Beantwortung verschiedener Fragen, etwa [a] wie Uiguren und Angehörige anderer ethnischer Minderheiten in der Region die Entwicklung ab den 1990er Jahren bewerten; [b] inwiefern das

²⁷⁸ So spricht z.B. die Sinologin Mareike Ohlberg (2024) vom German Marshall Fund in einem Beitrag in der *Berliner Zeitung* zynisch von „vereinzelt Terrorangriffen“ und argumentiert, dass es sich dabei im Grunde meist nur um einen „ganz normalen Aus-
druck religiöser, ethnischer und sprachlicher Identität“ gehandelt habe.

Gros der dortigen Minoritätenbevölkerung sich durch Separatismus oder Islamismus bedroht fühlte; [c] wie die tatsächlichen Verhältnisse in den „Zentren“ ausgesehen haben und wo bzw. weshalb es zu den berichteten Entgleisungen gekommen ist; [d] inwiefern es der Regierung bzw. der Partei gelungen ist, zumindest Teile der intellektuellen und politischen Elite der ethnischen Minderheiten zu kooptieren und damit zu einer Isolierung des „Extremismus“ in seinen verschiedenen Spielarten beizutragen.²⁷⁹ Objektiviert Antworten auf diese Fragen zu geben, dürfte zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings schwierig sein. Von daher vermögen weder Darstellungen der chinesischen Regierung noch von Menschenrechtsorganisationen die tatsächliche Sachlage abzubilden.

Zweifellos begegnete Chinas Regierung den Problemen in Xinjiang, die eine Herausforderung für die Sicherheit und Stabilität des ganzen Landes darstellten und in denen – sollte es nicht gelingen, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen – die öffentliche Meinung eine Führungsschwäche der KPCh hätte sehen können, mit überhartem Vorgehen. Darin könnte sich auch die „legalistische Seite“ der Nationalitätenpolitik widerspiegeln, welche die Dynastiengeschichte Chinas mitgeprägt hat. Schon 1980 hieß es auf einer chinesischen Konferenz über Nationalitätentheorie, oberstes Prinzip bei der Behandlung der Nationalitäten in imperialer Zeit sei gewesen:

Ob eine Nationalität [vom Kaiserhof, Anm. T.H.] legitimiert ist oder nicht, danach entscheidet sich, ob sie hochstehend oder gemein ist; ob eine Nationalität folgsam ist oder nicht, danach entscheidet sich, ob sie als gut oder böse eingestuft wird; ob eine Nationalität sich unterwirft oder Widerstand leistet, danach entscheidet sich, ob sie geschätzt oder bestraft wird.

Dieses Prinzip, so hieß es in dem Bericht, besitze bis in die Gegenwart hinein großen Einfluss in der chinesischen Politik.²⁸⁰ Der Sinologe Otto Franke erkannte in dieser Politik der chinesischen Kaiser zugleich einen „Fundamentalgedanken der chinesischen Staatskunst“.²⁸¹

²⁷⁹ Wie Wilson/Piazza (2013) gezeigt haben, funktioniert Terrorismusbekämpfung in autoritären Staaten am effektivsten in einer Kombination von Kooptierung und Repression.

²⁸⁰ Siehe *Minzu Yanjiu*, 1/1981, 79.

²⁸¹ Franke 1967, 307ff. Siehe auch Zeng 1936 u. Lattimore 1962, 307ff.

Die staatliche Konsequenz aus der komplizierten Unruhe- und Gemengelage in Xinjiang bestand u.a. in der stärkeren Betonung des Nationsaufbaus und der Ausrichtung ethnischer Minderheiten auf die „Stärkung der gemeinsamen Identität des chinesischen Volkes“ – ein Begriff, der alle Bewohner auf dem Territorium Chinas umfasst und umfassen soll.

Für den Politikwissenschaftler David Tobin (2020a) ist die uigurische Identität durch den Nationsbildungsprozess des chinesischen Zentralstaats gefährdet. Es geht im Falle Xinjiangs aber nicht um ein „Entweder-Oder“ der einen oder anderen Identität. Nationsbildungsprozesse zielen in der Regel darauf ab, dass die Angehörigen aller Ethnien in einem Staat sich in erster Linie als Staatsbürger der jeweiligen Nation verstehen, in der sie leben und dass sie sich mit dieser Nation identifizieren. Diese schließt, im Falle der ethnischen Minoritäten in Xinjiang die parallele Existenz verschiedener Identitäten (Uiguren, Kasachen, Kirgisen usw.) nicht aus. Gilt die Identität aber nur der eigenen Ethnie und nicht gleichzeitig der chinesischen Nation, dann begünstigt dies notwendigerweise das Bestreben nach der Bildung eines eigenen Staates („Separatismus“) bzw. der Vereinigung mit verwandten Nachbarvölkern („Pan-Turkismus“). Die Problematik zwischen Nationspatriotismus und Ethnonationalismus ist ein Problem in nahezu allen Ländern mit signifikanten ethnischen Minderheiten, nicht nur in Afrika und Asien, sondern ebenso in Europa. Denken wir nur an die Katalanen in Spanien, die Schotten in Großbritannien, die zu Frankreich gehörenden Neukaledonier im Pazifik, die Südtiroler, die Ungarn in Rumänien, die Serben im Kosovo oder in Bosnien-Herzegowina, um nur wenige Beispiele zu nennen. Andererseits weist Tobin zu Recht darauf hin, dass Behörden und Han-Chinesen das Klischee entwickelt haben, Uiguren sei generell zu misstrauen und das Stereotyp Han = sicher, Uiguren = Sicherheitsrisiko vertreten würden.²⁸² Ein derartiges pauschales Diskriminierungsmoment bedürfte im Grunde spezifischer staatlicher Gegensteuerung, vor allem durch entsprechende Policy-Regelungen des Zentralstaates, verbunden mit Programmen staatlicher Aufklärung, Bildungsarbeit bis hin zur Förderung persönlicher Begegnungen. In dieser Hinsicht scheint aber in China bislang ein signifikantes Defizit zu bestehen.

²⁸² Vgl. Tobin 2020, 222ff.

Seit 2009 steht Sicherheit in der Westregion offensichtlich im Vordergrund, zumal staatlicherseits begriffen wurde, dass die sozialen Probleme und Ressentiments nicht rasch und unkompliziert zu lösen waren und daher zunächst Stabilität und Sicherheit wiederhergestellt werden sollten. Die „Hart-Zuschlagen“-Bewegung nahm dann auch keine Rücksicht mehr auf rechtliche Verfahrensvorschriften – der Sicherheitsaspekt besaß oberste Priorität. Genau das kritisierte die frühere UN-Menschenrechtsbeauftragte Michelle Bachelet in einer Stellungnahme in China im Mai 2022, als sie argumentierte, dass Menschenrechtsverletzungen auch nicht mit Terrorbekämpfung und Islamismus zu rechtfertigen seien.²⁸³ In der Notstandssituation war nach Meinung der chinesischen Regierung allerdings die temporäre Aussetzung rechtlicher Vorschriften und Verfahren erforderlich.²⁸⁴ Die Vereinbarung Bachelets mit der chinesischen Regierung, solche Fragen im Dialog miteinander zu erörtern, mit dem Ziel, unterschiedliche Menschenrechtsvorstellungen und mögliche Fehlentwicklungen aufzuarbeiten und – soweit möglich – zu korrigieren, wurde nach dem Ende ihrer Amtszeit von der UN-Menschenrechtskommission allerdings nicht weiter verfolgt. Damit wurde die Gelegenheit vertan, mit der chinesischen Regierung in einen Dialog über Chinas Xinjiang-Politik zu treten.

Die Frage ist letztlich, worin die gegenwärtige Alternative besteht. Eine Unabhängigkeit Xinjangs ist vom chinesischen Nationsverständnis her weder vorstellbar noch realisierbar. Zudem konzentriert sich die uigurische Bevölkerung nur in einigen Bezirken, vornehmlich im Süden Xinjangs.

Von daher war die Idee der UN-Menschenrechtsbeauftragten, mit der chinesischen Regierung in einen Dialog über Xinjiang einzutreten, durchaus konstruktiv. Das könnte man u.a. auch der EU empfehlen, die wegen der

²⁸³ United Nations 2022a. Chinas Regierung scheint allerdings Lehren aus der Kritik der Menschenrechtsbeauftragten gezogen zu haben. Das *Weißbuch* zum Thema Terrorismusbekämpfung und Rechtssystem liest sich jedenfalls z.T. wie eine Reaktion auf die Kritik: Nicht nur werden begriffliche Präzisierungen vorgenommen, sondern es werden auch präzisere Rechts- und Verfahrensstandards und -modalitäten festgelegt; Guowuyuan 2024.

²⁸⁴ Der Soziologe Sun Liping (Tsinghua Univ.) hat dies kritisiert: Wenn Gesetze willkürlich angewandt, willkürlich interpretiert und willkürlich durchgesetzt würden, dann könne von *fazhi* (法治) – „Regieren mit Hilfe des Rechts“ – keine Rede sein; vgl. Sun 2024.

Lage in Xinjiang Sanktionen gegen China verhängt hat. Sanktionen alleine, ohne eine Idee zu haben, wie weiter verfahren werden könnte, sind im Grunde nicht effektiv, sondern eher symbolischer Ausdruck politischer Hilflosigkeit. Der Historiker Nicholas Mulder erklärte zur Frage von Sanktionen, dass die Glaubwürdigkeit von Sanktionen nicht nur von ihrer Verhängung, „sondern auch von den klaren Bedingungen ihrer Aufhebung“ abhängt: Die Welt befände sich in „einer ideologisch-geopolitischen Situation, in der es einfacher ist, Sanktionen zu verhängen, als sie aufzuheben“.²⁸⁵ In diesem Sinne hat die Zeitschrift *Economist* bereits 2021 argumentiert, China mit Sanktionen beizukommen, erscheine „völlig entrückt von den weltpolitischen Rahmenbedingungen“.²⁸⁶ Ein Dialog könnte hier für beide Seiten hilfreich sein, vorausgesetzt, beide Seiten wären dazu bereit.

Literatur

- Ahrari, M. Ehsan (2000), „China, Pakistan, and the ‘Taliban Syndrome’“, *Asian Survey*, 40:4, 658-671.
- Allès, Elisabeth (2003), „Muslim Religious Education in China“, *China Perspective*, No. 45, 21-29.
- Alpermann, Björn (2021), *Xinjiang China und die Uiguren*. Würzburg: Würzburg University Press.
- Ders. u. Michal Melzer (2024), „‘In Other News’: China’s International Media Strategy on Xinjiang – CGTN and New China TV on YouTube“, *Modern China* 50:2, 135-178.
- Alptekin, Erkin (1990), „The April 1990 Uprising in Eastern Turkestan“, *Journal of the Institute of Muslim Minority Affairs* (Juli 1990), 254-256.

²⁸⁵ „Große Länder kann man nicht aushungern“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 02.01.2024.

²⁸⁶ „‘Genocide’ is the wrong word for the horrors of Xinjiang. To confront evil, the first step is to describe it accurately“, *The Economist*, 11.02.2021, <http://www.economist.com/leaders/2021/02/13/genocide-is-the-wrong-word-for-the-horrors-of-xinjiang> (Zugriff: 02/2024).

- Babayan, David (2011), „Pan Turkism and Geopolitics of China“, *21st Century*, 1:9, 13-34, http://www.noravank.am/upload/pdf/2.%20Davit%20Babayan%2001_2011.pdf (Zugriff: 02/2024).
- Baoerhan (1984), *Xinjiang wushi nian* (50 Jahre Xinjiang), Beijing: Wenshi ziliao chubanshe.
- Becquelin, Nicolas (1998), „A New Xinjiang for a New Central Asia?“, *China Perspectives*, No. 15, 10-21.
- Ders. (2000), „Xinjiang in the Nineties“, *China Journal*, No. 44, 65-90.
- „Beida jiaoshou Ma Rong de jianghua ‘zhuanxing shiqide zuqun guanxi’“ (Vortrag von Professor Ma Rong: Nationalitätenbeziehungen in der Transformationsperiode, Peking Univ.), *Musilin zai xian*, 26.05.2014. http://www.muslimwww.com/html/2014/lishi_0526/24058.html (Zugriff: 02/2024).
- Benson, Linda (1990), *The Ili Rebellion. The Moslem Challenge to Chinese Authority in Xinjiang 1944-1949*, Armonk/London: M.E. Sharpe.
- Dies. und Ingvar Svanberg (Hrsg.; 1988), *The Kazakhs of China. Essays on an Ethnic Minority*, Stockholm: Studia Multiethnica Upsaliensia.
- Bovingdon, Gardner (2004a), „Heteronomy and Its Discontents, ‘Minzu Regional Autonomy’ in Xinjiang“, *Governing China’s Multiethnic Frontiers*, hrsg. v. M. Rossabi, Seattle/London: Washington Univ. Press, 117-154.
- Ders. (2004b), „Autonomy in Xinjiang: Han Nationalist Imperatives and Uyghur Discontent“, *Policy Studies*, Washington: East West Center.
- Ders. with contributions by Nabijan Tursun (2004c), „Contested Histories“, in: Starr 2004a, 353-374.
- Buckley, Chris, u. Ramzy Austin (2020), „Inside China’s Push to Turn Muslim Minorities into an Army of Workers: The Communist Party wants to remold Xinjiang’s minorities into loyal blue-collar workers to supply Chinese factories with cheap labour“, *New York Times*, 1.07.2020, <http://www.nytimes.com/2019/12/30/world/asia/china-xinjiang-muslims-labour.html?action=click&module=RelatedLinks&pgtype=Article> (Zugriff: 02/2024).
- Bughra, Muhammad [Mehmed] Amin (1987), *Sarkî Türkistan tarihi* (Geschichte Ost-Turkestans), Ankara: Fatma Bugra Private Edition.
- Bulag, Uradyn E. (2021), „Minority Nationalities as Frankenstein’s Monsters? Reshaping ‘the Chinese Nation’ and China’s Quest to Become a ‘Normal Country’“, *China Journal*, No. 86, 46-67.
- Bush, Richard C. (1970), *Religion in Communist China*, Nashville/New York: Abingdon Pr.

- Cappelletti, Alessandra (2020), *Socio-Economic Development in Xinjiang Uyghur Autonomous Region Disparities and Power Struggle in China's North-West*, Singapore: Palgrave Macmillan.
- Cavanaugh, Kathleen (2023), „The Politics of Identity: State-building and Erasure in Modi's 'New' India“, *Georgetown Journal of Internat. Affairs*, 2.12.2023. <http://gjia.georgetown.edu/2023/12/02/the-politics-of-identity-state-building-and-erasure-in-modis-new-india/> (Zugriff: 02/2024).
- Chen, Hon Fai (2017), *Civilizing the Chinese, Competing with the West: Study Societies in Late Qing China*. Hong Kong: The Chinese University Pr.
- Chen, Yanqi u. Zhiping Pan (2000), *Fan Tujuezhuyi wenhua toushi* (Kulturelle Perspektiven des Pan-Turkismus). Ürümqi: Xinjiang Renmin Chubanshe.
- China Power Team (2024), „How Is China Expanding its Infrastructure to Project Power Along its Western Borders?“, *Center for Strategic and International Studies*, Washington, http://chinapower.csis.org/china-tibet-xinjiang-border-india-military-airport-heliport/?utm_source=substack&utm_medium=email (Zugriff: 02/2024).
- Cliff, Tom (2012), „The Partnership of Stability in Xinjiang: State-Society Interactions Following the July 2009 Unrest“, *China Journal*, No. 68, 79-105.
- Davis, Elizabeth Van Wie (2008), „Uyghur Muslim Ethnic Separatism in Xinjiang“, *Asian Affairs: An American Review*, 35:1, 15-29, <http://www.jstor.org/stable/pdf/27821503.pdf> (Zugriff: 02/2024).
- de Cordier, Bruno (2010), „The Fedayeen of The Reich: Muslims, Islam and Collaborationism During World War II“, *China and Eurasia Forum Quarterly*, 8:1, 23-46.
- Derichs, Claudia, u. Thomas Heberer (2006), „Introduction: Diversity of Nation-Building in East and Southeast Asia“, *European Journal of East Asian Studies*, 5:1, 1-13.
- Ding, Jianwei (2004), „Zhong-Ya wo guo Xibei bianjiang diqu tongyang kuaguo minzu wenti“ (Zentralasien und das Problem des gemeinsamen Ursprungs transnationaler Ethnien in Chinas nordwestlicher Grenzregion), *Xibei di er Minzu Xueyuan Xuebao (Zhaxue Shehuikexue ban)*, No. 2, 5-11, <http://www.corc.org.cn/handle/1471x/1531522?mode=full#> (Zugriff: 02/2024).
- „Dong ‚Tu‘ kongbu zuzhi da jiemi“ (Terrororganisation „Ostturkestan“ aufgedeckt), *Xinlang Junshi*, 09.03.2004. <http://mil.news.sina.com.cn/2004-03-09/1626186639.html> (Zugriff: 01/2024).

- Dongsheng, Sadake (1992), „Yao qieshi zhongshi dui qing shaonian fandui minzu fenliezhuyi de jiaoyu“ (Earnestly pay Attention to the Education against Separatism among Youngsters), *Xinjiang Shehui Jingji*, No. 4, 92ff.
- Dorsey, James M. (2018), „Xinjiang: Pan-Turkism Fuels China’s Hearts-and-Minds Campaign“, *IndraStra Global*, 4:7, 1-5, <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58498-9> (Zugriff: 03/2022).
- Dou, Ren (2000), „Xinjiang de saoluan he fan Tujuezhuyi“ (Aufstände in Xinjiang und Pan-Turkismus), *Xianggang Zhuanzhen*, No. 2, http://strongwindhk.com/wp-content/uploads/No_HK2000-2.pdf (Zugriff: 02/2024).
- Dreyer, June T. (1994), „The PLA and Regionalism in Xinjiang“, *Pacific Review*, No. 1, 41-55.
- Duan Yuhong (2010), „Fan Tujuezhuyi yinxingxiade Xinjiang“ (Xinjiang im Schatten des Panturkismus), *Zhongguo Shuzi Shidai*, 29.10.2010, <http://chinadigitaltimes.net/chinese/117913.html> (Zugriff: 02/2024).
- Ercilasun, Güljanat K., u. Ercilasun, Konuralp (Hrsg.; 2018), *The Uyghur Community. Diaspora, Identity and Geopolitics*, New York: Palgrave Macmillan.
- Felbab-Brown, Vanda (2020), „A Bridge too far: The Unfilled Promise and Limitations of China’s Involvement in Afghanistan“, *Brookings Institute*, Juni 2020, <http://www.brookings.edu/articles/a-bridge-too-far-the-unfulfilled-promise-and-limitations-of-chinas-involvement-in-afghanistan/> (Zugriff: 02/2024).
- Feng, Emily (2021), „Afghan Uyghurs whose families fled China now fear the Taliban could deport them“, *NPR*, 15.10.2021, <http://www.npr.org/2021/10/15/1042399659/china-taliban-afghanistan-uyghurs> (Zugriff: 02/2024).
- Filchner, Wilhelm (1928), *Hui-Hui, Asiens Islamkämpfe*. Berlin: Peter J. Oestergaard Verl.
- Filonyk, Alexander O. (1994), „Kyrgyztan“, in: M. Meshbahi (Hrsg.), *Central Asia and the Caucasus after the Soviet Union*, Gainesville u.a.: University of Florida Pr., 149-163.
- Fogden, S. (2003), „Writing Insecurity: The PRC’s Push to Modernize China and the Politics of Uyghur Identity“, *Issues & Studies*, No. 3, 33-74.
- Forbes, Andrew D.W. (1986), *Warlords and Muslims In Chinese Central Asia: A Political History of Republic Sinkiang*. Cambridge: Cambridge Univ. Pr.
- Ders. (1991), „The Role of the Hui Muslims (Tungans) in Republican Sinkiang“, in: Sh. Akiner (Hrsg.), *Cultural Change and Continuity in Asia*, London: Routledge, 361-372.

- Forney, Matt (1996), „God’s country“, *Far Eastern Economic Review*, No. 6 (Juni 1996), 46-49.
- Franke, Otto (1967), *Geschichte des chinesischen Reiches*, Bd. I, Taipei (SMC Reprint).
- Friederich, Michael (1995), *Ostturkestan? – Xinjiang? – Uyghurestan?*, Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissensch. und internat. Studien.
- Friedrich, Stefan (1992), „Neue Konstellationen im Nordwesten. Die VR China und die zentralasiatischen GUS-Republiken“, *China aktuell*, Okt. 1992, 725-739.
- Fuller, Graham E., u. Jonathan N. Lipman (2004), „Islam in Xinjiang“, in: Starr 2004a, 320-352.
- Giustozzi, Antonio (2024), „Islamic State in Khorasan between Taliban counter-terrorism and resurgence prospects“, *The Internat. Centre for Counter-Terrorism*, 30.01.2024, <http://www.icct.nl/publication/islamic-state-khorasan-between-taliban-counter-terrorism-and-resurgence-prospects> (Zugriff: März 2024).
- Gladney, Dru C. (1990), „The Ethnogenesis of the Uighur“, *Central Asian Survey*, 9:1, 1-28.
- Ders. (1994), „Salman Rushdie in China. Religion, Ethnicity, and State Definition in the People’s Republic“, in: C.F. Keyes, L. Kendall u. H. Hardacre (Hrsg.), *Asian Visions of Authority. Religion and the Modern States of East and Southeast Asia*, Honolulu: Univ. of Hawaii Pr., 255-278.
- Ders. (1996), *Muslim Chinese: Ethnic Nationalism in the People’s Republic*. Cambridge/London: Harvard Univ. Pr.
- Ders. (1999), „The Salafiyya Movement in Northwest China: Islamic Fundamentalism among the Muslim Chinese“, in: L. Manger (Hrsg.), *Muslim Diversity. Local Islam in Global Contexts*, Surrey: Curzon, 102-149, <http://www.hawaii.edu/dru/articles/salafiyya.pdf> (Zugriff: 02/2024).
- Ders. (2003), „Islam in China: Accommodation or Separatism“, *China Quarterly*, Juni 2003, 451-467.
- Ders. (2004), *Dislocating China: Reflections on Muslims, Minorities, and other Sub-altern Subjects*. London: C. Hurst & Co.
- Gongren Ribao (= Arbeiterzeitung), Peking.
- Gonul, Hacer Z., u. Julius M. Rogenhofer (2017), „Wahabism with Chinese Characteristics“, *Asia Focus*, No. 51 (Nov. 2017), <http://www.iris-france.org/wp-content/uploads/2017/11/Asia-focus-51.pdf> (Zugriff: 02/2024).

- Greitens, Sheena C., Myunghee Lee u. Emir Yazici (2019/20), „Counterterrorism and Preventive Repression: China’s Changing Strategy in Xinjiang“, *International Security*, 44:3, 9-47, <http://www.belfercenter.org/publication/counterterrorism-and-preventive-repression> (Zugriff: 02/2024).
- Guowuyuan (= Arbeitsbüro des Staatsrats; Hrsg.; 2024), *Zhongguo de kongbuzhuyi falü zhidu tixi yu Shijian – Baipishu* (Weißbuch zu System und Praxis der Rechtsinstitutionen bei der Terrorismusbekämpfung), 23.01.2024, [http:// www.gov.cn/zhengce/202401/content_6927656.htm](http://www.gov.cn/zhengce/202401/content_6927656.htm) (Zugriff: 02/2024).
- Habibi, Nader (2023), „Challenges to Iran-China Relations in the Shadow of the ‘Mahsa Revolution’“, hrsg. v. *Stimson Center*, 07.06.2023, <http://www.stimson.org/2023/challenges-to-iran-china-relations-in-the-shadow-of-the-mahsa-revolution/> (Zugriff: 02/2024).
- Haider, Ziad (2005), „Sino-Pakistan Relations and Xinjiang’s Uighurs: Politics, Trade, and Islam along the Karakoram Highway“, *Asian Survey*, 45:4 (Juli/Aug. 2005), 522-545.
- Hao, Shiyuan (2016), *How the Communist Party of China manages the Issue of Nationality*, Heidelberg/New York: Springer.
- Ders. (2020), *China’s Solution of its ethno-national Issues*. Heidelberg/New York: Springer.
- Harrell, Stevan (1995), „Introduction: Civilizing projects and the Reaction to them“, in: ders. (Hrsg.), *Cultural Encounters on China’s Ethnic Frontiers*, Seattle/London: Univ. of Washington Pr., 3-36.
- Hastings, Justin V. (2011), „Charting the Course of Uyghur Unrest“, *China Quarterly*, No. 208 (Dez. 2011), 893-912.
- Haw, Stephen G. (2014), „The Persian Language in Yuan-Dynasty China: A Reappraisal“, *East Asian History*, No. 39 (Dez. 2014), 5-32.
- Hayes, Anna, u. Michael Clarke (Hrsg; 2016), *Inside Xinjiang: Space, Place and Power in China’s Muslim Far Northwest*. London: Routledge.
- Heberer, Thomas (2001), „Old Tibet a Hell on Earth? The Myth of Tibet and Tibetans in Chinese Art and Propaganda“, in: Th. Dodin u. H. Räther (Hrsg.), *Imagining Tibet. Perceptions, Projections and Fantasies*, Boston: Wisdom, 111-150.
- Ders. (2005), „Der Islam in der VR China“, in: W. Ende u. U. Steinbach (Hrsg.), *Der Islam in der Gegenwart* (5. Aufl.), München: Beck, 306-318.
- Ders. (2010), „Islam in the People’s Republic of China“, in: W. Ende u. U. Steinbach (Hrsg.), *Islam in the World Today. A Handbook of Politics, Religion, Culture, and Society*, Ithaca/London: Cornell Univ. Pr., 297-309.

- Ders. (2014), „The Contention Between Han ‘Civilisers’ and Yi ‘Civilisees’ over Environmental Governance: A Case Study of Liangshan Prefecture in Sichuan“, *China Quarterly*, No.6 (Sept. 2014), 736-759.
- Ders. (2017), „The Resilience of Authoritarianism: The Case of the Chinese Developmental State“, in: J. Gerschewski u. Chr. H. Stefes (Hrsg.), *Crisis in Authoritarian Regimes*, Boulder: Lynne Rienner, 155-174.
- Ders. (2022), „Ethnicity in China“, in: M. Weiner (Hrsg.), *Routledge Handbook of Race and Ethnicity in Asia*, London/New York: Routledge, 183-200.
- Ders. (2023), *Social Disciplining and Civilising Processes in China. The Politics of Morality and the Morality of Politics*, London/New York: Routledge.
- Ders. u. Anja D. Senz (2006), „Chinas neuer Nationalismus. Chinas großer Widerspruch“, *Das Argument* 268, 163-173.
- Ders. u. Wolfgang Taubmann (1998), *Chinas ländliche Gesellschaft im Umbruch. Urbanisierung und sozioökonomischer Wandel auf dem Lande*, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verl.
- Ders. u. René Trappel (2013), „Evaluation Processes, Local Cadres’ Behaviour and Local Development Processes“, *Journal of Contemporary China*, No. 84 (Nov. 2013), 1048-1066.
- Hierman, Brent (2007), „The Pacification of Xinjiang Uighur Protest and the Chinese State, 1988-2002“. *Problems of Communism*, 54(3), 48-62.
- Hippler, Jochen (2004), „Gewaltkonflikte, Konfliktprävention und Nationenbildung – Hintergründe eines politischen Konzepts“, in: ders. (Hrsg.), *Nation-Building: Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?*, Bonn: Dietz, 14-30.
- Hirono, Miwa (2008), *Civilizing Missions. International Religious Agencies in China*, Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Hobsbawm, Eric (1991), *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt/M. u. New York: Campus.
- Hoppe, Thomas (1992), „Die chinesische Position in Ost-Turkestan/Xinjiang“. *China aktuell*, Juni 1992, 358-365.
- Ders. (1995), *Die ethnischen Gruppen Xinjiangs: Kulturunterschiede und interethnische Beziehungen*, Hamburg: Schriftenreihe des Inst. für Asienkunde.

- Hu, Angang u. Lianhe Hu (2012), „Di erdai minzu zhengce: Cujin minzu jiaorong yiti he fanrong yiti“ (Die zweite Generation der Nationalitätenpolitik: Wechselseitige ethnische Vermischung und gemeinsame Prosperität), *Xinjiang Shifan Daxue Xuebao*, <http://boxun.com/forum/201204/lilun/2589.htm> (Zugriff: 02/2024).
- Iwamura, S. (1948), „The Structure of Moslem Society in Inner Mongolia“, *Far Eastern Quarterly*, No. 1, 34-44.
- Jacobs, Justin M. (2016), *Xinjiang and the Modern Chinese State*, Seattle/London: Univ. of Washington Pr..
- Jacobs, Justin (2018), „Chinese leaders tried before to assimilate the Uighurs: This time it might face less resistance“, *Washington Post*, 31.10.2018, <http://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2018/10/31/chinese-leaders-tried-before-to-assimilate-the-uighurs-this-time-it-might-work> (Zugriff: 02/2024).
- Ji, Dachun (1992), „Fanyisilanzhuyi fantuyanzhuyi dui Xinjiang de weihai“ (The Harm of Panislamism and Panturkism for Xinjiang), *Shishi Qiushi*, No. 3, 29-33.
- Jia, Yi (2015), „Zhongguo Xinjiang baokong fanzui de xianzhuang yu duice“ (Die aktuelle Situation und Gegenmaßnahmen im Hinblick auf terroristische Gewaltverbrechen in Xinjiang, China), *Zhanlue Yu Guanli*, No. 2, <http://www.nwupl.edu.cn/news/hsbd/kxcg/65071.htm> (Zugr.: Feb. 2024).
- Jiang, Zemin (1992), *Lun minzu gongzuo* (Über Nationalitätenarbeit), Rede auf der Zentralen Konferenz über Nationalitätenarbeit, 14.01.1992, <http://www.reform-data.org/1992/0114/5602.shtml> (Zugriff: 02/2024).
- Johnson, Chalmers (1982), *MITI and the Japanese Miracle*. Stanford: Stanford Univ. Press.
- Johnson, Ian (2010), *A Mosque in Munich. Nazis, The CIA, and the Muslim Brotherhood in the West*. Boston/New York: Houghton Mifflin Harcourt.
- Karpat, Kemal H. (1991), „Yakub Bey's Relations with the Ottoman Sultans: A Reinterpretation“, *Cahiers du Monde russe et soviétique*, 32:1, 17-32. <http://www.jstor.org/stable/pdf/20170761.pdf> (Zugriff: 02/2024).
- Kashgarian, Asim (2021), „How Uyghurs, Taliban View Each Other — and Why It Matters“, *VoA*, 23.09.2021, <https://www.voanews.com/a/how-uyghurs-taliban-view-each-other-and-why-it-matters-/6243241.html> (Zugriff: 02/2024).
- Kelemen, Barbara (2022), „How the Rise of Islamic State Khorasan in Afghanistan Feeds Uyghur Militancy“, *Diplomat*, 17.02.2022, <http://thediplomat.com/2022/02/how-the-rise-of-islamic-state-khorasan-in-afghanistan-feeds-uyghur-militancy/> (Zugriff: 03/2024).

- Kerr, David, u. Laura C. Swinton (2008), „China, Xinjiang, and The Transnational Security of Central Asia“, *Critical Asian Studies*, 40:1, 113-142.
- Kh, Usmonzoda (2023), „The Afghan Crisis and Threats to Central Asia: A View from Tajikistan“, *Global Asia*, 18:4 (Dez. 2023), http://www.globalasia.org/v18no4/cover/the-afghan-crisis-and-threats-to-central-asia-a-view-from-tajikistan_usmonzoda-kh (Zugriff: 02/2024).
- Kohli, Anul (2004), *State-Directed Development: Political Power and Industrialization in the Global Periphery*, Cambridge u.a.: Cambridge Univ. Pr.
- Kokebayeva, Gulzhaukhar (2016), „The Place of Turkestan in the Foreign Political Strategy of Germany in the First Half of the 20th Century“, *Bilig*, <http://bilig.ye.sevi.edu.tr/yonetim/icerik/makaleler/798-published.pdf> (Zugriff: 03/2024).
- Kolonko, Petra (2008), „Die ‚drei Übel‘ machen China weiter zu schaffen“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.08.2008.
- Krause, Werner H. (2011), *Verschmähte Waffenbrüder. Die Tragödie der Ostvölker 1941-1945: Aus dem Nachlass des Militärattachés und Generals Ernst Köstring*, Inning: Druffel & Vowinkel.
- Kuşçu, Işık (2014), „The Uyghur Diaspora in Cyberspace: Identity and Homeland Cause“, *Bilig*, No. 60, 143-160, <http://dergipark.org.tr/tr/download/article-file/234318> (Zugriff: 02/2024).
- Landau, Jacob M. (1995), *Pan-Turkism. From Irredentism to Cooperation*, London: C. Hurst & Co.
- Lattimore, Owen (1962), *Studies in Frontier History: Collected Papers, 1928-58*, Paris: Mouton.
- Lawrence, Susan V. (2000), „Where Beijing Fears Kosovo“, *Far Eastern Economic Review*, 07.09.2000, 22-25.
- Lehmann, Susan G. (1996), „Islam and Ethnicity in the Republic of Russia“, Working Paper of the National Council for Soviet and East European Res., Washington, <http://www.ucis.pitt.edu/nceer/1996-08-14-Lehman.pdf> (Zugriff: 02/2024).
- Lehr, Amy K., u. Mariefaye Bechrakis (2019), „Connecting the Dots in Xinjiang: Forced Labour, Forced Assimilation, and Western Supply Chains“, *CSIS Report*, Washington: Center for Strategic and Internat. Studies, 16. Okt. 2019, <http://www.csis.org/analysis/connecting-dots-xinjiang-forced-labour-forced-assimilation-and-western-supply-chains> (Zugr.: Feb. 2024).

- Leibold, James (2019), „Planting the Seed: Ethnic Policy in Xi Jinping’s New Era of Cultural Nationalism“, *China Brief*, 19:22, <http://jamestown.org/program/planting-the-seed-ethnic-policy-in-xi-jinpings-new-era-of-cultural-nationalism/> (Zugriff: 02/2024).
- Li, Cheng (2023), „Wo weishenme ciren Meiguo dingji zhiku, huidao Zhongguo?“ (Weshalb habe ich bei einem führenden US-Think Tank gekündigt und bin nach China zurückgekehrt?), *Wenhua Zongheng*, 17.12.2023, <http://new.qq.com/rain/a/20231217A05ERD00> (Zugriff: Feb. 2024).
- Li, Gang (2021), *The Hui Muslims’ Identity Negotiations*, PhD Thesis, Groningen: Univers. of Groningen, http://pure.rug.nl/ws/portalfiles/portal/170345683/Complete_thesis.pdf (Zugriff: 06/2024).
- Li, Jianxin (1996), „Xinjiang Wei-Han guanxi de diaocha yanjiu“ (Investigation and Research in the Relationship between Uighur and Han in Xinjiang), *Xibei Minzu Yanjiu* (Northwest Nationalities Research), No. 1, 217-230.
- Li, Xiaoxia (2015), „Xinjiang shaoshu minzu chanye gongren duiwu fazhan ji xianzhuang fenxi“ (Analyse der Entwicklung und Situation der Industriearbeiter aus ethnischen Minderheiten in Xinjiang), *Minzu Shehuixue Yanjiu Tongxun*, No. 187, 29-40, http://www.shehui.pku.edu.cn/upload/editor/file/20180829/20180829105607_8254.pdf (Zugriff: 02/2024).
- Li, Xing (1991), „The Trouble with Young Imams“, *China Daily*, 28.09.1991.
- Liang Qichao (1960) [1899], *Ziyoushu* (Über Freiheit), Taipei: Zhonghua shuju.
- Ders. (1902-06), *Xinminshuo* (Über neue Bürger), <http://zh.wikisource.org/zh/%E6%96%B0%E6%B0%91%E8%AA%AA> (Zugriff: 04/2024).
- Ders. (1912), *Zhongguo liguo zhi da fangzhen* (Basic Guidelines for the State of China), <https://www.douban.com/note/670534597/> (Zugriff: 02/2024).
- Liu, Xiaojing (2008), 1990 nian Xinjiang Baren xiang ‚Dong Tu‘ baoluan shimo (Details der Unruhen in der Gemeinde Baren in Xinjiang im Jahr 1990), http://baike.baidu.com/reference/12025032/533aYdO6cr3_z3kATPOPmPn1NyqVMNqrvbOHV7tzzqIPXOpRovyScYh798qsPRoGUSZ4Mg6MIFHxKekCE5N7fcWeOs2XPZ62Suj (Zugriff: 02/2024).
- Liu Zhongkang (1996), „Feifa zongjiao huodong ji qi weihai“ (Illegale religiöse Aktivitäten und ihre Schädlichkeit), *Xinjiang Shehui Kexue*, No. 5, 66-69.
- Luo, Zhufeng (Hrsg.; 1987), *Zhongguo shehuizhuyi shiqi de zongjiao wenti* (Die Religionsfrage in China in der sozialistischen Periode), Shanghai: Shehui kexue chubanshe.

- Luo, Zhufeng (Hrsg.; 1991), *Religion under Socialism in China*, Armonk/London: M.E. Sharpe.
- Ma, Chengjun, u. Wei Ma (2004), *Bainian Salazu yanjiu wenji* (Sammlung von Forschungsbeiträgen über die Salar-Nationalität aus hundert Jahren), Xining: Qinghai Renmin Chubanshe.
- Ma, Rong (2009), „Meiguo ruhe chuli ‘minzu wenti’“ (Wie die USA mit der Nationalitätenfrage umgehen), *Nanfang Zhoumo*, 16.07.2009, http://www.infzm.com/contents/31554?source=202&source_1=31553 (Zugriff: 05/2024).
- Ders. (2016), *Shehui zhuanxing guocheng zhongde zuqun guanxi* (Nationalitätenbeziehungen in der Periode der gesellschaftlichen Transformation), Beijing: Shehui kexue wenxian chubanshe.
- Ders. (2019), „Zhongguo minzu quyue zizhi zhidu de lishi yanbian guiji“ (Der Pfad der historischen Entwicklung des Systems der Gebietsautonomie der Nationalitäten in China), *Zhongyang Shehuizhuyi Xueyuan Xuebao*, http://www.cssn.cn/mzx/201910/t20191022_5018160.shtml. (Zugriff: 02/2024).
- Ma, Zixiang (1987), *Dongxiang zu* (Die Dongxiang Nationalität), Beijing: Minzu chubanshe.
- MacInnis, Donald. E. (1989), *Religion in China Today, Policy and Practice*, Maryknoll: Orbis Books.
- Mackerras, Colin (2001), „Xinjiang at the turn of the century: The causes of separatism“, *Central Asian Survey*, 20:3, 289-303.
- Ders. (2015), „Xinjiang in China’s Foreign Relations: Part of a New Silk Road or Central Asian Zone of Conflict“, *East Asia*, No. 32, 25-42.
- Ders. (2018), „Religion and the Uyghurs: A Contemporary Overview“, in: G. Ercilasun u. K. Ercilasun (Hrsg.), *The Uyghur Community. Diaspora, Identity and Geopolitics*, New York: Palgrave MacMillan, 59-84.
- Martina, Michael (2014), „Imam’s killing in China may be aimed at making Muslim Uyghurs choose sides“, *Reuters*, 01.08.2014, <http://www.reuters.com/article/uk-china-xinjiang-idUKKBN0G13R620140801/> (Zugriff: 02/2024).
- Ders. u. Ben Blanchard (2017), „Uighur IS fighters vow blood will ‘flow in rivers’ in China“, *Reuters*, 03.03.2017, <http://www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-iraq-china/uighur-is-fighters-vow-blood-will-flow-in-rivers-in-china-idUSKBN16848H/> (Zugriff: 02/2024).
- McMillen, Donald H. (1979), *Chinese Communist Power and Policy in Xinjiang, 1949-1977*, Boulder/Folkestone: Westview Pr.

- Mehsut, Saud, u. Maria Golovnina (2014), „From his Pakistan hideout, Uighur leader vows revenge on China“, *Reuters*, 14.03.2014, <http://www.reuters.com/article/us-pakistan-uighurs-idUSBREA2D0PF20140314/> (Zugriff: 02/2024).
- Meng, Fanli (2023), „Jianding bu yi zou Zhongguo tese jie jue minzu wenti de zhengjue daolu“ (Unbeirrt den korrekten Weg zur Lösung ethnischer Probleme mit chines. Merkmalen befolgen), *Hongqi Wengao*, 14.04.2023, http://www.qstheory.cn/dukan/hqw/2023-04/14/c_1129521965.htm (Zugriff: 02/2024).
- Mierzhan, Guhepu (1989), *Hasake zu*, Beijing: Minzu chubanshe.
- Millward, James A. (2004), „Violent Separatism in Xinjiang: A Critical Assessment“, *Policy Studies*, No. 6, Washington: East-West Center, <http://www.eastwestcenter.org/sites/default/files/private/PS006.pdf> (Zugriff: 03/2024).
- Ders. (2023), „Learning from History: The Qing Conception of Strategic Space“, <http://strategicspace.nbr.org/qing-conception-of-strategic-space/> (Zugriff: 02/2024).
- Millward, James A., u. Peter C. Perdue (2004), „Political and Cultural History of the Xinjiang Region through the Late 19th Century“, in: Starr 2004a, 27-62.
- Millward, James A. and Nabijan Tursun (2004), „Political History and Strategies of Control, 1884-1978“, in: Starr 2004a, 63-98.
- Newby, L.J. (1988), „‘The Pure and True Religion’ in China“, *Third World Quarterly*, No. 2, 923-947.
- O’Brien, David, u. Melissa Shani Brown (2022), *People, Place, Race, and Nation in Xinjiang, China: Territories of Identity*, Singapore: Palgrave Macmillan.
- Ohlberg, Mareike (2024), „Sinologin über Lage der Uiguren in China: ‚Peking will sich Ressourcen Xinjiangs aneignen‘“, *Berliner Zeitung*, 27.01.2024, <http://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/sinologin-mareike-ohlberg-ueber-lage-der-uiguren-in-china-pekings-will-sich-ressourcen-xinjiangs-aneignen-li.2166359> (Zugriff: 02/2024).
- Osman, Borhan (2016), „The Islamic State in ‘Khorasan’: How it began and where it stands in Nangarhar“, *Afghanistan Analysts Network*, 27.07.2016, <http://www.afghanistan-analysts.org/en/reports/war-and-peace/the-islamic-state-in-khorasan-how-it-began-and-where-it-stands-now-in-nangarhar/> (Zugriff: 04/2024).
- Overholt, William H. (2023), „Development and security in the 21st century: China and America“, *China International Strategy Review*, No. 5, 60-72.

- Pantucci, Raffaello (2023). „China’s international terrorist problem“, *S. Rajaratnam School of International Studies (RSIS) Commentaries*, Nanyang Technological Univ., Singapore, 119-23, <http://dr.ntu.edu.sg/bitstream/10356/170213/2/CO23119.pdf> (Zugriff: 02/2024).
- Park, Yuni (2017), „U.S.-China Counter-Terrorism Co-operation and its Perspectives on Human Rights“, *Institut de Relations Internationales et Stratégiques. Asia Focus*, No. 56 (Dez. 2017), <http://www.iris-france.org/wp-content/uploads/2017/12/Asia-focus-56.pdf> (Zugriff: 05/2024).
- Peters, William (1991), „Central Asia and the Minority Question“, *Asian Affairs*, 22:2, 152-157.
- Pillsbury, Barbara L.K. (1981), „The Muslim Population of China: Clarifying the Questions of Size and Ethnicity“, *Minority Affairs*, 3:2, 35-58.
- Polanyi, Karl (1977), *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Wien: Europaverl.
- Rashid, Ahmed (1990), „The Islamic Challenge“, *Far Eastern Economic Review*, 12.07.1990, 24f.
- Ders. (1992), „Caught in a Cleft: Economic, Religious Pressures Threaten Uzbekistan“, *Far Eastern Economic Review*, 19.11.1992, 23f.
- Ders. (1995), „Unwelcome Traffic“, *Far Eastern Econ. Review*, 07.12.1995, 40.
- Razak, T. (2002), „Gaoju minzu tuanjie he zuguo tongyi de qizhi shenru chijiude kaizhan fan fenlie douzheng“ (Das Banner der ethnischen Solidarität und der Einheit des Vaterlandes hochhalten und vertiefen, dauerhaft den Kampf gegen den Separatismus entfalten), *Xinjiang Shehui Kexue*, No. 2, 51-59.
- Reed, J. Todd, u. Diana Raschke (2010), *The ETIM: China’s Islamic Militants and the Global Terrorist Threat*, Santa Barbara: Praeger.
- Rehman, Zia Ur (2014), „ETIM’s presence in Pakistan and China’s growing pressure“, *Report of Norwegian Peacebuilding Resource Center*, <http://www.files.ethz.ch/isn/183175/38128022170116bb6f07dc969cb17d.pdf> (Zugriff: 01/ 2014).
- Renmin Ribao* (= Volkszeitung), Peking.
- Roberts, Sean (2018), „The Narrative of Uyghur Terrorism and the Self-Fulfilling Prophecy of Uyghur Militancy“, in: M. Clarke (Hrsg.), *Terrorism and Counter-Terrorism in China: Domestic and Foreign Policy Dimensions*, Oxford: Oxford Univ. Pr., 99-128.
- Ders. (2020), *The War on the Uyghurs. China’s Internal Campaign against a Muslim Minority*. Princeton: Princeton Univ. Pr.

- Rodriguez-Merino, Pablo A. (2023), *Violence, Discourse, and Politics in China's Uyghur Region. The Terroristization of Xinjiang*. London/New York: Routledge.
- Romanko, O.V. (Романько, О.В; 2004), *Мусульманские легионы во Второй мировой войне* (Muslimische Legionen im Zweiten Weltkrieg), Astana: Transitskniga.
- Rudelson, Justin J. (1997), *Oasis Identities: Uyghur Nationalism Along China's Silk Road*, New York: Columbia Univ. Pr.
- Ders. u. William Jankowiak (2004), „Acculturation and Resistance: Xinjiang Identities in Flux“, in: Starr 2004a, 299-319.
- Sachs, Jeffery D. (2022), „Der Vorwurf des Genozids muss belegt sein“, *China Table*, 29.03.2022 (akt. Fassung), <http://table.media/china/standpunkt/vorwurf-genozid-beleg-notwendig/> (Zugriff: 02/2024).
- Schluessel, Eric (2020), *Land of Strangers. The Civilizing Project in Qing Central Asia*, New York: Columbia Univ. Pr.
- Schmidt-Glintzer, Helwig (1997), *China: Vielvölkerreich und Einheitsstaat: Von den Anfängen bis heute*, München: C.H. Beck.
- Schneider, Julia C. (2017a), *Nation and Ethnicity: Chinese Discourses on History, Historiography, and Nationalism (1900s-1920s)*, Leiden: Brill.
- Dies. (2017b), „Missionizing, Civilizing, and Nationizing: Linked Concepts of Compelled Change“, in: Cheng-Tian Kuo (Hrsg.), *Religion and Nationalism in Chinese Societies*, Amsterdam: Amsterdam Univ. Pr., 89-116.
- Scott, James (1976), *The Moral Economy of the Peasant: Rebellion and Subsistence in Southeast Asia*, New Haven: Yale Univ. Pr.
- Ders. (1990), *Domination and the Arts of Resistance: Hidden Transcripts*, New Haven: Yale Univ. Pr.
- Ders. (1998), *Seeing Like a State: How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed*, New Haven: Yale Univ. Pr.
- Ders. (2009), *The Art of Not Being Governed: An Anarchist History of Upland Southeast Asia*, New Haven: Yale Univ. Pr.
- Seo, Jungmin Seo, u. Young Chul Cho(2013), „Rethinking Beijing's Geostrategic Sensibilities to Tibet and Xinjiang: Images and Interests“, *Pacific Focus*, 28:2, 294-317.
- Shichor, Yitzhak (1984), „The Role of Islam in China's Middle-Eastern Policy“, in: R. Israeli u. A. Johns (Hrsg.), *Islam in Asia*, Jerusalem: Magnes, Vol. 2, 305-317.

- Shichor, Yitzhak (2006), „Changing the Guard at the World Uyghur Congress“, *China Brief*, 6:25, <http://jamestown.org/program/changing-the-guard-at-the-world-uyghur-congress-3/> (Zugriff: 02/2024).
- Ders. (2009), *Ethno-Diplomacy: The Uyghur Hitch in Sino-Turkish Relations*, Policy Studies, No. 53, Honolulu: East-West Center, <https://www.jstor.org/stable/pdf/resrep06509.pdf> (Zugriff: 02/ 2024).
- Ders. (2018), „Artificial resuscitation: Beijing’s manipulation to pan-Turkism“, *Asian Ethnicity*, 19:3, 301-318, <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/14631369.2018.1434759> (Zugriff: 02/2024).
- Ders. (2023), „Elephant in the China Shop: the Uyghur Pyrrhic Victory“, *Sociology of Islam*, No. XX, 1-20.
- Silde-Karklins, Rasma (1975), „The Uighurs Between China and the USSR“, *Canadian Slavonic Papers*, No. XVII, 341-365.
- Sines, Abigail (2002), „Civilizing the Middle Kingdom’s Wild West“, *Central Asian Survey*, 21:1, 5-18.
- Skrine, C.P., u. Pamela Nightingale (1987), *Macartney at Kashgar: New Light on British, Chinese, and Russian Activities in Sinkiang, 1890-1918*, Hong Kong/Oxford: Oxford Univ. Pr.
- Slawotsky, Joel (2021), „Is China Guilty of Committing Genocide in Xinjiang?“, *Chinese Journal of International Law*, 20:3 (Sep. 2021), 625-635.
- Small, Andrew (2015), „Hoffnungsträger Peking. Erstmals übernimmt China als Vermittler eine aktive Rolle in Afghanistan“, *Internationale Politik*, 01.05.2015, <http://internationalepolitik.de/de/hoffnungstraeger-pekking> (Zugriff: 02/2024).
- Smith, Joanne (2000), „Four generations of Uyghurs: The shift towards ethno-political ideologies among Xinjiang's youth“, *Inner Asia*, 2:2, 195-224, <http://www.jstor.org/stable/pdf/23615557.pdf> (Zugr.: Feb. 2024.).
- Soloshcheva, Maria A. (2017), „Uyghur Terrorism“, *Iran & the Caucasus*, 21:4, 415-430.
- Song, Weiqing (2016), *China’s Approach to Central Asia: The Shanghai Co-operation Organisation*, London: Routledge.
- Staiger, Brunhild (1991), „Xinjiang erlässt Bestimmungen über religiöse Aktivitäten und religiöses Personal“, *China Heute*, No. 1, 12ff.
- Standish, Reid (2021), „Taliban ‘Removing’ Uyghur Militants From Afghanistan’s Border With China“, *Radio Free Europe*, 05.10.2021, <http://www.rferl.org/a/afghanistan-taliban-uyghurs-china/31494226.html> (Zugriff: 02/2024).

- Starr, S. Frederick (2004a), *Xinjiang. China's Muslim Borderland*, Armonk/London: M.E. Sharpe.
- Ders. (2004b), „Introduction“, in: ders. 2004a, 3-24.
- State Council (Hrsg.; 2019), *Vocational Education and Training in Xinjiang*, http://english.www.gov.cn/archive/whitepaper/201908/17/content_WS5d57573cc6d0c6695ff7ed6c.html (Zugriff: 02/2024).
- Sun, Liping (2024), „Chongzhen jingji kao shenme? Qishi jiu jianjiandandan de san tiao“ (Was ist notwendig, um die Wirtschaft wiederzubeleben? Tatsächlich sind es nur drei einfache Dinge), *Wenxue City*, 28.02.2024, <http://www.wenxue-city.com/news/2024/02/28/125443557.html> (Zugriff: 03/2024).
- Sun Yat-sen (1963), „Grundlagen der Nationalen Selbstentwicklung“, in: G.-K. Kindermann (Hrsg.), *Konfuzianismus, Sunyatsenismus und chinesischer Kommunismus*, Freiburg: Rombach & Co, 120-129.
- Sun, Yan (2020), *From Empire to Nation State. Ethnic Politics in China*, Cambridge: Cambridge Univ. Pr.
- Sun, Yijie (2018), „Bu wang chuxin chuanye chanye yuan jiang gaogao quanguo“ (Die ursprüngliche Intention der Geschäftsgründung nicht vergessen), *Wan qi bang wan cun chanye fupin xianchang tuijinhui zai Gansu zhaokai*, http://www.acfc.org.cn/wqbw/xddt/201810/t181024_68909.html (Zugriff: 02/2024).
- Tajikezu jianshi* (= Kurze Geschichte der Tadschiken; 2008), hrsg. v. Autorenkollektiv, Beijing: Minzu chubanshe.
- Tang, Lijiu (2014), „Xinjiang wenti shengcheng yuanyou he qiujie zhi dao“ (Ursachen u. Lösungen des Xinjiang-Problems), *Xinlang Xinwen*, 02.03.2014, <http://news.sina.cn/pl/2014-03-02/detail-iavxeaf4272542.d.html?from=wap> (Zugriff: 01/2014).
- Tanner, Murray S. (2011), „Trafficking Golden Crescent Drugs into Western China: An Analysis and Translation of a Recent Chinese Police Research Article“, *CNA Analysis & Solutions*, Januar 2011, <http://apps.dtic.mil/sti/tr/pdf/ADA537395.pdf> (Zugriff: 02/2024).
- Tao, Jinghong (2021), „Historical Roots of the Xinjiang Problem as an Obstacle to the Development of Sino-Turkish Relations“, *History and Modern Perspectives*, 3:3, 22-27.
- Taylor, Charles (2004), *Modern Social Imaginaries*, Durham: Duke Univ. Pr.

- Tian, Weijiang (2018), „Jindai Tuerqi ‚Fan-Tujuezhuyi‘ de xingsheng jiqi dui Xinjiang diqu de yingxiang“ (Der Aufstieg des „Pan-Turkismus“ in der modernen Türkei und seine Auswirkungen auf Xinjiang), *Xiyu Yanjiu*, No. 3, 1-7, <http://www.cqvip.com/qk/82251x/201803/676159183.html> (Zugriff: 02/2024).
- Tobin, David (2015). „Between minkaohan and minkaomin: Discourses on ‘Assimilation’ amongst Bilingual Urban Uyghurs“, in: J. Smith Finley u. Xiaowei Zang (Hrsg.), *Language, Education and Uyghur Identity in Urban Xinjiang*, London/New York: Routledge, 55-74.
- Tobin, David (2020a), *Securing China’s Northwest Frontier: Identity and Insecurity in Xinjiang*. Cambridge: Cambridge Univ. Pr.
- Ders. (2020b), „‘A Struggle of Life or Death’: Han and Uyghur Insecurities on China’s North-West Frontier“, *China Quarterly*, No. 242 (Juni 2020), 301-321.
- Trailović, Dragan (2023), „Ethnic violence and terrorism as internal challenges to China’s national security: A case study of Xinjiang“, *Policy of National Security*, 24:1, 83-106, http://www.researchgate.net/publication/372041462_Ethnic_violence_and_terrorism_as_internal_challenges_to_China's_national_security_A_case_study_of_Xinjiang/citation/download (Zugriff: 03/2024).
- Tursun, Turwenjiang (2013), „Der Terrorismus ist der größte Feind der Uiguren“, *Ai Sixiang*, 28.04.2013, <http://www.aisixiang.com/data/63456.html> (Zugriff: 02/2024).
- Ders. (2018), *Xinjiang Wei-Han guanxide bianqian ji zhengjie* (Der Wandel in den Beziehungen zwischen Uiguren und Han in Xinjiang und seine Krux), http://www.shehui.pku.edu.cn/upload/editor/file/20180627/2018062710218_9204.pdf (Zugriff: 02/2024).
- Tursun, Nabijan (2018), „Factors and Challenges of Uyghur Nationalism in the Early Twentieth Century“, in: G.K. Ercilasun u. K. Ercilasun (Hrsg.), *The Uyghur Community. Diaspora, Identity and Geopolitics*, New York: Palgrave MacMillan, 27-58.
- United Nations, Human Rights (Hrsg.; 2022a), „Statement by UN High Commissioner for Human Rights Michelle Bachelet after official visit to China“, 28.05. 2022, <http://www.ohchr.org/en/statements/2022/05/statement-un-high-commissioner-human-rights-michelle-bachelet-after-official> (Zugriff: 02/2024).
- United Nations, Human Rights (Hrsg.; 2022b), „OHCHR Assessment of human rights concerns in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region, People’s Republic of China“, Aug. 2022, <http://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/2022-08-31/22-08-31-final-assesment.pdf> (Zugriff: 02/2024).

- Vagneur-Jones, Antoine (2017), „War and Opportunity: the Turkistan Islamic Party and the Syrian Conflict“, *Fondation pour la recherche stratégique*, No. 07, 02.03. 2017, <http://www.frstrategie.org/sites/default/files/documents/publications/notes/2017/201707.pdf> (Zugriff: 02/2024).
- van Ess, Hans (2017), „Der Name der Uiguren“, in: Sh. Müller u. A. Selbitschka (Hrsg.), *Über den Alltag hinaus: Festschrift für Thomas O. Höllmann zum 65. Geburtstag*, Wiesbaden: Harrasowitz, 253-266.
- von Mende, Erling (1988), „Eine Glosse zur Xinjiang-Politik der Republik China (Zwei Aufsätze des Ethnologen Ling Shu-sheng aus den Jahren 1934 und 1951)“, in: ders. (Hrsg.) *Turkestan als historischer Faktor und politische Idee. Festschrift für Baymirza Hayit*, Köln: Studienverl., 149-163.
- Waite, Edmund (2007), „The Emergence of Muslim Reformism in Contemporary Xinjiang: Implications for the Uyghurs' Positioning between a Central Asian and Chinese Context“, in: I. Bellér-Hann, C. Cesàro u.a. (Hrsg.), *Situating the Uyghurs between China and Central Asia*, Aldershot: Ashgate, 165-181.
- Wang, David D. (1998), „East Turkestan movement in Xinjiang“, *Journal of Chinese Political Science*, No. 4 (Juni 1998), 1-18, <http://link.springer.com/article/10.1007/BF02876846> (Zugriff: 03/2024).
- Wang, Howard (2023), „‘Security Is a Prerequisite for Development’: Consensus-Building toward a New Top Priority in the Chinese Communist Party“, *Journal of Contemporary China*, No. 142, 525-539.
- Wang, Hui (2014), *China – From Empire to Nation-State*, Cambridge/London: Harvard Univ. Pr..
- Ders. (2016), „Chengren shenme, hezhong zhengzhi?“ (Was sollten wir zugeben, welche Art Politik?), *Guanchazhe wang*, 11.11.2016, <http://www.aisixiang.com/data/99456.html> (Zugriff: 03/2024).
- Wang, Hui, u. Lisheng Wang (2016), „Guanyu Xinjiang wenti de duihua“ (Dialog über das Problem Xinjiang), *Ai Sixiang*, <http://www.aisixiang.com/data/99456.html> (Zugriff: 03/2024).
- Wang, Jianping (2003), „Einheit in Vielfalt. Wiederaufleben des Islam im heutigen China“, *China Heute*, No. 7, 227-234.
- Wang, Ke (2018), *The East Turkestan independence movement: 1930s-1940s*, Hong Kong: Chinese Univ. of Hong Kong Pr.

- Wang, Lequan (1995), „Zai dang de minzu quyue zizhi zhengce yinxia jianshe jinrong, fuyu, wenming de Xinjiang“ (Im Rahmen der Richtlinien der Gebietsautonomie der Partei für Nationalitäten ein blühendes, wohlhabendes und zivilisiertes Xinjiang aufbauen), *Qiushi*, No. 19, 29-33.
- Wang, Shouli (1982), „Xinjiang Tajikezu de zongjiao xinyang“ (Der religiöse Glaube der Tadschiken in Xinjiang), *Yisilanjiao zai Zhongguo*, 427-438.
- Warikoo, Kulbhushan (1992), „China and Central Asia. Reviewing of Ching Policy in Xinjiang, 1755-1884“, in: K. Warikoo u. D. Norbu (Hrsg.), *Ethnicity and Politics in Central Asia*, New Delhi: South Asian Publ., 2-20.
- Webber, Lucas (2023), „Islamic State Khurasan Promises to Escalate War Against China“, *Militant Wire*, 03.12.2023, http://www.militantwire.com/islamic-state-khurasan-promises-intensification?utm_source=substack&utm_medium=email (Zugriff: 02/ 2024).
- Weggel, Oskar (1984), *Xinjiang, Sinkiang. Das zentralasiatische China*, Hamburg: Schriftenreihe des Instituts für Asienkunde.
- Wei, Bing, u. Zijing Li (1992), *Juemi wenjian zhong de bu wen diqu* (Unstabile Region nach einem Geheimdokument), 8ff.
- Weiner, Michael S. (Hrsg.; 2022), *Routledge Handbook of Race and Ethnicity in Asia*. London u.a.: Routledge.
- Wiemer, Calla (2004), „The Economy of Xinjiang“, in: Starr 2004a, 163-189.
- Wiens, Herold J. (1954) *China's March Toward the Tropics*. Hamden: Shoe String Press.
- Wilson, Matthew C. und James A. Piazza (2013), „Autocracies and Terrorism: Conditioning Effects of Authoritarian Regime Type on Terrorist Attacks“, *American Journal of Political Science*, 57:4 (Okt. 2013), 941-955.
- Winchester, Michael (1997), *Inside Story China. Beijing Vs. Islam*, Internet-Version: <http://www.pathfinder.com/V=a=R...Y/Asiaweek/current/issue/is1.htm> (Zugriff: 02/2024).
- Witte, Johannes (1922), *Die ostasiatischen Kulturreligionen*, Leipzig: Quelle & Meyer.
- Woo-Cumings, Meredith (Hrsg.; 1999), *The Developmental State*, Ithaca/London: Cornell Univ. Pr.
- Xi, Jinping (2014a), „Zai di erci Zhongyang Xinjiang gongzuo zuotanhuishang fabiao zhongyao jianghua“ (Wichtige Rede auf der Zweiten Zentralen Arbeitskonferenz über Xinjiang), http://www.moe.gov.cn/jyb_xwfb/xw_zt/moe_357/s7865/s8417/s8419/201410/t20141024_177253.html (Zugriff: 02/2024).

Xi, Jinping (2014b) „Kuoda Xinjiang shaoshu minzu dao neidi juzhu guimo“ (Die Zahl von Angehörigen nationaler Minderheiten aus Xinjiang, die nach Innerchina umziehen, erhöhen), Mai 2014, <http://news.sina.com.cn/c/strike-05-29/195830259246.html> (Zugriff: 04/2024).

Ders. (2024a), „Wanzheng, zhunque, quanmian guanche luoshi guanyu zuohao xin shidai dangde tongyi zhanxian gongzuo de zhongyao sixiang“ (Die wichtigen Gedanken für eine gute Arbeit in der Einheitsfrontarbeit der Partei im neuen Zeitalter vollständig, genau und umfassend umsetzen), *Qiushi*, No. 2, http://www.qstheory.cn/dukan/qs/2024-01/15/c_1130059591.htm (Zugriff: 02/2024).

Ders. (2024b), „Zhulao Zhonghua minzu gongtongti yishi tuijin xin shidai dang de minzu gongzuo gao zhiliang fazhan“ (Ein starkes Gemeinschaftsgefühl für die chinesische Nation sowie eine qualitativ hochwertige Entwicklung der ethnischen Arbeit der Partei im neuen Zeitalter schaffen), *Qiushi*, No. 3, http://www.qstheory.cn/dukan/qs/2024-01/31/c_1130069364.htm (Zugriff: 02/2024).

Xiao, Zhixing (1989), *Tajikezu* (Die tadschikische Nationalität), Beijing: Minzu chubanshe.

Xinjiang de fankong, qu jiduanhua douzheng yu renquan baozhang (Xinjiangs Kampf gegen Terrorismus, Deradikalisierung und Schutz der Menschenrechte) (2019), hrsg. v. Informationsbüro des Staatsrats der VR China, März 2019, <http://www.scio.gov.cn/ztk/dtzt/39912/4016/40025/Document/1649851/1649851.htm> (Zugriff: 02/2024).

„Xinjiang qiye gaige zhong de minzu wenti yu duice“ (Die Nationalitäten-Frage und politische Richtlinien im Rahmen der Unternehmensreform in Xinjiang), *Xinjiang Shehui Jingji*, 1995:3, 11-16.

Xinjiang Ribao (= Xinjiang Tageszeitung), Ürümqi.

Xinjiang Weiwuer Zizhiqu qu jiduanhua tiaoli (2017), (De-Extremisierungsbestimmungen für die Uigurische Autonome Region Xinjiang), <https://baike.baidu.com/item/%E6%96%B0%E7%96%86%E7%BB%B4%E5%90%BE%E5%B094%E8%87%AA%E6%B2%BB%E5%8C%BA%E5%8E%BB%E6%9E%81%E7%AB%AF%E5%8C%96%E6%9D%BE%8B/20600268> (Zugriff: 02/2024).

Xinjiang Weiwuer Zizhiqu Shenjiting (= Audit Bureau des Uigurischen Auton. Gebiets Xinjiang; 2019), *Junhun liangjian daying tuopinzhuan: Xinjiang shenjiting pai zhu Hetianshi, Tusala zhen Jiamuda village di yi shuji Wang Jun de gushi* (Das Schwert bringen, um den Kampf gegen Armut zu gewinnen: Die Geschichte von Wang Jun, Parteisekr. des Dorfes Jiamuda, Tusala Town, Stadt Hotan). 15.11.2019, <http://archive.is/aSIR1#selection-319.0-319.32> (Zugriff: 02/2024).

- Xu, Xifa (1992), „Guanyu Xinjiang minzu fenliezhuyi wenti de shehuixue sikao“ (Soziologische Betrachtung des Problems des Separatismus in Xinjiang), *Xinjiang Daxue Xuebao*, No. 2, 13-19.
- Yan, Sun (2020), *From Empire to Nation State. Ethnic Politics in China*, Berkeley: Univ. of California Pr.
- Yan, Xuetong (2009), „Jiaqiang minzu guojia jiangou shi Zhongguo weilai de zhongda shiming“ (Die Stärkung des Aufbaus des Nationalstaates ist eine wichtige Aufgabe für China in der Zukunft), *Zhongguo Shehui Kexue Bao*, 31.08.2009, <http://www.legal-theory.org/?mod=info&act=view&id=13184> (Zugriff: 02/2024).
- Yang, Faming (2018), *Zhagen Zhonghua wenhua wotu, jianchi wo guo Yisilanjiao Zhongguohua fangxiang* (Wurzeln schlagen im fruchtbaren Boden der chinesischen Kultur und Festhalten an der Richtung der Sinisierung des Islam in unserem Land), 13.08.2018, <http://www.xinhuanet.com/politics/2018lh/2018-03/10/c1122516862.htm> (Zugriff: 02/2024).
- Yang Shengming (2020), „Shaoshu minzu yanjiu: Yong lishi shishi bochi fan Tujuezhuyi – Wei wuerzu yu Tujue ji Tuerqi de guanxi“ (Studien zu ethnischen Minderheiten: Widerlegung des Panturkismus mit historischen Fakten – Die Beziehung zwischen Uiguren, Türken und der Türkei), *Sohu*, 11.07.2020, http://www.sohu.com/a/406959571_120065061 (Zugriff: 02/2024).
- Yao, Xinyong (2014), „Fuza duomian de ‚Xinjiang wenti‘“ (Die komplexe und vielschichtige ‚Xinjiang-Frage‘), *Ai Sixiang*, 05.04.2014, <http://www.aisixiang.com/data/73651.html> (Zugriff: 03/2024).
- Yee, Herbert S. (2003), „Ethnic Relations in Xinjiang: A Survey of Uyghur-Han Relations“, *Journal of Contemporary China*, 12:36, 431-452.
- Yi, Lin (216), „A Failure in ‘Designed Citizenship’: A Case Study in a Minority-Han Merger School in Xinjiang Uyghur Autonomous Region“, *Japanese Journal of Political Science*, 17:1, 22-43.
- Yin, Zhiguang (2014), „Xinjiang zaoyu Wahabizhuyi“ (Xinjiang begegnet dem Wahhabismus), *Xinjiang xin guancha*, 05.11.2014, http://www.shehui.pku.edu.cn/upload/editor/file/20180820/20180820233801_8179.pdf (Zugriff: 02/2024).
- Yisilanjiao zai Zhongguo* (1982), hrsg. v. Gansu sheng minzuyanjiusuo (Nationalities Research Institute of Gansu province), Yinchuan: Ningxia renmin chubanshe.
- Yu, Shiyu (2021), „Zhongzu miejue, Xinjiang he fantujuezhuyi“ (Genozid, Xinjiang und Pan-Turkismus), *Lianhe Zaobao*, 03.05.2021, <http://www.kzaobao.com/mon/dapan/20210503/91644.html> (Zugriff: 02/2024).

- Zeng, Wenwu (1936), *Zhongguo jingying xiyu shi* (Geschichte des chinesischen Managements der Westregion), Shanghai: Shanghai shangwu yinshuaguan.
- Zenz, Adrian (2021), *Coercive Labour and Forced Displacement in Xinjiang's Cross-Regional Labour Transfer Program: A Process-Oriented Evaluation*, Washington: Jamestown Foundation.
- Ders. (2022), *Xinjiang Police Files*, 23.05.2022, <http://victimsofcommunism.org/publication/xinjiang-police-files/> (Zugriff: 02/2024).
- Zhang, Qi (2013), „Xinjiang: Baoshou sichao de weixian xinhao“ (Xinjiang: Gefährliche Anzeichen für konservative Strömung), *Fenghuang Zhoukan*, No. 35, 32-39, http://www.shehui.pku.edu.cn/upload/editor/file/20180714/20180714125106_4703.pdf (Zugriff: 02/2024).
- Zhang, Yuyuan (2022), „From Pan-Turkism to Xinjiang Separatism: An Analysis of Turkic Factor“, *Perm Univ. Herald: Political Science*, 16:1, 94-104, <http://cyberleninka.ru/article/n/from-pan-turkism-to-xinjiang-separatism-an-analysis-of-turkic-factor/viewer> (Zugriff: 03/2024).
- Zhao, Huasheng (2016). „Central Asia in Chinese Strategic Thinking“, in: Th. Finigar (Hrsg.), *The New Great Game: China and South and Central Asia in the Era of Reform*, Stanford: Stanford Univ. Pr., 171-189.
- Zhao, Huasheng (2021), *Zhongguo yu Afuhan* (China und Afghanistan), hg. v. Center for International Security and Strategy, Qinghua University, 28.07.2021, http://ciss.tsinghua.edu.cn/info/china_wzft/3806 (Zugriff: 02/2024).
- Zhao, Jie, Jianjiang Lu, Haijun Zhao, Yujun Yan, Hongyu Dong u. Wen Li (2023), „Analysis, occurrence, and consumption of substances with abuse potential in Xinjiang, China, from 2021 to 2022“, *Science of the Total Environment*, No. 889 (Sep. 2023), <http://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0048969723029315> (Zugriff: 02/2024).
- Zhao, Suisheng (2004), *A Nation-State by Construction. Dynamics of Modern Chinese Nationalism*, Stanford: Stanford Univ. Pr.
- Zhao, Xiaodong (2012), „The Shanghai Cooperation Organisation and Counter-Terrorism Cooperation“, Asia Paper. Institute for Security & Development Policy, Stockholm, http://isd.eu/content/upload/publications/2012_zhao_the-shanghai-cooperation-organisation.pdf (Zugriff: 02/2024).
- Zhao, Ziwen (2024), „Why China is wary of opening up Afghanistan's new road to Xinjiang“, *South China Morning Post*, 26.01.2024, <http://www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3249931/why-china-wary-opening-afghanistans-new-road-xinjiang> (Zugriff: 02/2024).

- Zhongguo shaoshu minzu* (1984) (Chinas national minorities), hgg. v. Autorenkollektiv, Beijing: Minzu chubanshe.
- Zhou, Jiayi, Fei Su u. Jingdong Yuan (2022), „Trading Lightly: China’s Footprint in a Taliban-led Afghanistan“, *SIPRI Insights on Peace and Security*, No. 8.
- Zhou, Ping (2021), *Zhongguode bianjiang ji bianjiang zhili* (Chinas Grenzen und Grenzgebieten-Governance), Beijing: Zhongguo shehui kexue chubanshe.
- Zhou, Zunyou (2019), „Chinese Strategy for De-radicalization“ *Terrorism and Political Violence*, 31:6, 1187-1209, http://web.archive.org/web/20200115195837_id_/https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/09546553.2017.1330199?needAccess=true (Zugriff: 03/2024).
- Ziemann, Han-jung (1984), *Die Beziehungen Sinkiangs (Ostturkestan) zu China und der UdSSR 1917-45*, Bochum: Studienverl. Dr. N. Brockmeyer.

Die Menschenrechte der Uiguren*

Mit dem ökonomischen Aufstieg und der wachsenden politischen Bedeutung der Volksrepublik China hat sich der Ton der Berichterstattung und Diskussion über die Volksrepublik sowohl in der Politik wie in den Medien vor allem der NATO-Staaten außerordentlich verschärft. Nicht nur, dass das Verhältnis zur Volksrepublik von einem der Kooperation zur Rivalität herabgestuft wurde. Das Land wird offen als „größte Bedrohung für die innere und internationale Sicherheit“ bezeichnet, so vom britischen Premierminister Rishi Sunak. China würde „Technologie stehlen“ und „Universitäten infiltrieren“, sagte Sunak. Die Regierung in Peking unterstütze außerdem Russlands Präsidenten Wladimir Putin und dessen Krieg gegen die Ukraine und bedrohe Nachbarn wie Taiwan. „Sie foltern, inhaftieren und indoktrinieren ihre eigene Bevölkerung, in Xinjiang und Hongkong.“¹ Die Volksrepublik wird mit Sanktionen überzogen und es wird vor zu engen Kooperationen sowohl in der Wirtschaft wie in der Wissenschaft gewarnt. Wo immer die Gründe für diese Konfrontation liegen, es wird schon offen von einer militärischen Auseinandersetzung vor allem der USA – und mit ihr der NATO – und der Volksrepublik China gesprochen.

Die Vorwürfe

Ein wesentliches Element, ja Instrument dieser Auseinandersetzung, bilden die Vorwürfe schwerer Menschenrechtsverletzungen insbesondere an den Minderheiten in Tibet und seit einiger Zeit vor allem an den Uiguren in Xinjiang. Die Parlamente von Frankreich, Kanada und den Niederlanden haben die chinesische Regierung des Genozids beschuldigt. US-Präsident Joseph Biden hat unmittelbar nach seinem Amtsantritt China vorgeworfen, in Xinjiang einen Völkermord begangen zu haben, wofür es „die Kosten

* Dieser Text beruht auf einer Literatur- und Internetrecherche sowie einer Erkundungsreise in den Monaten Mai/Juni 2023; siehe dazu die Einleitung des vorliegenden Bandes mit Informationen zur Reise.

¹ Sunak 2023.

tragen“ werde.² Insbesondere das „Newlines Institute for Strategy and Policy“ in Washington D.C. hat im März 2021 eine umfangreiche Studie zu den Vorwürfen mit dem Titel *The Uyghur Genocide: An Examination of China's Breaches of the 1948 Genocide Convention* vorgelegt.³ Der Direktor von „Human Rights Watch“, Wenzel Michalski, hat die Vorwürfe im Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestags kurz zusammengefasst. Die chinesische Regierung habe sich fast aller der in Artikel 7 des Statuts von Rom des Internationalen Gerichtshofs aufgelisteten Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht: Mord, Folter, Überwachung, kulturelle und religiöse Auslöschung, sexuelle Gewalt und Zwangsarbeit seien Teil eines „flächendeckenden systematischen Angriffs“ auf die Bevölkerungsgruppe der turkstämmigen Muslime und hätten ein nie zuvor dagewesenes Ausmaß erreicht.⁴ Der Weltkongress der Uiguren in München spricht nach wie vor vom „anhaltenden Völkermord an unserem Volk“ und der „aktiven Auslöschung der kulturellen und religiösen Identität der Uigur*innen“, die Präsident Xi Jinping auf seiner jüngsten Reise nach Xinjiang zugegeben hätte.⁵ Die neueste Veröffentlichung des Journalisten Matthias Bölinger wird im Klappentext als Erläuterung der „langen Vorgeschichte der Vernichtungskampagne gegen die Uiguren“ vorgestellt, „die zeigt, dass die Verfolgung bis heute zwar unsichtbarer, dafür aber umso perfider fortbesteht“.⁶ Auch er spricht von der „Zerstörung der ethnischen Identität“,⁷ ein völkerrechtlich relevanter Tatbestand. Im deutschen Fernsehen werden Uiguren im Ausland mit Vorwürfen zitiert, wie: „Die Machthaber in China haben entschieden, die uigurische Identität, Kultur und Religion auszulöschen.“⁸ Der deutsche Anthropologe Adrian Zenz, nach Wikipedia Senior Fellow für Chinastudien bei der „Victims of Communism Memorial Foundation“, USA, wird gern als Quelle für die schweren Men-

² Vgl. Aljazeera 2021.

³ <http://newlinesinstitute.org/rules-based-international-order/genocide/the-uyghur-genocide-an-examination-of-chinas-breaches-of-the-1948-genocide-convention/> (Zugriff: 04/2024); Bücklers 2021.

⁴ Michalski 2021.

⁵ Weltkongress der Uiguren 2023.

⁶ Bölinger 2022.

⁷ So u.a. a.a.O., S. 152

⁸ Mamuti 2022.

schenrechtsvorwürfe herangezogen. Er hat vor allem aus geleakten und gehackten Dokumenten unbekannter Herkunft, die als *China Cables* bekannt wurden, die *Xinjiang Police Files* zusammengestellt. Sie dienen als Grundlage für die Vorwürfe über die sog. Umerziehungslager in Xinjiang. Auf diese Files bezieht sich auch Alexander Görlach in der *Deutschen Welle*, wenn er von „Konzentrationslagern“ spricht, „in denen die Menschen eingesperrt und gefoltert werden“ und China als „Terrorregime“ bezeichnet, welches „wie in Tibet Kulturgüter zerstören lässt, um so das Erbe der zu unterjochenden Menschen auszuradieren“.⁹ Dem fügen die Erzählungen des *Spiegel* von der Reise seines Autors Georg Fahrian nichts Neues hinzu.¹⁰ Er hätte das alles auch in Hamburg von den einschlägigen Quellen abschreiben können. Die Empörung findet immer steigerungsfähige Begriffe, wenn von „totalitärer Kontrollsucht“, die „an mittelalterliche Hexenverfolgung erinnere“ geschrieben wird, „die größte Internierung einer ethnischen-religiösen Minderheit der Gegenwart“.¹¹ Xinjiang wird üblicherweise als „Freiluftgefängnis“ bezeichnet. Die USA haben den Import von Produkten aus Xinjiang verboten und einige hochrangige Beamte sanktioniert. Auch die Europäische Union hat verschiedenen Beamten die Einreise in die EU untersagt und ihr Vermögen eingefroren.

Der Menschenrechtsausschuss

Vor diesem medialen Hintergrund hat der „Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages“ am 19. November 2020 und 17. Mai 2021 zwei Anhörungen zur „Völkerrechtlichen Bewertung der Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren“ mit insgesamt 14 Sachverständigen veranstaltet. Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, haben nur Prof. Eva Pils (School of Law am King's College, London) von einem „Anfangsverdacht“ des Völkermords und Adrian Zenz, diesmal als Professor der European School of Culture and Theology, vom Risiko eines „schlei-

⁹ Görlach 2022.

¹⁰ Fahrian 2023, zur Kritik siehe Spennrath 2023.

¹¹ Vgl. Obermeyer/Strittmatter 2020. Zur Xinjiang-Berichterstattung in den Medien vgl. auch den Beitrag von Hauke Neddermann im vorliegenden Band.

chenden Völkermords“ gesprochen. Der Vorwurf schwerer Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde jedoch von allen Sachverständigen außer von Prof. Mechthild Leutner und mir erhoben. Uum Abschluss der Anhörungen hat der Ausschuss eine Erklärung mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Stimme der Fraktion Die Linke verabschiedet – die AfD war nicht anwesend. In ihr heißt es u.a.:

Aus zahlreichen Zeugenberichten und Recherchen von Journalisten und Menschenrechtsexperten wurde inzwischen bekannt, dass die Insassen in diesen Lagern regelmäßig Opfer von Folter, sexueller Gewalt und psychischem Terror werden. Durch tägliche Indoktrinationen zur Verinnerlichung der kommunistischen Staatsideologie sollen die Uiguren sowohl in Freiheit und noch stärker in Gefangenschaft systematisch ihrer kulturellen Identität beraubt werden. Zudem müssen Angehörige der ethnischen Minderheiten in Xinjiang massenhaft Zwangsarbeit leisten, Frauen werden gegen ihren Willen sterilisiert und unter Androhung von Lagerhaft zur Abtreibung gezwungen. Inzwischen dokumentieren selbst offizielle Statistiken der chinesischen Regierung die Folgen dieser brutalen Strategie, mit der China zahlreiche von ihm unterzeichnete Menschenrechtsabkommen missachtet. Die Geburtenrate der Minderheiten in Xinjiang ist seit Beginn dieser systematischen Kampagne von Staat und Partei vor einigen Jahren massiv eingebrochen. In der Langzeitwirkung ist das Volk der Uiguren durch diese ebenso brutale wie systematische Strategie in seiner Existenz gefährdet [...]. Auch aufgrund dieser fachlichen Stellungnahmen kommt der Ausschuss zu dem Schluss, die schweren Menschenrechtsverletzungen an den ethnischen und religiösen Minderheiten in Xinjiang als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu bezeichnen.¹²

Da die Legislaturperiode kurz nach der Erklärung zu Ende ging, kam es nicht mehr zu einer Beratung und Entschließung im Plenum des Bundestages. Der Ausschuss hatte den Vorwurf des Völkermordes zwar fallen gelassen, aber schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit für erwiesen erklärt. Bei dieser Eindeutigkeit konnte es nur eine Frage der Zeit sein, dass in der neuen Legislaturperiode eine erneute Initiative in Richtung einer Verurteilung Chinas durch den Bundestag erfolgte. Das lag ausdrücklich in der Perspektive der Mehrheit im vergangenen Menschenrechtsausschuss, das

¹² <http://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse19/a17menschenrechte/Erklaerungen/xinjiang-849224> (Zugriff: 04/2024).

einmal verfolgte Ziel nicht an der Hürde des Legislaturwechsels scheitern zu lassen. So hat sich vor kurzem ein „Parlamentskreis Uiguren“ gegründet, mit dem Abgeordnete von FDP, Grünen, SPD und CDU die Öffentlichkeit über die „fortlaufenden Menschenrechtsverletzungen“ informieren wollen. Der Initiator, der FDP-Abgeordnete Peter Heidt, nannte dabei sein „persönliches Ziel, dass wir die Handlungen der chinesischen Regierung in Xinjiang im nächsten Jahr im Bundestag als Genozid anerkennen“.¹³ Wir können also davon ausgehen, dass der aktuelle Ausschuss diese Initiative demnächst wieder aufnehmen und den Bundestag zu einer Entscheidung über Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit der VR China auffordern wird.

Andere Stimmen

Obwohl die Kritik an der Menschenrechtssituation in Xinjiang in Medien und Politik absolut dominant ist, darf nicht übersehen werden, dass sich in den letzten Jahren einige andere Autoren und langjährige Chinakenner zu Wort gemeldet haben, die abweichende Positionen und differenzierte Einschätzungen präsentieren. Sie berücksichtigen vor allem, dass die chinesische Regierung seit Ende der 1980er Jahre mit einem djihadistischen und separatistischen Terror zu kämpfen hatte.¹⁴ Schätzungen gehen von bis zu 20.000 uigurischen Dschihadisten aus, die Xinjiang nicht nur in ein Emirat verwandeln wollten, sondern es auch von China abspalten und ein islamisches Ost-Turkestan gründen wollten. Aber selbst der härteste Antiterror-Kampf hat die Menschenrechte einzuhalten. So räumen die Autoren in Einzelfällen grobes Fehlverhalten und mögliche Menschenrechtsverletzungen in der chinesischen Politik gegenüber den Uiguren ein. (Kein ausschließlich die Chinesen treffender Vorwurf – die Gefängnisse der USA in Irak, Abu Graib, in Afghanistan, Bagram, und in Guantanamo geben Zeugnis dafür, wie wenig es z.B. den USA gelungen ist, in ihrem Antiterror-Kampf das Gebot einzuhalten.) Die Autoren sehen aber keine überzeugenden Indizien

¹³ Heidt 2023.

¹⁴ Vgl. Behrens 2021a, 183ff.; Schneider 2023, 271; Elsner 2020, 249f.; Bücklers 2021; Kronauer 2019a.

oder gar Beweise für systematische Vergewaltigungen, Sterilisation oder Folter in Xinjiang. So weist z.B. Wolfram Elsner, ehemaliger Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bremen, auf den Terrorismus uigurischer Extremisten hin, die nicht nur in Xinjiang die chinesische Politik herausforderten, sondern auch in Afghanistan und später in Syrien mit Taliban, IS und AlQaida zusammen kämpften. Schon 2011 habe der frühere US-Außenminister Henry Kissinger in seinem China-Buch „von möglichen Auswirkungen des islamistischen Terrorismus auf die Provinz Xinjiang gesprochen“.¹⁵ Die US-Regierung unter Präsident Trump hat erst im November 2020 die „East Turkistan Islamic Movement“ (ETIM) von der Terrorliste gestrichen, die die Regierung von Präsident Bush 2002 gelistet hatte. Elsner kommt zu dem der herrschenden Meinung offensichtlich entgegengesetzten Schluss, wenn er in Anspielung auf die USA schreibt:

*Chinas Methode aber sind nicht geheime Gefängnisse und Folterzentren überall auf der Welt, sondern Entwicklung und Wohlstand, die Methode übrigens auch der bürgerlichen Gesellschaft [...], eine Methode sozialer Integration und nationaler Entwicklung, die der Kapitalismus heute aber längst nicht mehr realisieren kann.*¹⁶

Auch Uwe Behrens, seit 1990 in China als Unternehmer tätig, bezweifelt die allgemein kolportierten Angaben über etwa eine Million in Umerziehungslagern internierte Uiguren und stellt die Quellen in Frage, die nicht von der UNO kommen, sondern aus den USA. So wird auch der „World Uyghur Congress“ mit Sitz in München wesentlich vom „National Endowment for Democracy“ (NED) aus den USA finanziert. Behrens verweist ebenfalls auf die wiederholten Anschläge und Terrorgefahr durch uigurische Islamisten und erklärt die innenpolitische Situation mit den Worten:

Die chinesische Regierung sieht sich darum seit einigen Jahren einer gefährlichen Situation insbesondere in Xinjiang gegenüber: soziale Konflikte im Innern, die noch immer nicht hinreichend gelöst werden konnten, und eine terroristische Bedrohung von außen. Dagegen sucht sie mit einer Doppelstrategie vorzugehen. Auf der einen Seite soll der Lebensstandard der uigurischen Bevölkerung durch ein umfassendes Investitionsprogramm erhöht werden, dazu

¹⁵ Vgl. Kissinger 2012, 252.

¹⁶ Elsner 2020, 256.

*gehört auch eine Intensivierung der Ausbildung durch Hebung des Bildungsniveaus, und der Zuzug der Han-Chinesen wird nicht mehr gefördert. Auf der anderen Seite werden die aktiven Antiterror-Maßnahmen verstärkt.*¹⁷

In diesem Antiterror-Kampf setzt China, so Behrens,

*auf die Vernunft, auf die Aufklärung: Die Behörden versuchen die potentiell Anfälligen und Auffälligen zu bilden, sie setzen Wissen gegen eine religiöse Radikalisierung und einen politischen Extremismus. Die Führung hat die verheerenden Folgen des ‚heiligen Krieges‘ in anderen Regionen vor Augen.*¹⁸

Der Ethnologe und Politikwissenschaftler Thomas Heberer von der Universität Duisburg-Essen widmet sich in seinen weitgespannten Studien zur chinesischen Gesellschaft und Politik auch den ethnischen Minoritäten und den Methoden und Inhalten ihrer Integration in die Volksrepublik. Er sieht darin vor allem ein Projekt der „Disziplinierung und Zivilisierung“, welches unter anderem dem Übergang von einer agrarischen zu einer industriellen Gesellschaft und der Anpassung der Menschen an die „Moderne“ zielt, nicht nur in Xinjiang, sondern im ganzen Land.¹⁹ Heberer diskutierte den offensichtlich lebhaften Austausch zwischen chinesischen Wissenschaftlern und Politikern über die Ziele der Nationalitätenpolitik angesichts der Unruhen in Tibet (2008), Xinjiang (2009) und der Inneren Mongolei (2011), die vor allem in Xinjiang zu terroristischen Attacken uigurischer Islamisten geführt haben. Er wies darauf hin, dass trotz der Reformpolitik der Regierung, ethnische Konflikte gewachsen seien. Und er bezweifelte, ob die Art der „affirmative action“, mit der die Regierung den ethnischen Minderheiten Vorteile beim Zugang zu den Universitäten, Geburtenkontrolle, Gebrauch der eigenen Sprache und Schrift sowie kulturelle Angebote macht, ausreicht, um die religiösen, ethnischen und kulturellen Unterschiede zum Verschwinden zu bringen. Zu sehr sei die Politik auf ökonomische Entwicklung und Modernisierung fixiert²⁰. Anders als Kritiker, die in den Vorgängen in Xinjiang ein reines Unterdrückungs- und Assimilierungsprogramm sehen, weist Heberer auf die Hintergründe hin: das Sicherheits-

¹⁷ Behrens 2021a, 188.

¹⁸ A.a.O., 192.

¹⁹ Siehe Heberer 2023, 148-160.

²⁰ Vgl. ders. 2022.

dilemma, das durch ein hohes Maß an terroristischen Aktivitäten in Xinjiang und anderen Regionen charakterisiert war und damit verbunden ein verstärktes Programm der Nationsbildung.²¹

Die Sinologin Mechthild Leutner (Freie Universität Berlin) geht in ihrer Stellungnahme für den Menschenrechtsausschuss vom 18. November 2020 detailliert auf die Vorwürfe um die Umerziehungs- bzw. Internierungslager ein, die im Zentrum der Kritik stehen. Sie weist darauf hin, dass es sich bei diesen Lagern offensichtlich um das handelt, was die Chinesen als Erziehungs- und Ausbildungszentren bezeichnen, die es in ganz China – und eben auch in Xinjiang – gibt. Sie werden von den Kommunen und Fabriken eingerichtet und sind bis in jüngste Zeit von der Weltbank gefördert und evaluiert worden. Von diesen Zentren zu unterscheiden seien die als Teil der Terror- und Extremismusbekämpfung eingerichteten Zentren. Sie würden vorrangig der Deradikalisierung mit streng geregelter Tagesablauf dienen und auch berufliche Weiterbildungsmaßnahmen durchführen. Sie sind im Dezember 2019 wieder aufgelöst worden. Davon wiederum seien die Haftanstalten und Arbeitslager zu unterscheiden, in denen gerichtlich Verurteilte ihre Strafe verbüßten und in denen auch Zwangsarbeit geleistet werden muss. Auch Umerziehungslager habe es in China gegeben, die aber schon 2013 abgeschafft worden sind. Die Regierung forcieren nach wie vor auch ihre Armutsbekämpfungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Xinjiang, die mit ihren Regelungen zu Geburten- und Heiratskontrollen sowie Beschränkungen religiöser Aktivitäten auf den privaten Raum stark in die traditionell patriarchalisch geprägte Lebensweise eingriffen.²² Auch Mechthild Leutner bestätigt für Xinjiang ein großes Terror- und Sicherheitsproblem, welches aus der Radikalisierung fundamentalistischer Strömungen im sunnitischen Islam in Verbindung mit den separatistischen Kämpfen für eine unabhängige Republik Ost-Turkestan entstanden ist. Die Autorin hat keine Indizien oder gar Beweise für schwere systematische Menschenrechtsverletzungen durch die chinesische Regierung bei der Abwehr der Terroranschläge und der Resozialisierung der gefangengenommenen Terroristen in den „Deradikalisierungszentren“ bis 2019 erkennen können.

²¹ Vgl. den Beitrag von Thomas Heberer in diesem Band.

²² Leutner 2020, 2ff.; 11.

Jörg Kronauer, Autor zahlreicher Veröffentlichungen über China, schreibt sogar, dass China die sanftere Variante des antiterroristischen Kampfes gewählt habe und mit Berufsausbildung, Sprachschulung und ideologischer Überzeugungsarbeit eine Integration versuche.²³

Die Position in der UNO

Ende Oktober 2021 veröffentlichte das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte den von Hochkommissarin Michelle Bachelet verfassten Report mit dem Titel *OHCHR Bewertung der Menschenrechtslage in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang, Volksrepublik China*. Der Bericht datiert vom 31. August 2021, wurde aber erst am letzten Tag ihrer Amtszeit Ende Oktober 2021 veröffentlicht, was dafürspricht, dass es Unstimmigkeiten über den Inhalt gegeben haben mag. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass es insbesondere im Zeitraum 2017 bis 2019, während der Antiterror-Maßnahmen der chinesischen Regierung, zu schweren Menschenrechtsverletzungen gekommen sei:

*Die Informationen, die dem OHCHR derzeit über die Umsetzung des von der Regierung erklärten Kampfes gegen Terrorismus und 'Extremismus' in der XUAR (Autonome Region Xinjiang) im Zeitraum 2017-2019 und möglicherweise auch danach vorliegen, geben auch aus der Perspektive des internationalen Strafrechts Anlass zu Bedenken. Das Ausmaß der willkürlichen und diskriminierenden Inhaftierung von Angehörigen der Uiguren und anderer überwiegend muslimischer Gruppen gemäß den Gesetzen und der Politik im Zusammenhang mit den Einschränkungen und dem generellen Entzug von Grundrechten, die individuell und kollektiv genossen werden, kann internationale Verbrechen, insbesondere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darstellen.*²⁴

Der Bericht beschränkt sich ausdrücklich auf den Zeitraum 2017 bis 2019, da der Kommission offensichtlich für die Zeit danach keine vergleichbaren Erkenntnisse vorlagen. Schon am 10. August 2018 hatte der UN-Ausschuss über die Beseitigung rassistischer Diskriminierung (CERD) einen Bericht vorgelegt, der von Reuters mit der Schlagzeile angekündigt wurde: „Die

²³ Kronauer 2019a, 79.

²⁴ Rn. 148.

UN sagt, sie habe glaubwürdige Berichte, dass China eine Million Uiguren in geheimen Lagern hält.“ Seitdem geistert diese Zahl immer wieder durch die Medien. Abgesehen davon, dass der Ausschuss nicht die UNO, sondern ein Gremium unabhängiger Experten ist, stellte sich heraus, dass es sich in dem Report um eine Erwähnung der „Umerziehungslager“ handelte, die einzig die US-Amerikanerin in dem Gremium, Gay McDougall, ohne Quellenangabe gemacht, und der sich allein ein Vertreter Mauretaniens anschlossen hatte.

Die Reaktion der chinesischen Regierung auf den Bericht von Michelle Bachelet war eindeutig und negativ. In einer Verbalnote²⁵ weist sie die Vorwürfe des OCHCR-Berichts zurück und beschuldigt die Kommission, ihr Mandat zu verletzen und die menschenrechtlichen Fortschritte, die die ethnischen Minderheiten in Xinjiang gemeinsam mit der Regierung der Volksrepublik gemacht hätten, sowie den jahrelangen Kampf gegen den Terrorismus nicht zu berücksichtigen. Sie fügte zugleich eine umfangreiche Dokumentation über das Ausmaß des Terrorismus in der Region und den Kampf dagegen an.

Der Antiterror-Kampf

Bei allen Vorwürfen des Verbrechens gegen die Menschlichkeit/Menschheit und des Völkermords wird das Problem des Terrorismus in der Region in den westlichen Medien heruntergespielt und allenfalls am Rande erwähnt. Es ist allerdings notwendig, einen Blick auf die besonderen Sicherheitsprobleme in Xinjiang zu werfen, um das Ausmaß und die Qualität der Inhaftierungen und Freiheitsbeschränkungen einschätzen zu können.²⁶ Aufstände zur Schaffung eines unabhängigen Staates reichen bis in das 19. Jahrhundert zurück. In den Jahren seit 1930 zielten sie auf die Gründung eines islamischen Gottesstaates, 1933 wurde in Kashgar in Süd-Xinjiang die Republik Ostturkestan proklamiert. Damals gelang es nur mit sowjetischer Hilfe, den Aufstand niederzuschlagen. Seit den 1990er Jahren haben

²⁵ <http://www.ohchr.org/en/documents/country-reports/ohchr-assessment-human-rights-concerns-xinjiang-uyghur-autonomous-region> (Zugriff: 04/2024).

²⁶ Ausführlich dazu: Thomas Heberers Beitrag in diesem Band.

zahlreiche Anschläge und gewalttätige Unruhen auf zwei Probleme in der Region hingewiesen: zum einen die Radikalisierung fundamentalistischer Muslime und zum andern die Separationspläne uigurischer Nationalisten. Insbesondere unter dem Einfluss der islamischen Nachbarstaaten Afghanistan und Pakistan hat sich ein Gewaltpotenzial entwickelt, welches zum Teil von den Taliban ausgebildet wurde und mit AlQaida verbunden, Terroranschläge mit Hunderten von Toten – nicht nur in Xinjiang, sondern bis nach Peking – zu verantworten hat. Es ist daran zu erinnern, dass die US-Truppen seinerzeit in Afghanistan Uiguren bei den Taliban aufgegriffen und als Terroristen nach Guantanamo gebracht haben. Dort wurden sie erst vor ein paar Jahren ohne Gerichtsverhandlung frei gelassen.

Bekannt geworden sind Bombenanschläge von 1992, 1993, 1997 und 1998 in Ürümqi mit zahlreichen Toten²⁷. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete von über 200 Terroranschlägen mit 162 Todesopfern zwischen 1990 und 2001 (25. Nov. 2019). Die chinesischen Gegenmaßnahmen vermochten den Terror nur vorübergehend einzudämmen. Am 9. Juli 2009 machte ein blutiges Massaker in Ürümqi, der Hauptstadt von Xinjiang, deutlich, dass die separatistischen Kräfte offensichtlich nicht mit herkömmlichen polizeilichen und militärischen Mitteln zu befrieden sind. Über 1.000 Uiguren hatten mit Messern und Stöcken Polizisten und Han-Chinesen angegriffen, Fahrzeuge, Geschäfte und Wohngebäude geplündert und in Brand gesetzt. 197 Menschen kamen dabei ums Leben, davon 134 Han-Chinesen. Es wird vermutet, dass bei diesem Pogrom auch die Diaspora der Exil-Uiguren eine Rolle gespielt hat.²⁸ Die bei der Universität von Maryland bei Washington geführte *Global Terrorism Database* verzeichnet für die Zeit danach verstärkte Attentate und terroristische Anschläge, die bis auf den Tiananmen-Platz in Peking reichten, wo am 28. Oktober 2013 drei Uiguren mit einem SUV in eine Menschenmenge fuhren, 2 Passanten töteten und 38 verletzten. Schon vorher waren 2011 und 2012 in Kashgar vor allem Han-Chinesen angegriffen und getötet oder verletzt worden. Einen blutigen Höhepunkt fand diese Serie am 1. März 2014, als uigurische Dschihadisten außerhalb

²⁷ Vgl. Leutner 2020, 1f.; Kronauer 2019b; Behrens 2021a, 184; Elsner 2020, 250ff.

²⁸ Kronauer 2019a, 3.

Xinjians in Kunming, Provinzhauptstadt von Yunnan, 31 Menschen erschlugen und 141 verletzten – ein Ereignis, das als „Chinas 9/11“ in die Terrorgeschichte eingegangen ist. Ein Terrorexperte von der Nanyang Technological University in Singapur, Rohan Gunaratna, sagte nach dem Massaker in Kunming: „Ich würde schätzen, dass es in den vergangenen zwölf Monaten mehr als 200 Anschläge gegeben hat, vielleicht sogar mehr.“²⁹ Michael Clarke von der Australia National University in Canberra geht von mindestens zehn bewaffneten radikalislamischen Uiguren-Gruppen aus, die Xinjiang von der chinesischen Herrschaft befreien wollen.³⁰ Der chinesische Minister für Sicherheit spricht sogar von zwölf separatistischen Bewegungen noch in den 1990er Jahren³¹. Ihre Verbindungen gingen in die Türkei und zu einschlägigen Organisationen in den Nachbarstaaten Afghanistan, Pakistan und Tadschikistan, wo sie sich später den islamistischen Gruppen wie IS, AlQaida, NUSRA-Front und Taliban anschlossen. Von dort aus verübten sie Anschläge in Xinjiang und rekrutierten Kämpfer.

Als Reaktion auf diese Serie wurde zunächst 2003 die Antiterrorismus-Kampagne „Hart zuschlagen“ und nach weiteren Unruhen 2009 im Jahr 2015 von der Zentralregierung in Peking ein Antiterror-Gesetz für Xinjiang beschlossen, welches das Autonome Gebiet 2016 mit eigenen Antiterror-Regelungen ergänzt hat. In der Folge wurden die kritisierten Umerziehungslager oder „Deradikalisierungszentren“ eingerichtet, die allerdings ab 2020 wieder aufgelöst wurden. Dies wird auch von dem schärfsten Kritiker Adrian Zenz eingeräumt. Nicht unberücksichtigt bleiben darf dabei aber die Verbindung uigurischer Dschihadisten zum Ausland. Sie beschränkt sich nicht nur auf die Ausbildung durch die Taliban, sondern besteht auch in gemeinsamen Kampfeinsätzen im Norden Afghanistans und an der Seite von IS- und AlQaida-Kämpfern in Syrien, Südostasien und Libyen. Derzeit sollen mehrere tausend Uiguren noch in Idlib/Syrien gemeinsam mit der Nusra-Front gegen die Regierung in Damaskus kämpfen³². Erst im Jahr 2014 wurden die letzten drei von insgesamt 17 Uiguren, die die US-Armee

²⁹ Zit.n. Kronauer 2019a, 4.

³⁰ Vgl. Scheben 2021.

³¹ Vgl. Heberer/Schmidt-Glintzer 2023.

³² Vgl. Sydow 2019.

in Afghanistan bei den Taliban als Terroristen gefangengenommen hatten, aus Guantanamo entlassen. Sollten alle diese versprengten Söldner eines Tages zurück nach Xinjiang kommen, würde das die Sicherheitsprobleme zweifellos erhöhen.

Insgesamt zeigen bereits diese unvollständigen Daten, dass sich die chinesischen Behörden über die Jahre mit einem erheblichen Terrorproblem vor allem in Xinjiang auseinanderzusetzen hatten und dabei auch polizeiliche und militärische Gewalt anwenden mussten. Die Rede von der „systematischen Internierung einer ganzen ethno-religiösen Minderheit“, die vom Ausmaß her „vermutlich die größte seit dem Holocaust“ sei, wie Adrian Zenz zitiert wird, ist m.E. jedoch ohne reale Grundlage und im Vergleich vollkommen deplatziert. Aus dem Antiterror-Kampf der USA in Afghanistan und Irak wissen wir über die massiven Menschenrechtsverstöße, die sich durch die Misshandlung der Gefangenen in Lagern wie Guantanamo, AbuGraib und Bagram ergeben haben. Es ist nicht auszuschließen, dass sich solche Probleme auch in den „Deradikalisierungszentren“ in Xinjiang zugetragen haben. Für die Gegenwart (2024) halte ich allerdings auf Grund unserer Gespräche in der Akademie der Sozialwissenschaften in Ürümqi und mit der Parteiführung von Xinjiang die weitere Existenz solcher Zentren und Lager für sehr unwahrscheinlich. Der seit Dezember 2021 neu amtierende Parteisekretär Ma Xingrui räumte durchaus Willkürmaßnahmen während des Antiterror-Kampfes ein. Zugleich betonte er, dass es nun um eine rasche Rückkehr zur Normalität ginge. Das Rechtsbewusstsein und die Sicherheit rechtlicher Verfahren müsse gestärkt werden, um das allgemeine Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtmäßigkeit staatlichen Handelns wiederzugewinnen.

Die Minderheiten-Politik

Ein weiterer Aspekt, der für die Beurteilung der Vorwürfe wesentlich ist, ergibt sich aus der Politik Chinas gegenüber den ethnischen Minderheiten. Die Volksrepublik China umfasst 56 Nationalitäten. Neben der ethnischen Mehrheit der Han-Chinesen gibt es 55 ethnische Minoritäten mit einem Bevölkerungsanteil von 8,5 Prozent mit elf geschriebenen Sprachen. Die „au-

tonomen Gebiete“ der ethnischen Minoritäten, zu denen auch Xinjiang gehört, bemessen fast zwei Drittel des gesamten chinesischen Territoriums. Es sind vorwiegend Grenzgebiete mit reichen Ressourcen aber erheblichem Entwicklungsrückstand gegenüber dem östlichen, an die Küste grenzenden Kerngebiet. Es ist jedoch nicht nur dieser Rückstand, der durch umfangreiche ökonomische und soziale Programme überwunden werden muss, sondern auch die historisch auf die imperiale Kaiserzeit zurückreichende vertikale Kluft zwischen den Han und den tributpflichtigen „unzivilisierten Barbaren“. ³³ Die oben erwähnten *China Cables* enthüllten, dass das Berufsbildungs- und Trainingsprogramm, d.h. die Umerziehung der Uiguren und anderen muslimischen Minderheiten in Xinjiang, eng verknüpft war mit der Aufgabe zu disziplinieren, zivilisieren und in städtische Gebiete umzusiedeln. Es geht dabei um industrielle Disziplin, Selbstdisziplin und zivilisierten Umgang im täglichen Leben, die das Benehmen, die Gewohnheiten und die Hygiene der ethnischen Bevölkerung verändern sollen, wozu auch das Erlernen der chinesischen Hochsprache – des Mandarin – gehört. Das kann man als rigorose Assimilierungspolitik bezeichnen, hat aber vor allem das Ziel, die Armut zu bekämpfen und den Lebensstandard der überwiegend ländlichen Bevölkerung zu verbessern.

Ökonomische Vernachlässigung, Arbeitslosigkeit der Uiguren und die anhaltende Immigration der Han waren zweifellos wesentliche Faktoren für ethnische Spannungen in Xinjiang schon seit Ende der 1990er Jahre. Durch die anschließende Zeit der Unruhen wurden die Spannungen nur noch verschärft. Das musste die Partei in den Griff bekommen, um der dortigen Bevölkerung ein Umfeld zu schaffen, in dem sich das Individuum und die Gesellschaft entfalten kann. Das Mittel dazu war, die große Masse der ländlichen Arbeitslosen in produktive Arbeitskräfte in der Industrie zu verwandeln. So wurden in Xinjiang seit 2016 1,4 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen. Von 2014 bis 2019 stieg die Zahl der Beschäftigten um 2 Mio. Die Gesundheitsversorgung wird staatlich subventioniert. Der Kampf gegen den Analphabetismus wurde durch bildungspolitische Maßnahmen wie die Einführung von 15 Jahren kostenloser Kindergarten-, Schul- und Berufs-

³³ Vgl. dazu ausführlich die Schriften von Thomas Heberer.

ausbildung in Süd-Xinjiang, die auch in den Norden ausgeweitet werden soll, und die Einrichtung von Internaten zu einem weiteren Schwerpunkt der Entwicklungsanstrengungen.³⁴ Unterricht ist in den Pflichtschuljahren zweigleisig. In der Grundschule finden manche Fächer in uigurischer Sprache statt. In der Unterstufe der Mittelschule ist Mandarin Hauptsprache, in der Oberstufe nur noch fakultativ. Laut Angaben des Ministeriums für Erziehung wuchs der Anteil der Schüler, die die Oberschule besuchten, in den uigurisch dominierten Teilen Xinjiangs in fünf Jahren von 38 Prozent auf 84 Prozent. 2019 waren es bereits 98.82 Prozent für die Provinz insgesamt. Mehr als 46 Prozent der 18- bis 22-Jährigen verfolgten ein Studium, eine Zahl, die sich seit 2010 verdoppelt hat.³⁵

Bemerkenswert ist die Entwicklungshilfe durch andere, wohlhabendere chinesische Provinzen, die Investitionen in Industrie, Landwirtschaft, Dienstleistung und Ausbildung tätigen und damit Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Uigurinnen und Uiguren schaffen. Dazu gehören z.B. die neuen Berufsausbildungszentren in jedem Landkreis in Xinjiang. Wir besichtigten das Zentrum in Kashgar mit ca. 10.000 Auszubildenden, welches von der Provinz Guangdong großzügig unterstützt wurde. Hier werden insgesamt 22 Fächer angeboten, von IT-Technik, Maschinenbau und Lebensmittelproduktion bis zu Mode und Tourismus. Die Ausbildung ist kostenfrei, obendrein erhalten die Jugendlichen 200 Yuan (circa 26,30 €) monatlich zur Unterstützung ihrer Eltern. Das ist zweifellos ein Anreiz, die Kinder zur Ausbildung zu schicken. Zudem eröffnet das Angehörigen anderer ethnischer Minderheiten, vor allem auch jungen Frauen, die Möglichkeit, eine kostenlose Berufsausbildung zu erhalten. Eine uigurische Managerin, die ein privates Modeunternehmen leitet, in dem Frauen aus der unmittelbaren Umgebung Kleidung herstellen, erklärte, dass die Miete für das staatliche Grundstück prozentual an den Gewinn ihres Unternehmens angepasst sei, sie durch die Mietkosten also nie ins Defizit getrieben werden könne.

³⁴ Vgl. Heberer/Schmidt-Glintzer 2023.

³⁵ Vgl. Bücklers 2021.

Zur Unterstützung der Entwicklung gehört auch ein Programm der Zentralregierung, welches seit 1997 regelmäßig Fachkräfte aus etwa 120 zentralen Departments und Organisationen in die Region entsendet. Sie sind spezialisiert in den Bereichen Erziehung, medizinische Versorgung, Wissenschaft, Recht und Technologie sowie Kultur und Tourismus. Über 60 Prozent sind in den technischen Disziplinen und auf Unternehmensmanagement spezialisiert. Bisher sollen über 20 000 solcher Fachkräfte in ganz Xinjiang eingesetzt worden sein. Kurz nach unserer Reise, im Juni 2023 waren wieder 600 Fachkräfte für einen dreijährigen Einsatz in Xinjiang angekommen. Zweifellos verfolgt dieses Programm auch die Integration der unruhigen Provinz in die nationale chinesische Einheit, doch sollte man den Wert der Unterstützung für die Entwicklung dieser Region nicht unterschätzen.

Die chinesische Menschenrechtskonzeption

Vor der völkerrechtlichen Bewertung der erhobenen Vorwürfe sollen einige Anmerkungen über die sozialistische chinesische Konzeption der Menschenrechte auf den unterschiedlichen Ansatz gegenüber dem kapitalistischen Westen aufmerksam machen. Die Differenzen traten schon in den Beratungen der Siegermächte 1945 über die *UNO-Charta* auf.³⁶ Während Churchill die Menschenrechte mit dem Blick auf das Commonwealth nicht in der Charta verankert sehen wollte, hielt Stalin sie für den internationalen Frieden ohne Bedeutung. Er bestand aber auf der Aufnahme der sozialen und ökonomischen Rechte, die Churchill wiederum als nicht vereinbar mit der westlich kapitalistischen Wirtschaftsordnung ablehnte. So einigte man sich darauf, die Charta nicht mit dieser strittigen Frage zu belasten und auf die Menschenrechte zu verzichten. 1948 fand man in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* einen anderen Kompromiss. Man nahm die politischen und bürgerlichen Rechte gemeinsam mit den sozialen, ökonomischen und kulturellen in die Erklärung auf und verzichtete auf ihre Verbindlichkeit. Zugleich beauftragte die UNO-Vollversammlung den Menschenrechtsausschuss, einen Text mit Rechtsverbindlichkeit zu entwerfen.

³⁶ Vgl. Paech/Stuby 2013, 654; Rz. 34ff.

Bei den Beratungen blieben die Kontroversen zwischen dem Westen und Osten mit ihren unterschiedlichen Ideologien nicht aus, sodass man sich 1961 auf zwei getrennte Pakte³⁷ einigte, die 1966 von der UN-Vollversammlung mit Rechtsverbindlichkeit verabschiedet wurden. Seitdem ist es jedem Staat überlassen, wie er mit der Verbindlichkeit der jeweiligen Rechte in den jeweiligen Pakten umgeht.

Während in den westlich-kapitalistischen Staaten diese Trennung nicht mehr thematisiert wird, spielt sie in der chinesischen Diskussion nach wie vor eine Rolle zur betonten Abgrenzung vom westlich-bürgerlichen Menschenrechtsverständnis.³⁸ So stellt He Zhipeng in seinem Artikel *Zentrale Elemente des Chinesischen Weg der Menschenrechte* die Gegenüberstellung der beiden Konzepte an den Anfang:

*Die von der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) geführte Menschenrechtsarbeit unterscheidet sich in Bezug auf Arbeitsweise, Struktur und Mechanismus erheblich von der traditionellen westlichen Menschenrechtsarbeit, da die KPC das Volk anführt und den Grundsatz vertritt, das Volk an die erste Stelle zu setzen. Beim Schutz und bei der Verwirklichung der Menschenrechte spielt die KPCh eine führende Rolle. Bei der Planung von Unternehmungen berücksichtigt sie zunächst die Bedürfnisse des Volkes und dient seinen Bedürfnissen nach einem besseren und glücklichen Leben. Darüber hinaus prüft die KPCh bei der Förderung und Umsetzung der Sache ständig, wie die Stimme des Volkes beachtet und sein Gefühl des Gewinns verbessert werden kann, wie den Menschen das Gefühl der Fürsorge und Wärme in ihrem täglichen Leben vermittelt werden kann und wie Fairness und Gerechtigkeit im Rechtssystem herrschen können. Im Gegensatz dazu stellt der traditionelle Menschenrechtsmechanismus im Westen das Volk und die Regierung in eine entgegengesetzte Position, in der das Volk die Regierung herausfordert und von der Regierung verlangt, ihr Regierungsverhalten einzuschränken, damit das Volk seine entsprechenden Rechte frei genießen kann.*³⁹

³⁷ Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 19. Dez. 1966; Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 19. Dez. 1966.

³⁸ Zu den historischen u. philosophischen Wurzeln des chinesischen Menschenrechtsdialogs vgl. Xian 2012.

³⁹ He 2023 (eigene Übers.).

Zwei grundlegende Voraussetzungen der chinesischen Menschenrechtskonzeption werden hier benannt: die führende Rolle der Partei in dem zentralisierten System der Volksrepublik und die Bedeutung des Volkes als primäres Subjekt der Menschenrechte. Daraus erwächst der Partei bzw. dem Staat die Aufgabe, zuerst die Voraussetzungen und Bedingungen für den Genuss der Menschenrechte für das Volk zu schaffen. Diesem „people-centered“ genannten Ansatz wird in der weit entfalteten Literatur und insbesondere nach dem 20. Nationalkongress der KPCh, der von der Chinesischen Gesellschaft für Menschenrechtsstudien am 8. November 2022 mit einer Rede des Vorsitzenden Xi Jinping veranstaltet wurde, breiter Raum gegeben.⁴⁰ Wo es in der westlichen Konzeption vordringlich um die Freiheit der Bürger vor staatlichen Eingriffen geht, fordert der „people-centered“ Ansatz vom Staat, die Grundlagen für eine „in jeder Hinsicht bescheiden prosperierende Gesellschaft“ zu schaffen und zu gewährleisten. Begriffe wie „Recht auf Zufriedenheit und ein glückliches Leben“, „Recht auf Lebensunterhalt und Entwicklung“, „Überwindung der Armut“ und „Erfüllung der Existenzgrundlage des Volkes“ prägen die Menschenrechtsdiskussion, die in der Partei und der Regierung primär Leistungserbringer sehen. Es ist eine für eine Entwicklungsgesellschaft typische Diskussion,⁴¹ an der sich die Regierung mit zahlreichen „Whitepapers“ beteiligt.⁴²

In den letzten Jahren spielt die Diskussion um politische und demokratische Rechte – „rule of law“ und „law-based governance“ – eine größere Rolle.⁴³ Die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit werden zwar als unterschiedliche Konzepte erfasst, die aber derart miteinander verwoben sind, dass das eine ohne das andere nicht realisiert werden kann.⁴⁴ Die klassischen Freiheitsrechte wie die Meinungs- und Redefreiheit, das Wahlrecht und Folterverbot werden wie die Sozialrechte nicht als Abwehr- sondern als Leistungsrechte verstanden. So soll der Staat für die Meinungs- und Redefreiheit eine „entspannte gesellschaftliche Mentalität“⁴⁵ ermöglichen, das

⁴⁰ Vgl. Li 2023.

⁴¹ Vgl. u.a. Jiang Jianguo 2023.

⁴² Vgl. z.B. State Council Information Office 2009 u. 2021.

⁴³ Vgl. z.B. State Council Information Office 2008.

⁴⁴ Vgl. Gu 2015.

⁴⁵ Vgl. He 2023.

Folterverbot verlangt eigene Mittel zur Sicherung von Beweisen, Möglichkeiten für die juristische Aufarbeitung und gerichtliche Prozesse. Diese Rechte hängen also stark von den Bedingungen ab, die der Staat für ihre Effektivität schaffen muss. Dass auch staatliches Handeln an diese „rule of law“ gebunden ist und nur in einem gesetzlich klar definierten und begrenzten Rahmen handeln darf, ist – abgesehen von der derzeitigen Realität –, selbstverständlicher Teil des Diskurses. Da China keine Verfassungsgerichtsbarkeit hat, eine solche auch nicht diskutiert oder geplant wird, kommt die Kontrolle dem Volk zu, was sich aus dem „people-centered“ Ansatz ergibt. Die führende Rolle der Partei bleibt dabei unangetastet, weswegen auch für Gewerkschaften mit einem Streikrecht auch kein Platz ist. In letzter Zeit sollen allerdings Bemühungen unternommen worden sein, die internen Strukturen der Partei stärker zu verrechtlichen:⁴⁶ Die Bürgerinnen und Bürger werden auf ihre Wahl- und Einwirkungsmöglichkeiten in den legislativen, judikativen und administrativen Institutionen statt auf Protestmärsche und Demonstrationen verwiesen.

Die Partei hat bisher zwei umfangreiche und sehr detaillierte Nationale Menschenrechts-Aktionspläne für die Jahre 2010 bis 2015 und 2016 bis 2020 vorgelegt.⁴⁷ In ihnen wird auch über die internationalen Aktivitäten der Volksrepublik in dem verzweigten Menschenrechts-Netzwerk der UNO berichtet. China hat zahlreiche UNO-Konventionen unterzeichnet und ratifiziert und nimmt an dem Berichtswesen insbesondere des Menschenrechtsausschusses aktiv teil. Bisher hat es allerdings noch nicht den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert, stellt aber in dem neuen Aktionsplan in Aussicht, „rechtliche Vorbereitungen voranzutreiben und den Weg für die Ratifizierung des Internationalen Paktes voranzutreiben“.

⁴⁶ Vgl. He 2023.

⁴⁷ Vgl. PKULA 2016.

Die völkerrechtliche Bewertung

Die erhobenen Vorwürfe konzentrieren sich auf die Straftatbestände der Artikel 6 und 7 Römisches Statut (RSt) vom 17. Juli 1998, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in Art. 6 und 7 Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) v. 26. Juni 2002 weitgehend inhaltsgleich in das deutsche Strafrecht übernommen worden sind. Hier geht es um Maßnahmen, die sich durchaus gegen einzelne individuelle Personen richten können, aber kollektiv auf eine Gruppe bzw. generell die Zivilbevölkerung zielen.

a) Art. 6 RSt zählt folgende Tathandlungen auf, die hier vorliegen könnten:

Im Sinne dieses Statuts bedeutet „Völkermord“ jede der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören [...]; b) Verursachung von schweren körperlichen oder seelischen Schäden an Mitgliedern der Gruppe; c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; d) Verhängung von Maßnahmen, die auf der Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind.

aa) Die Uiguren sind zweifellos eine durch Art. 6 RSt geschützte Personengruppe (ca. 12,7 Mio. Uiguren von insgesamt ca. 21 Mio. Einwohnern Xinjiangs). Unter „schweren körperlichen oder seelischen Schäden“ gelten in der Rechtsprechung „Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung und Verfolgung sowie Handlungen sexueller Gewalt, Vergewaltigung, Verstümmelung und Vernehmungen, die mit Schlägen und/oder Todesdrohungen einhergehen“.⁴⁸ Die Schäden müssen folglich so schwer sein, dass sie die Gefahr der teilweisen oder völligen Zerstörung der Gruppe zur Folge haben. Allerdings muss die Zerstörung nicht eingetreten sein. Der Wortlaut des Artikels spricht nur von der „Verursachung“ der Schäden und der „Absicht“ der Zerstörung, die aber noch nicht eingetreten sein muss.

Gehen wir davon aus, dass es überprüfbare Berichte über einzelne Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang gibt, so leiden doch alle Berichte über die sog. Umerziehungs- bzw. Internierungslager an seriösem Daten- und

⁴⁸ Vgl. Ambos 2008, II, 137.

Beweismaterial. Fotos und Satellitenaufnahmen von Gebäudekomplexen hinter hohen Mauern mussten wiederholt als falsche oder untaugliche Weise zurückgezogen werden. „Amnesty International“ versah einen Bericht mit der Überschrift *Im Land der unsichtbaren Lager*, in dem der Korrespondent der Berliner *taz*, Felix Lee, schrieb, dass er von Umerziehungslagern zwar nichts finden konnte, aber man wisse ja von „Zeugenaussagen“, wonach es „Gehirnwäsche und Folter“ gebe.⁴⁹ Alle Zahlen von Internierten bis zu einer Million Insassen in den Lagern beruhen auf hochgerechneten Schätzungen, die zwar überall in den Medien kolportiert werden, aber über keinen Nachweis ihrer Zuverlässigkeit für eine juristische Verwertbarkeit verfügen. Sie stammen von dem Netzwerk „Chinese Human Rights Defenders“. Dessen Befragungen in einzelnen Dörfern können kaum als seriöse Untersuchungen gewertet werden.⁵⁰ Soweit sie auf den Aussagen von im Ausland lebenden Uiguren beruhen, handelt es sich um ungeprüfte Zweitinformationen von ebenfalls mangelndem juristischem Wert. Das gleiche gilt für die kürzlich publizierte Studie des „Newlines Institute for Strategy and Policy“⁵¹, dass die Zahl der in angeblich 1.400 Einheiten internierten Uiguren auf bis zu zwei Millionen taxiert. Solange diese Maximalzahlen, die ebenfalls aus Sekundärinformationen und Internetrecherchen stammen, nicht zuverlässig überprüft und bestätigt werden, sind sie juristisch kaum verwertbar. Zweifellos wird es nach wie vor Strafgefangene geben, die im Antiterror-Kampf der Regierung verhaftet und hinter Mauern nun ihre Strafe absitzen oder auf einen Prozess warten. Über ihre Zahl und die Haftbedingungen ist derzeit nichts bekannt. Sollten sich die Völkermordvorwürfe auf diese Häftlinge beziehen, die politisch für die Regierung zu den gefährlichsten Aktivisten der Separationsbewegung gehören, so müssten auch diese Gefängnisse und die Haftbedingungen zunächst durch unabhängige Institutionen untersucht werden, ehe aus den Vorwürfen juristische Schlussfolgerungen und Konsequenzen gezogen werden können.

⁴⁹ Vgl. Scheben 2021.

⁵⁰ Vgl. Behrens 2021b, 7.

⁵¹ <https://newlinesinstitute.org/uyghurs/the-uyghur-genocide-an-examination-of-chinas-breaches-of-the-1948-genocide-convention/> (Zugriff: 04/2024).

Der Völkermord ist ein Absichtsdelikt, d.h. es genügt nicht der einfache Vorsatz zur Verursachung schwerer Schäden an Mitgliedern der Gruppe, vielmehr muss die Absicht nachgewiesen werden, die Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören. Diese überschießende Innentendenz der Tat kann offen deklariert und daher leicht nachgewiesen werden, sie kann sich aber auch erst aus der Analyse des Tatumfeldes und der Tatumstände ergeben. Selbst wenn man davon ausgehen könnte, dass die in den Vorwürfen genannten Zahlen und die menschenrechtswidrige Behandlung zutreffen, so lässt sich eine Absicht zur ganzen oder auch nur teilweisen Zerstörung der Gruppe/ Uiguren nicht erkennen. Man muss sich nicht auf die offiziellen Angaben der chinesischen Regierung über ihre Anstrengungen in Xinjiang, die Armut und den Entwicklungsrückstand zu überwinden, verlassen, die sie regelmäßig in ihren Weißbüchern veröffentlicht.⁵² Auch aus Berichten von Beobachtern, die sich über die Jahre häufig in der Region aufgehalten haben,⁵³ geht hervor, dass in Xinjiang in den letzten Jahren massiv wirtschaftlich investiert wurde und sich die materielle Lebensqualität der Bevölkerung erheblich verbessert hat.

Das hat dazu geführt, dass sehr viele Han-Chinesen als Arbeitskräfte in die unterbevölkerte Region gezogen sind. Verantwortlich war dafür der Rohstoffreichtum, aber auch z.B. das Projekt Neue Seidenstraße, die durch Xinjiang führt, damit die Infrastruktur verbessert und der verarbeitenden Industrie beste Arbeitsmöglichkeiten eröffnet.⁵⁴ Neben dem Aufbau moderner Produktionsstandorte für Textil-, Automobil- und Elektronikindustrie ist viel Geld in die Modernisierung der Landwirtschaft gesteckt worden. Das hat z.B. amerikanischen Exporteuren von Landwirtschaftsmaschinen erhebliche Exportmöglichkeiten beschert. Heute sollen 70 bis 80 Prozent der Baumwoll-Ernte mechanisiert sein, was wiederum Hunderttausende Erntehelfer freigesetzt hat, die nicht mehr nach Xinjiang kommen. So konnte 2020 nicht nur die absolute Armut⁵⁵ überwunden werden, sondern das Durch-

⁵² Vgl. z.B. *White Paper: Employment and Labor Rights in Xinjiang* (09/2020) u. *White Paper: Vocational Education and Training in Xinjiang* (08/2019).

⁵³ Vgl. Behrens 2021a; Bücklers 2021.

⁵⁴ Vgl. Yang/Mao 2023.

⁵⁵ Vgl. Leutner 2020, 4.

schnittseinkommen soll jetzt sogar höher sein als der Durchschnitt in ganz China.⁵⁶ Es gibt keinen Grund, den Angaben von *China Daily* vom 14. November 2020 nicht zu trauen, die einen Anstieg der Beschäftigung in Xinjiang zwischen 2014 und 2019 von 11,35 Mio. auf 13,5 Mio. und eine Arbeitsbeschaffung für insgesamt 8,3 Mio. ländliche Arbeitslose berichten⁵⁷. Das wäre zweifellos nicht möglich gewesen ohne die erwähnten einschneidenden Bildungsmaßnahmen.

Der Kampf gegen die immer wieder aufflammenden Anschläge und Terrorakte hat einen für westliche Beobachter offensichtlich furchteinflößenden Kontrollapparat hervorgebracht. An den Ein- und Ausfahrten jeder Ortschaft wurden bewaffnete Kontrollposten aufgebaut und in den Städten alle 500 Meter eine Polizeiwache, die aber heute offensichtlich weitgehend abgebaut sind. Der ganze Verkehr wird von Kameras mit Gesichtserkennung überwacht, was jedoch keine Spezialität in Xinjiang darstellt, sondern für ganz China bekannt ist. 2019 sollen insgesamt 200 Mio. Kameras in ganz China installiert gewesen sein.

Trotz aller Eingriffe in das alltägliche Leben der Uiguren, die sie aus vielen Bindungen an eine traditionelle Lebensweise gerissen haben und viel Widerstand erzeugen mussten, lassen die ergriffenen Maßnahmen zur ökonomischen und sozialen Entwicklung keinen Rückschluss zu, dass sie in der Absicht erfolgt sind, die Gruppe der Uiguren als ethnische Minorität zu zerstören. Man kann allenfalls von einer „Entwicklungsdiktatur“ sprechen, ein Begriff, der in der Entwicklungsliteratur gebräuchlich ist, um zentral gesteuerte Entwicklungsaktivitäten zu charakterisieren, und nicht mit der Absicht zur Zerstörung ihrer Adressaten belastet werden kann.

bb) Auch für Art. 6 RSt „c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen“, ist die Absicht erforderlich, die Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören. Das bedeutet, dass die „Gruppe als solche“ nicht nur körperlich, sondern auch sozial und politisch zerstört werden soll. Selbst wenn man in Erwägung zieht, dass das „Zivilisierungsprojekt“ eine

⁵⁶ Vgl. Scheben 2021.

⁵⁷ Vgl. Leutner 2020, 4.

Transformation der traditionellen agrarischen Lebensweise und Gewohnheiten hin auf eine moderne, auf eine urbane, auf Industrie und Dienstleistung orientierte Gesellschaft zum Ziel hat, bedeutet die „Zerstörung“ der alten, überkommenen Agrargesellschaft nicht die Zerstörung i.S. eines Völkermords nach Art. 6 RSt. Wenn z.B. die Industrialisierung in Xinjiang die Umsiedlung von ca. 170 000 Menschen in die neuen Industriezentren mit sich gebracht hat,⁵⁸ soll diese Maßnahme nicht die Zerstörung der Menschen bewirken, sondern der ökonomischen und sozialen Entwicklung der ganzen Region dienen.

cc) Schließlich kann auch „d) die Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind“, nicht die Strafbarkeit der Maßnahmen der chinesischen Geburtenkontrolle begründen. Die Geburtenkontrolle ist eine der Maßnahmen, die die ganze Volksrepublik erfasst und die Minoritäten sogar mit zwei Geburten in den Städten und drei Geburten in den ländlichen Regionen bevorzugt hat. Selbst Ausnahmen davon waren im ländlichen Raum möglich. Die Geburtenkontrolle müsste schon generell als strafbares Delikt nach straf- und menschenrechtlichen Kriterien bewertet werden, um sie auch in Xinjiang als Völkermord zu stigmatisieren – ein offensichtlich unsinniges Unterfangen. Sollte es allerdings zu Zwangssterilisationen und Abtreibungen gekommen sein, so sind das zweifellos strafbare Handlungen, die strafrechtlich verfolgt werden müssen, jedoch nicht den Vorwurf des Völkermords rechtfertigen.

Mitunter wird auch der Vorwurf der „ethnischen Säuberung“ als weitere Tathandlung des Völkermords erhoben. Nach allgemeiner juristischer Meinung⁵⁹ wird mit dieser Tathandlung ein anderes Ziel verfolgt als mit dem Völkermord. Es handelt sich um die Vertreibung der Menschen, nicht aber um die Vernichtung der Gruppe. Die Vertreibung kann durchaus als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Art. 7 Abs. 1d) oder ein Kriegsverbrechen (Art. 8 Abs. 2b) strafbar sein. Die Umsiedlung der Menschen aus den weitläufigen agrarischen Flächen in industrielle Zentren, um dort Arbeit und angemessene Wohnverhältnisse zu finden, ist jedoch keine Vertreibung.

⁵⁸ Vgl. Behrens 2021a, 3.

⁵⁹ Vgl. Ambos 2008, II Rdzf. 144.

Insgesamt lässt sich also mangels zuverlässiger und belastbarer Beweise ein Völkermord an den Uiguren nicht begründen. Schon der objektive Tatbestand ist auf Grund der vorliegenden Berichte und Anschuldigungen nicht erfüllt. Auf jeden Fall fehlt die Absicht der Zerstörung, für die es keine tragfähigen Anhaltspunkte gibt. Wir hatten zwar keine Möglichkeit und es lag auch nicht in unserer Absicht, die Fakten der behaupteten Vorwürfe, die sich auf die Zeit vor 2020 bezogen, zu überprüfen. Aber die Erfahrungen, die wir auf unserer Reise sammeln konnten, haben meine Zweifel an den Vorwürfen nur noch verstärkt. Für die Zeit danach hat die ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung der Gesellschaft, die sich uns in Kashgar und Ürümqi bot, keine Zweifel gelassen, dass es für den immer noch verbreiteten Vorwurf des Völkermords keine Grundlage gibt.⁶⁰

b) Der Vorwurf des Verbrechens gegen die Menschlichkeit umfasst gem. Art 7 RST:

jede der folgenden Handlungen, die im Rahmen eines und in Kenntnis des Angriffs begangen wird“. Als Tathandlungen kommen hier in Frage: e) Freiheitsentzug oder sonstige schwerwiegende Beraubung der körperlichen Freiheit unter Verstoß gegen die Grundregeln des Völkerrechts; f) Folter; h) Verfolgung einer identifizierbaren Gruppe oder Gemeinschaft aus politischen, rassischen, nationalen, ethnischen, kulturellen oder religiösen Gründen, Gründen des Geschlechts im Sinne des Abs. 3 oder aus anderen nach dem Völkerrecht universell als unzulässig anerkannten Gründen im Zusammenhang mit einer in diesem Absatz genannten Handlung oder einem der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechen; k) andere unmenschliche Handlungen ähnlicher Art, mit denen vorsätzlich große Leiden oder eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit oder der geistigen oder körperlichen Gesundheit verursacht werden.

aa) Alle Tathandlungen, also auch der Freiheitsentzug etc. nach Art. 7 Abs. 1 e) müssen „im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung“ vorgenommen worden sein. Das Römische Statut definiert im Art. 7 Abs 2 a) den „Angriff gegen die Zivilbevölkerung“ als „eine Verhaltensweise, die mit der mehrfachen Begehung der in Abs.1 begangenen Handlungen gegen eine Zivilbevölkerung verbunden ist, in

⁶⁰ Vgl. Jeßberger 2021, 5ff.; Bücklers 2021.

Ausführung oder Politik eines Staates oder einer Organisation, die einen solchen Angriff zum Ziel hat“. Damit ist klargestellt, dass es sich nicht um einen Angriff in einem bewaffneten Konflikt handeln muss. Er muss aber häufiger vorgenommen werden, „ausgedehnt“ sein, d.h. eine große Anzahl von Opfern erfordern, oder „systematisch“ ausgeführt werden, d.h. auf Grund vorheriger Planung und Politik.

Die zahlreichen Interpretations- und Streitfragen, die sich um diese Definition ranken, einmal beiseitegelassen, bedeutet „Freiheitsentzug“ die Strafgefangenschaft, die „sonstige Freiheitsberaubung“ aber jeden anderen Freiheitsentzug, wenn er schwerwiegend ist oder gegen die Grundregeln des Völkerrechts verstößt. Letzteres liegt vor, wenn die Freiheit ohne Rechtsgrundlage oder in einem rechtsstaatswidrigen Verfahren erfolgt. Als „Umerziehungslager“, die den Tatbestand des Freiheitsentzugs erfüllen könnten, kommen jene Lager in Frage, die 2013 schon aufgelöst worden sind, und die „Deradikalisierungszentren“, die ab 2020 aufgelöst wurden. Es bleiben die Straflager, in der Straftäter ihre Strafe absitzen, und jene Einrichtungen, in denen der Unterricht, die Erziehung und Berufsausbildung der Bevölkerung organisiert wird. Für diese offensichtlich als Internierungslager⁶¹ bezeichneten Bildungseinrichtungen gibt es, ebenso wie für Gefängnisse, Ehrengelung und Familienplanung, gesetzliche Grundlagen, denen bisher nicht der Vorwurf gemacht worden ist, gegen das Völkerrecht zu verstoßen.

bb) In den Vorwürfen spielt immer wieder die Folter gem. Art. 7 Abs. 1f. eine Rolle. Das Völkerrecht geht von einem uneingeschränkten Folterverbot aus. Soweit einzelne Opfer von Folter mit ihren Zeugnissen präsentiert werden, müssen die Täter zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden. Allerdings sind die weiteren Voraussetzungen, die ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfordern, die Anwendung der Folter „im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung“ äußerst zweifelhaft. Auch hier bedarf es weiterer konkreter Untersuchungen, um belastbare Beweise für ein derartiges Großverbrechen zu erbringen. Bevor diese Beweise nicht vorliegen, kann ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Folter nicht angenommen werden.

⁶¹ Vgl. Wikipedia: Xinjiang Internment camps.

cc) Der Straftatbestand der Verfolgung gem. Art. 7 Abs. 1 h bedeutet gem. Art. 7 Abs. 2 g „den völkerrechtswidrigen, vorsätzlichen und schwerwiegenden Entzug von Grundrechten wegen der Identität einer Gruppe oder Gemeinschaft“. In dieser Konkretisierung sind die Vorwürfe bisher nicht vorgebracht worden. Es gibt auch keine Anzeichen dafür, dass Gruppen außer den Strafgefangenen gezielt Grundrechte verwehrt worden sind. Insbesondere ist die Ausübung von Religion durch die Verfassung garantiert, wenn auch auf die Ausübung im privaten Bereich beschränkt. Da diese Ausübung durch ein rein individuelles Recht garantiert wird und es eine institutionelle Garantie der Religion wie in den christlichen Ländern Europas nicht gibt, hat die sog. Religionsfreiheit in den östlichen und westlichen Ländern eine deutlich unterschiedliche Bedeutung und Tragweite, die nicht miteinander verglichen werden können. Strafrechtliche Konsequenzen lassen sich daraus aber nicht ziehen. Ausländische Beobachter berichten von regelmäßigen Besuchen von Gläubigen in Moscheen, welches sie vermuten lässt, dass es sich in den Auseinandersetzungen vorwiegend nicht um Religion handelt, sondern in erster Linie um die Trennung Xinjiangs von China und die Errichtung eines Kalifats. Die mit staatlichen Mitteln in Ürümqi erbaute großzügige Koranschule mit Moschee und Wohngebäude für die Koranschüler spricht eher für die staatliche Akzeptanz der Religion als für Unterdrückung. Im Bezirk Kasghar soll es 1978 5.000 Moscheen gegeben haben, in den 90er Jahren bereits 10.000, jetzt soll es insgesamt 28 000 Moscheen in Xinjiang geben mit einer Koranschule in jedem Bezirk.

Der Gebrauch der eigenen Sprache ist ebenfalls verfassungsrechtlich garantiert, und zwar auch im öffentlichen Raum. Wie erwähnt, ist der Unterricht in den Pflichtschuljahren zweisprachig. Zu beachten ist ferner, dass in China im Gegensatz zu Europa die sozialen und ökonomischen Menschenrechte eine sehr viel größere Bedeutung haben als die politischen und kulturellen Menschenrechte, frei nach Bertolt Brecht: erst kommt das Fressen, dann die Moral.

dd) Schließlich sind die „anderen unmenschlichen Handlungen ähnlicher Art“ gem. Art. 7 Abs. 1k nur subsidiär gegenüber den anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Als Beispiel werden in Rechtsprechung und Li-

teratur genannt: zwangsweise Überführungen, rechtswidrige Experimente an Menschen, das Schließen einer medizinischen Einrichtung, die Verweigerung der Behandlung von Patienten, der Ausschluss aus Versorgungseinrichtungen⁶². Die Internierung in Lagern könnte durchaus unter diesen Tatbestand gefasst werden, wenn damit „vorsätzlich große Leiden oder eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit oder der geistigen oder körperlichen Gesundheit verursacht werden“. Das wird zwar immer wieder behauptet. Doch ist die Existenz dieser Lager nach wie vor äußerst strittig, die vorgelegten Beweise nicht überzeugend und seit 2020 aufgelöst. Das gleiche gilt von der unmenschlichen Behandlung und der schweren Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit, die für die Erfüllung des Straftatbestandes notwendig sind. Zwar sprechen chinesische Quellen selbst von einem „militärischen Management“ ihres Ausbildungskonzeptes, welches auf eine autoritäre und wohl auch repressive Erziehung schließen lässt. Doch dies gilt offensichtlich für ganz China und nicht nur für Xinjiang und die Provinzen. Es ist bisher nicht der Ruf nach Strafverfolgung erhoben worden.

Ein kurzes Resümee

Obwohl es heute in Xinjiang keinerlei Anzeichen für das gibt, was in den Medien als Vernichtungskampf gegen die Uiguren verbreitet wird, geistert dieser Vorwurf immer noch wie ein basso ostinato in der einflussreichen Presse herum. Quelle ist nach wie vor der „Weltkongress der Uiguren“ in München mit seinen regelmäßigen Presseerklärungen, in denen Xinjiang nur als „Ost-Turkestan“ besteht. So veröffentlichte erst jüngst die *Neue Züricher Zeitung* einen Gastkommentar des Präsidenten des „Weltkongresses der Uiguren“, Dolkun Isa, und der Präsidentin des Uigurischen Vereins Schweiz, Riszwana Ilham, unter der Überschrift *Die chinesische Regierung begeht einen Genozid an den Uiguren*:

⁶² Ambos 2008, II, RdZf. 219.

Bei Chinas eiserner Politik [...] geht es um die Auslöschung des uigurischen Volkes [...]. Sieben Jahre dauert nun schon die Genozidpolitik der chinesischen Regierung gegen Uiguren und andere Turkvölker [...]. Geht es nach Xi Jinping, sollen die Uiguren klanglos verschwinden, ohne wirtschaftliche oder politische Konsequenzen.⁶³

Abgesehen von dem offensichtlichen Unsinn dieser Behauptungen, die jeder Reisende in der Provinz sofort erkennt,⁶⁴ fragt es sich, was Politik und Medien im Westen zu dieser Kampagne treibt. Sie ist weder mit Unkenntnis dieses fernen Landes und seiner fremden Kultur zu erklären noch mit der Sorge um das Wohlergehen des uigurischen Volkes. Sie ist offensichtlich ein wohlkalkuliertes Element in der immer schärfer werdenden geopolitischen Auseinandersetzung zwischen den USA und der Volksrepublik. Denn von den USA geht die Kampagne aus und wird von dort immer wieder befeuert, selbst wenn der „Weltkongress der Uiguren“ in München domiziliert. Es geht im Kern weder um die Uiguren noch um die Menschenrechte, es geht um die Diskriminierung, die Schwächung der chinesischen Position in der Welt. „Völkermord“ ist ein hässliches Wort und eine der schwerwiegendsten Anschuldigungen. Es wird gerne auf die Verbrechen anderer gegnerischer Staaten angewandt, aber als Kennzeichnung eigener vergleichbarer oder schlimmerer Gewalttaten vermieden.⁶⁵ So war der Deutsche Bundestag ohne großes Zögern bereit, die Tötung hunderttausender Armenier im Osmanischen Reich als Völkermord anzuerkennen (2. Juni 2016). Er konnte sich aber bis heute nicht entschließen, den deutschen Völkermord an den Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika 1904 als solchen anzuerkennen. Auch zur Begründung des Krieges der NATO gegen Jugoslawien 1999 spielte das Wort „Völkermord“ für das Massaker von Srebrenica 1995 an 8.000 Bosniern eine legitimierende Rolle, um die spätere Bombardierung Jugoslawiens zu begründen. Der problematische Doppelstandard, der in diesem Wort so offensichtlich ist, wiegt aber nicht seinen propagandistischen Mehrwert auf, um den Gegner zu diskreditieren und die eigene Überlegenheit zu behaupten.

⁶³ Dolkun 2023.

⁶⁴ Vgl. Flounders 2023; Behrens 2024.

⁶⁵ Herman/Chomsky 2023, 72f.

Dass einige westliche Staaten den USA auf diesem Weg folgen, ist wenig überraschend. Dass die übrige Welt sich nicht anschließt, bzw. die „Organisation für Islamische Zusammenarbeit“ die Bedingungen, unter denen Muslime in China leben, begrüßt,⁶⁶ und 50 Staaten in einer gemeinsamen Resolution gegen eine Verurteilung durch 22 Staaten die chinesische Politik unterstützen⁶⁷, hat hier bisher niemanden zum Nachdenken bewegt.

Unter diesen Bedingungen besteht wenig Aussicht, dass sich an dieser Konfrontation etwas ändert, selbst wenn sich der Schwerpunkt der antichinesischen Kampagne auf den politischen Status Taiwans verschiebt. Der Versuch, einen großen Staat, der politisch und ökonomisch international eine immer größere Bedeutung bekommt, zu destabilisieren, scheint für die USA und ihre Gefolgschaft derzeit das einzige Mittel zur Bewahrung der eigenen Dominanz zu sein. Nach meiner Einschätzung, ein erfolgloser Versuch – doch dann besteht die Gefahr, dass der Konflikt in einer militärischen Konfrontation endet.

Um es nicht dahin kommen zu lassen, ist ein offener Dialog auf politischer und wissenschaftlicher Basis mit chinesischen Partnern umso dringlicher. Er sollte allerdings nicht mit Vorwürfen, Androhungen, Unterstellungen oder gar Sanktionen belastet werden. Keine Seite mag unter solchen Bedingungen mit der anderen Seite sprechen. Die chinesische Führung hat Vertreterinnen und Vertretern der UNO und ihrer Mitgliedstaaten Gespräche und den Besuch Xinjiangs unter diesen Bedingungen angeboten. Das Angebot sollte angenommen werden. Wir haben uns auf unserer Reise vollkommen frei bewegen können, Xinjiang ist offen, ein bevorzugtes Ziel für den Tourismus, man kann die Region problemlos besuchen. Es ist derzeit wohl die einzige Möglichkeit, Klarheit über die Realität in Xinjiang zu bekommen und sich über die bestehenden Differenzen auszutauschen.

⁶⁶ Chan 2019.

⁶⁷ Vgl. Jamestown Foundation 2019.

Literatur

- Aljazeera.com (2023), „China rejects Uighurs genocide charge, invites UN’s rights chief“, 21.02.2023, www.aljazeera.com/news/2021/2/22/china-rejects-ughurs-genocide-charge-invites-uns-rights-chief (Zugriff: 04/2024).
- Ambos, Kai (2008), *Internationales Strafrecht*, München: C.H. Beck.
- Behrens, Uwe (2021a), *Feindbild China. Was wir alles über die Volksrepublik wissen*, Berlin: edition ost.
- Ders. (2021b), „Völkermord an den Uiguren“, *neues deutschland*, 13.04.2021.
- Ders. (2024), „Xinjiang, das ich kenne: Auf eigene Faust unterwegs in Chinas Westen“, 05.01.2024, http://german.chinatoday.com.cn/ch/gesellschaft/202401/t20240105_800353705.html (Zugriff: 04/2024).
- Bölinger, Mathias (2023), *Der Hightech Gulag. Chinas Verbrechen gegen die Uiguren*, München: C.H. Beck.
- Bücklers, Walther (2021), „China, Xinjiang und der Genozid“, *Nachdenkseiten*, 06.11.2021, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=77658> (Zugriff: 04/2024).
- Chan, Holmes (2019), „Organisation of Islamic Cooperation commends China for its treatment of Muslims“, *Hong Kong Free Press*, 24.03.2019.
- Dolkun, Isa (2023), „Die chinesische Regierung begeht einen Genozid an den Uiguren“, *Neue Zürcher Zeitung*, 15.09.2023.
- Elsner, Wolfram (2020), *Das chinesische Jahrhundert*, Frankfurt/M.: Westend.
- Fahrian, Georg (2023), „Die drei Welten von Xinjiang“, *Uigurisches Zentrum für Demokratie und Menschenrechte*, 01.05.2023, <http://uzdm.de/2023/05/22/die-drei-welten-von-xinjiang/> (Zugriff: 04/2024).
- Flounders, Sara (2023), „What I see in Xinjiang challenges US’ hostile Propaganda against China“, *Global Times*, 17.06.2023.
- Görlach, Alexander (2022), *Deutsche Welle*, 25.05.2022.
- Gu, Chunde (2015), „The Socialist Rule of Law with Chinese Characteristics and Human Rights Protection“, *Journal of Human Rights*, 14:2, 113-121.
- Heberer, Thomas (2010), „The People’s Republic of China“, in: W. Ende u. U. Steinbach (Hrsg.), *Islam in the World today. A Handbook of Politics, Culture and Society*. Ithaca/London: Cornell Univ. Press, 297-309.
- Ders. (2020), „Disciplining of a Society, Social Disciplining and Civilizing Processes in Contemporary China“, *Ash Center for Democratic Governance and Innovation*, Cambridge: Harvard Kennedy School.

- Heberer, Thomas (2022), „Ethnicity in China“, in: M. Weiner (Hrsg.), *Handbook of Race and Ethnicity in Asia*. London/New York: Routledge, 183-200.
- Ders. (2023), *Social Disciplining and Civilising Processes in China: The Politics of Morality and the Morality of Politics*, London u. New York: Routledge.
- Ders. u. Helwig Schmidt-Glintzer (2023), „Das wäre unabhängig kaum möglich gewesen“, *China Table*, 18.09.2023, <http://table.media/china/analyse/china-xinjiang-uiguren-heberer-alpermann> (Zugriff: 04/2024).
- Heidt, Peter (2023) „China muss die Lager schließen“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.09.2023.
- Herman, Edward S., u. Noam Chomsky (2023), *Die Konsensfabrik. Die politische Ökonomie der Massenmedien*, Frankfurt/M.: Westend.
- Jamestown Foundation (2019), „The '22 vs. 50': Diplomatic Split Between the West and China Over Xinjiang and Human Rights“, *Jamestown Foundation*, 31. 12.2019, <http://jamestown.org/program/the-22-vs-50-diplomatic-split-between-the-west-and-china-over-xinjiang-and-human-rights/> (Zugriff: 04/2024).
- Jeßberger, Florian (2021), *Schriftliche Stellungnahme vor dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestages*, 27.05.2021, <http://www.bundestag.de/resource/blob/846388/2e5e025ff8c027fa6997c816e6736dc7/Protokoll.pdf> (Zugriff: 04/2024).
- Jiang Jianguo (2023), „Incisively Understanding and Scientifically Interpreting the Contemporary Chinese Perspective of Human Rights“, *Journal of Human Rights*, 22:1, 9-12.
- Kissinger, Henry (2012), *China: Zwischen Tradition und Herausforderung*, München: Bertelsmann.
- Kronauer, Jörg (2019a), *Der Rivale: Chinas Aufstieg zur Weltmacht und die Gegenwehr des Westens*, Hamburg: Konkret.
- Ders. (2019b), „Terror in Xinjiang“, *Junge Welt*, 05.12.2019, <http://www.junge-welt.de/artikel/368173.anti-terror-krieg-terror-in-xinjiang> (Zugriff: 04/ 2024).
- Leutner, Mechthild (2020), *Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung zum Thema „Lage der Menschenrechte in China“*, <http://www.bundestag.de/resource/blob/840022/96e518e35a593ffc9a8f17c1abfc25b8/Protokoll-data.pdf> (Zugriff: 04/2024).
- Li, Chaoqun (2023), „The People-Centered Discourses in the Chinese Human Rights Discourse System“, *Journal of Human Rights*, 22:1 (Feb.), 35-41.

- Michalski, Wenzel (2021), *Stellungnahme im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag vom 17. Mai*, <http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw20-pa-menschenrechte-uiguren-837080> (Zugriff: 05/2024).
- New China Research (2021), „Pursuing Common Value of Humanity, China’s Approach to Democracy, Freedom and Human Rights: New China Research“, *Xinhua News Agency*, 12/2021, <http://en.people.cn/n3/2021/1208/c90000-9930073.html> (Zugriff: 04/2024).
- Obermeyer, Frederik, u. Kai Strittmatter (2020), „Und weg bist Du“, *Süddeutsche Zeitung*, 18.02.2020, http://reporter-forum.de/fileadmin/reporterforum/Reporterpreis_2020/Reader/Reader_Investigation_RP2020.pdf (Zugriff: 04/2024).
- The State Council PCR (2016), *National Human Rights Plan Action Plan of China (2016-2020)*, http://english.www.gov.archive/publications/2016/09/29/content_281475454482622.htm (Zugriff: 04/2024).
- Scheben, Helmut (2021), „Der Konflikt in Xinjiang und seine Entstehung“, *infosperber*, 24.04.2021, <http://www.infosperber.ch/politik/welt/der-konflikt-in-xinjiang-und-seine-entstehung/> (Zugriff: 04/2024).
- Schneider, Beat (2023), *Chinas langer Marsch in die Moderne*, Köln: Papyrossa.
- Spennrath, Mackenzie (2023), „The Duality of German Media on Xinjiang“, 17.09.2023, <http://open.substack.com/pub/millennialchaos/p/the-duality-of-german-media-on-xinjiang> (Zugriff: 04/2024).
- State Council Information Office (2008), *China’s Efforts and Achievements in Promoting the Rule of Law*, http://www.china.org.cn/government/whitepaper/node_7041733.htm (Zugriff: 04/2024).
- State Council Information Office (2010), *Respecting and Protecting the Rights of all ethnic Groups in Xinjiang*, http://english.www.gov.cn/archive/whitepaper/202107/14/content_WS60ee599bc6d0df57f98dcd8c.html (Zugriff: 04/2024).
- State Council Information Office (2009), *Progress in China’s Human Rights*, http://cz.china-embassy.gov.cn/cze/rdzt/rq/201009/t20100927_2908126.html (Zugriff: 04/2024).
- Sunak, Rishi (2023), *ZEIT Online*, 27. Juli 2023.
- Sydow, Christoph (2019), „Alle gegen alle – und alle gegen Assad“, *Der Spiegel*, 11.09.2019.

Weltkongress der Uiguren (2023), „Der Weltkongress der Uiguren verurteilt die Absicht Xi Jinpings, den Völkermord an den Uigur*innen weiterzuführen“, 28.08.2023, <http://de.uyghurcongress.org/pressemitteilung-der-weltkongress-der-uiguren-verurteilt-die-absicht-xi-jinpings-den-voelkermord-an-den-uigurinnen-weiterzufuehren> (Zugriff: 04/2024).

Xian, Kailin (2012), „The historical vicissitudes of Chinese human rights culture“, *Human Rights*, 11:2, 25-29.

Yang Yang u. Weihua Mao (2023), „Kashgar cashes in on cross-border trade“, *China Daily*, 23.09.2023.

Das Ziel der Verwirklichung des Rechtsstaats – in Xinjiang

China ist ein Land, dessen Größe es ermöglicht, der Koexistenz anscheinender Widersprüche Raum zu geben, so dass diese nur bedingt zu Konflikten führen. Da China gleichzeitig mehrere Jahrzehnte einer sehr schnellen und mehrdimensionalen Entwicklung erfahren hat, befinden wir uns in einer Situation, in der solche scheinbaren oder tatsächlichen Widersprüche sehr oft augenfällig werden. Die äußere Ring-Autobahn von Beijing hat ca. 940 km Länge. Es gibt keine europäische Stadt, die so groß ist, dass sie solche verkehrstechnischen Maßnahmen nötig hätte – der M25-Ring um London kommt gerade einmal auf 188 km. Gleichzeitig gibt es in den Bergen westlich von Beijing verlassene Dörfer, die in den letzten zehn Jahren ausgestorben sind, so dass sie dem langsamen Verfall preisgegeben werden. Die Dimensionen dieser Gegensätze sind in ihrer Abstraktheit nur schwer vorstellbar, weshalb es unerlässlich ist, sich der Erfahrung vor Ort auszusetzen, um sie dadurch im wortwörtlichen Sinne zu „begreifen“. Natürlich kann man auch in Frankreich feststellen, wie der Entwicklungsstand von Paris lange Zeit den des restlichen Frankreich überragt hat, während auch dort in der Provinz verlassene Dörfer in der Macchia oder in sich ausbreitenden Wäldern versteckt sind. Der Unterschied besteht darin, dass das Wachstum von Paris die direkte gesellschaftliche Erinnerung – drei Generationen – übersteigt, während das Wachstum von Beijing sich im Wesentlichen erst seit den 1990er Jahren und damit innerhalb einer einzigen Generation vollzogen hat. Während die Konflikte, welche die Industrialisierung für die europäischen Gesellschaften mit sich brachte, eine Frage des 19. Jahrhunderts waren und somit in ihrer ganzen Tragweite aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden sind¹, beeinflussen diese in China sehr aktuell und real die Gegenwart.

¹ Zur Verarmung der Arbeiter im Zuge der Industrialisierung und den Zusammenhang zur Kriminalitätsrate, vgl. Robert von Mohl (1835), „Ueber die Nachtheile, welche sowohl den Arbeitern selbst, als dem Wohlstande und der Sicherheit der gesamten bürgerlichen Gesellschaft von dem fabrikmäßigen Betriebe der Industrie zugehen, und über die Nothwendigkeit gründlicher Vorbeugungsmittel“, *Archiv der politischen Oekonomie und Polizeiwissenschaft*, Bd. 2. 141-203, insbes. 155f.

Wir leben in einer Welt, in der manche glauben, dass sie über das Internet die Grenzen von Raum und Zeit beliebig überschreiten können. Es fällt dabei oft nicht mehr auf, dass wir uns durch solch eine Haltung am Ende der Möglichkeit berauben, das eigene Vorverständnis durch den Abgleich mit der physischen und kulturellen Realität in Frage zu stellen. Die Nervosität oder Entspanntheit einer Einlasskontrolle an der U-Bahn in Shanghai oder am Eingang zum Bazar in Ürümqi kann virtuell nicht erfahren werden. Sie sagt aber viel aus über die jeweils vor Ort herrschende „reale Lebenswelt“ derer, die von diesen Dingen betroffen sind. Es sind Erfahrungen, welche digital kaum erfahrbare sind, die es aber demjenigen, der diese Erfahrungen macht, wenigstens in Teilen ermöglicht, das eigene Vorverständnis zu dekonstruieren: Was heißt Streben nach Sicherheit? Wo fühlt man sich durch Sicherheitsmaßnahmen belastet? Wo weniger? Wenn zumindest Teile Xinjiangs in mancher Weise entspannter erscheinen als etwa Beijing, so ist das eine Erfahrung, die von der Realität, welche durch Medien vermittelt wird, stark abweicht. Es ist deshalb wichtig, sich über Grenzen hinweg zu bewegen und Dinge in Augenschein zu nehmen, andere Realitäten festzustellen und zu versuchen, diese begreifend zu verstehen.

Hieran angelehnt, geht dieser Beitrag Eindrücken einer Reise nach Kashgar und Ürümqi nach, versucht diese aus der Perspektive des Rechts einzuordnen und unternimmt es, soweit dies dem Autor mit seinem beschränkten Wissen möglich ist, diese wenigstens in Teilen zu erklären. Um dieses Versuchs einer Erklärung willen rekonstruiert der vorliegende Beitrag zunächst das Rechtsstaatsprogramm, das seit 1999 in der chinesischen Verfassung (1982) verankert wurde und das sich seit dem Amtsantritt von Xi Jinping signifikant verändert hat. Es wird deutlich, dass es sich dabei weniger um eine Strukturkonstante als vielmehr um ein sich entwickelndes Programm handelt, das die Veränderungen staatlicher Institutionen und seiner normativen Grundlagen einerseits als Realisierungen von Zielvorgaben begreift, das aber andererseits in einer Art von „normativem Realismus“ versucht, das bis dato rechtlich ungelöste Problem der Beziehung zwischen Kommunistischer Partei Chinas (KPCh) und chinesischem Staat zu lösen.

Dieser in sich bereits konfliktreiche gesamtchinesische Rechtsrahmen prallt in der durch 13 Ethnien geprägten Provinz Xinjiang auf ein zusätzliches, in vielen Teilen anders geartetes Problemfeld. Seit Anfang dieses Jahrhunderts stieg der Terrorindex in China und insbesondere in Xinjiang steil an. Oberflächlich betrachtet war der Problemherd ein sich radikalisierender muslimischer Fundamentalismus, der sich z.T. mit ethnisch motivierten Unabhängigkeitsbestrebungen verband. KPCh, Staat und Gesellschaft fanden sich in einer Situation, in der normative Grauzonen die Politik verwundbar machten, weil sich normativ nicht abgesicherte politische Lösungen und individuelle ad hoc Entscheidungen sehr leicht Vorwürfen des Arbiträren und der Willkür gegenübersehen. – Die politische und staatliche Führung des Uigurischen Autonomen Gebiets Xinjiang (XUAR) hatte in ihrem Antiterror-Kampf ein groß angelegtes Projekt gestartet, was zum Ziel hatte, die strukturellen Grundlagen der Gesellschaft umfassend zu verbessern. Interessanterweise hatte sie dies mit dem Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen verbunden. Das gilt nicht nur für die Absicherung wichtiger Lebensbedingungen (Wasser, Bildung, Arbeit), sondern auch für die Überlegung, wie man die Gesellschaft dazu bewegt, sich nicht martialisch von der Moderne abzuwenden, sondern an der arbeitsteiligen Produktion teilzuhaben – und das bei gleichzeitiger Bewahrung traditioneller kultureller Errungenschaften (Sprache, Musik, Tanz, Kleidung, Architektur, usw.) auch von ethnischen Minderheiten (welche in Teilen Xinjiangs lokale Mehrheiten sind).

Es geht dem Artikel also darum aufzuzeigen, wie die Gesetzgebung der XUAR diese Aufgaben nicht nur materiell-rechtlich normiert hat, sondern wie sie diese auch verfahrensrechtlich ausgestaltet hat. Dabei werden neben Fragen des Rechtsstaates und des Kampfes gegen Terrorismus auch Fragen der Radikalisierungs-Prävention und der Politik der Integration statt Assimilierung behandelt.

1. Der chinesische Rechtsstaat als Programm

Die Idee dessen, was Recht ist, wozu es gebraucht wird, und inwiefern ein Staat nicht nur ein Gesetzesstaat, sondern ein Rechtsstaat ist, hat sich über die Jahrzehnte mehrfach geändert. Zunächst muss für das Ziel, der Willkür

des Staates und der Massen normative Schranken zu setzen, das 3. Plenum des 11. Parteitags am 18. Dez. 1978 als Ausgangspunkt angeführt werden. Die Erfahrung der absoluten Rechtlosigkeit („无法可依“, zu Deutsch: es gibt kein Recht, an das man sich halten kann) während der Kulturrevolution hatte weite Teile der politischen und der intellektuellen Elite traumatisiert, soweit sie diese „schwarzen zehn Jahre“, wie sie heute in China oft genannt werden, überlebt hatten. Es nimmt daher nicht wunder, wenn innerhalb des ZK der KPCh offiziell die Forderung erhoben wurde, Gesetze zu erlassen und diese dann auch tatsächlich streng anzuwenden, so dass Gesetzesverstöße sanktioniert werden: „有法可依, 有法必依, 执法必严, 违法必究“, also: es gibt Recht, an das man sich halten kann; wenn es Recht gibt, dann muss man sich daran halten; die Anwendung des Rechts muss streng sein, Gesetzesübertretungen müssen verfolgt werden. Das war zu diesem Zeitpunkt leichter gesagt als getan, denn während der Kulturrevolution waren viele staatliche Institutionen abgeschafft worden, um die Macht in den Händen von Revolutionskomitees 革命委员会 zu konzentrieren. In der Verfassung von 1975 heißt es dazu in Art. 22, dass die Revolutionskomitees gleichzeitig als ständiges Organ der Volkskongresse und als Volksregierung der jeweiligen Ebene agieren. Art. 23 bestimmte zudem, dass die Revolutionskomitees auch für die Anwendung und Durchsetzung von Gesetzen und Verordnungen zuständig sind. Art. 25 II bestimmte, dass die Aufgaben des Volksprokurats von den Organen der öffentlichen Sicherheit – sprich: der Polizei, also ebenfalls von einer Abteilung der Revolutionskomitees – ausgeübt werden sollen. Somit waren die Volksprokurate in ihrer Funktion als Anklagebehörde und als Institution, die auf die Einhaltung des Rechts von Seiten des Staates achtet, normativ und faktisch aufgelöst. Auch wenn die Gerichte nominell noch existierten, bestimmte Art. 25 III, dass Gerichte die Linie der Massen verfolgen sollten und dass insbesondere schwere anti-revolutionäre Kriminalfälle „von der Masse besprochen und kritisiert werden“ (群众讨论和批判). Da es zu dieser Zeit weder ein kodifiziertes Strafrecht noch ein kodifiziertes Strafprozessrecht gab, waren den Auswüchsen dieser Massenveranstaltungen Tür und Tor geöffnet. Das Volksgericht als Institution hatte damit faktisch in vielen Fällen aufgehört zu existieren.

Wenn also die KPCh auf ihrem Parteitag Ende 1978 die Zielvorstellung entwickelte, eine Gesellschaft aufzubauen, in der es Gesetze gibt, an die man sich hält und bei denen es ggf. – bei Verstößen – auch zu Sanktionierungen kommt, dann war man in der Realität mit einem doppelten Problem konfrontiert: erstens war das Ehegesetz von 1950 beinahe das einzige offiziell gültige Gesetz, zweitens gab es zwar noch die alten Justizgebäude, doch fehlte in vielen Fällen jedes Personal. Die Volksprokurate waren komplett aufgelöst, viele Richter waren Opfer von Kampagnen geworden.

Das Problem, die Justiz aus sehr spärlichen Bruchstücken wieder aufbauen zu müssen, wurde dergestalt gelöst, dass am 1. Juli 1979 zum einen Gesetze für die Reorganisation staatlicher Institutionen erlassen wurden – auch zur Wiedereinrichtung von Volksgerichten und Volksprokuraten, so dass sich die Reorganisation der Justizbehörden auf Grundlage von Gesetzen vollzog. Zum anderen wurden mit demselben Datum ein *Strafgesetz der VR China* 中华人民共和国刑法 (= cStG alt) und ein *Strafprozessgesetz der VR China* 中华人民共和国刑事诉讼法 (= cStPG alt) verabschiedet, so dass die normativen Voraussetzungen dafür geschaffen waren, Gesetzesverstöße ahnden zu können. Das Personalproblem versuchte man dadurch zu lösen, dass Angehörige der Volksbefreiungsarmee dazu abkommandiert wurden, die neuen Gesetze zu Strafrecht bzw. zum Strafprozessrecht zu erlernen und innerhalb von sechs Monaten so weit zu kommen, dass sie zum 1. Jan. 1980 ihren Dienst an den Volksgerichten bzw. an den Volksprokuraten antreten konnten. Für diese Soldaten war also aus dem Kampf gegen den äußeren Feind ein Kampf gegen den inneren Feind geworden. Wenn daher in der Folge, v.a. im Zuge von Kampagnen zur Eindämmung bestimmter Straftatbestände, bis heute teils martialisch anmutende Sprache² benutzt wird, so

² So wird z.B. Yang Cheng 杨诚, Präsident des Mittleren Volksgerichts der Stadt Chengdu, in seinem jährlichen Bericht vor dem städtischen Volkskongress mit den Worten zitiert, dass „die Gerichte der Stadt Chengdu im Jahr 2023 streng strafend (严惩) gegen schwere Verbrechen vorgingen“; vgl. 成都: 依法严惩各类严重刑事犯罪, 02.02.2024, http://author.baidu.com/home?from=bjh_article&app_id=1600695032132903 (Zugriff: 06/2024). Siehe auch den Bericht des OVP zum „tiefgreifenden Voranbringen des gezielten Kampfes, um das Schwarze auszufegen und das Böse zu entfernen“ (深入推动扫黑除恶专项斗争), 21.08.2020, http://www.spp.gov.cn/spp/xwfbh/wsfbt/202008/t20200821_477416.shtml (Zugriff: 06/2024).

erklärt sich dies also nicht allein aus der Glorifizierung des revolutionären Kampfes, sondern vermutlich auch aus dem in den 1980er Jahren bestehenden persönlichen Hintergrund vieler Angehöriger der chinesischen Justiz. – Zudem sollte der Unterschied in der Sprache nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich in diesen Fällen überwiegend recht lapidar um den Versuch handelt, Verbrechen konsequent aufzuklären und zu sanktionieren, wobei auch im Deutschen oft die Formulierung „Verbrechen bekämpfen“ verwendet wird.

Mit diesen Maßnahmen war ein erster Schritt auf dem Weg hin zum Gesetzesstaat erfolgt. Während der 1980er Jahre folgte der Versuch, für alle Handlungen des Staates eine normative Grundlage bereit zu stellen. Damit waren allerdings sowohl der Nationale Volkskongress (NVK) als auch sein Ständiger Ausschuss (StA NVK) strukturell überfordert. In der einmalig im Jahr stattfindenden zweiwöchigen Sitzungsperiode des NVK konnten unmöglich Gesetze zu den unterschiedlichsten gesellschaftlichen und administrativen Fragen erlassen werden. Auch der StA NVK mit seinen mehr als 50 Sitzungstagen/Jahr war angesichts der Tatsache, dass es nur zu sehr wenigen Bereichen gesetzliche Normen gab, vielfach überfordert. Daher war es üblich, dass Behörden die in ihrem Kompetenzbereich liegenden Angelegenheiten selbst normieren konnten, so dass sie zuerst Verordnungen erließen, die sie dann selbst anwandten.

Damit war allerdings die Möglichkeit zur Willkür gegeben. Das fiel in einem eher traditionell geprägten Kontext nicht weiter auf, da hier die politische Führung qua Amtes legitimiert war, Entscheidungen zur Lösung von Problemen zu treffen. Verantwortung wurde politisch und nicht rechtlich gedacht. Diese Vorstellung änderte sich spätestens mit der Verabschiedung der *Allgemeinen Regeln des Privatrechts*, welche die Rechtsbeziehung des Eigentums nicht mehr durch In- und Exklusion von Subjektkategorien bzw. In- und Exklusion von Objektkategorien regelten, sondern die eine funktionale Definition des Eigentumsrechts vorbrachten.³ Dadurch wurde eine generelle Funktionalisierung des Rechts angestoßen, in der das Subjekt austauschbar ist, so dass eine generelle Rechtfertigung qua Amt nicht mehr

³ Siehe hierzu ausführlich Gesk 2000.

möglich war. Das Bewusstsein des Konflikts, der sich aus diesem Paradigmenwechsel ergab, mündete in den 1990er Jahren in den Diskurs über die Dichotomie von „Herrschaft durch Personen“ (人制) vs. „Herrschaft durch Recht“ (法制).

Plötzlich fiel also auf, dass es einen Gegensatz zwischen normativer und persönlicher Herrschaft gab, dass also kein Beamter nur auf Grund seiner Stellung dazu berechtigt war, sich gegen die Funktionalität des Rechts zu stellen. Praktisch führte das zu vielen Anpassungen der Rechtsordnung, wie etwa der Verabschiedung des *Verwaltungsprozessgesetzes* 中华人民共和国行政诉讼法 v. 4. April 1989, das in der Frühzeit sogar in Publikationen als „Gesetz zum Verklagen von Beamten durch Bürger“ (‘民告官’法) bezeichnet wurde.⁴ Ebenfalls im Bestreben, Willkür durch die Verwaltung einzugrenzen, ohne dass dies allerdings sofort konfrontativ vor Gericht geschah, kam es ca. zehn Jahre später zur Verabschiedung des *Verwaltungsbeschwerdegesetzes* 中华人民共和国行政复议法 v. 29. April 1999. Wieder einige Jahre später wurde es Behörden untersagt, von der jeweiligen Behörde verhängte Bußgelder in das eigene Budget einzupflegen, wodurch die explosionsartige Vermehrung von Abgaben und Bußgeldern, also die Belästigung von Bürgern durch eine inflationäre Vermehrung von Behörden zur Rechtsdurchsetzung (执法扰民), wie es damals in offiziellen Dokumenten hieß,⁵ gestoppt werden konnte.

Diese Entwicklung zeigt, wie der Staat erkannte, dass er nicht nur Einzelpersonen (Kader, Beamte) durch das Recht eingrenzen musste, sondern wie er selbst sich durch Gesetze einschränken muss, um Willkür und Machtmissbrauch zu verhindern. Es ist nur konsequent, wenn in dieser Zeit auch die Verabschiedung des *Gesetzgebungsgesetzes* 中华人民共和国立法法 v. 15. März 2000 die Kompetenz zur Normbildung durch die Exekutive wesentlich einschränkte. Im Diskurs über den Rechtsstaat spiegeln sich die hieraus ergebenden Erkenntnisse in den Begriffen des Gesetzes-(Obrigkeits-)Staats

⁴ So etwa im Titel von Tang 1992; die Bezeichnung des Gesetzes als „Klagen von Bürgern gegen Beamte“-Gesetz“ findet sich dort im Vorwort; vgl. a.a.O., 3.

⁵ Vgl. den Beschluss des Staatsrates zur weiteren relativen Zentralisierung des Rechtes, Verwaltungsbußen zu verhängen: 国务院关于进一步推进相对集中行政处罚权工作的决定, 22.08.2022.

(法制) bzw. des Rechtsstaats (法治) wider. Während der Gesetzesstaat, mit der Schärfe des Schwerts, das Recht von oben nach unten durchsetzt, sollte der Rechtsstaat umfassend in das Recht eingebunden sein, das – wie Wasser – überallhin vordringt. Beide Aspekte waren in den Radikalen der homophonen Zeichen des *zhì* 制 mit dem Radikal 丩 für Messer und des *zhì* 治 mit dem Radikal 氵 für Wasser symbolisiert. Man hoffte, dass das zu einer Verrechtlichung des Staates, also zu mehr rechtlichen Garantien für den Bürger, führen würde. Als Kulmination dieser Entwicklung wurden 2004 der Respekt des Staates für und die staatlichen Garantien von Menschenrechten (国家尊重和保障人权) als Abs. 3 in Art. 33 Verfassung (1982) eingefügt.

Allerdings stellte die Tatsache, dass die KPCh sich häufig als sonderrechtlich betrachtete, ein Problem dar. So war es z.B. bei Korruptionsprozessen üblich, erst ein Parteidisziplinarverfahren anzustrengen, um auszuschließen, dass das fragliche Verhalten u.U. durch Parteistatuten gedeckt war; erst in der Folge, nach Abschluss des Parteidisziplinarverfahrens, konnten offiziell strafrechtliche Ermittlungen durch das Volksprokurat eingeleitet werden. Um also im Versuch der Einschränkung von Willkür und damit der Gefährdung der staatlichen Autorität (und auch derjenigen der KPCh) das nächste Problemcluster zu lösen, kam es unter Xi Jinping zu der dann auch durchgesetzten Forderung, dass die bereits zuvor in die Verfassung 中华人民共和国宪法 (4. Dez. 1982, in d. Fassung v. 15. März 1999) eingeführten Forderung nach dem „Aufbau des sozialistischen Rechtsstaats“ (建设社会主义法治国家) mit dem Anspruch, den „Staat durch Gesetze und die Partei durch Statuten zu regieren“ (依法治国, 依规治党), ergänzt wurde.⁶ Durch eine Angleichung von Gesetzen und Statuten kann die Verantwortung der Partei und ihrer Mitglieder neu definiert und in bislang unbekannter Weise durchgesetzt werden. Bloß politisch zu einer Führungsposition legitimiert zu sein, reicht nicht mehr, wenn Gesetze und Statuten funktionale Einschränkungen machen. So erscheint nun die Überwindung der Herrschaft durch Personen und die reflexive Anwendung von Normen auf diejenigen, welche die Normen erlassen, möglich. Die schon zuvor bestehende verfassungsmäßig verankerte Führungsrolle der Partei ist zwar gesetzlich nor-

⁶ Zur praktischen Umsetzung dieses Anspruchs, siehe unten die Erklärungen zur Entwicklung der Kontrollkommission.

miert worden. Doch die KPCh wurde verpflichtet, sich an ihre eigenen Statuten zu halten, wobei diese an gesetzliche Bestimmungen angepasst wurden. Diese beiden Reformen unter Xi sind also wichtige Schritte hin zu einer verbesserten Durchsetzung des rechtsstaatlichen Anspruchs.

Diese knappe Darstellung der konzeptionellen Entwicklung der Vorstellung von dem, was ein Rechtsstaat sein könnte, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass es etliche weitere Phänomene gibt, die sich problemlos in die oben geschilderte Tendenz in Richtung Rechtsstaat einordnen lassen. Eines soll hier noch angesprochen werden, denn es ist für das weitere Verständnis wichtig: In Ermangelung eines effizienten Normenkontrollverfahrens und angesichts der oft erst nach vielen Jahren erfolgten Anpassung von Gesetzen sind viele gesetzliche Bestimmungen nicht an den Entwicklungsstand Chinas angepasst. Wenn man dazu bedenkt, dass der Oberste Volksgerichtshof 最高人民法院, (OVG) nur in wenigen Fällen letztinstanzliche Urteile spricht, dann könnte eine Durchsetzung des Rechtsstaats mit den Mitteln der Justiz fraglich wirken. Mit mehr als zwei Dutzend Obervolksgerichten als letztinstanzliche Gerichte scheint eine Einheit der Rechtsordnung zunächst kaum erreichbar. Ohne aber Gesetze justiziell und gleichförmig durchsetzen zu können, würde ein Staat von kaum jemandem als Rechtsstaat bezeichnet. Um die hieraus entstehenden Probleme zu lösen, hat der OVG, teils gemeinsam mit dem Obersten Volksprokurat 最高人民检察院 (OVP) oder mit relevanten Ministerien, zu vielen Gesetzen Interpretationen (解释) erlassen, welche in abstrakt normativer Weise unterdeterminierte oder mit der gesellschaftlichen Realität schwer vereinbare Gesetzesnormen weiter ausführen, präzisieren und damit den Justizalltag, insb. die gleichmäßige Anwendung der Gesetze, stark vereinfachen. Somit findet sich im Grunde ein mehrstufiges Gesetzgebungsverfahren, bei dem die Anregung zu vielen Gesetzen aus Parteigremien, parlamentarischen Ausschüssen oder auch der Politischen Konsultativkonferenz kommen, wo im Weiteren aber diverse Konkretisierungen und Systematisierungen der Gesetze durch eine weitere, nachgeordnete Ebene der Gesetzgebung, z.B. durch OVG oder OVP, Ministerium für Öffentliche Sicherheit 公安部 (MfÖS) und andere Ministerien, ausgefüllt wird.

Dass es zu dieser legislativen Kaskade kommt, wird dann verständlich, wenn wir uns die Voraussetzungen der Gewaltenteilung im chinesischen Staat ansehen. Zwar haben alle Staatsgewalten ihre eigene Funktionalität entwickelt. Dennoch hat der Staat auf Grund negativer historischer Erfahrungen aus den 1920er Jahren das politisch-normative Paradigma der Gewaltenteilung abgelehnt. Das hat über die Jahre und Jahrzehnte zu einer spezifischen Situation geführt, in der Staatsgewalten einerseits zur Kooperation aufgefordert sind, andererseits aber genau dadurch die Gefahr entsteht, dass Interessengegensätze nicht mehr ausgetragen werden können, zumindest oberflächlich nicht mehr erkennbar (weil nicht artikulierbar) sind – und daher auch nicht gelöst werden. Im besten Fall kann das zu einem gefährlichen Stillstand führen, im schlechtesten zum gefährlichen Aufstauen von Konflikten. Daher war die Partei in einer Art Schiedsrichterfunktion essenziell notwendig, um solche spezifischen Blockaden mittels übergreifender Autorität lösen zu können. Lange Zeit übte die Partei diese Quasi-Schiedsrichter-Funktion eher indirekt aus, indem sie z.B. mit bestimmten Institutionen gemeinsam Verordnungen abzeichnete und so signalisierte, dass weitere beteiligte Institutionen zurückstehen. Seitdem das Primat der Partei, d.h. der Führungsanspruch der KPCh, im Zuge der Verfassungsreform von 2018 als Prinzip in Art. 1 III Verfassung (1982/2018) festgeschrieben wurde, ist dieser Führungsanspruch direkt geworden.

Darüber hinaus geht die Mehrheit der Verfassungsrechtler davon aus, dass das Primat des Parlaments, das im chinesischen Kontext ursprünglich aus der Schweizer Verfassung von 1874 übernommen wurde⁷, eine Verfassungskontrolle durch den OVG, der ja aus dem Parlament hervorgeht und daher kein direkter Vertreter des Souverän ist, nicht erfolgen kann.⁸ Deshalb sollen die Gerichte nur nach Gesetz urteilen und sind nicht dazu befugt, die Verfassung zu interpretieren.⁹ Das geht so weit, dass der OVG bzw. die allgemeinen Volksgerichte auch in der Verfassungsanwendung nur bedingt die

⁷ Siehe Gesk 2016, 448f.

⁸ Bis heute hat die Schweiz daher kein Verfassungsgericht; dazu ist das Schweizer Bundesgericht nur mit Einschränkungen dazu befugt, Organklagen zu entscheiden; siehe hierzu genauer Haller 2020, 681f.

⁹ Vgl. hierzu n.a., in: Li/Mo 2012, 416ff.

verfassungsmäßig garantierten Rechte auf zur Entscheidung anhängige individuelle Verfahren anwenden.¹⁰ Auch Organstreitigkeiten werden normalerweise nicht vom OVG, sondern von den zuständigen Parteiorganen entschieden.

Wenn wir also im Rahmen der Gesetzesanwendung überlegen, wie der rechtsstaatliche Anspruch dazu beitragen kann, normativ und praktisch unklare Begriffe zu konkretisieren, dann ist die Rechtswirklichkeit der VR China weder in der Lage, dies durch Normenkontrollverfahren zu leisten, noch kann sie üblicherweise durch eine einheitliche oberste Instanz die Einheit der Rechtsordnung auf dem Wege von Einzelfallentscheidungen garantieren. Ambivalente Begriffe können daher weder durch deren verfassungsrechtliche noch durch deren einzelgesetzliche Interpretation in allgemeinen rechtlichen Verfahren geklärt werden. So gestaltet sich die Frage der Interpretation von Gesetzen in China anders als in Deutschland oder in anderen westlichen Demokratien. Im Gegensatz zu individuellen Entscheidungen in westlichen Demokratien stellt sich die Auslegung bzw. Interpretation von Gesetzen als Teil der Gesetzgebung dar. Während der NVK bzw. der StA NVK oft nur eine unterdeterminierte Version der Gesetze erlässt, werden diese unterdeterminierten Normen in der Folge von den zuständigen Institutionen in normativ-abstrakter Weise konkretisiert und ausgefüllt. So hat z.B. das cStPG (Stand: 2018) selbst 308 Paragraphen, die Interpretation des OVG zu Fragen der Anwendung des cStPG (Stand: 2012) hat hingegen 548 Paragraphen, die allesamt das eigentliche Gesetz erläutern und präzisieren. Das erleichtert die gleichmäßige Rechtsanwendung. Zudem können Interpretationen auf Grund realer Erfahrungen leichter angepasst werden, so dass dies auch zu einer Entlastung der Gesetzgebungsorgane im engeren Sinne führt.

¹⁰ Unter diesem Aspekt ist auch der zunächst viel beachtete und später aus der Fallsammlung des OVG wieder gestrichene Fall Qi Yuling eben nur ein Fall der Einforderung verfassungsmäßig garantierter Rechte, der jedoch keine Fragen der Normenkontrolle berührt; eine kurze Darstellung der damit zusammenhängenden Kontroverse findet sich z.B. auf <http://baike.baidu.com/item/%E9%BD%90%E7%8E%89%E8%8B%93%E6%A1%88/5110523> (Zugriff: 07/2024).

Die legislative Kaskade, die wir in diesem Zusammenhang beobachten können, macht nicht bei der Auslegung der Gesetze durch den OVG halt, sondern erstreckt sich auf die Provinzebene, wo z.B. das (Provinz-) Obervolksgericht wiederum durch Interpretationen zu einer der Lokalität angepassten abstrakt-normativen Lösung beitragen kann.¹¹ Dieser Prozess der abgestuften Gesetzgebung, in die der OVG wesentlich integriert ist, gründet sich auf der obersten Ebene auf verfassungsmäßig festgehaltene institutionelle Kompetenzen, denn der StA NVK hat nach Art. 67 (1), (4) Verfassung (1982)¹² die Kompetenz, Verfassung und Gesetze zu interpretieren.

Wenn nach einer Begründung für die Interpretationskompetenz des OVG gesucht wird, dann spricht Art. 131 Verfassung (1982) zunächst lediglich davon, dass die Gerichte auf Grund von Gesetzen eine Urteilskompetenz ausüben.¹³ Es findet sich also keine explizite Interpretationskompetenz, lediglich die Kompetenz, Gesetze anzuwenden (适用法律) wird erwähnt. Wenn man davon ausgeht, dass ohne eine Interpretation keine Anwendung von Normen möglich ist, dann kann man in einem System, in dem jedem Abgeordneten des NVK während der Sitzungsperiode theoretisch zwei Minuten Redezeit während der legislativen Beratungen über Gesetze pro Jahr zukommen, einen guten Grund sehen, den Kreis der gesetzgebenden Institutionen zu erweitern. Da auch der StA NVK, welcher außerhalb der Sitzungsperioden des NVK zum größten Teil dessen Kompetenzen ausübt, mit einer alleinigen Gesetzgebungskompetenz überfordert wäre, ist es erklärlich, wenn andere Institutionen, die mit den Defiziten bestehender normativer Lösungen aus der Gesetzesanwendung heraus vertraut sind, versuchen, diese Lücke zu füllen. – Bereits vor Erstellung der Verfassung von 1981 findet sich daher ein *Beschluss des StA NVK über die Stärkung der Arbeit der Gesetzesinterpretation* 全国人民代表大会常务委员会关于加强法律解释工作的决议 v. 10. Juni 1981, welcher insbesondere auch als Grundlage der Inter-

¹¹ Vgl. z.B. Antworten (1) des OVG Beijing und der arbeitsrechtlichen Schiedskommission Beijing bezüglich der Verhandlung arbeitsrechtlicher Streitigkeiten 北京市高级人民法院、北京市劳动争议仲裁委员会关于审理劳动争议案件解答（一），30.04.2024, http://rsj.beijing.gov.cn/xxgk/tzgg/202404/t20240430_3648905.html (Zugriff: 07/2024).

¹² Chinesisch: 全国人民代表大会常务委员会行使下列职权: (一) 解释宪法, 监督宪法的实施; (四) 解释法律.

¹³ Chinesisch: 人民法院依照法律规定独立行使审判权.

pretationsbefugnisse von OVG und OVP dient. Da dieser Beschluss bereits vor Inkrafttreten der jetzigen Verfassung existierte, folgerten manche Verfassungsrechtler, dass die hier festgehaltenen Bestimmungen eben kein Teil der Verfassung von 1982 und somit ungültig seien. Andere gingen davon aus, dass diese Bestimmungen nie aufgehoben wurden und daher nach wie vor gültig seien. Darum ergriff der OVG selbst die Initiative und berief sich 1997 in den *Bestimmungen zur Auslegungsarbeit der Justiz* 最高人民法院关于司法解释工作的若干规定, 法发(1997)15号 auf den Beschluss des NVK aus dem Jahr 1981, der nach wie vor in Kraft sei. Der NVK hat diese Haltung offensichtlich respektiert, denn er hat bei der Verabschiedung des *Gesetzgebungsgesetzes* 立法法 (GGG, ursprünglich: 15. März 2000) nichts an der Situation geändert. Daher stellt § 13 GGG explizit nur für die Exekutive fest, dass sie die Ermächtigung zu einer die Gesetze weiter konkretisierenden Gesetzgebung innehat, schweigt aber zur Praxis der Interpretation durch Justizbehörden. Somit ist deren Interpretationskompetenz weiterhin nicht eingeschränkt.

Dies, gemeinsam mit anleitenden Fällen, welche der OVG (oder auch der OVP, dessen Kompetenzen oft denen des OVG entsprechen) regelmäßig aus Urteilen unterer Instanzen zu bestimmten Themenfeldern auswählt, kann dann doch in hohem Maße die Einheit der Rechtsordnung gewährleisten – trotz der bereits erwähnten Tatsache, dass die meisten Fälle nur bis zum Obergerechtsgericht gehen, die Provinz-Grenzen also nicht verlassen.

Somit sehen wir, wie die chinesische Justiz auf der Grundlage der Verfassung und in Anerkennung der bestehenden Entwicklungslinien sich klar in Richtung rechtsstaatliche Strukturen entwickelt, wie sie – gemeinsam mit anderen Institutionen, v.a. der Strafjustiz – die Defizite der Gesetzgebung ausgleicht, ohne dass sie deshalb die gesetzlich-normativen Grenzen überschreiten würde. Es wird auch deutlich, wie sie zusätzlich durch die Auswahl anleitender Fälle den unteren Instanzen eine Handhabe gibt, typische oder schwierige Fälle adäquat und in gleichmäßiger Rechtsanwendung zu entscheiden.

2. Die Verwirklichung des Rechtsstaatsgedankens im chinesischen Strafrecht

Wie bereits erwähnt, war das Strafrecht die erste und wichtigste gesetzlich-normative Ordnungsstruktur, mit welcher der chinesische Staat nach der Kulturrevolution versuchte, die Gesellschaft wieder zu ordnen und Stabilität sowohl im Alltag wie auch im politischen Zusammenhang zu erreichen. Dazu wurden am 1. Juli 1979 u.a. ein Strafgesetz und ein Strafprozessgesetz erlassen, wodurch die Übertretung des Gesetzes verfolgt werden konnte. Dieser politische Reflex, der staatliche Autorität an die Existenz und Durchsetzung von Strafrecht bindet, reflektiert auf der einen Seite die historische Überzeugung, wonach „in Zeiten der Unordnung harte Strafen notwendig“ sind (乱世处重典), zeigt aber auf der anderen Seite, wie die Durchsetzung von Strafrecht bis zum heutigen Tag als Grunderfahrung der Durchsetzung staatlicher Autorität betrachtet wird. Strafrecht ist also mehr als nur die individuelle Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs im jeweiligen Einzelfall. Es ist zugleich eine symbolische Handlung mit welcher der Staat seine Autorität manifestiert. Dies bewirkt, dass der Staat, wenn er sich oder die Gesellschaft unter Druck sieht, zunächst versucht, mit dem Strafrecht zu antworten. Dennoch ist die Antwort des Strafrechts heute eine sehr andere als kurz nach seiner Einführung im Jahr 1980. Es lohnt sich nachzuvollziehen, was sich konkret verändert hat und inwiefern diese Veränderungen (auch) dem Gedanken des Rechtsstaats geschuldet sind.

Was sich zunächst zwischen der Einführung des cStG (alt) im Jahr 1979 bis zur jetzt gültigen Version des cStG von 1997 eindeutig veränderte, ist der Kreis derer, gegen den sich eine strafrechtliche Sanktionierung richtet. Schnell veränderte sich dabei der Kreis der Adressaten: ursprünglich war nur davon die Rede, dass die tatbestandsmäßige Handlung von Straftätern sanktioniert wird, wobei eine Ausweitung über den eigentlichen Täterkreis hinaus maximal im Fall der Anstiftung (§ 26 cStG alt) erfolgte. Dieses enge Verständnis des Täterkreises bzw. der für die Einhaltung des Strafrechts verantwortlichen Personen wurde bereits mit dem vom StA NVK am 8. März 1982 erlassenen *Beschluss des StA NVK bezüglich der strengen Sanktionierung von schwerwiegenden Schädigungen der Wirtschaft* 全国人民代表大会常务委员会关于严惩严重破坏经济的罪犯的决定 ausgeweitet. Nr. 3 dieses

Beschlusses zufolge hatten alle staatlichen Behörden, die Armee, Unternehmen und gemeinnützige Einrichtungen etc. die Pflicht, ihre Angestellten und die Öffentlichkeit über relevante Problemfelder und Handlungspflichten aktiv aufzuklären. Damit war zunächst eine indirekte strafrechtliche Verantwortung von Unternehmen (und Behörden) entstanden, die sich dahingehend manifestierte, dass Unternehmen (und Behörden) zur Aufklärung von bereits erfolgten Straftaten und zur strafrechtlichen Prävention gegenüber ihren Betriebsangehörigen verpflichtet waren. Dennoch führte ein diesbezügliches Versagen zu keiner spezifischen Sanktionsandrohung. Um diese Pflicht mit mehr Nachdruck zu versehen, mündete die Entwicklung im Rahmen der Neufassung des cStG von 1997 in eine direkte strafrechtliche Verantwortung von „Einheiten“ (单位)¹⁴ und von deren Verantwortlichen. Somit war die Pflicht zur strafrechtlichen Prävention und Repression auf Unternehmen etc. sowie auf deren Führungspersonal ausgeweitet. Bei letzterem wird oft unterschieden in „Verantwortliche des Unternehmens“ (企业的负责人) und „sonstige Verantwortliche“ (其他责任人员)¹⁵, umfasst also CEOs ebenso wie zuständige Abteilungsleiter. Somit ist das Strafrecht nicht nur traditionell eine fundamentale Ordnungsstruktur – die Codizes, die seit den Sui- und Tang-Dynastien im kaiserlichen China galten, waren fast ausschließlich auf Strafrecht fokussiert. Seit 1979 entwickelte es sich auch im China der Gegenwart in eine fundamentale Ordnungsstruktur, mit deren Hilfe versucht wird beides zu realisieren: staatliche Autorität und gesellschaftliche Ordnung.

Wie wichtig das Strafrecht mit seinen möglichen Konsequenzen genommen wird, sieht man u.a. an der Tatsache, dass der StA NVK nur Gesetzesänderungen vornehmen darf, dass aber der Erlass eines neuen Strafgesetzbuches

¹⁴ Es handelt sich hier ausdrücklich nicht um ein reines Unternehmensstrafrecht, denn 1997 gab es nach wie vor viele Unternehmen, die nicht als juristische Person erfasst waren. Dazu zählen Funktionseinheiten (事业单位), wie etwa öffentliche Krankenhäuser oder Behörden, die zwar keine Unternehmensqualität besitzen, die aber über einen eigenen Haushalt verfügen, so dass sie als sanktionierbares Subjekt klassifiziert werden. Zur Definition der strafrechtlichen Einheit, siehe z.B. Qu 2016, 336ff.

¹⁵ Vgl. z.B. § 153 II cStG, der neben Personen, die nach § 153 I cStG direkt den Tatbestand des Schmuggels erfüllen, auch deren Einheit sowie direkt verantwortliche Führungspersonen und andere verantwortliche Personen mit Strafe bedroht.

zur alleinigen Kompetenz des NVK gehört (Art. 62 Nr. 3 Verfassung v. 1982) – obwohl am cStG (alt) offensichtlich wurde, wie der Staat 1979 zunächst selber nur ein bedingtes Zutrauen in strafrechtliche Strukturen hatte. Relevante Bedenken zerstreuten sich erst im Laufe der Jahre durch den Aufbau strafrechtlicher Kompetenz in den Organen der (Straf-) Justiz.

Als der Staat am Ende der 1990er Jahre versuchte, gegen behördliche Willkür vorzugehen, unternahm er nicht nur im Bereich des Verwaltungsrechts den Versuch, durch eine Klärung von Normen und Strukturen die Willkür und den möglichen Missbrauch durch staatliche Behörden wesentlich zu erschweren; gleiches galt auch für die Behörden der Strafjustiz. Betrachtet man das cStG (alt), so war man 1979 offensichtlich noch besorgt, das Bestimmtheitsgebot im Strafrecht könne dazu führen, dass bei Fällen, die in der Öffentlichkeit eindeutig negativ erlebt werden und daher zu Kritik an bestimmten Handlungsweisen führen, die aber keinen eindeutig anwendbaren Tatbestand kennen, der Staat in ein Dilemma käme. Er könnte sich gezwungen sehen, handeln zu müssen, ohne eine normative Handhabe zu besitzen, so dass als Ausweg nur die Verfahrenseinstellung bliebe. Das wurde aber als unerträglicher Triumph einer intuitiv als Verbrecher wahrgenommenen Person und damit als staatlicher Autoritätsverlust empfunden. Aus diesem Grund bestimmte § 79 cStG (alt) noch, dass bei Verbrechen, bei denen es im Besonderen Teil des cStG (alt) keinen eindeutig anwendbaren Tatbestand gibt, unter dem dieses Verbrechen direkt subsumiert werden kann, der ähnlichste Tatbestand zur Anwendung kommen kann, allerdings nur unter der Einschränkung, dass der OVG einer solchen Rechtsanwendung zustimmt. Diese Bestimmung zur Möglichkeit der Analogie im Strafrecht wurde 1997 ersatzlos gestrichen. Ebenso wurde das Sonder- bzw. Nebenstrafrecht in das Hauptstrafrecht integriert – man wollte keine parallelen Regelungen und keine Zersplitterung der strafrechtlichen Bestimmungen mehr. Ganz eindeutig hatte der Gesetzgeber ein neues Bewusstsein entwickelt, in dem er Bestimmtheitsgebot und Analogieverbot als Möglichkeiten erkannte, die Akzeptanz der staatlichen Strafgewalt zu erhöhen und gleichzeitig durch normative Klarheit einen Effizienzgewinn in der Verfolgung von Straftaten zu erzielen.

Die paradigmatische Funktion des Strafrechts zeigt sich auch an der Tatsache, dass es das einzige Gesetz ist, das vom StA NVK kontinuierlich reformiert und ergänzt wird. Seit der Neufassung des cStG 1997 gab es bereits zwölf Änderungsgesetze, die auf der einen Seite das materielle Strafrecht dahingehend umgestaltet haben, dass die Todesstrafe in ca. einem Drittel aller relevanten Tatbestände abgeschafft wurde (8. und 9. Änderungsgesetz, 2009 und 2012), dass aber auf der anderen Seite etwa angesichts eines zunehmenden Terrorismusproblems die Vorverlagerung der Strafbarkeit zur Verabschiedung von speziell hierfür definierten Tatbeständen führte, es also nicht zu einer willkürlichen Strafverfolgung kam. Diese Entscheidung für rechtsstaatlich klar definierte Tatbestände wäre nicht unbedingt notwendig gewesen. Theoretisch hätten sich das MfÖS in den Ermittlungen, das Volksprokurat bei der Prüfung der Anklage und das Volksgericht im Urteil alle auf § 22 cStG berufen können, wonach Vorbereitungshandlungen zu Straftaten generell unter Strafe gestellt sind. Für mindere Fälle hätte man zudem auf § 37 cStG zurückgreifen können: Dieser ermöglicht es, Handlungen, deren Folgen nicht die für eine Straftat erforderliche Sozialschädlichkeit erreichen, generell mit Verwaltungssanktionen zu belegen. Dennoch: Dieser Weg wurde bewusst vermieden. Stattdessen wurden im Rahmen des 9. Strafrechtsänderungsgesetzes am 29. Mai 2015 – im Anschluss an § 120 cStG, der den hauptsächlichen Straftatbestand der Bildung, Leitung und Teilnahme an terroristischen Organisationen 组织、领导、参加恐怖组织罪 definiert – insgesamt sechs weitere Paragraphen zu Straftaten im Bereich des Terrorismus in das cStG eingefügt.¹⁶ Es sind dies:

- § 120-1 cStG, Unterstützung terroristischer Organisationen 帮助恐怖活动罪;
- § 120-2 cStG, Vorbereitung terroristischer Gewalthandlungen 准备实施恐怖活动罪;
- § 120-3 cStG, Verherrlichung terroristischer Gewalttaten 宣扬恐怖主义、极端主义、煽动实施恐怖活动罪;

¹⁶ Zur Frage, wie diese Bestimmungen in Xinjiang zum Einsatz kamen und wie sie zu einer Entspannung der Situation beitrugen, siehe unten Abschnitt 3 dieses Beitrags.

- § 120-4 cStG, Verwendung von Extremismus zum Aufruf zur und Störung von gesetzlich bestimmten Institutionen (wie der Ehe, der Justiz, der Erziehung oder der gesellschaftlichen Administration) 利用极端主义破坏法律实施罪;
- § 120-5 cStG, Zwang gegenüber Dritten, Kleidung, Abzeichen etc. terroristischer oder extremistischer Organisationen zu tragen 强制穿戴宣扬恐怖主义、极端主义服饰、标志罪;
- § 120-6 cStG, Widerrechtlicher Besitz von Symbolen terroristischer Organisationen 非法持有宣扬恐怖主义、极端主义物品罪.

Nicht nur das materielle Strafrecht wurde angepasst, um sich dem Gedanken des Rechtsstaats anzupassen, auch das *Chinesische Strafprozessgesetz* 中华人民共和国刑事诉讼法, dessen Fassung von 1979 i.d.F. als cStPG (alt) zitiert wird, war mehreren Reformwellen unterworfen, die alle auf die Beseitigung von Missständen und die Verwirklichung rechtsstaatlicher Garantien abzielen.

Bevor wir aber auf die prozessrechtlichen Reformen eingehen, soll hier ein kurzer Blick auf die verfassungsrechtlichen Grundlagen geworfen werden. Das cStPG (alt) war ursprünglich zeitgleich mit dem cStG am 1. Juli 1979 verabschiedet worden. Die Unerfahrenheit mit den neugegründeten bzw. funktional wiederhergestellten Institutionen von Volksprokurat und Volksgericht führte zunächst auch im Strafprozessrecht zu Anpassungen, die dieser Unerfahrenheit Rechnung trugen. Zunächst gab es die Sorge, dass der einzelne Richter ja nach Fall mit politischem Druck von außerhalb des Gerichts rechnen müsse. Dies führte dazu, dass Art. 131 Verfassung (1982) nicht die Unabhängigkeit des Richters, sondern die des Gerichtes garantiert – dieses sollte keinem Druck von Exekutive, gesellschaftlichen Organisationen oder Einzelpersonen ausgesetzt sein. § 5 cStPO wiederholt diese Forderung bis zum heutigen Tag: „Das Volksgericht übt seine Urteilskompetenz unabhängig und nach den gesetzlichen Bestimmungen aus“ (人民法院依照法律规定独立行使审判权). Natürlich hat das weitreichende Konsequenzen für die chinesische Vorstellung vom Rechtsstaat, der auf dieser Grundlage eine wesentlich kollektive Grundlage hat, keine individuelle. Doch nur deswegen den Schluss zu ziehen, dass unter diesen Voraussetzungen kein Rechtsstaat möglich sei, wäre eine Verabsolutierung des eigenen westlichen

Gesellschaftsmodells, ohne auch nur die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass die Herrschaft des Rechts und die Einschränkung staatlicher Willkür durchaus mit unterschiedlichen institutionellen Arrangements erreicht werden können.

Weiter geht die verfassungsrechtliche Lehrmeinung in China davon aus, dass die Staatsgewalten zwar getrennt verfasst sind, sich jedoch nicht durch Gewaltenteilung gegenseitig behindern oder sogar durch Dysfunktionalität obsolet machen, sondern dass sie zusammenarbeiten sollen (分权合作). In ähnlicher Weise war man im cStPG (alt) zunächst ebenfalls davon ausgegangen, dass die Institutionen der Strafjustiz sich nicht grundsätzlich gegenseitig konfrontativ verhalten sollten, sondern hatte in § 5 cStPG (alt) explizit gefordert, dass sie „arbeitsteilig zusammenarbeiten, kooperieren und sich gegenseitig beschränken“ sollen (应当分工合作, 互相配合, 互相制约). Die Reihenfolge ist dabei nicht zufällig – erst kommt die Zusammenarbeit und Kooperation, erst dann die (mögliche) Beschränkung. Sicherzustellen, dass dieses Prinzip in der Realität beachtet wird, wurde zur Aufgabe der Kommissare für Politik und Recht 政法委. Dabei handelte es sich um ein Parteiamt, das im Hintergrund die Kooperation zwischen Polizei, Volksprokurat und Volksgericht koordinieren sollte. Dennoch entwickelte sich ein Bewusstsein dafür, dass das bestehende System unzulänglich ist, dass es Fälle gibt, in denen die Wahrheit zu Lasten der Effizienz geopfert wird, was dann zu einer Erosion der staatlichen Autorität führt. Aus diesem Grund kam es im Jahr 1996, also bereits ein Jahr vor der Neufassung des cStG, zu einer Neufassung des cStPG. Der Schwerpunkt der Reform drehte sich um das Prinzip der Unschuldsvermutung (无罪推定). Nicht nur führte das Prinzip selber in § 12 cStPG zur Anerkennung der Tatsache, dass niemand, der nicht rechtskräftig verurteilt ist, ein Verbrecher ist, vielmehr erfolgte auch eine Differenzierung der zuvor sehr verallgemeinernd als „Verbrecher“ (犯人) oder „verbrecherisches Element“ (犯罪分子) titulierten Personen in „Tatverdächtige“ (犯罪嫌疑人) bzw. „Angeklagte“ (被告人). Es wurden also Verfahrensrechte, je nach Verfahrensabschnitt, neu aufgeteilt. Konsequenterweise bestimmte § 162 III cStPG für das Ergebnis des Strafverfahrens neu, dass das Gericht bei einem Mangel an Beweisen auf einen Freispruch er-

kennen soll.¹⁷ Dazu wurde in § 7 cStPG zwar die Forderung nach einer Kooperation und gegenseitigen Beschränkung von Volksgericht und Volksprokurat wiederholt, doch auch das Ziel von Kooperation und Beschränkung wurde wiederholt: die „Garantie einer genauen und effektiven Anwendung des Gesetzes“ (保证准确有效地执行法律). Wenn also das cStPG in seiner Fassung von 1996 die Unschuldsvermutung gesetzlich festgeschrieben hat, dann ist hiermit plötzlich eine vollkommen neue Dimension der Einhaltung der Gesetze entstanden.

Ohne diese Neuorientierung des Strafprozessrechts im Jahr 1996 wäre auch die Reform von 2012 kaum möglich gewesen. Aufgrund aufsehererregender Fehlurteile, die in der Öffentlichkeit zu einem deutlich vernehmbaren Aufschrei führten¹⁸, versuchte man die verfassungsrechtliche Forderung von 2004, wonach der Staat die Menschenrechte achtet, im Strafprozess zu realisieren. Das führte v.a. zu einer Neuorganisation der Zwangsmaßnahmen während der Ermittlungen und der Neuverteilung von Zuständigkeiten. Während im Allgemeinen die Ermittlungen Aufgabe der Behörden für Öffentliche Sicherheit 公安 (= BfÖS) sind, welche in Deutschland als Polizei bezeichnet werden, ist das Volksprokurat 检察院¹⁹ im Strafprozess hauptsächlich für die Prüfung der Anklage zuständig. Da aber das Volksprokurat im Strafprozess zusätzlich eine allgemeine Kontrollfunktion ausübt, wurden ihm die Aufsicht über Arrestzellen und Untersuchungsgefängnisse übertragen. Diese institutionelle Trennung hat seither Folter als Ermittlungsmaßnahme de facto fast vollkommen unterbunden. Wenn das

¹⁷ Zu den Schwerpunkten der Neufassung bzw. Reform des cStPG siehe z.B. Fan 2020.

¹⁸ Vgl. etwa das Urteil gegen She Xianglin, der wegen des angeblichen Mordes an seiner Frau mit Geständnis zunächst zur Todesstrafe und in der zweiten Instanz zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde, bis die angeblich Ermordete nach elf Jahren wieder auftauchte, so dass das Fehlurteil revidiert wurde und das Gericht am 02.09.2005 auf eine Haftentschädigung von 700.000 RMB erkannte; vgl. http://baike.baidu.com/item/%E4%B4%BD%98%E7%A5%A5%E6%9E%97/2943785?fr=ge_alo (Zugriff: 07/2024).

¹⁹ Das Volksprokurat wird zwar ab und an als Staatsanwaltschaft übersetzt; seine Aufgaben reichen bis in die Bereiche von Zivil- und Verwaltungsprozess hinein. Allerdings sind die Ermittlungsbefugnisse seit 2018 noch mehr eingeschränkt als das bereits zuvor der Fall war. Weil also das Kompetenzportfolio des Volksprokurats deutlich anders gelagert ist als das der deutschen Staatsanwaltschaft, wird hier an der in China üblichen Übersetzung festgehalten.

Volksprokurat für die Gesundheit und körperliche Unversehrtheit von Inhaftierten zuständig ist, wird sie einer Folter durch die Polizei aktiv entgegenwirken. Überdies kam es in der Reflexion der Fehlurteile zu einer Neubestimmung der Aufgaben der Kommissare für Politik und Justiz, welche sich mehrheitlich aus den BfÖS rekrutierten. Diese hatten vorher in vielen Fällen den anderen Institutionen der Strafjustiz inhaltliche Vorgaben gemacht, so dass das Ergebnis des Verfahrens von den BfÖS vorgegeben war und Fehler der Ermittlungsbehörden unerkannt bleiben mussten. Seither erfolgen inhaltliche Vorgaben in dieser Form nicht mehr, stattdessen wird, wenn überhaupt, lediglich in verfahrensrechtlicher Weise eine bessere Vernetzung angestrebt.

Doch auch hier war die Reform der gesetzlichen Grundlagen nur ein Schritt, der zur Identifizierung weiterer Defizite des Systems beitrug, war also letztendlich Anlass für weitere Reformen. 2018 wurde die Kompetenz der Ermittlungen gegen Amtsträger (also insbesondere die Ermittlungen in Korruptionssachen) vom Volksprokurat auf die neu geschaffene staatliche Kontrollkommission 监察委员会 übertragen. Diese kann seither im Verein mit Parteidisziplinarkommission 党纪委员会 und Teilen des Rechnungshofs 审计部 ein paralleles Verfahren auf den Ebenen von Staat und Partei führen. Obwohl es aus westlicher Perspektive u.U. genauso merkwürdig erscheint, dass von Seiten des Staats und der Partei getrennt ermittelt wird – so wie es ja auch verwundert, wenn Institutionen von Staat und Partei unter einem Dach vereint sind, um dann gemeinsam im Verdachtsfall zu ermitteln – sind dadurch Defizite abgebaut worden, die zuvor viele Korruptionsermittlungen behinderten. Wenn nämlich Verdächtige, die der KPCh angehören, erst dann an die staatlichen Ermittlungsbehörden überstellt werden, wenn das Parteidisziplinarverfahren im Wesentlichen abgeschlossen ist, dann ergibt sich in den Ermittlungen erstens die Frage, aufgrund welcher Autorität die Parteidisziplinarkommission von Nicht-Partei-Mitgliedern Beweismittel einholen soll. Zweitens entsteht dadurch leicht eine zeitliche Ermittlungslücke, die es Nicht-Partei-Mitgliedern im Zweifelsfall erlaubt, Beweismittel zu vernichten oder sich ins Ausland abzusetzen. Indem es aber seit 2018 möglich ist, die Ermittlungen von Staat und Partei parallel durchzuführen, existieren solche zeitlichen Lücken und Verzögerungen nicht mehr.

Wenn auch noch Parteistatuten und Gesetze in ihren Bestimmungen gegenseitig angeglichen werden, dann führt die Konvergenz der Ermittlungen von Partei und Staat nicht dazu, dass die Partei die staatlichen Ermittlungen dominiert, sondern sie führt dazu, dass die Parteimitglieder (straf-) rechtlich sehr viel stärker zur Verantwortung gezogen werden können, als dies bislang der Fall war.

Dass dies bisher nicht zu einer totalen Dominanz der Partei über bestehende staatliche Institutionen geführt hat, zeigen z.B. die Zahlen, die sich im Tätigkeitsbericht des OVP an den NVK aus dem Jahr 2019 finden.²⁰ Von allen Fällen, welche von der Nationalen Kontrollkommission 2018 mit Bitte um Anklageerhebung an das Oberste Volksprokurat überstellt wurden, wurden mehr als 3% direkt mit einem Beschluss der Nicht-Anklage abgelehnt; mehr als 20% aller Fälle wurden mit der Aufforderung, weiter zu ermitteln, an die Nationale Kontrollkommission zurückgewiesen. Vergleicht man das mit der Zahl der Unschuldsurteile vor den Volksgerichten, welche im Jahr 2019 nach Angaben des OVG bei ca. 0,068% aller Strafurteile lagen²¹, so wird deutlich, wie ernst das Volksprokurat seine Aufgabe der Anklageprüfung nimmt und sich eben nicht durch die Tatsache einschüchtern lässt, dass die Aufforderung zur Anklageerhebung üblicherweise im Einverständnis von Kontrollkommission und Parteidisziplinarkommission erfolgt.²² Es zeigt sich hier das Entstehen rechtsstaatlicher Strukturen, welche andere Wege gehen als im westlichen Strafrecht, aber dennoch nicht pauschal von der Schuld des Angeklagten ausgehen, sondern dies im Einzelfall ernsthaft prüfen.

²⁰ Vgl. *Kurzfassung des Berichts 2019 des Obersten Volksprokurats an den Nationalen Volkskongress in Zahlen* 数读2019最高检工作报告, 12.03.2019, http://www.spp.gov.cn/spp/zd gz/tj/201903/t20190312_411545.shtml (Zugriff: 03/2019).

²¹ Vgl. *Bericht des Obersten Volksgerichtshofs* 最高人民法院工作报告 an den 13. Nationalen Volkskongress, 25.05.2020, <http://gongbao.court.gov.cn/Details/e83007142dac8251d1e1416> (Zugriff: 06/2024).

²² Insofern sieht der Autor die Einschätzung von Eva Pils zumindest in wichtigen Teilen nicht im Einklang mit der tatsächlichen Entwicklung. Auch in einem China unter Xi Jinping ist die Dominanz der Politik über das Recht insbesondere im Strafrecht eher auf dem Rückzug. Ein Wiedererstarken des „dual state“ findet im Strafrecht, welches für eine solche Entwicklung prädestiniert sein sollte, nicht statt; vgl. Pils 2023, 339-375.

Ein weiterer Bereich, in dem sich das Verständnis des Rechtsstaats verändert und wo diese Veränderung im Bereich der Strafjustiz zu einer vollkommen neuen Situation geführt hat, liegt im Bereich der Interaktion von Straf- und Verwaltungsrecht. Die relative Härte des Strafrechts war lange Zeit auch der Tatsache geschuldet, dass ein Angeklagter, der zu weniger als drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde, von der Kommission zur Verwaltung der Erziehung durch Arbeit 劳动教养管理委员会 nach § 13 *Versuchsweise Bestimmungen zur Erziehung durch Arbeit* 劳动教养试行办法 (VBE-Arb) v. 21. Jan. 1982²³ mit ein bis drei Jahren Unterbringung in einem (administrativen) „Erziehungslager“ (劳动教养场所) sanktioniert werden konnte. Die Kommission, welche über die Einweisung in diese Erziehungslager zu entscheiden hatte, war auf Ebene von Provinzen oder großen und mittleren Städten angesiedelt (§ 4 VBEArb), wobei für die konkrete Durchführung bei den BfÖS direkt eine entsprechende Abteilung gebildet wurde, die Behörde für die Verwaltung der Erziehung durch Arbeit 劳动教养工作管理机构 (§ 4 VBEArb). Da die Bestimmung von 1982 lediglich eine Konkretisierung u.a. des *Beschlusses des Staatsrats zu Fragen der Erziehung durch Arbeit* 国务院关于劳动教养问题的决定 (BStREArb) v. 3. Aug. 1957 und der *Ergänzenden Bestimmungen des Staatsrats zur Erziehung durch Arbeit* 国务院关于劳动教养的补充规定 (EBStREArb) v. 29. Nov. 1979 darstellte (§ 1 VBEArb), diese also nicht aufhob, galten die Bestimmungen des § 5 des BStREArb und des § 1 EBStREArb weiter. Nach diesen Bestimmungen setzte sich die Leitung der (administrativen) Erziehungslager gemeinsam aus den Behörden für Inneres 民政, den BfÖS und den Behörden für Arbeit 劳动 zusammen. Somit kam den BfÖS zwar keine alleinige Entscheidungskompetenz zu, sie dominierten aber das gesamte Verfahren – trotz der Oberaufsicht durch das Volksprokurat (§ 6 VBEArb).

²³ Um den sprachlichen Unterschied zur Gefängnisarbeit zu verdeutlichen, verwendet dieser Beitrag für das System der Umerziehung durch Arbeit (劳动改造), das auf § 46 2. Halbsatz cStG beruht, den Begriff strafrechtliches Arbeitslager. Diese strafrechtliche Bestimmung begründet für Straftäter, welche eine Freiheitsstrafe verbüßen, eine generelle Arbeitspflicht, sofern dies körperlich zumutbar ist. Es handelt sich also bei den Insassen um durch ein Strafgericht verurteilte Personen. Wenn dagegen von einem (administrativen) Erziehungslager die Rede ist, dann erfolgte die Einweisung in dieses Erziehungslager durch eine gemeinsame Entscheidung mehrerer Verwaltungsbehörden.

Wenn also die BfÖS direkt in die Einweisung in die administrativen Erziehungslager und deren Leitung involviert waren, ohne dass sie dabei einer gerichtlichen Kontrolle unterlagen, dann musste jedes Gericht, das auf weniger als drei Jahre Freiheitsstrafe erkannte, befürchten, dass die BfÖS trotz des milden Urteils (oder gar Freispruchs) den Beschuldigten in ein Erziehungslager einweisen würden. Nach Auskunft von Anwälten gab es solche Fälle tatsächlich. Wenn das Volksgericht also befürchten musste, dass sein Urteil zur Farce werden würde, wenn die BfÖS eine schwerere Sanktion als die im Urteil bestimmte verhängen würden, dann wird es schon aus Sorge um die eigene Autorität dazu neigen, nur Strafen auszusprechen, die über dem Limit von drei Jahren liegen. Als Ende der 2000er Jahre die Bestrebungen, das Strafrecht differenzierter zu handhaben und sowohl „Milde“ als auch „Strenge“ (宽严相济) walten zu lassen²⁴, zunahmen, barg diese Sanktionsschwere zwischen BfÖS und Volksgerichten für beide Seiten die Gefahr eines ernsthaften Autoritätsverlusts. Nicht zuletzt deshalb kam es zur Entflechtung der Kompetenzen, in deren Rahmen die schon seit langem geforderte Abschaffung des (administrativen) Erziehungslagers zunächst durch den *Beschluss des Zentralkomitees der KPCh zur stetigen Vertiefung von Reformen* 中共中央关于全面深化改革若干重大问题的决定 am 12. Nov. 2013 im Grundsatz angenommen (Nr. 34 in Abschnitt 9 des Beschlusses) und schließlich durch einen *Beschluss des StA NVK über die Abschaffung der gesetzlichen Bestimmungen über die Erziehung durch Arbeit* 全国人民代表大会常务委员会关于废止有关劳动教养法律规定的决定 (28. Dez. 2013) vollzogen wurde. – Dadurch ist es zwar nach wie vor möglich, dass Straf- und Verwaltungssanktion nach § 37 cStG nahtlos miteinander verknüpft werden. Allerdings nicht in gegenseitiger Konkurrenz, sondern entlang einer Traversale, bei der die Verwaltungssanktion eindeutig milder als die Strafsanktion zu sein hat.

²⁴ Der OVG forderte 2008 öffentlich, gleichzeitig „Milde und Strenge“ als Maxime der Strafjustiz zu behandeln und unterlegte diese Forderung am 22.02.2010 durch seine *Interpretation zur Strafrechtspolitik der gleichzeitigen Milde und Strenge* (关于贯彻宽严相济刑事政策的若干意见) auch normativ. 2018 wurde dieses Prinzip in das *Kontrollgesetz* 中华人民共和国监察法 aufgenommen, 2019 fand es auch Einzug in die Parteistatuten; vgl. Liu/Ling 2019, 17.

Die Abschaffung des (administrativen) Erziehungslagers ist aber nicht gleichbedeutend mit einer generellen Abschaffung jeglicher Formen der oft sehr undifferenziert als Arbeitslager bezeichneten Institutionen. Auch wenn in westlichen Beiträgen zu Arbeitslagern in China (auch und gerade in Xinjiang) meist sehr undifferenziert nur von Lagern, Arbeitslagern oder sogar von Konzentrationslagern die Rede ist, so erschwert dieser Mangel an Differenziertheit – und die mit der Vokabel „Konzentrationslager“ verbundene Emotionalität – das Verständnis der chinesischen Situation.

Die Arbeit von Strafgefangenen gründet sich im chinesischen Strafrecht zunächst auf § 46 2. Halbsatz cStG, der verlangt, dass Verurteilte, die zeitige oder unbegrenzte Freiheitsstrafen verbüßen, zur Arbeit verpflichtet sind, so sie dazu körperlich in der Lage sind. Da der strafrechtlich Verurteilte in der chinesischen Strafjustiz als sozialschädlich betrachtet wird – schließlich ist die Sozialschädlichkeit in China, anders als in Deutschland, eine notwendige Voraussetzung für die strafrechtliche Tatbestandsmäßigkeit – und damit eine andere Stellung gegenüber der Gesellschaft einnimmt als eine Person, die allein wegen niederschweligen, tatbestandsmäßigen Handlungen mit Verwaltungssanktionen belegt wird, spricht das chinesische Strafrecht hier nicht von „Erziehung durch Arbeit“ (劳动教养), sondern von „Umerziehung durch Arbeit“ (劳动改造). Und so handelt es sich in solchen Fällen nicht um ein (administratives) Erziehungslager, sondern um ein strafrechtliches Umerziehungs- oder Arbeitslager.

Interessanterweise findet sich die Arbeitspflicht für Strafgefangene in Deutschland beinahe wortgleich in § 41 I S.1 *Strafvollzugsgesetz* (in der Fassung vom 5.10.2021), welcher im Falle des deutschen Strafvollzugs neben der Pflicht zur angemessenen Arbeit noch arbeitstherapeutische und sonstige Beschäftigung erwähnt. Somit ist die Vorstellung, dass Arbeit einen therapeutischen Zweck erfüllen kann und dass deshalb der Gefangene arbeiten soll, keine Erfindung des chinesischen Strafrechts. Stattdessen ist sie vielen Strafrechtskulturen gemeinsam. Gleichzeitig ist klar, dass die reine Parallelität, dass eine Gesellschaft verpflichtende Gefängnisarbeit kennt, nicht bedeutet, dass es sich um dieselben Phänomene handelt. Weder China noch Deutschland verwenden Gefängnisarbeit als Ersatzinstitution für (offiziell abgeschaffte) Sklaverei; das kann insbesondere für die USA so

grundsätzlich nicht festgestellt werden.²⁵ Wenn daher Gefängnisarbeit international unterschiedlich bewertet wird, so hat dies sicher Gründe; es sollte jedoch nicht auf der Grundlage unreflektierter Stereotype geschehen. Vielmehr erscheint es äußerst fragwürdig, wenn ausgerechnet die USA im Kontext ihrer ökonomischen und politischen Auseinandersetzung mit China gesetzlich gegen Zwangsarbeit in China (bzw. Xinjiang) vorgehen.²⁶

Bei der Differenzierung der unterschiedlichen Formen von Lagern gibt es, gerade im Zusammenhang mit chinesischen Antiterror-Maßnahmen, eine weitere Form der Freiheitsbeschränkung, welche strukturelle Parallelen zur deutschen Sicherungsverwahrung aufweist: Nach § 30 des *Anti-Terrorismus-Gesetzes* 中华人民共和国反恐怖主义法 (ATG, urspr. v. 2015, geändert 2018) können Personen, die wegen Terrorismus zu mehr als einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt wurden und von denen weiterhin ein großes gesellschaftliches Risiko einer Wiederholungstat ausgeht, in ein Deradikalisierungslager eingewiesen werden. Dabei hat jedes Jahr eine Einschätzung zu erfolgen, ob sich an der Gefährdungslage etwas geändert hat. So sich das Risiko einer Wiederholungstat signifikant verringert hat, müssen die Personen umgehend freigelassen werden. Auch wenn es im ATG keine spezifischen Bestimmungen zum Inhalt der Erziehungskurse gibt, ist die Grundstruktur der Unterbringung auf Widerruf mit anderen Formen der Unterbringung vergleichbar – es findet eine Abwägung des gesellschaftlichen Sicherheitsinteresses und des persönlichen Interesses der Freizügigkeit statt.

3. Die Herausforderung eines religiös-ethnisch basierten Terrorismus in Xinjiang

Wie oben ausgeführt, versuchte der chinesische Staat, auf ein zunehmendes Terrorismus-Problem nicht rein situativ zu antworten, sondern im Zuge der Auseinandersetzung rechtsstaatliche Strukturen auf- und auszubauen. Das beinhaltet nicht zuletzt das Eingeständnis, und dies bestätigten Vertreter der

²⁵ Vgl. dazu z.B. Browne 2007, 42ff.

²⁶ Vgl. *Uyghur Forced Labor Prevention Act* (UFLPA), beschl. am 23.12.2021, in Kraft getreten am 21.06.2022; siehe <http://www.cbp.gov/trade/forced-labor/UFLPA> (Zugriff: 06/2024).

Behörden in Xinjiang im Mai 2023 im Gespräch mit unserer Wissenschaftlergruppe, dass in der Frühphase des Antiterror-Kampfes teilweise Probleme auftraten, weil der Staat erst Strukturen aufbaute, um diese dann in der Folge zu verbessern. Es wurde eingeräumt, dass in der ersten Phase nicht ausreichend versiertes Polizeipersonal zur Verfügung stand. Hilfspersonal wurde eingestellt. Diesem habe es an adäquater Ausbildung gemangelt. So sei es, auch in Konsequenz dieses eklatanten Mangels an Professionalität, zu Übergriffen in den neu geschaffenen administrativen Deradikalisierungslagern, Ausbildungszentren usw. gekommen. Zugleich wurde betont, dass dieser Missstand von den chinesischen Behörden wahrgenommen und abgestellt wurde.²⁷ Die Lösung des Problems dürfte einerseits auf die zunehmende Professionalisierung zurückzuführen sein, andererseits auf den Aufbau bzw. die Weiterentwicklung rechtsstaatlicher Strukturen – Entwicklungen, die sowohl auf Ebene des Nationalstaats als auch auf der Ebene der XUAR erfolgen.

Von der Einführung neuer Tatbestände (§§ 120-1 bis 120-6 cStG) im Bereich des terroristischen Umfelds bzw. von Vorbereitungshandlungen und von niederschweligen terroristischen Handlungen war schon die Rede. Allerdings waren auch die neuen Bestimmungen mit Problemen behaftet; es kam zu einer ergänzenden Gesetzgebung. So erlaubte es z.B. der § 120-45 cStG, eine Unterscheidung zwischen Aktivisten und anderen Personen vorzunehmen. Trotzdem war er als normative Bestimmung zu undifferenziert: Wie soll die Trennlinie zwischen denjenigen gezogen werden, die andere zum Tragen religiös-fundamentalistischer Symbole oder Kleider zwingen, und denen, die dies aus eigener Überzeugung tun? Wie soll der Staat auf die Zeichen eines religiösen Fundamentalismus reagieren, der zwar das Potential terroristischer Aktivitäten birgt, der aber bislang nicht terroristisch in Erscheinung getreten ist? – In Deutschland wurde angesichts solch unbequemer Fragen in diversen Fällen u.a. darauf verzichtet, einstige Anhänger/-innen des ‚Islamischen Staates‘ aus Lagern in Kurdisch-Syrien nach

²⁷ Wenn das Agieren der offiziellen Behörden der Strafjustiz etwa im Vereinigten Königreich in Anbetracht des nordirischen Terrors in der Vergangenheit betrachtet wird, dann sind die Übergriffe des schlechtausgebildeten chinesischen Polizeipersonals zwar nicht gerechtfertigt, aber doch zumindest im Kontext zu sehen; vgl. (1975).

Deutschland zurückzuholen. Auch wurde, seit Ankunft der sogenannten Syrien-Heimkehrer, der Begriff des Gefährders und der polizeilichen Gefahrenabwehr neu durchdacht – mit allen rechtstaatlichen Problemen, die damit verbunden sind.

In der chinesischen Situation hatte zunächst der StA NVK versucht, durch neu geschaffene *Bestimmungen im chinesischen Anti-Terrorismus-Gesetz* 中华人民共和国反恐怖主义法 (= ATG; ursprünglich 27. Dez. 2015, geändert am 27.4.2018) Verwaltungsbußen einzuführen und durch die BfÖS in Fällen, in denen ein mit Terrorismus in Zusammenhang stehender Tatbestand erfüllt wurde, ohne die Schwelle der strafrechtlich relevanten Sozialschädlichkeit zu erreichen, in der Praxis zu verhängen. So bestimmt etwa § 80 (3) ATG, dass

*Wer an einer der folgenden Handlungen teilnimmt, ohne dass dies ein Verbrechen konstituiert, gegen den kann von den BfÖS 10 bis 15 Tage Arrest verhängt werden, zusätzlich kann ein Bußgeld von bis zu 10.000 RMB verhängt werden: [...] (3) das Zwingen anderer, in der Öffentlichkeit den Terrorismus oder Extremismus verherrlichende Kleider oder Symbole zu tragen.*²⁸

Diese Bestimmung ist eine wichtige Ergänzung des § 120-4 cStG, denn sie erlaubt die tatsächliche, konkrete Umsetzung von § 37 cStG, wonach niederschwellige Tathandlungen, deren geringe Sozialschädlichkeit keine strafrechtliche Verfolgung rechtfertigen, durch Verwaltungsbußen geahndet werden können. Eben weil in § 80 (3) ATG bestimmt ist, in welchem Ausmaß eine Verwaltungsbuße im Fall des Fehlens strafrechtlicher Relevanz eine ansonsten tatbestandsmäßige Handlung sanktionieren kann, existiert also eine gesetzliche Grundlage – und von daher erscheint eine willkürliche Sanktionierung praktisch ausgeschlossen.

Trotzdem ist diese Bestimmung für die Situation in Xinjiang problematisch: Wenn das Tragen einer Burka oder eines ähnlichen Ganzkörperschleiers als Zeichen der Ungleichheit von Mann und Frau und damit als Widerspruch zum verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz in Art. 48 der Verfassung (1982) oder als Zeichen religiöser Intoleranz betrachtet wird, ohne dass

²⁸ Chinesisch: 参与下列活动之一, 情节轻微, 尚不构成犯罪的, 由公安机关处十日以上十五日以下拘留, 可以并处一万元以下罚款: (三) 强制他人在公共场所穿戴宣扬恐怖主义、极端主义的服饰、标志的.

nachweisbar ist, wer die Trägerin dazu gebracht hat, die traditionellen Kleider (zu denen keine Verschleierung und erst recht kein Vollschieleer gehörte), beiseite zu legen – wie ist dann zu reagieren? Aus diesem Grund konkretisiert § 50 (5) *Ausführungsverordnung der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang zum Anti-Terrorismus-Gesetz* 新疆维吾尔自治区实施《中华人民共和国反恐怖主义法》办法 (AVXJ ATG), den Tatbestand weiter und sucht die Definition zu konkretisieren und auf die Situation in Xinjiang anwendbar zu machen. So formuliert § 50 (5) AVXJ ATG weitergehend:

*Wer eine der folgenden Handlungen ausführt, wobei die Umstände geringfügig sind, so dass sie noch kein Verbrechen darstellen, wird nach Maßgabe des § 80 ATG sanktioniert: [...] (5) Verwendung von Kleidern und Symbolen in der Öffentlichkeit, um dadurch Terrorismus und Extremismus zu propagieren, oder Zwang anderer, solche Kleider oder Symbole zu tragen.*²⁹

Nach § 80 ATG ist die Tathandlung ursprünglich enger gefasst als in AVXJ ATG. Dafür finden sich konkrete Bestimmungen zu Sanktionsschwere und Verfahren:

Wer eine der unten aufgeführten Handlungen ausführt, wobei die Umstände gering sind, so dass sie noch kein Verbrechen darstellen, gegen den wird von den BfÖS 10 bis 15 Tage Arrest verhängt, zusätzlich kann eine Geldbuße von unter 10.000 RMB verhängt werden:

- (1) Propagieren von Terrorismus oder Extremismus oder Aufrufe zur Ausführung terroristischer Taten;*
- (2) Herstellung, Verbreitung und widerrechtlicher Besitz von Gegenständen, welche Terrorismus oder Extremismus propagieren;*
- (3) Zwang anderer, in der Öffentlichkeit Kleider oder Symbole zu tragen, welche Terrorismus oder Extremismus propagieren;*
- (4) geistige oder materielle Unterstützung oder das Verschaffen von Gelegenheit für das zur Verfügung stellen von Informationen, Finanzierung, Material, Arbeit, Technik oder Orten zur Propagierung von Terrorismus oder Extremismus.*³⁰

²⁹ Chinesisch: 实施下列行为之一, 情节轻微, 尚不构成犯罪的, 依照《中华人民共和国反恐怖主义法》第八十条的规定处罚: (在公共场所利用服饰、标志等宣扬恐怖主义、极端主义或者强制他人穿着、佩戴恐怖主义、极端主义服饰、标志的)

³⁰ Chinesisch: 参与下列活动之一, 情节轻微, 尚不构成犯罪的, 由公安机关处十日以上十五日以下拘留, 可以并处一万元以下罚款: (一) 宣扬恐怖主义、极端主义或者煽动实施恐怖活动、

Aus der Gegenüberstellung wird ersichtlich, wie die Bestimmung in § 80 (3) ATG lediglich beim Zwang anderer zum Tragen von Kleidung und Symbolen eine Sanktion vorsieht, während § 50 (5) AVXJ ATG auch beim Tragen ohne feststellbaren Zwang mit einer Sanktion greifen kann. Überdies wird klar, dass die alleinige Kompetenz zur Verhängung von Sanktionen in den Fällen des ATG und des AVXJ ATG bei den BfÖS liegt. Da es sich um kein Strafverfahren handelt, ist eine Aufsicht durch das Volksprokurat nicht vorgesehen. Die Sanktionsdauer ist mit 10 bis max. 15 Tagen vergleichsweise kurz. Betrachtet man die sanktionierbaren Handlungen, so fällt auf, dass diese in signifikanten Größenordnungen im Alltag vorkommen bzw. vorgekommen sind. Wenn daher für die Durchführung des Arrests Einrichtungen aufgebaut werden mussten, weil die bestehenden Untersuchungsgefängnisse beim Volksprokurat oder die Arrestzellen bei den BfÖS etc. überlastet waren, dann liegt das in der Logik der normativen Formulierungen. Wenn ein islamistischer Fundamentalismus das Tragen der Burka innerhalb weniger Jahre zur gesellschaftlichen Norm gemacht hat, dann wurde der Ganzkörperschleier – vorsichtig geschätzt – von mindestens einem Viertel der uigurischen Frauen zumindest zeitweise getragen. Daraus wiederum wird ersichtlich, dass in vielen Fällen kein Verfahren eingeleitet wurde. Stattdessen reichte die Verwarnung bzw. die Wahrnehmung, dass das Tragen dieses Kleidungsstücks jetzt unangenehme Konsequenzen mit sich bringt, offensichtlich aus, um eine Verhaltensänderung zu bewirken. Zumindest im Mai 2023 ist dem Autor bei seinem Besuch in Kashgar keine einzige Frau mit Burka aufgefallen. Ähnliches gilt für Äußerlichkeiten wie lange Bärte, denen ebenfalls Symbolcharakter zugeordnet werden kann. Bei Letzteren waren die Grenzziehungen offenkundig weniger strikt.

Hier zeigt sich ein weiteres Charakteristikum der Gesetzgebung: Im Normtext ist nur von Kleidern und Symbolen die Rede, wobei allerdings die Bedeutung von Kleidung/Symbolen – langer Bart als religiöses Symbol? – nur unter Einbezug des aktuellen gesellschaftlichen Kontextes erkannt werden

极端主义活动的；（二）制作、传播、非法持有宣扬恐怖主义、极端主义的物品的；（三）强制他人在公共场所穿戴宣扬恐怖主义、极端主义的服饰、标志的；（四）为宣扬恐怖主义、极端主义或者实施恐怖主义、极端主义活动提供信息、资金、物资、劳务、技术、场所等支持、协助、便利的。

kann. Wenn dies nicht so wäre, würde sofort eine Ausweichbewegung erfolgen, ähnlich wie dies z.B. im Drogen-Strafrecht mit Designerdrogen stattfindet. Klar ist, dass es, bei allen Bemühungen um eine Konkretisierung der Straftatbestände durch ergänzende Normsetzung, immer auch einer Interpretation und somit weiterer Anweisungen bedarf, bevor ein solches Programm flächendeckend und stringent umgesetzt werden kann. – Der chinesische Staat bemüht sich also in seiner Reaktion auf Terrorismus und religiösen Extremismus, der sich als Brutstätte terroristischer Bestrebungen erwiesen hatte, darum, dem Bestimmtheitsgebot Rechnung zu tragen, ohne die Möglichkeit einer Interpretation tatsächlicher Handlungstypen komplett auszuschließen.

Zurück zu den Zahlen: Vergleicht man Fotos aus Xinjiang um die Jahrtausendwende und in den frühen 2010er Jahren, so wird deutlich, wie sich das Straßenbild selbst in Großstädten wie Kashgar dramatisch verändert hatte. So waren unverschleierte Frauen, die früher klar in der Mehrheit waren, nun selten zu sehen, auch wenn die meisten Frauen in der Öffentlichkeit keine Burka o.ä. trugen – ein Bild, in dem sich gesellschaftlich-religiöse Veränderungsprozesse spiegeln. Religiös geprägte Vorstellungen von dem, was eine Frau zu tun und zu lassen hat, veränderten sich in kurzer Zeit und prägten den Alltag. Da dies auch die uigurische Großstadt Kashgar betraf, ist klar, dass dieser Wandel nicht allein Menschen in bildungsferneren ländlichen Gegenden betraf. Überall fasste die Überzeugung Fuß, dass Mann und Frau notwendig ungleich seien und daher ungleiche Rechte und Pflichten haben, dass ein Muslim den Kontakt mit allem Unreinen scheuen soll und sich in die ethnische Segregation zurückziehen sollte, dass staatliche Institutionen wie die Amtsheirat, öffentliche Schulen oder der Gebrauch des Mandarin abzulehnen seien – und dass all dies religiös begründbar sei. Diese Entwicklung wird in den Sanktionsnormen reflektiert. In der Folge kam es zu einer großflächigen Rechtsdurchsetzung, die offensichtlich zum Ziel hatte, den Alltag zu verändern.

Dennoch richtete sich die chinesische Reaktion auf den zunehmenden Terror nicht gegen den Islam als solchen oder gegen die uigurische Kultur als solche. Moscheen prägen nach wie vor das Stadtbild von Kashgar; uigurische Musik und sonstige Kultur, die zwischenzeitlich durch fundamentalis-

tisch-islamistische Kreise unterdrückt worden waren (ähnlich wie in Afghanistan durch die Taliban), sind in der Öffentlichkeit wieder zur Normalität geworden. Wer in Kashgar abends ausgeht, kann dies unschwer feststellen.

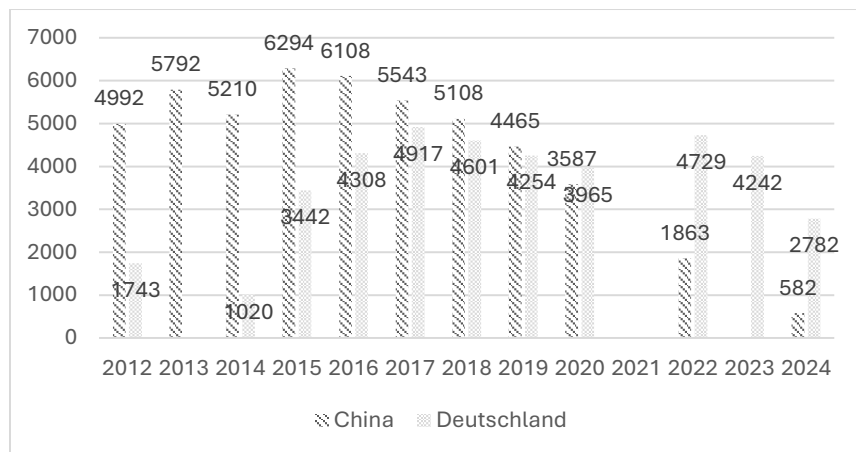
Dass der chinesischen Politik in Süd-Xinjiang Erfolg beschieden war, liegt vermutlich auch daran, dass viele Opfer des Terrors selber Uiguren waren. Die Konfrontation über unterschiedliche religiöse Überzeugungen war wesentlich auch eine inner-uigurische, nicht nur eine zwischen den Ethnien der Uiguren und der Han-Chinesen. Eines der markantesten (und traurigsten) Beispiele ist die Ermordung von Imamen, welche sich gegen dschihadistische Vorstellungen stellten. Der bekannteste Fall ist vermutlich der von Juma Tayir, der in seiner Funktion als Imam der Id Kah Moschee, der größten Moschee Xinjiangs, ex cathedra verkündigte, dass niemand dafür ins Himmelreich komme, dass er ein Mörder sei. Nur einen Tag später, am 30. Juli 2014, wurde Juma Tayir auf seinem Weg von der Moschee nach Hause blutig ermordet. Es wird deutlich, wie versucht wurde, die Lehre vom Dschihad und weitere fundamentalistische Vorstellungen zuerst gegen die eigene Kultur durchzusetzen. Dass dabei auch zu terroristischen Mitteln gegriffen wurde, war ein Grund dafür, dass in erstaunlich kurzer Zeit ein erheblicher religiös-fundamentalistischer Konformitätsdruck erzeugt werden konnte. Ein augenfälliges Beispiel ist hier, wie gesagt, das Tragen der Burka. In seiner Reaktion bewertete der chinesische Staat es in diesem spezifischen Kontext als fundamentalistisches Statement. Jede Frau, die in Xinjiang in der Öffentlichkeit eine Burka trägt, kann also zu Verwaltungsanktionen verurteilt werden – ohne dass klar sein muss, ob sie von anderen (dem Ehemann? den Nachbarn? dem Imam? anderen?) dazu gezwungen wird oder ob die Kleiderwahl aus freien Stücken erfolgte.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Zahlen des GTI³¹, die das australische Institute for Economics and Peace gesammelt hat (Schaubild 1), so wird deutlich, dass die Antiterror-Gesetzgebung genau zu der Zeit entstand,

³¹ Der GTI resultiert aus vier mit 0-3 gewichteten Indikatoren (Zahl terroristischer Ereignisse, Zahl von Todesfällen, Zahl von Verletzten, Zahl von Geiselnahmen jeweils mit terroristischem Hintergrund) sowie einem gewichteten Fünfjahresdurchschnitt. Der GTI bewegte sich 2023 zwischen 0.000 (keine gemeldeten Ereignisse) und 8.571 (Burkina Faso) und 88 Länder hatten einen GTI höher als 0.000.

als terroristische Aktivitäten in China ihren Höhepunkt erreichten. Natürlich muss davon ausgegangen werden, dass viele terroristische Verbrechen nicht an die Medien gemeldet wurden, so dass die tatsächlichen Zahlen deutlich höher sein dürften, als die in Australien statistisch erfassten. Doch auch nach diesen (unvollständigen) australischen Zahlen wurde China zwischenzeitlich auf Platz 23 des GTI geführt, es rangierte in der zweithöchsten Kategorie der terroristischen Bedrohungslage. Aus diesen Zahlen – und den dahinterstehenden Verbrechen – wird ersichtlich, dass nationale und regionale Normsetzungen gegen den Terrorismus aus konkreten Anlässen heraus entstanden sind und dass der NVK, sein ständiger Ausschuss und andere legislative Institutionen, insbesondere die Gesetzgebung des Volkskongress der XUAR 新疆维吾尔自治区人民代表大会 (VK XUAR) mit ihrer Gesetzgebung jeweils konkrete Zielsetzungen verbanden. (Dabei zeigt der Rückgang der Zahlen seit 2017, dass das Terrorismus-Problem in China mittlerweile kleiner ist als in Deutschland.)

Schaubild 1: Global Terrorism Index im Vergleich Deutschland / China³²



³² *Global Terrorism Index*, Institute for Economics and Peace, <http://www.economicsandpeace.org/global-terrorism-index/> (Zugriff: 06/2024).

Angesichts dieser Zahlen ist es konsequent, dass der chinesische Staat dem religiös-fundamentalistischen Terror im Xinjiang der 2010er Jahre zunächst mit dem Mittel des Strafrechts begegnete. Das Strafrecht war seit 1979 die wichtigste gesellschaftliche Ordnungsstruktur, gerade in Zeiten, in denen der Staat politisch oder gesellschaftlich unter Druck geriet. Wie aber an den Sanktionen des ATG und der AVXJ ATG deutlich wird, setzte der Staat auf die oben erwähnte Strafrechtspolitik der gleichzeitigen Milde und Strenge. Die Schwelle zum eigentlichen Strafrecht blieb bewusst hoch, die Mehrheit der Fälle wurde mit deutlich mildereren Verwaltungssanktionen belegt. Zwar existierten umfassende Möglichkeiten der Sanktionierung niederschwelliger fundamentalistisch-religiöser Handlungen, doch Justiz und Strafverfolgungsbehörden bemühten sich, den Kampf gegen den Terror nicht in einen Kampf gegen die Bevölkerung ausarten zu lassen. Der Staat operierte offensichtlich in dem Bewusstsein, dass in dieser Situation nur dann wieder ein gesellschaftlicher Ausgleich – innerhalb der uigurischen Bevölkerung und zwischen den Ethnien – gelingen würde, wenn er bloß eine Minderheit strafrechtlich belangte. Um also in der Reaktion auf Terrorismus und Fundamentalismus die Betonung der Repression zurückzunehmen und stärker auf gesamtgesellschaftliche Prävention zu setzen, verabschiedete der Volkskongress der XUAR am 29. März 2017 das *Gesetz über die Deradikalisierung* 新疆维吾尔自治区去极端化条例 (DRG XJ). In § 3 DRG XJ findet sich zunächst eine Legaldefinition von Radikalisierung und Extremismus:

*Radikalisierung im Sinne dieses Gesetzes ist die Verbreitung extremer religiöser Vorstellungen in Worten und Taten, durch die die normale Produktion und der normale Alltag abgelehnt oder gestört werden. [...] Extremismus im Sinne dieses Gesetzes ist das Schüren von Hass, das Schüren von Diskriminierung und die Verherrlichung von Gewalt in Worten und Taten, welche durch eine Verformung religiöser Lehren oder durch andere Methoden erreicht wird. [...] Die Autonome Region ergreift Maßnahmen der Prävention, Repression von und der Eliminierung des Extremismus; sie ergreift Maßnahmen der Prävention und Repression von extremistischen Straftaten.*³³

³³ Chinesisch: 本条例所称极端化,是指受极端主义影响,渲染偏激的宗教思想观念,排斥、干预正常生产、生活的言论和行为。本条例所称极端主义,是指以歪曲宗教教义或者其他方法煽动仇恨、煽动歧视、鼓吹暴力等的主张和行为。 自治区预防、遏制和消除极端化,预防和惩治极端主义犯罪活动。

Diese Legaldefinition kann als Zielbeschreibung und damit als Umriss dessen gelesen werden, wogegen sich die XUAR wehrt: Wenn Kleider eine Manifestation der Diskriminierung der Frau sind, dann sind sie eine Form des Extremismus. Wenn Predigten oder religiöse Schriften zur Diskriminierung eines bestimmten Geschlechts, einer bestimmten Religion/religiösen Auffassung oder einer bestimmten Ethnie dienen, dann handelt es sich um eine Form der Radikalisierung. Nur weil manche Kleider Diskriminierung bedeuten, heißt das nicht, dass Kleider generell verboten wären; nur weil manche Formen der Religionsausübung zur Radikalisierung beitragen, heißt das nicht, dass jede Form der religiösen Betätigung untersagt wäre.³⁴

Um Menschen nicht zu kriminalisieren, denen religiös-fundamentalistische (und damit im Sinne des § 3 DRG XJ extremistische bzw. radikale Ansichten) vorgeworfen werden, sondern um sie in die Mehrheitsgesellschaft zurückzuholen, fordert § 14 DRG XJ:

*Die Deradikalisierung muss die Arbeit der Veränderung durch Erziehung gut erfüllen, dabei muss individuelle und institutionelle Erziehung zusammengeführt werden, müssen juristische Erziehung und soziales Engagement zusammengeführt werden, müssen gedankliche Erziehung, psychologische Betreuung, Veränderung sozialer Verhaltensweisen und die Vermittlung von beruflichen Kenntnissen zusammengeführt werden, müssen die Veränderung durch Erziehung und humanitäre Fürsorge zusammengeführt werden, um die Veränderung durch Erziehung zu verstärken.*³⁵

Aus diesem Paragraphen wird sehr deutlich, wie es in den Ausbildungslagern, die hierzu gegründet wurden, zunächst – aus normativer Sicht – um die Vermittlung von positiven Inhalten geht. Natürlich steht hinter diesen Inhalten ein bestimmtes Menschenbild, sonst wäre das erklärte Ziel der Deradikalisierung, mangels Zielorientierung, nicht erreichbar gewesen. Menschen, die in solch einem Ausbildungszentrum waren, sollten Toleranz statt Diskriminierung lernen, sollten nicht nur die eigene Meinung, sondern auch

³⁴ Aus diesem Grund ist es signifikant, wenn Vertreter muslimischer Länder nach Xinjiang reisen und sich positiv über die Situation vor Ort äußern; siehe Liu/Fan 2023.

³⁵ Chinesisch: 去极端化应当做好教育转化工作, 实行个别教育与集中教育相结合, 法治教育与帮教活动相结合, 思想教育、心理辅导、行为矫正与技能培训相结合, 教育转化与人文关怀相结合, 增强教育转化成效。

die Rechte der anderen entdecken, sollten handwerkliche und berufliche Fähigkeiten erlernen, aus denen sich andere Berufsmöglichkeiten/-perspektiven ergaben als die Wahl zwischen Subsistenzwirtschaft und dschihadistischem Krieger. In unseren Gesprächen vor Ort in Xinjiang wurden die pädagogischen Ziele der Ausbildungszentren wiederholt mit vier Schwerpunkten gekennzeichnet:

- Grundkenntnisse in der chinesischen Hochsprache;
- Grundkenntnisse in Recht;
- berufliche Fertigkeiten;
- intellektuelle Deradikalisierung.

Begründet wurden diese vier Ziele und Ausbildungsschwerpunkte im Gespräch mit der

- Möglichkeit der Teilhabe an Wissen und Kultur (Sprache);
- Bildung eines Bewusstseins, das u.a. Rechte Andersdenkender wahrnimmt (Recht);
- Lösung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt (Ausbildung);
- Bildung eines Bewusstseins, das in kritischer Weise religiöse Überzeugungen differenziert (= Deradikalisierung im engeren Sinne).

Dass es bei der konkreten Durchsetzung dieser Ziele und Maßnahmen zwischenzeitlich zu Gesetzesverstößen durch Betreuer etc. kam, wurde von Behördenvertretern im Gespräch – wie erwähnt – eingeräumt. Zugleich betonten sie, dass man diese Fehler analysiert hat, um sowohl die relevanten Normen als auch deren konkrete Umsetzung zu verbessern. Das wirkte im Rahmen des Ausschnitts der Wirklichkeit, den unsere Wissenschaftlergruppe in Kashgar und Ürümqi erleben und einsehen konnte, durchaus glaubhaft.

Ein weiterer Aspekt, der in den Beiträgen über Ausbildungszentren gemeinhin fehlte, war, dass die Einweisung in diese Institutionen (mit einer maximalen Verweildauer von drei Monaten) ursprünglich als Auflage bei Nicht-Anklage erfolgte, dass also schon durch das Verfahren selbst deutlich wurde, dass beide Seiten – die BfÖS und die Eingewiesenen – ein Strafverfahren vermieden. Eben deshalb wurde in Berichten immer wieder betont, dass die Einweisungen freiwillig erfolgten – es gab keine Einweisung ohne Zustimmung der Betroffenen. Man mag fragen, was die Alternative gewe-

sen wäre und ob das dann aus Perspektive des westlichen Beobachters noch als echte Freiwilligkeit bezeichnet werden kann. Doch wenn wir uns zum Vergleich den Täter-Opfer-Ausgleich im deutschen Strafprozess ansehen, dann beinhaltet dieser ebenfalls die Möglichkeit, einen eigentlichen Strafprozess zu vermeiden – und auch hierbei wird stets die Freiwilligkeit betont. Weiter ist zu beachten, dass die Zeit, die Betroffene in Ausbildungszentren verbrachten, im Vergleich zu früheren (administrativen) Erziehungslagern erheblich kürzer war. Sie war auf sieben Tage bis max. drei Monate befristet. Dabei war die Einweisung nicht als schwere Sanktion zu verstehen, sondern als Möglichkeit einer Reintegration in die Mehrheitsgesellschaft.

Dieses Konzept hat sich mit der Normalisierung der Situation in Xinjiang überlebt. Die Ausbildungszentren, die mit dem Ziel der Deradikalisierung und als Auflage bei Nicht-Anklage errichtet wurden, wurden inzwischen aufgelöst. Stattdessen wurden Berufsschulen auf- und ausgebaut, um in längeren Schulungen eine qualitativ bessere Ausbildung zu ermöglichen. Da die Schüler, die diese Fachschulen besuchen, ein regelmäßiges Unterhaltsgeld bekommen, das bei sparsamer Lebensführung die Möglichkeit lässt, einen Restbetrag an die Familien weiterzureichen, sind viele Eltern angetan von der Idee, ihren Kindern auf diese Weise eine Ausbildung zu ermöglichen und davon selbst noch zu profitieren. Es bedarf daher keiner Einweisungen mehr, um Schüler für diese Institutionen zu gewinnen.

4. Positionsbestimmung

Dieser Beitrag hat versucht, der rechtlichen Bewältigung des Terrorismus in Xinjiang seit den 2010er Jahren nachzuspüren. Dabei fallen mehrere Phänomene ins Auge. Zum einen gibt es – entgegen dem Bild, das oft in westlichen Beiträgen suggeriert wird – nicht eine unitäre Form „des Lagers“, sondern es gibt eine Vielzahl von unterschiedlichen Institutionen, die sich wie ein Fächer vom Umerziehungslager im Strafrecht über strafrechtliche Deradikalisierungslager (mit jährlicher Einstufung des Risikos einer Wiederholungstat), administrative Lager zur Deradikalisierung (mit einer ma-

ximalen Einweisung von bis zu 15 Tagen) und Ausbildungszentren (mit einer maximalen Verweildauer von drei Monaten) bis hin zu Fachschulen (mit mindestens einjährigen Kursen) spannen. Im Fall der Diskontinuität der Entwicklung – weg von Ausbildungszentren, hin zu Fachschulen – können wir zudem feststellen, dass die Funktion sich verändert hat. Gab es zunächst noch Ausbildungszentren, die einen Schwerpunkt auf Deradikalisierungsaspekte gelegt hatten,³⁶ gibt es mittlerweile nur noch Fachschulen, deren Schwerpunkt auf einem beruflichen Bildungsauftrag liegt.

Weiter wird deutlich, wie die zunehmende Verrechtlichung zu zwei Konsequenzen geführt hat: Erstens wurde die Möglichkeit der Willkür staatlicher Organe im Kampf gegen den Terrorismus deutlich eingeschränkt, so dass rechtsstaatliche Begriffe wie das Bestimmtheitsgebot im materiellen Recht oder die Wahrnehmung des Angeklagten als Rechtssubjekt (und nicht nur als ein verwaltetes Etwas), das selbständig Verfahrensrechte wahrnehmen kann, wichtig werden. Letzteres wird z.B. darin ersichtlich, dass Menschen, die unter Verdacht terroristischer Aktivitäten oder radikalisierten Verhaltens stehen, sich zu diesen Vorwürfen äußern können und nicht „einfach so“ in einem Lager verschwinden. Im Rahmen ihrer Äußerung können sie selbständig wählen, ob sie sich gegen Anschuldigungen in einem justiziellen Verfahren verteidigen möchten oder ob sie Fehler gestehen und gewissen Auflagen als Voraussetzung zur Nicht-Anklage zustimmen.

An der legislativen Entwicklung lässt sich zudem ablesen, wie der Schwerpunkt der chinesischen Antiterror-Maßnahmen in Xinjiang sich von der Repression hin zur Prävention verlagert hat. Gab es im Westen immer wieder das Schlagwort *peace through justice*, so könnte man es im Fall Xinjiansg abwandeln in *peace through social development*. Dass dies so stattfinden kann, liegt u.a. an den detaillierten Forderungen in Kapitel IV DRG XUAR,

³⁶ Vgl. die Betroffenenberichte in der Reportage auf CCTV vom 30.12.2018, die eben deshalb glaubwürdig wirken, weil das Ziel der Berichterstattung nicht im Abstreiten der Existenz dieser Ausbildungszentren oder im Bestreiten der pädagogischen Zielsetzung (Reflexion als Teil der Deradikalisierungsstrategie und nicht nur Fokussierung auf berufliche Bildung) war; <http://m.news.cctv.com/2018/12/30/ARTIp3BX4PCxmNChS7k0uAgR181230.shtml>. (Zugriff: 07/2024).

wo 15 unterschiedliche Behörden aufgezählt werden, um diesen jeweils spezifische, in ihren Kompetenzbereich fallende Aufgaben im Rahmen der Prävention von Radikalisierung und Terrorismus zu geben.

Zwei weitere Aspekte der Entwicklung in Xinjiang sind wichtig, weil sie zwar rechtlich im Zusammenhang mit dem Vorwurf des Genozids an den Uiguren relevant sind, sich aber schwer durch die Gesetzeslage normativ erfassen lassen. Der erste Aspekt ist die Frage, ob China die uigurische Bevölkerung in Xinjiang assimiliert und damit (u.U. indirekt) den Verlust der uigurischen Kultur provoziert oder plant. Das wäre die Frage nach einem „kulturellen Genozid“, so dieser im Fall von Assimilation überhaupt erhoben werden kann. Festzustellen ist: Dieser angebliche kulturelle Genozid findet eindeutig nicht statt. Wenn in Schulen bis zur 8. Klasse Uigurisch als Schulfach unterrichtet wird und wenn in Umfragen 99 Prozent der befragten Uiguren angeben, die uigurische Sprache tatsächlich zu sprechen,³⁷ dann ist keine Assimilation feststellbar, bei der ein Verlust der uigurischen Kultur zu beklagen wäre. Man sieht eher den Versuch einer Integration, also das Schaffen der Möglichkeit, an der Gesamtgesellschaft teilhaben zu können, ohne deswegen die jeweils eigene Kultur zu verlieren. Wenn man dabei vergleicht, wie wenige Angehörige der First Nations z.B. in den USA oder in Australien ihre eigene Sprache sprechen, dann hat China hier ein deutlich kleineres Problem als manches angelsächsische Land.³⁸

Der zweite Aspekt, der hier zu erwähnen ist, richtet den Fokus auf die Bevölkerungsentwicklung. Da sich die Zunahme der uigurischen Bevölkerung schneller vollzieht als die der in Xinjiang ansässigen Han-Chinesen (inklusive derer, die zuwandern), ist auch auf dieser Ebene nicht die Spur eines groß angelegten, staatlich gesteuerten Genozids feststellbar. Schon die Tatsache einer langfristigen Bevölkerungszunahme, die keine statistischen Brüche zeigt, sollte den gezielten Versuch einer physischen Vernichtung und damit eines Genozids im eigentlichen Sinne ausschließen.³⁹

³⁷ Siehe die Untersuchung von Li/You 2024.

³⁸ Für eine Analyse der Situation in den USA, in der alle (!) indigenen Sprachen als bedroht betrachtet werden, weil die Sozialisierung der Jugendlichen in englischer Sprache erfolgt, siehe z.B. McCarty 2010, 47-65.

³⁹ Vgl. hierzu ausführlich den Beitrag von Shichor in diesem Band.

Innerhalb der Entwicklung vom Gesetzesstaat zum Rechtsstaat kann festgestellt werden, wie China in den Programmen zur Deradikalisierung sich als paternalistischer Staat erweist – mit genauen Vorstellungen, welche Handlungen und Denkmuster wünschenswert sind und welche sanktioniert werden. Das mag in der deutschen Gesellschaft befremdlich wirken, auch weil die (west-) deutsche Justiz immer darum bemüht war, eine inhaltliche Diskussion, z.B. mit der RAF, zu vermeiden: Auch wenn man sie als Terroristen bezeichnete, war immer die Handlungsebene – schwere Verbrechen gegen Leib und Leben, Geiselnahme, Raub etc. – ausschlaggebend dafür, ob jemand verurteilt wurde. § 129a I StGB spricht bis heute allein von der Handlungsebene. Die Auseinandersetzung mit den ideologischen Positionen der extremen Linken wurde bei Bader, Meinhof etc. auf diese Weise umgangen. Die Frage der Motivation wurde erst später und bei weniger schwerwiegenden Straftaten im Anschluss an den Katalog in § 129a II StGB in das Gesetz eingefügt. Ein weitergehendes Umdenken erfolgte durch den Umgang mit dem islamistischen Fundamentalismus und der sich hieraus bildenden Terrorgefahr. Der Staat und die Gesellschaft müssen sich seither überlegen, wie sie Werte positiv bestimmen, um diese von anderen einzufordern. Es ist daher kein Wunder, dass das Studienfach der Islamstudien eingeführt wurde und dass es den Ruf nach einer deutschen Imam-Ausbildung gibt. Ein wichtiges Ziel dieser Forderungen ist, dass die Kompatibilität der muslimischen Predigt mit der Werteordnung des Grundgesetzes gewährleistet wird. Aus dieser Perspektive betrachtet, ist die deutsche Position gar nicht so weit von der chinesischen entfernt.

Literatur

„Antworten des Obervolkgerichts Beijing und der arbeitsrechtlichen Schiedskommission Beijing bzgl. der Verhandlung arbeitsrechtlicher Streitigkeiten (1)“ 北京市高级人民法院、北京市劳动人事争议仲裁委员会关于审理劳动争议案件解答（一），30.04.2024, http://rsj.beijing.gov.cn/xxgk/tzgg/202404/t20240430_3648905.htm (Zugriff: 07/2024).

- „Bericht des Obersten Volksgerichtshofs“ 最高人民法院工作报告, 25.05.2020, <http://gongbao.court.gov.cn/Details/e83007142dac8251d1e1416> (Zugriff: 06/2024).
- „Birmingham pub bombing“, <http://www.britannica.com/event/Birmingham-pub-bombing#ref1181807> (Zugriff: 07/2024).
- Browne, Jaron (2007), „Rooted in Slavery: Prison Labor Exploitation“, *Race, Poverty & the Environment*, 14:1, 42ff.
- Fan Chongyi 樊崇义 (2020), „Retrospektive auf 40 Jahre der Durchführung des chinesischen Strafprozessgesetzes und ein Ausblick“ 我国刑事诉讼法实施四十周年历史回顾与理论前瞻, 05.11.2020, http://www.spp.gov.cn/spp/llyj/202011/t20201105_483946.html (Zugriff: 06/2024).
- Fehlurteil in Sachen She Xianglin, http://baike.baidu.com/item/%E4%BD%98%E7%A5%A5%E6%9E%97/2943785?fr=ge_ala (Zugriff: 07/2024).
- Gesk, Georg (= 葛祥林; 2000), *Eine semiotische Analyse des Eigentumsbegriffs in den Gesetzesnormen der VR China – 1979 bis 1999* 中华人民共和国法规中所有权概念的符号分析, Dissertation, National Taiwan University.
- Gesk, Georg (2016), „Strukturveränderungen chinesischer Verfassungsmodelle“, in: Katja Levy (Hrsg.), *Geschichte und Gesellschaft des modernen China. Festschrift für Mechthild Leutner*, Frankfurt/M.: Peter Lang, 445-462.
- Haller, Walter (2020), *Schweizerisches Bundesstaatsrecht*, 10. Aufl., Zürich: Schulthess.
- „Kurzfassung des Berichts 2019 des Obersten Volksprokurats an den Nationalen Volkskongress in Zahlen“ 数读2019最高检工作报告, 12.03.2019, http://www.spp.gov.cn/spp/zd gz/tj/201903/t20190312_411545.html (Zugriff: 03/2019).
- Li Lin 李林 u. Mo Jihong 莫纪宏 (Hrsg.; 2012), *30 Jahre Chinesische Verfassung* 中国宪法三十年, Beijing: Social Sciences Documents Publ.
- Li Zhizhong 李志忠 u. You Qianjin 游千金 (2024), *Studien zu tatsächlichen Unterschieden des Mandarinlevels von Uiguren in Nord- und Südxinjiang* 新疆南北疆维吾尔族国家通用语言水平的现实差异研究: „Empirische Untersuchung zur Verbreitung des Mandarin unter den Minderheiten in Xinjiang“ 新疆少数民族普通话普及度抽样调查研究, ZDA 125-11, sowie „Empirische Untersuchung zur Verbreitung der Schriftkenntnisse in Mandarin unter den Minderheiten in Xinjiang“ 新疆国家通用语言文字抽样调查研究, 14ZDB100, <http://mp.weixin.qq.com/s/dWcTpO5BQvzecS0f-qaQ5Q> (Zugriff: 07/2024).

- Liu Xin, u. Fan Lingzhi (2023), „Islamic Scholars from 14 countries visit Xinjiang region, praise efforts on countering terrorism, extremism“, *Global Times*, 09.01.2023, <http://www.globaltimes.cn/page/202301/1283507.html> (Zugriff: 07/2024)
- Liu Zhigang 刘志刚 u. Ling Qingwen 凌婧文 (2019), „Über Herkunft u. Entwicklung des Begriffs der gleichzeitigen Milde und Strenge“ 宽严相济一词的由来与发展, *Zhongguo Jijian Jiancha*, No. 17, http://zgjjc.ccdi.gov.cn/bqml/bqxx/201908/t20190831_199663.html (Zugriff: 06/2024).
- McCarty, Teresa (2010), „Native American Languages in the USA“, in: Kim Potowski (Hrsg.), *Language Diversity in the USA*, Cambridge: Cambridge Univ. Press, 47-65.
- „Voranbringen des gezielten Kampfes, um das Schwarze auszufegen und das Böse zu entfernen“ 深入推动扫黑除恶专项斗争, 21.08.2020, http://www.spp.gov.cn/spp/xwfbh/wsfbt/202008/t20200821_477416.shtml (Zugriff: 06/2024).
- Pils, Eva (2023), „China’s Dual State Revival under Xi Jinping“, *Fordham International Law Journal*, 46:3, 339-375.
- Qu Xinjiu 曲新久 (Hrsg.; 2016), *Strafrechtslehre* 刑法学, 5. Aufl., Beijing: CUP Press.
- „Reportage“, *CCTV*, 30.12.2018, <http://m.news.cctv.com/2018/12/30/ARTIp3BX4PCxmNChS7k0uAgR181230.shtml> (Zugriff: 07/2024).
- Tang Yongshou 汤永寿 (Hrsg.; 1992), *Kommentar zu Fällen, wo Bürger Beamte verklagen* 民告官案评; Nanjing: People’s Press Jiangsu.
- „Uyghur Forced Labor Prevention Act“ (UFLPA), beschlossen am 23.12.2021, in Kraft getreten am 21.6.2022, <http://www.cbp.gov/trade/forced-labor/UFLPA> (Zugriff: 06/2024).
- Zhang Shuyuan 张述元 (Hrsg.; 2018), *Kompodium von Verständnis und Anwendung strafrechtlicher Bestimmungen und deren justizielle Anwendung* 刑法条文理解适用与司法实务全书, Bd. 1, Beijing: China Legal Publ. House.

Xinjiang: Bloodless Genocide or Blood Libel?

I. Bloodless Genocide: Unprecedented or Non-Existent?

When an unusual occurrence is thought to foretell an untoward event, analysts may ask whether the occurrence is unprecedented or non-existent. In 2023, many Western pundits said infrastructural overspending/overbuilding had created an incipient implosion of China's economy. A Hong Kong financial services firm pointed out however that markets were not signaling disaster. Unlike in all other major crises globally, the share price performance of Chinese banks had grown over the past 12 months, outperforming US banks by double digits. Chinese state bonds had bettered US Treasuries by 30% in the past three years. The analyst asked what such indicators mean for a predicted emerging market systemic financial crisis: unprecedented or non-existent? He favored "non-existent."¹

The same can be said about the asserted "Uyghur genocide" in Xinjiang. There has never been a genocide without massive killing, so a "bloodless genocide" would be unprecedented. It is more likely, however, to be non-existent: there have been no mass killings in Xinjiang and no measures that, in the absence of largescale bloodletting, sufficiently indicate an intent to destroy an ethnic group, the specific intent (*dolus specialis*) of the crime that must be proved to meet the Genocide Convention's definition.²

In not being bloodless, genocide resembles the crime against humanity of ethnic cleansing. A specialist has averred that

the goal of [genocide] is extermination: the complete annihilation of an ethnic, national, or racial group. It contains both a physical element (acts such as murder) and a mental element (those acts are undertaken to destroy, in whole or in

¹ Louis-Vincent Gave (2023), "Trading is Not Signaling Doom and Gloom Over China's Economic Performance," *Financial Times* [= FT], Aug. 29, 2023.

² *Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide*, Art. II, 1948, www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/convention-prevention-and-punishment-crime-genocide (accessed: 02/2024).

part, the said group). *Ethnic cleansing involves population expulsions, sometimes accompanied by murder, but its aim is consolidation of power over territory, not the destruction of a complete people.*³

A UN Commission of Experts set up after Yugoslavia's 1990s ethnic cleansings, called ethnic cleansing "a purposeful policy designed by one ethnic or religious group to remove by violent and terror-inspiring means the civilian population of another ethnic or religious group from certain geographic areas."⁴ Ethnic cleansing, as a whole process, includes mass murder. Spain's 1492 expulsion sought to rid it of practicing Jews, but any who did not leave could be executed and the Inquisition killed 13,000 converted Jews accused of continuing to practice Judaism.⁵ The Nazi Generalplan Ost sought to create Lebensraum by removing 30-40 million people from a conquered Soviet Union. It was to be accompanied by starving to death 20-30 million people.⁶

An example of a claimed "non-murderous" process to eliminate a people concerns the Stolen Generation of 20,000-25,000 "mixed-race" Australian children removed from parents in 1900-1970. A scholar has argued that removal "did not involve killing, but its ultimate objective was the same as Hitler's for the Jews, that at the end of the process the target group would have disappeared from the face of the earth."⁷ That view is contested, however. Many removals were for the same reasons as white children were removed – absolute poverty and parental neglect – and many were not per-

³ Carrie Booth Walling (2000), "The History and Politics of Ethnic Cleansing," *International Journal of Human Rights*, 4:3/4, 47-66.

⁴ "Final Report of the Commission of Experts Established Pursuant to Security Council Resolution 780 (1992)," UN Doc. S/1994/674, May 27, 1994.

⁵ "Ottoman Lands Provided Safe Haven for Sephardic Jews Expelled from Spain," *Anadolu Agency*, Feb. 8, 2022, www.aa.com.tr/en/europe/ottoman-lands-provided-safe-haven-for-sephardic-jews-expelled-from-spain/2651488 (accessed: 02/2024).

⁶ Norman Naimark (2022), "The Nazis and the Slavs – Poles and Soviet Prisoners of War," in: Ben Kiernan et al. (eds.), *The Cambridge World History of Genocide*, Vol. 3, Cambridge: Cambridge Univ. Pr., 358-378.

⁷ Paul Bartrop (2001), "The Holocaust, the Aborigines, and the Bureaucracy of Destruction: An Australian Dimension of Genocide," *Journal of Genocide Research* [= JGR], 3:1, 75-87; Robert Manne (2001), "In Denial: The Stolen Generations and the Right," in: id. (ed.), *Left Right Left: Political Essays, 1977-2005*, Melbourne: Black, 217-305.

manent. Only “half-caste,” i.e indigenous/white, children and not “full-blooded” Aborigines were affected and many more girls than boys were removed.⁸ Australian forcible transfers thus differed from those in North America, where thousands of removed indigenous children were killed or died. That may be why some scholars argue that Australia’s removals were a “cultural genocide”⁹ or “non-violent genocide,” not recognized as a genocidal act by the Genocide Convention, International Law Commission or International Criminal Court.¹⁰ The Stolen Generation, like indigenous children removed in North America, were however a follow-up to a huge reduction of 19th Century native populations by mass killings and epidemics. Some 20,000 Australian indigenes were directly massacred, mainly by settlers. They were 300,000-1,000,000 in 1788, when whites first came to Australia, but by 1920, just 70,000 “full-bloods” and “half-castes” remained. The non-murderous removal of children was thus connected to a process of eliminating aboriginals by killings and other means and expecting their extinction,¹¹ a process and expectation that does not exist in Xinjiang.

Real-world history does not however keep some commentators from implying that genocides exist based solely on Convention Article II(e) – forcible transfer of children with the intent to destroy a protected group as such.¹² Arguing that evictions of Gaels in Scotland’s Highland Clearances (1750-1860) were a genocide, an analyst said that “removing children from

⁸ Keith Windshuttle (2009), *The Fabrication of Aboriginal History, Volume 3: The Stolen Generations*, Sydney: Macleay Pr.

⁹ Robert van Krieken (2004), “Rethinking Cultural Genocide: Indigenous Child Removal and Settler-Colonial State-Formation,” *Oceania*, No. 75, 125-151.

¹⁰ Vahakn Dadrian (1975), “A Typology of Genocide,” *International Review of Modern Sociology*, 201-212; William Schabas (2009), *Genocide in International Law: The Crime of Crimes*, 2d ed., Cambridge: Cambridge Univ. Pr., 220.

¹¹ Henry Reynolds (1982), *The Other Side of the Frontier: Aboriginal Resistance to the European Invasion of Australia*, Ringwood: Penguin Books, 122; Henry Reynolds (1987), *Frontier: Aborigines, Settlers, and Land*, Sydney: Allen & Unwin, 53.

¹² *Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Serbia and Montenegro)*, Judgement [= Bosnia v. Serbia], International Court of Justice, The Hague, Feb. 26, 2007, www.icj-cij.org/public/files/case-related/91/091-20070226-JUD-01-00-EN.pdf (accessed: 02/2024).

their parents, and bringing them up with a different language, stories, taught history, so even if 30 years later they track down their original community they cannot even talk to them” was in itself a genocide, because “it’s entirely possible to commit a genocide without killing anyone.”¹³ Rafael Lemkin, the Polish Jewish lawyer who created the concept of genocide, indicated however that “forced assimilation by moderate coercion,” involving acts designed to suppress a group’s language, was not a genocidal act.¹⁴ Genocide scholar William Schabas has explained that transfer of children “is only genocide if it can be established beyond a reasonable doubt that a transfer was conducted with the intent to destroy a group physically and to the exclusion of any other reasonable explanation.”¹⁵ Some Clearances were violent, but an intent to destroy the Highlanders as such has not been shown and, ironically, emigrated Highlanders perpetrated Australia’s largest massacre of aborigines.¹⁶ There were also other reasonable explanations for the transfers of children, which in fact occurred throughout Britain.¹⁷

We argue that the non-existence of bloodless genocides includes the one the US government and several Western parliaments say is ongoing in Xinjiang, despite its proponents recognizing that there have not been mass killings or mass unnatural deaths.¹⁸ That absence may be why, in 2021, when the US government first made its accusation, an official “said the best rationale for the genocide label was the use of forced sterilizations, birth con-

¹³ Anagach, in: “On Myths of Genocide,” *Bella Caledonia*, Feb. 21, 2018, <http://bellacaledonia.org.uk/2018/02/21/on-myths-of-genocide/> (accessed: 02/2024).

¹⁴ Kurt Mundorff (2009), “Other People’s Children: a Textual and Contextual Interpretation of the Genocide Convention, Article 2(e),” *Harvard International Law Journal*, 50:1, 61-127, 122.

¹⁵ “What Constitutes Genocide,” *DW*, Mar. 1, 2023.

¹⁶ Don Watson (1984), *Caledonia Australis: Scottish Highlanders on the Frontier of Australia*, Sydney: Collins, 165-170.

¹⁷ Gordon Lynch (2016), *Remembering Child Migration: Faith, Nation-Building, and the Wounds of Charity*, London: Bloomsbury.

¹⁸ Gerald Roche and James Leibold (2022), “State Racism and Surveillance in Xinjiang (PRC),” *Political Quarterly*, 93:3, 442-450; Adrian Zenz (2023), “VOC Testifies to US Congress on Beijing’s Genocide in Xinjiang,” *VOC*, Mar. 24, 2023, <http://victimsofcommunism.org/voc-testifies-to-us-congress-on-beijings-genocide-in-xinjiang/> (accessed: 02/2024).

trol and family separations to destroy Uyghur identity.”¹⁹ A 2022 European Parliament resolution on Xinjiang also said nothing about killings, but copied the US on Uyghur birth limitations and family separations.²⁰

UK politicians and the World Uyghur Congress (WUC), which represents 50-plus émigré groups,²¹ convened a non-judicial “Uyghur Tribunal” (UT) in 2021, composed solely of UK residents. Its performance shows – as the International Court of Justice (ICJ) observes – that “partisan” reports by independent bodies that are “not the “product of a careful court or court-like process lack value.”²² An Israeli Xinjiang specialist has noted that the WUC’s “main political gravity center is in Washington, gathering political momentum primarily because of the growing Sino-American rivalry, smartly exploited by the WUC” and that “wholesale Western ‘support’” for the Uyghur émigré cause is “more as a part of the orchestrated ‘China bashing’ campaign” than concern for human rights.²³ The UT had no testimony interrogating the genocide claim and no cross-examination of its proponents. Tellingly, the UT asked the US and UK governments for evidence of Xinjiang genocide but received none. The UT found “no evidence of organized mass killings” and conceded that “its genocide determination based on birth control would be at odds with popular understandings of the word,” yet it failed to note that other indicia of genocide were also absent; for example, genocides have mass killings and mass graves, but also mass flight; yet, no panicked refugee mass has fled Xinjiang.²⁴

¹⁹ Edward Wong and Chris Buckley (2021), “U.S. Says China’s Repression of Uighurs Is ‘Genocide’,” *New York Times* [= NYT], Jan. 19, 2021.

²⁰ “European Parliament Resolution on the Human Rights Situation in Xinjiang, Including the Xinjiang Police Files,” *European Parliament*, June 8, 2022, www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2022-0310EN.html (accessed: 02/2024).

²¹ Christopher Cunningham (2013), *Diasporas, Ethnic Conflicts and Traumatic Events*, PhD diss., Northeastern Univ., 229, <http://repository.library.northeastern.edu> (accessed: 02/2024).

²² *Bosnia v. Serbia*, para. 227.

²³ Yitzhak Shichor (2023), “Elephant in the China Shop: the Uyghur Pyrrhic Victory,” *Sociology of Islam*, 1-20; see Shichor’s contribution in this volume.

²⁴ Jaq James (2022), “The Uyghur Tribunal: People’s Justice or Show Trial?,” *Co-West-Pro*, Working Paper 3/2022, www.cowestpro.co/papers.html (accessed: 02/2024).

Some Western scholars insist genocide is other than what the Genocide Convention says it is.²⁵ James Leibold, a Xinjiang specialist formerly at the Anglosphere governments-funded Australian Strategic Policy Institute (ASPI), recognizes that “direct killing remains, as far as we know, relatively rare in Xinjiang.” He asserts, however, that the Chinese state is engaged in “indirect annihilation [of Uyghurs]” by “slowly and persistently scraping away elements of their identity, memory and self.”²⁶ Even if that were true however, it would not be a crime. States have for centuries been “scraping away” ethnic identity to forge a sense of national identity; thus, James Madison or Alexander Hamilton wrote in Federalist No. 62 (1788) that disparate Americans should be made a “people thoroughly incorporated into one nation.”²⁷

Adrian Zenz, a German researcher at the US’s Victims of Communism Memorial Foundation (VOC), is the Uyghur genocide claim’s leading proponent.²⁸ The VOC’s predecessor was set up by Eastern European Nazi collaborators brought to the US after World War II, led by Yaroslav Stetsko. In the early 1940s, he was second in command of Stefan Bandera’s Organization of Ukrainian Nationalists (OUN-B), which fought for the Nazis and participated in the Holocaust. Stetsko headed the Anti-Bolshevik Bloc of Nations from 1946 to 1986 and was received by the US Congress and Reagan White House in 1983 as the “last premier of a free Ukraine.”²⁹ The VOC was authorized by a unanimous act of Congress. Its tally of 100 million “victims” includes all Nazi soldiers and collaborators who died in

²⁵ See, e.g., Benjamin Meiches (2019), *The Politics of Annihilation: A Genealogy of Genocide*, Minneapolis: Univ. of Minnesota Pr.

²⁶ Gerald Roche and James Leibold (2022), “State Racism and Surveillance in Xinjiang (PRC),” *Political Quarterly*, 93:3, 442-450.

²⁷ Publius (1788), “Federalist Paper No. 62,” <http://avalon.law.yale.edu/18thcentury/fed62.asp> (accessed: 02/2024).

²⁸ Adrian Zenz (2020), “Letter to Canterbury University,” Oct. 5, 2020, <http://adrianzenz.medium.com/letter-to-canterbury-university-783fbfeal3e6> (accessed: 02/2024).

²⁹ Grzegorz Rossolinski (2014), *Stepan Bandera: The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist: Fascism, Genocide, and Cult*, New York: Columbia Univ. Press, 552.

World War II.³⁰ – The BBC commissioned Zenz to produce a study of the “disappearance” of Uyghurs. He “initially turned it down, saying it was ‘too hard, too little evidence,’”³¹ but then concluded that “it’s not about eliminating [Uyghurs]. It’s about bringing them under control.”³² In 2023 however, he still spoke of a Xinjiang “slow genocide,” through reducing Uyghur population densities.³³ The phrasing is familiar: “slow genocide,”³⁴ “slow motion genocide,”³⁵ and genocide by “slow death”³⁶ are not only used by émigrés in appeals for support, because mass killings are absent.³⁷ US white racists use the same phrasing; thus, ex-Congress member Steve King (R-IA) and neo-Nazi leader Richard Spencer want the US to become an

³⁰ Kristen Ghodsee (2014), “Tale of ‘Two Totalitarianisms’: The Crisis of Capitalism and the Historical Memory of Communism,” *History of the Present*, 4:2, 115-142; ead. and Scott Sehon (2018), “Anti-Anti-Communism,” *Aeon*, Mar. 22, 2018, <http://aeon.co/essays/the-merits-of-taking-an-anti-anti-communism-stance> (accessed: 02/ 2024); “Unveiling True Nature of Victims of Communism,” *The International*, Aug. 4, 2021, www.internationalmagz.com/articles/unveiling-true-nature-of-victims-of-communism (accessed: 02/2024); Richard Sanders (2021), “‘Captive Nations’: From Nazi Trope and CIA Meme to Cold-War Trump Card,” *Coalition to Oppose the Arms Trade, Press for Conversion*, No. 70, http://coat.ncf.ca/P4C/70/70_18-20.pdf (accessed: 02/2024); Billie Anania (2023), “Red Scared,” *The Baffler*, Mar. 15, 2023, <http://thebaffler.com /latest/red-scared-anania> (accessed: 02/2024).

³¹ Phill Hynes (2022), “Most Heinous of Crimes on Flimsiest of Evidence,” Jan. 6, 2022, <https://fridayeveryday.com/most-heinous-of-crimes-on-flimsiest-of-evidence/> (accessed: 02/2024).

³² John Ibbitson (2021), “China Has Lost All Moral Authority as Data Suggests Suppression of Uyghur Births,” *Globe and Mail*, June 10, 2021 (accessed: 02/2024).

³³ Jasmin Chua, “What Evidence Shows About China and Uyghur Forced Labor,” *Sourcing Journal*, May 19, 2023.

³⁴ Adrian Zenz and Erin Rosenberg (2021), “Beijing Plans a Slow Genocide in Xinjiang,” *Foreign Policy*, June 8, 2021, <http://foreignpolicy.com/2021/06/08/genocide-population-xinjiang-uyghurs/> (accessed: 02/2024).

³⁵ Harry de Quetteville (2022), “‘China is Harvesting Hair and Organs from the Uyghurs – it’s a Slow-Motion Genocide,’” *Telegraph*, May 22, 2022 (Nury Turkel, Uyghur Human Rights Project head).

³⁶ Beth van Schaak (2021), “Genocide Against the Uyghurs: Legal Grounds for the United States’ Bipartisan Genocide Determination,” *Just Security*, Jan. 27, 2021, <http://ustsecurity.org/74388/genocide-against-the-uyghurs-legal-grounds-for-the-united-states-bipartisan-genocide-determination/> (accessed: 02/2024); van Schaak is a former State Department official.

³⁷ “Exiled Leader Tells US Congress Tibet Faces ‘Slow Death’ Under China,” *Reuters*, March 29, 2023.

ethno-state to stop a fantasized “slow motion genocide” of whites through immigration and abortion.³⁸ – American University genocide specialist Jeffrey Bachman textually analyzed data from 393 scholarly articles on incidences of genocide and found a “hegemonic understanding of genocide” that prioritizes physical destruction of a population.³⁹ International law scholars understand that the “touchstone of genocide is committing acts of a large scale, demonstrable as aiming for the physical destruction of another group, as such.”⁴⁰ An Australian specialist has written that

*the scale of destruction is a relevant factor in establishing intent. In some cases, such as in Rwanda, evidence of genocidal intent is manifest in the number of killings. Death on such a scale simply could not occur unless it was done pursuant to an overarching plan aimed at ending the existence of the group.*⁴¹

No intent or plan to destroy Uyghurs, quickly or slowly, has ever been implied in China. Xinjiang bloodless genocide is thus fabulism – placing speculative or fantastical elements into an everyday setting – and a political stratagem used against China as a perceived adversary.

II. Idiosyncrasies of Bloodless Genocide

The International Criminal Tribunal on Yugoslavia (ICTY) regards as “well established that where a conviction for genocide relies on the intent to destroy a protected group ‘in part,’ the part must be a substantial part of that group.”⁴² The ICJ has put it that “it is difficult to establish such intent based

³⁸ “Rep. Steve King Goes Full White Nationalist in Interview with Austrian Site,” *Huffpost*, Oct. 25, 2018, www.huffpost.com/entry/iowa-rep-steve-king-austria-whitenationalist_n_5bca4851e4b0a8f17ecec6001 (accessed: 02/2024); “Richard Spencer: the Founder of Alt-right Presents Racism in a Chic New Outfit,” *European Center for Populism Studies*, June 28, 2021, www.populismstudies.org/richard-b-spencer-the-founder-of-alt-right-presents-racism-in-a-chic-new-outfit/ (accessed: 02/2024).

³⁹ Jeffrey Bachman (2020), “Cases Studied in Genocide Studies and Prevention and Journal of Genocide Research and Implications for the Field of Genocide Studies,” *Genocide Studies and Prevention* [= GSP], 14:1, 2-20.

⁴⁰ Joel Slawotsky (2021), “Is China Guilty of Committing Genocide in Xinjiang?,” *Chinese Journal of International Law* [= CJIL], 20:3, 625-635.

⁴¹ Catherine Renshaw (2023), “Numbers Game: Substantiality and the Definition of Genocide,” *JGR*, 25:2, 195-215.

⁴² *Prosecutor v. Radislav Krstic*, Appeals Judgment, 19 Apr., 2004, para. 8-9.

on isolated acts.”⁴³ No substantial part of Uyghurs has been killed, so the UT ventured that the population “in future generations will be smaller than it would have been without [birth limitation] policies. This will result in a partial destruction of the Uyghurs.”⁴⁴ An insistent UK genocide claimant endorses that view,⁴⁵ but it misconstrues the role of a genocidal act, included as Convention Art. II(d) (“prevention of births”), to hold responsible those who proposed or carried out forced sterilizations as part of a much larger, murderous, genocide. By the UT’s logic, China committed auto-genocide intended to destroy the Chinese nation when it applied birth limits to all ethnic groups – albeit much more to Han than Uyghurs before 2017.

The claim about Xinjiang is the first major assertion of “bloodless genocide” in China since Mao Zedong, in 1952, said proposed birth control would amount to that.⁴⁶ In 1953, however, China issued a “Regulation of Contraception and Induced Abortion” and in the mid-1950s, Chinese authorities initiated a family planning campaign aimed at reducing population growth.⁴⁷ Mao abandoned his bloodless genocide view by 1957,⁴⁸ but remained pro-natalist in holding that population growth can be useful where production is increasing, a position most developing countries adopted at the UN’s 1974 population conference.⁴⁹

⁴³ *Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Croatia v. Serbia)*, ICJ Reports, 2015, 3, para. 139.

⁴⁴ Uyghur Tribunal Judgment, para. 177, <http://uyghurtribunal.com/wp-content/uploads/2021/12/Uyghur-Tribunal-Summary-Judgment-9th-Dec-21.pdf> (accessed: 02/2024).

⁴⁵ Joanne Smith Finley (2022), “Tabula Rasa: Han Settler Colonialism and Frontier Genocide in ‘Re-Educated’ Xinjiang,” *HAU: Journal of Ethnographic Theory*, 12:2, 341-356.

⁴⁶ Steven Mosher (1983), *Broken Earth: The Rural Chinese*, New York: Macmillan, 231.

⁴⁷ Frederick Carlsson et al. (2018), “Long-run Effects of Family Policies: An Experimental Study of the Chinese One-child Policy,” *University of Gothenburg*, http://gupea.ub.gu.se/bitstream/handle/2077/56461/gupea_207756461_1.pdf (accessed: 02/2024).

⁴⁸ Martin Whyte et al. (2015), “Challenging Myths About China’s One Child Policy,” *China Journal*, No. 74, 144-159.

⁴⁹ Michele Bruni (2022), *China, the Belt and Road Initiative and the Century of Migration*, Cambridge: Cambridge Scholars Publ., 264.

Black nationalist leaders of the 1970s also said birth control was intended to destroy African Americans. In 1981 however, a key leader stated that equating birth control with genocide is “an exaggerated, even paranoid, reaction.”⁵⁰ By 2013, 94% of polled African Americans agreed that “publicly-funded health services should include birth control for low-income women.”⁵¹

The president of the US’s Global Justice Center and a German historian have averred that a genocide is possible without killing anyone,⁵² but bloodless genocide, like efforts to hold states responsible for attempted genocides, has been only a “theoretical possibility.”⁵³ Any of the five listed Convention genocidal acts can possibly amount to a genocide, but “the actual conception of genocide” is, as Lemkin put it, “a coordinated plan of action” with a range of genocidal acts,⁵⁴ overwhelmingly deaths by killing, starvation, and medical neglect. Other genocidal acts, including prevention of births and forced transfers of children have not created genocides *by themselves*. An inference of a genocide from these acts alone is only theoretical, in the same sense that there is “the possibility of a lone-wolf genocidaire without an existing policy to act upon, but such a possibility does not appear to have been realized in fact.”⁵⁵

⁵⁰ Angela Davis (2011 [1981]), *Women, Race and Class*, New York: Random House, 203.

⁵¹ “Our Bodies, Our Lives, Our Voices,” in: *Our Voices: National Black Women’s Reproductive Agenda*, Washington, 2017, 27, http://blackrj.org/wp-content/uploads/2017/06/FINAL-InOurVoices_Report_final.pdf (accessed: 02/2024).

⁵² Jennifer Venis (2020), “Genocide: China’s Reported Persecution of Uighurs Exposes States’ Legal Obligations Under International Conventions,” *International Bar Association*, July 29, 2020, www.ibanet.org/article/bea0c9b8-08d6-42cf-8818-301d35b1bd3e (accessed 02/2024); Klaus Bachmann (2022), “How to Avoid the Genocide Trap: Genocide as a Concept in Historiography and Social Science,” *AREI*, Aug. 21, 2022, <http://www.arei-journal.pl/articles/display/23> (acc. 02/2024).

⁵³ Marko Milanovic (2006), “State Responsibility for Genocide,” *European Journal of International Law*, 17:3, 556-604.

⁵⁴ Raphael Lemkin (1944), *Axis Rule in Occupied Europe*, Washington: Carnegie Endowment, 79-80.

⁵⁵ Sienho Yee (2023), “Grouphood Promotion v. Grouphood Destruction: China’s Regional Ethnic Autonomy as Antithesis to Genocidal Intent,” *CJIL*, 22:4, 823-849.

All manner of phenomena are nevertheless now idiosyncratically called bloodless genocide. A Kurdish writer said of ISIS's attacks on Iraq's Yazidis that "The physical genocide may be over, but the women are conscious of a 'white' or bloodless genocide, as EU governments – especially Germany – try to lure Yazidi women abroad, uprooting them from their sacred homes and instrumentalizing them for their own agendas."⁵⁶ A Native American activist wrote that indigenous tribes' disenrollment of their own members is bloodless genocide.⁵⁷ A Hong Kong activist asserted that "to assimilate Hong Kongers into the Chinese fold" is bloodless genocide and ethnic cleansing.⁵⁸ The 2,000 descendants of the 1789 "Mutiny on the Bounty" sailors, settled on Australia's Norfolk Island, claim their lack of self-governance and birthing facilities is bloodless genocide.⁵⁹ The US "equine welfare community" even called a state plan of birth control and relocation of wild horses a bloodless genocide.⁶⁰

III. Bloodless Genocide as White Racism

"Bloodless genocide" is often racialized. Two decades before Lemkin created the term "genocide" in the 1930s, Austrian writer Anton Hessenbach posited that population decline, due to foreign-influenced immorality, was a "bloodless" *volkermord* (genocide) worse than World War I's slaughter.⁶¹ Late 19th and early 20th century writers – the US's Charles Pearson and Madison Grant, France's Maurice Barres, Germany's Paul de Lagarde, and

⁵⁶ Dilar Dirik (2015), "From Genocide to Resistance: Yazidi Women Fight Back," *ROAR*, Aug. 23, 2015, <http://roarmag.org/essays/yazidi-women-genocide-resistance> (accessed: 02/2024).

⁵⁷ "Tribal Disenrollment is Bloodless Genocide," *Original Pechanga Blog*, Dec. 22, 2014, www.originalpechanga.com/2010/09/pechangas-tribal-disenrollments-is.html (accessed: 02/2024).

⁵⁸ Kael'thas Kamiya (2018), "War of Words: What's in a Name?," *Passion Times*, Jan. 30, 2018, www.passiontimes.hk/article/01-30-2018/43880 (accessed: 02/2024).

⁵⁹ Hayden Johnson (2022), "Echoes of Mutiny on the Bounty in Fight for Sovereignty," *Courier Mail*, June 18, 2022.

⁶⁰ "Wild Horse Plans 'Bloodless Genocide'," *horsetalk.co.nz*, Nov. 17, 2009, www.horsetalk.co.nz/news/2009/11/114.shtml (accessed 02/2024).

⁶¹ Paul Horntrich (2020), "Science, Sin, and Sexuality in Roman-Catholic Discourses in the German-Speaking Area, 1870s to 1930s," *Sexuality and Culture*, No. 24, 2137-2160.

Austria's Guido von List – claimed there was bloodless white genocide, as did Nazis in the 1930s.⁶² US President Theodore Roosevelt sought restricted immigration to prevent “race suicide” and mid-20th Century US neo-Nazis said contraception was intended to curb only white births.⁶³

In the 1960s, Martiniquais physician and anti-colonial activist Franz Fanon used “bloodless genocide” as a metaphor. Deconstructing racialized subjectivities, he termed the marginalization of the colonized a “bloodless genocide which consisted in the setting aside of a half-billion men.”⁶⁴ Fanon's usage did not, however, “mean devoid of bloodshed, but rather that colonialism's greatest atrocity was its ‘systematic and massive abuses’ [...] against the psyche of Africa's peoples, producing the inferiority complex to which both Fanon and [Martiniquais poet and activist Aimé] Césaire had referred.”⁶⁵ Césaire spoke metaphorically about a bloodless “genocide by substitution,” with natives of the French “overseas departments” of Martinique and Guadeloupe migrating to France, while natives of France came to these colonies as officials.⁶⁶

Ironically, a half century later, racists made literal Fanon and Césaire's anti-racist metaphors. British National Party head Nick Griffin advocated “repatriating” non-white Britons, saying their presence was a “bloodless genocide” that denied the English their own identity.⁶⁷ French author Renaud Camus proclaimed the “Great Replacement Theory” in 2010, taking up the

⁶² Jason Wilson and Aaron Flanagan (2022), “The Racist ‘Great Replacement’ Theory Explained,” *Southern Poverty Law Center*, May 17, 2022, www.splcenter.org/hatewatch/2022/05/17/racist-great-replacement-conspiracy-theory-explained (accessed: 02/2024); Friedrich Burgdorfer (1934), *Sterben die weißen Völker: die Zukunft der weißen und farbigen Völker im Licht der biologischen Statistik*, G.D.W. Callwey.

⁶³ Rosa Schwartzburg (2019), “No, There Isn't a White Genocide,” *The Wire*, Sept. 10, 2019, <http://thewire.in/world/no-there-isnt-a-white-genocide> (accessed: 02/2024).

⁶⁴ Franz Fanon (2004 [1961]), *The Wretched of the Earth*, New York: Grove Press, 238.

⁶⁵ Lauren van der Rede (2018), *The Post-Genocidal Condition: Ghosts of Genocide, Genocidal Violence, and Representation*, PhD diss., Univ. of the Western Cape, 235.

⁶⁶ Claudine E. David (2023), *Memory, Violence, and Detours: Strategies of Resistance to Epidermal Invisibility within the French Republic*, PhD diss., City Univ. of New York, 7.

⁶⁷ Matthew Taylor (2009), “Archbishop Condemns BNP Leader's ‘Bloodless Genocide’ Claim,” *Guardian*, Apr. 23, 2009.

metaphor of “genocide by substitution” in claiming that non-whites are displacing European whites.⁶⁸ Camus built on a scenario of immigrants threatening a bloodless white genocide portrayed in a 1970s novel by Jean Raspail, winner of the Académie Française’s Grand Prix du Roman and Grand Prix de Littérature; it sold 500,000 copies and was later promoted by Trump officials Steve Bannon and Stephen Miller.⁶⁹ Miller and Bannon were in turn praised by Richard Spencer⁷⁰ and Miller sought to use missiles against migrant ships headed to the US.⁷¹ US racists have referred to non-white immigration as a “non-violent genocide” and have said it is like what China does in Tibet.⁷² Trump himself stated in 2023 that immigrants were “poisoning the blood” or “destroying the blood” of the US⁷³ and, in 2024, he claimed China is paying military age men to migrate illegally to the US, possibly to stage a terrorist attack.⁷⁴ In France, ultra-rightist politician Eric Zemmour stated in 2023 that there was a “Francocide” being waged by Arab immigrants and their descendants.⁷⁵

Racists who tout a “white extinction” conspiracy theory based on immigration, falling birthrates, and intermarriage often focus on Jews as behind

⁶⁸ Grégoire Canlorbe (2020), “A Conversation with Renaud Camus,” *American Renaissance*, Aug. 7, 2020, www.amren.com/features/2020/08/a-conversation-with-renaud-camus/ (accessed: 02/2024).

⁶⁹ “Steve Bannon, Stephen Miller-cited Author Jean Raspail, Controversial Writer of ‘The Camp of the Saints,’ Dead at 94,” *New York Daily News*, June 13, 2020; Reece Jones (2021), *White Borders*, Boston: Beacon, 107; Alex Lo (2022), “On Books and Ideas that Kill,” *South China Morning Post* [= SCMP], Aug. 9, 2022.

⁷⁰ Courtney Weaver (2017), “America’s Alt-Right Champions Credit Trump with Movement’s Revival,” *FT*, Aug. 15, 2017.

⁷¹ Miles Taylor (2023), *Blowback: A Warning to Save Democracy from the Next Trump*, New York: Simon & Schuster.

⁷² “White Supremacist Flyers Posted Around Eastern Kentucky University Campus,” *Raw Story*, Nov. 22, 2013, www.rawstory.com/2013/11/white-supremacist-flyers-posted-around-eastern-kentucky-university-campus/ (accessed: 02/2024).

⁷³ “Trump Defends Comments About Immigrants ‘Poisoning the Blood’ of America,” *AP*, Dec. 19, 2023.

⁷⁴ Stephanie Kaloi (2024), “Trump Tells Fox News ‘I Believe We’re Going to Have a Terrorist Attack 100%,’ Possibly Due to Chinese Immigrants,” *Yahoo*, Feb. 5, 2024.

⁷⁵ Leila Abboud (2023), “French Village Dance Killing Leads to Call for Ban on Extremists,” *FT*, Nov. 29, 2023.

white demographic decline.⁷⁶ Camus' "Great Replacement" replicated an idea propagated in Germany in 1982, when 15 prominent academics issued the "Heidelberg Manifesto," demanding protection of the German identity from mainly Middle Eastern immigrants who came to Germany while it was experiencing negative natural population growth.⁷⁷ Proponents of such claims want more white babies⁷⁸ and

*to substantiate the claim of a white genocide and to sanitize an ethnostate solution [they are citing] data that the white population is declining in number in the United States, asserting that [white] genocide is afoot in Africa [and] maintaining that these occurrences are orchestrated to deliberately destroy the white population—thus [purportedly] meeting the legal threshold of genocide per the 1948 Genocide Convention – and proposing homogenous states for all races as a banal, commonsense solution.*⁷⁹

In 2023, Francesco Lollobrigida, Italy's Minister of Agriculture and brother-in-law of ultra-rightist Prime Minister Giorgia Meloni, said Italians are risking "ethnic replacement" through a very low birthrate and immigration. Meloni herself used the phrase when campaigning in 2016.⁸⁰ Billionaire US entrepreneur Elon Musk endorsed Great Replacement as a Jewish

⁷⁶ Andy Campbell (2019), "Alabama's Abortion Bill is Great News for White Supremacists," *HuffPost*, May 15, 2019, www.huffpost.com/entry/alabama-abortion-bill-white-supremacists_n_5cdc4247e4b066205c602829 (accessed: 02/2024); Gwen Snyder (2022), "The Sinister Connection Between Abortion Rights, White Supremacy and Covid," *Jezebel*, May 5, 2022, <http://jezebel.com/abortion-rights-white-supremacy-covid-great-replacement-184887664719th> (accessed: 02/2024); Kevan Feshami (2017), "Fear of White Genocide," *Lapham Quarterly*, 2017, www.laphamsquarterly.org/roundtable/fear-white-genocide (accessed: 02/2024); Glenn Altschuler and Stuart Blumin (2022), "The 'Great Replacement' Theory Rises Again, Ending in Tragedy," *Washington Post* [= WP], June 2, 2022.

⁷⁷ Eileen Hennessy (1982), "The Heidelberg Manifesto: A German Reaction to Immigration," *Population and Development Review*, 8:3, 636f.

⁷⁸ Naomi Klein (2019), "Economy and Environment, We Need a Single Global Revolution," *La Repubblica*, June 2, 2019.

⁷⁹ Kate Temoney (2020), "Anatomizing White Rage: 'Race is My Religion!' and 'White Genocide'," in: Stephen Finley et al. (eds), *The Religion of White Rage*, Edinburgh: Edinburgh Univ. Press, 149-165.

⁸⁰ Barbie Nadeau (2023), "Italian Minister Sparks Fury for Saying Immigration Leads to 'Ethnic Replacement,'" *CNN*, Apr. 29, 2023.

conspiracy to use non-white immigration to diminish whites.⁸¹ US House of Representatives' 3rd-ranked Republican Elise Stefanik has adopted a variant of the "theory,"⁸² which also alleges diminution through "interracial marriage, reducing the birth rate and other means."⁸³

"White genocide" and "Great Replacement" are now used interchangeably.⁸⁴ Polls in 2022 found that one-third of American adults endorse a version of replacement theory,⁸⁵ as do two-thirds of Republicans.⁸⁶ Leading Fox News host Tucker Carlson did likewise, to the applause of neo-Nazis.⁸⁷ The "theory" has contributed to mass shootings in North America – the killings in 2015 of 9 African American churchgoers in Charleston, in 2017 of 6 Muslims at a Quebec City mosque, in 2018 of 11 Jewish worshippers in Pittsburgh, in 2019 of 19 Hispanic shoppers in El Paso, and in 2022 of 10 African American shoppers in Buffalo. The manifesto of the perpetrator of a New Zealand massacre of 51 Muslims opened with the line "It's the birthrates."⁸⁸

⁸¹ "X Races to Contain Damage After Elon Musk Endorses Antisemitic Post," *NYT*, Nov. 16, 2023.

⁸² Greg Sargent (2022), "How Elise Stefanik and the GOP Sanitize 'Great Replacement' Ugliness," *WP*, May 16, 2022.

⁸³ "Why is V. Ramaswamy Doubling Down on Conspiracy Theories," *BBC*, Dec. 8, 2023.

⁸⁴ Jacob Davey and Julia Ebner (2019), "The Great Replacement, The Violent Consequences of Mainstreamed Extremism," *ISD*, 7, www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2019/07/The-Great-Replacement-The-Violent-Consequences-of-Mainstreamed-Extremism-by-ISD.pdf (accessed: 02/2024)

⁸⁵ "Immigration Attitudes and Conspiratorial Thinkers: A Study Issued on the 10th Anniversary of The Associated Press-NORC Center for Public Affairs Research," *AP/NORC*, May 2022, <http://apnorc.org/projects/immigration-attitudes-and-conspiratorial-thinkers> (accessed: 02/2024).

⁸⁶ "New National UMass Amherst Poll on Issues Finds One-Third of Americans Believe Great Replacement Theory," Oct. 25, 2022, www.umass.edu/news/article/new-national-umass-amherst-poll-issues-finds-one-third-americans-believe (accessed: 02/2024).

⁸⁷ "Deplatform T. Carlson and the 'Great Replacement' Theory," *Anti-Defamation League*, May 25, 2022, www.adl.org/resources/blog/deplatform-tucker-carlson-and-great-replacement-theory (accessed: 02/2024).

⁸⁸ Jones (2021), *White Borders*, 192f.; Khaleeda Rahman (2022), "'Great Replacement Theory' Has Inspired 4 Mass Shootings in Recent Years," *Newsweek*, May 16, 2022.

In the US, Great Replacement reflects a long-present “white genocide anxiety.” Responding to pre-Civil War abolitionists, slaveholders’ leader Sen. John C. Calhoun said that if slavery ended, “the next step would be to raise the Negroes to a social and political equality with whites; and that being effected, we would soon find the present condition of the two races reversed.”⁸⁹ On the eve of the Civil War in 1861, soon-to-be Confederate General Henry Lewis Benning predicted that if slaves were emancipated

*“we will be completely exterminated, and the land will be left in the possession of the blacks, and then it will go back into a wilderness”*⁹⁰

Of course, few whites had been or would be killed by slaves or ex-slaves, but an estimated 1.8 million Africans died in the Middle Passage of the Trans-Atlantic slave trade alone and African deaths directly attributable to the institution of slavery from 1500-1900 have been put at some 4 million.⁹¹ A century after the Civil War, Mississippi Governor Ross Barnett stated that there “is no case in history where the Caucasian race has survived social integration. We will *not* drink from the cup of genocide.”⁹²

Today, white genocide anxiety impels US alt-right forces to distort fertility statistics to claim a “white extinction,”⁹³ popular conceptions of which have political effects: there was a strong link between the decline in various US counties’ white populations from 2015-2019 and the likelihood a participant

⁸⁹ Randall Kennedy (2023), “The Truth is that Many Americans Just Don’t Want Black People Get Ahead,” *NYT*, June 7, 2023.

⁹⁰ “Speech of H. Benning to the Virginia Convention” (1861), <http://civilwarcauses.org/benningva.htm> (accessed: 02/2024).

⁹¹ Aaron O’Neill (2022), “Estimated Share of African Slaves Who Did Not Survive the Middle Passage Journey to the Americas Each Year from 1501 to 1866,” *Statista*, June 21, 2022, www.statista.com/statistics/1143458/annual-share-slaves-deaths-during-middle-passage/ (accessed: 02/2024); Paul E. Lovejoy (1989), “The Impact of the Atlantic Slave Trade on Africa: a Review of the Literature,” *Journal of African History*, No. 30, 365-394.

⁹² “Sept. 20, 1962: James Meredith Attempts to Register at University of Mississippi,” *Zinn Education Project*, 2024, www.zinnedproject.org/news/tdih/james-meredith-register/ (accessed: 02/2024).

⁹³ “The Audio Doesn’t Lie: Tucker Carlson is Who We Thought He Was”, *New York Review of Books*, Aug. 16, 2018; Alexandra Stern (2019), *Proud Boys and the White Ethnostate: How the Alt-right is Warping the American Imagination*, Boston: Beacon, 99.

in the Trumpist January 6, 2021 attack on the US Capitol would hail from one of those counties.⁹⁴ – White genocide is an “accusation in a mirror.” That is a false or inaccurate attribution to an adversary of one’s own intent or deeds.⁹⁵ For example, US analysts often ridicule China’s claims to South China Sea maritime formations,⁹⁶ yet the US asserts a right to control huge Exclusive Economic Zones that its South Pacific protectorates of Palau, Marshall Islands, and Micronesia created in an area extending from Hawaii to the Philippines.⁹⁷ An accusation of white genocide in a mirror appeared in an academic journal in 2017. Alt-right lawyer John Bennett argued that Powhatan Native Americans’ 1622 attack on Jamestown, Virginia’s English settlement was a genocide. He said the attackers intended to murder all English people, killed one-fourth to one-third of the colony, and took hostages.⁹⁸ The massacre was part of the Second Powhatan War, itself a response to colonists’ raids against Powhattan villages, their infringing expansion of planting, and attempts to subjugate Powhatan leaders and Christianize natives. The Jamestown Massacre came a dozen years after the First Powhatan War of 1610, in which colonists had ambushed and killed many Native Americans. After the 1622 massacre, settlers killed hundreds of Powhatans and seized more land. A Third Powhatan War in 1644 resulted in the deaths of some 10% of the colonists but ended in the dissolution of the Powhatan confederacy and subordination of Native Americans. The Jamestown Mas-

⁹⁴ Robert Pape et al. (2022), “American Face of Insurrection,” *Chicago Project on Security and Threats*, Jan. 5, 2022, [http://d3qi0qp55mx5f5.cloudfront.net/cpost/i/docs/Pape-American_Face_of_Insurrection_\(2022-01-05\).pdf](http://d3qi0qp55mx5f5.cloudfront.net/cpost/i/docs/Pape-American_Face_of_Insurrection_(2022-01-05).pdf) (accessed: 02/2024).

⁹⁵ Gregory S. Gordon (2017), *Atrocity Speech Law: Foundation, Fragmentation, Fruition*, Oxford Univ. Press; Kenneth Marcus (2012), “Accusation in a Mirror,” *Loyola Univ. of Chicago Law Review*, No. 43, 357-393.

⁹⁶ Gary Sands (2019), “Rethinking Taiwan’s Claims in the South China Sea,” *The Diplomat*, June 28, 2019, <http://thediplomat.com/2019/06/rethinking-taiwans-claims-in-the-south-china-sea/> (accessed: 02/2024).

⁹⁷ Edward Hunt (2023), “US Claims to Central Pacific Flout International Law,” *FPIF*, Sept. 18, 2023, <http://fpif.org/u-s-claims-to-central-pacific-flout-international-law/> (accessed: 02/2024).

⁹⁸ John Bennett (2017), “The Forgotten Genocide in Colonial America: Reexamining the 1622 Jamestown Massacre within the Framework of the UN Genocide Convention,” *Journal of the History of International Law*, 19:1, 1-49.

sacre was thus not a “white genocide” by Native Americans, but an act of resistance, however murderous, to the early phase of what was to become an encompassing genocide by whites.⁹⁹

Nazi accusations that Jews sought the “annihilation of Germany” was an accusation in a mirror.¹⁰⁰ The International Criminal Tribunal for Rwanda (ICTR) has discussed accusations in a mirror; such as Leon Mugesera’s pamphlets that incited Hutus to kill their Tutsi neighbors, based on the spurious claim that Tutsis were killing or planned to kill Hutus.¹⁰¹ The Uyghur émigré genocide claim is also an accusation in a mirror, as the main evidenced “racial” killings in Xinjiang have been of Han, by terrorists, especially from 2009-2016.

The proponents of “white genocide” argue that because immigration and differential birthrates diminish the white proportion of the population, they are akin to the genocidal act of “deliberately inflicting on the group conditions of life calculated to bring about its physical destruction’ and imposing measures intended to prevent births within the group.” University of Kent legal scholar Eric Loefflad has pointed out however that

for one familiar with the legal dynamics of criminal liability for genocide, direct conflation of these provisions with a claim of victimization disregards the need to show a linkage between the crime’s material (actus reus) and mental (mens rea) elements. As such, even if ‘white genocide’ believers can link criminal provisions with fears of demographic decline, they still have the burden of linking this to an agent’s deliberate intention. This is made apparent by the fact that the named examples of genocidal violence in the Genocide Convention/Rome Statute [of the International Criminal Court] are prefaced by the requirement that ‘the following acts [be] committed with intent to destroy, in whole or in part, a

⁹⁹ Aoife O’Donoghue and Henry Jones (2017), “The Jamestown Massacre: Rigor & International Legal History,” *Critical Legal Theory*, Aug. 24, 2017, <http://criticallegalthinking.com/2017/08/24/jamestown-massacre-rigour-international-legal-history/> (accessed: 02/2024).

¹⁰⁰ Michael Berkowitz (2007), *The Crime of My Very Existence: Nazism and the Myth of Jewish Criminality*, Berkeley: Univ. of California Press, 131f.

¹⁰¹ *Prosecutor v. Akayesu, ICTR-96-4-T (Appeal Judgment)*, Sep. 2, 1998, para. 497-498, <http://ucr.irmct.org/LegalRef/CMSDocStore/Public/English/Judgement/NotIndexable/ICTR-96-04/MS44787R0000619822.PDF> (accessed: 07/2024).

national, ethnical, racial or religious group' (Rome Statute 2002, art. 6). Without this condition of intent, any demographic decline has the potential to generate liability as an act of genocide.

Loefflad noted the ICTY Appeals Chamber overturned the genocide conviction of General Krstic, the military commander who oversaw the Srebrenica massacre, “due to a lack of evidence he directly commanded his troops to act as they did, thus resulting in a failure to show specific intent.” Loefflad stated that “for the international lawyer knowledgeable of such standards, if General Krstić could not be categorically convicted for genocide, how could this type of liability extend to someone who may, in the most attenuated and unconscious manner, be contributing to white demographic decline?”¹⁰² Indeed, in Xinjiang, there has not even been a relative Uyghur demographic decline: they have been 45–49% of population for a half-century and in the Uyghur heartland’s Kashgar prefecture, their proportion was 73% in the 1980s, but 87% in 2023.¹⁰³

Beyond “white genocide” and “Great Replacement,” many US whites think they are discriminated against, based perhaps on their seeing racism as a zero-sum game.¹⁰⁴ A 2011 poll found 44% of them identifying discrimination against whites as just as serious as anti-Black prejudice.¹⁰⁵ By 2014, the same poll found 52% of whites had that idea.¹⁰⁶ In 2017, 55% of US whites agreed there is anti-white discrimination, a view negatively correlated with level of education. A very small proportion of the polled said they personally experienced discrimination however and many respondents who

¹⁰² Eric Loefflad (2022), “International Law for a Time of Monsters: ‘White Genocide’, The Limits of Liberal Legalism, and the Reclamation of Utopia,” *Law and Critique*, <http://link.springer.com/article/10.1007/s10978-022-09337-y> (accessed: 02/2024).

¹⁰³ William Drexel (2020), “Kashgar Coerced: Forced Reconstruction, Exploitation and the Surveillance in the Cradle of Uyghur Culture,” *Uyghur Human Rights Project*, <http://uhrp.org/report/kashgar-coerced/> (accessed: 02/2024); Interview with Kashgar prefecture civil affairs official, Kashgar, Aug. 2, 2023.

¹⁰⁴ Michael Norton and Samuel Sommers (2011), “Whites See Racism as a Zero-Sum Game That They Are Now Losing,” *Perspectives on Psychological Science*, 6:3, 215–218.

¹⁰⁵ John Blake (2011), “Are Whites Racially Oppressed?,” *CNN*, Mar. 4, 2011.

¹⁰⁶ Joana Piacenza, (2014) “Americans Racial Disconnect on Fairness and Discrimination,” *PRRI*, Oct. 6, 2014, www.prri.org/spotlight/graphic-of-the-week-americans-racial-disconnect-on-fairness-and-discrimination/ (accessed: 02/2024).

believe there is anti-white discrimination cannot cite a specific case.¹⁰⁷ A 2019 survey showed 75% of Republican voters, 55% of independents, and 38% of Democrats agreed there is anti-white discrimination¹⁰⁸ In 2022, nearly a third of polled whites said they have seen “a lot more” anti-white discrimination in the past five years.”¹⁰⁹

There is no proof of anti-white discrimination and even less evidence of an intent to destroy whites. US white births fell 10.8% in 1999-2016 and the non-Hispanic white birth-to-death (BDR) ratio dropped from 1.21 to 0.98. By 2016, whites accounted for 77.7% of all US deaths, but 53.1% of births, creating a “white natural decrease.” US whites’ average age rose from 39 to 43 in 2000-2016, with whites 65 years and older up from 15 to 19% of the total, while 15-44 year-old women dropped by 12.5%. During the 2007-2009 Great Recession, white fertility was below replacement and white births fell by 9% from 2007 to 2016. All groups’ fertility dropped, but the .98 white BDR in 2016 compared to a 4.9 Latino BDR, a 3.9 Asian BDR and a 1.7 Black BDR. US whites will begin to decline absolutely by 2030 or 2040, due to falling fertility and “deaths of despair” from alcohol, drugs, and suicide and by 2050 they are projected to be 47% of Americans. In Europe in 2016, 17 countries’ deaths exceeded births. European fertility was lower, people were older, and there were fewer childbearing-age women than in the US.¹¹⁰ None of the fall in white births results from “white genocide”. The claim resembles the one about Xinjiang however, as there

¹⁰⁷ Dan Gonyea (2017), “Majority of White Americans Say They Believe Whites Face Discrimination,” *NPR*, Oct. 24, 2017, www.npr.org/2017/10/24/559604836/majority-of-white-americans-think-theyre-discriminated-against (accessed: 02/2024).

¹⁰⁸ “Poll: Most Republicans Think White People Face Discrimination, Democrats Disagree,” *The Hill*, Mar. 8, 2019, [http://thehill.com/hilltv/what-americas-thinking/433270-poll-republicans-and-democrats-differ-strongly-on-whether-white/](http://thehill.com/hilltv/what-americas-thinking/433270-poll-republicans-and-democrats-differ-strongly-on-whether-white-poll-republicans-and-democrats-differ-strongly-on-whether-white/) (accessed: 02/2024).

¹⁰⁹ Stella Rouse and Shibley Talhami (2022), “Poll Reveals White Americans See an Increase in Discrimination Against Other White People and Less Against Other Racial Groups,” *The Conversation*, July 1, 2022, <http://theconversation.com/poll-reveals-white-americans-see-an-increase-in-discrimination-against-other-white-people-and-less-against-other-racial-groups-185278> (accessed: 02/2024).

¹¹⁰ Rogelio Saenz and Kenneth Johnson (2018), “White Deaths Exceed Births in a Majority of US States,” *Applied Population Lab*, <http://apl.wisc.edu/data-briefs/natural-decrease-18> (accessed: 02/2024).

are “natural” explanations for both white population decline and the temporarily decreased Uyghur population growth rate in 2017-2021 that preclude resort to an assertion of genocidal intent.

Uyghur émigré assertions connect “bloodless genocide” and racism through statements by émigré leaders such as Rebiya Kadeer. Formerly “the richest businesswoman in Xinjiang,” she later headed the Munich-based WUC. Without presenting evidence, she told the US Congress in 2007 that Uyghur women are sent to factories as sex slaves and are forced to marry Han.¹¹¹ 15 years later, the US government-financed Uyghur Human Rights Project (UHRP) said forced intermarriage “to wipe out the Uyghur population” is ongoing.¹¹² A similar claim had been made by the Nazi central propaganda office in its *Parole der Woche* three months into World War II, when it “asserted that the British intended to wipe out German manhood and marry German women to foreigners as a way of destroying the German race.”¹¹³

Kadeer asserted without evidence that 400 Uyghurs were killed in one day during Urumqi’s July, 2009 anti-Han pogrom and “almost 200 Uyghurs were tortured and killed at detention centers” just after the riots, but mainstream Western media immediately disconfirmed these claims.¹¹⁴ Kadeer showed photos that she said were of police pouring into Urumqi’s streets, but these turned out to be police in Shishou County, Hubei responding to a protest unconnected to Xinjiang.¹¹⁵ The WUC account of the Urumqi riot

¹¹¹ “Uighur Activist Asks U.S. to Help Stop China Removals,” *Reuters*, October 31, 2007.

¹¹² Simina Mistreanu (2022), “Chinese ‘Paid to Marry’ Uyghurs in Cleansing Plan,” *Daily Telegraph*, Nov 17, 2022; “Uyghur Human Rights Policy Act Builds on Work of NED Grantees,” *NED*, May 29, 2020, www.ned.org/uyghur-human-rights-policy-act-builds-on-work-of-ned-grantees/ (accessed: 02/2024).

¹¹³ Randall Bytwerk (2005), “The Argument for Genocide in Nazi Propaganda,” *Quarterly Journal of Speech*, 91:1, 37-62.

¹¹⁴ Malcolm Moore (2009), “Urumqi Riots Signal Dark Days Ahead,” *EastWestSouth-North*, July 8, 2009, www.zonaeuropa.com/20090708_1.htm (accessed: 02/2024); Julian Ryall (2013), “Struggle for Independence,” *DW*, June 21, 2013, www.dw.com/en/we-will-fight-until-they-grant-us-self-determination/a-16897698 (accessed: 02/2024).

¹¹⁵ Bill Schiller, “Was Media Coverage of Riots in China Biased?,” *Toronto Star*, July 17, 2009.

omitted mention of the murder of hundreds of Han.¹¹⁶ Kadeer also said in 2009 that “most Uyghur women of childbearing were no longer able to give birth” due to sterilization and IUD use;¹¹⁷ yet, Xinjiang’s minority population grew by 14.27% in 2010-2020.¹¹⁸ She stated in 2010 that China strictly curbs Uyghur births,¹¹⁹ but limits then were barely applied in rural Xinjiang. Even Zenz noted that “Prior to 2015, it was common practice for Uyghurs to have children in excess of state-mandated limits. Population planning offices were understaffed and local Uyghur officials frequently flouted birth quotas themselves. When caught, Uyghurs simply paid fines.”¹²⁰ In 2013, Kadeer said Uyghurs under age 80 were barred from entering mosques,¹²¹ but mosques then were overflowing and even some officials attended¹²² and in 2022, the US’s Radio Free Asia indicated China’s officials were encouraging mosque attendance.¹²³ Kadeer moreover always denies Uyghur separatists engage in terrorism,¹²⁴ yet the

¹¹⁶ “The Urumqi Massacre,” *WUC*, Dec. 8, 2009, www.uyghurcongress.org/en/the-urumqi-massacre/ (accessed: 02/2024).

¹¹⁷ “Prepared Statement of Rebiya Kadeer” in: *US House of Representatives, An Evaluation of 30 Years of the One-Child Policy in China*, Nov. 10, 2009, http://chrissmith.house.gov/uploadedfiles/2009.11.10_an_evaluation_of_30years_of_the_one_child_policy_in_china.pdf (accessed: 02/2024).

¹¹⁸ “Main Data of Xinjiang Uygur Autonomous Region from the Seventh National Population Census,” www.fmprc.gov.cn/ce/cgtrt/eng/news/t1884310.htm (accessed: 02/2024).

¹¹⁹ Ida Karlsson (2010), “China: On the Thousand Mothers March.” *Inter Press Service*, Oct. 20, 2010.

¹²⁰ Adrian Zenz (2021), “Sterilizations, IUDs, and Mandatory Birth Control: The CCP’s Campaign to Suppress Uyghur Birthrates in Xinjiang,” *Jamestown Foundation*, 10, <http://jamestown.org/product/sterilizations-iuds-and-mandatory-birth-control-the-ccps-campaign-to-suppress-uyghur-birthrates-in-xinjiang/> (accessed: 02/2024).

¹²¹ Julian Ryall (2013), “Struggle for Independence,” *DW*, June 21, 2013, www.dw.com/en/we-will-fight-until-they-grant-us-self-determination/ (accessed: 02/2024).

¹²² Brian Spegele (2014), “Blast at Train Station Highlights Ethnic Tensions in China’s Xinjiang Region,” *Wall Street Journal*, May 2, 2014; “China Punishes Xinjiang Official for Openly Practising Faith,” *Reuters*, Sept. 3, 2014.

¹²³ “China Appears to Ease Up on Islamic Worship in Xinjiang, But Uyghurs Aren’t Buying It,” *RFA*, Nov. 23, 2022, www.rfa.org/english/news/uyghur/reopened-mosques-11232022170624.html (accessed: 02/2024).

¹²⁴ Rebiya Kadeer (2011), “Chinese Government Real Terrorist,” *Asia News*, July 21, 2011, www.asianews.it/news-en/Rebiya-Kadeer:-Chinese-government-realterrorist-22164.html (accessed: 02/2024).

University of Maryland Global Terrorism Database recorded 135 attacks and 767 deaths from terrorism in Xinjiang from 1990 to 2016,¹²⁵ a gross underestimate according to scholars.¹²⁶

Kadeer told an Italian journalist in 2009, “Look, you gesticulate like me, you have the same white skin like me: You are Indo-European, would you like to be oppressed by a communist with yellow skin?” (“lo vedi, tu gesticoli come me, hai la mia stessa pelle bianca: sei indoeuropea, vorresti essere oppressa da un comunista con la pelle gialla?”).¹²⁷ The Uyghur American Association, disrupted a 2021 Washington, DC “Stop Asian Hate” rally that responded to pandemic-related physical attacks on Asian Americans. They called for a world war to “Wipe Out China!.” UAA and other émigré groups have also allied with US ultra-right, anti-immigrant, and Islamophobic forces, attacked the Black Lives Matter movement, and claimed China created the pandemic virus as a bioweapon and spread it to the world.¹²⁸ An alignment of Muslim Uyghur émigrés with Islamophobic US ultra-rightists is not inexplicable: Judeophobic ultra-rightists in Germany and the US support Israel,¹²⁹ as do Uyghur émigré groups.¹³⁰

¹²⁵ *Global Terrorism Database*, 2022, Results for Xinjiang: www.start.umd.edu/gtd/search/Results.aspx?expanded=no&search=xinjiang&ob=GTDid&od=desc&page=1&count=20#results-table (accessed: 02/2024).

¹²⁶ Interview with Prof. Ma Rong, Peking Univ., July 26, 2023.

¹²⁷ Antonella Rampino (2009), “La Leader Dei Turchi del Xinjiang: ‘La Gentilezza Ci Sta Uccidendo’” (The leader of the Turkic people of Xinjiang: ‘kindness is killing us’), *La Stampa*, Aug. 5, 2009, http://archivio.lastampa.it/LaStampaArchivio/main/History/tmp1_viewObj.jsp?objid=9277868 (accessed: 02/2024).

¹²⁸ Ajit Singh (2021), “‘Wipe Out China!’ U.S.-Funded Uyghur Activists Train as Gun-Toting Foot Soldiers for Empire,” *Greyzone*, Apr. 5, 2021, <http://mronline.org/2021/04/05/wipe-out-china-u-s-funded-uyghur-activists-train-as-gun-toting-foot-soldiers-for-empire/> (accessed: 02/2024).

¹²⁹ Emma Rosenberg (2023), “Taking the ‘Race’ Out of Master Race: The Evolving Role of the Jew in White Supremacist Discourse,” *Nationalities Papers*, 1-25, doi:10.1017/nps.2022.111.

¹³⁰ Interview: Salih Hidayar (2023), “Uyghurs Condemn Palestinian ‘Support for Genocide’ Against Muslims In China,” *Breitbart*, June 15, 2023, www.breitbart.com/asia/2023/06/15/uyghurs-condemn-palestinian-support-genocide-against-muslims-china/ (accessed: 02/2024); “Uyghur Groups Condemn Hamas’s Terror Attacks on Israeli Civilians,” *Uyghur Times*, Oct. 10, 2023, <http://uyghurtimes.com/uyghur-groups-condemn>

IV. Bloodless Genocides: Fictions and Failures

Idiosyncratics, fantasists, and racists have posited that bloodless genocides have occurred, are ongoing, or should proceed. Some have no evidence of an intent to destroy a group; others do not describe a plan of genocidal acts. What is claimed for Xinjiang is as divorced from actually-existing genocides as these fictitious or aborted scenarios and is tied to notions of Chinese cruelty.

A British historian who worked for the ICTY has said “in theory you could commit genocide without killing anyone if you sterilize all adult members of a group.”¹³¹ That, however, has not occurred in any recognized genocide; instead, science fiction writers often imagine bloodless genocides. A mutant human population is extinguished through forced sterilization in a 1957 French trilogy.¹³² The 1965 US novel *The Genocides* has aliens seed Earth with massive plants that outcompete terrestrial flora, making extinction of earthly life inevitable, but they also speed up human extinction by using killing machines.¹³³ A half century later, genocidal sterilization of X-Men mutants is proceeding in the comic book series.¹³⁴ The 2018 dystopian novel *Iron Gold* recalls that after The Society of Red Rising’s “Conquering,” the moon (Luna) is the solar system’s most powerful sphere. It declares independence and wins a war against Earth.

The war is said to have ended in a casualty of 110 million lives. With so much blood on the hands of the Golds [the solar system’s Luna-based ruling “race”], they looked to a bloodless genocide to end the threat that Earth held against

-hamass-terror-attacks-on-israeli-civilians/ (accessed: 02/2024); “WUC Condemns Hamas Attacks on Civilians and Stands with All Those Suffering from Violence,” *WUC*, Oct. 9, 2023, www.uyghurcongress.org/en/statement-wuc-condemns-hamas-attacks-on-civilians-and-stands-with-all-those-suffering-from-violence/ (accessed: 02/2024).

¹³¹ Marija Tausan (2015), “Srebrenica: How to Prove a Genocide,” *Balkan Transitional Justice*, July 6, 2015, <http://balkaninsight.com/2015/07/06/srebrenica-how-to-prove-a-genocide> (accessed: 02/2024).

¹³² Bradford Lyau (2011), *The Anticipation Novelists of 1950s French Science Fiction: Children of Voltaire*, Jefferson: McFarland, 90.

¹³³ Thomas Disch (1965), *The Genocides*, New York: Berkeley Books.

¹³⁴ Graeme Macmillan (2015), “Why Marvel’s X-Men are Destined for Extinction,” *Hollywood Reporter*, Sept. 20, 2015.

*them once and for all [...] the Golds dropped solocene into the Earth's troposphere, sterilizing the remainder of the Earth's population. It took no less than a century for the last generation of the pre-Color humans to die out.*¹³⁵

The online science fiction game *Mass Effect* posits a “genophage” or sterility virus that the Turians use to stop the Krogan Rebellions by limiting the number of Krogan children.¹³⁶

Popular Japanese manga/anime series “Attack on Titan” (*Shingeki no Kyojin* 進撃の巨人; 2009-2023), featured a mass sterilization proposal for a “non-violent genocide” or “euthanasia.” Zeke, half-brother of main character Eren Yeager, was born a royal Eldian, but believes Earth’s wars will only end if the Titan-wielding, war-making Eldians are made sterile by manipulating their genetic makeup. Eren, however, concludes that getting rid of Titans required a violent attack. He unleashes “The Rumbling,” which kills 80% of the world’s people.¹³⁷ Even in science fiction then, bloodless genocide is often depicted as an adjunct to mass killing.

Science fiction aliens are imagined as bloodlessly genocidal against Earthlings,¹³⁸ but real-world genocides are plans centered on widespread, systematic killings and expressions of a readily discernible intent to destroy a protected group as such.¹³⁹ The recognized 20th Century ones were accompanied by leaders’ explicit statements of their intent to carry out mass murder, by Germans of Herreros and Namas in Namibia in 1904-1905,¹⁴⁰ by

¹³⁵ Pierce Brown (2018), *Iron Gold*, New York: Del Rey Books, 2018.

¹³⁶ Rachel Kaser (2021), “Mass Effect: The Krogan Genophage, Explained,” *Screenrant*, May 3, 2021, <http://screenrant.com/mass-effect-krogan-genophage-cause-rason-cure-effects> (accessed: 02/2024).

¹³⁷ Jerry Elengical (2023), “Attack on Titan: Would Zeke’s Plan Have Worked?,” *Game Rant*, May 20, 2023, <http://gamerant.com/attack-on-titan-would-zekes-euthanasia-plan-have-worked> (accessed: 02/2024).

¹³⁸ “Panel: Planetary Self-Defense: the Ethics of Genocide in Science Fiction,” Austin Community College, Oct. 14, 2014, <http://liberalarts.austincc.edu/philosophy-religion-humanities/planetary-self-defense/> (accessed: 02/2024).

¹³⁹ Schabas (2009), *Genocide*, 518.

¹⁴⁰ Jan-Bart Gewald (2000), “Colonization, Genocide and Resurgence: The Herero of Namibia 1890-1933,” in: id. and Michael Bollig (eds.), *People, Cattle and Land: Transformation of a Pastoral Society in Southwestern Africa*, Köln: Koppe, 187-226; Manus I. Midlarsky (2005), *The Killing Trap: Genocide in the Twentieth Century*, Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2005, 32.

Ottoman forces of Armenians from 1915-1922,¹⁴¹ by Nazis of Europe's Jews in 1939-1945,¹⁴² by Hutus of Tutsis in Rwanda in 1994,¹⁴³ and by Bosnian Serbs of Bosnian Muslims in 1995.¹⁴⁴ So too, with the plausible ISIS genocide of Yazidis from 2014 onwards.¹⁴⁵ Genocidaire statements are radically exclusionary, but even the Uyghur émigrés supporters recognize that China's statements about minorities are never about mass murder and are "aggressively inclusive,"¹⁴⁶ with "'forced assimilation' remain[ing] at the heart of the [Party's] policy in Xinjiang."¹⁴⁷

¹⁴¹ Taner Akcam (2018), *Killing Orders: Talat Pasha's Telegrams and the Armenian Genocide*, New York: Palgrave; Harry Kazelian (2023), "Taner Akcam Shares Research Revealing When Decision Was Made to Commit Armenian Genocide," *Armenian Mirror-Spectator*, Mar. 14, 2023, <http://mirrorspectator.com/people/dr-taner-akcam/> (accessed: 02/2024).

¹⁴² Bytwerk (2005), "The Argument"; Peter Longerich (2010), *Holocaust: The Nazi Persecution and Murder of the Jews*, Oxford: Oxford Univ. Press, 289; Hans Mommsen (1997), "Hitler's Reichstag Speech of 30 January 1939," *History and Memory* 9:1/2 (1997), 147-161; Josef Goebbels (2008 [1943]), "Nun, Volk steh auf, und Sturm brich los!", in: Randall Bytwerk (ed.), *Landmark Speeches of National Socialism*, Texas A&M Univ. Pr.; Stefano Kotsonis and Meghna Chakrabarti (2022), "The Eichmann Tapes and the Comforting Myth of the 'Banality of Evil,'" *On Point*, July 15, 2022, www.wbur.org/onpoint/2022/07/15/the-eichmann-tapes-and-the-nature-of-evil (accessed: 02/2024); Benjamin Ferencz (2023), "Mass Murderers Seek to Justify Genocide," <http://benferencz.org/stories/1946-1949/mass-murderers-seek-to-justify-genocide/> (accessed: 02/2024).

¹⁴³ Narelle Fletcher (2003), "Words That Can Kill: The Mugesera Speech and the 1994 Tutsi Genocide in Rwanda," *Journal of Multidisciplinary International Studies*, 11:1; Prosecutor v. Ferdinand Nahimana, et al., ICTR-9-55-T, Dec. 3, 2003.

¹⁴⁴ "Srebrenica MC Publishes 'Genocide Papers', Speeches of Karadzic, Dodik," 2021, *NI*, Mar. 2, 2021, <http://n1info.rs/english/news/srebrenica-mc-publishes-genocide-papers-speeches-of-karadzic-dodik/> (accessed: 02/2024).

¹⁴⁵ Robert Cryer (2016), "International Criminal Law and Daesh," *OUP Blog*, Apr. 21, 2016, <http://blog.oup.com/2016/04/international-criminal-law-and-daesh/> (accessed: 02/2024); "IS Group Committing Genocide Against Yazidis, UN Says," *France24*, June 16, 2016; Alessandro Iemma (2019), "Case Study About the Yazidi Genocide Committed by ISIL Started in 2014 From an International Law Perspective", Libera Università Internazionale degli Studi Sociali, <http://tesi.luiss.it/24456/> (accessed: 02/2024).

¹⁴⁶ James Millward (2022), "(Identity) Politics in Command: Xi Jinping's July Visit to Xinjiang," *The China Story*, Aug. 16, 2022, www.thechinastory.org/identity-politics-in-command-xi-jinpings-july-visit-to-xinjiang/ (accessed: 02/2024).

¹⁴⁷ Adile Ablet (2023), "China Says Its Camps are Closed, But Uyghurs Remain Under Threat," *RFA*, Sept. 17, 2023, quoting Maya Wang, Associate Director for Asia, Human Rights Watch, New York.

Convention Art. II(d), on preventing births with the intent to destroy a protected group as such, directly results from Lemkin's 1944 discussion of "biological" acts of genocide in Poland, where one-fifth of the population was murdered. Lemkin noted that Nazi occupiers forbade marriages among Poles, separated Polish men and women through deportation for forced labor, and inhibited procreation through undernourishment. He quoted Hitler's plan of "depopulation," through lowering the birthrate of "inferior races," using "bloodless" but "systematic measures to dam their great natural fertility [and] cause undesirable races to die out," which showed obvious genocidal intent.¹⁴⁸ The "bloodless" part of this effort accompanied an extremely bloody attack on Poland's citizenry, including the killing of 3 million Jews and 1.9 million non-Jews.¹⁴⁹

Because the Nazi experience was the context for Art. II(d),¹⁵⁰ Lemkin may have been aware of proposals that accorded with Hitler's idea. Reichsfuehrer SS Heinrich Himmler asked SS-Oberfuehrer Viktor Brack in January 1941 to investigate mass sterilization by x-ray. Brack experimentally sterilized, then murdered, inmates in a "euthanasia" program. He proposed to Himmler in June 1942 to sterilize 2-3 million of the 10 million Jews of Europe, who were "well fit for work," citing lethal x-ray experiments in Auschwitz. Himmler was soon told that sterilization techniques were "as good as perfected."¹⁵¹ In the end however, a lack of a quick way to mass sterilize meant Jews were murdered instead.¹⁵² Dr. Carl Clauberg in Auschwitz also did

¹⁴⁸ Lemkin (1944), *Axis Rule*, 86-87.

¹⁴⁹ "Poles," United States Holocaust Memorial Museum, 2022, www.ushmm.org/collections/bibliography/poles.

¹⁵⁰ Nehemiah Robinson (1960), *The Genocide Convention, A Commentary*, New York: Institute of Jewish Affairs; Leo Kuper (1985), *The Prevention of Genocide*, New Haven: Yale Univ. Press, 241f.

¹⁵¹ "Nazi Letters on Sterilization," *remember.org*, 2022, <https://remember.org/witness/links-lester> (accessed: 02/2024); Stanisław Kłodziński, "X-ray 'Sterilization' and Castration in Auschwitz: Dr. Horst Schumann," *Medical Review – Auschwitz*, Nov. 22, 2022 (orig. in *Przegląd Lekarski – Oświęcim*, 1964, 105-111), www.mp.pl/Auschwitz/journal/english/311389,x-ray-sterilisation-and-castration-in-auschwitz-dr-horst-schumann (accessed: 02/2024).

¹⁵² Christian Gerlack (2016), *The Extermination of the European Jews: From Mass Murder to Comprehensive Annihilation: 1941-42*, Cambridge: Cambridge Univ. Press, 90.

extensive experiments involving chemical sterilization of Jewish women, killing some in the process. He too claimed to have perfected his technique, but it was not used further; instead many of the women were gassed.¹⁵³ Temporary mass sterilization of female Jewish concentration camp inmates by adding hormones to their food also occurred.¹⁵⁴ Even if during the war Lemkin did not know about mass sterilization proposals, he may have known soon after it ended, as Brack was condemned to death at the 1946-1947 Nuremberg Medical Trials, whose chief prosecutor used the term “genocide” in his opening address and consulted with Lemkin.¹⁵⁵

Nazis also planned and subjected Europe’s Roma and Sinti population to mass sterilization.¹⁵⁶ Criminal Police Dr. Robert Ritter, in charge of the “Gypsy problem” first proposed it in early 1940 but, while some sterilization victims survived, hundreds of thousands of Romani and Sinti were killed during the Romani Holocaust (*Porajamos*), in mass executions or extermination camps. Lemkin and other Convention framers may also have known of these sterilization proposals and the murders that almost always accompanied sterilizations.¹⁵⁷

And then there was the curious instance of New York Jewish small businessman Theodore N. Kaufman, who self-published a book in 1941 advocating mass sterilization of most German adults over a three-month period, followed by Germany’s dissolution.¹⁵⁸ The Nazis launched a large propa-

¹⁵³ Sabine Hildebrandt et al. (2017), “‘Forgotten’ Chapters in the History of Transcervical Sterilization,” *Journal of the History of Medicine and Allied Sciences*, 72:3, 272-301.

¹⁵⁴ Peggy Kleinplatz and Paul Weindling (2022), “Women’s Experiences of Infertility After the Holocaust,” *Social Science and Medicine*, No. 309, 1-10.

¹⁵⁵ James Lesh (2013), “The Nazis’ Voiceless Victims,” *History in the Making*, 1:1, 19-28, <http://historyitm.files.wordpress.com/2013/08/lesh.pdf> (accessed 02/2024).

¹⁵⁶ Hansjoerg Riechert (1995), *Im Schatten von Auschwitz: die nationalsozialistische Sterilisationspolitik gegenüber Sinti und Roma*, Münster: Waxmann; Karola Fings (2013), “A ‘Wannsee Conference’ on the Extermination of the Gypsies? New Research Findings Regarding 15 January 1943 and the Auschwitz Decree,” *Dapim: Studies on the Holocaust*, 27:3, 174-194.

¹⁵⁷ Gerlack (2016), *The Extermination*, 90; Benno Milller-Hill (1988), *Murderous Science: Elimination by Scientific Selection of Jews, Gypsies, and Others – Germany 1933-1945*, Oxford: Oxford Univ. Press, 13.

¹⁵⁸ Theodore N. Kaufman (1941), *Germany Must Perish!*, New York: Argyle Pr..

ganda campaign, printing 5 million copies of a translation. They falsely claimed Kaufman was an advisor and co-author of President Franklin Roosevelt and that the book represented official US policy that justified Nazi killings of Jews. Goebbels and other genocidaires cited Kaufman's book as exemplifying the plot by "Jewish subhumanity" to end the white race's existence in Europe, an idea that likely stiffened German resistance to the Allies. Within a year of his book's appearance however, Kaufman abandoned his "bloodless genocide" fantasy and instead advocated teaching Germans about democracy.¹⁵⁹

Nazis and neo-Nazis nevertheless continued after the war to claim Jews had plotted mass sterilization: Adolf Eichmann, the Holocaust's "organizer," falsely told his sons that sterilization by placing a chemical in Germany's water supply was planned.¹⁶⁰ Ironically, in the 21st Century, it is asserted that North American water sources have been polluted as part of a genocide against indigenous or Black peoples.¹⁶¹ A US political scientist also wrote post-war that a proposal to mass sterilize Germans had been seriously advanced, but cited no evidence. He recalled an alternative proposal, to send a half-million Americans to intermarry with German women and replace "bad genes" with good ones.¹⁶² That fanciful idea may not have existed, but resembles unevidenced Uyghur émigré claims of genocidal forced intermarriage.¹⁶³

¹⁵⁹ Bytwerk (2005), *The Argument*, 42ff.; Berel Lang (2006), "The Jewish 'Declaration of War' Against the Nazis," *Antioch Review*, 64:2, 363-373.

¹⁶⁰ "Eichmann's Sons Set Up Nazi Terror Cell in Argentina to Attack Jews," *World Israel News*, Nov. 10, 2018, <http://worldisraelnews.com/eichmanns-sons-set-up-nazi-terror-cell-in-argentina-to-attack-jews/> (accessed: 02/2024).

¹⁶¹ Michael Muhammad et al (2018), "'I Think That's All a Lie... I Think It's Genocide: Applying a Critical Race Praxis to Youth Perceptions of Flint Water Contamination,'" *Ethnicity & Disease*, 28:1, 241-246; Ingrid R.G. Waldron (2018), *There's Something in the Water: Environmental Racism in Indigenous and Black Communities*, Halifax: Fernwood Publishing.

¹⁶² Albert Somit (1961), "The Historical and Geopolitical Aspects of the Berlin Crisis: A Lecture Delivered at the Naval War College 27 September 1961," *Naval War College Review*, 14:3, 22-33.

¹⁶³ Andrea Worden et al. (2022), "Forced Marriages of Uyghur Women: State Policies for Interethnic Marriages," *UHRP*, Nov. 16, 2022, <http://uhrp.org/report/forced-marriage-of-uyghur-women/> (accessed: 02/2024).

Besides the unimplemented idea of sterilizing all work-fit Jews, Nazis proposed another unrealized sterilization of a racially-defined group. Wilhelm Stuckart of the Reich Ministry of the Interior proposed to the early 1942 Wannsee Conference – which planned the extermination of Europe’s Jews – that Germans of part-Jewish ancestry (*mischlinge*) be forcibly sterilized. The conferees, however, shelved the proposal until war’s end. Had sterilizations proceeded, they would have been an adjunct to the Holocaust and Stuckart might have been charged with responsibility for them. Instead, he became a West German regional official. Stuckart’s deputy was Hans Globke, who had drafted the Nuremberg Laws stripping Jews of their German citizenship and outlawing sexual relations between “Aryans” and “non-Aryans.” He was also chief legal advisor to Eichmann. Globke later became Chief of Staff to the West German Chancellor and West Germany’s liaison with NATO.¹⁶⁴

Based on the Nuremberg Laws, the Nazis did forcibly sterilize the so-called “Rhineland bastards” (“*Rheinlandbastarde*”) born in 1920-1924 to German women and soldiers from a force of 5,000 French colonial soldiers, mainly North Africans, in the occupied Rhineland. There were some 800 such offspring. In 1937, SS anthropologists recommended forcible sterilization of 385 of them, all 13-16 years old. After the war, the lead anthropologist, University of Berlin Professor Wolfgang Abel, was not prosecuted. The victims received no compensation or apology from the West German state. Scholars who studied their fate did not claim a genocide was perpetrated, most likely because none of the sterilized were murdered or sent to a concentration camp; indeed, some went on to serve in the Wehrmacht.¹⁶⁵

¹⁶⁴ Anne Tabb et al. (2014), “The Effect of the Wannsee Conference on Mischlinge Experiences,” *Journal of Undergraduate Research and Scholarly Excellence* 5, 11-15, <http://jurpress.squarespace.com> (accessed: 02/2024).

¹⁶⁵ Paul Weindling (2022), “The Dangers of White Supremacy: Nazi Sterilization and Its Mixed-Race Adolescent Victims,” *AJPH*, Feb. 2022, 248-254, <http://ajph.aphapublications.org/doi/10.2105/AJPH.2021.306593> (accessed: 02/2024).

The Afro-German population, mainly immigrants from pre-World War I German colonies in Africa, numbered some 25,000 at the Nazis ascension in 1933.¹⁶⁶ Although there is no recognition of a genocide, solely based on forced sterilization of a small part of that population, they might instead be regarded as victims of a crime against humanity, but only if the prohibited acts were widespread, systematic and intentionally directed.¹⁶⁷

In Australia in 1934, the Under-Secretary of Queensland's Home Department Lothar Gall proposed that all "half-castes" of mixed Aboriginal and white parentage be sterilized. His idea was rejected and for a few years in the late 1930s and early 1940s, aboriginal affairs officials thought that "half-castes" should be biologically absorbed. After World War II however, they shifted to cultural assimilation of the whole indigenous population, so that by then "the genocidal dimension in the thinking of the inter-war generation of aboriginal administrators had passed."¹⁶⁸

As for forced sterilizations of Uyghurs in 2017- 2021, no such acts have been proved. Even if some were proven, if the acts were few, scattered, and performed in contravention to China's regulations, they could not be accounted a crime against humanity. They would instead be a crime under Chinese law.

Assertions of genocide by birth control without mass killings are now largely seen as conspiracy theories, as birth control used to destroy a protected group, outside a process of systematic murder, has only been imagined. Such claims are akin to other fantastical ideas, such as the auto-genocide said to be exemplified by Khmer Rouge killings of Khmers. On that score,

¹⁶⁶ Konrad Kwiet (2020), "Black Lives Didn't Matter: The Afro-German Experience," *Sydney Jewish Museum*, July 2, 2020, <http://sydneyjewishmuseum.com.au/holocaust/black-lives-didnt-matter-the-afro-german-experience/> (accessed: 02/2024).

¹⁶⁷ "Belarus Report Finds Systematic, Widespread and Gross Human rights Violations," *OHCHR*, Mar. 23, 2023, www.ohchr.org/en/statements-and-speeches/2023/03/belarus-report-finds-systematic-widespread-gross-human-rights (accessed: 02/2024); "U.S. Declares Russia Committed 'Crimes Against Humanity' in Ukraine," *Reuters*, Feb. 18, 2023.

¹⁶⁸ Manne (2001), *In Denial*, 249f.

[using] the legal definition, we would have to say that with this ethnic conception of genocide that genocide did not occur; much less auto-genocide, as that would mean that the Khmer Rouge indiscriminately killed Khmer because of them being Khmer (we are not talking about the ethnic minorities here, just the Khmer majority). Instead, they killed specific people who were against the Khmer Revolution, people they felt to be enemies of the people and people who were traitors to any of their ideals.

In fact, the perpetrators not only did not kill Khmer because they were Khmer, they even said that the Khmer they killed had detached themselves from the Khmer people. As a former ICTY prosecutor has noted, “there was not genocide [of Khmers] because they were murdered for political reasons, and not on racial, ethnic or national grounds.” Auto-genocide thus did not exist in Cambodia – or elsewhere.¹⁶⁹

The cases discussed show that, historically, forced sterilization has not by itself instantiated a genocide. Had a forced sterilization of the *mischlinge* occurred, it would have been a genocidal act because it was set in the larger Holocaust. Forced sterilization of Afro-Germans arguably also showed genocidal intent, but was not deemed a genocide, as it was not set in a program of mass killing of members of a protected group, which all genocides have had as their key feature.

Bloodless genocide via sterilization is still fantasized by individuals from time to time. In 2012, pro-Israel Dutch neo-conservative writer Leon de Winter, commenting on the high Gaza birthrate, remarked “Maybe we should, secretly, add an anti-conception agent to the freshwater in Gaza.”¹⁷⁰ During the Israel/Palestine War in late 2023, co-founding and managing partner of US investment firm Oyster Ventures Kenneth Ballenegger said of Gazans’ “Sterilizations. It’s warranted and the only way to pacify the

¹⁶⁹ Timothy Williams (2015), “The Cambodian ‘Auto-genocide’ – Musings on a Concept that Needn’t Exist,” *Heinrich Boell Stiftung*, Cambodia, Jan. 13, 2015, <http://kh.boell.org/en/2015/01/13/cambodian-auto-genocide-musings-concept-neednt-exist> (accessed 02/ 2024); Tausan (2015), *Srebenica*.

¹⁷⁰ Ali Abunimah, “Sterilize the Palestinian People, Dutch Writer Leon de Winter Says with Israeli Ambassador Listening,” *The Electronic Intifada*, Nov. 22, 2012, <http://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/sterilize-palestinian-people-dutch-writer-leon-de-winter-says-israeli-ambassador> (accessed: 02/2024).

jihadi population. They reproduce like rabbits and raise them [children] to be terrorists, creating more poverty misery and terrorism. Why should we allow that? The world would be a much better place if they didn't reproduce."¹⁷¹

The notion of bloodless genocide is akin to claims that a small-scale conflict, crisis, or dispute between rival groups is a "bloodless war." Such claims are an oxymoron, as wars are defined by bloody violence;¹⁷² indeed, millions died in Cold War proxy conflicts.¹⁷³ In the 1960s, while Fanon served as a doctor in the North African anti-colonial struggle, he represented the social and psychological damage done to the colonized as "bloodless genocide." Gambian surgeon Lenrie Peters then used "bloodless war" in his best-known poem to describe the same damage done to Africans who studied in colonizing countries.¹⁷⁴ Both phrases were metaphorical, because virtually every war, like every genocide, has been sanguinary.

V. Uyghur Birthrate Decline as a Blood Libel

US officials spread the idea that, based on "mass imprisonments and forced sterilizations," Xinjiang "is the clearest example of genocide in our world today," as former US Ambassador to the UN Nikki Hayley put it in 2022.¹⁷⁵ The US itself famously presided over mass imprisonment that contributed to its loss in Iraq; it dominated Afghanistan when its prison population grew 500% from 2004 to 2018, falling sharply only after the Taliban returned to

¹⁷¹ "A Tech Investor was Fired After Making Offensive Remarks on the Israel-Hamas Conflict," *Business Insider*, Nov. 14, 2023.

¹⁷² Andrew Marshall (2020), "What is a Bloodless War," *Bootcamp and Military Fitness Institute*, Nov. 17, 2020, <http://bootcampmilitaryfitnessinstitute.com/2020/11/17/what-is-a-bloodless-war/> (accessed: 02/2024).

¹⁷³ Stephanie Schopert (2017), "Six of the Deadliest Proxy Wars of the Cold War," *History Collection*, Jan. 8, 2017, <http://historycollection.com/six-deadliest-proxy-wars-cold-war/2/> (accessed: 02/2024).

¹⁷⁴ Lamin Njie (2020), "Analyses of Lenrie Peters Poem 'We Have Come Home,'" *Njie Baa*, Nov. 9, 2020, <http://njiebaa.wordpress.com/2020/11/09/analyses-of-lenrie-peters-poem-we-have-come-home/> (accessed 02/2024).

¹⁷⁵ "Hayley Says UN Human Rights Council Must Investigate Chinese 'Genocide' as UN Commissioner Visits Xinjiang," *Fox News*, May 24, 2022.

power in 2021.¹⁷⁶ The US imprisonment rate in 2024 was 5.3 times China's.¹⁷⁷ US Black men are imprisoned at 5.5 times the rate of White men; their chances of imprisonment during their lifetime are 1 in 3 for Black men born in 1981 and 1 in 5 for those born in 2001.¹⁷⁸

Imprisonment grew during the Xinjiang security campaign waged up to 2021. A prominent Chinese scholar has related that a Xinjiang police official told him in 2023 that many thousands of convicted terrorists, separatists, and religious extremists were being released.¹⁷⁹ "The round up of an entire ethnic group into mass concentration camps" claimed by Uyghur émigrés in 2024¹⁸⁰ is however a fantasy. Western supporters of the émigré cause also allege imaginative numbers: a 2024 UHRP report a UK Xinjiang specialist co-authored asserts that "hundreds of thousands of women have been exposed to the abuses of the camp system."¹⁸¹ Assuming that means 300,000-400,000 women and noting that 8.6% of China's prisoners¹⁸² and <15% of those in Xinjiang's Vocational and Education Training Centers (VETC) system in 2017-2019 have been women,¹⁸³ UHRP's claim means

¹⁷⁶ Aaron Glantz (2005), *How America Lost Iraq*, New York: Penguin; Haroun Rahimi (2024), "Incarceration Under the Shadow of the Taliban," *Himal Southasian*, Jan. 17, 2024, www.himalmag.com/afghanistan-incarceration-prison-systems-taliban-takeover-history-justice/ (accessed: 02/2024).

¹⁷⁷ "Incarceration Rates by Country," 2024, <http://worldpopulationreview.com/country-rankings/incarceration-rates-by-country> (accessed: 02/2024).

¹⁷⁸ "Incarceration Rates for Black Men and Women Have Been Declining Since 2001," *19th News*, Oct. 31, 2023, <http://19thnews.org/2023/10/black-men-women-incarceration-rates-criminal-justice-reform/> (accessed: 02/2024).

¹⁷⁹ Interview, Beijing, June 25, 2023.

¹⁸⁰ Elizabeth Palmer (2024), "The Re-Branding of Xinjiang," *CBS News*, Jan. 7, 2024, www.cbsnews.com/news/the-rebranding-of-xinjiang-china-crackdown-on-muslim-uyghur-population/ (accessed: 02/2024).

¹⁸¹ Rachel Harris and Abduweli Ayub (2024), "Twenty Years for Learning the Koran: Uyghur Women and Religious Persecution," *UHRP*, Feb. 1, 2024, <http://uhrp.org/report/twenty-years-for-learning-the-quran-uyghur-women-and-religious-persecution/> (accessed: 02/2024).

¹⁸² "China," *World Prison Brief*, 2024, <http://www.prisonstudies.org/country/china> (accessed: 02/2024).

¹⁸³ Adrian Zenz (2021), *Testimony to the Uyghur Tribunal*, June 7, 2021, 268, <http://uyghurtribunal.com> (accessed: 02/2024).

3-4 million of the 7.7 million Uyghur adults were “in the camp system”; yet, a Xinjiang specialist reckons that detaining even 1 million would have collapsed the region’s economy.¹⁸⁴

In 2021, Australian biostatistician Stuart Gilmour compared rates of imprisonment of Australian aborigines, Canadian indigenous people, African Americans, and Native Americans to rates for Xinjiang claimed by the Xinjiang government, the émigré-run US propaganda agency RFA, and the *New York Times*. Some rates reflect the “incidence” (number of members of a cohort admitted to prison for the first time at a specified age, or “flow”) and others the “prevalence” (the sum of incidence over the years, or “stock”) of prisoners, both per 100,000 relevant people.¹⁸⁵ Gilmour, by the way, has little confidence in the rates of imprisonment for Xinjiang adumbrated by genocide claimants, which he describes as “fake statistics.”¹⁸⁶

Gilmour’s tables indicate an all-Xinjiang rate of 500-1,000 per 100,000, a smaller rate than among the Anglosphere minorities to which the Xinjiang rate is compared. The Norway-based émigré *Uyghur Transitional Justice Database* reported in 2023 that 12,600 Uyghurs were “being held in camps,”¹⁸⁷ or about 100 per 100,000 of the Uyghur population, while China’s sentenced prisoners, plus detainees were, in late 2018, 165 per 100,000.¹⁸⁸ Even the rate RFA claimed for Kashgar prefecture in 2017, 2,500 per 100,000, is much lower than the 6,412 per 100,000 for African-American males aged 30-34 around 2015, a figure that means one in every 16 US black males of that age were imprisoned.¹⁸⁹ African American impri-

¹⁸⁴ Shichor (2023), *Elephant*.

¹⁸⁵ William Rhodes et al. (2021), “Estimating Incidence and Cumulative Incidence of Incarceration Using NCRP Data,” *Abt Associates*, www.ojp.gov/pdffiles1/bjs/grants/252678.pdf (accessed: 02/2024).

¹⁸⁶ Stuart Gilmour on Twitter, Sep. 19, 2021, <http://threadreaderapp.com/thread/1439514890020868099.html> (accessed: 02/2024).

¹⁸⁷ Ablet (2023), *China Says*.

¹⁸⁸ “China,” *World Prison Brief*, 2024, <http://www.prisonstudies.org/country/china> (accessed: 02/2024).

¹⁸⁹ “Incarceration Rates in International Perspective,” *The Sentencing Project*, June 28, 2017, www.sentencingproject.org/policy-brief/incarceration-rates-in-an-international-perspective/ (accessed: 02/2024).

sonment moreover does not reflect a national security emergency but, as Gilmour shows, it has been high over many years.

The evidence on birth limits in Xinjiang is also far from proof beyond a reasonable doubt of intent to destroy an ethnic group as such. Xinjiang's birthrate was 22.55 per 1,000 in 1978, 26.44 in 1990, but 10.69 by 2018. It fell further to 6.53 in 2022, slightly lower than China's national birthrate of 6.77,¹⁹⁰ but a leading demographer of Xinjiang reported and a Kashgar health official confirmed that the 2023 H1 birthrate in that 95% Uyghur populated prefecture was up by about 50% over that in 2022 or around 11.76.¹⁹¹ China's 2023 birthrate was 6.39.¹⁹² Such data will likely not stop unevidenced statements like that made by a "white savior" US lawyer in 2024, that the Chinese government had *forced* "millions of Uyghur women to be sterilized."¹⁹³

Xinjiang's birthrate drop was due to several factors: 9,000 points for dispensing free contraceptives had recently been set up in a region where contraception was previously limited or unavailable.¹⁹⁴ Birth norms changed as education, urbanization and childrearing costs rose. Some spouses were temporarily separated in 2017-2019 when VETCs existed.¹⁹⁵ Birth limits were applied to rural Uyghurs for the first and only time in 2017-2021. The pandemic intervened. The 2023 H1 Uyghur birthrate increase was related to elimination of all birth limits from mid-2021.

¹⁹⁰ Li Xiaoxia (2024), "Population: Birth Rate: Xinjiang," CEIC, www.ceicdata.com/en/china/population-birth-rate-by-region (accessed: 02/2024).

¹⁹¹ Interviews in Urumqi and Kashgar, July 27, 2023 and August 3, 2023.

¹⁹² Christina zur Nedden (2024), "China's Population Shrank by 2.75 million in 2023," *Die Welt*, Jan. 18, 2024.

¹⁹³ Elizabeth M. Lynch (2024), "China's Living Dead," *Commonweal*, Jan. 29, 2024, <http://www.commonwealmagazine.org/china%E2%80%99s-living-dead> (accessed 02/2024).

¹⁹⁴ Walther Bucklers, "China, Xinjiang, and Genocide," *Nachdenkseiten*, Dec. 15, 2021, <http://eastandwest.me/2021/12/15/china-xinjiang-and-genocide-nachdenkseiten/> (accessed: 02/2024).

¹⁹⁵ Office of the High Commissioner of Human Rights (2022), "Assessment of Human rights Concerns in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region, People's Republic of China," Aug. 31, 2022: 13 (interviewees stayed 2-18 months in VETCs), www.ohchr.org/en/documents/country-reports/ohchr-assessment-human-rights-concerns-xinjiang-uyghur-autonomous-region (accessed: 02/2024).

Unlike most recognized genocides, which reduced populations of protected groups by 50-80% through mass murder, the Uyghur population has not fallen. There was a still-positive Uyghur natural population growth rate (NPGR; births exceeding deaths) in Kashgar in 2018 and 2019, even as birth limits were finally implemented throughout Xinjiang.¹⁹⁶ In 2018, the NPGR per 1,000 was positive in all heavily minority prefectures: in Kizilsu it was 11.45, in Aksu 5.67, in Kashgar 6.93, and in Hotan 2.96.¹⁹⁷ Notably, in 2018 in Gulbagh sub-district of Hotan City, where Han concentrate, the NPGR was only 1.2, while in overwhelmingly Uyghur Hotan County, the figure was 5.29.¹⁹⁸ In later years, there has been an overall Xinjiang Han negative NPGR (NNPGR; deaths exceeding births).¹⁹⁹

There have been few, if any, confirmed reports of mass forced sterilization in Xinjiang in 2017-2021. One testimonialist highly-publicized in the West is Qelbinur Sidik, an ethnic Uzbek who says she taught in a Xinjiang woman's detention facility. Sidik claimed in 2021 to have been "subjected to forced sterilization," but in 2023 she said she had left for the Netherlands in 2019 after receiving a notice to report for sterilization.²⁰⁰ Sidik also averred that "In 2019 they [Xinjiang authorities] said there is an order from the government that every woman from 18 years to 59 years old has to be sterilized."²⁰¹ There was however Uyghur natural population growth in 2020 and 2021 and in Uyghur-dominant Kashgar prefecture, the birthrate increased in 2022 and soared in 2023 H1. That would have been impossible

¹⁹⁶ Linda Lew (2021), "China Census: Migration Drives Han Population Growth in Xinjiang," *SCMP*, June 15, 2021.

¹⁹⁷ China Statistical Yearbook, 2019.

¹⁹⁸ "Slanderer Adrian Zenz's Xinjiang-Related Fallacies Versus the Truth," *Xinhua*, Apr. 30, 2021.

¹⁹⁹ Adrian Zenz (/2021), Testimony, *Uyghur Tribunal*, June 7, 2021: 276, <http://uyghurtribunal.com/uploads> (accessed: 02/2024).

²⁰⁰ "'Uyghur Tribunal' Opens with Testimony of Alleged Rape, Torture," *Al-Jazeera*, June 4, 2021; "Testimony of Qelbinur Sidik: Select Committee on the Chinese Communist Party March 23, 2023, Hearing on the Chinese Communist Party's Ongoing Uyghur Genocide."

²⁰¹ Emma Graham-Harrison and Lily Guo (2020), "Uighur Muslim Teacher Tells of Forced Sterilization in Xinjiang," *Guardian*, Sept. 4, 2020.

if “every woman” of childbearing age had been sterilized. As a former head of the Hong Kong Bar Association has remarked,

*“one can hardly rely on the testimonies of people who probably have a grudge against the system as the only empirical evidence to support an allegation as serious as crimes against humanity.”*²⁰²

With no confirmed reports of mass forced sterilization available, Zenz has only asserted that “*it is possible* that Xinjiang authorities are engaging in the mass sterilization of women with three or more children.”²⁰³ More likely, many Xinjiang women with three-plus children, who had reached the then-existing birth limit, did not want more children and *chose* sterilization.²⁰⁴ The proportion of Uyghur women with three or more children likely fell in 2010-2018, but the one-fifth of them who had three-plus children in 2010 contrasts with the 1.3% of women in 98.2% Han-populated Shanghai who had three children in 2018.²⁰⁵ Indeed by 2022, only 13% of women with a Shanghai household registration (*hukou*) had even two children. The total fertility rate was 0.7 and falling.²⁰⁶

²⁰² Ronny Tong (2022), “UN Report Goes Too Far in Its Conclusions,” *SCMP*, Sept. 7, 2022.

²⁰³ Zenz (2021), *Sterilizations, IUDs*, 15-19; UNICEF, “Population Demographics,” 2019, 22, www.unicef.cn/sites/unicef.org.china/files/2019-06/01EN-Population%20demographics%20Atlas%202018.pdf (accessed: 02/2024).

²⁰⁴ Population and Family Planning in Xinjiang (2020), Government of Xinjiang Uyghur Autonomous Region, Sept. 4, 2020, <http://www.mfa.gov.cn/ce/cgjied/eng/zt/xjfk/t1812096.html>; Gareth Porter and Max Blumenthal (2021), “US State Department Accusation of China ‘Genocide’ Relied on Data Abuse and Baseless Claims by Far-Right Ideologue,” *Greyzone*, Feb. 18, 2021, <http://thegrayzone.com/2021/02/18/us-media-reports-chinese-genocide-relied-on-fraudulent-far-right-researcher/>; “Xinjiang: a Report and Resource Compilation,” *Qiao Collective*, Sept. 2021, www.qiaocollective.com/education/xinjiang (accessed: 02/2024).

²⁰⁵ Zhang Yan et al. (2021), “Third Birth Intention of the Childbearing-age Population in Mainland China and Sociodemographic Differences: a Cross-sectional Survey,” *BMC Public Health* 21, 2280; “Shanghai Women Balk at Third Child,” *CD*, Sept. 6, 2018.

²⁰⁶ Luna Sun (2022), “China’s Wealthiest City Explores Why Only 1 Out of 8 Mothers from Shanghai Have a Second Child,” *SCMP*, Sept. 27, 2022.

An increasing number of Chinese women elect to not have any children or more than one child. Only a small number have three or more; indeed, as of 2015, only 1 in 4 women of fertile age had two children.²⁰⁷ That reflects the change in birth norms in China. As University of Rhode Island demographer of China Melanie Brasher has observed,

*The one-child policy was in effect for more than a generation, and now it is part of the culture to have only one child [...]. [P]arents invest a lot of time and effort into that one child – to secure their education, for example. Many parents can't imagine doing that for multiple children.*²⁰⁸

That scenario may also apply to Uyghur women, with fewer wanting another child. Change in their birth norms is unlikely to have put them in the “low fertility trap” associated with Han however.²⁰⁹ During the last year of birth limits, a higher percentage of minority new births were third-or-above children. A mid-2021 survey of more than 15,000 Chinese women, one fourth of them minorities, found that “The third birth intention of minority nationality is stronger than that of Han nationality.”²¹⁰ Overwhelmingly Han-populated Guangdong, the country’s wealthiest and most populous province, is where a larger proportion of the population is willing to have more than one child, yet a 2023 survey indicated that only 6.5% of respondents wanted three or more.²¹¹ Because the intent to have a third child is also more prevalent among those who already have two children, Xinjiang minorities likely will continue to have higher fertility than Han.

Sterilization and implants are popular in many countries. A 2018 study of 72.7 million US women found “permanent female methods” -- sterilization by tubal ligation or tubal implants -- is the number one form of contracept-

²⁰⁷ Isabel Attane (2022), “China’s New Three-Child Policy: What Effects Can We Expect?,” *Population & Societies*, No. 596, 2, www.ined.fr (accessed: 02/2024).

²⁰⁸ “URI Demographer Discusses China’s First Population Decline in Decades,” www.uri.edu/news/2023/01/uri-demographer-discusses-chinas-first-population-decline-in-decades (accessed: 02/2024).

²⁰⁹ Dudley Poston (2023), “China Needs Immigrants,” *The Conversation*, July 18, 2023, <http://theconversation.com/china-needs-immigrants-208911> (accessed: 02/2024).

²¹⁰ Zhang Yan (2021), *Third Birth Intention*.

²¹¹ Lena Sun (2023), “China Population: Province Bucks Trend with Surveyed Interest in Bigger Families,” *SCMP*, Oct. 17, 2023.

tion, used by 18.1% of all women and 27.7% women aged 15-49 who use contraceptives. Other methods that women aged 15-49 use are pills (21.4%), male condoms (12.9%), IUDs (12.9%), and partner vasectomy (8.6%). Use of permanent methods varied by age: <10% for 15-30-year-olds; 46% for 40-44-year-olds; 61% for 45-49-year-olds. It also varied by ethnicity, income and education level, and number of children: 31% of Black female contraceptive users aged 15-44 million, but only 21% of whites, used permanent methods. Permanent methods among female users aged 15-44 “was more common at lower levels of income and education.” Moreover, “About two in five contraceptive users aged 15-44 who had had three or more children relied on female permanent contraception.”²¹² Gilmour has said that Zenz stated that 2.5 of every 1,000 adult women in Xinjiang have been sterilized -- presumably the 2018 figure Zenz presented.²¹³ Zenz sees that as confirming a forced sterilization campaign, but Gilmour pointed out that “In the 1990s UK, five per 1,000 adult women were sterilized every year, and recent surveys find between three and seven percent of UK women are sterilized.”²¹⁴

International courts hold there is no genocide if acts do not have as their only reasonable explanation an intent to destroy a protected group.²¹⁵ Genocide can only be found if a pattern of conduct “could only point to the existence of such intent” and “this is the only inference that could reasonably be drawn from the acts in question.”²¹⁶ Reasonable explanations exist for birth limits being systematically applied -- largely for the first time -- to rural Uyghurs from 2017-2021. The state adopted in 2017 an “equalization” policy of applying to minorities the birth limits it had applied to Han for

²¹² “Contraceptive Use in the United States by Method,” *Guttmacher Institute*, May 2021, www.guttmacher.org/fact-sheet/contraceptive-method-use-united-states (acc. 02/2024).

²¹³ Zenz (2021), *Sterilizations, IUDs*, 18.

²¹⁴ Nuri Vittachi (2021), *Friday*, June 26, 2021, <https://fridayeveryday.com/statistician-demolishes-genocide-claim/> (accessed: 02/2024).

²¹⁵ *Prosecutor v. Milomir Stakic* (Judgement), Case No. IT-97-24-T (July 31, 2003), para. 55; *Prosecutor v. Radoslav Brdanin*, (Judgement) IT-99-36-T (September 1, 2004), para. 970; *Prosecutor v. Akayesu*, para. 523; *Prosecutor v. Clement Kayishema and Obed Ruzindana* (Judgment) IT 99-36-T (May 21, 1999), para. 93.

²¹⁶ *Croatia v. Serbia*, para. 148.

decades. The intent was to reap developmental benefits from a lower child dependency ratio, create educational and employment opportunities for minority women, and counter jihadi Salafist forces who demanded Muslim women maximize births.²¹⁷

Claiming Chinese deprive minorities of children due to their ethnicity is thus a “blood libel” bound to incite anti-Chinese racism. US anthropologist Darren Byler frames that libel as the Chinese government, driven by “virulent ethnonationalism” and having “an impulse to colonize others as a way of extirpating the stain of colonial victimhood,” doing to Xinjiang minorities what colonialists did, by applying “colonial norms and racialized categorizations” in limiting births.²¹⁸ No official statements of virulent ethnonationalism, colonial norms, or birth limits related to China’s “century of humiliation” are cited, because none exist. Rather, these are fantasized views, gratuitously imputed to the Chinese state. The illogicality of the fantasies is shown by actual colonialists *not* having applied the same policies to their metropolitan and colonial populations; for example, forced sterilization was not generally enforced in the UK and France, but applied in colonies. In contrast, Han had strict birth limits from 1982 to 2021, Xinjiang minority birth limits were scattered before the early 2000s, as Byler recognizes, and hardly enforced in rural Uyghur before 2017, with most Uyghurs officially allowed more children than most Xinjiang Han. That approach is the opposite of a colonial policy and the assertion that it was an ethnic-based conspiracy amounts to a blood libel of Chinese, including the many Uyghurs who enforced birth limits -- when they were actually enforced.

The classic blood libel was against European Jews. Many famous cases were in the Middle Ages and Renaissance, but blood libels have been spread in the US and Europe in the 20th and 21st centuries.²¹⁹ Christians elites had

²¹⁷ See “Xinjiang Population Dynamics and Data, State Council Information Office, Sept. 16. 2021, http://english.scio.gov.cn/whitepapers/2021-09/26/content_77775276_6.htm (accessed: 02/2024).

²¹⁸ Darren Byler (2022), “Eliminate All Illegal Births: Negative Eugenics and Uyghur Women as Objects of Contestation,” *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 12:3, 367-371.

²¹⁹ Abraham Duker (1991), “Twentieth Century Blood Libels in the United States,” in: Alan Dundes (ed), *The Blood Libel Legend: A Casebook in Anti-Semitic Folklore*, Madison:

long accused Jews of killing Biblical prophets and Christ, of host-desecration and well-poisoning. They later added that Jews murder Christian children to use their blood in rituals.²²⁰ An early prominent case in England arose when a boy, William of Norwich, was murdered in 1144. A study has argued that the unproven claim he was murdered by Jews arose as a strategy of aristocrats, especially Crusader knights, to escape debts to Jewish money lenders and to extort Jews. It was grounded in the medieval Christian belief in a cult of the Innocents, with whom children were associated as victims in an era of high child mortality.²²¹ Another instance was of “Little St. Hugh,” an English boy supposedly murdered ritually in 1255 by Jews, 18 of whom were executed on orders of Henry III. The likely spurious accusation and the cult of this pseudo-saint reflected envy of Lincoln’s well-off Jewish community.²²²

The most notorious blood libel case involved the 1475 killing of a boy, Simon of Trent, in northern Italy. There was no evidence his murderers were Jews or that Jews ever intended to destroy non-Jews, but the story of Simon’s “ritual murder” was spread by the newly-invented printing press. Trent Jewish community members were arrested, tortured, and executed, with pogroms and sanctions against Jews elsewhere. The Holy Roman Emperor took up the claims and the Church beatified Simon. In later centuries, books and pamphlets incited hatred of Jews based on the blood libel, with the mid-18th Pope Benedict XIV repeatedly speaking of child martyrs “cruelly killed by Jews in hatred of the Christian faith.” Blood libel claims largely waned in parts of Enlightenment Europe, although there was a “ri-

Univ. of Wisconsin Pr., 233-260; Elissa Bemporad (2021), “On the Words and Silences and What They Teach Us About the History and Memory of Blood Libel,” *Anti-Semitism Studies*, 5:2, 319-329.

²²⁰ Jeremy Cohen (1983), “The Jews as the Killers of Christ in the Latin Tradition: from Augustine to the Friars,” *Traditio*, No. 39, 1-27.

²²¹ E.M. Rose (2015), *The Murder of William of Norwich: The Origins of Blood Libel in Medieval Europe*, Oxford: Oxford Univ. Press.

²²² “Hugh of Lincoln,” Oxford Reference, 2023, www.oxfordreference.com/display/101093/oi/authority.20110803095949312;jsessionid=6AD367DBDD9532DF61D8980EFF4A8705 (accessed: 02/2024).

tual murder” case in Germany as late as 1900.²²³ Libels continued further east. In Ukraine, rightwing anti-Jewish groups promoted the Beilis case in 1911. Nazi publications of the 1930s depicted Jewish ritual murder of children and the 1946 Kielce Pogrom in immediate post-Holocaust Poland was based on blood libel. The latter ironically happened just when the Genocide Convention was being formulated.²²⁴

Contemporary racist discourse still deploys the Jews-as-child-murderers theme.²²⁵ A 2021 poll found 15% of Americans (23% of Republicans) agree with the QAnon conspiracy theory that “the government, media, and financial worlds in the U.S. are controlled by a group of Satan-worshipping pedophiles who run a global child sex trafficking operation.”²²⁶ Some QAnon supporters serve in the US Congress.²²⁷ Studies show that QAnon lore referring to elites who secretly rule the world and engage in ritualistic drinking of the blood of children are beliefs rooted in longstanding blood libel myths. QAnon often focuses on Jewish financiers George Soros and the Rothschild family as central to these elites.²²⁸ Many QAnon supporters, like

²²³ Helmut W. Smith (2002), *The Butcher's Tale: Murder and Anti-Semitism in a German Town*, New York: Norton.

²²⁴ Magda Trent (2020), *Blood Libel: On the Trail of an Antisemitic Myth*, Cambridge: Harvard Univ. Pr.; Hannah Johnson (2012), *Blood Libel: The Ritual Murder Accusation at the Limit of Jewish History*, Ann Arbor: Univ. of Michigan Pr.; Robert Weinberg (2013), *Blood Libel in Late Imperial Russia: The Ritual Murder Trial of Mendel Beilis*, Bloomington: Indiana Univ. Pr.; Louis Snyder (1989), *Hitler's Elite: Biographical Sketches of Nazis Who Shaped the Third Reich*, New York: Hippocrene Books, 47-51.

²²⁵ Julie Nathan (2017), “Dominant Themes in Contemporary Antisemitic Discourse,” *ABC Religion and Ethics*, Apr. 4, 2017, www.abc.net.au/religion/dominant-themes-in-contemporary-antisemitic-discourse/10095908 (accessed: 02/2024).

²²⁶ “Three Components of the QAnon Conspiracy Movement,” *PRRI*, May 27, 2021, www.prri.org/research/qanon-conspiracy-american-politics-report/ (accessed: 02/2024).

²²⁷ Katherine Tully-McManus (2020), “QAnon Goes to Washington: Two Supporters Win Seats in Congress,” *Roll Call*, Nov. 5, 2020, <https://rollcall.com/2020/11/05/qanon-goes-to-washington-two-supporters-win-seats-in-congress/> (accessed: 02/2024).

²²⁸ Will Sommer (2023), *Trust the Plan: The Rise of QAnon and the Conspiracy That Unhinged America*, New York: Harper Collins; Celeste Florentin, *The QAnon Conspiracy and its Potential Risks to Public Health and Political Discourse*, MSW thesis, California State University, Northridge, 2021, 12-13; “What You Need to Know About QAnon,” *Southern Poverty Law Center*, 2020, www.splcenter.org/hatewatch/2020/10/27/what-you-need-know-about-qanon (accessed: 02/2024).

the medieval English aristocrats, believe that when the QAnon movement triumphs, their debts will be abolished by Trump, who often uses QAnon tropes.²²⁹ QAnon promoter Scott McKay was prominent in 2023 through participation as a speaker in the Trump-endorsed “ReAwaken America” tour organized by Trump’s sons Eric and Donald Jr. and his former Chief of Staff Michael Flynn. “ReAwaken America” is a variant of “*Deutschland Erwache!*” (Germany Awake!), a stormtrooper slogan during Hitler’s rise to power, often accompanied by the further phrase “*Jude verrecke!*” (Jews, perish!). McKay, a “wellness industry entrepreneur” has said,

*Jews were behind 9/11 and the assassinations of Abraham Lincoln and John F. Kennedy, that they set up a banking system ‘in exchange for the blood sacrifice of a child’ [...]. [H]e’s praised Hitler for ‘actually fighting the same people that we’re trying to take down today.’*²³⁰

The lack of a logical basis for the “prevention of Uyghur births” blood libel is seen in China’s “history of high-reliance on IUDs [intra-uterine devices] and female sterilization.”²³¹ From 1980-2014, 107 million Chinese women were sterilized. Sterilization prevalence reached 35.9% of married women aged 15-49 by 1992. Some 324 million IUDs were fitted. These methods remain popular among rural and older women who do not want additional children.²³² Proponents of a Xinjiang “demographic genocide” have not

²²⁹ Charlie Sykes (2024), “Will Sommer: The Power of QAnon,” *The Bulwark*, Feb. 21, 2023, www.thebulwark.com/podcast-episode/will-sommer-the-power-of-qanon/ (accessed: 02/2024).

²³⁰ “Team Trump’s Axis with Hitler’s American Friends: The Ex-president’s Family and Allies are Teaming Up with Nazis and Antisemites,” *New York Daily News*, May 10, 2023.

²³¹ Jessica Gipson et al. (2021), “Nomadic Tibetan Women’s Reproductive Health: Findings From Cross-Sectional Surveys with a Hard-to-reach population,” *Reproductive Health*, No. 63, <http://reproductive-health-journal.biomedcentral.com/articles/10.1186/s12978-020-01052-0> (accessed: 02/2024); Jane Bertrand et al. (2014), “Contraceptive Method Skew and Shifts in Method Mix in Low and Middle-Income Countries,” *International Perspectives on Sexual and Reproductive Health*, 40:3, 144-153.

²³² Sam Rowlands and Ramod Regmi (2022), “The Use of Forced Sterilisation as a Key Component of Population Policy: Comparative Studies of China, India, Puerto Rico and Singapore,” *Indian Journal of Public Administration*, 68:2, 271-284; Hanna Teeramn (2021), “IUDs in China: The Legacy of the One Child Policy,” *US-China Today*, Dec. 13, 2021, <http://uschinatoday.org/features/2021/12/13/iuds-in-china-the-legacy-of-the-one-child-policy> (accessed: 02/2024).

shown *systematic* forced sterilization, abortion, or IUD implantation or anything like the murderous Holocaust sterilizations or coerced contraception among indigenes. Zenz partly bases his assertions of forced sterilization on stories told by a few émigrés whose reliability even some Westerners hostile to the Chinese government question.²³³ Thus, Gene Bunin, head of the US-based Uyghur Victims Database, has said that

*eyewitness reporting may sometimes be unreliable because eyewitnesses often go public with the help of Uyghur or Kazakh activist groups. Since these groups have a certain agenda, coaching of eyewitnesses may occur to maximize media effect. Ex-detainees also may have conflicts of interest, for instance, the desire to raise awareness of their ethnic group's struggle, or to obtain asylum in a new host countries. Testimonies may also 'evolve,' with ex-detainees adding significant details over time that did not appear in original accounts. For these reasons, testimonial evidence alone may be considered comparatively weak evidence unless supported by documentation.*²³⁴

Tubal ligations and implants, IUDs and vasectomies are favored as least likely to result in contraceptive failures.²³⁵ Economic and political factors also influence the prevalence of various methods; in the US vasectomies increased by 34% during the 2007-09 Global Financial Crisis. They increased again after the US Supreme Court allowed states to outlaw abortion.²³⁶

It is unremarkable that when birth limits were enforced among Xinjiang minorities in 2017-2021, many women chose sterilization, with no need for widespread force likely, beyond the coercion needed to apply any law that

²³³ Eduardo Baptista (2021), "Human Rights in China: Activists Say Sensationalist Reports on Xinjiang Do More Harm Than Good," *SCMP*, May 24, 2021; Rune Steenberg (2021), "Suppression of the Uyghurs: Let's Stick to the Facts," *Geneva Solutions*, July 26, 2021, <http://genevasolutions.news/peace-humanitarian/suppression-of-the-uyghurs-let-s-stick-to-the-facts> (accessed: 02/2024); Yi Fuxian (2022), "Why is the Uyghur Population Shrinking?," *Project Syndicate*, July 12, 2022, www.project-syndicate.org/commentary/xinjiang-uyghur-crackdown-population-decline-by-yi-fuxian-2022-07 (accessed 02/ 2024).

²³⁴ Joanne Smith Finley (2021), "Why Scholars and Activists Increasingly Fear a Uyghur Genocide in Xinjiang," *JGR*, 23:3, 348-370 (357, fn. 66).

²³⁵ "Contraceptive Effectiveness in the United States," *Guttmacher Inst.*, April 2020, www.guttmacher.org/fact-sheet/contraceptive-effectiveness (accessed: 02/ 2024).

²³⁶ Kate Morgan (2022), "Vasectomy: the US Men Embracing Permanent Birth Control," *BBC*, Oct. 27, 2022.

creates an obligation. After all, no stigma attaches to sterilization in China, unlike in the US. University of Connecticut Professor Elizabeth Hintz has observed that “perceptions of sterilization in the US have been marred by a dark history of eugenics, in which racist ideas about who ought to have children have shaped reproductive policies and doctors’ reproductive counseling.” That included “promoting the proliferation of those who were white,” and “widespread federally-funded involuntary sterilizations” up to 1979. Hintz also notes that US doctors who object to sterilization are not required to perform it and sterilization services are often not offered at religiously-affiliated hospitals. Sterilization remains racialized, with doctors twice as likely to disapprove voluntary sterilization for white women than black and Hispanic women.²³⁷ Yet, with all that, many US women choose sterilization. The proportion is in the range Zenz claimed were the targets for two Xinjiang counties in 2019.²³⁸

The claim of widespread sterilization in Xinjiang in 2017-2021 ceases to be ominous when it is known that sterilization is less common there than in the US. Saying that is not to the “whataboutism” that rightwing forces often decry when their attacks on non-Western states are answered by references to Western states’ malfeasances. Whataboutism is A excusing its bad conduct by pointing to worse conduct by B.²³⁹ Comparisons with the US, Australia, etc. about sterilizations, imprisonment, removed children, etc. are not made to excuse wrongful conduct in Xinjiang, as the alleged misconduct in Xinjiang (genocide, crimes against humanity settler colonialism, etc.) has not been substantiated. China thus has no need for whataboutism: it is A responding to B’s accusations not by saying that B is doing is worse, but rather by arguing that A is not engaged in wrongdoing, while B is. Thus, for example, allegations that China engages in whataboutism when it criticizes

²³⁷ Elizabeth Hintz (2022), “What is Voluntary Sterilization?,” *The Conversation*, Dec. 9, 2022, <http://theconversation.com/global/topics/voluntary-sterilization-58012> (accessed: 02/2024).

²³⁸ Zenz (2021), *Sterilizations, IUDs*, 2.

²³⁹ Benjamin Curtis, “Whataboutism: What it is and Why it is Such a Popular Tactic in Arguments,” *The Conversation*, May 20, 2022, <http://theconversation.com/whataboutism-what-it-is-and-why-its-such-a-popular-tactic-in-arguments-182911> (accessed: 02/2024).

the Canadian government for its former system of indigenous residential schools²⁴⁰ are off the mark: China argues it has done the opposite of genocide, by substantially raising the educational levels and living standards of Uyghur children.

VI. Conclusion: Bloodless Genocide as “Murder Without Death”

The Holocaust is the paradigmatic example of a genocide²⁴¹ and, like it, all widely-recognized genocides have been sanguinary plans of action that authorities approved based on their intent to destroy a protected group as such.²⁴² Prudential concerns require that idiosyncratic framings of “bloodless genocide,” “genocide without killing,” “non-violent genocide,” etc. not be substituted for judicial understandings of the Convention. To do so diverges from the Convention’s intended purposes and often reflects a morally-infirm political stratagem to impugn an opponent whose conduct or intent does not meet Convention standards. As German-Polish historian Klaus Bachmann, analyzing colonialist mass killings in Africa, has argued,

*Applying the legal genocide notion to real-world cases [the] purpose is two-fold: to obtain a means to distinguish different cases of mass violence, and to avoid a normatively driven inflationary use of the genocide label, which threatens to deprive this notion of any precise meaning, making it instead a tool for victims’ groups (and sometimes perpetrator communities) in the fight for access to scarce resources and symbolic capital [...]. [Scholars] need to adopt the only concept which is currently available, is rooted in law and jurisprudence, and is narrow and precise enough to provide them with a tool for the unbiased assessment of mass violence.*²⁴³

²⁴⁰ Xia Xiyuan (2023), “Why China Cares About Canada’s Indigenous Residential Schools: From Whataboutism to Internal Denial,” *GSP*, 17:1, 1-17.

²⁴¹ Aleida Assmann (2010), “The Holocaust – a Global Memory? Extensions and Limits of a New Memory Community,” in ead. and Sebastien Conrad (eds.) *Memory in a Global Age: Discourses, Practices and Trajectories*, London: Palgrave Macmillan, 97-116.

²⁴² Schabas (2009), *Genocide*, 245-246.

²⁴³ Bachmann (2022), *How to Avoid*.

After the convictions of Eichmann, for “directing births be banned and pregnancies terminated among Jewish women in the Terezin Ghetto with intent to exterminate the Jewish People,”²⁴⁴ and Auschwitz commandant Rudolf Hoess, for murderous forced sterilization experiments,²⁴⁵

*there were no convictions for imposing measures intended to prevent births in relation to any subsequent atrocities, including genocides that took place in the 1990s in Rwanda and Srebrenica. In its submissions to the [ICJ], Bosnia and Herzegovina accused Serbia and Montenegro [...] of genocide by imposing measures intended to prevent births. However, the ICJ judges found that those accusations were not supported by sufficient evidence.*²⁴⁶

That result is because, even if one has genocidal intent,

*not every crime committed by him or her that may affect the birth rate within the protected group would qualify as imposing measures intended to prevent births, if such offender does not commit it with the intent to affect that birth rate [or if the offender] does not do so to destroy the group. Therefore, social birth control programs, such as so-called one-child policy in China, even though its purpose is to impose measures to prevent births within the group, do not amount to the acts of genocide due to the lack of the specific intent to destroy, in whole or in part, one of the protected groups.*²⁴⁷

Two renowned US international law scholars have also averred that “The clear purpose of the Chinese measures is not and never was to ‘destroy in whole or in part’ the Uyghur group by suppression of births but reflects a

²⁴⁴ District Court of Jerusalem, Israel, *Attorney General v. Adolf Eichmann*, Criminal Case No. 40/61, Judgment, Dec. 11, 1961.

²⁴⁵ *Trial of Obersturmbannführer Rudolf Franz Ferdinand Hoess*, Case No. 38, Judgement (Supreme National Tribunal of Poland), 11-29 March 1947, reported in UN War Crimes Commission, *Law Reports of Trials of War Criminals*, Vol 8 (1948), 24f.

²⁴⁶ Mackenzie Austin et al. (2021), “Memorandum” [to Professor Van Schaak], Stanford: Stanford Law School Human Rights and International Justice Policy Lab, Jan. 23, 2021, 24, www.justsecurity.org (accessed: 05/2024).

²⁴⁷ Monika Zakrzewska (2020), “A Different Approach Towards Srebrenica Genocide – Can Killings of Bosnian Muslim Men Amount to Imposing Measures Intended to Prevent Births within the Protected Group?,” LLM thesis, University of Amsterdam, 7, 11 and 12 (quoting *Prosecutor v Popović et al.*, Case No. IT-05-88-T, Judgment, June 10, 2010, para. 818) and citing Schabas (2009), *Genocide*, 294, and Florian Jessberger (2009), “The Definition and the Elements of the Crime of Genocide,” in: Paola Gaeta (ed.), *The UN Genocide Convention: A Commentary*, Oxford University Press, 102.

general population-control strategy in a country that already has 1.4 billion human beings and has long experimented with various kinds of population control and sterilization policies and practices.”²⁴⁸

Western constituencies that speak of a Xinjiang bloodless genocide ignore law and history and contribute to applying to Chinese a variant of the Nazi-era slogan: *Die Juden sind an allem schuld* (the Jews are guilty of everything). Indeed, the much-promoted, self-contradicting émigré testimonialist Zumrat Dawut has put it that “Any kind of crime you can think of is happening to Uyghurs.”²⁴⁹ Western forces also disregard the precept of the great scientist Laplace, that “the more extraordinary the event, the greater the need of its being supported by strong proofs,” where the extraordinary is “those classes which include a very small number.”²⁵⁰

Uyghur émigré groups offer not even ordinary corroborating evidence of genocide,²⁵¹ while praising politicians who attack China’s policies in Xinjiang; for example, Germany’s Foreign Minister Annalena Baerbock.²⁵² Prominent Western think tanks²⁵³ and human rights groups²⁵⁴ also support the émigrés.

²⁴⁸ Alfred de Zayas and Richard Falk (2022), “The Unjustified Criticism of High Commissioner Michelle Bachelet’s Visit to Xinjiang,” *Pearls & Irritations*, June 18, 2022, <http://johnmenadue.com/alfred-de-zayas-and-richard-falk-the-unjustified-criticism-of-high-commissioner-michelle-bachelets-visit-to-xinjiang-in-china/> (accessed: 02/2024).

²⁴⁹ Helen Davidson (2022), “‘Our People are Still Trapped’: Uyghur Exiles Demand Action on Abuses,” *Guardian*, Sept. 5, 2022.

²⁵⁰ Pierre-Simon Laplace (1902 [1812]), *A Philosophical Essay on Probabilities*, New York: Wiley.

²⁵¹ Uyghur Human Rights Policy Act Builds.

²⁵² “World Uyghur Congress Welcomes German Foreign Minister Stance on Uyghurs,” *European Interest*, Apr. 14, 2023, www.uyghurcongress.org/en/press-release-world-uyghur-congress-welcomes-german-foreign-minister-baerbocks-statement-on-uyghurs/ (accessed: 02/2024).

²⁵³ Marcus Reubenstein (2021), “Dungeons and Dragons: The China Threat Fiction,” *APAC News*, Sept. 6, 2021, <http://apac.news/dungeons-and-dragons-the-china-threat-fiction/> (accessed: 02/2024).

²⁵⁴ Christian Azzolini (2023), “Chinese Genocide of Uyghurs in Xinjiang Continues,” *Genocide Watch*, www.genocidewatch.com/single-post/chinese-genocide-of-uyghurs-in-xinjiang-continues (accessed: 02/2024).

So too do a few Xinjiang specialists, whose pronouncements disregard basic tenets of scholarship. Thus, Georgetown University historian James Millward has said events in Xinjiang are “reminiscent of the worst past colonialist depredations against indigenous peoples as well as ethnic pogroms, the Holocaust, and South African apartheid.” He denounces “PRC assimilationism and Han supremacy,” though such phenomena, if they existed, would hardly equate with the massively murderous campaigns he lists.²⁵⁵ Zenz has said that in Xinjiang there has been “an internment of an entire ethnic group” and makes “as bad as the Nazis” assertions, such as

*“what is happening in Xinjiang is one of the worst mass cases of human rights abuses in the world today [...]. Even though there is no mass killing or death camps, there are sadly many similarities to the oppressions of the 1940s in Germany [...].”*²⁵⁶

Zenz and other academic Uyghur genocide claimants formerly contributed to China ethnic studies, but are now part of two “industries” tied to Western governments. One is the “white-savior industrial complex.” Nigerian/American writer Teju Cole coined the phrase in 2012 to describe privileged whites seeking personal catharsis by attempting to liberate, rescue, or otherwise uplift underprivileged people of color. He said the complex “is not about justice [but] about having a big emotional experience that validates privilege” and adds that “A ‘nobody’ from America or Europe can go to Africa and become a divine savior, or, at the very least, satisfy their emotional needs under the banner of ‘making a difference.’”²⁵⁷ White saviorism has been called a career-enhancing “pervasive thing in American culture.”²⁵⁸ Savior claims of Xinjiang genocide are now part of Western identity and involve notions of superiority that even some opponents of China’s

²⁵⁵ James Millward (2022), “What Should Americans Know About Human Rights Violations in Xinjiang, and What are US National Interests There?,” *The China Questions 2: Critical Insights into US-China Relations*, Cambridge: Harvard Univ. Pr. 2022, 219-229.

²⁵⁶ “VOC Testifies to US Congress on Beijing’s Genocide in Xinjiang,” *VOC*, Mar. 24, 2023, <http://victimsofcommunism.org/voc-testifies-to-us-congress-on-beijings-genocide-in-xinjiang/> (accessed: 02/2024).

²⁵⁷ Teju Cole (2012), “The White Savior Industrial Complex,” *Atlantic*, March 21, 2012.

²⁵⁸ Christopher Kuo (2023), “The Director of ‘Savior Complex’ on the Perils of ‘White Saviorism’,” *NYT*, Oct. 4, 2023.

government have recognized.²⁵⁹ At the same time, those who criticize Uyghur émigré claims can expect to be marginalized in the West – accused of “genocide denial” and even “aiding imperialism.”²⁶⁰

The saviors are also part of the “genocide industry.” Herbert Hirsch, a pioneering US scholar of genocide studies, observed that

*There is now a genocide industry in Washington, DC—a smallish offshoot of its foreign policy counterpart—where members are brought into the fold and recycled as they demonstrate their willingness to go along with the party line of whatever the ruling administration’s genocide/human rights policy happens to be [...]. A very common and apparently useful strategy is to invite vetted ‘experts’-- hand-picked by the administration or by the leadership in Congress -- to testify in front of various committees. Here, it is important to ask ourselves why some appear while others do not. Is it related to how much one knows about a particular topic or how well acquainted one is with a given situation, or is it that each side of any argument calls on those who will justify the policy they wish to pursue?*²⁶¹

Another leading genocide scholar, Germany’s Dominik Schaller, speaking of the genocide industry has noted that

*As a result of political exploitation, the term “genocide”[has] degenerated into a rhetorical weapon [...] genocide sells. Book manuscripts related to mass violence need to carry “genocide” in their titles in order to be published and sold [...]. [R]esearchers [should] keep a critical distance from both activists and profit-oriented actors in the field. The most important task is to elude instrumentalization in any form [...] by] constantly scrutiniz[ing] the terms, concepts, categories, and methods that are commonly used in genocide studies.*²⁶²

²⁵⁹ Perry Link (2012), “Introduction,” in: Liu Xiaobo et al., *No Enemies, No Hatred: Selected Essays and Poems*, Cambridge: Harvard Univ. Press, xvi.

²⁶⁰ Gerald Roche and Mychal Smith (2021), “Xinjiang Denialists Are Only Aiding Imperialism,” *The Nation*, July 6, 2021; Zhang Chi (2023), “Competing Narratives of the Xinjiang Question and China-West Geopolitical Rivalry,” in: Shixin Ivy Zhang and Altman Yuzhu Peng (eds), *China Media, and International Conflicts*, London: Routledge, 2023, 58-73.

²⁶¹ Herbert Hirsch (214), “Preventing Genocide and Protecting Human Rights,” *Genocide Studies International*, 8:1, 1-22.

²⁶² Dominik Schaller (2011), “From Lemkin to Clooney: The Development and State of Genocide” *GSP* 6:3, 245-256.

There are, however, scholars who dissent from the misuse represented by “bloodless genocide” claims. University of Michigan Native American psychologist Joseph Gone, at a conference on colonial genocide in indigenous North America, observed that

*The term [genocide] is strongly linked to the Holocaust, which provides a prototype denoting the extremes of human behavior. To apply it to a wide range of other cases [...] would dilute its meaning and reduce its potential power and impact. ‘Genocide without killing’ [...] is like murder without death.’*²⁶³

Even some China-hostile politicians seem to at least recognize that a genocide must be murderous: in 2024, German Vice Chancellor Robert Habeck said the concept entails the deliberate will to exterminate an ethnic or religious group (“gezieltes Auslöschenwollen von Ethnien oder religiösen Gemeinschaften”).²⁶⁴

The Xinjiang blood libel is the latest iteration of the hoary theme of “Chinese cruelty,” a trope that parallels notions of “Jewish cruelty” propagated over hundreds of years. This cruelty is said to disregard the value of human life, particularly the lives of other peoples, but where seen as necessary, even the lives of one’s co-ethnics.²⁶⁵ The accusation about Xinjiang goes even a step further, by asserting that Xinjiang Han would disapprove state cruelty to fellow Han, but actively approve it as to minorities.²⁶⁶ Chinese

²⁶³ Alexander Laban Hinton (2014), “Afterword: A View from Critical Genocide Studies,” in: Andrew Woolford et al., (eds.), *Colonial Genocide in Indigenous North America*, Durham: Duke Univ. Press, 325-332.

²⁶⁴ “Uyghur Tribunal Judgment,” Dec. 9, 2021, 7, 24, 55-56, <https://uyghurtribunal.com/wp-content/uploads/2022/Uyghur-Tribunal-Judgment-9-Dec-21.pdf> (accessed: 02/2024); Owen Churchill (2021), “China Committed Genocide in Xinjiang, Says UK Independent Body,” *SCMP*, Dec. 10, 2021; “Habeck zu Vorwürfen gegen Israel: ‘Völkermord ist etwas anderes’”, *RND*, Jan. 11, 2024, <http://www.rnd.de/politik/habeck-zu-vorwuer-fen-gegen-israel-voelkermord-ist-etwas-anderes-V6RZPU66SNONBLWZR2IENE6YE4.html> (accessed 02/2024).

²⁶⁵ Barry Sautman (2021), “Big Thunder, Little Rain: The Yellow Peril Framing of the Pandemic Campaign Against China,” *CJIL*, No. 21, 395-424.

²⁶⁶ Darren Byler (2023), “When Does Cruelty Become Brutality? On State Violence in Northwest China,” *China Project*, Apr. 5, 2023, <http://thechinaproject.com/2023/04/05/when-does-cruelty-become-brutality-on-state-violence-in-northwest-china/> (accessed: 02/2024).

can view unfounded charges of genocide as the ultimate dehumanizing denigration, but these charges also frame China as the “Red Menace” in a new Cold War. They are an excuse for potential violence against China and Chinese as a people, if the time comes, just as the classical blood libel was time and again used to incite anti-Jewish violence.

Xinjiang as a bloodless genocide is as much a fantasy as a 2018 novel in which criminals try to take over the world by starting a nuclear genocide to wipe out US geopolitical competitors China and Russia.²⁶⁷ That novelistic imagining at least recapitulates an actual Cold War plan of 50-70 years earlier, when US military leaders war-gamed a nuclear attack to kill 500 million persons in Communist-ruled states, mainly the USSR and China, plus 100 million in adjacent countries.²⁶⁸ A new Cold War is now “the organizing principle of US foreign policy,”²⁶⁹ with China framed as an aggressor that must be curbed or extinguished, leading half of Americans to regard it as the US’s greatest enemy.²⁷⁰ Europe, through “a process of vassalisation,” is expected to fall into line behind the US.²⁷¹ Preventive war is not popular in US domestic politics, but US officials did consider launching one against China in 1964, despite most Americans disfavoring it.²⁷²

²⁶⁷ Andrew Pulliam (2018), *The Laws of Time*, Conneaut Lake: Page Publishing, 2018.

²⁶⁸ Matthew Connelly (2023), *The Declassification Engine: What History Reveals About America’s Top Secrets*, New York: Penguin; Lorraine Glennon (2022-23), “What Declassified Government Documents Reveal About America’s Dark Secrets,” *Columbia Magazine*, <http://magazine.columbia.edu/article/what-declassified-government-documents-reveal-about-americas-dark-secrets> (accessed: 02/2024).

²⁶⁹ Trita Parsi (2023), “US is Not the Indispensable Peacemaker Anymore” *NYT*, Mar. 21, 2023.

²⁷⁰ Jeffrey N. Jones (2022), “Terrorism, Nuclear Weapons, China Viewed as Top U.S. Threats,” *Gallup*, Mar. 7, 2022, <http://news.gallup.com/poll/390494/terrorism-nuclear-weapons-china-viewed-top-threats.aspx> (accessed: 02/2024).

²⁷¹ Jeremy Shapiro and Jana Puglierin (2023), “The Art of Vassalisation: How Russia’s War on Ukraine has Transformed Transatlantic Relations,” *European Council on Foreign Relations*, Apr. 4, 2023, <http://ecfr.eu/publication/the-art-of-vassalisation-how-russias-war-on-ukraine-has-transformed-transatlantic-relations/> (accessed: 02/2024).

²⁷² Miroslav Nincic (2016), “Preventive War and Its Domestic Politics,” in: Kerstin Fisk and Jennifer Ramos (eds.), *Preventive Force: Drones, Target Killing and the Transformation of Contemporary Warfare*, New York: NYU Press, 58-87; Karl Mueller et al. (2006), *Striking First: Preemptive and Preventive Attack in US National Security Policy*, Santa Monica: Rand, 152-170.

Today, they still want to destroy the “socialism” that most House of Representatives members voted to wholly condemn in 2023, even though 38% of polled Americans favor it over capitalism.²⁷³

US elites’ who seek regime change and China’s territorial dissolution²⁷⁴ might justify a war by citing the Convention’s demand that states prevent genocides and the international law exception allowing external self-determination for minorities subjected to genocide.²⁷⁵ Proffering such justifications for war is not unimaginable: after the Ukraine war began, US commentators imagined Vladimir Putin launching a “nuclear genocide,”²⁷⁶ despite the “madman theory” of threatening use of nuclear weapons being associated with the US.²⁷⁷

Neither the Special Adviser of the UN Secretary-General on the Prevention of Genocide nor the UN’s High Commissioner of Human Rights has alleged a Xinjiang genocide. That does not mean there have been no human rights violations in Xinjiang. Large-scale mobilizations against violent entities have violations; for example, El Salvador’s recent, popular, and successful drive against gang depredations, where 1.7% Salvadorans were imprisoned, with 10% of them found to be innocent.²⁷⁸

²⁷³ Jeffrey N. Jones (2021), “Socialism, Capitalism Ratings in US Unchanged,” *Gallup*, Dec. 6, 2021, <http://news.gallup.com/poll/357755/socialism-capitalism-ratings-unchanged> (accessed: 02/2024); John Nichols (2023), “The Immense Irony of the GOP’s Anti-Socialism Vote,” *The Nation*, Feb.6, 2023.

²⁷⁴ Edward Luce (2022), “Containing China is Biden’s Explicit Goal,” *FT*, Oct. 20, 2022.

²⁷⁵ Brian Grodsky (2012), “When Two Ambiguities Collide: The Use of Genocide in Self-Determination Drives,” *JGR*, 14:1, 1-27.; Barry Sautman (2014), “Secessionism as a United States Foreign Policy Lever: Tibet in Context,” *Brown Journal of World Affairs*, 20:2, 179-200.

²⁷⁶ Nina Tannenwald (2022), “Is Using Nuclear Weapons Still Taboo?,” *Foreign Policy*, July 1, 2022, <http://www.foreignpolicy.com/2022/07/01/nuclear-war-taboo-arms-control-russia-ukraine-deterrence/> (accessed: 02/2024).

²⁷⁷ Stanley Karnow (1983): *Vietnam: A History*. New York: Viking, 582-583; Kelly Greenhill (2020), “Of Wars and Rumors of Wars: Extra-factual Information and (In)Advertent Escalation,” in: Harold Trinkunas et al. (ed.), *Three Tweets to Midnight: Effects of the Global Information Ecosystem on the Risk of Nuclear Conflict*, Stanford: Hoover Institution, 113-135.

²⁷⁸ Mary Beth Sheridan and Carmen Escobar (2024), “‘World’s Coolest Dictator’ Reelected in El Salvador: What to Know,” *WP*, Feb. 7, 2024.

What has occurred in Xinjiang is, however, the opposite of US campaigns in the Dar al-Islam, such as Afghanistan (70,000-plus direct civilian deaths) and Iraq (281,000-315,000 deaths).²⁷⁹ In its bloodlessness, Xinjiang has had anything but a genocide.

²⁷⁹ “Afghan Civilians,” and “Iraqi Civilians,” Watson Institute, 2023, <http://watson.brown.edu/costsofwar/costs/human/civilians/afghan> and <http://watson.brown.edu/costsofwar/costs/human/civilians/iraqi> (accessed: 02/2024).

Elephant in the China Shop: the Uyghur Pyrrhic Victory*

Thirty years ago, the term “Uyghur” was practically unknown, except for a handful of academic experts. This is not because Uyghurs had not existed before. Under different names and capacities, Uyghurs had occasionally dwelled in Inner Asia on the borders of the Chinese Empire, allegedly for thousands years, though according to historical records at least since the late first millennium. Incorporated in late 1949 by Chinese Communist Party (CCP) armed forces (with Soviet help), into the just proclaimed People’s Republic of China (PRC), Uyghurs accounted for approximately 95 percent of Xinjiang’s population (officially integrated as a province only in 1884). Gradually, however, Xinjiang’s overwhelming Uyghur minority has been reduced to 45 percent, through Han Chinese settlement, accompanied by waves of persecution, mainly from the late 1950s (the Great Leap Forward) to the late 1960s (the Cultural Revolution). Until the late 1980s, reflecting China’s international isolation in Mao’s time and Xinjiang’s closure to the outside world, little had been known about Uyghurs, some of whom had managed to escape to India, Turkey and Central Asia.

As post-Mao China was opening up since the 1980s, reports about clashes between Han Chinese and Uyghurs in Xinjiang have begun to spill over. More information became available in the West, usually from three sources, which tended to inflate the Uyghurs’ role for their own reasons. First, Uyghur Diaspora organizations exaggerated Beijing’s religious, economic, political, and social persecution of Uyghurs, in an attempt to raise international attention and support. Second, Beijing exaggerated Uyghur unrest, violence and hostility to justify its crackdown and counter-measures. Third, international media, poorly acquainted with the history and culture of either

* Dieser Beitrag erschien ursprünglich in der Zeitschrift *Sociology of Islam*, Vol. XX (2023), 1-20. Wir danken dem Brill Verlag in Leiden für die Genehmigung zum Nachdruck. Das Postskript wurde von Yitzhak Shichor im Mai 2024 für den vorliegenden Band fertiggestellt.

China or the Uyghurs, reported on the situation in Xinjiang almost in terms of a civil war, far from reality. Yet, overshadowed by post-Mao China's dramatic rise; disabled by the lack of unified Uyghur Diaspora organizations under acceptable leadership; and restrained by outdated media technologies – these reports failed to penetrate Western public opinion.¹

It is mainly from the 2010s that the Uyghur issue has begun to gather momentum in the Western public opinion, and to win the media, governments, parliaments and international organizations to their side in their struggle against China, accused not just of persecution of Uyghurs but, moreover, of “genocide”. In the first part, I trace the origins of Uyghur prominence, which allegedly had led to amazing “success”. Western leaders, parliaments, governments, international organizations and NGOs, condemned China unanimously, imposed political and economic sanctions, and called to boycott the Winter Olympics, due to take place in Beijing in February 2022. These pro-Uyghurs measures were supported, encouraged, and promoted enthusiastically, not just by Uyghur Diaspora leaders and organizations (led by the World Uyghur Congress, WUC) and Uyghur “refugees”, but also “substantiated” by a clique of journalists, academics, and jurists. In the second part, and not just in hindsight, I show that the Uyghur “success” has been virtual, counterproductive, and ended in actual failure. In the third part I discuss the hypocrisy of Western countries whose history, and present behavior as well, are stained by bloody massacres which deserve to be called “genocide” much more than China's oppression of the Uyghurs. In conclusion, I sum up the incentives for the Uyghur international campaign and the contribution of Western hands, shortsighted academics, leaders, governments, parliaments, media as well as Uyghur personalities, to its failure. Already a dead-end, this campaign may lead to a dead-end – literally speaking.

Keeping a low profile in its first ten years, from about 2015, the WUC orchestrated a worldwide campaign, accusing Beijing of launching a wave of “atrocities” against the Uyghurs. Labelled as “genocide”, these included

¹ Shichor 2007, 117-25.

tight surveillance, mass arrests, arbitrary trials, religious prohibitions, passport denials, and other human rights “abuses” – as well as the establishment of “reeducation camps”, occasionally called “concentration camps”, in which, according to Western reports, “one million”, or even “between one and two million”, Uyghurs have been detained.² Some Uyghurs claim that the camps have “swallowed over 3 million souls”.³ These accusations, promoted by a lobby of academic and media supporters, unleashed a flood of appeals to leaders, governments, parliaments, international organizations and courts, to discredit Beijing. *Apparently*, these initiatives have achieved enormous and unprecedented success. Never have the Uyghurs gained as much world prominence, attention, and worldwide “support”, as over the last decade.

My intention here is to raise questions, not asked before, nor answered, first about the reliability of the “information” on which the Uyghur-led campaign is based. Undoubtedly, there is a grain of truth in the information about Beijing’s oppression of the Uyghurs, yet, some of it, or much of it, is partial and exaggerated, if not invented, and misinterpreted – not unprecedented. Second, I doubt the effectiveness of this campaign and its expected achievements, as well as the motivations and wisdom of its organizers and supporters. Finally, I doubt the moral right of the Uyghur-defending countries, whose histories, and present behavior, *without exception*, are stained with considerably worse crimes against humanity than those for which they blame Beijing.

Furthermore, overseas Uyghur organizations began to define the maltreatment of the Uyghurs as “genocide”, in the widest sense of the term as expressed in the official definition of “genocide” in the 1948 United Nations Genocide Convention. Accordingly, genocide includes acts committed with *intent* to destroy, in whole or in part, a national, ethnic, racial or religious group; the *killing* of its members; causing them serious bodily or mental harm; deliberately imposing on them living conditions that *seek* to “bring

² Millward 2023.

³ Schneider 2023.

about its physical destruction in whole or in part”; aborting births, or forcibly transferring children out of the group to another group. Victims are targeted because of their real or perceived membership of a group, not randomly.⁴

One crucial thing that is missing from the Uyghur international campaign is its goal: what exactly it wanted to achieve? Ostensibly, it would have wanted to apply combined pressure to force Beijing to improve its policy toward the Uyghurs, and to stop its “atrocities”. If the Uyghur campaigners, and their sponsors, have really believed that collective condemnation would force Beijing to retreat from their Uyghur policy, I doubt very much their intelligence and knowledge of China. However, perhaps this was *not* what the Uyghurs wanted to achieve. Ultimately, their muted goal may have been Eastern Turkestan independence which, given the universal recognition of China’s territorial integrity, is inconceivable. Instead, they wished to condemn China for committing “genocide” – including *all* the UN Genocide Convention articles and more, through further inciting the US-led Western offensive against China, undermining its economy and international image, and implicitly its legitimacy. Sticking to *this* goal, the Uyghurs and their collaborators *appeared* to have won a resounding success – at the expense of continued, and even aggravated, Uyghurs misery at home.

Virtual Success

On December 18, 2020, the European Parliament became one of the first to condemn China’s acts against the Uyghurs as an abuse of human rights and “genocide”, following earlier votes on the Chinese treatment of the Uyghurs (and Hong Kong). Supposedly, it was a part of a “global human rights sanction regime”,⁵ that included travel bans, blocking access to EU funds, and the freezing of assets of Chinese individuals and entities considered responsible for acts of “genocide”; crimes against humanity; and serious human rights abuses. Whereas this “regime” supposedly applied universally to *all* cases of genocide, actually it has been directed at China.

⁴ Office of the U.N. Special Adviser on the Prevention of Genocide [OSAPG] 1948.

⁵ Youngs 2020.

In a released statement on January 19, 2021, former US State Secretary Mike Pompeo accused China of an ongoing genocide against its Uyghurs. His successor, Antony Blinken, met on July 6, 2021 seven Uyghurs, ex-detainees, and condemned Beijing's abuse of Uyghurs' human rights. After "two years of investigations", a Sub-Committee on Human Rights of the Canadian House of Commons states on October 21, 2020, that it had been "persuaded" that China's actions "constitute genocide as laid out in the Genocide Convention". Consequently, the Canadian Parliament voted on February 22, 2021, that China has committed genocide against its Uyghurs. On that day, the Dutch Parliament also condemned China's actions as genocide. On April 22, 2021, the British Parliament voted *unanimously* that China has conducted genocide. On May 5, the New Zealand parliament *unanimously* declared that severe human rights abuses were performed against Uyghurs in Xinjiang, but did not label these actions "genocide" because of a government objection. On May 20, it was the turn of the Lithuanian Parliament. On June 15, the Belgian Parliament became the sixth parliament to recognize China's acts against the Uyghurs as "crimes against humanity" and a "serious risk of genocide", and US Uyghur leaders "couldn't be more proud of the outcome of this vote".⁶ On January 20, 2022, France's National Assembly passed, with an overwhelming vote (169:1), a resolution that "officially recognizes the violence perpetrated by the authorities of the People's Republic of China against the Uyghurs as constituting crimes against humanity and genocide". It urged Macron's government to act accordingly against the "violence" (presumably by refusing to participate in the Beijing Winter Olympics). On February 1, the lower chamber of Japan's parliament adopted a resolution on the "serious human rights situation" in China, saying that the international community has been concerned about internments, and violation of religious freedom in Xinjiang (as well as Tibet and Hong Kong), and called the government to take steps to relieve the situation.⁷ This was the ninth parliament to blame China for violating Uyghurs' human rights.

⁶ UHRP 2021.

⁷ Reuters 2022.

Convened in London on December 9, 2021, an “independent” self-appointed non-governmental tribunal considered the testimonies of witnesses and “experts”, and concluded that China commits genocide and crimes against humanity, targeting the Uyghurs and other minorities, and urged the signatories of the UN Genocide Convention to prevent “the atrocities”. Commended by the WUC, the “verdict” was considered “a crucial step towards wider international recognition of the Uyghur genocide”. UN Human Rights officials described the Tribunal findings as “deeply disturbing”. In addition, the WUC submitted a criminal complaint to the Federal Criminal of Appeals in Buenos Aires (*sic!*), which, according to its provisions, has international jurisdiction over crimes, such as genocide and crimes against humanity, wherever they take place. By early February, 2022, the eve of China’s Winter Olympics, several governments had announced that their diplomats and officials would not attend, including the US, Canada, the UK, Scotland, Australia, New Zealand, Lithuania, Slovenia, Austria, Holland, Latvia, Estonia, Belgium, Sweden, India, Denmark and Japan (though not necessarily related to the Uyghurs).

In addition to these “penalties”, Western countries imposed economic sanctions on China. These followed earlier sanctions on military companies, currency “manipulations”, surveillance policies, biotechnology research and development, and Hong Kong. On March 23, 2021, Western countries used sanctions on four Chinese officials “associated with serious human rights violations against Uyghur Muslims”.⁸ Given the Uyghurs’ earlier marginality, practical anonymity, and earlier incompetence, how can their apparently phenomenal “success” in mobilizing parliaments, leaders, governments, academics, and international organizations against China be explained?

It was not a coincidence that the Uyghur international anti-China activism began in the second decade of the 21st century. Chinese persecution of Xinjiang’s Uyghurs started long before, as soon as the region was occupied by the Communists, assisted by the Soviet Union, in the late 1940s. Little was known, let alone done, about this persecution until the 1980s, which intro-

⁸ BBC 2021.

duced no less than dramatic changes among the Uyghurs, in China, and in the world. Most of the obstacles to Uyghur international activism were gradually removed with the launching of post-Mao reforms; technological developments; and international transformations.

Perhaps the key for the “successful” Uyghur international campaign against China, is the “unity” achieved among the Uyghur Diaspora organizations that had existed by the end of the 20th century in different countries. Each of these had its own head (usually called “president”) and agenda – often influenced by its host country, some, like Turkey, influenced by Beijing to their detriment. To overcome this hurdle, the Uyghurs shifted their organizations to Western democratic countries, mainly to Germany and to the US, since the early 21st century. Next came the inauguration of the WUC as an inclusive organization, in April 2004, headquartered in Munich, with a solid base in Washington. Relocated to democratic countries, the WUC won more room of maneuver to promote its agenda, but also faced limitations. Thus, the fact that Germany and other Western countries had recognized China’s territorial integrity, it was *illegal* for Uyghurs to promote Eastern Turkestan independence, their ultimate goal. Instead, the WUC *could* target Beijing’s persecution of Uyghurs and abuse of their human rights, now articulated in one loud voice. Uyghurs have now acted under the aegis of the most powerful centers of Western public opinion and political decision-making, and have become more organized and centralized. Although the WUC official headquarters is in Munich, its main *political* gravity center is in Washington, gathering momentum primarily because of the growing Sino-American rivalry, smartly exploited by the WUC. Indeed, the alleged Uyghur “success” has much to do with *timing*. The wholesale Western “support” of the Uyghurs stems less from identity with the Uyghurs’ misery (many persecuted people in the world are ignored by the Western community), and more as a part of the orchestrated “China bashing” campaign.

But post-Mao China has changed as well. For decades Xinjiang was out of bound to foreigners so that no information about the Uyghurs was available. In the wake of China’s post-Mao reforms, Xinjiang was opened to visitors, though not always and not entirely, and it has become easier for information on the Uyghurs to reach the West. Whereas in the past communication tech-

nology had been quite primitive, which limited the knowledge about the Uyghurs – distribution of information about the Uyghurs has now become easier, quicker and hard to block, owing to newly developed media technologies. Beijing's efforts to conceal its treatment of Uyghurs have become difficult in view of almost instantly available information based on the development of cellphone cameras and Internet networks, as well as satellites pictures. Photographs and testimonies have been distributed by WUC agencies on a scale unknown before.

Finally, until the 1980s, China had been isolated from much of the Western world and excluded from its economics, and, practically independent of the West, immune to sanctions, condemnations and other penalties. Afterward, however, China, unprecedentedly integrated in world economics and politics has consequently become more exposed and thus vulnerable to international reactions and hostility. While in the past it had nothing much to lose for abusing human rights or persecuting its Uyghurs, or even Chinese, now Beijing had apparently a good deal to lose, literally speaking.⁹ Yet, Beijing model 2022 has been substantially more powerful than Beijing model 1962, so that by using sanctions, its economic partners stand to lose as much, if not more – causing Uyghurs to fail in their anti-China campaign.

Actual Failure

Ostensibly, the Uyghur international campaign against China is an outstanding success. As noted above, Western media, leaders, governments, parliaments, international organizations, politicians, economic entities and academic circles, united in criticizing and condemning Beijing and imposing sanctions, which definitely harmed its world reputation and standing – though hardly scratched its political and economic power. Moreover, none of the Western reactions improved the situation of China's Uyghurs one iota. If anything, it has worsened. Encouraged by short-sighted politicians, academics, reporters, and Uyghur leaders, whose understanding of China appeared limited – the WUC “successful” anti-China campaign has actually

⁹ Shichor 2020.

been counterproductive and self-defeating, a Pyrrhic victory hoping to win its initiators a Nobel Peace Prize while Uyghurs continue to suffer in Xinjiang.¹⁰ From its very beginning, this campaign has relied on flimsy evidence and twisted terms related to a “million” Uyghurs incarcerated in “reeducation camps”.

I am suspicious of round numbers. In the early 21st century, Western media, parroting “Uyghur sources”, claimed that the Chinese deploy “one million troops” in Xinjiang. In a thorough study, I exposed the presence of no more than four *second-rate* People’s Liberation Army (PLA) divisions, altogether around 65,000 troops, shallowly deployed in a huge territory the size of Western Europe (Spain, France, Germany and the United Kingdom – put together).¹¹ Such a magic number, “one million”, comes easy to the media and to quote: “one million” Uyghurs have reportedly been detained in re-education camps, dubbed, deliberately, “concentration camps”. This number is a figment of imagination. According to China, three collections of information compiled by Western agencies, the Xinjiang Data Projects, the Xinjiang Victims Database, and the Uyghur Transitional Justice Database, contain many mistakes. For example, of 380 structures identified as “internment facilities”, 343 were schools, government buildings, hospitals, and residential areas. Also, of 12,050 names given, 6,962 led normal life, 3,244 were prisoners, 1,342 had never existed, and 238 had died.¹² Yet even if we suspect China’s data, they are verified by Xinjiang’s statistics. Over the last decade, the average population of Xinjiang’s Uyghurs was about 10 million, including 3.7 million children aged 0-18.¹³ Only few of them, and also of older men and women over 65 (about 700,000), were conceivably detained. Of the rest, about 5.6 million (aged 19-65), half were men, and half women. Assuming that more men than women were detained, “one million” detainees implies that around *one third* of all grown-up male Uyghurs workforce were idle.

¹⁰ WUC, 2022.

¹¹ Shichor 2004, 122f.

¹² Mai 2021.

¹³ Xinjiang Statistics Bureau 2015, 297f.

This is implausible. If true, work in Xinjiang would have practically halted, but did not. In fact, from 2014 (when Xi Jinping reportedly ordered a tougher policy in Xinjiang), to 2019, Xinjiang's GDP rose from 919.59 billion yuan to 1.35 trillion yuan, with an annual growth rate of 7.2 percent,¹⁴ *higher* than China's average growth (6.8 percent). In 2020 (after the COVID-19 outbreak), Xinjiang's per capita GDP increased by 3.4 percent, overtaking China's 2.35 percent, reaching 53,371 yuan. In 2021, well *after* the Uyghurs had launched their campaign, Xinjiang GDP per capita reached 61,725 yuan and in 2022, 68,552 yuan.¹⁵ As Xinjiang's share in China's economy is rather small (about 1.48 percent), the impact of economic sanctions is limited or ineffective. Thus, despite the sanctions, FDI in Xinjiang nearly doubled to \$459 million in 2022, an increase of 93.92 percent over 2021 (\$237 million). Xinjiang's foreign trade in goods increased rapidly in 2022 to 246.36 billion yuan, 57 percent more than 2021, leading all of China's provinces.¹⁶ This does not mean that US sanctions on China, the world's leading cotton producer (nearly entirely in Xinjiang), have not harmed its economy¹⁷ – yet marginally at best.

Occasionally, sanctions are effective less against China and more against the countries imposing them, led by the US. In fact, since around 2014, when the Uyghurs have become ammunition in the crusade *against* China, US export to China *increased* by nearly 30 percent while import from China grew by 18 percent, to about 500 million a year.¹⁸ US exports to China outgrow its exports to other countries, and support one million American jobs. Sanctions have not undermined China's rank as the *third* market for US exports and *first* source of imports. In those years (2015-2022), US investment in China *increased* by over 34.4 percent, much (\$40.2 billion) in Chinese Artificial Intelligence companies (37 percent of all AI funds raised in 2015-2021), some blacklisted “for alleged human rights violations of Uyghur Muslims”, and one said to engage in military and security develop-

¹⁴ Xinhuanet 2021.

¹⁵ CEIC 2023.

¹⁶ Chu 2023.

¹⁷ Ji 2022a, 2022b.

¹⁸ United States Census 2022.

ment.¹⁹ China's FDI in the United States, \$14.71 billion in 2015 (just \$3.3 billion in 2010), more than doubled in 2016 to \$31.87 billion, reaching \$38.25 billion in 2021, an average of \$37 billion in 2017-2021.²⁰ Who said sanctions?

Several vulnerabilities limit the effectiveness of US sanctions on China. One is overwhelming dependence on rare earth imports, 74 percent of which come from China. Also, of the US imported *civilian* drones, over 70 percent from China, and most of its solar panels.²¹ Another difficulty is that US companies face increasing challenges trying to comply with the U.S. "Forced Labor Law"²², which *forces them* to prove that imported goods were not produced in Xinjiang. Evidently, Beijing could retaliate by imposing its own sanctions, thereby harming US companies.²³ China's integration in the world economy limits the effectiveness of sanctions imposed by other Western countries as well. Thus, the share of the EU countries in Xinjiang's exports, 1.2 percent in 2014, more than doubled to 2.8 percent in 2018, and to 3.85 percent in 2019. The UK's share doubled from 0.4 percent in 2018 to more than 0.8 percent in 2019. France's imports from Xinjiang also more than doubled between 2018 and 2019. New Zealand's grew by 31.0 percent from 2018 to 2019, while Australia's share in Xinjiang's exports leaped 3.6 times (from 0.62 percent to 2.06). Yet, Canada's share dropped from 0.46 percent to 0.39, and the US share more than halved, from 3.5 percent in 2018 to 1.7 in 2019.²⁴ Uyghur-inspired economic sanctions on China have failed.²⁵

For me, the most irritating of all Uyghurs' accusations has been the use of the term "genocide", coined by a Jewish lawyer, Raphael Lemkin. Although defined in general, it is not a coincidence that the "conventional" definition of "genocide" was adopted by the United Nations immediately after World

¹⁹ Saxena 2023; Weinstein/Luong 2023.

²⁰ Haas 2022.

²¹ See, for example, Zhu 2022.

²² Churchill 2022.

²³ Haas/Denmark 2020.

²⁴ Xinjiang Statistics Bureau 2020: 150f.

²⁵ For a detailed explanation, see Demarais 2022.

War II, undoubtedly reflecting the mass and industrialized extermination of six million Jews by the Germans and their collaborators. Unlike other cases of so-called genocide, *none* equals the Jewish case, a *sui generis* in scale and premeditation, there is no indication whatsoever, written, spoken or done, of any Chinese *intention* to *exterminate* or *murder* Uyghurs, either as individuals or as a group, either “in whole or in part”. There have been sporadic Chinese persecutions of Uyghurs, as mentioned above. Even if some, or all, of these are true (which is doubtful), they by no means approach the theory, let alone the practice, of genocide (least of all the Holocaust). A “cultural genocide”, allegedly perpetrated by Beijing, is definitely *not* “genocide”, whose original etymological meaning, before it was distorted and diluted by the UN, is killing an entire people. While China has abused human rights, “by accusing it of genocide instead, in the absence of mass murder, America is diminishing the unique stigma of the term”.²⁶ It is not even “a slow-motion genocide”, least of all “destroying a group without systematic killing”.²⁷ It is not genocide and no *group* is “destroyed”. Even with an utmost stretch of imagination, China’s reeducation camps can hardly resemble, even approximately, German-style “concentration camps”.²⁸ However, these flawed “indications” have been enough for Western governments, leaders, parliaments, international organizations, “tribunals”, the media and academics, not only to condemn Beijing in the harshest terms, but also to enforce economic and political sanctions, which retrospectively failed. Yet, not everyone accepted the Uyghurs’ anti-China terminology.

While a number of Western *parliaments* have condemned China’s maltreatment of the Uyghurs, *governments* (with the conspicuous exception of the United States), have usually avoided applying sanctions against China or using offensive terms like “genocide”. Thus, when Canada’s Parliament voted to condemn Beijing’s “genocide” against the Uyghurs, Prime Minister Justin Trudeau and his cabinet members abstained. Despite a similar vote by the French National Assembly, President Macron refused to cancel France’s participation in the Chinese Winter Olympics. Although on Sep-

²⁶ Leaders 2021.

²⁷ Kanat 2021.

²⁸ This analysis is dismissed by Roberts 2020.

tember 8, 2020, he said that China's practices "are unacceptable because they run counter to the universal principles enshrined in international human rights conventions and we condemn them in the strongest possible terms", he avoided the term "genocide". Likewise, on January 20, 2021, UK Prime Minister Boris Johnson refused an appeal to confirm the US statement that China has committed genocide against the Uyghurs. He said that it was "a judicial matter", though he still described Beijing's treatment of the Uyghurs as "utterly abhorrent." And, whereas former New Zealand Prime Minister Jacinda Ardern expressed her "grave concern" for the Uyghur people over China's alleged human rights abuses, she persuaded the parliament not to use the term "genocide". Nonetheless, the WUC continues to urge governments to follow those parliaments "to end these unspeakable crimes."

Some in the West still accept the Uyghur fallacies. An attempt to resume China-EU dialogue due in February 2023 was "postponed".²⁹ This kind of Western condescending attitude, arrogance and ignorance, may explain the "success" of the Uyghur anti-China campaign. I wonder what, or if, its leaders, organizers and supporters, were thinking about the consequences. Did they expect to bring China to its knees, and immediately dismantle the "re-education camps" and promote Uyghur "human rights"? Did they really believe that Beijing would surrender before the Western sanctions and condemnations of parliaments, governments and tribunals – themselves tainted with human rights abuses and atrocities, often called genocide – and overnight embrace the Uyghurs? If this is what they were thinking, they not only misunderstand China, its history, culture and politics, but they also misunderstand the world situation and international relations, leading to their failure. If they did not believe in China's surrender, this campaign was doomed from the very beginning, anyway.

Apparently China must have been affected, less by the condemnation resolutions and more by the economic sanctions; travel bans; assets freezes; and, more symbolically, preventing *officials* from attending the Beijing Winter Olympic. Of those, only one (the US) mentioned Xinjiang, the Uy-

²⁹ Bermingham 2023a and 2023b.

ghurs, and genocide, as the reason for its boycott, while *all* the others gave general reasons (“human rights violations” or “it is the right thing to do”). For Japan it was “important that common values shared by the international community such as freedom, human rights and the rule of law are respected in China.” Not one word about Uyghurs, Xinjiang or genocide. Skipping the Winter Olympics was also excused by COVID-19 (New Zealand, Austria, Latvia, Holland and Sweden). India’s reason was the presence of a PLA commander who had participated in the border clash. Of the 91 participating states, 75 (82.4 percent) sent officials or diplomats; only 16 (17.6 percent) did not. Yet *all* athletes participated and *no country* boycotted the event. Uyghur success?

It is interesting to note, as the WUC boasts, that only eight parliaments, and fewer governments, have joined the “genocide” choir. In fact, of 193 UN member countries, 185 *declined* to condemn the plight of China’s Uyghurs as “genocide”, and Chinese “abuses of human rights” – several of them “Western”. None of the Muslim countries has ever considered the persecution of Xinjiang’s Uyghurs (mostly Sunny) as “genocide”, let alone in public. One exception, he later repented, was Erdoğan, then Turkey’s prime minister. On July 10, 2009, he said that “The incidents in China are, simply put, a genocide. There’s no point in interpreting this otherwise”.³⁰ Criticism against Muslim persecution is systematically directed against *Western countries*,³¹ rarely against China (mostly by jihadi terrorist organizations). The last five volumes (2017-2021) of the *Muslim World Journal of Human Rights*, contains 26 articles on human rights issues related to Muslims, none about China’s Uyghurs!

Both organizers and enthusiastic supporters of the Uyghur campaign should have known better (or should they?) that this is NOT the way to deal with China, a way that is counterproductive and definitely harmful to China’s Uyghurs. It achieves precisely the opposite of what the WUC and its supporters planned as far as the Uyghurs are concerned. However, *this campaign has been less about Uyghurs and more about China*, and it has failed

³⁰ Shichor 2015.

³¹ Van Zile 2023.

twice. “Successfully” influenced by the WUC and its supporters, the campaign has become a purely political anti-China tool, with nothing or little to do about morality or ethics. It could have been totally different if, instead of the Western hullabaloo pandemonium and flood of condemnations – low-key negotiations with Beijing should have been held quietly, behind closed doors, Kissinger’s style. I know, I tried it before (see below). Unleashing an elephant into the China shop is definitely the wrong way.

Western Hypocrisy

And, finally, we should say: “look who’s talking”. *All* of the governments (and parliaments), with *no exception*, which have raised their voice against Beijing’s “persecution” of Uyghurs, labelling it “genocide”, headed by the US, share a stained past—by far worse than China’s. Until the mid-20th century, the US had never been accused of “genocide”, or the abuse of human rights, despite its horrible atrocities against the Indians and the blacks (of course, human rights had not existed by then...). It is preposterous and ludicrous to think that it was the US, a “democratic” country, whose economy, and some say global prominence, were based on slavery, enacted “The Uyghur Forced Labor Prevention Act”, in 2021. In 1948 after the UN adoption of the Genocide Convention, the Civil Rights Congress, a domestic organization formed in 1946, drafted a 237-page petition accusing the US of committing hundreds of wrongful deaths of blacks, and numerous other abuses, considered genocidal. In December 1951, the petition was submitted to the UN. No formal charge was brought against the US. During the Vietnam War, US forces killed two million Vietnamese *civilians*, injured 5.3 million and made about 11 million refugees in their own country. One well-known example of US atrocities in Vietnam is the March 1968 My Lai massacre where, in four hours, more than 500 civilians were killed. Washington was very careful in its use of the term “genocide”. Although the US had known about the massacre in Rwanda in 1994, where over half a million Tutsi were murdered, not to mention other atrocities, it was only *after* it ended that the State Department used the term “genocide”. In the case of China they used the term even *before* it was proved...

In May-June 1989, Western, mostly US, well-wishing (?) leaders, politicians, journalists and some prominent professors, stimulated the demonstrators at Tiananmen Square to promote democracy and political reforms. Alarmed, Beijing ordered the PLA to open fire and hundreds, some say thousands, were killed, sacrificed on the altar of “human rights”. China, penalized primarily, for a while, by the US and Western governments, was not accused of committing genocide, a term which has been used selectively by Western countries. Some, like the UK and Australia, which quickly condemned China for genocide, as well as Japan, and New Zealand, *still do not recognize* the 1896 Armenian Genocide. France, one of the European powers that refused to support its victims, finally decided to recognize the Armenian Genocide only in 2006 – 120 years later.

In Canada, the remains of 215 children were found on the grounds of a former residential school in British Columbia, looked like a “genocide” mass grave. Moreover, an estimated 15,000 children may have also disappeared, presumed dead,³² raising an accusation of genocide in the Parliament. In June 2021, the New Democratic Party called to recognize the forced removal of children from their homes and “destroying indigenous cultures” through “assimilation into the colonial culture by the Canadian government” *as an act of genocide*” (emphasis added). Denying the motion, four months earlier the same Canadian Parliament voted that China was committing genocide against its Uyghur Muslims, citing almost identical accusations. In early 2023, Canada’s Parliament still reiterated the term “Uyghur genocide”. On February 1, it unanimously voted to admit 10,000 Uyghur refugees from other countries (but not China), to take place in 2024-2026.³³

Having colonized Congo, the Belgian Government, quick to condemn China, *never* apologized for killing 1-15 million locals between 1885 and 1908, atrocities occasionally called “genocide”. In the early morning (between 5 and 8) in late November 1947, French soldiers burnt 326 houses in My Trach, a Vietnamese village, killing over 300 people including 170 wo-

³² MacDonald 2021.

³³ Suliman 2023.

men (many raped before killed) and 157 children. In December 1947, Royal Netherlands East Indies Army units executed, without trial, 431 people at the village of Rawagede in Indonesia. Only 64 years later, in December 2011, the Dutch State apologized. Japan has never officially apologized for its atrocities in China, notably the 1937 Nanjing Massacre. Around 1.6 million perished in the Soviet Gulags, of which some 240,000 from 1947 to 1956. Moscow was never charged.³⁴ While these examples could – but should not – be dismissed as leftovers of history, I end this discussion with *contemporary* examples.

One concerns the Rohingya “genocide”, perpetrated by the military and the police in Myanmar that was launched around the same time as the alleged Uyghur “genocide” began.³⁵ As a result of brutal atrocities, over one million Rohingya, a Muslim minority in Myanmar, fled to Southeast and South Asia, and about 25,000 were killed. Western countries, UN agencies, the International Criminal Court, human rights organizations and the media, condemned Myanmar’s rulers of human rights abuse; crimes against humanity; forced labor; ethnic cleansing; and genocide, urging them to prevent the violence and to put the perpetrators, actually themselves, on trial. Western reactions against Myanmar were mainly in words rather than in deeds, expressing “concern”, or “grave concern”, saying they were “troubled” by the atrocities, which some of them, and their parliaments, called “genocide”. Indeed, the atrocities suffered by the Rohingya, and most of those mentioned above, are much closer to *real* genocide, and incomparably more atrocious than China’s alleged “genocide”. Nonetheless, Western reactions to Myanmar have been milder, and primarily consisted of humanitarian aid and financial contributions to Rohingya refugees. No significant sanctions or economic penalties, have been imposed on Myanmar.³⁶ At least 13 European countries do not comply with their sanctions on Myanmar. “Failing to do so makes them complicit in the Myanmar military’s barbaric crimes”.³⁷

³⁴ Weiss-Wendt 2017.

³⁵ Green/MacManus/Venning 2015.

³⁶ Albert/Maizland 2020.

³⁷ Shankar 2023.

Another example concerns India whose government, and prime-minister Narendra Modi, largely ignored the brutal persecution of Myanmar's Rohingya minority,³⁸ while intensifying atrocities against India's Muslims. Although violence against Indian Muslims had been launched well before the separation of Pakistan and West Bengal (later known as Bangladesh), but it is Modi and his Bharatiya Janata ruling party who have increased the pressure on Muslims to the point that it was described as genocide.³⁹ Despite evidence that India's atrocities against its Muslims are by far more brutal than China's treatment of Uyghurs, Western leaders and organizations evade any criticism of India and Modi (who, as chief minister of Gujarat in 2002 allowed the massacre of over 2000 Muslims). Unlike his critical attitude toward China on its alleged Uyghur "genocide", US President Biden ignores the Muslim persecution in India and refused to put India on the list of the world's worst offenders of religious freedom. When visiting India, US leaders failed to mention India's human rights violations against Muslims, but praised India's "democracy" and "pluralism".⁴⁰ Likewise, when UK Prime-Minister Boris Johnson visited India, he proudly announced several economic deals, but remained mute "about Modi's systematic, organised, murderous persecution of India's 200 million Muslims".⁴¹ But not the media. Following a BBC documentary ("India: The Modi Question"), which criticized Modi's role in deadly 2002 anti-Muslim riots, Delhi not only prohibited showing it, but also raided BBC offices and confiscated journalists phones.⁴²

Just imagine the outcry if something like that would have done by China. However, China's abuse of the Uyghurs, that should be deplored, does not come even close to the brutalities used by other countries, such as Myanmar, India, Turkey, or Syria, and Western countries, against their Muslims or other minorities. Still, Western leaders, governments, parliaments, international organizations, and "academics", mute about minority persecution

³⁸ Haidar 2021.

³⁹ Roy Chowdhury 2021; Tharoor 2021.

⁴⁰ Werleman 2023.

⁴¹ Osborne 2022.

⁴² Shih/Mehrotra/Gupta 2023.

by Myanmar, India, Turkey, Syria, as well as by themselves, have eagerly assaulted Beijing, politically and economically, in words *and* deeds. Those who live in a glass houses should not throw stones.

One last personal note, a Jewish one. For nearly thirty years, I have been a friend of the Uyghurs. I met Uyghurs several times while visiting Xinjiang, and, as part of a research project funded by the MacArthur Foundation, also scores of Uyghur communities all over the world. I have known personally all WUC presidents. I even tried to mediate between them and the Chinese authorities, unsuccessfully, I am afraid, but this is still the right way, the only way.⁴³ Still, I find WUC consistent use of the term “genocide” to describe the misery and maltreatment of China’s Uyghurs, offensive. Exploiting the political hostility toward China, the WUC and their lackeys urge leaders, parliaments, governments and international organizations to adopt it. It is a lie, not the first, and unfortunately not the last, made up by the Uyghurs.

Here is one example:

*“The world may finally be waking up to the horrors of the genocide being committed by the CCP against the Uyghur people in China. The parallels between the CCP’s treatment of the Uyghurs and the Nazi Party’s treatment of Jews and other minorities are undeniable, from implementing mass sterilization of Uyghur women to interning Uyghurs in concentration camps and forcing them to perform slave labor in Chinese factories”.*⁴⁴

Oh, but they certainly *are deniable*. There is a reason why the term “genocide” reflected World War II, when the Germans were the first, and so far the only, to undertake an intentional, industrial and systematic extermination of the Jewish people, 40 percent of which perished. To compare China’s oppression of the Uyghurs to the genocide of the Jews is to dwarf the term “genocide”, not to mention “holocaust”. To say that the Chinese treatment of Uyghurs and the German treatment of Jews are similar, reflects not only a twisted mind but also total ignorance, a sheer stupidity and an unforgivable insult. If, in hindsight, Jews were forced to choose their “concentration

⁴³ Shichor 2017: 133f.

⁴⁴ Turkel 2021.

camp”, they without a shadow of a doubt, would prefer the Chinese to the German. *There has been no Uyghur genocide in China even remotely similar to what the Jews underwent*, but there still may be thanks to the WUC and their followers: they legitimize China’s. Spreading false accusations of a Chinese genocide of Uyghur is easy for overseas Uyghur leaders, who live very comfortably in the West far away from Beijing’s reach. It is not expected of Western leaders, parliaments, governments, international organizations, academics and jurists – Jewish included – who fell, willingly, into the Uyghur genocide trap.

That the Uyghur anti-China campaign has failed is evident. But, if “by 2019, authorities had moved many of the internees out of the camps”, which “suggests that the CCP does, in fact, care about international opprobrium”,⁴⁵ why in 2023 the West still continues its “opprobrium” against China? And if Beijing “does, in fact, care”, why it is allegedly launching a “New Anti-Uyghur Campaign”? Millward contradicts himself. He is not as interested in the fate of Uyghurs as in bashing China. In his article’s subtitle he asks: “How the World Can Stop Beijing’s Brutal Oppression?” to which later he answers: “If the world keeps up the economic and rhetorical pressure, it can convince China to end its efforts to repress and assimilate the non-Han peoples of Xinjiang.” But this, as the title of his article implies, did not work. His answer is wrong and he misunderstands the way Beijing works. Kissinger, not a sinologist, does.

A final word. I can already imagine Uyghur lackeys and China haters convict me as “pro-China”. In fact, I have reasons to be anti-China, having been blacklisted by Beijing for 15 years for joining a project on Xinjiang, later published.⁴⁶ In the “secret” (*mimi*) Chinese edition of the book, my chapter, unlike some others, is described as “objective”.⁴⁷ This is exactly what I have been trying to do in my research. No doubt, Uyghurs have been abused by China (for reasons we can accept, or not), but there has been no “genocide”, something that cannot be said about most of the Western countries that have promoted an “opprobrious” policy toward China.

⁴⁵ Millward 2023.

⁴⁶ Shichor 2004.

⁴⁷ Shichor 2004a.

Postscript: The Ill-Conceived Uyghur International Genocide Offensive in Retrospect

On December 6, 2023, my article “Elephant in the China Shop” was published, first online, in the Brill journal *Sociology of Islam*. Submitted in early March 2023, the manuscript had earlier been rejected by a number of US academic journals whose editors did not even bother to send it to reviewers – perhaps a coincidence. However, given the wall-to-wall identification of the US (and most Western countries), as well as academics, with the widespread Uyghur genocide campaign, this rejection looked like an orchestrated *political* China-bashing policy, overlooking reasonably objective research, and collectively “forgetting” crimes against humanity performed by all of these countries, without exception. Moreover, few, admittedly very few, “Uyghur-conscripted” academics attacked me personally, unable or unwilling to confront real facts and analysis. For example, on June 29, 2023, Magnus Fiskesjö, an Associate Professor at the Department of Anthropology, Cornell University, threatened: “I will now write to Brill and ask why they permit the publishing such rueful garbage. Are there no rules?” and added: “That is indefensible and disgraceful. Shame on you. *Cancel the article at once, or the journal Sociology of Islam should be terminated at once*” (emphasis added). As soon as he was added to the Global China List, he wrote: “I just noted that you retweeted a piece of ugly genocide denialism by a *certain* Yitzhak Shichor” (emphasis added). “Now you are suddenly unilaterally subscribing me to your gang? I am a decent person, I do NOT want to get mixed up with *such lowlife pseudo-scholars*” (emphasis added).⁴⁸ He was immediately unsubscribed. Fiskesjö went on to tweet:

“That is a truly contemptuous, callous, disgusting piece of genocide denialism. We don’t often see such abominations from Israeli Jewish people. Why is he doing this? Is he a paid agent? [...] An Israeli professor’s disgusting genocide denialism: While hundreds of thousands of Uyghur families remain torn apart

⁴⁸ This was sent in an email to Professor Tugrul Keskin, former editor of the *Sociology of Islam*, and Hakan Yavuz, the current editor.

by the Chinese regime, as their people is exterminated, their culture razed, Mr. Shichor sits in his posh Haifa office and pens propaganda for the CCP. What for?”⁴⁹

Here is something for Cornell University, Department of Anthropology: to become an (obviously tenured) associate professor, one should demonstrate elementary research before rushing to expose his stupidity. I do not have a “posh office”, definitely not at Haifa (University, I presume). Actually, I don’t have any office, anywhere, and I am professor emeritus at the Hebrew University of Jerusalem. Although I can resign myself to being “a certain Yitzhak Shichor”, but Mr. Fiskesjö may be surprised to know that I have over 25 academic publications on Xinjiang and the Uyghurs – about ten percent of my total publications; that, unlike him, I visited Xinjiang several times; and that, as I mentioned in my article, I know most of World Uyghur Congress leaders, including its three presidents, personally. Also, unlike him, I have always tried to *solve* the problem, not to *aggravate* it. A first step in this direction is to be objective, to understand reality, and to uphold the truth, all that is missing in Fiskesjö’s, and some of his colleagues’ work.

A similar vicious attack was conducted against an Australian scholar, Maureen Huebel, who, since March 2021 expressed doubts about an ongoing “genocide” in Xinjiang. She strongly challenged these allegations, notably made by the German Adrian Zenz, but also by many other “scholars”, as well as politicians and journalists, which had not been based on field research. After Huebel said that she was planning to go to Xinjiang in 2024 to research poverty alleviation, she has been hounded by trolls and attacked by people insulting her on Twitter (including Zenz who questioned her academic credentials), even receiving death threats. These vilifications led to the suspension of Huebel’s Twitter account for a while for “impersonation”, and accusations of being a “bot”.⁵⁰

⁴⁹ http://twitter.com/Magnus_Fiskesjo/status/167415236266975232 (accessed: 04/2024).

⁵⁰ Ma Chi (2023), “Attacks Won’t Scare Me off from Xinjiang Research: Australian Scholar,” *China Daily*, April 28, 2023; Staff Reporters (2023), “Eleven Chinese Institutes Welcome Australian Scholar’s Planned Xinjiang Visit in Joint Letter,” *Global Times*, May 15, 2023; Yang Zekun (2023), “Letter Backs Researcher’s Proposal on Xinjiang,” *China Daily*, May 17, 2023; Xinhua Feature, “Australian Woman Defies Online Attacks after Questioning Rumors about Xinjiang,” *People’s Daily*, June 19, 2023.

Needless to say, there is no evidence whatsoever that “hundreds of thousands of Uyghur families remain torn apart”, let alone of the “extermination” of the Uyghur people by the Chinese regime, the ultimate meaning of the term “genocide”, still promoted by the WUC,⁵¹ and enthusiastically approved by Western parliaments, leaders and governments. “11 national parliaments/senates and one government have adopted resolutions recognizing the Uyghur genocide.”⁵² Most of them hardly understand who the Uyghurs are, where Xinjiang is, and what the significance of China is. Also, there is no real evidence that a million Uyghurs have been incarcerated in “concentration camps”, a claim circulated by some Western “scholars” headed by Adrian Zenz (refuted, and not only by me).⁵³ Unfortunately, practically all academics who *should* know, have remained silent – to this very day. In fact, this “silence of the lambs” is just another indication that the political, let alone the economic, gap between China and Western democracies, notably the US, is not as deep as claimed. *All* faithfully follow the “party line”, whatever party it is.⁵⁴

So, who are the Uyghurs? – One of China’s Muslim origins nationalities, they account for about half (approximately 12 millions) of Xinjiang, the northwestern so-called “Autonomous Region” (less than one percent of China’s total population). Although vague notions of Uyghur “nationalism” had already emerged in the 19th century,⁵⁵ it has been only since the early 1980s that the Uyghur *Diaspora* first attempted to get organized, something *China’s* Uyghurs could not have done. Yet the Uyghur communities abroad

⁵¹ World Uyghur Congress (2024), “World Uyghur Congress Commemorates Uyghur Genocide Recognition Day,” *January Newsletter* 2024.

⁵² World Uyghur Congress (2024), “World Uyghur Congress Celebrates its 20th Anniversary,” *Press Release*, March 21, 2024.

⁵³ See also a detailed study: Ajit Singh and Max Blumenthal (2019), “China Detaining Millions of Uyghurs? Serious Problems with Claims by US-Backed NGO and Far-Right Researcher ‘Led by God’ against Beijing,” <http://thegrayzone.com/2019/12/21/china-detaining-millions-uyghurs-problems-claims-us-ngo-researcher/> (accessed: 04/2024).

⁵⁴ Zhang Zhouxiang (2023), “West’s ‘Academic Freedom’ Only a Myth,” *China Daily*, May 17, 2023.

⁵⁵ David Brophy (2018), *Uyghur Nation: Reform and Revolution on the Russia-China Frontier*, Cambridge MA: Harvard Univ. Press, 2016. Also see my review in: *Soviet and Post-Soviet Review*, 45:1, 115-118.

could not agree on one representative organization, which has led to a host of Uyghur Diaspora organizations, each headed by a “president”. Unable to reach a common understanding, it was only on April 16, 2004, that they managed to establish the World Uyghur Congress, an overarching organization. Sectarianism, however, dies hard. On September 14, 2004, another “overarching organization”, the Eastern Turkistan Government in Exile (ETGE) was established, as well as a few others. So, who represents the Uyghurs? And, what aspirations they uphold?

Since this article had been submitted to the *SOI*, developments have further underlined and even reinforced its conclusions. When the WUC had launched its China’s Uyghur Genocide worldwide campaign, it has never elaborated its goals and what it wanted to achieve, but these could be easily guessed. “Eastern Turkistan Independence”, the highest priority goal was, however, out of the question and carefully omitted. All countries which maintain diplomatic relations with the PRC (People’s Republic of China), automatically and inevitably recognize its territorial integrity, *including* Xinjiang. Some (like Germany) do not allow the promotion, on its land, of separatism in a country with which it maintains diplomatic relations.⁵⁶ So the unarticulated goals of the WUC Campaign have been to apply pressure on Beijing to terminate the so-called “Uyghur Genocide”, as well as other oppressive actions, demographic, political, economic and cultural. To do this, the WUC urged the West to force the Chinese to comply by imposing political, economic and cultural sanctions on Beijing. A year after the article was submitted, it is time to evaluate the achievements of the WUC China’s Uyghur Genocide Worldwide Campaign – so far.

Such evaluation is related to the timing of the WUC campaign and to the diversified international attitudes toward China, and its behavior at home and abroad, and toward Islam. Criticism and even condemnation of China in recent years are not necessarily, let alone mostly, determined by Beijing’s “genocide”, abuse, or persecution of the Uyghurs. There have been other reasons, much more important. They include Washington’s rivalry and

⁵⁶ Yitzhak Shichor (2013), “Nuisance Value: Uyghur Activism in Germany and Beijing-Berlin Relations,” *Journal of Contemporary China*, 22:82, 624.

competition with China; Beijing implied threat to take over Taiwan by force; accusation of China's spreading COVID-19 all over the world; Beijing's abuse of human rights in Tibet and Hong Kong; Chinese spying activities and dumping economics; and so on. On the other hand, the emergence of Islamic radicalism, fundamentalism and Jihadism (al-Qaeda, Boko Haram, Daesh [ISIS], Hamas, Hezbollah, Hizb al-Tahrir, Turkistan Islamic Party [TIP] and more), makes it difficult to defend the Uyghurs, given their historical and contemporary terrorist acts in China, e.g. by the East Turkestan Islamic Movement (ETIM).⁵⁷ Also, while the West was quick to express support of the Uyghurs, it could hardly ignore that Uyghurs collaborated with ISIS in Syria and elsewhere.⁵⁸ Indeed, even Muslim countries have chosen not to identify with the Uyghurs complaints, let alone genocide claims. WUC president, Dolkun Isa, confirmed that "the Muslim-majority countries have failed to even mention the persecution of Uyghurs, except a few, like Kuwait and Türkiye. It is shameful."⁵⁹

Consequently, it is difficult to isolate the Uyghur issue from other issues in trying to evaluate the effectiveness of the WUC Uyghur Genocide Campaign. Western support of this campaign may, therefore, reflect not only hostility to China but also an opportunity to deny Islamophobia, which is undeniable. Given the fragmentation of Uyghur organizations and their multiple objectives, it is unclear which Uyghurs Western countries support and what exactly they support. Still, in this postscript I shall attempt to evaluate the achievements of the WUC campaign in its assumed goals: under-

⁵⁷ Yitzhak Shichor (2016) "Crackdown: Insurgency, Potential Insurgency and Counterinsurgency in Modern China," in: Beatrice Heuser and Eitan Shamir (eds.), *Insurgencies and Counterinsurgencies: National Styles and Strategic Cultures*, Cambridge: Cambridge Univ. Press, 95-112. See also: Martin I. Wayne (2008), *China's War on Terrorism: Counter-Insurgency*, London/New York: Routledge.

⁵⁸ Colin P. Clarke and Paul Rexton Kan (2017), "Uighur Foreign Fighters: An Underexamined Jihadist Challenge," *ICCT Policy Brief*, The Hague: Internat. Centre for Counter-Terrorism; Raffaello Pantucci (2018), "Uyghur Terrorism in a Fractured Middle East," in: Michael Clarke (ed.) *Terrorism and Counter-Terrorism in China: Domestic and Foreign Policy Dimension*, Oxford: Oxford Univ. Press, 157-172.

⁵⁹ World Uyghur Congress (2024), "Geneva: Governments Call Out Widespread Atrocities at UN Human Rights Review of China," *Press Release*, January 23, 2024.

mining China's economy; political cornering of China; and consequently, improving the Uyghurs situation and life in China.

Most important, the Uyghur impact on China's (and Xinjiang's) economy proved to be marginal, hardly mentioned. More and more it seems that the sanctions imposed on China, not to mention the criticism, had little to do with the Uyghur Campaign, let alone with any fabricated "genocide", and much more to do with Western attempts to limit China's spectacular economic expansion, and political rise. Uyghur human rights grievances have been appropriated as an official excuse to impose sanctions on China, *which would have been imposed anyway*. However, ultimately, improving economic relations between China and the West prove considerably more important than the Uyghur complaints and, furthermore, inevitable. Western governments, let alone non-Western, cannot ignore China's share in the international economy and mutual dependence. To harm China's economy means to harm their own. Thus, in the first half of 2023, Xinjiang's trade with BRI countries (many of them Muslim, expected to identify with the Uyghurs) reached \$19.1 billion, according to PRC customs statistics, an *increase* of 68.2 percent compared to 2022.⁶⁰ Still under sanctions, in the first half of 2023, Xinjiang's GDP reached \$118.43 billion (more than the GDP of Slovakia, Ecuador and Oman), up 5.1 percent year-on-year (or three-four times *more* than the GDP growth of the countries which had imposed sanctions on Xinjiang).⁶¹

Still, the main sector of Xinjiang's economy that has allegedly suffered damage has been cotton. China provides about 20 percent of the world cotton, mostly by Xinjiang. But in 2023 Xinjiang's cotton output fell by around 11 percent. Apparently, this was an outcome of the US' June 2022 Uyghur Forced Labor Prevention Act, intended to block imports of all products, wholly or partly originated in Xinjiang. Yet the truth is somewhat different, and not necessarily related to the Uyghurs. It could be an outcome of bad weather conditions, of China's decision to prefer growing quality cotton

⁶⁰ Mo Jungxi (2023), "Envoys Hail Xinjiang Role in Reviving Silk Road," *China Daily*, August 14, 2023.

⁶¹ "Reality of Xinjiang Contrary to Claims Made by Western media," *China Daily*, August 9, 2023.

over quantity, and its emphasis on food security by growing grain (whose market has increased following the Ukraine War). Whatever cotton (and other products) the US decline to buy from China, have been sold to BRI countries. Though slowing down a bit, China is still the leading world producer of apparel.⁶²

In its wish to harm Xinjiang's economy, the WUC Campaign demonstrated sheer stupidity since Uyghurs, and other Muslim minorities, constituted over half of Xinjiang's workforce,⁶³ and it was they who stood to lose. Fortunately (for Uyghurs) but unfortunately (for the WUC) the sanctions failed. Indeed, in the first two months of 2024, while the European Union was moving to finalize two laws aimed at tackling Uyghur human rights complaints, imports from Xinjiang reached \$312 million, a huge *increase* over \$98 million in 2023. At the same time, EU-China trade turnover fell by 4.1 percent, of which EU exports to China declined by 9.4 percent while China's exports to the EU fell only by 1.3 percent,⁶⁴ thereby harming European economy more than China's.

While Europe plays a major role in China's economy, the US is the dominant player, also in terms of the WUC-inspired economic sanctions against China. However, considering the size of China's economy and its sophistication, their effectiveness is insignificant at best, ludicrous at worst. In 2023, China's GDP growth reached 5.2 percent (5.3 percent in the first 2024 quarter),⁶⁵ compared to 2.5 percent of the US. China's 700 million tons grain output surpassed that of the US by 1.2 times, and its 9.2 trillion kilowatts power generation was 2.3 times greater. Production and sales of Chinese cars, 30.16 million, tripled those of the US. Chinese steel production was 19 times greater than the US', cement 20 times, and shipbuilding 70 times! Foreign investment in 2023, though slightly lower than in 2022, was

⁶² "China's Cotton Output Set to Fall 1 Year after US' Xinjiang Ban as Focus Shifts to Food Security, Quality," *South China Morning Post*, August 25, 2023.

⁶³ "Population and Employment," *Xinjiang Statistical Yearbook 2015*. Beijing: China Statistical Press, 2015, 92-136.

⁶⁴ "EU Sees 200% Surge in Imports from China's Xinjiang Region Despite Human Rights Concerns," *South China Morning Post*, March 21, 2024.

⁶⁵ "China's GDP Growth Shows Better-Than-Expected Results," *Nikkei Asia*, April 16, 2024, at: nikkeiasia-d-nl@namail.nikkei.com (accessed: 04/2024).

still the third-highest influx in history, a little less in labor-intensive industries and a little more in high-tech enterprises. While US investments in China did decline (not necessarily because of the Uyghurs), other Western countries increased investments in China: France (25 times); Sweden (11 times); Germany (212 percent); Australia (186 percent); and Singapore (77 percent). Sino-European trade in 2023, reaching \$1.2 trillion, just one percent below 2022, is still the second-highest in history. While US-China trade dropped by 11.6 percent in 2023, it was still the third-highest in history, as US companies have managed to find creative ways to bypass the sanctions. Surveys show that, notwithstanding the “Uyghur genocide”, 80 percent of multinational corporations still prefer to continue, and even increase their business, in China.⁶⁶

Apparently, China-US trade has declined in recent years, but this is not only an illusion intended (maybe by tacit understanding) to sidestep the sanctions, but has practically nothing whatsoever to do with the Uyghur campaign. Most of that decline came after Trump implemented high tariffs in 2018. However, contrary to the US-planned decoupling, “the economies of America and China are not coming apart. Indeed, some changes to supply chains may be binding the two countries even closer together.”⁶⁷ Statistics could be misleading. China’s exports to the US may indeed have declined, yet much less than assumed. Americans have an incentive to underreport imports from China in categories covered by tariffs, leading to understating US imports from China by 20-25%. Moreover, Beijing smartly expanded trade in intermediate products (those used to make finished goods) to other countries, mainly Vietnam, India and Mexico. These, and many other countries, import Chinese intermediate products goods, and even finished goods—only to reexport them to the US. “The overall picture is therefore clear: Chinese supply chains may be less visible, but they remain extremely important to the American economy.”⁶⁸

⁶⁶ Wang Wen (2024), “Busting 6 ‘Peak China’ Myths”: A Nuanced Look at China’s Economic Indicators Is Necessary to Understand Current Trends,” *Diplomat*, March 9, 2024, <http://thediplomat.com/2024/03/busting-6-peak-china-myths/> (accessed: 04/2024).

⁶⁷ “How Trump and Biden Have Failed to Cut Ties with China,” *The Economist*, February 27, 2024.

⁶⁸ Ibid.

Those countries, which take part in this exercise, led by the US, could not care less about Uyghurs, let alone about their fictional genocide. Even other countries, that were quick to support the Uyghur offensive against Beijing, and to condemn China for a *fictional* “genocide”, have changed their mind, often parallel to a change of government. Australia is one. Initially, deterioration of its relations with China had begun under Morrisson’s Liberal Government, which had nothing whatsoever to do with Uyghurs and Xinjiang. Friction had originated in Australia calling for an independent inquiry into the allegedly Chinese spread of the COVID-19 pandemic, which led to Sinophobia, suspicions of Chinese interference, concerns about China’s expansion in the Pacific, the banning of Huawei and Beijing’s reaction which blocked Australian exports.⁶⁹

Germany, which hosts the WUC headquarters and is also under US pressure to “derisk” relations with Beijing, “has proven time and again that it isn’t willing to sacrifice its prosperity on the altars of human rights, Washington’s security concerns, or even the European Union.”⁷⁰ Although two-thirds of German companies recently surveyed by the German Chamber of Commerce in China complained about unfair competition, only *two percent* said they would leave China.⁷¹ China has become a gate to worldwide business for companies such as Siemens and Volkswagen, whose investments in China go back 40 years. China accounts for about 50 percent of VW’s global car sales alone, some from their factory in Xinjiang. WUC leaders blame Volkswagen for involvement in forced labor and “complicity in human rights abuses of Uyghurs”, urging the car manufacturer “to finally exit East Turkistan”.⁷² Whatever the Uyghur complaints (genocide was not men-

⁶⁹ “Australian Businesses and Academics Welcome the Prospect of More Partnerships with China as Key to Boosting Bilateral Ties and Social and Economic Benefits,” *South China Morning Post*, March 20, 2024.

⁷⁰ Matthew Karnitshnig (2024), “Why Germany’s Scholz is Bowing to the Chinese Dragon,” *Politico*, April 12, 2024, [politico.eu/article/why-germanys-scholz-is-bowing-to-the-chinese-dragon/](https://www.politico.eu/article/why-germanys-scholz-is-bowing-to-the-chinese-dragon/) (accessed: 04/2024).

⁷¹ [http://china.ahk.de/publications/flash-surveys](https://china.ahk.de/publications/flash-surveys) (accessed: 04/2024).

⁷² World Uyghur Congress, “World Uyghur Congress Urges Volkswagen to Exit East Turkistan,” *Press Release*, February 14, 2024.

tioned), this is not going to happen. “Trade with China brings us prosperity and is practically irreplaceable in the short term,” said Moritz Schularick, president of the Kiel Institute for the World Economy.

According to a recent study by the Institute, a major break with China would shrink the German economy by about five percent. In terms of trade turnover, China is Germany’s biggest partner. Moreover, Germany *increased* its direct investment in China to some €12 billion in 2023, a record. Berlin invested more in China between 2021 and 2023 than in the five-year period between 2015 and 2020, according to IW Köln, a leading economics institute. Germany is not just a key prize for China but still needs China,⁷³ Uyghurs (and Washington) notwithstanding. Huawei still operates in Germany.

Although economics play a dominant role in the Western (let alone the non-Western) pursuit of relations with China, whatever the Uyghur grievances, international and domestic politics also play an important role. Uyghur attempts to isolate China, at least from the West, have failed. It proved to be impossible to deal with international affairs without Beijing. In addition to ordinary bilateral meetings between Chinese and Western representatives, and meetings in international organizations, there have been occasional high-level meetings between the presidents, premiers, and ministers. China, a UN Security Council Permanent Member (wielding veto power), is also a member in the UN Human Rights Council, the UN High Commissioner for Refugees, as well as the International Court of Justice. Under these circumstances, how exactly does the WUC expect to raise international support? How effective could its international genocide campaign be?

Every year, Jews all over the world celebrate Passover, which starts by collective reading of the Haggadah (the tale of Israel’s exodus from Egypt) and asking: “Why is this night different from all the other nights.” If China’s Uyghurs would have asked this question now, the answer should be: it hardly is (different). If the WUC leaders believed that their Genocide Campaign would force Beijing to improve the Uyghurs situation overnight, they are dead wrong. In fact, Beijing has been expanding its treatment of the

⁷³ Karnitshnig.

Uyghurs to the religious symbolism of Islam all over China. Begun by Xi Jinping as early as 2015, this policy of “Sinicizing religion” has been directed to undermine “Islamization” and “Arabization” by reconstructing “Arab style” mosques, removing Arabic script from public signs, and banning public calls for prayers, Arabic classes and private religious schools as well as Arabic books and Korans. Although Xi’s policy had been launched before the Uyghur’s Genocide Campaign began, it has gathered momentum and increased pressure parallel to – and probably in response to – the expansion of the WUC campaign.⁷⁴

While the Western sanctions are still applied to Xinjiang (with the so-called “genocide” more as an excuse than the real reason), the victims, in a counter-productive way, are primarily Uyghurs. One lesson that the WUC, which had initiated the international “genocide” campaign against China, must have learned, is Washington’s hypocrisy and double standards. It is about time that the Uyghurs understand that US (and other Western governments) support is but a cover-up based on fake news and a tragic century-old misunderstanding of “China”. Furthermore, the WUC choice of Washington as the launching pad of the “genocide” campaign (rather than the alternative choice of Munich, the WUC official headquarters), was based on the assumption that Washington’s growing hostility to China would initiate effective deeds, and not just words. However, the WUC has totally failed to understand the US, the West, and – what they should have best, based on long and painful experience – China, and not for the first time. In its triple miscalculation, the WUC has failed to understand China’s growing power and turned a blind eye to China’s success in building international dependencies which have increased its invulnerability. Under these circumstances, the WUC anti-China campaign will inevitably reach a dead end. It

⁷⁴ Yitzhak Shichor (2018), “China’s Islamic Challenges: Perceptions and Realities,” *Asia Dialogue* (Asia Research Institute, University of Nottingham, June 15, 2018); FT Reporters (2023), “Thousands of Mosques Have Been Altered or Destroyed as Beijing’s Suppression of Islamic Culture Spreads,” *Financial Times*, November 27, 2023, <https://ig.ft.com/china-mosques/> (accessed: 04/2024). See also: Human Rights Watch (2023), “China: Mosques Shuttered, Razed, Altered in Muslim Areas,” November 22, 2023, <http://www.hrw.org/news/2023/11/22/china-mosques-shuttered-razed-altered-muslim-areas> (accessed: 04/2024).

is about time that the Uyghurs realize that, ultimately, they do not count. They are no more than an excuse for Washington, and its reluctant followers, to pursue an offensive against China, which it will lose. There are already signs that the US (and others) would soon withdraw their sympathy and “support” for the Uyghurs, as they had done before on a number of occasions such as South Vietnam, Taiwan, Afghanistan, and Iraq – to name a few examples. In sum, while Diaspora Uyghur leaders, primarily those behind the Uyghur Human Rights Project (UHRP), the main drivers of the worldwide genocide campaign, enjoy life abroad, China’s Uyghurs may bang their head on the Great Wall.

References

- Albert, Eleanor, and Lindsay Maizland (2020), “Hundreds of Thousands of Rohingya, a Muslim Ethnic Minority Group, Have Fled Persecution in Myanmar’s Rakhine State, Fueling a Historic Migration Crisis,” *Backgrounder*, 100 (Council on Foreign Relations), January 23, 2020, <http://www.cfr.org/backgrounder/rohingya.crisis> (accessed: 02/2023).
- BBC (2021), “Uighurs: Western Countries Sanction China over Rights Abuses,” *News*, March 22, 2021. <http://www.bbc.com/news/world-europe-56487162> (accessed: 02/2022).
- Bermingham, Finbarr (2023a), “EU and China to Resume Human Rights Dialogue Next Week, Days before Xinjiang Chief Visits Brussels,” *South China Morning Post*, February 11, 2023.
- Id. (2023), “Xinjiang Chief Postpones European Tour amid Pushback over Human Rights,” *South China Morning Post*, February 14, 2023.
- CEIC (2023), *Gross Domestic Product (GDP): per Capita: Xinjiang*, <http://www.ceicdata.com/en/china/gross-domestic-product-per-capita/gross-domestic-product-per-capita-xinjiang> (accessed: 02/2023).
- Chu, Daye (2023), “Xinjiang’s Actual FDI Nearly Doubles in 2022, Countering Western Crackdown,” *Global Times*, January 28, 2023.
- Churchill, Owen (2022), “US Blocks Imports of All Goods Sourced from Xinjiang,” *South China Morning Post*, June 22, 2022.

- Demarais, Agathe (2022), *Backfire: How Sanctions Reshape the World Against U.S. Interests*, New York: Columbia Univ. Press.
- Green, Penny, Thomas MacManus, and Alicia de la Cour Venning (2015), *Count-down to Annihilation: Genocide in Myanmar*, London: Internat. State Crime Initiative.
- Haas, Ryan, and Abraham Denmark (2020), "More Pain than Gain: How the US-China Trade War Hurt America," *Order from Chaos*, August 7, 2020. <http://www.brookings.edu/blod/order-from-chaos/more-pain-than-gain-how-the-us-china-trade-war-hurt-america/> (accessed: 02/ 2023).
- Ji, Siqi (2022a), "Xinjiang Ban Looms Large Even as Textile Exports Hit Record," *South China Morning Post*, August 11.
- Id. (2022b), "Recession Fears, U.S. Law Unpick Cotton Demand," *South China Morning Post*, October 17.
- Kanat, Omer (2021), "The Legal Meaning of Genocide: Letters," *The Economist*, February 27, 2021.
- Leaders (2021), "How to Talk about Xinjiang: 'Genocide' Is the Wrong Word for the Horrors China Is Inflicting on the Uyghurs," *The Economist*, February 13, 2021.
- MacDonald, David (2021), "Canada's Hypocrisy: Recognizing Genocide Except its Own against Indigenous Peoples," *The Conversation*, June 4. <http://theconversation.com/canadas-hypocrisy-recognizing-genocide-except-its-own-against-indigenous-peoples-162128> (accessed: 02/2022).
- Millward, James (2023), "China's New Anti-Uyghur Campaign: How the World Can Stop Beijing's Brutal Oppression," *Foreign Affairs*, January 23, 2023, <http://www.foreignaffairs.com/chinas-new-anti-uyghur-campaign> (accessed: 02/2023).
- Osborne, Peter (2022), "Boris Johnson's disgraceful silence on Modi's anti-Muslim campaign," *Middle East Eye*, April 21, 2022, <http://www.middleeasteye.net/opinion/uk-india-muslims-genocide-boris-johnson-not-mention> (accessed: 07/2024).
- Office of the U.N. Special Adviser on the Prevention of Genocide (OSAPG), (1948), "Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, art. 2, 78 U.N.T.S.," 277, December 9, 1948, http://www.un.org/ar/preventgenocide/adviser/pdf/asapg_analysis_framework.pdf (accessed: 02/2022).

- Reuters (2022), "Japan Parliament Adopts Resolution on Human Rights in China," February 1, 2022, <http://www.reuters.com/world/asia-pacific/japan-parliament-adopts-resolution-human-rights-china-2022-02-01/> (accessed: 02/2022).
- Roberts, Sean R. (2020), *The War on the Uyghurs: China's Internal Campaign against Xinjiang's Muslims*, Princeton: Princeton Univ. Press.
- Saxena, Vishakha (2023), "US Backers Like Intel, Qualcomm 'Poured Billions' into China AI," *Asia Financial*, February 2, 2023, <http://www.asianfinancial.com/us-backers-like-intelqualcomm-poured-billions-into-china-ai> (accessed: 02/2023).
- Schneider, Tal (2023), "She Exposed China's Crimes against the Uighurs; Now She Needs the World to Save Them," *The Times of Israel*, January 14, 2023, <http://www.timesofisrael.com/she-exposed-chinas-crimes-against-the-uyghurs-now-she-needs-the-world-to-save-them> (accessed: 02/2023).
- Shankar, Priyanka (2023), "EU Urged to Act as Products End up in Myanmar Despite 'Everything but Arms' Sanctions," *South China Morning Post*, January 30, 2023.
- Shichor, Yitzhak (2004), "The Great Wall of Steel: Military and Strategy in Xinjiang," in: Frederick A. Starr (ed.) *Xinjiang: China's Muslim Borderland*, Armonk: M.E. Sharpe, 120-160, 408-415.
- Shichor, Yitzhak (2004a), "Gangtie changcheng: Xinjiang de junshi zhanlue" (The Great Wall of Steel: Military and Strategy in Xinjiang), in: Frederic A. Starr (ed.) *Xinjiang: Zhongguo Musilin ju de bianchui* (Xinjiang: China's Muslim Borderland), Urumqi: Xinjiang Academy of Social Sciences, 129-180. (Chinese translation of the previous item with a new introduction).
- Shichor, Yitzhak (2007), "Limping on Two Legs: Uyghur Diaspora Organizations and the Prospects for Eastern Turkestan Independence," *Central Asia and the Caucasus*, 6:48, 117-125.
- Shichor, Yitzhak (2015), "See No Evil, Hear No Evil, Speak No Evil: Middle Eastern Reactions to Rising China's Uyghur Crackdown," *Griffith Asia Quarterly*, 3:1, 62-85.
- Shichor, Yitzhak (2017), "Dialogue of the Deaf: the Role of Uyghur Diaspora Organizations versus Beijing," in: Guljanat Kurmangalieva Ercilasun and Kouralp Ercilasun (eds.), *The Uyghur Community: Diaspora, Identity and Geopolitics*, New York: Palgrave Macmillan, 121-136.
- Shichor, Yitzhak (2020), "Recognition: China's Long March to Global Integration," *China Report*, 56:2, 1-15.

- Shih, Gerry, Karishma Mehrotra and Anant Gupta (2023). "Indian Government Raids BBC Offices in Wake of Documentary Critical of Modi," *Washington Post*, February 14, 2023.
- Suliman, Adela (2023), "Canadian Parliament Votes to Accept 10,000 Uyghur Refugees," *Washington Post*, February 2, 2023, <http://washingtonpost.com/world/2023/02/02/canada-uyghur-refugees-resettle-china/> (accessed: 02/2023).
- Turkel, Nuri (2021). "Relocate the Olympics or Condone Genocide," *Hudson Institute*, June 3, 2021, <http://www.hudson.org/research/16971-relocate-the-olympics-or-condone-genocide> (accessed: 02/2022).
- UHRP [Uyghur Human Rights Project] (2021), "Hails Passage of Uyghur Forced Labor Bill, Urges President's Signature," December 16, 2021, <http://uhrp.org/statement/uhrp-hails-passage-of-uyghur-forced-labor-bill-urges-president's-signature/> (accessed 02/2022).
- United States Census (2022), *Trade in Goods with China*. <http://www.census.gov/foreign-trade/balance/c5700.html> (accessed: 02/2022).
- Van Zile, Dexter (2023), "The 'Islamophobia Regime'," *Middle East Quarterly*, 30:1, 1-11.
- Weiss-Wendt, Anton (2017), *The Soviet Union and the Gutting of the UN Genocide Convention*. Madison: Wisconsin Univ. Press.
- Weinstein, Emily S., and Luong Ngor (2023), "U.S. Outbound Investment into Chinese AI Companies." *Policy Brief*, CEST.
- Werlemann, C.J. (2023), "Western Democracies Stay Silent as India Falls Further Into the Abyss." *Byline Times*, April 27, 2023, <http://bylinetimes.com/author/cjwerleman/> (accessed: 07/2024).
- WUC (2022), "Statement: WUC Congratulates CFU [Campaign for the Uyghurs] and UHRP [Uyghur Human Rights Project] for the Nobel Peace Prize Nomination," February 5, 2022, <http://www.uyghurcongress.org/en/statement-wuc-congratula-yes-cfu-and-uhrp-for-nobel-peacprize-nomination/> (accessed: 02/2022).
- Xinhuanet (2021), *Xinjiang's GDP Grows 7.2 pct Annually from 2014 to 2019*, February 5, 2021, www.xinhuanet.com/english/2021-02-05/c_13974061.htm (accessed: 02/2023).
- Xinjiang Statistics Bureau (2015 and 2020), *Xinjiang Statistical Yearbook 2015 and 2020*, Beijing: China Statistics Press, 297f. (2015) and 150f. (2020).

Youngs, Richard (2020), “The New EU Global Human Rights Sanctions Regime: Breakthrough or Distraction?,” *Carnegie Europe*, December 14, 2020, <http://carnegieeurope.eu/2020/12/14/new-eu-global-human-rights-sanctions-regime-breakthrough-or-distraction-pub-8314> (accessed: 02/2022).

Zhu, Lia (2022), “Xinjiang Ban Dims US Solar Outlook, Trade Group Says,” *China Daily*, March 26.

Gelehrte und Chinawissenschaftler als „Chinesenfreunde“ und „Chinaversteher“

Ein tradiertes Mittel der Auf- und Abwertung vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart

Die aktuelle China-Kontroverse und die Reaktionen auf die Xinjiang-Studienreise einiger Chinawissenschaftler im Mai 2023 zeigt das Weiterwirken von Narrativen und Klischees auch in der wissenschaftlichen Community, wie sie sich seit der frühen Phase der Aufklärung im 17. Jahrhundert herausbildeten und in darauffolgenden Epochen der deutschen Geschichte, modifiziert und, angepasst an die jeweiligen wissenschaftlich-politischen Interessenlagen, tradiert wurden. Dies und die jeweiligen Kontexte versucht der nachfolgende Beitrag aufzuzeigen.¹

China als Realität und als Wahrnehmungskonstrukt hat seit dem 17. Jahrhundert insbesondere in politisch-ideologischen Umbruchzeiten², in denen Wissenschaftler und Politiker in Deutschland, Europa und global um neue Welterklärungsmuster und neue politische Ordnungen streiten,³ eine wichtige Funktion. Im wissenschaftlichen Diskurs und Meinungsstreit, in den Kämpfen um wissenschaftliche Autorität und Deutungshoheit sowie um politische Gestaltungsmacht und Einflussnahme zeigt sich dies nicht allein

¹ Bei einmaliger Nennung werden die zitierten Quellen vollständig in den Fußnoten wiedergegeben; ansonsten werden sie abgekürzt, auch im laufenden Text, und finden sich im Literaturverzeichnis.

² Der Begriff „Umbruchzeit“ folgt dem Verständnis von Reinhart Koselleck, der diese als Phasen verdichteter und neu erfahrener Zeit und als eine grundlegende Kategorie der Geschichtswissenschaft begreift; vgl. ders. (2006), *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

³ „Streitlust – durch Umbruchzeiten befeuert?“ – so das *Evangelische Sonntagsblatt* vom 9. Okt. 2023. Der Titel bezieht sich auf eine Ausstellung der Franckeschen Stiftungen in Halle, die sich mit historischen u. gegenwärtigen Überschreitungen der Grenzen des wissenschaftlichen Disputs durch Diskreditierung, Schmähung und verbale u. bildliche Herabsetzung von Personen u. Positionen befasst; vgl. Susanne Borée, <http://www.evangelisches-sonntagsblatt.de/2023/10/09/streitlust-durch-umbruchzeiten-befeuert/> (Zugriff: 02/2024).

verbal zum Teil heftig, etwa in wissenschaftlicher und persönlicher Diskreditierung, sondern führt teils auch zu akademischer Marginalisierung und politischer Ausgrenzung, zu Diskriminierung und Verfolgung.

Dabei sprechen die Befürworter neuer Wissenschaftsansätze und Ordnungsmodelle – ideologisch wie politisch – China (oder bestimmten Aspekten Chinas) Gleichwertigkeit oder sogar Höherwertigkeit mit Deutschland/Europa zu und nutzen überdies ihre Erkenntnisse über China zur Stärkung ihrer kritischen Positionen gegenüber politisch-gesellschaftlichen und ideologischen Entwicklungen in der eigenen Gesellschaft. Demgegenüber tendieren ihre Kontrahenten dazu, ihre Gegenargumente und verbalen Angriffe zum einen auf das Konstrukt China (oder Teilaspekte desselben) zu richten und zum anderen auf die Gelehrten und Wissenschaftler, die ihr Wissen über China präsentieren und argumentativ in ihre Gesamtanalyse einbauen. Letzteres scheint angesichts der prinzipiellen Bedeutung der Auseinandersetzungen die Hauptsache zu sein. Die Kontrahenten suchen die China-Analysen und wissenschaftliche Qualifikation der Befürworter neuer Erklärungsmodelle insgesamt abzuwerten, titulieren sie – in den zur Diskussion stehenden Kontexten ist dies durchaus abwertend gemeint – als „Chinesenfreunde“ und „China-Versteher“ sowie als „Propagandisten Chinas“, werfen ihnen „Chinesierung“ bzw. insgesamt eine emotionale, ideologische oder politische Nähe zu China vor. Gelehrte und Wissenschaftler werden als Personifikation Chinas oder „der Interessen Chinas“ dargestellt, in der Periode der Aufklärung und im Kolonialzeitalter auch visuell mit sog. chinesischen Attributen in entsprechenden Karikaturen.

Die zu beobachtenden Narrative verdecken teilweise, dass es um den Umgang mit großen globalen und philosophischen Fragen geht: um die Akzeptanz der Gleichheit aller Menschen⁴ und um Gleichwertigkeit von Kulturen, Staaten und Völkern und – auf der wissenschaftlich-ideologischen Ebene – um die Toleranz unterschiedlicher Welterklärung und differierender Deu-

⁴ Mit dem gegenwärtigen Verfall dieser „selbstevidenten“ Wahrheit befasst sich jüngst der Philosoph Omri Boehm in seinem Werk *Radikaler Universalismus: Jenseits von Identität*, Berlin: Propyläen, 2022, der den Universalismus gegen „Identitätspolitik und selbstgerechte liberale Demokraten“ verteidigt, fasst Jens-Christian Rabe zusammen; siehe *Süddeutsche Zeitung*, 15. Sep. 2022.

tungsmuster. Dies sind Fragen, die Gelehrte in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert beschäftigen und die auch in späteren Umbruchzeiten bis in die Gegenwart – je den Zeitläuften entsprechend modifiziert – sich in der wissenschaftlichen Befassung mit China widerspiegeln. Zudem geht es heute um existentielle Fragen, um die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zur Lösung der großen globalen politischen und ökologischen Krisen. Um es holzschnittartig auszudrücken: Die positiven wie negativen China-Narrative und -Explikationen sind jeweils Teil des wissenschaftlich-ideologisch-politischen Selbstverständnisses seiner Protagonisten und dienen auch dazu, reale wissenschaftliche, politische und persönliche Interessen zu verschleiern (Pierre Bourdieu). Die Kämpfe um die Grundlinien und Ziele der Politik und um wissenschaftliche Erkenntnis und Deutungshoheit sind dabei eng miteinander verflochten.

Ich unterscheide im Folgenden vier ideologisch-politische Umbruchzeiten, in denen „China“ als Projektion und politischer Faktor bzw. Akteur in den Debatten eine wichtige Rolle zukommt. In der ersten und in der gegenwärtigen Phase hat China sogar einen gegenüber anderen Faktoren herausgehobenen Stellenwert.

1. Die Umbruchzeit der Frühaufklärung und Aufklärung im Vorfeld der Französischen Revolution im 17. und 18. Jahrhundert
2. Die Umbruchzeit des Vormärz und der bürgerlichen Revolution von 1848
3. Die Umbruchzeit der Weimarer Republik
4. Umbruch in der Gegenwart: der Zerfall unilateraler Weltordnung und Weltordnungsdebatten

Im Beitrag werden die politischen Kontexte und allgemeinen philosophischen Debatten jeweils, sofern zum Verständnis erforderlich, umrissen. Im Zentrum der Ausführungen stehen die China-Debatten der Gelehrten und Wissenschaftler/-innen, auch hinsichtlich ihrer spezifischen Repräsentationsfiguren. Welche unterschiedlichen Rollen werden in den jeweiligen Umbruchzeiten „China“ zugeschrieben, welchen Stellenwert nimmt „China“ in den weltanschaulichen und wissenschaftlichen Konzepten der Kontrahen-

ten in den Debatten ein? Nicht zuletzt stellt sich die Frage nach Kontinuitäten und Bruchstellen der China-Debatten in dem hier behandelten langen Zeitraum.

1. „Abgötterey“ und „Chinesenfreunde“: Zur Rolle Chinas in der Frühaufklärung und Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert

In der Umbruchzeit der Frühaufklärung, und Aufklärung, die auch als eine „Krise des europäischen Geistes“⁵ bezeichnet wird, kam China im deutschen wie im europäischen Diskurs erstmals eine zentrale Rolle zu. Seit der europäischen Expansion seit dem 16. Jahrhundert nahm bei der Konzeptualisierung des neuen Weltbildes, wie in der Ausformung der Politik, das reale und perzipierte China gegenüber anderen Ländern eine besondere Stellung ein. Die „Entdeckung“ der wohlhabenden, technologisch hoch entwickelten wirtschaftlichen Weltmacht, einer Gesellschaft mit einer hochentwickelten alten geistigen Kultur, mit sozialer Mobilität, einem Beamtensystem und einer gut organisierten Verwaltung (Chang 1994, 80),⁶ stellte eine umfassende Herausforderung und zugleich Chance dar zunächst für diejenigen Gelehrten, die in der Frühaufklärung das biblische Weltbild mit seinen Narrativen vom Ursprung der Geschichte, von der Ursprache und den Determinanten naturwissenschaftlicher Interpretation und gesellschaftlicher Organisation hinterfragen wollten.

In dieser Phase des „Zusammenbruchs des mittelalterlichen Ordo-Denkens, hervorgerufen durch ein Bündel von Faktoren, unter ihnen der Fortschritt der Naturerkenntnis, die Entdeckung neuer Welten im Verlauf der kolonialen Expansion und das Zerreißen der Einheit der christlichen Zivilisation im Zuge der Religionskonflikte“, suchten die Aufklärer „gegen den Autori-

⁵ So der Titel von Paul Hazard (1939), Hamburg: Hoffmann u. Campe.

⁶ Vor allem jesuitischen Missionare bestimmten mit ihrer Tätigkeit in China und der Fülle ihrer Berichte eine weitgehend positive Perzeption des Landes; sie stellten in einer entscheidenden Phase ideologisch-politischen Umbruchs kritischen Reformern in ihren Heimatländern eine argumentative Quellenbasis bereit. Allein zwischen 1650 und 1700 erschienen 38 Monographien über China; vgl. S. John Parker (1978), *Windows into China: The Jesuits and their Books*, Boston: Trustees of the Public Library of the City of Boston.

tätsanspruch der christlichen Konfessionen, der in die blutige Unterdrückung alles Abweichenden geführt hatte, nach einer freieren Form von Religiosität oder, radikaler, nach der Befreiung von Religion überhaupt. In beiderlei Hinsicht eröffnete China eine Option“ (Roetz 2021). Gerade die frühen Aufklärer nahmen eine Schlüsselrolle im langen Prozess der Säkularisierung des Weltbildes und der Entwicklung der Wissenschaft ein. Im Ergebnis der Interaktionen von jesuitischen China-Berichten, frühen Chinawissenschaftlern und auf Reformen und Veränderung drängenden Gelehrten und Politikern entdeckten die Aufklärer „China als Verbündeten im Kampf gegen das Monopol der christlichen Offenbarung“ (Roetz 2021).

Andreas Müller und Christian Menzel: „Abgötterey“

Das traf auch auf den Orientalisten Andreas Müller (1630-94) zu.⁷ Er befasste sich eingehend mit Texten von Reisenden und jesuitischen Missionaren über China, einschließlich chinesischsprachiger Texte, und versuchte, zuletzt im Auftrag des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich Wilhelm (1620-88), der seine Handelspläne in Bezug auf China durch den Aufbau einer Bibliothek chinesischer Schriften flankierte, neues Wissen zu erschließen und der Gelehrtenwelt zugänglich zu machen. Müller trug wesentlich zur Ergänzung des „immer schärfere Konturen annehmende europäischen China-Bildes“ bei, etwa durch die im Jahr 1671 erfolgte sorgfältige Edierung einer lateinischen Neuausgabe des Marco Polo Berichts über seine Reise nach China im 13. Jahrhundert (Noack 1995, 7), der bekanntermaßen China als reiches und wohlhabendes Land sehr positiv darstellte. Auch Müllers 1672 veröffentlichte Schrift zur wiederentdeckten Nestorianersteile von Xi'an aus dem Jahr 781 n.Chr. erregte „großes Aufsehen, weil man durch sie eine frühe Tätigkeit christlicher Missionare im Fernen Osten belegen konnte“ (Noack 1995, 8).

⁷ Ausführlich zu Müllers außerordentlicher wissenschaftlicher Tätigkeit und dessen Einbindung in europäische Gelehrten-Netzwerke, siehe Noack 1995.

Es war genau diese Beschäftigung mit einem positiv dargestellten China und seiner Schrift – und nicht vornehmlich Müllers uneingelöstes Vorhaben eines „Chinesischen Schlüssels“, einer angeblich einfachen Methode zur Erlernung der chinesischen Schrift⁸ – die den politischen Gegenspielern Müllers in den hitzigen konfessionspolitischen Auseinandersetzungen zwischen Lutheranern und Reformierten zur öffentlichen Polemik diene. Bereits Müllers Berufung als Propst war als Schwächung des lutherischen Einflusses durch den Kurfürsten betrachtet worden. Müller war als „Synkretist“ beschimpft worden und hatte sogar, vergeblich, um seine Entlassung ersucht (Noack 1995, 6). Diese „Querelen“ weiteten sich nun aus.

Der Theologieprofessor Elias Grebnitz hatte bereits 1678 gegen Müller und den Gebrauch der chinesischen Schrift polemisiert, da sie als Bilderschrift bei der Nennung des Namens Gottes gegen ein reformiertes Gebot verstoße und deshalb Teufelswerk sei. Noch bevor Müller seine Antwort auf Grebnitz⁹ öffentlich gemacht hatte, verfasste dieser das Pamphlet „Verthädigung Gegen den Anzüglichen Tractat / Worinnen M. Andreas Müller Präepositus Berlinensis seine ungelährte Anstechung des Unterrichts von der Reformirten und Lutherischen Kirchen unter der Decken Eines Unterrichts von der Chinäsischen Schrift und Druck verbergen wollen“. Grebnitz diskreditierte Müller „in besonders ausfallenden Worten nicht nur der Ungelehrtheit und falschen Schrifterklärung, sondern auch des Bilderdienstes und der Heuchelei und warf ihm endlich sogar Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung vor“. (Noack 1995 13) Er charakterisierte die chinesische Schrift als „durch Gottes Verhängnis vom Teuffel eingeführet, damit der die elende Leute in der Finsterniß der Abgötterey desto mehr verstrickt halte.“¹⁰

⁸ Dazu äußerten sich insbesondere Chinakundige, u.a. Leibniz und Kircher, kritisch; vgl. Noack 1995, 12.

⁹ ANDR. MÜLLERI Greiffenhagii (1680) *Besser Unterricht Von der Sineser Schrift und Druck / Als etwa in Hn. D. ELLÆ Grebenitzen Unterricht Von der Reformirten Und Lutherischen Kirchen enthalten ist. Psalm. LXXIX.21. Ich wartete / obs jemand jammerte / aber da ist niemand.* Berlin.

¹⁰ Zitiert nach Bräuner 1987:15. Müller antwortete darauf erst nach Grebnitz' Tod: ANDREÆ MÜLLERI GREIFFENHAGII (1683) *Unschuld wieder Hn. Dr. Elias Grebnitzen Beschuldigungen. (Titel Bl. 2:.) ANDREÆ MULLERI Greiffenhagii Unschuld / ge-*

Auch wenn es bei dieser Polemik, die wohl zum kurfürstlichen Druckverbot und letztlich zu Müllers Rücktritt von seinem Amt als Probst der Nicolaikirche und de facto China-Experte des Kurfürsten im Jahre 1685 führte (Bräuner 1987, 12ff; Noack 1995, 13), auch um Machtkämpfe zwischen unterschiedlichen kirchlichen Gruppen ging, so lag diesen doch die weitaus größere Problematik zugrunde, die China für die Wahrer der biblischen Weltklärung darstellte: Die Charakterisierung der chinesischen Schrift als „Bilderschrift“ – und damit des Teufels – sollte die biblische Idee vom Ursprung der Welt, einer biblisch universalhistorischen Überlieferung, und einer Ursprache, aufrechterhalten. Genau dieses hatten die jesuitischen Berichte und Übersetzungen chinesischer Texte, in denen die Existenz einer eigenen chinesischen Chronologie und einer eigenständigen Sprach- und Schriftzeichenentwicklung deutlich geworden war, in Zweifel gezogen.¹¹

Auch Christian Mentzels (1622-1701) Chinastudien als Nachfolger Müllers sind im Kontext der Frühaufklärung zu sehen. In seinem Werk zur chinesischen Chronologie¹² suchte er, im Anschluss an und in Übernahme der Daten von Philipp Couplet (1623-93) die Widersprüche zwischen biblischer und chinesischer Chronologie, die sich insbesondere an der biblischen Sintflut festmachte, aufzuheben, indem er die Berichte über den Urkaiser Fu Xi

gen die hefftige Beschuldigungen / die in Herrn D. Elias Grebnitzen / Professoris, und der Theologischen Facultät Senioris, auff der Churfl. Brandenb. Universitet zu Francfurt an der Oder / so genandten Verthädigung / enthalten seyn / numehro mit gnädigster Genehmigung Sr. Churfl. Durchl. zu Brandenburg / etc. etc. etc. An des Tages Licht gebracht. I. Pet. III.9. Vergeltet nicht Schelt = Wort mit Schelt = Wort. Phil. IV.5. Eure Lindigkeit lasset kund seyn allen Menschen. Matth. V.44. Segnet / die euch fluchen. Stettin / In Verlegung des Autoris, Gedruckt bey Seel. Michael Höpfners / Königl. und Rahts = Buchdruckers / nachgelass. Wittwen / i.J. 1683. Stettin.

¹¹ Müller gelang es in den nachfolgenden Jahren nicht, für die Fortführung seiner Studien und die Übernahme seiner Manuskripte und der umfangreichen Bibliothek Unterstützung zu finden, so dass er – außerordentlich verbittert – einen Großteil seiner Schriftstücke u. Korrespondenzen gegen Ende seines Lebens vernichtete; vgl. Noack 1995:16f.

¹² Ders. (1696), *Kurtze Chinesische Chronologia oder Zeit-Register/ Aller Chinesischen Käyser: Von ihrem also vermeinten Anfang der Welt bis hieher zu unsern Zeiten/ des ... 1696sten Jahres; In einer richtigen Ordnung von Jahren zu Jahren/ ... auch mit zween Chinesischen erklärten Tafeln der vornehmsten Geschichten von ihrem Anbeginn der Welt/ Gezogen aus der Chineser Kinder-Lehre Siao Ul Hio oder Lun genandt*, Berlin: Rüdiger.

als überlieferte Legenden interpretierte, in denen Spuren biblischer Wahrheit zu finden seien. So ließen Couplet/Mentzel die chinesische Geschichte etwa 300 Jahre vor der Sintflut beginnen und suchten eine Korrelation herzustellen, um – noch einmal – die biblische Wahrheit gegen die ketzerischen Thesen Isaak de la Peyreres (1596-1676) von 1655 zu den Präadamiten – also der These, dass es bereits vor Adam Menschen auf der Erde gegeben habe – zu verteidigen (Bräuner 1987, 18f.).

Kircher und du Halde: Chinabilder und Jesuitenporträts

In diesen Fehden spielte Athanasius Kirchers weit verbreitetes Werk *China Illustrata* (1670) eine zentrale Rolle. Auch Kircher hatte versucht, das neue Wissen, für das China stand, mit der biblischen Überlieferung zu harmonisieren. Er hatte die These von einer Besiedlung Chinas durch Noahs dritten Sohn Cham aufgestellt, welcher mit seinem Stamm von Ägypten aus das Land besiedelt habe, und vertrat unterstützend die These, dass die chinesische Schrift von ägyptischen Hieroglyphen abstamme (Bräuner 1987, 9f.).

Doch Kirchers Werk nahm auch hinsichtlich der Darstellung Chinas als Muster staatlicher Souveränität gegenüber kirchlicher Machtausübung in den absolutistischen Ständestaaten Europas eine wichtige Rolle ein (Chang 1994, 42f. u. 85). In seiner Rezeption Chinas spielten die Charakterisierungen und Darstellungen gelehrter jesuitischer Missionare des 17. Jahrhunderts eine wichtige Rolle. Sie waren ja die entscheidenden Mittler des neuen Wissens und damit Legitimationsbasis für die sich herausbildenden Ideen der Aufklärung und gesellschaftlicher Reformen. Insbesondere ihre bildliche Repräsentation als hohe Beamte des chinesischen Reiches war – im positiven China-Narrativ – zugleich Ausdruck einer sozialen und kulturellen Aufwertung als Gelehrte. Damit begründete Kircher den Topos von Europäern im chinesischen Gewand und im übertragenen Sinne von der „Anverwandlung“ von Europäern an China, also von deren Anpassung an die chinesische Kultur (Chang 1994, 63).

Zentrales Element der Aufwertung war die prachtvolle chinesische Kleidung, einschließlich der Kopfbedeckung. Sie entsprach zumeist den jeweiligen Beamtenrängen ihrer Träger. Prototypisch ist das bis heute wohl be-

kannteste Porträt eines in China tätigen Europäers: das Porträt Adam Schall von Bells (1591-1666).¹³ Der Leiter des Astronomischen Hofamtes, der u.a. die zentrale Kalenderreform in China (Chang 1994, 42f.) durchsetzte, wurde in kostbaren chinesischen Gewändern¹⁴ des 5. Beamtenranges und mit entsprechender Kopfbedeckung dargestellt, allerdings mit europäischen Gesichtszügen (Abb. 1). Sein Porträt stand bei Kircher als Sinnbild für kulturelle Toleranz (Chang 1994, 76) und unterstrich den Vorbildcharakter Chinas insgesamt – auch die Faszination für das Land. Schall von Bell wurde darüber hinaus auch als moderner Wissenschaftler gezeichnet, deutlich durch die dem Porträt beigegebenen euro-päischen Instrumente, die für neue Technologien stehen. So evokiert die Abbildung einmal Schalls großen Einfluss am Kaiserhof und entsprechende Gefühle des Stolzes, zum anderen auch die europäische Idealvorstellung von Wissenschaftlern, „wonach der Staat sich der Fähigkeiten von gebildeten Literaten und Philosophen bedient“ (Chang 1994 15, 45).



Abb. 1: Adam Schall von Bell, Kupferstich.

In der Tradition Kirchers steht Jean Baptiste du Halde's Werk *Ausführliche Beschreibung des Chinesischen Reichs und der großen Tartarey*,¹⁵ eine Zusammenfassung jesuitischer Wissensproduktion zu China. Dem Buch ist ein ganzfiguriger Kupferstich der drei wichtigsten jesuitischen Missionare

¹³ Der Kupferstich stützt sich vermutlich auf eine chinesische Vorlage; vgl. *Europa und die Kaiser von China*, 1985, 112 u. 273.

¹⁴ Der Schnitt kommt dem chinesischen Original recht nahe, die Ornamentik ist allerdings nicht chinesisch oder mandschurisch, sondern eine Kreation des Künstlers, s. Chang 1994, 9f.

¹⁵ Bd. 1-3, Rostock: Koppe 1747-49; zuerst 1735 auf Französisch erschienen.



Abb. 2: Matteo Ricci, Adam Schall von Bell, Ferdinand Verbiest, *Kupferstich*.

beigegeben, die, ähnlich wie bei Kircher, bis zur Gegenwart die Jesuitenmission und den interkulturellen Austausch repräsentieren (Abb. 2). Neben Schall waren es Matteo Ricci (1552-1610) und Ferdinand Verbiest (1623-1688), Ratgeber des Kaisers Kangxi, die jeweils mit ihren wissenschaftlichen Instrumenten und in prachtvoller Beamtenkleidung bzw. Ricci mit dem Kreuz und in der Kleidung eines konfuzianischen Gelehrten (*Europa und die Kaiser von China*, 1985, 138, 271) dargestellt wurden. Diese visuelle Repräsentation setzte die von Kircher begründete Aufwertung der Jesuiten fort. Das traf auch auf Darstellungen anderer Jesuiten zu, wie des Kircher-Schülers, Kartographen und Beamten Martinus Martini (1614-61)¹⁶, und Ignaz Kögls (1680-1746), der seit 1720 kaiserlicher Hofastronom und Beamter 2. Ranges war¹⁷. Diese visuellen Repräsentationen hatten als Ausgangslage auch die Selbstrepräsentationen der Jesuiten als Chinesen. Ricci beispielsweise hatte dies einem Freund gegenüber so ausgedrückt:

¹⁶ Porträt Martino Martinis aus dem 17. Jh.: [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Martino_Martini_\(1614-1661\).jpg](http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Martino_Martini_(1614-1661).jpg) (Zugriff: 03/2024).

¹⁷ Kögler sah, wie andere Jesuiten, seine Überlegenheit auf wissenschaftlichem Gebiet als Beweis für die Überlegenheit des Christentums; vgl. Hans Holzhaider (2017), „Ein Bayer deutet dem Kaiser von China die Sterne“, *Süddeutsche Zeitung*, 4. Jan. 2017, <http://www.sueddeutsche.de/bayern/historische-reisen-ein-bayer-deutet-dem-kaiser-von-china-die-sterne-1.3228220> (Zugriff: 03/2024).

*We have become Chinese in dress, mien, ceremony, and all outward appearances.*¹⁸

In dieser aufwertenden Tradition der Aneignung von „China“ und „Chinesischsein“ ist auch die Anrede als „Kaiser von China“ in manchen Briefen Voltaires an Friedrich den Großen (1712-1786) einzuordnen. Dieser griff nicht nur die Zuschreibung auf (Hsia 1985:374), sondern imaginierte sich selbst in seiner Schrift als Chinesen auf Europareise. Der zum Kreis Friedrichs gehörende Marquis d’Argens diente ihm mit seinen einflussreichen 150 *Chinesischen Briefen*, die in den Jahren 1739/40 in ganz Europa verbreitet wurden, als Vorbild. D’Argens bestärkte die aufklärerische Sicht, dass „die Männer aller Kulturen und Länder gleichberechtigte Mitglieder einer universalen Zivilisation der Vernunft“ seien. So wurde im „Chinesen“ nicht nur „sein Ebenbild“ gesehen, sondern „sein Wunschbild“: „Der Chinese ist derjenige, der er selber gern wäre“ (Friemuth 2012, 39 u. 47). Preußen wurde gar zum „China Europas“ erklärt.¹⁹

Dem frühen Aufklärer Kircher, dessen Gesellschaftskritik am europäischen Despotismus sich im Schall-Porträt symbolisch verdichtet, und den Vertretern der Aufklärung insgesamt schlug harsche Kritik entgegen – teils mit politischen Konsequenzen. Zum einen hielt man ihnen das Argument von der Nicht-Vereinbarkeit einer Funktion als Beamter in einem nicht-christlichen Staat und gar der Beteiligung an der chinesischen Kalenderreform mit der eines katholischen Missionars (Chang 1994, 69) entgegen; zum zweiten den Vorwurf der Gleichstellung des Systems chinesischer Ethik, die menschlichen Bedürfnissen angemessen sei, mit dem christlichen System (Chang 1994, 74) oder gar die Annahme einer Überlegenheit der Chinesen im Bereich der „praktischen Philosophie“, wie sie von Leibniz vertreten wurde und von Christian Wolff (1679-1754), „der die Weichen für die Philosophie der Aufklärung stellte“²⁰ (Bräuner 1987, 23).

¹⁸ Zitiert nach G. Wright Doyle, „Matteo Ricci“, <http://bdconline.net/stories/ricci-matteo> (Zugriff: 05/2024).

¹⁹ So der zum Kreis Friedrichs zählende französische Arzt in seiner Streitschrift *Ouvrages de Pénélope*, Berlin, 1750, zit.n. Friemuth 2012, 28.

²⁰ Henrik Jäger (2012): Konfuzianismusrezeption als Wegbereitung der deutschen Aufklärung, <http://www.uni-hildesheim.de/media/fb2/philosophie/JägerAZP-Artikel.pdf> (Zugriff: 04/2024).

Christian Wolff: Verbannung und „Schaden für die Universität“

Eben das war das Problem: die Gleichstellung chinesischer Philosophie, namentlich des Konfuzius, mit abendländischer Philosophie, namentlich des Sokrates,²¹ bzw. mit dem Christentum oder Aspekten desselben und die damit einhergehende Kritik am europäischen Politik- und Gesellschaftssystem, in der China als positives Gegenbild gezeichnet wurde. Diese Aufklärungsphilosophie des „gefährlichen Neuerers“ Christian Wolff wurde für die Studenten der Universität Halle attraktiv, die „an der Gottseligkeit“ des „Schulmajors“, d.i. Joachim Lange, „keinen Geschmack mehr fanden“, zumal die Pietisten unfähig waren, Wolff „wissenschaftlich zu widerlegen“.²²

Wolff hatte – bei der Übergabe des Prorektorats an den Theologen Lange – in seiner Rede zur chinesischen „philosophia practica“ von einer seiner eigenen Philosophie gleichgestellten konfuzianischen Ethik gesprochen, die nicht an „die Offenbarungsgewissheiten der jüdisch-christlichen Tradition gebunden“ sei (Jäger o.J.), sondern „sittliche Wahrheiten aus Vernunftgründen herzuleiten“ suche (Alwast 1982, 548). Das war für ihn ein Beleg dafür, dass Moral ohne Religion möglich sei und richtete sich gegen den „Eifer der Lutheraner und Catholicken“ (Roetz 2021). Nach langjährigen Bemühungen Wolffs, die Philosophie als Leitwissenschaft zu etablieren, proklamierte er nun, mit dem China-Argument, selbstbewusst den Universalitätsanspruch einer von der Theologie unabhängigen Philosophie (Hänbler/Stiller 2022, 34). Seine Kontrahenten, die die Theologie als Leitwissenschaft verteidigten, deuteten diese Thesen als notwendigerweise zum Atheismus führendes Bündnis mit einer heidnischen Lehre gegen die herrschende Theologie (Roetz 2021) – und als mit den christlich begründeten Grundwerten des Staates unvereinbar.

Der Vertreter eines „aggressiven Franckeschen Pietismus“ (Alwast 1982, 548), der Hallenser Theologieprofessor Joachim Lange (1670-1744) warf Wolff „Gottlosigkeit“²³ vor und verfasste u.a. seine „*Causa Dei adversus*

²¹ Die Gleichsetzung von Konfuzius mit Sokrates geht zurück auf Nicolas Trigault 1615, vgl. Friemuth 2012, 62ff.

²² Tschackert 1883, 634f.

²³ Vorgetragen vom Pietisten Joachim Lange, zit.n. Bräuner 1987, 24.

atheismum ...“ (1723) gegen Wolff, in der er „die Bindung des Denkens an vorgegebene Wirklichkeit, vorab die religiös-sittliche, betonte“ (Alwast 1982, 548). Damit stand er an der Seite August Herman Franckes (1683-1727), der das Christentum als eine „Beschaffenheit der Persönlichkeit“ verstand und „die individuelle Frömmigkeit zum ausschließlichen Lebenszwecke des Menschen“ machen wollte, während „Wissenschaft, Kirche und Kultur ignoriert“²⁴ wurden. Francke machte seinen politischen Einfluss am preußischen Hof geltend und erwirkte einen Kabinettsbefehl Friedrich Wilhelms I., der Wolff 1723 seines Amtes enthob und ihn verbannte, bei Strafe des Stranges. Wolff verließ Halle umgehend.

Lange gelang es noch im gleichen Jahr, seinen ältesten Sohn als Wolffs Nachfolger berufen zu lassen.²⁵ Ein weiterer Gegenspieler Wolffs, Daniel Strähler (1690-1750), erhielt die Professur eines ursprünglich von Wolff protegierten, nun abgesetzten Philosophen. Auch bezüglich weiterer Personalfragen konnte Francke in den Folgejahren seine ihm theologisch-philosophisch nahestehenden Kollegen installieren und andere absetzen lassen. Wolffs Schriften wurden zudem aus preußischen Landen verbannt (Edelmann 2022, 87ff.). Selbstredend hatte der vordergründig philosophische Konflikt seine materiellen und persönlichen Aspekte. Die in der Gelehrtenöffentlichkeit ausgetragene *causa Wolff* wurde in ihren Streitformen bestimmt durch eine Personalisierung des Konflikts, durch wechselseitiges „Absprechen von Kompetenz und Autorität“, ironisierende Lächerlichmachung und die – nach Verbannung – versuchte Legitimierung derselben mit Wolffs Charaktereigenschaften. Zugleich erfolgten Proklamationen einer vorgeblichen Unparteilichkeit (Brodthage/Voß 2022, 43 u. 47). Die Theologische Fakultät sprach von einem „Schaden für die Universität“, die Wolff mit seinen Schriften und „Lectionen“ angerichtet hätte (Edelmann 2022, 78f.). Studierende, die Wolffs Vorlesungen besuchten, wurden von Francke zu Gesprächen zitiert (Bölke/Großmann 2022, 68). Auch Spottgedichte

²⁴ Tschackert 1883, 634f.

²⁵ Erst 1740 wurde Wolff eine Rückkehr nach Preußen bzw. Halle zugestanden, siehe dazu Alwast 1982, 548f.

wurden geschrieben und später veröffentlicht.²⁶ – Wolff suchte sich gegen die „Lästerungen und Verleumdungen“, wie sie besonders in den *Hallischen und Jenaischen Streitschriften* standen, zu verteidigen:

Allein ich habe zur Gnüge gewiesen, daß nicht ein wahres Wort darinnen enthalten, sondern so offenbare Verleumdungen, dass man sich wundern muß, wie Menschen sich soweit vergehen können. (Ludovici 1737: 62)

Hinter den Vorwürfen der Wolff-Gegner stand die Furcht, durch ein moralisches Zugeständnis an die Gleichrangigkeit Chinas – in Verbindung mit der Verbreitung des neuen heliozentrischen Weltbildes – könne das Christentum seine Identität und seine Deutungshoheit in der Wissenschaft verlieren. Während dieser besonders für die europäischen Gelehrten wichtigen politischen Auseinandersetzung, kulminierend im sog. Ritenstreit, betonte der Kangxi-Kaiser die Allgemeingültigkeit ethischer Prinzipien und sprach von „einer Sitte, die der ganzen Welt gemeinsam sei“ (Chang 1994, 74ff.).

Auch andere Kritiker der sich abzeichnenden fundamentalen ideologisch-politischen Veränderungen nahmen das in der Aufklärung funktional integrierte China-Narrativ und seine Protagonisten in den Blick. Die Philosophen Montesquieu (1689-1755) und Jean-Jacques Rousseau (1712-78) suchten 1748 bzw. 1750 ein Gegenarrativ zu etablieren, gestützt u.a. auf den 1748 publizierten Bericht des Weltreisenden Lord Anson (1697-1762). Dieser hatte ausgehend von Schilderungen des praktischen Verhaltens von Chinesen diesen, wie China insgesamt, negative Charakteristika zugeschrieben. China sei entgegen der positiven Jesuiten-Berichte eine Nation mit einer „betrügerischen und egoistischen Gemütsart“. Es sei überdies eine Nation von Feigheit, die parallel einer „Verwilderung der Sitten“ gesetzt wurde. Diese wiederum betrachtete Montesquieu „als eine gemilderte Form der Despotie – also der Herrschaft durch Furcht“. Rousseau wiederum schloss von der den Chinesen zugeschriebenen Feigheit auf einen Zustand der Sklaverei in China (Friemuth 2012, 55ff.).

²⁶ Ludovici 1737, 182. Das Gedicht wurde anlässlich einer Promotion in Leipzig mit dem Titel *Von der höchstgefährlichn, Seel und Leib schädlichen neuerlichen mechanischen Philosophie* verfasst: „Verläumdung, Lästerung, nebst Schimpffen, Lügen, Schmähn / Sind lauter Tugenden, sofern sie nur geschehn / Um die verdammlichen aus Noth ergriffnen Lehren / Von einer bösen Welt, voll Kühnheit zu zerstören.“

Andere Kontrahenten des aufklärerischen China-Narrativs verwiesen nach dem Erscheinen der vielbändigen Briefe und Berichte der Jesuiten auf Widersprüche in deren Chinadarstellung und suchten die jesuitische Version des Ritenstreits zu revidieren. So der Philosoph und Anti-Kantianer Christoph Meiners (1747-1810), der den Anfang der chinesischen Nation „nur eine oder zwey Generationen vor den Yao“²⁷ ansetzte und damit wiederum die chinesische Chronologie in Einklang mit der biblischen brachte. Er polemisierte gegen die „übertriebene Bewunderung dieser Asiaten“ und „Lobredner der „Sinesen“²⁸, gegen die Versuche der Jesuiten „China und die Chinesen mit einem verschönernden Schleier zu umziehen“ und gegen die „Anmaassungen“ der „Chinesenfreunde“.²⁹ Mit dem Begriff „Chinesenfreunde“ sollten die Jesuiten diskreditiert werden, ein Klischee, welches in den nachfolgenden Perioden immer wieder aufgegriffen wurde.

Der in Kirchers Werk und in seinem Schall-Porträt zum Ausdruck kommende aufklärerisch-humanistische Kulturrelativismus – und die diesem innewohnende Abkehr vom christlichen Eurozentrismus – dominierte die Ideen der Aufklärung im 18. Jahrhundert und den damit einher laufenden Prozess der Säkularisierung der Wissenschaft. Hier hatte auch Immanuel Kant (1724-1804) mit seiner ambivalenten China-Perzeption einen Anteil. Zwar äußerte er sich über Gesellschaft und Politik des chinesischen Reiches, den jesuitischen Darstellungen folgend, positiv und sprach vom „kultiviertesten Reich der Welt“. Doch Moral und Gesinnung von Chinesen wertete er, ebenfalls den Darstellungen von Handelsreisenden folgend, negativ. Kant sprach Chinesen nun Tugend ab und betrachtete die gesamte Nation, einschließlich des Philosophen Konfuzius, als unfähig, sich zu Ehre und Pflicht zu bekennen (Hsia 2001).³⁰

²⁷ Bergmann/Meiners 1778: 317f.

²⁸ Ebd., 3f.

²⁹ Christoph Meiners (1796), *Betrachtungen über d. Fruchtbarkeit, oder Unfruchtbarkeit, über d. vormahligen und gegenwärtigen Zustand d. vornehmsten Länder in Asien*, Bd. 2, Lübeck/Leipzig: Bohn, zit.n. Bräuner 1987, 25.

³⁰ Kant rezipiert hier wohl Pierre Sonnerat (1748-1814), der in *Voyage aux Indes Orientales et à la Chine* (1782) – deutsch: *Reise nach Ostindien und China 1774-81* (1783) – das jesuitische Chinabild verworfen und mit seinen Negativschilderungen, einschließ-

Die Kant'sche Ambivalenz war Ausdruck des sich bereits vollziehenden politisch-ideologischen Übergangs von der Aufklärung und der Gleichheitsidee der Französischen Revolution zum Kolonialzeitalter. Dieses war gekennzeichnet durch eine legitimatorische Perspektive auf die zu kolonisierenden Völker, nun auch China, als niederen Ranges, die es zu zivilisieren galt. Als fast hundert Jahre später Nietzsche Kant als „Chinesen von Königsberg“ titulierte und vom „Königsberger Chinesentum“ sprach,³¹ war die koloniale Expansion und Ausbeutung bereits in der Hochphase und auch die Sicht auf China und Chinawissenschaftler hatte sich fundamental geändert: die Zuschreibung „Chinesen“ besaß inzwischen negative Züge.

2. Als „Chinesen“ karikiert: Neumann wider die „Hegel'sche Partei“, 1830er/40er Jahre

Im Jahr 1846 wird in der Tradition der Jesuiten-Porträts als „chinesische“ Beamte einer der ersten Sinologen in Deutschland, Karl Friedrich Neumann (1793-1870), von dem Dichter und Karikaturisten Franz von Pöck (1807-76) als „Chinesen“ dargestellt (Abb. 3). Es ist allerdings eine Karikatur mit neuem, exotisierenden und zugleich abwertenden Bedeutungsinhalt. Der „Chinesen“ Neumann trägt einen verzierten chinesischen Kegelhut, der in anderen Karikaturen dieser Jahre ebenfalls auftaucht und „Chinesen“ bzw. „Chinesischsein“ visuell repräsentierten. In einer anderen Karikatur Pöck's wird Neumann ebenfalls als Chinesen gezeichnet, dargestellt wiederum mit dem Kegelhut, aus dem ein langer Zopf hervorlugt, und in einem prachtvollen Beamtenkleid, welches in seiner Buntheit einer Kasperlefigur nachempfunden ist (Abb. 4). In dieser Karikatur sitzt Neumann auf einem hohen Sockel, der mit einigen Strichen – wohl Schriftzeichen andeutend – und dem Wort „Tschao“ China symbolisiert. Der Sockel wird von einer kleinen europäisch aussehenden Figur am rechten Rande „beschissen“. Der große Neumann und der Sockel „China“ werden zwar nicht gestürzt, aber auf schändliche Weise durch die „kleinen“ Europäer abgewertet.

lich der Abwertung von Konfuzius, die neue koloniale Sicht auf China mit „vorgeformt“ hatte; vgl. Hsia 1985, 384f.

³¹ Friedrich Nietzsche (1990 [1887]), „Jenseits von Gut und Böse. Zur Genealogie der Moral“, in: *Das Hauptwerk*, Bd. III, München: Nymphenburger, 662.



Abb. 3: Karl Friedrich Neumann, Franz von Elholtz und Franz von Pocci (v.l.).
Aus: *Archiv der Zwanglosen*.

Neumanns Gesicht ist halb chinesisch mit angedeuteten „Schlitzaugen“ gezeichnet, aber mit einer großen Hakennase, die entsprechend den inzwischen verbreiteten rassentheoretischen Stereotypen für typisch jüdisch stand. Pocci war wie Neumann Mitglied der Münchener Gesellschaft der Zwanglosen, einer gemäßigten konstitutionellen Gruppe von Dichtern und Schriftstellern, die ein freieres geistiges Leben mit liberalen politischen Bestrebungen zu verbinden suchte (Dickerhof 1978, 309f.).

Die Karikierung Neumanns als exotischen „Chinesen“ durch einen Dichterfreund ist nicht lediglich ein kollegialer Schalk des Kasperlstücke-Schreibers Pocci. Hier zeigt sich im nach-aufklärerischen Zeitalter die Tendenz, dass der Exotisierung Chinas und sich mit China befassender Europäer zugleich eine Abwertung inhärent war.³²

³² Diese Abwertung zeigt sich auch in anderen Karikaturen dieser Zeit. Deren Urheberschaft ist unklar, evtl. ist es ebenfalls Pocci. Eine Karikatur aus dem Jahr 1846 mit dem



Abb. 4: Karl Friedrich Neumann als „Chinese“

Letztere wurde noch dadurch verstärkt, dass sie mit einem jüdischen Klischee kombiniert wurde – Neumann war zum Protestantismus konvertierter Jude. Die Zeichnung Neumanns als gebildeten Chinesen in bunten Gewändern knüpft zwar an die positive Darstellung der Jesuiten an. Doch ist mit der gesamten visuellen Repräsentation die inzwischen wissenschaftlich und politisch dominante Abwertung Chinas ins Bild gesetzt: ein „chinesischer“ Neumann, der zusieht, wie China „angeschissen“ wird. In der nachfolgenden Restaurationsphase – und nach der politisch motivierten Entlassung aus seiner Professur – sollte auch

Neumann selbst sich der neuen Sicht auf China als Hort der Despotie und als koloniales Objekt anschließen.

Die Umbruchzeit vor 1848 allerdings war noch geprägt von heftiger politischer und weltanschaulicher Polarisierung um Revolution und Aufrechterhaltung des Status Quo im Inneren und um den Umgang mit China und anderen Völkern und Kulturen nach außen. In der Innenpolitik waren es Kämpfe für republikanisch-bürgerliche, demokratische Freiheiten, insbesondere Pressefreiheit, soziale Emanzipation und nationale Einheit, gegen die ungleiche Ständegesellschaft und autokratische Fürstenherrschaft, in der China als argumentativer Bezugspunkt diene. In Bezug auf den Um-

Titel *Deutsch-chinesische Stiftung zu Cassel zur Bekehrung und Beglückung der Chinesen* verspottet die Mission und die Missionare: Auf einem Podium suchen deutsch gekleidete Männer und Frauen, allerdings mit den China symbolisierenden Kegelhüten und/oder langen Zöpfen und einem großen Spendenkessel untenstehende Zuschauer anzusprechen. Die Unterschrift lautet: „Das Direktorium fordert seine glücklichen Landsleute zu Theilnahme auf.“ (Siehe *Fliegende Blätter*, 4:86, 112.)

gang mit anderen Völkern, speziell China, ging es nun nicht mehr allein um den Stellenwert Chinas und dessen Nutzung in Welterklärungssystemen, sondern auch um die konkrete Politik gegenüber China, nämlich um die Frage der Nationalstaaten und deren koloniale Expansionspläne. Diese Debatten wurden ausgetragen auch innerhalb der sich herausbildenden kleinen Gruppe von Wissenschaftlern, die sich vornehmlich über die Kenntnis der Schriftsprache als Sinologen definierte und Deutungsmacht über China innerhalb des Fachs und der akademischen Community insgesamt beanspruchte. Die neue Sicht auf China als mit Europa nicht gleichrangig lief mit dem Beginn der Professionalisierung der wissenschaftlichen Befassung mit China, also der Sinologie, parallel. Neben den Bemühungen um Behauptung in der wissenschaftlichen Community als Sinologen, wobei als Kernkompetenz das Verständnis der chinesischen Schriftsprache und entsprechend „korrekte“ Übersetzungen von Texten zählte³³, gab es einen zweiten Aspekt. Dieser bezog sich auf die ideologisch-politische Ebene, nämlich die Sicht auf China, das China-Narrativ, und den Stellenwert, der China als Argumentationsgrundlage bei der Verfolgung der eigenen beruflichen und politischen Ziele in Deutschland zugemessen wurde. Die Beibehaltung des von Gleichrangigkeits-Ideen geprägten aufklärerischen China-Narrativs wurde mit dem „kolonialen“ Narrativ, welches das Gleichrangigkeitsprinzip nicht für außereuropäische Völker gelten lassen wollte, Teil politischer Widerständigkeit gegen herrschende Strukturen und Ideen.³⁴

Als Neumann 1831 aus China zurückkehrte und in Berlin Verhandlungen über eine Professur führte, hatte er ein Studium bei bekannten Größen des Faches in Paris, bereits zwei kleinere Übersetzungen und Schriften zu China und mit Alexander von Humboldt (1769-1859) einen einflussreichen Unterstützer vorzuweisen. Er war zudem der erste Wissenschaftler, der über seine chinesischen Sprachkenntnisse hinaus 1829/30 auch das reale China kennengelernt hatte, sein Wissen über China also nicht allein den in Europa

³³ Ausführlich s. Leutner 2013, 47ff.

³⁴ Neben Neumann waren dies Heinrich Kurz u. Johannes Plath (1802-1874), die lange Zeit in der Geschichte der Sinologie marginalisiert wurden, vgl. Leutner 2001. Zu Plath siehe Herbert Franke (1960), „Zur Biographie von Johann Heinrich Plath (1802-1874)“, *Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften*, Nr. 12, 5-70.

zugänglichen Texten entnommen hatte, wie dies für seine Kollegen der Fall war. Und er konnte als Gegengabe der Königlichen Bibliothek, über die für diese im Auftrag erworbenen Bände hinaus, weitere mehr als 12.000 Bände chinesischer Schriften, die er in Kanton erworben hatte, offerieren. Dies alles erwies sich schlussendlich jedoch als nicht ausreichend für eine Professur, denn Neumann erhielt nicht die Unterstützung der im preußischen Berlin tonangebenden „Hegel’schen Partei“. Zwar hatte Neumann versucht, sich in den Auseinandersetzungen zwischen Hegelianern und Pietisten einerseits und historischer Schule andererseits neutral zu verhalten³⁵. Doch seine weltanschaulich-politischen Positionen waren bekannt. Bereits in den 1820er Jahren war er wegen seiner republikanischen Äußerungen aus dem Schuldienst entlassen worden. Und noch während er sich auf seiner China-reise befand, gab es heftige öffentliche Kritik – und damit negative Publizität – von Seiten seines früheren Pariser Kommilitonen Heinrich Kurz (1805-1873), der sich gerade an der Münchener Universität zu etablieren versuchte (Leutner 2001, 10ff.), und des führenden deutschen Fachvertreters dieser Zeit, Julius Klaproth (1783-1835).

Kurz wies nämlich Neumanns Plagiats-Vorwürfe gegen ihren gemeinsamen Lehrer Jean-Pierre Abel-Rémusat (1788-1832) zurück und warf seinerseits Neumann gravierende Übersetzungsfehler und völlige Fehleinschätzungen und -einordnungen von Titeln der Humboldt’schen Sinica-Sammlung vor. Dass die Infragestellung übersetzerischer Kompetenz durch Kurz auch in der Konkurrenzsituation um universitäre Stellen gründete und es um Selbstpositionierung als „besserer“ Sinologe ging, ist anzunehmen.³⁶ Bei dem eta-

³⁵ So Dickerhof 1978, 300, der sich auf Äußerungen aus Neumanns Nachlass stützt.

³⁶ Siehe Heinrich Kurz (1830), *Über einige der neuesten Leistungen in der Chinesischen Literatur: Sendschreiben an Herrn Professor Ewald in Göttingen*, Paris, sowie Anonym [= H. Kurz], „Berichtigung“, *Berlinische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen*, Nr. 91, 20.04.1830, 5f. Erneut in: *Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik*. Anzeigeblatt, Nr. 3, März 1830, Sp. 5ff; und Anonym [= H. Kurz], „Berichtigung“, *Berlinische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen*, Nr. 104, 8. Mai 1830, 5. Auf die Kritik von Kurz reagierte auch Alexander von Humboldt, Neumann verteidigend. Es handelte sich um Auseinandersetzungen um Sprach- und Fachkompetenz und um öffentliche Etablierung als wissenschaftliche Autorität. Siehe auch die Entgegnung Neumanns: *Gazette d’Etat de Berlin*, Nr. 166, 17.06 1831. Zur Entkräftigung der Kritiken an Neumann vgl.

blierten Sinologen Klaproth allerdings, der Kurz in seiner Kritik an Neumann stützte, ging es um mehr: Er pochte auf seine 30-jährigen Chinesischstudien in Paris, die ihm „ein gewisses Recht“ gäben, „oberflächliche Studien und unreife Werke“ streng zu bewerten.³⁷ Überdies mag Klaproth Neumann seine China-Erfahrung geneidet haben, denn ihm war es lediglich gelungen, eine Reise bis an Chinas Grenzen zu machen. Klaproth betonte sogar, dass gerade Neumann deutlich gemacht habe, dass der Aufenthalt in China „in Bezug auf das Studium der chinesischen Literatur vor dem in Paris Nichts voraus“ habe.³⁸ Tatsächlich hatte Neumann durch seine China-reise nicht nur den chinesischen Textkorpus für Sinologen in Europa quantitativ und qualitativ erweitern können, sondern stand auch für ein noch in den Anfängen begriffenes neues Wissenschaftsverständnis, nämlich für die Befassung mit dem realen China, nicht allein mit seinen Texten.

Nicht zuletzt war Klaproth weltanschaulich ein Vertreter des inzwischen dominanten Hegel'schen China-Narrativs: Er „vulgarisierte die China-Abwertung Hegels und machte sie dadurch dem deutschen Bürgertum des 19. Jahrhunderts kommod und maulgerecht“. Er qualifizierte die Chinesen insgesamt (als Rasse) ab und sprach ihnen Lüge, List und Verschlagenheit als systemische Eigenschaft zu.³⁹ Es war eine neue Konstruktion Chinas als total degeneriert und als „denaturalized nation“ (Hsia 2001, 22), eine

Thomas Nehrlich (2021), *Alexander von Humboldt (1830-1835): Eine Publikationsbiographie*, Bielefeld: Aisthesis, 96ff., http://www.aisthesis.de/Web_Root/Store20/Shops/63645342/MediaGallery/Open-Access/9783849817558.pdf (Zugriff: 04/2024). Vgl. zudem „Emma Neumann u. Karl Friedrich Neumann (1798-1870): Biographische Skizze“, in: Hartmut Walravens (1999), *Zur Geschichte der Ostasienwissenschaften in Europa: Abel Rémusat (1788–1832) und das Umfeld Julius Klaproths (1783–1835)*, Wiesbaden: Harrassowitz, 173-183.

³⁷ Heinrich Klaproth (1831), Rez. zu Hyazinth Bitschurin: *Abrege du catechisme chinois intitule Thian Chin Hoei Kho (Tianshen huike)*, *Nouveau Journal Asiatique*, Nr. 8, 66ff.

³⁸ Ebd., 77. Es herrschte die Meinung vor, wonach „wenig für die Wissenschaft der Sprache aus China zu holen sei“, so der Sinologe Antoine-Pierre-Louis Bazin an Heyman Steinthal, 1856; vgl. Ingrid Belke (Hrsg.; 1971), *Moritz Lazarus und Heymann Steinthal: die Begründer der Völkerpsychologie in ihren Briefen*, Bd. 1, Tübingen: Mohr, 288-293.

³⁹ Stumpfeldt, Hans (2007), „Sinologiegeschichtliche Einblicke: Neuere Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Sinologie“, *Oriens Extremus*, Nr. 46: <http://archiv.oriens-extremus.org/46/OE46-16.pdf> (Zugriff: 03/2024).

philosophische und politische Legitimationsstrategie⁴⁰ der politischen Rolle Chinas als koloniales Objekt. Bereits Kant und Johann G. Herder (1744-1803) hatten, aus ihrem pietistischen Weltbild heraus, das Bild eines stagnierenden China gezeichnet, welches europäischer Entwicklung unterlegen und daher zu zivilisieren und zu missionieren sei. Ihre Überzeugung war, dass die „Weißen“ das perfektteste Volk der Welt konstituierten und dass Chinesen und Ostasiaten halb weiß und halb gelb und daher als niedriger einzuschätzen seien (Hsia 2001, 10). Herder, der teils noch jesuitischen China-Narrativen folgte, lehnte zwar rassistische Zuschreibungen ab. Doch er klassifizierte das Chinesische als eine „defective language“ und sah die Chinesen aufgrund der Nicht-Mischung mit anderen Völkern ausgestattet mit den „genes of a nomadic Mongolian tribe“ und eine Degeneration der chinesischen Kultur zu einer „Sklavenkultur“. Das gegenwärtige China sei eine „einbalsamierte Mumie“ und befinde sich noch im Kindheitsstadium (Hsia 2001, 23). Dieses Diktum wurde mit Hegels Diktum vom

Fehlen einer geistigen Bewegung China – es sei „statarisch“ und liege „außer der Weltgeschichte“ – zu einem nachhaltig wirkenden China-Narrativ verfestigt. Als solches bestärkte es (koloniale) Ideen von der Notwendigkeit der von außen beförderten Zivilisierung Chinas als eines Landes, welches selbst nicht die Kraft dazu besitze.

Neumanns China-Narrativ dagegen war noch von den Ideen der Aufklärung und deren China-Konstruktionen geprägt. Er hatte, nicht zuletzt auf Grund der Erfahrungen von gesellschaftlicher Diskriminierung, eine aufklärerisch-republikanische und zugleich sozialkritische Haltung, die im weitesten Sinne – politisch wie persönlich – als „rebellisch“ zu kennzeichnen ist. Aus diesen Erfahrungen des Kampfes um Gleichstellung heraus lehnte er auch die im Zuge kolonialer Expansion sich nun verstärkenden proto-rassistischen und rassistischen Zuordnungen ab, ging stattdessen von der „natürlichen Gleichheit aller Rassen“ aus (Dickerhof 1978, 330). China diene auch ihm, wie zuvor den Aufklärern, als „Mittel zur Instrumentali-

⁴⁰ Hsia 2001 spricht von einer Konstruktion des Fernen Ostens im Dienst eigener Welt-sicht, welche befeuert wurde durch die hinter dem Handel mit Ostasien stehenden historischen Kräfte.

sierung der eigenen gesellschaftspolitischen Vorstellungen“⁴¹, um eine Form der „Selbstvergewisserung“⁴² als Festigung der eigenen, auf Deutschland bezogenen Positionen. Zugleich wandte Neumann seine republikanischen Ideen der Gleichheit auf den Umgang mit China an. Er stand dem Hegel'schen Denken mit seinen ethnozentrischen, z.T. rassentheoretisch begründeten Ideen von der Überlegenheit des „fortschrittlichen“ Abendlandes gegenüber dem stagnierenden halbbarbarischen, halbzivilisierten China fern. Seine diesbezüglichen Ideen hatte Neumann bereits 1829 in einer 25-seitigen kritischen Rezension zum Chinaband des einflussreichen Philosophen Carl Windischmann (1775-1839) dargelegt. Es war eine dezidierte Positionierung im China-Diskurs. Neumann grenzte sich selbstbewusst und klar von der Vorstellung einer Stagnation Chinas, seiner Staatsformen oder seines Sittencodexes ab:

Der so allgemein verbreiteten Meinung von der Unwandelbarkeit der chinesischen Formen muß der Kundige durchaus widersprechen. [...] Selbst in den wichtigsten Staatsverrichtungen fanden auch in China Veränderungen statt im Laufe der Zeiten. (Neumann 1829a, 330)

Allerdings beginnt für Neumann die Geschichte der chinesischen Philosophie erst während der Song-Dynastie (960-1279), denn als Philosophie könnten die „unzusammenhängenden, für den praktischen Gebrauch berechneten Aphorismen“ der klassischen Bücher nicht bezeichnet werden, da sie kein philosophisches System enthalten. (Neumann 1829a, 348). Anders als die Jesuiten mit ihrer Hochhaltung des Konfuzianismus spricht Neumann auch daoistischen und buddhistischen Werken einen hohen Stellenwert in der chinesischen Literatur zu⁴³ und bewertet auch die Volksliteratur hoch (Neumann 1829b).

⁴¹ Eine solche Funktionalisierung kann auch für die Reiseberichte zu China konstatiert werden, s. Mechthild Leutner u. Dagmar Yü-Dembski (Hrsg.; 1990), „Einleitung“, in: *Exotik und Wirklichkeit: China in Reisebeschreibungen vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München: Minerva, 8.

⁴² Münkler stellt dies ebenso für John Mandevilles Reisebeschreibung von 1480 fest, s. Marina Münkler (2000), *Erfahrung des Fremden. Die Beschreibung Ostasiens in den Augenzeugenberichten des 13. u. 14. Jh.* Berlin: Akademie, 146.

⁴³ Karl Friedrich Neumann (1831), „The Catechism of the Shamans; or the Laws and Regulations of the Priesthood of Buddha in China.“ In: *Translations from the Chinese and Armenian*, Pt. 2, London, 35-152.

Klar ist auch Neumanns Ablehnung einer gottgegebenen Ordnung: Er schließt sich „neueren Ideen“ an, die der Meinung sind, dass das „Menschengeschlecht“ vom „thierischen Zustande sich allmählig aus sich selbst so hoch emporgeschwungen habe“ (Neumann 1829a, 327). Solches Negieren göttlicher Kraft in der als Evolutionsprozess verstandenen Menschheitsgeschichte zeigt sich auch in seiner Gesellschaftsanalyse. Neumann wandte sich gegen die „gesellschaftliche Hierarchie“ von „Machthabern“ und „Untergebenen“ und trat für Sittlichkeit und „gleich austheilende Gerechtigkeit“ als zwei Grundsäulen der Gesellschaft ein. Hierarchie war für ihn nichts anderes als die unumschränkte Herrschaft eines Standes über die leiblichen und geistigen Güter einer Gesellschaft (Neumann 1929a, 336).

Dem hierarchischen Gesellschaftskonzept, auch legitimiert durch das Wirken Gottes, setzte Neumann China als Modell entgegen und widersprach Windischmann, der auch hier das Wirken eines Gottes und seiner Priester zu beobachten glaubte.

*Nein und nimmermehr; von einer Theokratie oder theokratischen Weisheit sind in China so wenig Spuren, wie von den Nachkommen Noe's und von der Verbindung der Stammväter des chinesischen Volkes mit den heiligen Patriarchen.*⁴⁴

In China, so Neumann weiter, gehe alles „menschlich“ zu und das hebe China von allen anderen Nationen der Erde hervor. „Nie und nimmermehr ist dem chinesischen Volke ein Gott erschienen, von einer Offenbarung ist keine Spur bei dieser allen Phantasiespielen abholden Nation“ (Neumann 1829a, 336f.).⁴⁵ Weder bei den Konfuzianern noch bei den Daoisten erkennt er Zeichen für einen Deismus. Die Chinesen zeichneten sich aus durch „den gesunden Verstand und die Klarheit“, die durchgängig in den Werken des Altertums zu beobachten seien (Neumann 1829a, 343).

⁴⁴ Neumann 1929a, 336, zit. hier Windischmann, 510.

⁴⁵ Für den antikatholischen Neumann waren entsprechende Interpretationen noch Ausdruck der Assimilierungsversuche der Jesuiten: „Man suchte dem Profanen einen heiligen Sinn unterzuschieben und das Heilige mit den vorhandenen Ansichten und Gebräuchen auszugleichen“. So hätten „die Väter den alten Chinesen einen Glauben angedichtet [...], der ihnen niemals in den Sinn gekommen wäre“ (Neumann 1829a, 339 u. 341).

Neumanns Sicht auf die Wissenschaft insgesamt war von Fortschrittsoptimismus gekennzeichnet, der sich sowohl in der Überwindung „herkömmlicher Denkformen“ als auch in der Entdeckung neuer Quellen zeige, die völlig neues Licht auf andere Zivilisationen werfe. Dabei spielte die Hochachtung chinesischer Gelehrsamkeit, deren Beitrag zur Etablierung einer tatsächlichen Weltgeschichte durch ihre Literatur über andere Völker eine wichtige Rolle. Er sprach, um es in heutigen Kategorien auszudrücken, den einzelnen Völkern Deutungsmacht zu und gestand ihnen zu, selbst über ihre Geschichte zu schreiben. Aufgabe des Historikers – so sah er sich selbst – sei es „die verschiedenen Gestaltungen des Menschenlebens und der Historie [...] ihrem Wesen und Ursprunge nach zu begreifen“:

Das barbarische Vorurteil, das Alles, was nicht in unseren herkömmlichen Denkformen gedacht, was nicht nach unserer Art und Weise dargestellt ist, für barbarisch und der Beachtung unwerth hält, verschwindet immer mehr auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Forschungen; die Beschränktheit, die nur einigen Völkern wahres Gefühl und durchdringende Einsicht zugestehen, und Alles nach ihrem hoch gerühmten Einerlei beurtheilen und umgestalten will, verliert sich nach und nach, zu beider Heil, aus dem Leben und aus der Historie.
(Neumann 1829a, 403f.)

Neumanns Verständnis von „Welthistorie“ war ein klares Votum gegen Hegel. Er überschätzte allerdings die „neuen Ideen“, die sich im Zuge der März-Revolution ausbreiteten und unterschätzte sowohl den Konservatismus der meisten Gelehrten als auch die bereits dominant werdenden kolonialen Narrative über Völker, auch über China, sowie den herrschenden latenten Antijudaismus, der sich auch gegen ihn selbst richtete, wie Alexander von Humboldt es vermutete.⁴⁶

⁴⁶ Humboldt: „Da ich vor allem die Publizität liebe, wünsche ich, daß die Fehler von Herrn Neumann korrigiert werden, daß er als Sinologe angegriffen werde, aber nicht als semitische Person, was mir weder gerecht noch unseres Jahrhunderts würdig erschiene, das wir als aufgeklärt zu rühmen wagen“ (Honigmann zit. aus Brief Humboldts an Spiker, 1997, 55). Noch im Jan. 1832 wies Humboldt in einem Brief an den preußischen Kultusminister Altenstein auf diesen Sachverhalt hin und konstatierte, dass die wenigen, die sich mit chin. Literatur befassten, sich „gegenseitiger Unwissenheit zeihen würden“; zit.n. Peter Honigmann (1997), „Alexander von Humboldt und die Juden“, in: *Zur Freiheit bestimmt: Alexander von Humboldt – eine hebräische Lebensbeschreibung von Chaim Selig Slonimski*, hrsg. v. Kurt-Jürgen Maaß, Bonn: Bouvier, 55).

Dass Neumann nicht primär wegen der öffentlichen Debatte um die Validität seiner Chinesisch-Kenntnisse die Berliner Professur nicht erhielt, erschließt sich auch angesichts der stattdessen erfolgten Berufung Wilhelm Schotts. Denn auch Wilhelm Schott war wegen seiner *Lunyu*-Übersetzung von Klaproth stark kritisiert worden,⁴⁷ nachdem Schott ihn seinerseits in einer Rezension kritisiert hatte. Auch dies resultierte in eine öffentlich ausgetragene heftige Kontroverse um Chinesisch- und China-Kompetenz sowie Deutungsmacht. Aus dieser Kontroverse zwischen Klaproth mit seinen sarkastischen Übertreibungen und Schott mit seinem Eingeständnis, sich an einer englischen Übersetzung orientiert zu haben, ging Letzterer schließlich als Opfer und „Sieger“ zugleich hervor. Schotts wissenschaftliches Fehlverhalten ebenso wie seine Ausfälligkeiten gegenüber Klaproth wurden von Kollegen quasi als „Jugendsünden“ entschuldigt.⁴⁸ Dass Schott als Ziel seiner Chinastudien formulierte, er wolle die chinesische Literatur erschließen und gleichzeitig die „zum Theil [...] absonderlichsten und verkehrtesten Ansichten von den Tschinesen“⁴⁹ korrigieren, ist Teil der Beanspruchung wissenschaftlicher Autorität, wie es in der Gründungsphase und bis heute mit dem Topos der Korrektur von Vorurteilen über China zu beobachten ist.

Schott passte mit seinen Positionen einfach besser zu der von Hegelschen Ideen bestimmten Berliner Universität. Er, der vergeblich versucht hatte, in Paris – dem Mekka der Sinologie – zu studieren, hatte ab 1830 die chinesische Büchersammlung der Kgl. Bibliothek, beträchtlich erweitert durch Neumanns Bücherkäufe, betreut. Er erhielt 1832, d.h. in dem Jahr, in dem Neumann an der Münchener Universität eine Anstellung fand, eine außerordentliche Professur in Berlin. Schott teilte im Großen und Ganzen das

⁴⁷ Siehe Heinrich Klaproth (1828), *Dr. W. Schott's vorgebliche Uebersetzung der Werke des Confucius aus der Ursprache, eine litterarische Betrügerei, dargestellt von W. Lauterbach*, Leipzig, Par. 1828, s. auch Hartmut Walravens (2001), *Wilhelm Schott (1802-1889). Leben und Wirken des Orientalisten* (= Orientalistik Bibliographien und Dokumentationen, 13), Wiesbaden: Harrassowitz, 78.

⁴⁸ Siehe ausführlich Michael Schön (2022), „Die Klaproth-Schott-Kontroverse. Anmerkungen zu einem (nicht nur) akademischen Streit“, *Notizen 2022*, hg. v. OAG Deutsche Gesellschaft für Natur und Völkerkunde Ostasiens, 30-52. http://oag.jp/img/2022/01/Notizen-2202_Feature_Klaproth.pdf (Zugriff: 04/2024).

⁴⁹ Wilhelm Schott (1826): *Werke des tschinesischen Weisen Kung-Fu-Dsü und seiner Schüler. I. Teil Lun-Yü*, Halle: Renger, V.

inzwischen dominante China-Narrativ, nämlich dass das Land sich in Erstarrung befinde und einer moralischen Wiedergeburt und eines frischeren Lebens bedürfe. Dies könne letztlich nur von außen durch den Einfluss europäischer Völker erfolgen.⁵⁰ Später argumentierte er auch mit Rasse-Kategorien. So seien die Völker der mongolischen Rasse, im Vergleich zum indisch-europäischen Stamme, phantasielos und „materiell“ ausgerichtet.⁵¹ Dass er zusätzlich von einer großen alten Kultur Chinas und Ethik des Konfuzius – im Unterschied zum verderblichen Buddhismus – ausging,⁵² stand im Einklang mit der These von der Degeneration. Differenzen zu Neumann gab es auch bezüglich des Inhalts der wissenschaftlichen Beschäftigung mit China. Während Neumann über die Sprache hinaus Kultur und Gesellschaft stärker im Blick hatte, war Schotts inhaltlich-methodische Herangehensweise durch die als Leitdisziplin fungierende allgemeine Sprachwissenschaft geprägt. Mit der Annahme der Historizität von Sprache und zur Vergleichbarkeit von Sprachen allgemein hatte sie bei der Zurückdrängung theologisch-religiöser Erklärungsweisen und der Lösung der Orientalistik von der Theologie und deren Einbeziehung in die Philosophische Fakultät eine maßgebliche Rolle gespielt (Leutner 1987, 31).

Im Unterschied zu Schott suchte Neumann von Beginn an, die „sterile Philologie“ hinter sich zu lassen und einen gesellschaftswissenschaftlichen Ansatz mit dem Schwerpunkt auf Politik und Geschichte zu realisieren (Dickerhof 1978, 301 u. 316). Daraus entwickelte er seine chinaübergreifenden, im Gesamtkontext der Weltgeschichte verankerten Fragestellungen, die „in Aufklärung und Liberalismus“ gründeten. Neumann vertrat seine universalhistorische, evolutionäre Geschichtsauffassung in gut besuchten Vorlesungen, entgegen dem nun herrschenden nationalstaatlichen Trend.

⁵⁰ Ders. (1830): „China“, in: J.S. Ersch u. J.G. Gruber (Hrsg.): *Allgemeine Encyclopädie der Wissenschaften und Künste*. 21. Theil, Leipzig: Gleditsch, 176.

⁵¹ Wilhelm Schott (1842), „Skizze zu einer Topographie der Produkte des chinesischen Reiches“, *Abhandlungen der Kgl. Akademie der Wissensch.*, Berlin, 245.

⁵² Wilhelm Schott (1840): *Verzeichniss der chinesischen und mandschu-tungusischen Bücher und Handschriften der Königlichen Bibliothek zu Berlin : eine Fortsetzung des im Jahre 1822 erschienenen Klaproth'schen Verzeichnisses / von Wilhelm Schott, außerordentlicher Professor des Chinesischen und der Tatarischen Sprachen an der Königlichen Universität zu Berlin*. Berlin: Kgl. Akademie der Wissenschaften, 45.

Mit seinem Verständnis von Chinas Geschichte, wie auch die der anderen Völker Asiens, als Teil der Weltgeschichte (Dickerhof 1978, 290 u. 329) bezog er antihegelsche Positionen, lehnte gängige eurozentrische Vorurteile ab (Neumann 1837d, 152f.) und ging von der „natürlichen Gleichheit aller Rassen“ aus (Dickerhof 1978, 330). Zugleich vertrat er auch politisch anti-koloniale Positionen. So analysierte er die wirtschaftlichen und politischen Ursachen des Opiumkrieges und kritisierte scharf das britische Vorgehen als Akt der Unmoral und mangelnder Humanität: „Es wird jeden Europäer und Christen im Tiefsten seiner Seele beschämen. Dies ist wahrlich nicht die Weise, wodurch die Bewohner des Mittelreiches zur europäischen Civilisation und zum Christenthum bekehrt werden möchten“ (Neumann 1855, 30).

Mit dem Scheitern der Revolution von 1848 und dem Erstarken restaurativer politischer Kräfte waren Neumanns wissenschaftliche und politische Auffassungen für die Mehrheit seiner „altbayerisch-konservativen Kollegen im Lehrkörper der Münchener Universität“ (Dickerhof 1978, 306f.) nicht mehr tragbar.⁵³ Im Jahr 1852 gelang es seinen Gegnern, Neumanns zwangsweise Versetzung in den Ruhestand durchzusetzen – verbunden mit empfindlichen finanziellen Einbußen. Signifikant für die geplante Neuausrichtung der Geschichtswissenschaft an der Universität München war die mit Neumanns Entlassung angestrebte Neubesetzung seines Lehrstuhls mit Leopold von Ranke (1795-1886), der wissenschaftlich und politisch geradezu Neumanns Gegenpol markierte.

In seinen späteren Jahren schloss sich Neumann – als freier Schriftsteller für seinen Broterwerb kämpfend – dem dominanten China-Narrativ an. Die USA stilisierte er jetzt zum Vorbild von Demokratie, China zeichnete er als despotischen Staat (Neumann 1857, II, 684), als Land des „Hochmuths“, in

⁵³ Neumann kann zur „liberalen Gelehrtenopposition“ gezählt werden (Dickerhof 1978, 311). Er engagierte sich in „gemäßigt konstitutionellen Gruppierungen“, darunter, neben der „Gesellschaft der Zwanglosen“, die von ihm ins Leben gerufene „Vereinigung der ehrlichen freisinnig-literarischen Männer“ sowie im „Bauhof-Club“, der „Arbeiter, Studenten und Künstler unter einem demokratisch-unitarischen Programm in scharfer Kritik an den Regierungen vereinigte“; ebd. 309f.; 312. Er hatte zudem am Frankfurter Vorparlament teilgenommen.

dem die Idee eines „alleinseligmachenden Chinesenthums“ herrsche (Neumann 1861, 314). Auch rassistischen Charakterisierungen schloss er sich nun an, sprach von „veralteten dumpf hinbrütenden Massen“, welche unfähig seien, „ein höheres fortschreitendes Menschenthum herauszubilden“ – ihnen müsse vom Abendland „jugendlich munteres Leben“ eingehaucht werden. Diese und ähnliche Argumente dienten im kolonialen China-Narrativ der Legitimation europäischer, christlicher Zivilisierungsmission, notfalls mit militärischer Gewalt. Neumann zeigte nun Verständnis für das militärische Vorgehen Englands in China (Neumann 1857 II, 695ff.) und befürwortete den Aufbau einer Kriegsmarine und eine Rolle Deutschlands als Kolonialmacht (Neumann 1861, 320).

In den folgenden Jahrzehnten liefen die Chinastudien wie die orientalistischen Studien insgesamt parallel den politischen Interessen, die „abendländische Machtsphäre“ in den ‚Orient‘ auszudehnen. Sie erscheinen nun „wie eine Widerspiegelung dieser Bewegungen in der politischen Welt: wie dort das politische, so unternahm hier das wissenschaftliche Europa die Eroberung des asiatischen Kontinents“.⁵⁴ Auch China wurde nun vorwiegend im Vergleich zur eigenen Existenz, als das „Andere“, als Gegenwelt zum Abendland definiert. Die „Erschließung“ Chinas hieß für die Sinologen nicht allein die wissenschaftliche Erschließung des Landes, sondern schloss wie bei Schott und späteren Befürwortern von Kolonialpolitik die militärische ein. So wollte der Berliner Sinologe J.J.M. de Groot (1854-1921) die „Zivilisierung“ Chinas ohne jede Vorbehalte mit allen, auch mit militärischen Mitteln, durchsetzen und konstruierte aus dieser Perspektive den chinesischen Staat als Inbegriff von Intoleranz, Fanatismus und Verfolgungssucht. Er machte ihn verantwortlich für die Verfolgung von Buddhisten und anderen Anhängern nichtkonfuzianischen Glaubensbekenntnisses, auch von Christen. Das verlangte geradezu das Eingreifen der europäischen Mächte in China zum Schutz der Missionen und der chinesischen Christen, auch mittels Gewaltanwendung⁵⁵.

⁵⁴ Max Lenz (1910), *Geschichte der Kgl. Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin*, 2. Bd., 1. Hälfte, Halle: Verl. der Buchhandl. des Waisenhauses, 491.

⁵⁵ De Groot 1904, 515; siehe auch Leutner 1989, 164.

3. „Fast chinesiert“: Eduard Erkes und Richard Wilhelm in der Weimarer Republik

Die hegemoniale und rassistische Kolonialpolitik des Deutschen Reiches (und anderer Kolonialmächte) wurde von einzelnen Wissenschaftlern grundsätzlich erst in der Umbruchzeit nach dem Ersten Weltkrieg in Frage gestellt, als es parallel zum Zusammenbruch der feudalen Monarchie und dem Aufbau der demokratischen Weimarer Republik auch in der Wissenschaft wieder um die Entwicklung gleichrangiger (Forschungs-) Perspektiven auf andere Länder, darunter China, ging. Das kollidierte mit der Weltanschauung der führenden Vertreter des inzwischen etablierten Faches Sinologie, die wie die Mehrheit der Akademiker nationalkonservativ waren und Kolonialpolitik als Zivilisierungsmission prinzipiell befürwortet hatten. Für sie ging es auch in der Republik um nationale Identitätsstiftung und Abgrenzung, nicht um Abkehr vom Superioritätsdenken des Kaiserreiches.

Daher betrachteten sie die wissenschaftlichen und politisch-gesellschaftlichen Bemühungen der Sinologen Eduard Erkes (1891-1958) in Leipzig und Richard Wilhelm (1873-1930) in Frankfurt – zu Recht - als Infragestellung ihrer eigenen Grundüberzeugungen. Sie suchten diese wissenschaftlich und politisch-gesellschaftlich abzuwerten, indem sie sie als „chinesiert“ charakterisierten oder ihnen unterstellten, „die Einführung chinesischer Kultur in Europa“ zu predigen – durchaus mit negativen Konsequenzen für deren akademische Laufbahn. Die Nazi-Diktatur führte erneut zum Wiedererstarren rassistisch legitimierten kolonialen Superioritätsdenkens und zur Abwertung der Anderen, auch „der Chinesen“ – eine verhängnisvolle Traditionslinie, die noch nach 1945 ihren Einfluss haben sollte.⁵⁶

Bereits vor 1918 hatten Chinawissenschaftler wie Wilhelm Grube (1855-1908)⁵⁷ und Otto Franke (1863-1946) sich gegen koloniale „Auswüchse“ gewandt, partiell Kritik am gewaltsamen Vorgehen in China geäußert (Leutner 1998, 4ff.) und versucht, dem kolonialen Narrativ positive Elemente

⁵⁶ Vgl. Yu-Dembski 2022 und Neddermann 2022a.

⁵⁷ Grube teilte zwar das koloniale Hegemonialdenken und die Idee einer christlichen Zivilisierungsmission, kritisierte jedoch die militärische Aggression und das brutale Auftreten der Ausländer in China heftig; vgl. Leutner 1991, 167.

chinesischer Kultur entgegenzustellen. Doch es war keine grundsätzliche Ablehnung der Kolonialpolitik und ihrer Idee einer prinzipiellen Überlegenheit der westlichen Gesellschaft und der Konstruktion von niederwertiger Andersartigkeit gewesen. Diese gipfelte in der Darstellung Chinas (und auch Japans) als „Gelbe Gefahr“: Das rassistisch, kulturell, politisch und wirtschaftlich begründete Feindbild China hatte schon vor der Jahrhundertwende die weitere Expansion der imperialistischen Mächte in China legitimiert und der Sicherung der umfassenden Überlegenheit der weißen Rasse und der von ihr dominierten Politik- und Wirtschaftsstruktur sowie der Ideologie- und Wissensproduktion generell gedient (Leutner 2022, 13). Chinesen wurden in Schrift und Bild als Verkörperung dieses Feindbildes abgewertet, geradezu „entmenschlicht“.

Es waren zunächst Politiker der Sozialdemokratie, die sich vehement gegen die Kolonialpolitik wandten und 1900 die Gräueltaten deutscher Truppen im Zuge des Kolonialkrieges („Boxerkrieg“) anprangerten. August Bebel (1840-1915) und Paul Singer (1844-1911), die im Reichstag den Krieg verurteilten, wurden als Parteigänger Chinas dargestellt. Eine Karikatur Lyonel Feiningers aus dem Jahr 1900 zeigt der beiden Reichstagsabgeordneten als Chinesen, mit angedeuteten ‚Schlitzaugen‘ und anderen äußeren Attributen für China: lange Zöpfe, Beamtenhüte, wallende Gewänder. Sie sitzen in einem Segelboot, an dessen Seitenwand zwei grimmige Drachen gezeichnet sind. Im Boot befinden sich als Matrosen weitere kleinere „chinesierte“ (SPD-) Figuren, im Segel ist ein Exemplar des Parteiorgans *Vorwärts* eingenaht. Damit die Botschaft klar ist, heißt es im Obertitel: „Mit Fo für Kwang-Sü und den doppelten Drachen“ und im Untertitel: „Nach der Haltung des ‚Vorwärts‘ zu schließen, werden sich die Sozialistenführer demnächst als chinesische Schutztruppe organisieren.“⁵⁸ Bebel, der eine Pistole in der Hand hält, und Singer werden mit dieser Karikatur auf den als minderwertig perzipierten Status von Chinesen heruntergezogen und abgewertet.⁵⁹

⁵⁸ *Lustige Blätter*, Heft 39, 1900, 7.

⁵⁹ Die in Literatur und Wissenschaft gebräuchliche pejorative Bezeichnung der „Chinesierung“ findet sich z.B. bei dem Sinologen Alfred Forke, der Richard Wilhelm als „chinesisiert“ verspottete (Forke 1926).

Auch der Leipziger Sinologe August Conrady (1864-1925) hatte zur Zeit des Kolonialkrieges, als antichinesische Stimmungen in Deutschland einen Höhepunkt erreichten, dafür plädiert, den „Kulturstolz“, den er auf deutscher wie auf chinesischer Seite konstatierte, abzulegen (Conrady 1901, 324f.). Er war gegen die Charakterisierung der Chinesen als „Barbaren“ und trat ein für eine gerechte Würdigung des „vielverleumdeten“ chinesischen Volkes, eine „Verständigung“, ein „Verstehenlernen“ Chinas (Conrady 1903, Vf., 4 u. 40), zumindest aber für gegenseitige Achtung (Conrady 1901, 324f.). China war für ihn eine dem Westen ebenbürtige, autochthone, eigenständig entwickelte Kultur, die keiner Zivilisierung bedurfte.⁶⁰

In dieser Tradition der Einforderung von Gleichrangigkeit in der Perspektive und Verständnis für die andere Kultur stehen sein Schüler Eduard Erkes und der lange Jahre in China als Missionar tätige Richard Wilhelm. Letzterer hatte durch die Befassung mit chinesischer Kultur und Philosophie und auf Grund eigener Erfahrungen im kolonialen Kiautschou kolonialkritische und anti-hegemoniale Positionen entwickelt. Sie plädierten ausgehend von humanistisch-aufklärerischen Grundideen in ihrer wissenschaftlichen Arbeit und als *public intellectuals* für eine Haltung der Gleichrangigkeit gegenüber China – gegenüber dem realen derzeitigen China und gegenüber China als Forschungsobjekt – sowie für das Bemühen, chinesische Wissenschaftler als Kooperationspartner anzusehen und nicht als bloße „Gehilfen“.⁶¹ Ideen von der Superiorität westlicher Kultur gegenüber China lehnten sie ab. Das drückt sich, trotz ihrer fachlichen und weltanschaulichen Unterschiede, in ihrem China-Narrativ aus: in ihren Forschungsfragen und -ergebnissen, ebenso wie in ihren gesellschaftspolitischen Aktivitäten und Meinungsäußerungen im öffentlichen Diskurs. #

⁶⁰ Siehe Leutner 2003a, 94f.

⁶¹ Siehe ausführlich: Mechthild Leutner (2013), „Chinesische Lektoren und ihre zentrale Rolle für die Professionalisierung des Chinesischunterrichts, 1887-1945“, in: *Dreihundert Jahre Chinesisch in Deutschland: Annäherungen an ein fernes Land*, hgg. v. Mechthild Leutner u. Dagmar Yu-Dembski, Münster: Lit, 117-156.

Eduard Erkes:

„Prediger“ chinesischer Kultur

Erkes versandte nach seinem China-Aufenthalt 1931/32 zur Demonstration seiner Verbundenheit mit chinesischer Kultur eine Fotografie an Kollegen und Freunde, die ihn in daoistischem Gewand zeigt. Er setzte sich damit in gewisser Weise mit „Chinesen“ bzw. Daoisten gleich und führte mit dieser Selbstrepräsentation die Traditionslinie der jesuitischen Porträts fort – die Negativ-Repräsentationen der Sozialdemokraten in der Kolonialzeit ignorierend. Der Religionshistoriker und Sinologe Heinrich Hackmann (1864-1935), Professor an der Universität Amsterdam, wertete das Porträt in seinem Schreiben an Erkes vom 21.2.1932 entsprechend: „Nett ist ihre Photographie in chinesischem Gewand und harmoniert völlig mit ihrem Gesichtspunkte im ganzen.“⁶²



Abb. 5: Eduard Erkes (1932)

Für die dominanten Vertreter des kleinen Faches Sinologie stellten die wissenschaftlich und weltanschaulich antikolonialen, gesellschaftskritischen und demokratischen Positionen von Erkes eine Herausforderung dar, der sie mit dem Absprechen wissenschaftlicher Kompetenz, politischer Diskreditierung und – in der nachfolgenden Zeit der Nazi-Diktatur – mit Billigung politischer Verfolgung begegneten (Leutner 2023, 310ff). Erkes setzte nämlich mit seiner These vom „zirkumpazifischen Kulturkreis“⁶³ nicht nur einen Kontrapunkt zum „westlichen Abendland“, sondern stellte darüber hinaus das koloniale Zivilisierungsparadigma „auf den Kopf“. Die Autokratie des deutschen Kaiserreichs und die Verheerungen des Weltkriegs vor Augen

⁶² UAL, Nachlass Conrady-Erkes, Kasten 82, Nachl. Erkes, Briefe 1932 G-Z.

⁶³ Philip Clart (2016), „Eduard Erkes und die Leipziger Forschung zur chinesischen Religionsgeschichte“, in: *100 Jahre Ostasiatisches Institut der Univ. Leipzig, 1914-2014*, hgg. v. S. Richter, Ph. Clart u. M. Roth, Leipzig: Leipziger Univ.-Verl., 78f.

präsentierte er China als positiv konnotierte Gegengesellschaft. Dazu benutzte er zentrale Begriffe der Aufklärung und frühbürgerlicher und sozialistischer Gesellschaftskonzepte – Vernunft, Demokratie, Sozialismus – und konstruierte China als ein für Deutschland vorbildhaftes politisches System (Leutner 2003, 87ff.). Er sprach, an Traditionen der Aufklärung anknüpfend, vom Konfuzianismus als „intellektualistische Vernunftreligion“ und „rationalistische Denkweise“ (Erkes 1918, 162, 148), sah bereits zu Beginn der Kaiserzeit in China eine „kollektivistische Gesellschaftsordnung“ und eine soziale Gleichberechtigung aller Bürger und sprach auch für das China der Gegenwart von der Weiterexistenz „demokratischer Ideen der Urzeit“ (Erkes 1920, 97ff.). Aus den „volkstümlichen und demokratischen, ja geradezu sozialistischen Tendenzen“ Chinas lasse sich – so Erkes zu Beginn der Weimarer Republik – auch für die soziale und geistige Entwicklung des Westens etwas lernen (Erkes 1918, 155).

In der Tat war Erkes' China-Narrativ eine fundamentale Kritik der Kolonialpolitik und der rassistischen Denktraditionen inhärent. Erkes prangerte „die grotesk-traurige Karikatur, als die der Chinesen in den Köpfen der meisten Abendländer spuk“ an und führte diese auf die „irreführenden, manchmal geradezu unanständig verleumderischen Schriften der protestantischen Missionare zurück“ (Erkes 1918, 80). Der bekennende Atheist und Sozialdemokrat wollte den Aufbau der Republik unterstützen, auch durch seine Suche nach alternativen Gesellschaftsmodellen und durch Zurückweisung der herrschenden kolonialen Chinabilder. Die Kritiken seiner deutschnational-konservativen Fachkollegen gipfelten in dem Vorwurf, Erkes „predige“ die Einführung chinesischer Kultur in Europa (zit.n. Schmitt 1924 430ff.). 1922 erschien ein Verriss seiner Schrift *Chinesische Literatur*, die ihm „katastrophale Entgleisungen“ vorwarf; ebenso verworfen wurde Erkes' Band *Chinesen* (1920). Der Berliner Sinologe Erich Schmitt (1893-1955) zog dazu eine direkte Verbindung zwischen den chinabezogenen Auffassungen Erkes' und seinen politischen Standpunkten:

Von vorneherein gesagt, eine Schrift wie die vorliegende, ein solches Pamphlet, das sogar die Grenzen der Anständigkeit überschreitet, verdient überhaupt keine Kritik. Verf. regt sich anfangs darüber auf, daß die meisten europäischen Schilderer chinesischer Zustände einen widerlichen, durch nichts gerechtfertig-

ten Hochmut gegenüber der Halbwilden-Zivilisation Chinas zeigen; was aber tut er? Von der ersten Zeile an fühlt man die Tendenz, europäisches Wesen als verkapptes jesuitisch-heuchlerisches Streben nach Zertrümmerung der chinesischen Kultur zu brandmarken, um das wehrlos gewordene Land umso leichter ausbeuten zu können. Statt aber eine möglichst objektive Schilderung der chinesischen Kultur zu geben, wie es doch in der Absicht d. Verlages lag, mißbraucht der Verfasser die Gelegenheit, um seinen mitunter direkt manödiert anmutenden Anarchisteneifer über Europa auszuspritzen, und die Einführung chinesischer Kultur in Europa zu predigen (Schmitt 1924, 432).

Die – wissenschaftlich durchaus zu diskutierende – Interpretation des Begriffes „Dao“ durch Erkes wird vom Rezensenten ebenfalls der politisch-weltanschaulichen Position des Verfassers zugeschrieben. Es sei „eine „revolutionär-radikale Interpretation des philosophischen Begriffs Tao, die so absurd ist, dass sie ein für allemal festgenagelt sei“ (Schmitt 1924, 432). Auch der einflussreiche Otto Franke⁶⁴ rückte 1924 von früheren positiven Bewertungen von Erkes' wissenschaftlicher Qualifikation ab und sah Parallelen zwischen dessen bedenklichen wissenschaftlichen Schwächen und dessen „Charakterzügen“. Insbesondere erklärte Franke die Fundamentalkritik Erkes an de Groot's und Grubes Werken zur chinesischen Religion „als nach Anlage und Auffassung völlig verfehlt“ und als Beleg für Erkes „Unwissenschaftlichkeit“. Erkes habe in seiner Besprechung des de Groot'schen Werkes *Universismus* „die Studien eines hochverdienten älteren Gelehrten nicht beurteilt, sondern (ge-)schmäht“. Das würde selbst dann unangehörig sein, wenn die Kritik sachlich berechtigt wäre. Erkes wage es, die Übersetzung von de Groot als ‚haarsträubend‘ zu bezeichnen“. Franke warf Erkes insgesamt „platte Halbwahrheiten, schiefe Auffassungen, unbewiesene Hypothesen und grobe Unrichtigkeiten“ vor und suchte ihn zugleich persönlich zu diskreditieren: „Erkes wird [...] noch ein Gutteil Selbsterziehung üben müssen, sowohl zu einem weiteren Umfange seiner Kenntnisse

⁶⁴ Im Gutachten zu Erkes' Dissertation hatte Franke am 20. Feb. 1917 Erkes noch Wissenschaftlichkeit attestiert und geschrieben: „Er hat sich aber der Aufgabe mit großem Fleiß und in methodisch wissenschaftlicher Weise unterzogen.“ Auch über Erkes' Ausführungen in der Disputation hatte er sich anerkennend geäußert (UAL, PA 445 Eduard Erkes, Film Nr.516, Bl. 53ff., 61).

als auch, zu einem größeren Maße, von persönlicher Bescheidenheit“.⁶⁵ Mit seinem Votum verhinderte Franke 1924 trotz vorliegender anderer positiver Gutachten⁶⁶ die Verleihung einer apl. Professur an Erkes. Erst im zweiten Anlauf erhielt Erkes 1928 neben seiner Tätigkeit im Museum für Völkerkunde eine außerordentliche Professur an der Leipziger Universität.

Dass Erkes in Opposition zu führenden Sinologen stand, erschwerte schon in der Republikzeit seine fachliche Akzeptanz ebenso wie seine akademische Karriere. Im Jahr 1933 wurde er dann wegen seiner SPD-Mitgliedschaft auf Denunziation des damaligen Direktors des Berliner Museums für Ostasiatische Kunst, Otto Kümmerl (1874-1952), als Leiter der asiatischen Abteilung des Völkerkundemuseums entlassen. Die Universität entzog ihm die Lehrbefugnis.⁶⁷ Seine Versuche, im Ausland eine Anstellung zu finden, scheiterten. 1945 wurde der in prekären Verhältnissen (über-) lebende Erkes rehabilitiert und 1947 auf den Lehrstuhl für Ostasiatische Philologie in Leipzig berufen. Er gestaltete in den nachfolgenden Jahren wesentlich die Entwicklung der Sinologie in der DDR. Seine Berufung erfolgte auch noch 1947 gegen die Gutachten von Sinologen: Erneut lehnte Otto Franke Erkes' Forschungsansätze als „nicht sehr fruchtbar“ ab und kritisierte dessen Persönlichkeit, nämlich sein „recht autoritäres Gebaren“. Auch Erich Haenisch (1880-1966) wertete Erkes ab. Er sei kein Philologe, sondern nur „Problem-

⁶⁵ UAL, PA 445 Eduard Erkes, Film Nr. 516, Bl. 81f.

⁶⁶ Auch Alfred Forke begutachtete Erkes am 22. Juli 1924, indem er ihn als einen „vollwertigen Vertreter seines Faches“ bezeichnete, dessen „Leistungen von der Fachkritik durchaus anerkannt werden“ (UAL, PA 445 Eduard Erkes, Film Nr. 516, Bl. 78). Positive Gutachten lagen auch vor von den Sinologen Paul Pelliot (1878-1945) und Jan J.L. Duyvendak (1889-1954). Letzterer verweist auf die wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Komponente des Verfahrens: „Erkes gehört der Schule Herrn Prof. Conradys an, die sich bemüht, die Ergebnisse und Methoden der neueren religionsgeschichtlichen Wissenschaft auf China anzuwenden. Die von ihr vertretenen Ansichten sind zum Teil von den bisher allgemein gültigen sehr verschieden und werden noch keineswegs von allen führenden Sinologen als richtig erkannt.“ Auch er kritisiert mangelnde „Pietät“ gegenüber älteren Gelehrten, u.a. de Groot's, sowie Erkes' positive Ansichten zu China und dessen Beurteilung des Opiumkrieges und der Arbeit der englischen Missionare und führt als mögliche „Entschuldigung“ dafür an, dass das Buch während des Krieges geschrieben worden sei (UAL, PA 445 Eduard Erkes, Film Nr. 516, Bl. 94f.).

⁶⁷ Personalbogen E. Erkes, in UAL, PA 445 Eduard Erkes, Film Nr. 516, Bl. 7.

forscher“ und das auch „nur betr. kleiner Probleme“.⁶⁸ Fritz Jäger (1886-1957), eine „bekannte NS-Größe“, gegen den zeitgleich ein Entnazifizierungsverfahren lief,⁶⁹ sprach Erkes „eine gewisse Einseitigkeit“ zu.⁷⁰ Die Verschränkung von persönlichen sowie politischen Faktoren mit wissenschaftlichen Positionen auch in diesen Nachkriegsgutachten ist augenfällig.

Richard Wilhelm: „fast chinesiert“

Zeitgleich zu Erkes erstem gescheiterten Versuch, sich an der Leipziger Universität zu etablieren, erhielt Richard Wilhelm 1924 eine Stiftungsprofessur an der linksliberalen, reformorientierten Frankfurter Universität. Er erhielt diese, nachdem er sich mit seinen Übersetzungen chinesischer Klassiker einen Namen gemacht hatte und sollte dann in Frankfurt vorwiegend allgemeine Analysen zur chinesischen Kultur abfassen. Schon allein mit seinen zahlreichen Publikationen und öffentlichen Auftritten sowie mit seiner institutionellen Basis, dem von ihm begründeten China-Institut und dessen Publikationen, stellte er eine Herausforderung für die Fachkollegen dar. Dies umso mehr, als er ähnlich wie Conrady und Erkes, das dominante China-Narrativ mit einem Plädoyer für Gleichrangigkeit und Verständnis und für Zusammenarbeit mit chinesischen Fachkollegen und Akzeptanz ihrer Forschungen infrage stellte.

Wilhelms stärker geistig-kulturell bestimmte Sicht auf China war von der Idee der Gleichrangigkeit von westlicher und östlicher Kultur geprägt.⁷¹ Wilhelm sah China mit seiner hohen Kultur und seinen zeitlosen geistigen und moralischen Werten als eine Ergänzung zum als materiell und technisch ausgerichteten Westen. Entsprechend war er stärker eingebunden in alternative Ideenströmungen dieser Umbruchzeit, deren Vertreter angesichts des verheerenden Weltkrieges und der hier sichtbaren großen Zerstörungskraft

⁶⁸ UAL, Nachfolge Wedemeyer, Bd. 2, Bl. 1-10.

⁶⁹ Anton F. Guhl (2019), *Wege aus dem „Dritten Reich“: Die Entnazifizierung der Hamburger Universität als ambivalente Nachgeschichte des Nationalsozialismus*. Göttingen: Wallstein, 118, 137, 176, 259, 276 u. 303.

⁷⁰ UAL, Nachfolge Wedemeyer, Bd. 2, Bl. 1-10.

⁷¹ Ausführlich zu Wilhelms Positionen und den Kontroversen in der Sinologie, vgl. u.a. Leutner 2003b.

der Technik in ihrem Fortschrittsglauben erschüttert waren (vgl. Yü-Demb-ski 1990, 53f.). Sie betrachteten Denken und Philosophie in China (und Indien) als Inspiration für die individuelle Lebensgestaltung und als „geistigen“ Gegenpol zum materiellen Westen. Wichtig war für diese Strömungen, wie für Wilhelm, der diese Strömungen seinerseits mit seinem China-Narrativ beförderte, die Idee vom „allgemeinen Menschsein“ (Wilhelm 1926, 21) bzw. das Ideal einer Menschheit, in der beides – der geistige Osten und der materielle Westen – sich miteinander verbinden.

Mit diesen höchst suspekt anmutenden Ideen hatte sich Wilhelm für seine Kollegen außerhalb des abendländischen Kulturerbes gestellt. Sein Plädoyer für ein „Menschheitsideal“ und für Gleichrangigkeit wurde als mangelnde Abgrenzung von China und als vermeintliche Aufgabe deutscher Identität und Loyalität sowie als Eintauchen ins Chinesentum abqualifiziert, als Infragestellung zentraler Inhalte wissenschaftlichen Selbstverständnisses. Überdies nahm Wilhelm Partei für die nationalrevolutionäre Bewegung in China – auch das wurde von den Kollegen nicht begrüßt (Leutner 2003b, 52 u. 64). So kritisierte der Berliner Kollege Ferdinand Lessing (1882-1961), dass Wilhelm sein Buch *Die Seele Chinas* Cai Yuanpei gewidmet habe, der „begeistert für Chinas Eintritt in den Weltkrieg geworben“ und der sich damit ja gegen Deutschland gewandt habe. Er habe ihn gar als „Kämpfer für Recht und Freiheit“ titulierte. Lessing kritisierte insgesamt, dass Wilhelm „zu weit gehe“:

*Überall da, wo von Chinesen die Rede ist, führen Optimismus und Wohlwollen ihm die Feder. [...] Dagegen kommen wir Europäer schlechter weg.*⁷²

Ein Kernpunkt der heftigen Kollegen-Kritik war Wilhelms positive Konfuzius-Einschätzung und, da der chinesische Staat mit diesem identifiziert wurde, auch des chinesischen Staates. Dies stand nun ganz im Gegensatz zu de Groots und in gewisser Weise auch Frankes Negativ-Einschätzung, die Deutschlands Kolonialpolitik legitimiert hatte. Auch hier verschränken sich in den Vorwürfen wissenschaftliche und politische Dimensionen. Wilhelms Positionen zu Konfuzius seien „falsch“ und historisch unhaltbar, es

⁷² Ferdinand Lessing (1927/28), Rez.: Wilhelm, Richard, *Die Seele Chinas*, Berlin 1926a. *Ostasiatische Zeitschrift*, N.F. Nr. 4, 79f.

handele sich um, „historische Phantastereien“ (Schmitt 1928, 759f.). Franke warf Wilhelm vor, er stelle Konfuzius gar über Christus (Franke 1926, 701), sei ganz ins konfuzianische System eingetaucht und habe in Deutschland eine Gemeinde von „Konfuzius-Verehrern“ ins Leben gerufen⁷³. Forke wiederum suchte Wilhelm u.a. wegen dessen Zuordnung von Konfuzius zum Norden Chinas und Laozi zu einer südchinesischen Kultur als „ganz im Banne der Conrady-Schule“ herabzusetzen (Forke 1929a, 944f.). Wilhelm fühle ähnlich wie ein konfuzianischer Gelehrter, durch sein „Aufgehen im Chinesentum“ habe er den kritischen Sinn verloren. Er charakterisierte Wilhelm als „fast chinesiert“: Er sehe China durch eine „rosige Brille“, sehe über „ernste Mängel und schwere Missstände“ freundlich hinweg und entdecke diese stattdessen in der eigenen Kultur (Forke 1926, 242ff.). In dieser Zuschreibung als „fast chinesiert“ gipfelt die Abwertung Wilhelms.

Dass es nicht allein um Wissenschaft ging, macht Forkes explizite Kritik an Wilhelms antikolonialer Haltung deutlich. Dieser habe den „Erwerb“ Kiautschous als „Raub“ bezeichnet. Abgewertet wurde Wilhelm von Forke zudem mit der (negativ konnotierten) Charakterisierung als „guter Republikaner und Pazifist“ – in Wilhelms Auflistung bedeutender Persönlichkeiten fehlten Luther und Bismarck, während Rathenau⁷⁴ genannt sei. Wilhelms Idee der Gleichrangigkeit, die sich auch in der Gleichrangigkeit von Personen und Werken Chinas mit denen Deutschlands/Europas ausdrückte, wurde von Forke mit dem Argument eines herrschenden gegenteiligen Grundkonsenses zurückgewiesen: „Die Gleichstellung der chinesischen Kultur mit der europäischen dürfte kaum allgemeine Zustimmung finden“ (Forke 1929a, 945). So wurde auch Wilhelm die Wissenschaftlichkeit *sui generis* abgesprochen, seine Übersetzungen abgewertet als „nicht wissenschaftlich“⁷⁵, als „keine hochwissenschaftlichen Ansprüche“ stellend (Lessing 1927, 80) oder als nicht tiefgehend (Forke 1929b, 1382).

⁷³ Otto Franke (1924), „Der geschichtliche Konfuzianismus“, *Zeitschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft*, N.F. Nr. 3, 163-191.

⁷⁴ Walter Rathenau hatte als linksliberaler Außenminister die Umsetzung des Versailler Vertrages zu verantworten; von rechnationalen Kreisen wurde ihm Beteiligung an der sog. „Erfüllungspolitik“ der Siegermächte vorgeworfen.

⁷⁵ Erich Hauer (1924), Rez. Gespräche / Kung-Futse. Aus d. Chines. verdeutscht u. erl. v. Richard Wilhelm, Jena: Diederichs 1923, *Orientalistische Literaturzeitung*, 27:19, 542.

Wilhelm starb 1930. Sein Schüler und Mitstreiter Erwin Rousselle (1890-1949) hatte Schwierigkeiten, das geistige und institutionelle Erbe Wilhelms fortzusetzen. Er wurde 1941 aus politischen Gründen entlassen. Der danach auf den Frankfurter Sinologie-Lehrstuhl berufene Deutsch-Belgier Carl Philipp Hentze (1883-1975), der Ideen des „Deutschtums“ verpflichtet und Mitglied der flämischen SS gewesen war, gerierte sich auch nach 1945 als Vertreter einer „reinen Wissenschaft“, postulierte politische Neutralität (als Abwesenheit gesellschaftlichen oder politischen Engagements) und lehnte jede Kulturmittler-Funktion, wie sie das China-Institut vertreten hatte, ab.⁷⁶ Entsprechend sprach Hentze sich auch gegen die Wilhelm/Rousselle-Herangehensweise an klassische Studien aus. Er hielt sie für „vollständig unwissenschaftlich“, für „Schaumschlägerei“. Dem stimmten andere deutsche Sinologen zu.⁷⁷

In der von rassistischer Superioritätspolitik und Verfolgung geprägten NS-Zeit erfolgte ein gravierender Bruch mit Ideen der Gleichrangigkeit, auch bezogen auf China und Chinesen.⁷⁸ Überlegenheits-Ideen wurden auch in der Zeit des Kalten Krieges in der Bundesrepublik Deutschland tradiert, nun allerdings nicht dominant rassistisch begründet, sondern wesentlich politisch: als Verteidigung liberaler Demokratien gegen „den“ Kommunismus. Hinzu kam, dass bedingt durch Verfolgung und Zwangsemigration – keiner der fast 40 emigrierten Chinawissenschaftler/-innen und -Expert/-innen kehrte nach 1945 zurück⁷⁹ – Vertreter emanzipativer Vorstellungen in der Wissenschaft rar waren. Die kleine Community der Sinologen und Chinawissenschaftler mit ihren teils weitreichenden personellen Kontinuitäten spielte bei der Etablierung des China-Narrativs kaum eine Rolle. Dieses war in der Öffentlichkeit weiterhin geprägt von rassistischen Stereotypen in Verbindung mit aktualisierten kolonialen Narrativen. Das Feindbild von der

⁷⁶ Ausführlich zu Rousselle, siehe Leutner 2023.

⁷⁷ Vgl. Hans van Ess (2023), „History of Pre-Modern Chinese Studies in Germany“, *Journal of Chinese History*, Nr. 7, 491-524, Fn. 52.

⁷⁸ Ausführlich: Yu-Dembksi 2022, 75ff.

⁷⁹ Ausführlich: Mechthild Leutner u. Martin Leutner (2015), „Verfolgte Chinawissenschaftler 1933-1945: Die fehlende Generation – Eine längst überfällige Bestandsaufnahme“, *Berliner China-Hefte*, Nr. 45, 115-139.

„Gelben Gefahr“ wurde als „Rote Gefahr“ neu zugespitzt, die chinesische Bevölkerung als „Ameisen-Volk“, d.h. als uniforme Masse gezeichnet, die die „westliche Welt“ zu überrennen drohten (Neddermann 2022a, 100ff.).

Dieses China-Narrativ wurde erst im Zuge der 1968er Studentenbewegung, in der China als Projektionsfläche wieder relevant wurde, und mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der BR Deutschland und der VR China in Frage gestellt. Es wurden Gegennarrative zur Kalten-Kriegs-Rhetorik entwickelt, auch in der Wissenschaft. Trotz unterschiedlicher Positionen in der fachlichen Analyse und in den Perspektiven erreichten diese allerdings nicht den Charakter einer breiten Debatte, wie sie sich im Kontext neuer globaler Machtkonstellationen in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Das betrifft sowohl die Diskussionen innerhalb des personell kleinen Faches Sinologie ab den 1960er Jahren in der Bundesrepublik im Hinblick auf die Verwendung von Lang- oder Kurzzeichen. Das trifft aber auch auf die Pro- und Anti-China-Positionen im Zuge der Studentenbewegung der späten 1960er Jahre zu sowie auf die Umbruchphase nach 1989 und die nachfolgende Abwicklung der DDR-Sinologie.

4. „China-Versteher“ und „Propagandisten Pekings“: Zerfall unilateraler Weltordnung und gegenwärtige Debatten

Auch in der gegenwärtigen Umbruchzeit, gekennzeichnet durch ökologische Krisen, die Wende vom Industrie- zum Digitalzeitalter, die Verschiebung globaler Machtverhältnisse zu Lasten westlicher Hegemonieansprüche und die Suche nach neuen Weltordnungsmodellen kommt dem Faktor China eine zentrale Rolle zu. „Umbruchzeit“ bezieht sich sowohl auf seine reale Existenz als Wirtschaftsmacht und als politischer Akteur – letzteres im Unterschied zu vorherigen Umbruchzeiten – als auch auf die China zugeschriebene gegenwärtige und künftige globale Funktion.⁸⁰ Letztere wird deutlich in Thesen von einem „chinesischen 21. Jahrhundert“ bzw. einem

⁸⁰ Vgl. dazu Neddermann 2022b.

„asiatischen Jahrhundert“.⁸¹ Die Wirtschaftskraft Chinas und das Festhalten des Landes an einem eigenständigen, als sozialistisch verstandenen Entwicklungsweg bildet den Ausgangspunkt für die in westlichen Ländern inzwischen verbreitete Sicht auf China als Konkurrenz und Bedrohung. Das wird in Strategien umgesetzt, die darauf abzielen, den „Modus der Globalisierung und die Machtverteilung im internationalen System“⁸² für sich und gegen China, welches die globale Vormachtstellung der USA herausfordert, zu entscheiden. Demgegenüber fordern China und andere Staaten des Globalen Südens, allesamt Opfer westlicher Kolonialpolitik, mehr Beteiligung an der multilateralen Weltordnung. In diesem politischen Kontext findet die gegenwärtige allgemeine China-Debatte statt, die im Nachfolgenden ausgeführt wird, um den China-Diskurs in der Wissenschaft in Bezug setzen zu können.

US-Politiker und deren Vordenker bezeichnen die neue globale Konstellation als „Hegemonialkonflikt des 21. Jahrhunderts“ zwischen den USA und China und als einen grundsätzlichen Systemkonflikt zwischen demokratisch-(wirtschafts-)liberalem und autoritärem System. Das Narrativ von einer systemischen Bipolarität und einer Bedrohung demokratisch-liberaler Gesellschaftsordnung und des diesem zugeschriebenen Wertesystems⁸³ wird zunehmend auch in europäischen Ländern und in Deutschland durchgesetzt und im medialen Diskurs verankert. Die Corona-Pandemie und der sich hier zeigende anti-asiatische Rassismus⁸⁴, Lieferkettenprobleme und

⁸¹ Konrad Seitz (2000), *China. Eine Weltmacht kehrt zurück*. München: Siedler; Karl Pilny (2005), *Das asiatische Jahrhundert: China und Japan auf dem Weg zur neuen Weltmacht*, Frankfurt/M.: Campus,; „Duell der Giganten“, *Spiegel*, 08. Aug. 2005, 74.

⁸² Siehe Schmalz, der sich u.a. auf Mearsheimer stützt: Stefan Schmalz (2022), „Soziologie der Deglobalisierung“, *Berlin Journal of Sociology*, Nr. 32, 349-361, <http://doi.org/10.1007/s11609-022-00483-9> (Zugriff: April 2024).

⁸³ Das knüpft an S. Huntingtons Diktum der 1990er Jahre von einem „Kampf der Kulturen“ an, also einem Antagonismus auch der westlichen und der chinesischen/sinischen Kultur, an; vgl. Thomas Mayer (2021) „Clash of Civilizations. Der ‚Kampf der Kulturen‘ tobt, doch die Wahlkämpfer ignorieren ihn“, *Wirtschaftswoche*, 11. Nov. 2021.

⁸⁴ Zhou Ruirui (2022), „Diskriminierung von chinesischen Migrant*innen in Deutschland im Spannungsfeld von Globalisierung und Deglobalisierung während der Corona-Pandemie“, *Berliner China-Hefte*, Nr. 54, 130-144, u. Xiao Minxing (2022), „Anti-asiatischer Rassismus in Deutschland und seine Widerspiegelung in deutschen Medien 2020/21“, *Berliner China-Hefte*, Nr. 54, 145-157.

Kriege in der Ukraine und in Gaza ebenso wie Chinas starke Stellung in Zukunftstechnologien verstärken Debatten um Abkopplung von Autokratien, sprich China, und um Fragen einer Containment-Politik und entsprechend einem Konstrukt Chinas als Bedrohung. Es gehe um den „Kampf um die Welt“ – so der sensationalistische Titel einer ZDF-Dokumentation. Schon jetzt herrsche ein „unsichtbarer Krieg“⁸⁵, die Globalisierung habe sich als fragil erwiesen und trete in eine „kriegerische“ Phase. Für das Exportland Deutschland, einer der größten Profiteure der Globalisierung, ergebe sich das Dilemma, wem Priorität gegeben werde: den Werten oder dem Wohlstand.⁸⁶

Die Justierung der Chinastrategie und -politik in Deutschland dauert an.⁸⁷ Dies geschieht in Abstimmung mit den USA; manche sprechen auch vom politischen Druck des stärksten NATO-Verbündeten. Der in der China-Strategie der Bundesregierung 2023 festgeschriebene Dreiklang von China als Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale ist weiter auszudeuten und ist in den realen Beziehungen jeweils auszuhandeln. Während die einen mit dem Argument einer normativen Außenpolitik einen protektionistischen Kurs der Abkopplung und Abgrenzung verfolgen und einer US-geführten Weltordnung den Vorzug geben, setzen andere auf eine multipolare und weiterhin globalisierte Weltordnung, die auf Kooperation auch mit China setzt und erkennen keine – etwa mit Russland gleichartige – Bedrohung durch China.⁸⁸ Die Kooperation mit China liege im deutschen Interesse, sei wirtschaftlich notwendig, trage zum Wohlstand und zur sozialen Stabilisierung Deutschlands bei. Die Idee einer multipolaren Welt sehe zudem eine gleichberechtigte Teilhabe aller Länder vor und lehne Hegemonialbestrebungen ab. So werden dem Konzept einer Blockbildung bzw. einer Bipola-

⁸⁵ Wolfgang Hirn (2024) titelt: *Der Tech-Krieg. China gegen USA – Und wo bleibt Europa?*, Frankfurt/M.: Campus.

⁸⁶ „Kampf um die Welt.“ ZDF-Dok. v. Michael Wech, ausgestrahlt am 6. März 2024.

⁸⁷ Auf die besonderen Charakteristika der China-Debatten in anderen europäischen Ländern oder darüber hinaus kann hier nicht eingegangen werden.

⁸⁸ Das betrifft u.a. die Sicht auf Technologietransfer, vgl. Margot Schüller (2023): „Disengagement from China: US and European Policies Compared.“ *Giga Focus*, 1:4, 7f.

rität neue Szenarien entgegengesetzt⁸⁹, etwa von dem Politikwissenschaftler Herfried Münkler, der sich angesichts des Endes der westlichen Hegemonie der USA für eine neue Weltordnung ausspricht, die friedlicher zu sein verspreche als die derzeit zu beobachtende „Übergangsphase“. Münkler plädiert für eine „Pentarchie“, „eine Ordnung der großen Fünf“, nämlich USA, EU, Russland, China und Indien, die darauf „verzichten würden, sich gegenseitig ihre Ordnung aufzwingen zu wollen, sondern sich auf Regeln verständigen.“⁹⁰

In der gegenwärtigen Umbruchzeit suchen die Verfechter der westlich-hegemonialen Ordnung diese mit (fast) allen Mitteln zu verteidigen. Das betrifft nicht allein die selektive und weitgehend negativ konnotierte Darstellung Chinas in den Medien⁹¹ und auch eine von antikommunistischen und rassistischen Elementen getragene pauschale Sicht auf „chinesische Forscher als mögliche Spione“ der KPCh,⁹² sondern richtet sich auch gegen all diejenigen, die dem Bedrohungsnarrativ kooperative Ansätze und andere Erklärungsmuster entgegensetzen, ganz gleich, ob Politiker, Wirtschaftsvertreter, Journalisten oder Chinawissenschaftler/-innen.

Debatte in den Chinawissenschaften

Die Debatte in den Chinawissenschaften⁹³ steht in der Tradition der oben dargelegten Streit-Debatten von China-Gelehrten und Wissenschaftlern in früheren Umbruchzeiten. In den Chinawissenschaften wird ein zunehmend gespanntes politisches Klima und eine Bedrohung wissenschaftlicher Auto-

⁸⁹ Dies angesichts der Lage in den USA, wo über „die Gefahr eines zweiten amerikanischen Bürgerkriegs“ diskutiert wird (Interview mit Heinrich August Winkler, *TSP*, 29. Nov. 2023, 25).

⁹⁰ Interview mit Herfried Münkler, *TSP*, 13. Dez. 2023. Ausführlich: Herfried Münkler (2023), *Welt in Aufruhr: Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert*, Berlin: Rowohlt.

⁹¹ Vgl. quantitative u. qualitative Medienanalyse: Jia u.a. 2021.

⁹² So die Bundesminist. für Bildung u. Forschung, Starck-Watzinger (FDP): „Hinter jedem chinesischen Forscher kann sich die kommunistische Partei verbergen“, *Die Welt*, 31. Okt. 2023, <http://www.welt.de/wirtschaft/article248256370/hinter-jedem-chinesischen-Forscher-kann-sich-die-Partei-verbergen.html> (Zugriff: 04/2024).

⁹³ Zur Versachlichung der Debatte verzichte ich im Folgenden beim Zitieren abwertender und diskriminierender Behauptungen, insbesondere in den sozialen Medien (u.a. linked-in, twitter/X) auf die Nennung der Verfasser/-innen.

nomie von „beiden Seiten des Spektrums“, i.e. China und Deutschland, konstatiert.⁹⁴ „Engagierte Aufklärer“ stehen „menschlich betroffenen‘ Demagogen“ gegenüber – so wird es für Teile der Debatte formuliert (Döring 2023). Argumentativ – und in Reichweite und Schärfe durch die sozialen Netzwerke und Medien verstärkt – wird auf Muster der wissenschaftlichen und persönlichen Herabsetzung zurückgegriffen. Diskursregeln der Sachlichkeit und Redlichkeit werden verletzt (Döring 2023), Fragen wissenschaftlicher Erkenntnissuche, empirischer Evidenz und historischer Kontextualisierung werden von Forderungen nach weltanschaulicher und moralischer Positionierung überdeckt (Alpermann/Schubert 2022). Letztere erstreben die Verpflichtung der Wissenschaftler/-innen auf einen neuen Grundkonsens, ein neues uniformes China-Narrativ, nicht Pluralität und Vielfalt von Positionen als Erkenntnis fördernd.

Ein Positionsbeitrag Didi Tatlows auf der Webseite des *Zentrums Liberale Moderne*, welches „für die Verteidigung und Erneuerung der liberalen Demokratie“ steht⁹⁵, eröffnet die Kritik speziell an den Chinawissenschaftler/-innen. Sie warf ihnen, deren „träumerische Vision von China aus ihrer idealistischen Aufklärungstradition stamme“, einen „Neuen Orientalismus“ vor und schreibt:

Die Ironie besteht darin, dass der Spätorientalismus zwar versucht, westliche Ignoranz und Arroganz abzulehnen und zu korrigieren, sie aber in Wirklichkeit reproduziert, insofern er den Machtwillen des chinesischen Parteistaats unterschätzt.

Nur wenige China-Experten, so ihre Klage, scheinen bereit zu sein, „Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, dass die Verteidigung liberaler Werte mehr als nur Verständnis erfordert“ (Tatlow 2018).

⁹⁴ Habich-Sobiegal/Steinhardt 2022, 116.

⁹⁵ <http://libmod.de/> (Zugriff: 04/2024). Die Organisation wurde 2017 v. Marieluise Beck und Ralf Fücks (beide Bündnis 90/Die Grünen) gegründet; finanziert wird sie seit 2019 u.a. aus dem Bundeshaushalt. In der Kritik ist v.a. das Projekt „Gegneranalyse“: Parteikollegin Antje Vollmer bezeichnet das ZLM als „Instrument eines ideologischen Lobbyismus“, andere werfen ihm vor, „alle alternativen Sichtweisen, die den Konsens [...] stören“ ins Visier zu nehmen; vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Zentrum_Liberale_Moderne (Zugriff: 04/2024).

Damit war das Diktum von der Verteidigung der liberalen Werte, der Aufrechterhaltung der westlichen Werte- und (unilateralen) Weltordnung gegen die antizipierten Übergriffe des illiberalen chinesischen Parteistaates gesetzt und sollte als Konsens-Position zunehmend eingefordert werden.

Hierbei spielte der *Spiegel*-Bestseller *Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet* mit seinem Narrativ vom „Feindbild China“ und Angriffen auf diejenigen, die dieses Feindbild in Frage stellen, eine wichtige Rolle. China wird bezeichnet als unter allen Feinden von Menschenrechten, demokratischer Entscheidungsfindung und Rechtsstaatlichkeit „der vermutlich bedrohlichste dieser Feinde“, gegen den wir uns verteidigen müssen.⁹⁶

Entsprechend werden Personen aus allen Bereichen, auch Wissenschaftler/-innen, die sich für Kooperation mit China einsetzen, als „Handlanger Pekings“ bezeichnet, als „nützliche Idioten“, die die Interessen der KPCh vertreten (Hamilton/Ohlberg 2020). Sie werden auch als „Einflussagenten“ der KPCh bzw. Maos geframed, wie etwa Gerhard Flatow (1910-80) mit seinem China-Engagement in den Jahren des Kalten Krieges.⁹⁷ „Einflussagent“ kommt dem Begriff des Geheimagenten nahe, ist demgegenüber allerdings beliebig inhaltlich dehnbar und juristisch nicht zu fassen.

Eine wichtige Rolle im Diskurs spielt die negative Umdeutung des in der spät- und postkolonialen Umbruchzeit im Zuge des Ersten Weltkriegs so positiv besetzten Begriffs des Verstehens und des Verständnisses für China,

⁹⁶ Hamilton/Ohlberg 2020, Klappentext. Das Negativ-Bild zeitigt Ergebnisse: Inzwischen sehen 60 Prozent der deutschen Bevölkerung China als ein Land an, „von dem in den nächsten Jahren die größte Bedrohung für den Weltfrieden ausgeht“. China rangiert nach Russland (82%) und vor Nordkorea (52%), vgl.. Renate Köcher u. Klaus Schweinsberg (2023), *Der 14. Sicherheitsreport. Eine Studie zur inneren und äußeren Sicherheit in Deutschland im Jahr 2023*. <http://www.sicherheitsreport.net/wp-content/uploads/pmsicherheitsreport.pdf> (Zugriff: 04/2024).

⁹⁷ Bernd Ziesemer (2023), *Maos deutscher Top Agent. Wie China die Bundesrepublik eroberte*. Frankfurt/New York: Campus. Ziesemer überwölbt die Biographie Flatows mit dem von Hamilton/Ohlberg verbreiteten Narrativ von der „lautlosen Eroberung“ der Welt durch die Unterwanderung westlicher Demokratien und wertet Flatow damit ab. Das Diktum von der „lautlosen Eroberung“ durch China wird so als „kommunistisch“ (und „chinesisch“) per se gesetzt.

welches an die Stelle von Unwissen und Missverständnissen treten sollte. „Verstehen“ und „Verständnis“ wird gegenwärtig gepaart mit den negativ verstandenen Begriffen „Entgegenkommen“, „Appeasement“ und „Kulturrelativismus“. Diese Umdeutung, nämlich die „denunziatorische Verwendung des Wortes Verstehen“, ist eine „Abkehr vom Erbe der Aufklärung“ (Brie 2024, 33). Sie kulminiert in der Negativ-Zuschreibung von Personen, die diese Positionen in Bezug auf China vertreten, als „China-Versteher“. Jemand, der versucht, Chinas Positionen zu verstehen, als Teil der Analyse des Anderen, wird diskreditiert: „Er wird zum Feind von Demokratie und Menschenrechten erklärt, zum Gegner der ‚Weltgemeinschaft‘, die für eine ‚regelbasierte Ordnung‘ und Freiheit stehe“ (Brie 2024, 33). Bereits 2011 wurde der China-Journalist Frank Sieren titulierte als „willfähriger China-Versteher“, der klinge „wie weiland die Appeasementpolitiker, die glaubten, die aufsteigende Macht durch Entgegenkommen und Verständnis schon in die richtigen Bahnen lenken zu können“.⁹⁸ 2013 fasst die Journalistin Sabine Pamperrien den Begriff noch weiter:

Um die fragwürdigen Argumente der, nennen wir sie: China-Versteher, soll es im folgenden gehen. Darunter sind solche Freunde des Riesenreiches zu sehen, die sich in der Grauzone zwischen Vision und Wahrheit bewegen und Freiheitsforderungen aus dem Westen kulturellrelativistisch zurückzuweisen versuchen. Außerdem changieren sie bei der Verteidigung der Volksrepublik zwischen alten entspannungspolitischen Floskeln und unverhohlenen Modellerwartungen an die Veränderungen im Land.⁹⁹

Zunächst wurden die Chinawissenschaftler/-innen als „Opfer“ des totalitären Regimes der KPCh gezeichnet, welches in Deutschland die Autonomie der deutschen academia kontrollieren würde (Fulda 2021, 206 u. 225). Die von der KPCh ausgeübte hybride (psychologische, finanzielle/ökonomische, politische) Einflussnahme führe zur Selbstzensur westlicher Wissen-

⁹⁸ Klaus Methfessel (2011), „Zwischen Kritik und Kniefall“, *Wirtschaftswoche*, 16. Nov. 2011, <http://www.wiwo.de/politik/konjunktur/china-china-versteher/5838226-2.html> (Zugriff: April 2024).

⁹⁹ Sabine Pamperrien (2013), „Die China-Versteher und ihre demokratischen Feinde“, *Deutschlandfunk*, 10. März 2013, <http://www.deutschlandfunk.de/die-china-versteher-und-ihre-demokratischen-feinde-100.html> (Zugriff: 01/2024).

schaftler, zu einer „allgemein mangelnden Bereitschaft, sich den veränderten politischen Realitäten in Xis autoritärem China zu stellen“. Unter Berufung auf einen proklamierten Konsens in einer demokratischen Gesellschaft wird von Chinawissenschaftlern/-innen gefordert, „damit zu beginnen, regelstabilisierende, kulturelrelativistische und kulturell essentialistische sowie antipraxeologische Traditionen in den Chinastudien zu hinterfragen.“ Diese Traditionen liefen nämlich Gefahr, die „demokratische Widerstandsfähigkeit zu verringern“ (Fulda 2021, 225f.).

Diese Viktimisierung der Chinawissenschaftler/-innen in Verbindung mit der Forderung nach Hinterfragung kulturelrelativistischer Positionen, welche sich in den Regionalwissenschaften in den letzten Jahrzehnten gerade in Bekämpfung neokolonialer Perspektiven in der Forschung durchgesetzt hatten, geht einher mit dem eingeforderten Grundkonsens der Perzeption Chinas und der Gestaltung der Beziehungen zu China als einem systemischen Rivalen. Wer diesen „Grundkonsens“ nicht teile bzw. einhalte, zeige Blindheit gegenüber Chinas expansiver Machtpolitik und letztlich Unfähigkeit zum Verstehen, dass China weltweit die demokratische Ordnung herausfordere, so das Argument, dem Tatlow-Beitrag folgend.

Prominent verbunden wird der Vorwurf des Kulturrelativismus mit Anwürfen an Chinawissenschaftler/-innen, diese sorgten sich um die eigene Karriere¹⁰⁰ und/oder agierten unwissenschaftlich. Der Vorwurf des „Herunterspiels valider empirischer Beweise und deren Unterdrückung, um chinesische Behörden zu beschwichtigen“, das Appeasement-Theorem (mit seinen Anklängen an 1938) wird erneuert, ebenfalls der Vorwurf der „Partei-nahme für die autoritäre Diktatur der Volksrepublik“ (Fulda 2021, 215ff.). Zugleich werden Positionen diskreditiert, die in der aktuellen Chinadebatte neutral bleiben oder Minderheitenpositionen zulassen wollen¹⁰¹. Außerhalb des sog. Grundkonsens’ der Perzeption und Analyse Chinas – so wird suggeriert – herrsche Blindheit und Erkenntnisunfähigkeit.

¹⁰⁰ Thorsten Benner (2018), „Die romantischen Jahre sind vorbei“, *LibMod.*, 18. Dez. 2018, [http:// bit.ly/3AU6QO3](http://bit.ly/3AU6QO3) (Zugriff: 07/2018).

¹⁰¹ Stellungnahme des DGA-Vorstands, 2021.

Ein anderer Beitrag konzentriert sich auf die These von der „hybriden Einmischung der Kommunistischen Partei Chinas“ sowie ihrem globalisierenden Zensurregime“ und Bestreben, „die unabhängige akademische Welt im In- und Ausland zu neutralisieren“. Es wird behauptet, „dass die Herrschaft der KPCh durch Angst bei vielen westlichen Akademikern bereits zur Selbstzensur geführt“ habe. Den Chinawissenschaftler/-innen, klassifiziert nach sechs „Diskursen“, wird insgesamt „eine mangelnde Bereitschaft, sich den veränderten politischen Realitäten in Xis hart autoritärem China zu stellen“, vorgeworfen (Fulda 2021, 205ff.). Damit wird wissenschaftliche Erkenntnisunwilligkeit der „Anderen“ impliziert.

Doch nicht allein Erkenntnisunwilligkeit, sondern intellektuelle Analyse- und Urteilsfähigkeit überhaupt wird deutschen Wissenschaftlern abgesprochen, da diese „vielfältigen Bedrohungen“ ausgesetzt seien: nämlich durch Akteure und Institutionen in Deutschland selbst, aber v.a. „auf der internationalen Bühne durch das globalisierte Zensurregime der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), dubiose parteistaatliche Finanzierung aus China, die „Weaponisation“ der informellen chinesischen sozialen Netzwerke und eine ungesunde Abhängigkeit westlicher Chinawissenschaftler vom ‚offiziellen China‘“ (Fulda/Missal 2021, 1). Chinawissenschaftler hätten es versäumt, „Bedrohungen der akademischen Freiheit, die von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren unter der Kontrolle der KPCh ausgehen, richtig zu erkennen, geschweige denn zu entschärfen“. Neben diesen Einforderungen bestimmter „wissenschaftlicher Erkenntnisse“ betonen die Autoren gleichzeitig, „keine hegemoniale Sichtweise der ‚richtigen‘ Art und Weise der Wissensproduktion [zu] befürworten – Modus 1 und Modus 2 werden auf absehbare Zeit nebeneinander bestehen – noch eine bestimmte politische Position vorschreiben [zu] wollen“ (Fulda/Missal 2021, 15).

Ein Jahr später fordern Fabian/Fulda das Abgehen der Chinawissenschaftler von – ihrer Meinung nach – herrschenden Paradigmen- und Interpretationsrahmen als überfällig ein, das sei ein „Muss“. Diese seien von Andrew Nathan gesetzt worden: Mit seiner These von der autoritären Resilienz¹⁰²

¹⁰² Siehe Andrew Nathan (2003), „China’s Changing of the Guard: Authoritarian Resilience“, *Journal of Democracy*, 14:1, 6-17.

habe er die KPCh als lernfähig und offen für Innovationen und für marktwirtschaftliche Reformen unter Kontrolle des Parteienstaates dargestellt; der experimentelle Regierungsstil habe die Wirtschaft stimuliert, den Lebensstandard erhöht und mit dem positiven Output wiederum die Unterstützung des politischen Regimes gesichert. Dieses Narrativ sei nicht zutreffend und zu revidieren (Fabian/Fulda 2022, 70ff.).

Die auf diese Weise erhobenen pauschalen Vorwürfe an Fachvertreter/-innen und letztlich Forderungen an diese, bei der Analyse Chinas von bestimmten wissenschaftlichen Positionen abzugehen, rufen ihrerseits Reaktionen hervor. Zum einen wird der Versuch, die Wissenschaft in den Dienst der Politik und wechselnder Politikziele zu stellen und Analyse durch moralische Argumente zu ersetzen, zurückgewiesen. Entsprechend äußerte sich 2020 der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde in einer Stellungnahme und betonte wissenschaftliche Pluralität:

*Von den Wissenschaftler*innen (wird) erwartet, dass sie sich positionieren, dass sie sich auf eine Seite schlagen. Der Versuch, in der aktuellen Situation neutral zu bleiben und Verständnis zu schaffen, statt zur Anheizung des Konfliktes beizutragen, wird ihnen entweder als Schwäche oder sogar als moralische Dekadenz ausgelegt. Wir akzeptieren es natürlich, wenn Wissenschaftler*innen sich im politischen Diskurs engagieren oder über ihre eigene Position zu kritischen Fragen unserer Zeit reflektieren. Wir wehren uns aber dagegen, dass Wissenschaftler*innen angegriffen werden, weil sie bestimmte Positionen hinterfragen, hinter die Kulissen schauen oder Positionen beziehen, die dem „Mainstream“ entgegenstehen.¹⁰³*

Die Forderung nach wechselseitiger Akzeptanz und Toleranz unterschiedlicher Positionen im wissenschaftlichen Diskurs wird auch von anderen geteilt, die sich gegen Versuche wehren, Uniformität herzustellen und abweichende Positionen zu diskreditieren.¹⁰⁴ Diese Reaktionen sind bestimmt von der Prämisse der Freiheit und Neutralität der Wissenschaft und implizieren in gewisser Weise auch eine Perspektive der Gleichrangigkeit in der Herangehensweise an China. So bezeichnen Schubert und Alpermann die

¹⁰³ Stellungnahme des DGA-Vorstands 2021.

¹⁰⁴ Darunter Alpermann/Schubert 2022 u. Döring 2023.

Anwürfe hinsichtlich Selbstzensur und opportunistische Vereinnahmung in der Chinaforschung als „moralisches Kreuzrittertum“ – dies läuft dem Diktum von der wertegeleiteten Außenpolitik parallel. Sie sehen darin die Gefahr einer gesinnungsethischen (moralischen) „Eignungsprüfung“ und setzen sich für eine Versachlichung der „kontroversen und teilweise polemisch geführten Debatte“ um „wissenschaftliche und hochschulpolitische Auseinandersetzung mit dem autoritären China der Gegenwart“ ein. Nicht Unterstellungen, sondern glaubwürdige Belege fordern sie. Wissenschaft, so ihr Credo, „steht nicht im Dienst einer politischen Überzeugung, sondern muss davon losgelöst“ betrieben werden. „Wissenschaft steht im Dienst der Wahrheit, nicht eines politischen Wertekanons“ (Schubert/Alpermann 2022, 95 u. 104).

Aus ihrer Sicht führt die „moralische (moralisierende) Fokussierung auf sogenannte westliche Werte, die vom KP-Regime verletzt werden“ nicht weiter, ebenso wenig wie „von außen oktroyierte Zwangsmaßnahmen“, sondern ein verantwortungsvolles Vorleben von Werten wie Wissenschaftsfreiheit.¹⁰⁵ In diesem Sinne wenden sie sich gegen „Entkoppelungsnarrative“ in der Wissenschaft und gegen die Auffassung, dass jegliches Verstehen-Wollen automatisch eine Rechtfertigung des „autoritären Regimes“ bedeute (Schubert/Alpermann 2022, 98).

Zum anderen lehnen Wissenschaftler/-innen es ab, bestimmten Paradigmen zu folgen und andere abzulehnen. Bei den Versuchen, den Diskursraum zu verengen, ist die Beschreibung Chinas als sich „zunehmend autoritär gerierendes KP-Regime“ oder auch als „totalitär“ der Bezugspunkt und der Rahmen, innerhalb dessen Analysen als „wissenschaftlich“ deklariert werden. Dass damit grundlegend andere Analysen der Gesellschaft und Politik Chinas, z.B. die Frage nach dem „sozialistischen“ oder „kapitalistischen“ System,¹⁰⁶ ausgegrenzt werden bzw. keine Debatte darüber stattfindet, ist evi-

¹⁰⁵ Nadine Godehardt u. Björn Alpermann (2022), „Jeder gute Garten will gedüngt sein“, *TSP*, 09. Sep. 2022.

¹⁰⁶ Ausführlich zu unterschiedlichen Definitionen des gesellschaftl. Systems der VR China: Wolfram Elsner (2020), *Das chinesische Jahrhundert. Die neue Nummer eins ist anders*, Frankfurt/M: Westend, 304ff.

dent. Neuerdings wird auch gefordert, bei der Positionierung in der China-Debatte stets die Taiwan-Perspektive mit einzubeziehen – das wird zur „Gretchenfrage“ eines jeden Sinologen erklärt (Diefenbach 2022, 123).

Die Verengung des Diskursraumes bezieht sich auf einzelne Themen und die insgesamt zu beobachtende Wiederbelebung vom „Feindbild China“. Die mediale Konstruktion von China als Bedrohung, nämlich als „menschenrechtsverletzenden Einparteiensstaat“ mit seiner ständig aggressiver werdenden Politik, seiner aggressiven Propaganda, seiner Missachtung internationaler Konventionen in Hongkong und den Drohgebärden gegen Taiwan (vgl. Jia u.a. 2021, 17), findet seine Parallelen in Zuschreibungen von Chinawissenschaftler/-innen.

Eine Reihe von Wissenschaftler/-innen wendet sich gegen die Schaffung eines neuen „Feindbildes China“. Sie verweisen – medial wie in Fachbeiträgen – auf Kontinuitäten zum diffamierenden kolonialen China-Narrativ, analysieren mediale, wirtschaftliche und politische Kontexte und lehnen die Anwendung von Doppelstandards bei Bewertungen ab.¹⁰⁷ In der Reaktion darauf erfolgt nicht primär eine Widerlegung oder Hinterfragung der Analysen und Hauptthesen, etwa zum Narrativ von China als Bedrohung, sondern in erster Linie werden die Verfasser kritisiert und – wenigstens versuchsweise – diskreditiert. So wird behauptet, dass Kollegen/-innen mit ihrer „durchaus provokativen Gegenrede“ zu dem in der deutschen Presse vorherrschenden Konsens (Diefenbach 2022, 120) dazu tendieren würden, „die repressive Seite der chinesischen Regierung herunterzuspielen“ bzw. diese in ihren wissenschaftlichen Analysen nicht zu adressieren. Solche Beiträge, die eine mittlere Position in der China-Debatte zu suggerieren suchen, sprechen punktuell Verfasser/-innen von „Gegenreden“ wissenschaftliche Expertise für die gegenwärtige Politik Chinas oder „Repräsentanz“ für die deutsche Chinawissenschaft ab.¹⁰⁸

¹⁰⁷ Beispielhaft das Sonderheft der wissenschaftlichen Zeitschrift *minima sinica. Zeitschrift zum chinesischen Geist*, Nr. 22 (2020), mit einem Dossier zum Thema China als Drohkulisse, hrsg. v. Roderich Ptak u. Ylva Monschein. Sieben Beiträge sind diesem Themenschwerpunkt gewidmet.

¹⁰⁸ Habich-Sobiegallo/Steinhardt 2022, 111f.

Dass gegenwärtig die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Wissenschaft auch für Chinawissenschaftler/-innen eingefordert werden muss und gegen politische „Normativitätspostulate“ zu verteidigen ist, wird auch in der jüngsten Debatte um die Xinjiang-Reise einiger Kollegen/-innen deutlich. Sie macht erneut die grundsätzlichen Dimensionen der Debatte und die Versuche der Verengung des Diskursraumes deutlich.

Xinjiang-Diskurs in der Wissenschaft

In den Kontext der Bemühungen um die Etablierung eines neuen uniformen China-Narrativs, das der Konstruktion Chinas als systemischer Rivale und dementsprechend – dem Begriff inhärent – als Bedrohung parallel läuft, sind die Reaktionen in der Chinawissenschaft um die Xinjiang-Reise zweier Kollegen und deren Bericht darüber in der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ) einzuordnen. Thomas Heberer und Helwig Schmidt-Glintzer zeigen in dem Beitrag vorrangig gegenwärtige Veränderungen in der Provinz auf und verweisen auf die vielfältigen Initiativen, mit einem neuen Entwicklungsschub die Situation der uigurischen Bevölkerung zu verbessern, etwa durch staatlich subventionierte Gesundheitsversorgung und fünfzehn Jahre kostenloser Ausbildung in Kindergarten, Schule und Berufslehre. Nach der Hochphase des Kampfes gegen den Terrorismus, nach Notstand und Repressionsmaßnahmen, so die Autoren, seien „Anzeichen einer Rückkehr zur ‚Normalität‘ erkennbar“. Ihr Fazit: „Wenn sich die Menschenrechtslage weiter nachweisbar normalisiert, sollte die EU den Dialog aufnehmen und die wegen Xinjiang gegen China verhängten Sanktionen überdenken.“¹⁰⁹ Der Versuch einer differenzierten Positionsbestimmung und eines Plädoyers für ein „Überdenken“ bestimmter chinastrategischer Maßnahmen hat in den Chinawissenschaften heftige Debatten und eine starke Polarisierung ausgelöst, die den Charakter einer argumentativ-sachlichen Auseinandersetzung überschreiten und ein Indiz darstellen für den eminent ideologisch-politischen Stellenwert Chinas in der gegenwärtigen Umbruchzeit.

¹⁰⁹ Thomas Heberer u. Helwig Schmidt-Glintzer (2023): „Jenseits von Hass und Zorn. Nach der erfolgreichen Kampagne gegen Terrorismus und Islamismus sollen sich nach dem Willen Pekings die Verhältnisse in Xinjiang wieder normalisieren“, *NZZ*, 11. Sep. 2023.

Bei den Gegnern der Heberer/Schmidt-Glintzer-Positionen dominiert der Vorwurf, die Ausführungen der Autoren seien in Übereinstimmung mit „regierungs-offizieller Darstellung“ und befänden sich in einer unreflektierten Nähe zur KPCh.¹¹⁰ So hätten die Autoren – heißt es in einer Kritik – „den Begriff ‚Terror‘ im Sinne Pekings übernommen.“ Letztlich seien die Verfasser Propagandisten Pekings. Der Negativ-Begriff „China-Versteher“¹¹¹ korrespondiert damit. Mit dem Propagandisten-Vorwurf einher geht das Absprechen von Wissenschaftlichkeit und Rationalität der Positionen. So wird den NZZ-Beiträgern vorgeworfen, sich „einseitig auf eine Art von Quelle zu stützen“ und damit frappierend genau der regierungs-offiziellen Darstellung zu entsprechen. Den Verfassern wird ein Verstoß gegen „gute Wissenschaft“ vorgeworfen.¹¹² Bereits im Ton abwertend wird behauptet: Der Artikel

*strotzt nur so von KPCh-Terminologie. Den Jargon haben beide offenbar schon so gut internalisiert, dass es ihnen nicht einfällt – gerade als Wissenschaftler – die Darstellung der Partei kritisch zu reflektieren. [...] Diese beiden Männer sind keine Sinologen, sondern einfach nur Partei-Hampel.*¹¹³

In *China-Table*, in der *Neuen Zürcher Zeitung* und in der *Süddeutschen Zeitung* wird die Kritik an der Xinjiang-Reise und dem NZZ-Bericht forciert, während im Magazin *Cicero* im Unterschied dazu aus philosophisch-sinologischer Perspektive die Reaktionen selbst problematisiert werden. Der Kulturphilosoph und Sinologe Ole Döring gesteht den Autoren zu, dass diese ihr Erkenntnisinteresse ausdrücklich nicht darin gesehen haben, „die unbestreitbaren Vorwürfe im Hinblick auf die Menschenrechtslage“ untersuchen zu wollen. Ziel ihrer Sondierungsreise sei vielmehr gewesen: „konkret lokale und regionale Entwicklungsinstrumente; die Situation der Beschäftigung und Arbeitsvergütung; staatliche Institutionenbildung und den

¹¹⁰ Marcel Grzanna (2023), „Kommunismus und Klassenkampf holen die deutsche Sinologie ein“, *China.Table*, 2. Okt. 2023 (Zugriff: 12/2023).

¹¹¹ Martin Ahlers im Interview mit Thomas Heberer: „Partnerschaft Duisburg-Wuhan: ‚Städte führen keine Kriege‘“, *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, 1. Juli 2022. Ahlers verweist darauf, dass Heberer als „China-Versteher“ angefeindet werde. Eine Auseinandersetzung mit dem Begriff findet sich bei Alpermann/Schubert 2022.

¹¹² 11. Sep. 2023, <http://lnkd.in/eVTtWzg> (Zugriff: 04/2024).

¹¹³ LinkedIn, 13. Sep. 2023.

Stand des Rechtssystems“ zu sondieren sowie die Bildungs-, Kultur-, Religions- und Sprachpolitik Eine zwingende Begründung der Kritiker des NZZ-Beitrages, „warum diese Fragestellung nicht seriös sei – oder nicht vielleicht sogar indirekt zu Hinweisen auf die aktuelle ‚Menschenrechtslage‘ führen“ könne, sei nicht erfolgt (Döring 2023).

Wissenschaftler/-innen, die in dieser Debatte ähnliche Positionen wie Heberer und Schmidt-Glintzer vertreten, werden ebenfalls massiv kritisiert. So wird etwa Döring das „Ausblenden von empirischen Evidenzen“ vorgeworfen.¹¹⁴ Es fallen Vorwürfe wie „beschämend leichtgläubig“, als „politisch blind“ oder sich in einer unreflektierten Nähe zur KPCh zu befinden.¹¹⁵

Mit dem Absprechen von Wissenschaftlichkeit, ja sogar der wissenschaftlichen Erkenntnisfähigkeit überhaupt, geht einher die Forderung an Institutionen und die akademische Community zur Distanzierung. Denn – so die Begründung – der NZZ-Artikel bringe die „ganze Chinawissenschaft im deutschsprachigen Raum in Misskredit, die sich sowieso schon gegen Restriktionen des chinesischen Staats und gleichzeitig gegen alle möglichen Korruptionsvorwürfe wehren“ müsse. Es ist die Rede nicht nur von einem „Versagen einzelner Sinologen, sondern eine Bankrotterklärung jener Sinologie, für die sie stehen“. Weiter heißt es: „Was passiert, wenn Sinologen sich dennoch, dem philologischen Instinkt gehorchend, an ‚die chinesische Perspektive‘ halten, westliche Begriffe ignorieren und beharrlich nach Traditionen suchen, zeigt sich an den oben angesprochenen Beiträgen“ (Vogelsang 2023).

Die Herabsetzung der inhaltlichen Positionen und vor allem der Verfasser als Wissenschaftler wird verknüpft mit Forderungen nach nicht bloß der Distanzierung von „diesen Kollegen“ innerhalb der Disziplin und der Institutionen, sondern es wird ihnen eine akademische Existenzberechtigung überhaupt abgesprochen. Zudem werden teils „Maßnahmen“ von Seiten der entsprechenden Hochschulen angemahnt. Die Diskreditierung bezieht sich

¹¹⁴ So ein Kommentar zu Döring 2023.

¹¹⁵ Kai Strittmatter (2023), „Aufruhr in der deutschen Chinawissenschaft: Beschämend leichtgläubig“, *Süddeutsche Zeitung*, 24. Sep. 2023; Vogelsang 2023; Marcel Grzanna: „Kommunismus und Klassenkampf holen die deutsche Sinologie ein“, *China.Table*, 02. Okt. 2023.

auch auf die persönliche Ebene. So geben die Kommentatoren auch in den sozialen Medien nicht allein ihrem persönlichen Unmut Ausdruck, sondern meinen auch die „emeritierten“ Kollegen mit der provokativen Frage „Warum nicht einfach mal die Rente genießen und in Ruhe ein gutes Buch schreiben?“ treffen zu können. Der NZZ-Beitrag wird als ein „menschlicher“ und „moralischer Skandal“ bezeichnet. Vermutungen zu persönlichen oder karrierebedingten Ursachen für die Reise und den Artikel werden in den Raum gestellt. Die Abqualifizierung von Kollegen/-innen oder deren Positionen durch Negativ-Attribute wie „kaltschnäuzig“, „beschönigend“ oder „verharmlosend“ findet sich. Anwürfe von möglicherweise „Opportunismus“, möglicherweise „altlinker Gesinnung“, möglicherweise „handfesten finanziellen Interessen“ oder möglicherweise „Zynismus“ werden in den öffentlichen Raum gestellt.¹¹⁶ Inhaltliche, gegenstandsbezogene Argumente bleiben auch hier aus. Solche „Aggressionen gegen Sündeböcke“ sind – laut Döring – unmittelbar mit der „allgemeinen Grundstimmung aus Angst und Desorientierung“ verbunden (Döring 2023).

Dass die Kritik auch genutzt wird, um wieder einmal Sinn und Zweck wissenschaftlicher Kooperation mit chinesischen Stellen anzuzweifeln¹¹⁷, verweist auf deren Funktion in der politisch-medialen chinastrategischen Debatte. Mit den Abkopplungsideen einher gehen Überlegungen zur Entwicklung einer „Remote Ethnography“ als eines „wissenschaftlichen“ Forschungsprojektes, welches die einen als probate neue Form der Forschung über China, außerhalb des Landes und ohne (VR-) chinesische Wissenschaftler, vorschlagen,¹¹⁸ während die anderen dies als „anachronistische Skurrilität“ (Döring 2023) bezeichnen. Die Abkopplung vom Forschungsfeld wird auch begründet mit dem Argument, chinesische Kollegen (und Studierende) ihrerseits vor möglichen politischen Folgen schützen zu wollen, denen sie bei kritischen Äußerungen, auch im Kontext von Kooperationen, ausgesetzt seien.

¹¹⁶ Vogelsang 2023. Er vermutet die Ursache für die „fatalen politischen Fehleinschätzungen“ im Fach selbst, welches in der Philologie befangen sei, nämlich einer Analyse Chinas auf Grund von Texten.

¹¹⁷ Vogelsang 2023.

¹¹⁸ Siehe Website v. Björn Alpermann: <http://www.phil.uni-wuerzburg.de/sinologie/team/lehrstuhlhaberinnen/prof-dr-bjoern-alpermann/> (Zugriff: 03/2024).

Das Narrativ vom Systemkonflikt und der Wertedifferenz, von der Distanz zwischen China und „uns“ wird so auch in Teilen der Chinawissenschaften forciert und als Grundkonsens proklamiert. Die Zuschreibung von „Partei-nahme“ für China gilt – wie schon in früheren Umbruchzeiten des 19. und 20. Jahrhunderts – als Abwendung vom eigenen Land, dem „wir“ verpflichtet seien. Wissenschaftsproduktion gerät aus dieser Perspektive wieder zu einem nationalstaatlichen Projekt, den deutschen Interessen dienend. Die Chinawissenschaft soll dem proklamierten neuen Grundkonsens eines notwendigen Abwehrkampfes gegen den systemischen Feind China folgen.

Dagegen stehen Freiheit und Pluralität der Wissenschaft und die Notwendigkeit (und das Faktum) einer globalen Wissensproduktion. Wissenschaftliche Erkenntnis ist nicht eindimensional, sondern hat komplexe Facetten. Sie ist abzugleichen mit der Realität, nicht mit gerade medial oder politisch dominanten Leitideen. Auch die Perspektiven und methodisch-theoretischen Ausgangspositionen der Wissenschaftler sind nicht einheitlich. Eine Unterordnung unter einen wie auch immer gearteten sog. chinawissenschaftlichen Grundkonsens bei „uns in westlichen Demokratien“ führt zum Stillstand wissenschaftlicher Erkenntnis. Der postulierte neue Grundkonsens geht nämlich davon aus, dass – resultierend aus dem autoritären Charakter des Parteistaates – chinesische Quellen in der Regel (!) Partei-Propaganda, damit wissenschaftlich unbrauchbar sind und dass „wir“, die „wir“ – im Gegensatz zu China – eine liberale Demokratie mit entsprechenden Werten haben, auch über die „richtige“ (wissenschaftliche) Erkenntnis verfügen. Dahinter steht letztlich wieder das Postulat von der Ungleichrangigkeit des Staats- und des Wertesystems und eines hierarchisch gesehenen Verhältnisses, wie auch bereits in früheren Umbruchphasen.

Es findet also auch ein Kampf um wissenschaftliche Erkenntnis und Deutungshoheit statt. Mit der Frage der Deutungshoheit kommt in der Gegenwart auch das reale China bzw. die chinesische Academic Community ins Spiel. China und der Globale Süden sind keine Kolonien mehr, sondern unabhängig (genug), sich ebenso wie Verfechter von Gleichrangigkeit und Pluralität in westlichen Ländern gegen die gegenwärtig erneute Inanspruchnahme westlicher globaler Führung zu wenden: China wie auch andere Staaten betrachten das Hineinregieren in innere Angelegenheiten als „west-

lichen Werteimperialismus“¹¹⁹, wollen keine „Lehrmeister aus dem Westen“ mehr.¹²⁰ Aus dieser Perspektive ist es eine verfehlte Idee anzunehmen, dass „die angemessene Deutungshoheit und Handlungsmacht gegenüber unserem ‚China‘ etwas mit echtem Begreifen zu tun habe“, im Gegenteil: das „strukturelle Festhalten“ an irreführenden Chinabildern lähmt Erkenntnis-suche, führt zur „Abkopplung von jeglicher Realität“ (Döring 2023).

5. Zusammenfassung

In allen vier Umbruchzeiten geht es um weitreichende philosophisch-ideologische und um politisch-gesellschaftliche Brüche, die ihre Widerspiegelung in den Streitdebatten der Gelehrten und Wissenschaftler/-innen fanden. Dabei lässt sich feststellen, dass zum einen die Rolle, die „China“ als Konstrukt und Realität dabei spielte, jeweils unterschiedlich war. Zum anderen lassen sich in allen vier Umbruchzeiten idealtypisch zwei gegenläufige Positionen und ihre jeweiligen Ausformungen unterscheiden. Inhaltliche und formale Elemente historischer Debatten werden über die Jahrhunderte und teilweise bis zur Gegenwart tradiert.

Während der Frühaufklärung und Aufklärung des 17. und 18. Jahrhundert war China philosophisch-politisches Gegenmodell zum theologischen Denken und zur autokratischen Ständegesellschaft. „China“ als Hochkultur beinhaltete zwei Komponenten: die rationale Philosophie des Konfuzianismus als Grundlage politischer Herrschaft und das sich darauf stützende politische – soziale Mobilität ermöglichende – System eines aufgeklärten Kaisertums mit einem starken Beamten-system. Auch wenn Chinas zeitgenössische reale Stärke als größte Wirtschaftsmacht der Welt in der Wahrnehmung eine Rolle gespielt haben mag: Nicht China als einem solchen Akteur wurde Bedeutung zugesprochen, sondern einem philosophischen China und einem daraus abgeleiteten China politischer Herrschaft – dem Modell einer säkularen Gesellschaft, wie sie im Denken der Aufklärer und Verfechter egalitärer Gesellschaftsformen zentral war.

¹¹⁹ Jens Münchcrath (2023), „Europa war zu selbstgerecht beim Handel“, *TSP*, 06. Dez. 2023, 14. Die Äußerung bezieht sich auf die Mercusur-Staaten.

¹²⁰ Qin Gang zu Annalena Baerbock, zit.n. Michael Maier (2023): „China zu Baerbock: Wir brauchen keine Lehrmeister aus dem Westen“, *Berliner Zeitung*, 14. April 2023.

An dieses Narrativ wurde nach der erfolgten Revolution von 1789 in der bürgerlich revolutionären Epoche vor 1848 angeknüpft. „China“ stand in dieser Umbruchzeit weiterhin für ein Land mit einer insgesamt alten hohen Kultur, die sich aus mehreren hochrangigen philosophischen Strömungen konstituierte, nicht allein des Konfuzianismus sondern auch des Buddhismus und Daoismus. Zudem erhielt „China“ auf Grund weiteren umfangreichen Erwerbs chinesischer Bücher und der Förderung chinesischer Sprachkenntnisse zu deren Erschließung die Funktion einer Wissensressource für Erkenntnisse über Asien insgesamt. Die China-Debatte dieser Jahre hatte bereits die Formung Chinas zum (realen) kolonialen Objekt als Bezugspunkt und bereitete mit der Marginalisierung egalitären/gleichrangigen Denkens in Bezug auf China den Weg zur kolonialen Aggression, zur Ausbeutung und Unterdrückung.

In der China-Debatte der Weimarer Republik, als – zumindest in Deutschland – China als koloniales Objekt zwangsweise aufgegeben worden war und es um den Bruch mit China als kolonialem politischen Objekt und die Abkehr von kolonialem Superioritätsdenken ging, bezog „China“ sich erneut wesentlich auf das alte philosophisch-kulturelle China, ergänzt um Elemente der politischen Organisation des Altertums. Auch wurde Bezug genommen auf Tendenzen der Etablierung republikanischer Strukturen im zeitgenössischen China. China wurde erneut zur Gegenwelt, zum einen in Bezug auf ein für Deutschland vorbildhaftes demokratisches bzw. sogar sozialistisches politisches System, zum anderen als „geistiger“ Gegenpol zum materiellen Westen. Ideologischer Bezugspunkt für beide Strömungen war die Idee einer allgemeinen und gleichen Menschheit, in der China real als Land und mit seinen hohen philosophischen Qualitäten Deutschland/Europa gleichberechtigt war.

Im Unterschied zu früheren Umbruchzeiten steht in der Gegenwart erstmals China selbst als „Realität“, als eigenständiges Subjekt und Akteur im internationalen Staatensystem im Vordergrund. Dies ist Ausgangspunkt und wesentlicher Bestandteil der Debatte. China wird in der Gegenwart gleichgesetzt primär mit dem politischen System der Gegenwart und dessen Ideologie. Philosophie und hochstehende Kultur, sei es des Altertums oder der Gegenwart, sind nicht mehr in diesem China inbegriffen. Zentraler Streit-

punkt ist die neue Rolle, die China im internationalen System zugestanden werden soll: eine gleichberechtigte Rolle als souveräner Staat, dem ein eigenes Entwicklungs- und Wertesystem zugestanden wird, oder eine untergeordnete Rolle, die sich herleitet aus dem Narrativ von China als einem „autoritären Parteienstaat“, der die Menschenrechte verachtet und mit seiner Aggressivität die Welt bedroht.

Trotz unterschiedlicher politisch-ideologischer Kontexte und der unterschiedlichen China-Narrative ging es in allen vier Umbruchzeiten stets um die Frage der Akzeptanz von und der Umgangsweise mit China, als Deutschland und Europa, eben dem christlichen Abendland bzw. dem Westen, gleichrangig und gleichwertig. Idealtypisch lassen sich zwei Positionen unterscheiden. Auf der einen Seite stehen die Vertreter einer gleichwertigen Sicht auf China: Das sind zunächst im 17. und 18. Jahrhundert die Vertreter der Aufklärung, die für Ideen der Gleichheit stehen und diese einfordern - in ihrem eigenen Land. In China gelten sie schon als realisiert. Sie sind gewissermaßen erfolgreich: das China-Narrativ hilft ihnen letztlich argumentativ Rationalität im Denken und Gleichheit in der Gesellschaft einzuleiten und das Abgehen vom despotischen Ständestaat durchzusetzen.

Erst im 19. Jahrhundert, zu Beginn der Kolonialepoche wird die mit China unterfütterte Forderung nach Gleichheit und Gleichrangigkeit über das eigene Land, die eigene Gesellschaft hinaus von Wissenschaftlern wie Karl Neumann auch auf China übertragen. Die Ideen der Aufklärung werden nun erweitert, nämlich um die Kritik an der Kolonisierung, um die Sicht auf China und Chinesen als minderwertig, um deren Abwertung und Herabsetzung, individuell als Rasse und kollektiv als Kultur und Staat. Der aufklärerische Kolonialkritiker scheitert, auch mit Auswirkungen auf seine akademische Karriere. Er kann die Kolonialherrschaft über China nicht abwenden, seine Gegner bestimmen nun die Wahrnehmung Chinas, die in der kolonialen Hochphase im rassistischen und herabsetzenden Konzept von der „Gelben Gefahr“ gipfelt.

Das wiederum evoziert Gegenpositionen. In der Weimarer Republik knüpfen Sinologen an kolonialkritische Diskurse an, vertreten offen kulturell relativistische Positionen und entwerfen mit der Idee der einigen Menschheit, die auch China als gleichberechtigt einbezieht, ein neues Weltordnungs-

modell jenseits kolonialer, auch rassistischer Hierarchien. Dies stößt auf Widerstand der noch kolonialen Denken verhafteten nationalkonservativen Kollegen und mündet nach 1933 mit der rassistischen Politik der Nazis in die Verfolgung solcher Positionen und deren Vertreter. In den Jahrzehnten der Nazi-Herrschaft und der dieser folgenden Periode des Kalten Krieges sind grundsätzliche Streitdebatten mit dem Fokus China aus den verschiedensten Gründen nicht zu beobachten.

Die großen politischen Umbrüche und die Weltordnungsdebatten der Gegenwart mit China als zentralem Fokus evozieren erneut eine heftige Debatte unter Chinawissenschaftler/-innen. Die einen knüpfen an aufklärerische Ideen der Gleichrangigkeit im Sinne des Verständnisses von der einen Menschheit, doch mit unterschiedlichen Kulturen und politischen Systemen an. Sie lehnen Ordnungsmodelle ab, die hierarchisch geprägt sind und China (wie auch andere Länder, Völker, Ideen) politisch, gesellschaftlich und ideologisch gegenüber dem Eigenen als „Anderes“ abwerten. Die anderen betonen genau diese Höherwertigkeit des eigenen Systems und der eigenen Werte, proklamieren die Universalität dieser Werte und die Notwendigkeit, diese tendenziell weltweit durch- und umzusetzen.

Die China-Narrative und visuellen Repräsentationen weisen ebenfalls Elemente von Kontinuität auf. Die ersten Vertreter aufklärerischer säkularer Ideen provozierten ihre Gegner allein durch die Präsentation des mit China verbundenen neuen Wissens. Dazu gehörte auch die Aufwertung der in China tätigen Missionare durch deren Abbildung in chinesischer Kleidung. Die positive Zeichnung Chinas und der Jesuiten als „Chinesen“ veranlasste ihre Gegner zu vehementen verbalen Angriffen auf ihre Positionen, aber auch auf die Aufklärer selbst, die als Wissenschaftler diskreditiert und, wie im Fall Christian Wolff besonders deutlich, verfolgt wurden.

Diese Diskreditierung positiver China-Narrative und ihrer Vertreter fand im Übergang von der Aufklärung zum Kolonialismus, in der Phase vor 1848, seine Fortsetzung. Auf der einen Seite wollten die Noch-Aufklärer wie Neumann ihre Gleichheitsforderungen auch für China und andere Länder gelten lassen und begründeten dies entsprechend. Heftige öffentliche Streits um China-Kompetenz wurden geführt. Neumann etwa wurde ebenfalls als „Chinesen“ gezeichnet, nun allerdings, anders als die Jesuiten zuvor, in ab-

wertenden Karikaturen. Aufklärerische Positionen wurden angesichts der sich durchsetzenden kolonialen Herabsetzung des Landes zur Minderheitsposition, ihre Vertreter wurden – nicht wegen China, sondern wegen ihres politisch missliebigen politischen Engagements – akademisch marginalisiert oder wie Neumann aus der Professur entlassen. Die Karikierung von kolonialkritischen Politikern, die in der Hochphase des Kolonialismus Gegenpositionen bezogen hatten, als „Chinesen“, die China im Kampf beistehen wollten, sollte diese als Personen lächerlich machen und herabsetzen.

Nachdem jahrzehntelang koloniale China-Narrative auch die Wissenschaften bestimmt hatten, konnten antikoloniale Positionen sich verstärkt erst nach dem politischen Ende der Kolonialpolitik in der Weimarer Republik artikulieren. An ihre aufklärerischen Vorgänger anknüpfend, wurden Gleichheitspostulate in Verbindung mit vertiefenden Studien auf China bezogen, Erkes mit der Verbreitung eines Selbstporträts in chinesischem Gewand knüpfte dabei auch visuell an die Jesuitenporträts an. Die expliziten kolonialkritischen Positionen ebenso wie die diese stützenden Studien zur chinesischen Philosophie wurden von ihren nationalkonservativen Kritikern zurückgewiesen, auch in Polemiken, die sich gegen die Personen und gegen deren akademische Etablierung richteten. Vorwürfe „fast chinesiert“ oder „Prediger“ chinesischer Kultur zu sein, unterstützen die Abwertung der Chinawissenschaftler durch Gleichsetzung mit den immer noch als „minderwertig“ klassifizierten Chinesen. Dass Vertreter dieser Gleichrangigkeitspositionen während der Nazi-Diktatur verfolgt wurden, setzt auch hier „Traditionen“ der Vormärz- und Restaurationsphase des 19. Jahrhunderts fort.

Auch wenn in der gegenwärtigen China-Debatte keine herabsetzenden Karikaturen von Wissenschaftler/-innen als „Chinesen“ im Umlauf sind,¹²¹ finden Diskreditierung und Abwertung von Positionen und Personen als

¹²¹ Nahe solchen Karikaturen kommt eine Montage von Politiker/-innen unterschiedlicher Parteizugehörigkeit, die als „zu chinafreundlich“ kritisiert werden. Sie werden postiert vor rot-weißem Vorhang mit Hammer und Sichel, im Hintergrund der Reichstag, flankiert mit der Überschrift „Reisen nach Peking und ein geheimer Verein: Wie deutsche Politiker sich für Chinas Regime starkmachen“, von Claudia von Salzen/Cornelius Dieckmann, *TSP*, 16. Juni 2023. Siehe ähnlich auch *Die Welt*, 29. April 2022.

unwissenschaftlich oder als „China-Versteher“ und „Propagandisten Pekings“ erneut statt. Der Zerfall unilateraler Weltordnung und entsprechende Weltordnungsdebatten mit dem zentralen Fokus China spiegeln sich in den Polemiken der Chinawissenschaften. „Tiefere und ältere Vorurteile“ (Döring 2023) werden sichtbar, selbst Argumentationsfiguren kolonialer und rassistischer Chinabilder scheinen auf und stehen, bewusst oder unbewusst, in der Tradition zentraler China-Debatten seit dem 17. Jahrhundert. Es geht heute wieder um Akzeptanz des Anderen, um die Forderung nach einem Umgang mit China als gleichrangig, als auf gleicher Augenhöhe. Es geht nicht bloß um proklamierte, sondern um umgesetzte Multipolarität. Das ist angesichts der existenziellen Herausforderungen globaler Entwicklung in der Gegenwart für Politik und Gesellschaft dringlicher als in früheren Phasen. Für die Wissenschaft, die der Logik globaler Wissensgenerierung ebenso wie einer kulturellen Mittlerfunktion verpflichtet ist, sind Kooperation, wechselseitige Akzeptanz und Pluralität unabdingbar. Es gilt auch für die China-Debatte der Wissenschaftler/-innen: „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“ (Rosa Luxemburg).

Literatur

- Alpermann, Björn, u. Gunter Schubert (2022), „Gegen das moralische Kreuzrittertum“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09. März 2022.
- Alwast, Jendris (1982), „Lange, Joachim“. *Neue Deutsche Biographie* 13, 548f. Online-Fass.: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118569376.html#ndbcontent> (Zugriff: 04/2024).
- Bauer, Wolfgang (1970), „Orientalistik in Vergangenheit und Gegenwart (dargestellt am Beispiel der Sinologie)“. *Zeitschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft*, Jg. 120, Nr. 2.
- Bergmann, Liborius von, u. Christoph Meiners (1778), *Abhandlungen Sinesischer Jesuiten über die Geschichte, Wissenschaften, Künste, Sitten und Gebräuche der Sinesen*, 1. Bd., Leipzig: Weygand.
- Bölke, Stefan, u. Henrike Großmann (2022), „Die Rolle der Studenten bei der Vertreibung Wolffs – eine Spurensuche“. In: *Pecar*, 59-70.

- Brie, Michael (2024), „Am Anfang steht das Verstehen“. *Berliner China-Hefte/Chinese History and Society*, Nr. 56, S. 33-42.
- Bräuner, Harald (1987), „Europäische Chinakennntnis und Berliner Chinastudien im 17. u. 18. Jahrhundert“. In: *Berlin und China: 300 Jahre wechselvolle Beziehungen*, hgg. v. Kuo Heng-yü, Berlin: Colloquium, 5- 30.
- Brodthage, Berlin, u. Florian Voß (2022), „Polarisierende Schriften – zeitgenössische Publikationen zum Universitätskonflikt um Christian Wolff“. In: *Pecar*, 39-48.
- Chang Sheng-Ching (1994), Das Porträt von Johann Adam Schall von Bell in Athanasius Kircher „China Illustrata“. Magister-Arbeit, Univ. Hamburg. <http://www.researchgate.net/profile/Sheng-Ching-Chang/publication/324561372/Das-Portraet-von-Johann-Adam-Schall-von-Bell-in-Athanasius-Kirchers-China-illustrata-English-The-Portrait-of-Johann-Adam-Schall-von-Bell-in-Athanasius-Kirchers-China-illustrata.pdf> (Zugriff: 04/2024).
- Conrady, August (1901), „Die chinesische Literatur“. In: *China. Schilderungen aus Leben und Geschichte, Krieg und Sieg. Ein Denkmal den Kämpfern und der Welt-politik*. Hrsg. v. Joseph Kürschner, I. Teil, Berlin: Ziegler, Sp. 299-324.
- Ders. (1903), *Chinas Kultur und Literatur. 6 Vorträge*, 5/6, Leipzig: Seele, 1-40.
- Dickerhof, Harald (1978), „Der Orientalist und Historiker Karl Friedrich Neumann (1793-1870). Liberale Geschichtswissenschaft als politische Erziehung“. *Historisches Jahrbuch*, Nr. 97/98, 289-335.
- Diefenbach, Thilo (2022), „Die Diskussion um die moralische Positionierung der deutschen Sinologie – von Taiwan aus betrachtet. Ein Kommentar zur Ausgabe Nr. 32 der minima sinica“. *Asien*, Nr. 161/162, 119-123.
- Döring, Ole (2023), „Wir brauchen mehr Chinakompetenz“. *Cicero. Magazin für politische Kultur*, 27. Sep. 2023.
- Edelmann, Ronny (2022), „so lange mir die Augen offen stehen‘ – Francke und der König: Ein Vertrauensverhältnis im Kontext der Causa Wolff“. In: *Pecar*, 71-90.
- Erkes, Eduard (1918), *China*. Gotha: Perthes.
- Ders. (1920), *Chinesen*. Leipzig: Dürr&Weber.
- Europa und die Kaiser von China* (1985), Eine Ausstellung der Berliner Festspiele. Frankfurt/Main: Insel.

- Fabian, Horst und Andreas Fulda (2022), „Die große China-Illusion. Warum wir einen anderen Blick auf die Volksrepublik brauchen“. *Blätter*, 69-76.
- Forke, Alfred (1926), „Rez. Richard Wilhelm, *Kungtsse – Leben und Werk*. Stuttgart 1925“. *Logos*, Nr. 15, 241-246.
- Ders. (1929a), Rez. zu Richard Wilhelm, *Geschichte der chinesischen Kultur*, München 1928, u. zu Richard Wilhelm, *Ostasien: Werden und Wandel des chinesischen Kulturkreises*, Potsdam/Zürich 1928. *Deutsche Literaturzeitung*, Jg. 50, N.F. 6, Nr. 20, 944f.
- Ders. (1929b), Rez. zu Richard Wilhelm, *Frühling und Herbst des Lü Bu We*, Jena 1928. *Deutsche Literaturzeitung*, Jg. 50, N.F. 6, Nr. 29, 1381f.
- Franke, Otto (1926), Rez. zu Richard Wilhelm, *Kungtsse – Leben und Werk*, Stuttgart 1925. *Deutsche Literaturzeitung*, Jg. 47, N.F. Nr. 3, 701-706.
- Friemuth, Cay (2012), *Friedrich der Große und China*. Hannover: Wehrhahn.
- Fulda, Andreas (2021), „The Chinese Communist Party’s Hybrid Interference and Germany’s Increasingly Contentious China Debate (2018-21)“. *Journal of the European Association for Chinese Studies*, Nr. 2, 205–234.
- Ders. u. David Missal (2021), „Mitigating threats to academic freedom in Germany: the role of the state, universities, learned societies and China“. *The International Journal of Human Rights*, DOI: 10.1080/13642987.2021.1989412.
- Groot, J.J.M. de (1904), *Sectarianism and Religious Persecution in China*. 2. vol., Amsterdam: Müller.
- Habich-Sobiegalla, Sabrina, u. H. Christoph Steinhardt (2022), „Debating Academic Autonomy in the German-Speaking Field of China Studies: An Assessment“. *Asien*, Nr. 162-163, 108-118.
- Hamilton, Clive, u. Mareike Ohlberg (2020), *Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Hänßler, Katharina, u. Suanne Stiller (2022), „Aufklärung gegen Theologie? Bemerkungen zur Auseinandersetzung um Christian Wolff an der Universität Halle“. In: *Pecar* 31-38.
- Hsia, Adrian (Hrsg.; 1985), *Deutsche Denker über China*. Frankfurt/M.: Insel.
- Ders. (2001), „The far east as the philosophers’ ‘other’: Immanuel Kant and Johann Gottfried Herder“. *Revue de littérature compare* 297, 13-29. <http://www.cairn.info/revue-de-litterature-comparee-2001-1.htm> (Zugriff: April 2024).

- Hsia, Adrian (2002), *Hermann Hesse und China*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, erw. Auflage.
- Jia Changbao, Mechthild Leutner u. Minxing Xiao (2021), *Die China-Berichterstattung in deutschen Medien im Kontext der Corona-Krise*, hgg. v. Rosa Luxemburg Stiftung (Studien 12/2021), Berlin.
- Lenz, Max (1910), *Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin*. Bd. 2, 1. Hälfte, Halle: Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses.
- Leutner, Mechthild (1987), „Sinologie in Berlin. Die Durchsetzung einer wissenschaftlichen Disziplin zur Erschließung und zum Verständnis Chinas“. In: *Berlin und China: 300 Jahre wechselvolle Beziehungen*, hgg. v. Kuo Heng-yü, Berlin: Colloquium, 31-55.
- Dies. (1989), „Zur Genese des Universalismus-Konzeptes. J.J.M. de Groot's Ansichten zur Religion in China im Vergleich mit W. Grube“. In: *China: Nähe und Ferne: Deutsch-chinesische Beziehungen in Geschichte und Gegenwart: Zum 60. Geburtstag von Kuo Heng-yü*, hgg. v. Bettina Gransow u. Mechthild Leutner, Frankfurt/M., Bern u.a.: Lang, 155-174.
- Dies. (1998), „Weltanschauung – Wissenschaft – Gesellschaft. Überlegungen zu einer kritischen Sinologie“. *Berliner China-Hefte/Chinee History and Society*, Nr. 14, Münster: LIT, 3-14.
- Dies. (2001), „Politik und Wissenschaft: Die Marginalisierung nichtphilologischer Ansätze und die Konstruktion der Sinologie als Philologie“. *Berliner China-Hefte/Chinee History and Society*, Nr. 20, Münster: LIT, 7-30.
- Dies. (2003a), „Sinologen als kulturelle Mittler: Versuch einer Typologie ‚gebrochener Identitäten‘“. *Berliner China-Hefte*, Nr. 25, Münster: LIT, 82-99.
- Dies. (2003b), „Kontroversen in der Sinologie: Richard Wilhelms kulturkritische und wissenschaftliche Positionen in der Weimarer Republik“. In: *Richard Wilhelm. Botschafter zweier Welten*, hgg. v. Klaus Hirsch, Frankfurt/M. u. London: Iko, 43-84.
- Dies. (2021), „Alte Klischees neu konfiguriert. Die Konstruktion Chinas als Bedrohung“. *Wissenschaft & Frieden*, Nr. 4 (Chinas Welt? – Zwischen Konflikt und Kooperation), 3-15: [http://wissenschaft-und-frieden.de/artikelID= 25 4 7](http://wissenschaft-und-frieden.de/artikelID=2547) (Zugriff: 04/2024).
- Dies. (2023), „Die Sinologen Eduard Erkes und Erwin Rousslle, Politik – Wissenschaft – China-Perzeption“. In: *Die Zukunft mit China denken*, hgg. v. Daniel Fuchs, Sascha Klotzbücher et al., Wien: Mandelbaum, 309-330.

- Ludovici. Carl Günther (Hrsg.; 1737), *Sammlung und Auszüge der sämtlichen Streitschriften wegen der Wolffischen Philosophie: zur Erläuterung der bestrittenen Leibnitzischen und Wolffischen Lehrsätze*. Leipzig: Born.
- Neddermann, Hauke (2022a), „‚Rote‘ Massen, ‚gelbe‘ Horden, ‚blaue‘ Ameisen: Rassistische Chinafeindlichkeit im Kalten Krieg“. *Berliner China-Hefte*, Nr. 54, Münster: LIT, S. 105-116.
- Ders. (2022b), „Auferstehend aus Ruinen: Vom ›Aufstieg‹ Chinas, der ein Wiederaufstieg ist.“ *Das Argument*, Nr. 338, 369-381.
- Neumann, Karl Friedrich (1829a), Rez. Zu Carl Jos. Hieron Windischmann, *Die Philosophie im Fortgang der Weltgeschichte, I. Theil, Die Grundlagen der Philosophie im Morgenland, Erste Abtheilung*. *Hermes*, Nr. 32, 326-350.
- Ders. (1829b), „Die dramatische Poesie der Chinesen“. *Das Ausland*, 921-922, 928-930, 946-948.
- Ders. (1829c), Rez. zu „J. Zohrab de Constantinople, Wochp Edeseay, Elégie sur la prise d'Édesse par Nerses Klaietsi, publiée pour la première fois en arménien. Paris 1828. *Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik*, Nr. 51, 403-408.
- Ders. (1837), „Persien, Thabarestan und Tocharestan nach chinesischen Quellen“. *Asiatische Studien*, Theil 1, Leipzig: Barth, 152-186.
- Ders. (1855), *Geschichte des englisch-chinesischen Krieges*. 2 Bde., Leipzig: Teubner.
- Ders. (1857), *Geschichte des Englischen Reiches in Asien*. 2 Bde., Leipzig: Brockhaus.
- Ders. (1861), *Ostasiatische Geschichte vom ersten chinesischen Krieg bis zu den Verträgen von Peking (1840-1860)*. Leipzig. Engelmann.
- Noack, Lothar (1995), „Der Berliner Propst, Orientalist und Sinologe Andreas Müller (1630 –1694). Ein bio-bibliographischer Versuch“. *Nachrichten (NOAG) Zeitschrift für Kultur und Geschichte Ost- und Südasiens*, Jg. 157, Nr. 1, 1-39
- Pecar, Andreas, Hrsg. (2022), *Die Causa Christian Wolff: ein epochemachender Skandal und seine Hintergründe*. Halle: Franckesche Stiftungen.
- Ptak, Roderich, u. Ylva Mondschein (Hrsg.; 2020), „Dossier: China Als Drohkulisse“. *minima sinica*, Nr. 32.
- Roetz, Heiner (2021), „Menschen brauchen keine Religion und keine Gesetze – ‚Sie sehen selbst, was gut ist‘“. *Frankfurter Rundschau*, 08. Juli 2021.

- Said, Edward W. (1981), *Orientalismus*. Frankfurt/M.: Ullstein.
- Schmitt, Erich (1924), Rez. zu Eduard Erkes, Chinesische Literatur, Breslau: Hirt, 1922, u. zu ders., Chinesen, Leipzig: Dürr & Weber, 1920. *Orientalistische Literaturzeitung*, Nr. 7, 430-433.
- Schott, Wilhelm (1830), „China“. In: J.S. Ersch u. J.G. Gruber (Hrsg.) *Allgemeine Encyclopädie der Wissenschaften und Künste*, 21. Theil, Leipzig: Gleditsch, 176.
- Schubert, Gunter, u. Björn Alpermann (2022), „Die jüngste Kontroverse um Zustand und Zukunft der deutschen Chinaforschung – eine vorläufige Bilanz“. *Asien*, Nr. 162-163, 95–107.
- Stellungnahme des DGA-Vorstands zur Lage der Asienforschung in Deutschland, 19. Juni 2021: <http://aktuell.asienforschung.de/stellungnahme-des-dga-vorstands-zur-lage-der-asienforschung-in-deutschland/> (Zugriff: 03/2024).
- Stumpfeldt, Hans (2007), „Sinologiegeschichtliche Einblicke: Neuere Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Sinologie“. *Oriens Extremus*, Nr. 46: <http://archiv.oriens-extremus.org/46/OE46-16.pdf> (Zugriff: 04/2024).
- Tatlow, Didi Kirsten (2018), „Cultural Relativism and Power Blindness: Some critical observations on the state of Germany’s China debate“. *Zentrum Liberale Moderne*, 22. Nov. 2018. <http://libmod.de/en/didi-kirsten-tatlow-on-late-orientalism-in-germany/> (Zugriff: 03/2024).
- Tschackert, Paul (1883), „Lange, Joachim“. In: *Allgemeine Deutsche Biographie*, hg. v. der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 17, 634–635. http://de.wikisource.org/w/index.php?title=ADB:Lange,_Joachim&oldid=- (Zugriff: 05/2024).
- TSP = Der Tagesspiegel, Berlin.
- UAL = Universitätsarchiv Leipzig.
- Vogelsang, Kai (2023), „Die fatalen Fehleinschätzungen der chinesischen Diktatur zeugen nicht bloss vom Versagen einzelner Sinologen, sondern sind eine Bankrotterklärung jener Sinologie, für die sie stehen“. *Neue Zürcher Zeitung*, 01. Okt. 2023.
- Walravens, Hartmut (2001), *Karl Friedrich Neumann (1793-1870) und Karl Friedrich August Gützlaff (1803-1851). Zwei deutsche Chinakundige im 19. Jahrhundert*. Wiesbaden: Harrassowitz.
- Yu-Dembksi, Dagmar (2022), „Nazi-Zeit und anti-chinesischer Rassismus.“ *Berliner China-Hefte/Chinese History and Society*, Nr. 54, 75-82.

Bildnachweise

Abb. 1, S. 347: P. Adam Schall Germanus I. Ordinis Mandarinus, 1667, Athanasius Kircher, *Tooneel van China*, trans. Jan Hendrick Glazemaker (Amsterdam: Johannes Janssonius van Waesberge, 1668), Abb. nach S. 138. Repr. Aus: *China on Paper: European and Chinese Works from the Late Sixteenth to the Early Nineteenth Century*, hgg. v. Marcia Reed u. Paola Demattè, Los Angeles: Getty Research Institute, S. 15.

Abb. 2, S. 348: Jean-Baptiste du Halde, *Ausführliche Beschreibung Des Chinesischen Reichs Und Der Grossen Tartarey*, Rostock, 1747-1749. In UW-Madison, Memorial Library Special Coll.: G66 D88 G <http://search.library.wisc.edu/digital/ACPKLW2AYUXL5X8D> (Zugriff: Mai 2024).

Abb. 3, S. 355: Bayerische Staatsbibliothek München/Cgm 8026. <http://www.bsb-muenchen.de/sammlungen/bilder/weitere-bildbestaende/bildmaterialien-in-nachlaessen/#group-c4388-2> (Zugriff: April 2024).

Abb. 4, S. 356: Bayerische Staatsbibliothek München, Cgm8026. <http://www.bsb-muenchen.de/sammlungen/bilder/weitere-bildbestaende/bildmaterialien-in-nachlaessen/#group-c4388-4> (Zugriff: April 2024).

Abb. 5, S. 371: Ingrid Kreide-Damani (2010) *Ethnologie im Nationalsozialismus - Julius Lips und die Geschichte der „Völkerkunde“*. Wiesbaden: Reichert, S. 56, 234ff.; Quelle: <http://www.uni-leipzig.de/~ostasien/wp-content/uploads/Bild-5-Erkes--230x300.jpg> (Zugriff: April 2024).

Im Fadenkreuz der Meinungsmacher

Zur Xinjiang-Berichterstattung in deutschen Medien

„Ich beobachte eine Militarisierung der Auslandsberichterstattung“, erklärte mit Blick auf das eigene Handwerk die Fernsehjournalistin Sonia Mikich im Jahr 2000.¹ Noch unter dem unmittelbaren Eindruck des Kosovo-Kriegs übte Mikich als Rednerin auf einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema *Medien im Konflikt* Kritik an der eigenen Zunft: Bei der Kriegs- und Krisenberichterstattung würden Journalisten sich „einwickeln lassen“, man betreibe „zu viel Schwarz-weiß-Malerei“ und übernehme zu oft „das Vokabular der Militärs“.² Und weiter:

Ausland – das muss knallen. Tragisch oder bunt. [...] Hören Sie einmal die Sprache in den Berichten an. Sie wird aufgerüstet: ‚Schlächter, Mordmaschine, Deportation, Konzentrationslager, Völkermord, Assoziationen zu Auschwitz.‘ Ambivalenzen, Grautöne, Widersprüche werden in den Schlagzeilen und Sondersendungen geradezu weggeballert. [...] Zweifler? Skeptiker? Realisten? Das können nur Verräter oder naive Friedensmoppel sein.³

Schon im Jahr zuvor hatte Mikich per Leserbrief an den *Spiegel* beklagt, dass die Räume demokratischer und journalistischer Debatte im Kriegsfuror besorgniserregend zusammengeschrumpft seien: „Kritikern der Nato-Bombardierungen“ werde pauschal unterstellt, „Milosevic in Duldungsstarre ergeben“ zu sein, ohne jede Empathie für die kosovo-albanische Seite – sie „beschmuddeln wohl den Heiligenschein der neuen Kreuzritter von der Nato. Also, haut auf sie in Ajatollah-Manier.“⁴ Mit solcher Kritik an den gängigen bellizistischen Vereinseitigungen galt Mikich, zumal als „halbe Jugoslawin, halbe Serbin“, in der „hysterisierten öffentlichen Diskussion“ als „halb verdächtig“.⁵ Rund ein Vierteljahrhundert später ist klar, dass die Probleme, auf die Mikich am zeitgenössischen Beispiel des zerfallenden

¹ Mikich 2000, 96.

² A.a.O., 95.

³ A.a.O., 96.

⁴ Leserbrief v. S. Mikich, in: *Der Spiegel*, 25. Apr. 1999, 8.

⁵ Mikich 2000, 98.

Jugoslawien hinwies, nicht verschwunden sind. Stattdessen haben sie sich im durch neue Frontstellungen, neue Medien und neue Meinungsmacher geprägten Kontext des neuen Jahrtausends tendenziell verfestigt, vertieft und beschleunigt.

Ebenfalls um die Jahrtausendwende stellte die 18. Ausgabe der *Berliner China-Hefte*, im Mai 2000 herausgegeben am Ostasiatischen Seminar der Freien Universität Berlin, die Frage nach der Beziehung zwischen *Sinologie und Medien*. Im Jahr des fünfzigsten Bestehens der 1949 gegründeten chinesischen Volksrepublik sei das massenmediale Chinabild in Deutschland, liest man da, „bestimmt von Ablehnung und Mangel an Differenzierung“⁶: China firmiere – nach einem Wort Wolfgang Kubins⁷ – als „neues Reich des Bösen“, in der Mediengesellschaft halte es als „evozierbares Feindbild“ her.⁸ In der Medien-Debatte sei die vermittelnde Perspektive der Chinawissenschaften/Sinologie höchstens in Ausnahmefällen gefragt. Bestimmt werde die Berichterstattung stattdessen durch die gegenläufigen Mechanismen des journalistischen Feldes unter den Bedingungen der Dominanz westlicher Nachrichtenagenturen und zunehmender Medienkonkurrenz: neben „Dramatisierung und Sensationalisierung“ zählt die Berliner Medien- und Chinawissenschaftlerin Dagmar Yu-Dembski die „Reduzierung von Komplexität“ dazu, außerdem „Dualisierung oder Polarisierung [...] (gut vs. böse)“ und „Stereotypisierung“.⁹ In einigen diskursgeschichtlichen „Überlegungen zu einem spannungsreichen Verhältnis“ arbeitet Mechthild Leutner heraus, wie China v.a. massenmedial immer wieder als feindliches Anderes konstruiert wird, als Unberührbares – und wie, wer ihm zu nahe

⁶ Trapedach 2000, 9.

⁷ Vgl. Kubin 1998, 38.

⁸ Mühlhahn 2000, 36. – Es zeigt sich, dass die konjunkturelle Negativstereotypisierung Chinas im deutschen Mediensystem bestimmten Mustern folgt. So wurden z.B. im Kalten Krieg des 20. Jahrhundert teils ältere – u.a. koloniale – anti-chinesische Abwertungsmotive und -narrative wiederaufgegriffen und antikommunistisch gewendet. Ähnlich stellt die Situation sich in der globalen Westnord/Ostsüd-Konfrontation heute dar: Inferiore Fremdheit und Andersartigkeit werden, als Prämisse von Feindschaft, historisch und politisch hergeleitet, zugleich wird die behauptete Differenz teils biologistisch, teils kulturalistisch und ‚mentalitätsbezogen‘ rassifiziert; vgl. dazu Neddermann 2022.

⁹ Yü-Dembski 2000, 19f.

kommt, aus dem Diskurs ausgeschlossen wird, nun seinerseits so unberührbar wie der Paria China. „Gerade in der Sinologie“ nämlich, schreibt sie, „scheint es, dass Assoziationen und Bilder vom andersartigen, unverständlichen China auch auf die Personen abfärben und übertragen werden, die sich mit diesem Land beschäftigen.“¹⁰ Dass die massenmediale Negativ-Darstellung von China auch Jahrzehnte später Konjunktur in Deutschland hat, dass sie im Lichte von Systemkonkurrenz und neuer Blockbildung sogar noch an Destruktiv-Dynamik zugelegt hat, zeigt Leutners Beitrag im vorliegenden Band: Chinawissenschaftler/-experten, die aus ihrer Mittlerrolle heraus dem Abwertungsnarrativ widersprechen, werden als „China-Versteher“ denunziert und als ‚Fünfte Kolonne‘ Pekings beiseitegeschoben, kaum weniger verdächtig als die „halbe Serbin“ Mikich während des Kosovo-Kriegs.¹¹ Und dabei kann es, stellt Michael Brie fest, doch

kaum ein schlimmeres Indiz für die vollständige Abkehr vom Erbe der Aufklärung geben als die denunziatorische Verwendung des Wortes Verstehen. Immanuel Kant hatte Aufklärung als ‚Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit‘ [...] bezeichnet. Sobald aber heute jemand versucht, wirklich zu verstehen und nachzuvollziehen, wieso China bestimmte Positionen hat, wird ihm oder ihr das Recht auf eine legitime Meinungsäußerung abgesprochen. [...] Wenn die Bürgerinnen und Bürger der westlichen Gesellschaften dies zulassen, dann lassen sie sich um den Gebrauch des eigenen Verstandes bringen, verurteilen sich selbst zu neuer Unmündigkeit.¹²

¹⁰ Leutner 2000, 12.

¹¹ Damit steht in der gegenwärtigen „Zeitenwende“, unter dem Vorwand der Systemkonkurrenz Autoritarismus vs. Demokratie, die wissenschaftliche Annäherung an China grundsätzlich infrage. Für die tastende, suchende Herangehensweise einer Sinologie, die mehr bzw. anderes sein will als ‚opposition research‘ zur Produktion funktionalen Wissens über den Feind, ist – so scheint es – in der konfrontativen Gemengelage kein Platz. Verschärft wird die Situation durch die fortschreitende Entsolidarisierung innerhalb der Chinawissenschaften: An der antipluralistischen Desavouierung unliebsamer Positionen beteiligen sich immer wieder auch China-Experten selbst – ob in Identifikation mit der Macht oder in Kapitulation vor der Macht, muss offenbleiben. Jedenfalls kann auf fachkollegiale Solidarität derzeit niemand hoffen (und noch weniger zählen) – jeder starrt für sich auf die X/Twitter-Feeds der Wortführer und hofft, der followerstarke Bannstrahl möge doch bloß ihn nicht treffen.

¹² Brie 2024, 33f.

Zur journalistischen Entdeckung Xinjiangs

Am unüberwindbarsten sind Feindbilder, so hat es Max Frisch einst formuliert, wo sie als „antizipatorische Feindbilder“ in die Zukunft gestellt sind.¹³ Im antizipatorischen Feindbild China, bestimmt durch die atemlose Erwartung eines chinesischen Jahrhunderts, also einer globalen Machtverschiebung vom bislang hegemonialen Westnorden hin zum Ostsüden mit Peking im Geschehenszentrum, verbinden sich orientalisierende Fremdbilder, koloniale und rassistische Perspektiven¹⁴ sowie politische Abwehrreflexe angesichts eines als störrisch wahrgenommenen und als bedrohlich beschriebenen chinesischen Gegenmodells, v.a. im teils ostentativen Nicht- bzw. Antiliberalismus des systemischen Rivalen¹⁵. Dies erinnert, bei aller Spezifik, an Diskursmuster des Kalten Krieges im 20. Jahrhundert: Heute wie damals regiert, was Frisch als „Logik der Macht-Politik“ beschrieben hat – anstelle einer „Politik der Entspannung“, die womöglich statt „zum Frieden [...] zur Schwächung der eignen Macht-Position“ führt, strebt man nach „Macht-Expansion [...] durch Drohung mit dem Krieg“.¹⁶

Entsprechend überschwemmen den deutschen Buchmarkt Titel wie *Die Lautlose Eroberung: Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet* (Hamilton/Ohlberg, 2020), *Das Feuer des Drachen: Was Chinesen antreibt, wo sie dominieren und warum sie über uns lachen* (Reichart, 2020) oder *Drachentanz: Chinas Aufstieg zur Weltmacht und was er für uns bedeutet* (Naß, 2021). – Hinter den Schlagworten, auch hinter dem „Wir“, das allerorten gegen „die“ in Stellung gebracht wird, verbirgt sich weder Verständnis noch Verstehenwollen. Es geht den Verfassern nicht um die differenzierte, also kontextualisierende und historisch situierende Analyse chinesischer Verhältnisse, sondern um die rhetorische Munitionierung im imaginären Krieg zwischen „uns“ und „denen“.¹⁷

¹³ Siehe Frisch 1976, 17.

¹⁴ Vgl. Suda/Mayer/Nguyen 2020.

¹⁵ Dazu Vukovich 2019, 27ff.

¹⁶ Frisch 1976, 17.

¹⁷ Mancherorts ist die angebliche Bedrohung durch China zum Vorwand für die Verhängung geistigen Kriegsrechts geworden: *qui enim non est adversum vos pro vobis est* –

„Ressentimentgeladen, angstbesetzt und hasserfüllt begegnet man dem gefährlichen Emporkömmling“ auch in der Tagespresse, stellt der Soziologe Stephan Lessenich in der *Süddeutschen Zeitung* fest. Als salonfähig gelten verdammende Positionen, nicht relativierende, das belegt Studie um Studie.¹⁸ „China“ werde als „Chiffre für die multipolare Störung des ehemals weltpolitisch herrschenden Gleichgewichts“ hergenommen, so Lessenich.¹⁹ Dabei wird gerichtet, nicht berichtet: China-Kompetenz und recherchébasierte Analyse verlieren an Bedeutung, statt in die Tiefe zu gehen, reproduziert man Stereotype und konstruiert ein „Feindbild China mit eindimensionalen und eurozentrisch geprägten Facetten“.²⁰

Wenn Michael Brie konstatiert, dass im China-Diskurs inzwischen teilweise „eine Sprachpolitik [herrscht], die manichäische Züge trägt“, ²¹ dann gilt das für die Berichterstattung über die Volksrepublik im Allgemeinen, aber auch (und besonders) für die Berichterstattung über Xinjiang im Speziellen. Beim Blick auf den deutschen China-Journalismus des letzten Jahrzehnts fällt auf, dass dem tendenziell schrumpfenden Meinungskorridor eine signifikante Zunahme der Zahl von publizierten Texten zu Xinjiang-

„you are either with us, or against us“. Die Ideologen der „Freien Welt“, in neuer Frontstellung eine altbekannte Tarnung überstreifend, verlangen, was in Konfrontationen immer verlangt war: den Verzicht aufs Denken in Widersprüchen und Zusammenhängen. Es ist, findet man in verwandtem Zusammenhang bei Wolfgang Fritz Haug, als hätten „wir eine orwellsche Neue Welt betreten, in der unsere persönliche Zuverlässigkeit als Mitstreiter im Kampf danach beurteilt wird, wie weit wir bei der Diskussion über die Gegenwart die Vergangenheit ausklammern“ (Haug 2003, 209).

¹⁸ Vgl. u.a. Die *China-Berichterstattung in den deutschen Medien* im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung, 2010, u. Die *China-Berichterstattung in deutschen Medien* im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2021, sowie, punktueller, Meinhof 2020.

¹⁹ Lessenich 2020, 17.

²⁰ Jia/Leutner/Xiao 2021, 10. – Zugleich gilt: „Die Medienarbeit ist komplex, vielfältige Akteure sind daran beteiligt oder wirken darauf ein, und Zielgruppen, Leserschaften, ja der Markt spielen bei der Verbreitung von Nachrichten und Analysen eine wichtige Rolle.“ (Heberer 2010, 262) Der unjournalistische Gleichklang der „China-Kritik“ in den Leitmedien ist also sicher nicht das Ergebnis einer Verschwörung. Stattdessen dürfte er als „Selbstgleichrichtung“ (Ruß-Mohl 2020) aus dem zunehmenden publizistischen Konformitätsdruck im Spannungsfeld aus algorithmenbasierter Aufmerksamkeitsökonomie und Spardruck in der Medienkrise resultieren.

²¹ Brie 2024, 34.

Themen gegenübersteht. Diese Entwicklung gilt praktisch flächendeckend für die deutsche Presse, sie kann hier aber nur schlaglichtartig abgebildet werden.²² So fanden sich für das Jahr 2015 24 Texte mit Xinjiang-Bezug in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, im Jahr 2016 sank die Zahl sogar auf nur noch 14; doch schon im Jahr 2019 hatte sie sich auf 60 Beiträge mehr als verdoppelt, wuchs dann immer weiter, erreichte im Jahr 2022 mit 111 Texten einen vorläufigen Höchststand. In der *taz* vervielfachte sich die Zahl der Texte von 10 im Jahr 2015 (2016: 4 Texte) auf über 50 Stücke im Jahr 2022 (2019: 23). Die *Welt* brachte im Jahr 2015 sogar nur 7 Beiträge, in denen Xinjiang eine Rolle spielte (2016: 1), im Jahr 2019 waren es 30, ein Jahr später blieb die Zahl mit 27 relativ stabil. Dass auch die Boulevardpresse das Thema Xinjiang im untersuchten Zeitraum für sich entdeckte, sei – v.a. angesichts der ungebrochenen Thematisierungsmacht von Deutschlands auflagenstärkster Tageszeitung und dem dahinterstehenden Verlagshaus, an dessen Spitze ein ‚chinakritischer‘ Eiferer steht²³ – wenigstens am Rande erwähnt: Die *Bild*-Zeitung, die Xinjiang noch 2015 und 2016 keinerlei Beachtung geschenkt hatte (je: 0 Texte), erwähnt die Region 2019 in 4 Texten, 2022 in 7. Der quantitative Befund setzt sich beim Blick auf die führenden Wochenzeitungen fort: 2015 sowie 2016 wird Xinjiang in je 3 *Spiegel*-Berichten erwähnt, 2019 taucht es dann in rd. doppelt so vielen Berichten (7) auf, für das Jahr 2022 findet der Begriff Xinjiang in 33 Texten Erwähnung. Ein ähnliches Bild im *Focus*: kein Xinjiang-Text im Jahr 2015, ein einziger im Jahr 2016, genauso im Jahr 2019, dann 12 Artikel mit Xinjiang-Bezug im Jahr 2022. In der *Zeit* finden sich im gleichen Jahr 10 Texte (2022), 2019 waren es 14, nachdem 2015 und 2016 kein xinjiangbezogener

²² Die quantitative Inhaltsanalyse erfolgte auf Grundlage von Digitalisaten in Online-Datenbanken für Wissenschaft und Forschung, insb. *genios* bzw. *wiso*. Die statistischen Erstergebnisse wurden per Zugriff auf die Volltexte konsolidiert.

²³ Regelmäßig gibt Mathias Döpfner, CEO der Springer-Verlagsgruppe, die antichinesische Tonlage seines Verlags vor; so u.a. im Jahr 2020 in der *Welt am Sonntag*: Es gelte, China als „totalitärer Weltmacht“ entgegenzutreten, „endlich Grenzen“ zu setzen, „Deutschland und Europa“ darauf einzuschwören, „sich gemeinsam mit den USA für ein konsequentes Abkoppeln von China zu entscheiden“ – ansonsten begebe man sich, so Döpfners Angstsszenario, „auf den schleichenden Weg zur chinesischen Kolonie“ (Döpfner 2020, 11).

Wortverlaufskurve: „Xinjiang“ und „Uiguren“ in der deutschen Presse



Hinweis: Die Darstellung erfolgte mithilfe des Digitalen Wörterbuchs der deutschen Sprache (www.dwds.de). Daten-Grundlage ist der DWDS-Zeitungskorpus, der sich aus einer Vielzahl überregional bedeutender Tages- und Wochenzeitungen zusammensetzt, darunter sämtliche im vorl. Beitrag genannte.

Text erschienen war. – Eine weitgehend deckungsgleiche Worthäufigkeits-Konjunktur lässt sich beobachten, wenn der Zeitungs-Korpus auf die Nennung der Bezeichnung „Uiguren“ (in dieser u. weiteren Schreibweisen) hin untersucht wird.

Angesichts dieser signifikanten Zunahme stellt sich die Frage, ob Xinjiang nicht im Themenhaushalt deutscher Massenmedien inzwischen an die Stelle Tibets getreten ist, um das es in den letzten Jahren in der China-Berichterstattung deutlich ruhiger geworden ist. Noch im Jahr 2008, so die damalige Studienlage, hatten sich mehr als 11 Prozent aller China-Beiträge in deutschen Medien mit Tibet befasst. Eine Berichterstattung, die, so kam es Thomas Heberer vor, zeitweise „einer Art Hysterie“ glich.²⁴

²⁴ Heberer 2010, 275.

Die Anklage und ihre Zeugen

Die Parallelen zwischen damaligem Tibet- und gegenwärtigem Xinjiang-Diskurs setzen sich auf der inhaltlichen und sprachlichen Ebene fort. Rückschau: Immer wieder sei, stellt Heberer über die Tibet-Berichterstattung von 2008 fest, damals „vorschnell von ‚Besetzung‘, ‚Annexion‘ oder ‚Besatzungsregime‘ die Rede [gewesen], die in Tibet stationierten Streitkräfte [seien] als ‚Schlächter‘ oder ‚Meister der Zerstörung‘ charakterisiert“ worden.²⁵ Unter anderem hatte der *Spiegel* erklärt, der „rabiante, unnachgiebige Umgang mit Tibet“ sei „bezeichnend für die Politik eines aggressiven Staates, der schon die Roten Khmer in Kambodscha unterstützt, das sozialistische Vietnam angegriffen und einen Grenzkrieg mit Indien entfesselt“ habe.²⁶ Und ein Kommentar der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* sah „die Verblendeten in Peking“ gar in einem „Endkampf gegen die nationalen Minderheiten in China“.²⁷ Das Panorama, das deutsche Medien gegenwärtig von der Lage in Xinjiang zeichnen, ist in ähnlich plakativen Farben gehalten. Manche Ausschnitte erscheinen noch greller. Verunklarende Schattierungen scheint es nicht zu kennen.

Zumindest muss diesen Eindruck gewinnen, wer beispielsweise am 30. Juli 2023 die *Welt am Sonntag* aufschlägt: Unter dem Titel „Gräuel vor aller Augen“ wenden sich dort zwei Journalisten, der Redakteur Daniel-Dylan Böhmer und die Volontärin Rixa Fürsen, ausführlich dem Thema Xinjiang zu. Schon der Vorspann lässt keinen Zweifel an der Stoßrichtung ihres Beitrags:

*China hat Millionen von Uiguren in Lager geschickt, es kommt zu Zwangsehen, Vergewaltigungen, Sterilisationen, Morden. Zwei geflohene Aktivisten sprechen über ihre Heimat – und über die Verantwortung Deutschlands.*²⁸

Vorgebliches Anliegen des Textes ist also, zwei uigurischen Stimmen Gehör zu verschaffen, die aus dem US-amerikanischen Exil – dem sicheren Hafen – zur Lage in ihrer Heimat Xinjiang sprechen. Dass die beiden „geflohenen

²⁵ Ebd.

²⁶ „Der Knüppel“, *Der Spiegel*, 17. März 2008, 104-106, hier: 105.

²⁷ „Verblendet“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 03. April 2008, 10.

²⁸ „Gräuel vor aller Augen“, *Welt am Sonntag*, 30. Juli 2023, 7.

Aktivisten“, das Ehepaar Rushan Abbas und Abdulhakim Idris, seit ihrer Ausreise in den 1980er Jahren nicht mehr in China waren, dass sie die aktuelle Situation in Xinjiang also nur sehr bedingt aus eigener Erfahrung einordnen können, wird im Beitrag verschleiert.²⁹ Insofern gehört das Stück in die Kategorie teils wirklicher, teils vorgeblicher Xinjiang-Erinnerungstexte,³⁰ die von professionellen Autoren aufgezeichnet und „in Inhalten und Intention eingewoben [sind] in das herrschende Repressions- und Genozid-Narrativ, sie entlehnen ihm die maßgeblichen Interpretationsmuster und zugleich bestärken sie es, indem sie dazu beitragen.“³¹ Gerade deshalb eignet der Beitrag sich zur exemplarischen Untersuchung der in ihm verdichteten Narrative und Motive, die den massenmedialen Xinjiang-Diskurs insgesamt durchsetzen und dominieren.

In ihrem Text blicken Böhmer und Fürsen scheinbar durch die Augen von Abbas und Idris auf Xinjiang und entdecken einen Ort namenlosen Grauens:³² Menschen verschwinden grundlos, Unschuldige werden zur „politischen und kulturellen Umerziehung“ interniert, sie sitzen „massenhaft in staatlichen Lagern“ ein: „Schätzungen gehen von bis zu fünf Millionen Menschen aus, also fast der Hälfte der gut elf Millionen Uiguren.“ Ziel sei „eine Veränderung der Demografie“, um die Neue-Seidenstraße-Initiative – diese wird als Pekings „Plan zur Weltherrschaft“ bezeichnet – durchzusetzen und abzusichern: „Darum beschloss Xi zugleich mit der Neuen Seidenstraße eine finale Lösung dessen, was Peking als Uiguren-Problem ansieht. Xinjiang sollte chinesisch werden.“ „Einige unabhängige Experten“ erkennen darin einen „Völkermord“. Die Liste chinesischer Verbrechen in der zentralasiatischen Grenzregion, die der Text anführt, ist lang:

²⁹ Die biografischen Informationen sind online verfügbar: vgl. u.a. www.uyghurstudy.org sowie www.wikipedia.org. – Unter den Tisch fallen lässt der Beitrag auch die engen Beziehungen der „Aktivisten“ zu US-amerikanischen Sicherheitsbehörden – u.a. arbeitete Rushan Abbas nach eigenen Angaben im Jahr 2002 als Dolmetscherin für das US-Militär bei Verhören von uigurischen Gefangenen in Guantanamo Bay – sowie zu Spitzenpolitikern und Regierungsbehörden in Washington.

³⁰ Darin nicht unähnlich: Sauytbody/Cavelius 2020 u. Haitiwaji/Morgat 2021.

³¹ Leutner 2021, 199.

³² Sämtliche Zitate der folgenden Passage stammen aus: „Gräuel vor aller Augen“.

Seit 2017 wurden etwa zwei Drittel aller Moscheen in der Provinz zerstört. Laut verschiedenen Berichten versucht man, den Menschen in den Lagern mit Zwangsunterricht ihre muslimische Religion abzugewöhnen. Demnach müssen die Insassen Zwangsarbeit leisten, werden gefoltert und leben unter menschenunwürdigen Bedingungen. Nach Schätzungen sterben jedes Jahr fünf bis zehn Prozent der Insassen. Es gibt Berichte über massenhafte Zwangssterilisierungen und staatlich verfügte Abtreibungen. [...] Kinder werden ihren Familien weggenommen und zur Umerziehung in Internate gesteckt. [...] Besonders hart trifft es offenbar uigurische Frauen. In Zwangssehen mit Han-Chinesen werden sie systematisch vergewaltigt, sagen Abbas und Idris. ‚Chinas Regierung gibt chinesischen Männern Geld, Unterkunft und Arbeit, wenn sie uigurische Frauen heiraten. Wenn die Frau die Zwangsheirat verweigert, kommen sie und ihre Familie wegen ihres ‚radikalisierten muslimischen Glaubens ‚in Konzentrationslager‘, erzählt Abbas. Auch im engsten Kreis der Familie gebe es keinen Schutz. Chinesische Staatsbeamte werden zu uigurischen Familien nach Hause geschickt, um bei ihnen zu wohnen, sie zu beobachten und Berichte über sie abzugeben. Es wird kontrolliert, ob die Bewohner zu Hause Chinesisch sprechen, selbst kleine Abweichungen wie die unter Uiguren übliche Grußformel ‚Salam alaikum‘ sind strafbar. Idris spricht von 1,1 Millionen Han-Chinesen, die in die Privatsphäre der Uiguren eindringen, sie bis ins Schlafzimmer überwachen, und das immer wieder über Jahre hinweg.

In Sprache und Inhalt liest sich der Text auf diese Weise über weite Strecken als antichinesische Anklageschrift. Die Namen Abbas und Idris wurden von den Autoren dabei großzügig über den Text hingestreut. Die beiden „geflohenen Aktivisten“ sind Stichwortgeber ihrer Anklage. Zugleich sind sie deren einzige Zeugen, die – qua uigurischer Herkunft in den Zeugenstand erhoben, nicht etwa als Augenzeugen – kaum belegte und durch die Autoren ungeprüfte Anklagepunkte authentifizieren und personalisieren. In solcher Dramaturgie läuft der ganze Beitrag auf das unvermeidliche Schlussplädoyer zu: Zum Gebot der Stunde erklärt er ein weitgehendes De-Coupling. Denn der „Völkermord ist ein profitables Geschäft für China“, in das „auch deutsche Firmen“, u.a. Volkswagen, verstrickt seien.

Die massenmedialen Regeln des Krieges

Anhand der Xinjiang-Berichterstattung zeigt sich, dass Sonia Mikichs Kritik an der Praxis massenmedialer Auslandsberichterstattung in Konfliktsituationen auch nach einem Vierteljahrhundert brandaktuell ist. Zwar fallen im Umgang des globalen Westnordens – und damit: auch Deutschlands – mit China bisher keine Schüsse. Doch indem „westliches Modell“ und „chinesisches Modell“ rhetorisch allorts in antagonistische Frontstellung gebracht werden, gerät die Welt in den Zangengriff eines bellifizierten Gegenübers zweier Blöcke, das sich durchaus als imaginärer Krieg fassen lässt. Manche Beobachter sprechen – dreißig Jahre nachdem der Kalte Krieg des 20. Jahrhunderts mit der Implosion des sowjetischen Blocks im Geschichtsbruch endete – von einem „neuen Kalten Krieg“ (Prashad 2021), andere meinen einen „modernen Krieg“ zu erkennen, der „nicht mit Bomben und Soldaten geführt wird“, sondern mit völlig anderen Waffen (Döpfner 2020). In jedem Fall zeigt die historische Präzedenz, dass auch Kommunikations- und Massenmedien in der Konfrontation eine Rolle spielen: Symbolische Gewalt und physische Gewalt gingen schon immer ineinander über – ein ums andere Mal haben Medien in den Konflikten des Westnordens mit dem Rest der Welt die „Systeme globaler Herrschaft und Abhängigkeit errichtet, aufrechterhalten und ausgebaut“³³.

Die „Schwarz-weiß-Malerei“, die Mikich im Jahr 2000 als Merkmal von Medienberichterstattung im Krieg bemerkte und bemängelte, ist jedenfalls auch in der Auseinandersetzung mit China, wie immer man das Hegemonie-Ringen im Einzelnen charakterisiert, augenfällig. Hinzu kommt, dass, wie der Kommunikationswissenschaftler Kai Hafez betont, die Massenmedien vor allem durch ihre Themenauswahl beeinflussen, „*worüber* Menschen nachdenken“ – die Selektivität der Themen steht also in direktem Bezug zur Beachtungs- bzw. Aufmerksamkeitsökonomie der Rezipienten und ist „in hohem Maße bildprägend“.³⁴ Und in der Xinjiang-Berichterstattung – der Text von Böhmer/Fürsen führt dies vor – ist das antichinesische Negativ- und Feindbild maximal radikalisiert.

³³ Fejes 1981, 281; siehe dazu auch Kannapin et al. 2018, 373-388.

³⁴ Hafez 2010, 238. – *Hervorh. i. Orig.*

Nur ein Beispiel: Zu den typischen Motiven der China-Berichterstattung in Deutschland gehört, spätestens seit der Veröffentlichung von Kai Strittmatters Bestseller über die digitale *Neuerfindung der Diktatur* (2015), die Charakterisierung Chinas als autoritärer Überwachungsstaat; in der Corona-Krise hat es sich weiter verfestigt. In der Xinjiang-Berichterstattung findet sich das gleiche Motiv sprachlich verschärft. So beschreibt u.a. der *Spiegel* Xinjiang im Juni 2018 nicht als ‚autoritäres‘, sondern als „totalitäres“ Panoptikum: Peking habe „zur Kontrolle der Uiguren in Xinjiang einen totalitären Überwachungsapparat geschaffen“ – eine orwellsche Dystopie aus „digitaler Überwachung, willkürlichen Festnahmen und politischer Umerzierung.“ Solcher Rückgriff auf das Vokabular der Totalitarismus-Doktrin kennzeichnet einen erheblichen Teil der Xinjiang-Berichterstattung. Dabei schließt man unter anderem an Formulierungen und Setzungen von Adrian Zenz – Senior Fellow des konservativen (antichinesischen, antisozialistischen) Washingtoner Thinktanks „Victims of Communism Memorial Foundation“ – an, der in der Xinjiang-Berichterstattung in den USA und in Deutschland als Vorredner gleichermaßen omnipräsent ist.³⁵ Wie es schon für die China-Berichterstattung um die Jahrtausendwende beobachtet wurde, setzen abwägende, vermittelnde Lage-Einschätzungen sich im Chor der Medien nur selten gegen Vereinseitigung und Polarisierung durch. Stattdessen bestimmen die plakativsten Urteile die Debatte.

Ziel der Berichterstattung scheint nicht eine Versachlichung der Debatte zu sein, sondern ein Überbietungswettbewerb. Deutlich wird dies, wann immer Zahlen ins journalistische Spiel kommen: War Mitte der 2010er Jahre meist noch von „Tausenden“ oder „Zehntausenden“ Internierten die Rede, steigen die Schätzungen im Fortgang des Mediendiskurses – eher sensationistisch, als evidenzbasiert – zuerst auf „Hunderttausende“, dann auf „mehrere Millionen“ an:

³⁵ Immer wieder bezeichnet Zenz, wie auch andere ‚China-Kritiker‘, die chinesische Volksrepublik insgesamt als „totalitär“; vgl. Zenz 2020. Da die mediale Aufmerksamkeit aber v.a. Zenz’ Xinjiang-Standpunkten gilt, kommt es in diesem Bereich am häufigsten zu einer journalistischen Übernahme in direkten und indirekten Zitaten. – In der Berichterstattung bleibt unklar, auf welchen Totalitarismus-Begriff rekurriert wird.

Das Menschenbild des kommunistischen Regimes zeigt sich derzeit am deutlichsten in der Provinz Xinjiang: Rund 15 Millionen Uiguren leben dort im größten Freiluftgefängnis der Welt. Die totale Überwachung in Form von Gesichtserkennungs-Software, Bewegungserfassung und Zensur ist dort Realität. Ähnlich wie in Stalins Sowjetunion droht als letzte Strafe das ‚Umerziehungslager‘, in dem bereits bis zu zwei Millionen Menschen Folter und Gehirnwäsche erlitten haben. Weil die Bevölkerungszusammensetzung von Uiguren und Han-Chinesen in den Augen der Kader nicht optimal ist, wurden uigurische Frauen massenhaft zwangssterilisiert.³⁶

Die *Frankfurter Rundschau* berichtet von „zwischen rund 1,5 und drei Millionen“ Inhaftierten,³⁷ in der *Welt* ist – wie oben erwähnt – schließlich gar „von bis zu fünf Millionen Menschen“ die Rede. Die Datengrundlage für die Schätzungen bleibt in den Berichten zumeist völlig im Dunklen.

Als Referenzrahmen zur Einordnung der Repression wird nicht auf den chinesischen „Krieg gegen den Terror“ zurückgegriffen. Wo dieser überhaupt erwähnt wird, wird er als bloßes KP-Rechtfertigungsnarrativ zurückgewiesen und diskreditiert.³⁸ Wohl auch, weil am globalen „War on Terror“ – jenseits jeder Systemkonkurrenz – auch Staaten des Globalen Westnordens, u.a. die USA und Deutschland, beteiligt sind, und zwar unter Inkaufnahme einer hohen Zahl ziviler Opfer u.a. in der direkten Nachbarschaft Xinjiangs.

³⁶ „Im Reich der totalen Kontrolle“, *Die Welt*, 29. Juli 2022, 7.

³⁷ Vgl. „Genozid in China: Millionen Uiguren und andere Minderheiten interniert und gefoltert“, *Frankfurter Rundschau*, 24. Okt. 2021, <http://www.fr.de/politik/genozid-china-uiguren-interniert-gefoltert-minderheiten-lager-umerziehung-internierung-vergewaltigung-xinjiang-91071083.html> (Zugriff: 05/2024).

³⁸ „Kein schöner Land“, *Der Spiegel*, 24. Apr. 2021, 82. Im Text liest man: „Unter dem Vorwand, gegen Terrorismus und Separatismus vorzugehen, wurden Hunderttausende Uiguren, Kasachen und andere Minderheiten in Lager eingesperrt“. Auch Mareike Ohlberg erklärt das Narrativ in der *Berliner Zeitung* für vorgeschoben: „Wer sich [...] anschaut, was die chinesische Regierung in der Praxis als ‚Terrorismus‘ und ‚Extremismus‘ bewertet, stellt schnell fest, dass es sich dabei um ganz normalen Ausdruck religiöser, ethnischer und sprachlicher Identität handelt“; „Sinologin über Lage der Uiguren in China: Peking will sich Ressourcen Xinjiangs aneignen“, *Berliner Zeitung*, 27. Jan. 2024, <http://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/sinologin-mareike-ohlberg-ueber-lage-der-uiguren-in-china-pekings-will-sich-ressourcen-xinjiangs-aneignen-li.2166359> (Zugriff: 05/2024).

Stattdessen meint man, wiederum an Zenz anschließend, einen „Völkermord“ bzw. „Genozid“ zu erkennen. Auch dabei folgt man parteiischen, klar antichinesisch positionierten Vorrednern, v.a. in Washington. Denn der Vorwurf des „Völkermords“ an den Uiguren gehört seit Längerem zu den schärfsten Schwertern der US-amerikanischen Eindämmungspolitik gegenüber China, d.h. in der Systemkonkurrenz. Ein Schwert, das US-Außenminister Mike Pompeo am 19. Januar 2020, rund 24 Stunden vor dem Ende seiner Amtszeit, mit einer (welt-) öffentlichen Erklärung nochmal nachschärfte und an seinen Nachfolger Anthony Blinken weitergereicht hatte:

For the past four years, this Administration has exposed the nature of the Chinese Communist Party and called it what it is: a Marxist-Leninist regime that exerts power over the long-suffering Chinese people through brainwashing and brute force. We have paid particular attention to the CCP's treatment of the Uyghur people, a Muslim minority group that resides largely in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region in Western China. [...] The [CCP authorities'] morally repugnant, wholesale policies, practices, and abuses are designed systematically to discriminate against and surveil ethnic Uyghurs as a unique demographic and ethnic group, restrict their freedom to travel, emigrate, and attend schools, and deny other basic human rights of assembly, speech, and worship. PRC authorities have conducted forced sterilizations and abortions on Uyghur women, coerced them to marry non-Uyghurs, and separated Uyghur children from their families. [...] Since the Allied forces exposed the horrors of Nazi concentration camps, the refrain "Never again" has become the civilized world's rallying cry against these horrors. [...] The People's Republic of China (PRC), under the direction and control of the Chinese Communist Party (CCP), has committed crimes against humanity against the predominantly Muslim Uyghurs and other members of ethnic and religious minority groups in Xinjiang. These crimes are ongoing and include: the arbitrary imprisonment or other severe deprivation of physical liberty of more than one million civilians, forced sterilization, torture of a large number of those arbitrarily detained, forced labor, and the imposition of draconian restrictions on freedom of religion or belief, freedom of expression, and freedom of movement. The Nuremberg Tribunals at the end of World War II prosecuted perpetrators for crimes against humanity, the same crimes being perpetrated in Xinjiang. [...] The PRC, under the direction and control of the CCP, has committed genocide against the pre-

*dominantly Muslim Uyghurs and other ethnic and religious minority groups in Xinjiang. I believe this genocide is ongoing, and that we are witnessing the systematic attempt to destroy Uyghurs by the Chinese party-state.*³⁹

Neben den dämonisierenden Motiven ist es die geschichtliche Verortung, welche die Rede des „America First“-Außenministers mit der Xinjiang-Berichterstattung in deutschen Medien verbindet. Entweder wird dabei, wie von Pompeo im plakativen Verweis auf das „marxistisch-leninistische Regime“ insinuiert, eine Verbindung zur stalinistischen Phase der Sowjetunion gezogen: So ist Xinjiang z.B. für die *Frankfurter Rundschau* der „größte Archipel Gulag der Welt“ mit „hundertten von Lagern“,⁴⁰ *Spiegel online* sieht einen „Gulag für Muslime“,⁴¹ in *Zeit*, *FAZ*, usw. findet sich die Formulierung vom „chinesischen Gulag“, z.T. auch vom „Hightech-Gulag“. ⁴² Vielfach wird Xinjiang auch als kommunistisches „Freiluftgefängnis“ bezeichnet. Mobilisiert wird auf diese Weise ein antikommunistisches Ressentiment, das seit Mitte des 20. Jahrhunderts in enger Verbindung zu ostimperialistischen, d.h. antiasiatischen und antichinesischen Ressentiments steht. Dabei formiert sich im Antikommunismus, laut Wolf-Dieter Narr, eine „totalisierende Weltanschauung“ in der „alle eigenen gegen Andere gerichteten Interessen pauschal [glorifiziert], alle selbstgemachten Probleme jedoch, Schwierigkeiten und Versäumnisse auf das ‚Reich der Finsternis‘[projiziert]“ sind. In der (west) deutschen Variante, die seit der Nachkriegszeit an US-amerikanische Vorredner anschließt,⁴³ lauert die

³⁹ Pompeo 2021.

⁴⁰ „Sie sind Muslime, doch die islamische Welt lässt sie allein“, *Frankfurter Rundschau*, 27. Nov. 2019, 4. Texte vom gleichen Autor, Martin Gehlen, erscheinen mit z.T. wortgleichen Formulierungen u.a. bei *Zeit online* (26. Nov. 2019).

⁴¹ „Jetzt rächt sich auch noch die deutsche Chinapolitik“, *Spiegel online*, 24. Mai 2022, <http://www.spiegel.de/ausland/xinjiang-police-files-china-uyghuren-angela-merkel-ukraine-a-fe40ed15-b0dc-451c-ad66-24a40aa0bd11> (Zugriff: 05/2024).

⁴² Siehe z.B. „Der chinesische Gulag“, *Zeit online*, 27. Nov. 2019, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2019-11/uyghuren-china-xinjiang-unterdrueckung>, u. „Xinjiang: Repression geht weiter“, *FAZ*, 21. Apr. 2023, <http://www.faz.net/aktuell/politik/politische-buecher/die-repression-geht-weiter-18832807.html> (Zugriff: 05/2024).

⁴³ Indem die BRD den außen- wie innenpolitischen U.S.-Antikommunismus der Nachkriegszeit von Anfang an nach- und mitvollzog, stellte Bonn sich eng an die Seite Washingtons: So wurde der gemeinsame Kampf gegen den ‚östlichen‘ Weltkommunis-

*Angst- und Hassfigur Asien/China, jene fernöstliche Schattengestalt also, die ihre Spinnenfinger immergierig nach des „Westens“ heiligsten Gütern ausstreckt [...] im fahlen Halbdunkel einer ganz fremden, ganz anderen, ganz feindlichen Welt, nun als kommunistische Welt bestimmt.*⁴⁴

Oder – auch diese Deutung schlägt Pompeo vor – es wird gar eine Verbindung zwischen der Lage in Xinjiang und den Menschheitsverbrechen des deutschen Faschismus hergestellt, insb. zur nazistischen Vernichtungspolitik gegenüber den Juden Europas. Das bundesdeutsche Tabu, den Holocaust als singulären Zivilisationsbruch zu relativieren, wird dabei zweckdienlich gebrochen. Meist kommen dazu nichtdeutsche Redner zu Wort: So spricht der chinesische Dissident Yang Jianli in einem Gastbeitrag in der *Welt am Sonntag* 2019 von „Lagern [...], die man die Konzentrationslager des 21. Jahrhunderts nennen kann“, deren „Insassen [...] als Sklavenarbeiter“ dienen.⁴⁵ Währenddessen lassen die *FAZ* und *Spiegel* den Leiter der Asienpolitik im Pentagon, Randall Schriver, referieren, der Begriff „Konzentrationslager“, der für die Arbeits- und Vernichtungslager während der Zeit des deutschen Nationalsozialismus steht“, sei eine „angemessene Beschreibung“.⁴⁶ Und wenn Böhmer/Fürsen in ihrem WaS-Stück formulieren, Xi plane „eine finale Lösung dessen, was Peking als Uiguren-Problem ansieht“, greifen sie kaum zufällig auf das ‚Endlösungs‘-Vokabular des deutschen Faschismus zurück.

mus zum Ausgangspunkt der stabilen „Verankerung der BRD im westlichen Bündnis“ (Kleßmann 1988, 256 f.) Auch deshalb avancierte der Antikommunismus, schreibt Wolfgang Wippermann, zeitweise zur westdeutschen „Staatsideologie“ (Wippermann 2012, 22-29). – Dass die wiederentdeckte Feindschaft zum Systemrivalen China den westnördlichen Staaten-Block heute in ähnlicher Weise einigen und an die Seite Washingtons binden soll, liegt nahe.

⁴⁴ Neddermann 2022, 102.

⁴⁵ Vgl. „Der Preis der Freiheit“, *Welt am Sonntag*, 10. Mai 2020, 20.

⁴⁶ „Washington: China sperrt Muslime in ‚Konzentrationslager‘“, *FAZ*, 04. Mai 2019, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/uiguren-xinjiang-china-sperirt-muslime-in-konzentrationslager-16170188.html> (Zugriff: 05/2024), u. „US-Verteidigungspolitiker kritisiert ‚Konzentrationslager‘ für Uiguren“, *Spiegel online*, 4. Mai 2019, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/china-us-verteidigungspolitiker-kritisiert-konzentrationslagern-fuer-uiguren-a-1265754.html> (Zugriff: 05/2024).

So trifft Sonia Mikichs jahrzehntealte Kritik auch in diesem Punkt gleich doppelt auf den Xinjiang-Diskurs in deutschen Medien zu: Nicht nur wird „das Vokabular der Militärs“ u.a. aus dem Pentagon, ungefiltert übernommen, auch die kriegstaugliche Eskalation der Sprache (Mikich: „Konzentrationslager, Völkermord, Assoziationen zu Auschwitz“) könnte deutlicher kaum sein.

Fazit

„Papier befiehlt die Waffe. Invalide waren wir durch die Rotationsmaschinen, ehe es Opfer durch Kanonen gab“, lässt Karl Kraus seinen „Nörgler“ in den *Letzten Tagen der Menschheit* sagen. Und weiter: „Am Ende war das Wort. Jenem, welches den Geist getötet, blieb nichts übrig, als die Tat zu gebären“.⁴⁷ – In der gegenwärtigen Konfrontation mit China spielt die massenmediale Meinungsbildung eine Schlüsselrolle. Vermittelnde Positionen, Verständnis und Verstehenwollen, werden von einem Gros der selbstgleichgerichteten Leitmedien regelmäßig in Misskredit gebracht. Für den Xinjiang-Diskurs in der deutschen Presse, das zeigt die Analyse, gilt diese destruktive Dynamik in besonderem Maße: Das negative China-Bild ist hier maximal vereinseitigt, der Meinungskorridor ist eng. Für eine plurale Debatte, z.B. über die Frage des Zusammenhangs zwischen globalem ‚War on Terror‘ und der berichteten Repression in Xinjiang, scheint es keinen Raum zu geben.

Die ‚chinakritischen‘/antichinesischen Befürworter eines (als De-Risking verkleideten) De-Couplings haben Xinjiang längst als Hebel für ihre Sache entdeckt. Mit BASF und VW streichen 2024 deutsche Konzerne die Segel und ziehen sich aus der Region zurück, nachdem ihre Xinjiang-Aktivitäten in der deutschen Presse skandalisiert wurden. Auffällig ist: Die Lage in Xinjiang wird regelmäßig vor wichtigen chinapolitischen Ereignissen und Entscheidungen zum prominenten Medien-Thema. So wurde das EU-China-Handelsabkommen im Dezember 2020 nach Medienberichten über den „Genozid an den Uiguren“ auf Eis gelegt. Die Befürworter kooperativer

⁴⁷ Kraus 1921, 691.

Beziehungen mit China sollen unter Druck gesetzt werden – es regiert der Kampagnenjournalismus. Mit Mareike Ohlberg bekennt eine Wortführerin in der *Berliner Zeitung* freimütig, dass es

*absolut legitim ist, zum Beispiel die Publikation von Forschungsergebnissen an größere Events zu koppeln. So war es auch 2008 bei den Olympischen Spielen von Peking. Natürlich nutzt man Veranstaltungen [...], um Aufmerksamkeit auf Menschenrechtsverletzungen in China zu ziehen. Man hat die Aufmerksamkeit der Welt und will der chinesischen Regierung zeigen, dass es Kosten hat, die eigene Bevölkerung massiv zu unterdrücken. [...] Als Strategie ist das grundsätzlich völlig legitim.*⁴⁸

Wissenschaft, Policy-Beratung, Aktivismus und Journalismus gehen in solcher Herangehensweise wenig transparent ineinander über. Es fragt sich: Was steht wann an erster Stelle? Und wer spricht in welcher Rolle und mit welchem Ziel?

Untersucht man die Motive, mittels derer in der Xinjiang-Berichterstattung der deutschen Presse ein Lagebild gezeichnet wird, aus medienhistorischer Perspektive genauer, so fällt auf, dass sie den wiederkehrenden Mustern der Moralisierung von Kriegen/Konflikten – als Bemäntelung von Interessenpolitik – ähneln, gerade z.B. auch denen in der Kosovo-Kriegsberichterstattung, die für Sonia Mikich im Jahr 2000 zum Aufhänger der Medien-Kritik wurde. Ins rhetorische Arsenal gehörte schon damals die Holocaust-Analogie: Serben hätten ihre Opfer in „Konzentrationslagern“ gefangengehalten und „in Öfen verbrannt“, hieß es, „die den in Auschwitz eingesetzten ähnelten“.⁴⁹ Betont wurde von Anfang an der Wille zur planvollen Massenvernichtung bzw. zum Völkermord/Genozid. Und eine Schlüsselbedeutung kam Berichten über misogynen sexualisierten Gewalt und über Verbrechen an Kindern zu, wie sie heute z.B. in Böhmer/Fürsents *WaS*-Bericht (Vergewaltigungen, Zwangsehen, Zwangsabtreibungen, Zwangsadoptionen) aufschei-

⁴⁸ „Sinologin über Lage der Uiguren in China“, *Berliner Zeitung*, 27. Jan. 2024, <http://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/sinologin-mareike-ohlberg-ueber-lage-der-uiguren-in-china-peking-will-sich-ressourcen-xinjiangs-aneignen-li.2166359> (Zugriff: 05/2024).

⁴⁹ „Das Märchen vom Hufeisenplan“, in: *Le Monde diplomatique* v. 11. Apr. 2019, <http://monde-diplomatique.de/artikel/!5584546> (Zugriff: 05/2024).

nen: Serbische Soldaten, diktierte der deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping der Presse, „spielen mit abgeschnittenen Köpfen Fußball, zerstückeln Leichen, schneiden den getöteten Schwangeren die Föten aus dem Leib und grillen sie“.⁵⁰ Dass mancher hieb- und stichfeste „Beweis“ aus dieser Reihe sich später als manipuliert und/oder zweckhaft zur bellizistischen Beeinflussung der Öffentlichkeit gefälscht erwies, unterstreicht die Notwendigkeit kritischer Distanz und sachlicher, kritisch-kontroverser Debatte.

Literatur

- Brie, Michael (2024), „Am Anfang steht das Verstehen“, *Berliner China-Hefte/ Chinese History and Society* 56, 33-43.
- Döpfner, Mathias (2020), „Weltordnung“, *Welt am Sonntag*, 3. Mai 2020, 11.
- Fejes, Fred (1981), „Media Imperialism: An Assessment“, *Media, Culture & Society*, Nr. 3, 281-289.
- Frisch, Max (1976), „Dankesrede: Wir hoffen“ (19. Sep. 1976), Paulskirche, Frankfurt, 17, http://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/fileadmin/user_upload/preistraeger/reden_1950-1999/1976_frisch.pdf (Zugriff: 05/2024).
- Hafez, Kai (2010), „Das Chinabild deutscher Medien aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive“, in: *Die China-Berichterstattung in den deutschen Medien*, Studie v. C. Richter u. S. Gebauer, hrsg. v. der Heinrich-Böll-Stiftung, 237-258.
- Haitiwaji, Gulbahar, u. Rozenne Morgat (2021), *Rescapée du Goulag Chinoise: Le premier témoignage d'une survivante ouïghoure*, Paris: Équateurs.
- Hamilton, Clive, u. Mareike Ohlberg (2020), *Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet*, München: DVA.
- Haug, Wolfgang Fritz (2003), *High-Tech-Kapitalismus. Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie*, Hamburg: Argument.

⁵⁰ Ebd.

- Heberer, Thomas (2010): „Das Chinabild deutscher Medien aus politikwissenschaftlicher Perspektive“, in: *Die China-Berichterstattung in den deutschen Medien*, Studie v. C. Richter u. S. Gebauer, hrsg. v. der Heinrich-Böll-Stiftung, 259-288.
- Jia Changbao, Mechthild Leutner u. Xiao Minxing (2021), *Die China-Berichterstattung in deutschen Medien im Kontext der Corona-Krise*, Studie im Auftr. d. Rosa-Luxemburg-Stiftung, <http://www.boell.de/de/publikationen/publikationen-china-berichterstattung-medien-9409.html> (Zugriff: 05/2024).
- Kannapin, Detlef, Marko Ampuja, Juha Koivisto u.a. (2018) „Medienimperialismus“, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, hrsg. v. W.F. Haug, F. Haug, P. Jehle u. W. Küttler, Hamburg: Argument, 373-388.
- Kraus, Karl (1921), *Die letzten Tage der Menschheit: Tragödie in fünf Akten mit Vorspiel und Epilog*, Wien/Leipzig: Fackel.
- Kubin, Wolfgang (1998), „Opium und himmlischer Friede“, *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Nr. 4, 38.
- Lessenich, Stephan, „Das Virus bringt das Verdrängte zurück: Unsere Angst vor China“, *Süddeutsche Zeitung*, 7./8.3.2020, 17.
- Leutner, Mechthild (2000), „Sinologie und Medien: Überlegungen zu einem spannungsreichen Verhältnis“, *Berliner China-Hefte* 18, 11-17.
- Dies. (2021), Rezension zu Sauytbody/Cavelius 2020, Haitiwaji/Morgat 2021 u.a., *Berliner China-Hefte/Chinese History and Society* 53, 199-211.
- Meinhof, Marius (2020), „Othering the virus“, *Discover Society*, 21.3.2020, <http://archive.discoversociety.org/2020/03/21/othering-the-virus/> (Zugriff: 05/2024).
- Mikich, Sonia (2000), „Über die Diskussion post festum“, in: *Medien im Konflikt Mittäter oder Mediatoren?*, Konf.-Bd. im Auftr. der Friedrich-Ebert-Stiftung, 95-100; <http://library.fes.de/pdf-files/iez/00960.pdf> (Zugriff: Mai 2024).
- Mühlhahn, Klaus (2000), „Zwischen Universalität und Partikularität: China und der europäische Menschenrechtsdiskurs seit der frühen Neuzeit“, *Berliner China-Hefte* 18, 22-39.
- Naß, Matthias (2021), *Drachentanz. Chinas Aufstieg zur Weltmacht und was er für uns bedeutet*, München: C.H. Beck.
- Neddermann, Hauke (2022), „„Rote“ Massen, „gelbe“ Horden, „blaue“ Ameisen: Rassistische Chinafeindlichkeit im Kalten Krieg“, *Berliner China-Hefte/Chinese History and Society* 54, 100-111.

- Pompeo, Michael R. (2021): *Determination of the Secretary of State on Atrocities in Xinjiang*, <http://2017-2021.state.gov/determination-of-the-secretary-of-state-on-atrocities-in-xinjiang/> (Zugriff: 05/2024).
- Reichart, Thomas (2020), *Das Feuer des Drachen. Was Chinesen antreibt, wo sie dominieren und warum sie über uns lachen*, München: dtv.
- Richter, Carola u. Sebastian Gebauer (2009), *Die China-Berichterstattung in den deutschen Medien*, Studie, hrsg. v. der Heinrich-Böll-Stiftung, <http://www.boell.de/de/publikationen/publikationen-china-berichterstattung-medien-9409.html> (Zugriff: 05/2024).
- Ruß-Mohl, Stephan, „Herdentrieb“, *Süddeutsche Zeitung*, 17./18.10.2020, 5.
- Sauytbody, Sayragul, u. Alexandra Cavelius (2020), *Die Kronzeugin: Eine Staatsbeamtin über ihre Flucht aus der Hölle der Lager und Chinas Griff nach der Weltherrschaft*, Zürich: Europa Verl.
- Suda, Kimiko, Sabrina J. Mayer u. Christoph Nguyen (2020), „Anti-asiatischer Rassismus in Deutschland“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 70:42/44, 39-44.
- Trampedach, Tim (2000), „Das neue ‚Reich des Bösen‘? Die Volksrepublik China in den deutschen Medien, 1949 und 1999“, *Berliner China-Hefte* 18, 3-10.
- Vukovich, Daniel F. (2019), *Illiberal China: The Ideological Challenge of the People's Republic of China*, Singapore: Palgrave Macmillan.
- Yü-Dembski, Dagmar (2000), „Zur Mittlerfunktion der Medien – einige Anmerkungen zum Kommunikationsprozeß“, *Berliner China-Hefte* 18, 18ff.
- Zenz, Adrian (2020) Stellungnahme zu den Fragen der CDU/CSU Fraktion für die 65. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages, 18. Nov. 2020, http://www.bundestag.de/resource/blob/807642/a6441e9b172fca596f5829bb7c32eb8e/stellungnahme_adrian_zenz.pdf (Zugriff: 05/2024).

Zentralasien als kontinentale Brücke oder Thukydides-Falle?

Wenn westliche Presse und Medien über Xinjiang berichten, pflegen sie sich auf die Situation der Uiguren in diesem Autonomen Gebiet Chinas zu konzentrieren. Dass Xinjiang für China als Rohstoffbasis, Tor nach Zentralasien und Ausgangspunkt der auf Europa ausgerichteten Neuen Seidenstraße höchste strategische Bedeutung hat und dass es in der realen Geopolitik um genau diese Dinge geht, wird gern vernachlässigt. Natürlich befindet sich der Ausgangspunkt der Neuen Seidenstraße im Fadenkreuz der Strategen und selbstverständlich werden damit auch Zentralasien und der Südkaukasus anvisiert. Immerhin verlaufen über diese Gebiete die kürzesten Transportkorridore nach Europa, nachdem die über Russland verlaufenden Transportwege durch den Ukraine-Krieg Russlands weggebrochen sind. Hier treffen die chinesische Neue Seidenstraße und der europäische Global Gateway aufeinander. Wie sieht die Situation in Zentralasien aus? Welche Rolle spielt die Internationale Transkaspische Transportroute? Wie agieren China, die USA und Europa dort, wo es letztlich um die Zukunft der Neuen Seidenstraße geht? Darauf soll der vorliegende Beitrag einige wenige Antworten geben, die somit nur als eine Annäherung an das Thema „Zentralasien als kontinentale Brücke oder Thukydides-Falle?“ zu verstehen sind.

Die USA als hegemonialer Taktgeber in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen

Als Zbigniew Brzezinski im Jahr 2012 seine „Strategic Vision“ veröffentlichte, vermochte sich der US-Präsident in seinem Sessel im Oval Office noch zurückzulehnen. Brzezinski konstatierte, dass kein Staat „über die erforderliche Kombination aus wirtschaftlicher, finanzieller, technologischer und militärischer Macht“ verfüge, „um auch nur in Erwägung zu ziehen, Amerikas Führungsrolle zu übernehmen.“¹ Er hielt es daher auch für „nicht

¹ Zbigniew Brzezinski (2012), *Strategic Vision: America and the Crisis of Global Power*, New York: Hachette, 77.

wahrscheinlich“, dass dies irgendein Staat tatsächlich tun würde. Dennoch hatte der National Intelligence Council im Jahr 2008 in seiner Studie *Global Trends 2025*, unter dem damals aktuellen Eindruck der von den USA verursachten Weltfinanzkrise, eingeschätzt, dass die USA zwar der mächtigste Einzelakteur blieben, ihr Einfluss aber schwächer werden würde. Pessimistischer klang, dass „das internationale System, wie es nach dem zweiten Weltkrieg entstand, 2025 fast nicht mehr wiederzuerkennen sein würde.“² Die Analysten bezeichneten China und Russland als „Schlüsselstaaten“ und verwiesen auf „ein wachsendes Unbehagen der Nachbarn gegenüber dem Aufstieg Chinas.“³ Dabei betrachteten sie die Volksrepublik sowie Indien als „Status-quo-Mächte, die sich auf ihre eigene Entwicklung konzentrieren, Vorteile aus dem gegenwärtigen System ziehen und nicht allzu sehr darauf erpicht sind, dass die USA und Andere radikale Veränderungen der internationalen Ordnung anstreben“.⁴

Doch die Ergebnisse der Globalisierung und die Weltfinanzkrise hatten die bisher bestehende Balance in der Weltwirtschaft bereits erheblich zu Ungunsten der USA und zum Vorteil Chinas verschoben. Wenn die USA und China bis dahin die Entwicklungsachse der Weltwirtschaft gebildet hatten, indem China Güter produzierte und die USA diese auf Kredit kauften, bildeten nun China und Deutschland die neue Achse. Diese hatte „den Vorteil, dass hier zwei Länder zusammenarbeiteten, die finanziell stabil dastehen – und beide tauschen reale Produkte aus.“⁵ Vladimir Putin kommentierte:

*Das Kernproblem besteht in der Kumulierung von globalen Ungleichgewichten. Das Modell, wonach das eine regionale Zentrum zügellos Anleihen aufhäuft und Güter konsumiert, während das andere Billigware produziert und Schulden aufkauft, hat versagt.*⁶

² „Geheimdienste prophezeien Niedergang der USA“, *Der Spiegel*, 20. Nov. 2008.

³ National Intelligence Council (2008), *Global Trends 2025: A Transformed World*. Washington, 93; [http://www.dni.gov/files/documents/Newsroom/Reports and Pubs/ 2025_Global_Trends_Final_Report.pdf](http://www.dni.gov/files/documents/Newsroom/Reports%20and%20Pubs/2025_Global_Trends_Final_Report.pdf) (Zugriff: 05/2024).

⁴ A.a.O., 94.

⁵ Frank Stocker, „Neue Achse des Wachstums“, *Die Welt*, 07. Aug. 2010.

⁶ „Putin: Plädoyer für Wirtschaftsgemeinschaft: Von Lissabon bis Wladiwostok“, *Süddeutsche Zeitung*, 25. Nov. 2010.

Henry Kissinger räumte zu diesem Zeitpunkt ein, dass das aufstrebende China nicht etwa das Resultat seiner militärischen Stärke, sondern das Resultat einer US-amerikanischen Wettbewerbsposition war, die durch eine marode Infrastruktur, ungenügende Forschung und Entwicklung und „einen scheinbar funktionsgestörten Regierungsprozess“ ins Hintertreffen geraten war.⁷ Hinzu kam die gigantische Verschuldung der USA im Ausland, im Staat und in den privaten Haushalten. Die USA mussten reagieren, wollten sie nun nicht nur ihre Hegemonie verlieren. Der Politikwechsel wurde mit dem spektakulär inszenierten Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama und seinem lauthals verkündeten „Yes, we can!“ verkündet. Er wurde auch danach von einer beispiellosen Medienkampagne weltweit begleitet.

Obama machte 2011 die Bildung der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) bekannt, zu welcher der „Status-quo-Macht“ China – die sich seit den 1990er Jahren nicht nur in die Weltwirtschaft integriert hatte, sondern auch zur „Werkbank der Welt“ geworden war – der Zugang erst gewährt werden sollte, „sobald es die marktwirtschaftlichen Bedingungen dafür erfüllen könne.“⁸ Ebenfalls 2011 erklärte Obamas Außenministerin Hillary Clinton in einem Artikel mit der wenig bescheidenen Überschrift *Amerikas pazifisches Jahrhundert*: „Wir werden unsere Beziehungen zu China in ein breiteres regionales Netzwerk von Sicherheitsallianzen, wirtschaftlichen Zusammenschlüssen und sozialen Bindungen einbetten.“⁹ – „China einbetten“, das bedeutete schon damals, China eindämmen zu wollen, natürlich Schritt für Schritt und ohne die eigenen wirtschaftlichen Interessen zu gefährden. Josef Braml kommentiert:

Amerikas Umgang mit China ist ambivalent. Die US-Strategie ist eine Mischung aus Eindämmung (containment) und Einbindung (engagement), also eine Doppelstrategie des so genannten conengagement. [...] Zum anderen sind

⁷ Henry A. Kissinger (2012), „The Future of U.S.-Chinese Relations. Conflict is a Choice, not a Necessity“, *Foreign Affairs*, März/April 2012, 44-55.

⁸ Johnny Erling (2011), „Chinas Angst vor den ‚Tricks‘ der USA in Asien“, *Welt-Online*, 18. Nov. 2011.

⁹ Hillary Clinton (2011), „America’s Pacific Century“, <http://foreignpolicy.com/2011/10/11/americas-pacific-century/> (Zugriff: 05/2024).

die USA in der Wirtschafts- und Handelspolitik bereits heute verwundbar und auf die finanzpolitische Kooperation mit China angewiesen.¹⁰

Obama kündete schließlich im Jahr 2011 den „Pivot to Asia“ an, vorgesehen war die Verlegung von 60 Prozent der US-Navy in den pazifischen Raum. Die Obama-Administration legte sich gegenüber China auf eine härtere Gangart fest, allerdings als „leader from behind“, der manche der Lasten gerne seinen Verbündeten auferlegte. Kenneth Lieberthal (Brookings) verwies darauf, dass die USA in Asien langfristig zu führen gedachten. Sie wären bereit,

Chinas weitere Entwicklung zu fördern, solange dies nicht zu einem Verhalten führt, das Amerikas Gesamtposition oder seine vitalen Interessen in der Region in Frage stellt.“¹¹

Chinas Präsident Xi Jinping dagegen stellte 2013 in einer Rede in der kasachischen Stadt Astana seine Initiative der Neuen Seidenstraße vor. Xi Jinping vermittelte seinen zentralasiatischen Partnerländern den Eindruck, dass China mit ihnen im Rahmen dieser Initiative auf Augenhöhe agieren und partnerschaftlich umgehen wird. Dass China die Neue Seidenstraße mit einer in eurasischer Dimension gedachten geopolitischen Konzeption untersetzt hatte, wurde spätestens während des Staatsbesuches von Xi Jinping in Deutschland im Jahr 2014 deutlich, als er in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erklärte:

China wie Deutschland sind an den beiden Enden des eurasischen Kontinents angesiedelt, sie sind jeweils hervorragende Vertreter der östlichen und der westlichen Zivilisation. [...] Da China und Deutschland die bedeutendsten Volkswirtschaften Asiens bzw. Europas sind, wird ihr verstärktes Zusammenwachsen die Verbindung von zwei starken Kräften bedeuten, die Verbindung der Wachstumspole Asiens und Europas.¹²

¹⁰ Josef Braml (2012), „Die ‚Rückkehr der USA‘: Obamas Asienpolitik“, *Asien* 122, 59.

¹¹ Kenneth G. Lieberthal (2011), „The American Pivot to Asia“, <http://www.brookings.edu/articles/the-american-pivot-to-asia/> (Zugriff: 05/2024).

¹² Xi Jinping, „Deutsch-chinesische Beziehungen: Gut für China Europa und die Welt“, *FAZ*, 28. März 2014.

China ging zügig daran, seine Initiative der Neuen Seidenstraße umzusetzen. Ein Schritt war der Abschluss der Gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit beim Aufbau der Eurasischen Wirtschaftsunion und des Wirtschaftsgürtels der Seidenstraße zwischen China und Russland am 8. Mai 2015, in der beide Seiten vereinbarten, in bi- und multilateralen Formaten innerhalb der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SCO) in konkreten Richtungen zusammenzuarbeiten.¹³ Inwiefern die Erklärung vor allem Dritten gegenüber nur eine größere geopolitische Dimension vortäuschen sollte, kann hier nicht beurteilt werden. Allerdings schloss China Russland trotz seines enormen Transitpotenzials vom wichtigsten chinesischen wirtschafts- und geopolitischen Projekt, der Neuen Seidenstraße, erstaunlicherweise aus. Ebenfalls im Jahr 2015 schlug der russische Präsident Vladimir Putin die Bildung einer „Großen Eurasischen Partnerschaft“ vor, die auch für EU-Mitgliedsstaaten offen sein sollte.

Der Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump im Jahr 2016 stellte in der Politik der USA einen schon auf den ersten Blick radikalen Bruch dar. Doch das meiste, was nun offener, rücksichtsloser und auch aggressiver geäußert wurde, war schon von der Obama-Administration angedacht und geplant worden, was durchaus und trotz Trump auf ein gewisses Maß an strategischer Kontinuität schließen ließ. Besonders typisch für Trump sollte aber werden, die Handelspolitik als eine weltweit einsetzbare Waffe zu gebrauchen, die mit Drohungen aufwartete und jede bestehende Regel zu brechen bereit war. Im Fokus hatte er China, Russland und erstaunlicherweise auch Deutschland. Nichts davon geschah tatsächlich nur aus einer Laune des Präsidenten heraus, alles war relativ sorgfältig und vorausschauend geplant. Der Clinch zwischen den USA und China stellte längst nicht mehr nur das Ergebnis eines bilateralen Konkurrenzkampfes dar. Es ging um die geopolitische Ordnung für das 21. Jahrhundert, darum, wer aus der vierten industriellen Revolution als der Sieger hervorgehen und die neue Weltordnung

¹³ Совместное заявление Российской Федерации и Китайской Народной Республики о сотрудничестве по сопряжению строительства Евразийского экономического союза и Экономического пояса Шелкового пути (Gemeinsame Erklärung der Russischen Föderation und der Volksrepublik China zur Zusammenarbeit beim Aufbau der Eurasischen Wirtschaftsunion und des Wirtschaftsgürtels der Seidenstraße), 08. Mai 2015, <http://www.kremlin.ru/supplement/4971> (Zugriff: 05/2024).

bestimmen würde. Aber auch der Klimawandel, der im Wesentlichen von der Gier, die das von den USA bestimmte Wirtschaftssystem hervorgebracht hatte, bewirkt wurde, prägte die weltweiten Auseinandersetzungen. Die im Jahr 2017 verabschiedete *National Security Strategy* der USA machte die aktuellen Einschätzungen transparent. Darin heißt es:

*China und Russland begannen, ihren Einfluss auf regionaler und globaler Ebene wieder geltend zu machen. Heute verfügen sie über militärische Kapazitäten, die darauf ausgerichtet sind, Amerika in Krisenzeiten den Zugang zu verweigern und unsere Fähigkeit in Frage zu stellen, in Friedenszeiten frei in kritischen Handelszonen zu operieren. Kurz gesagt, sie machen uns unsere geopolitischen Vorteile streitig und versuchen, die internationale Ordnung zu ihren Gunsten zu verändern.*¹⁴

China und Russland wurden nun als „revisionistische Mächte“ definiert und zusammen mit „Schurkenstaaten“ und transnationalen Terrororganisationen als diejenigen identifiziert, die die US-amerikanische Macht herausfordern würden. China wurde unterstellt, „die Vereinigten Staaten im indo-pazifischen Raum verdrängen, die Reichweite seines staatlich gelenkten Wirtschaftsmodells ausweiten und die Region zu seinen Gunsten neu ordnen zu wollen.“¹⁵ In der Strategie heißt es weiter: „China sammelt und verwertet Daten in einem nie dagewesenen Ausmaß“ und „baut das leistungsfähigste und am besten finanzierte Militär der Welt auf, nach unserem eigenen.“¹⁶

Tatsächlich aber waren die USA in Bedrängnis geraten. Braml verweist darauf, dass China sich aus der Abhängigkeit von den USA gelöst und damit seine Verwundbarkeit reduziert hatte. Die Neue Seidenstraße verband China mit Ostasien, Westasien und Europa. China stellte seine Infrastrukturen, seine Handels- und Informationswege weltweit als „öffentliche Güter“ zur Verfügung, schuf sich so zwar eigene Abhängigkeiten, bot aber jedem auch die Vorteile einer Win-Win-Situation an.¹⁷

¹⁴ „National Security Strategy of the United States of America 2017“, <http://trumpwhitehouse.archives.gov/wp-content/uploads/2017/12/NSS-Final-12-18-2017-0905.pdf> (Zugriff: 05/2024).

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Josef Braml (2022), *Die Transatlantische Illusion, Die neue Weltordnung und wie wir uns darin behaupten können*, München: Antaios, 40.

Die USA maßen der indo-pazifischen Region besondere Bedeutung bei, in der nach ihrer Einschätzung „ein geopolitischer Wettbewerb zwischen freien und repressiven Visionen der Weltordnung“ stattfinden würde, der eine „nachhaltige Führungsrolle der USA“ in der gesamten Region erfordern würde. Die Aufrechterhaltung der militärischen Vormachtstellung in dieser Region wurde als oberste Priorität angesehen. Als Ausweg sahen die USA die Stärkung ihrer Bündnisse mit Japan, Australien, Neuseeland sowie den Ausbau der quadrilateralen Zusammenarbeit mit Japan, Australien und Indien, wobei Washington Indien als strategischen und Verteidigungspartner zu entwickeln beabsichtigte. Die USA setzten „im Einklang mit unserer ‚Ein-China‘-Politik“ und in Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Taiwan Relation Act ihre engen Beziehungen mit Taiwan fort. Die Philippinen und Thailand galten als „wichtige Verbündete“, Vietnam, Indonesien, Malaysia und Singapur dagegen als „wachsende Sicherheits- und Wirtschaftspartner“.¹⁸ Die USA bekundeten ihre feste Absicht, „mit den zentralasiatischen Staaten zusammenzuarbeiten, um den Zugang zu der Region zu gewährleisten, damit wir unsere Bemühungen zur Terrorismusbekämpfung unterstützen können.“¹⁹ Berücksichtigt man die Intensivierung der „konkurrierenden“ US-Diplomatie in den Nachbarstaaten Chinas, die strategische Positionierung der NATO-Truppen in Afghanistan sowie die US-Militärbasen in Ostasien oder nahen Regionen, war der Eindruck einer strategischen Einkreisung Chinas sicher nicht unberechtigt.

Die nach dem Amtsantritt von US-Präsident Joseph Biden 2022 veröffentlichte *National Security Strategy* ging einen Schritt weiter: Es wurde klargestellt, dass Mächte wie Russland und China, „die eine autoritäre Regierungsführung mit einer revisionistischen Außenpolitik verbinden, [...] die dringendste strategische Herausforderung für unsere Vision“ darstellen würden. Während Russland als „unmittelbare Bedrohung für das freie und offene internationale System“ eingeschätzt wurde, beschrieben die US-Analysten China als

¹⁸ „National Security Strategy of the United States of America 2017“, <http://trumpwhitehouse.archives.gov/wp-content/uploads/2017/12/NSS-Final-12-18-2017-0905.pdf> (Zugriff: 05/2024).

¹⁹ Ebd.

*einzigsten Konkurrenten, der sowohl die Absicht hat, die internationale Ordnung umzugestalten, als auch im zunehmenden Maße über die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht verfügt, um dieses Ziel zu erreichen.*²⁰

Die von China ausgehenden Herausforderungen wurden als „systemisch“ beschrieben. Peking wolle seine Einflussosphäre im indo-pazifischen Raum, dem Epizentrum der Geopolitik des 21. Jahrhunderts“, ausweiten und selbst die führende Weltmacht werden. Die USA, ihre Verbündeten und Partner würden daher „das externe Umfeld der VR China und Russlands so gestalten, dass es ihr Verhalten beeinflusst, auch wenn wir mit ihnen konkurrieren.“²¹ Da China jedoch in der Weltwirtschaft eine zentrale Rolle spiele, sei der Wettbewerb im indo-pazifischen Raum, zwar „am stärksten ausgeprägt“, finde aber inzwischen auch global statt. Neben anderen Maßnahmen würden die USA China

*für Verstöße zur Rechenschaft ziehen – Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Xinjiang, Menschenrechtsverletzungen in Tibet und die Beschneidung der Autonomie und der Freiheiten Hongkongs [...].*²²

Was Taiwan betrifft, heißt es in der Strategie: „Wir bleiben unserer Ein-China-Politik verpflichtet, die sich am Taiwan Relations Act, den Drei Gemeinsamen Kommuniqués und den Sechs Zusicherungen orientiert.“²³ Im eurasischen Raum würden die USA „weiterhin die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Zentralasiens unterstützen“ und die „Widerstandsfähigkeit und demokratische Entwicklung“ in Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan fördern.

Während die USA Russland strategisch begrenzt handlungsunfähig zu machen beabsichtigen, indem sie den Krieg in der Ukraine zum strategischen Misserfolg machen, die strategischen Wirtschaftssektoren Russlands einschränken, Russland aus „dem Genuss der Vorteile der globalen Integra-

²⁰ „National Security Strategy 2022“, <http://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/10/Biden-Harris-Administrations-National-Security-Strategy-10.2022.pdf> (Zugriff: 05/2024).

²¹ Ebd.

²² Ebd.

²³ Ebd.

tion“ ausschließen, sein konventionelles Militär schwächen und russische Handlungen, die zentrale Interessen der USA bedrohen, abschrecken, sah die „Sicherheitsstrategie“ für China mit Rücksicht auf seine Rolle in der Weltwirtschaft ein anderes Konzept vor. Die USA würden sich im militärischen Bereich mit China „um eine größere strategische Stabilität bemühen.“ Sie wären an einer Zusammenarbeit mit China „bei den Prioritäten“, wie Klima, Pandemien, Nichtverbreitung von Kernwaffen, Bekämpfung illegalen Drogenhandels, weltweite Nahrungsmittelkrise, makroökonomische Fragen, interessiert, bekundete die Sicherheitsstrategie.

Dennoch entschied sich Präsident Biden dafür, wie in Europa im Fall des Ukraine-Krieges auch im indo-pazifischen Raum eine große Koalition aus Verbündeten und Partnern aufzubauen, um nicht zuletzt auch die finanziellen Lasten auf diese zu verteilen. Konzeptionell aber mag auch Brzezinskis *Strategic Vision* eine Rolle gespielt haben, in der es heißt:

Im Gegensatz zu Amerikas günstiger geografischer Lage ist China potenziell durch eine strategische Einkreisung gefährdet. Japan versperrt China den Zugang zum Pazifischen Ozean, Russland trennt China von Europa, und Indien thront über einem Ozean, der nach ihm benannt ist und Chinas Hauptzugang zum Nahen Osten darstellt.²⁴

So ungefähr dürfte man planerisch tatsächlich vorgegangen sein, nur dass man in der Praxis viel filigraner, detaillierter und auch Aspekte der Vernetzung bedenkend zu arbeiten pflegte.

US-Außenminister Antony Blinken hob in seiner Rede an der George-Washington-Universität am 26. Mai 2022 hervor, dass sich die USA in der nächsten Zeit auf China als „die ernsthafteste langfristige Herausforderung für die internationale Ordnung“ konzentrieren werden und „das strategische Umfeld Pekings so gestalten, dass unsere Vision eines offenen, integrativen internationalen Systems gefördert wird.“²⁵ Blinken fuhr fort:

²⁴ Zbigniew Brzezinski (2012), *Strategic Vision*, 85.

²⁵ <http://www.state.gov/secretary-blinken-to-deliver-remarks-at-george-washington-university-2/> (Zugriff: 05/2024).

[W]ir werden unsere Interessen gegen jede Bedrohung verteidigen. Zu diesem Zweck hat Präsident Biden das Verteidigungsministerium angewiesen, China als Schrittmacher zu betrachten, um sicherzustellen, dass unser Militär die Nase vorn hat. Wir werden versuchen, den Frieden durch einen neuen Ansatz zu bewahren, den wir als ‚integrierte Abschreckung‘ bezeichnen. Indem wir Verbündete und Partner einbeziehen, über den konventionellen, den nuklearen, den Weltraum- und den Informationsbereich hinweg arbeiten und unsere Stärken in der Wirtschaft, in der Technologie und in der Diplomatie ausbauen.²⁶

Und China? Wie antwortet China darauf? Der chinesische Außenpolitik-Experte Yao Zhongqiu beschreibt die Position Chinas, die auch in anderen BRICS-Staaten so oder ähnlich geteilt werden dürfte, mit wenigen, aber zutreffenden Worten:

Die Pax Americana wird es China nur erlauben, sich in einer Weise zu entwickeln, die der Herrschaft der Vereinigten Staaten untergeordnet ist, so dass China keine andere Wahl hat, als einen neuen Weg einzuschlagen und auf die Schaffung „einer neuen internationalen Ordnung hinzuarbeiten.“²⁷

Geographische und geopolitische Aspekte

Als die USA zunehmend den Eindruck gewannen, dass ihre Hegemonie bedroht und ihr strategischer Konkurrent China als „systemischer Rivale“ die Oberhand gewinnen könnte, begannen sie globale Strategien und regionale Planspiele zu entwickeln, die ein Gegensteuern ermöglichen sollten. Selbstverständlich gehörte dazu auch die Entwicklung militärischer Optionen mit hybridem Ansatz, die Analysten und Strategieplaner in der Regel mit „einem Blick auf die Landkarte“ zu beginnen pflegen.

Der Blick auf die Landkarte verweist auf die Besonderheit, dass China über eine Nord-Süd-Ausdehnung von 4.500 km und eine Ost-West-Ausdehnung von 4.200 km und damit über eine sehr große strategische Tiefe verfügt. 33 Prozent des Territoriums werden von Gebirgen durchzogen und 21 Prozent

²⁶ Ebd.

²⁷ Yao Zhongqiu, „Five Centuries of Transformation“, *Wenhua Zhongheng* 1, <http://thetribunecontinental.org/wenhua-zongheng-1-five-centuries-of-transformation/> (Zugriff: 05/2024).

von Wüsten geprägt, diese Gebiete sind also schwer zu überwindendes, unwegsames Gelände. China grenzt an 14 Länder²⁸ und hat mit 22.457 km die längste Landgrenze in der Welt. Im Südwesten, Westen und Norden der VR China decken das Autonome Gebiet Tibet (Gründung: 9. Sep. 1965), das Uigurische Autonome Gebiet Xinjiang (Gründung: 1. Okt. 1955) und das Autonome Gebiet Innere Mongolei (Gründung: 1. Mai 1947) das chinesische Kernland ab. Tibeter, Uiguren und Mongolen sind die Titular-Nationalitäten dieser Verwaltungseinheiten. Tibeter (Zang) leben in Tibet, Sichuan, Qinghai, Gansu und Yunnan, Uiguren in Xinjiang und Mongolen in der Inneren Mongolei, Liaoning, Jilin, Hebei, Heilongjiang und Xinjiang. Zwischen Tibetern und Mongolen bestehen traditionell enge kulturelle und religiöse Bande. Die Anerkennung des Dalai Lama als Oberhaupt des lamaistischen Buddhismus ist unter Tibetern und Mongolen weit verbreitet.

Das Uigurische Autonome Gebiet Xinjiang stellt mit 17,3 Prozent am chinesischen Staatsgebiet die größte der genannten drei autonomen Verwaltungseinheiten dar. Xinjiang wird von den Autonomen Gebieten Tibet und Innere Mongolei gefolgt, deren Territorien einen Anteil von 12,8 Prozent bzw. 12,43 Prozent am chinesischen Staatsgebiet aufweisen. Das heißt, dass diese drei Autonomen Gebiete 42,53 Prozent des gesamten Staatsterritoriums Chinas ausmachen. Nach Angaben des chinesischen Statistikamtes lebten Ende 2022 in Xinjiang 26,5 Mio., in Tibet 3,7 Mio. und in der Inneren Mongolei 24,6 Mio. Menschen. Angaben zur Zahl der dort lebenden Uiguren, Tibeter und Mongolen wurden nicht gemacht. Verschiedene Quellen verweisen auf ca. 48 Prozent Uiguren in Xinjiang, ca. 4. Mio. Mongolen in der Inneren Mongolei und mehr als 90 Prozent Tibeter in Tibet, wobei diese Angaben z.T. fragwürdig erscheinen und Mischehen bzw. den ethnischen Assimilationsgrad dieser Menschen häufig nicht berücksichtigen. Während früher die Titular-Nationalitäten die absolute Bevölkerungsmehr-

²⁸ Staatsgrenzen Chinas: Afghanistan 91 km, Bhutan 477 km, Burma 2.129 km, Indien 2.659 km, Kasachstan 1.765 km, Nordkorea 1.352 km, Kirgisistan 1.063 km, Laos 475 km, Mongolei 4.630 km, Nepal 1.389 km, Pakistan 438 km, Russland (Nordosten) 4.133 km, Russland (Nordwesten) 46 km. Tadschikistan 477 km, Vietnam 1,297 km; vgl. <http://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/china/> (Zugriff: 05/2024).

heit in diesen Gebieten ausmachten, dominieren heute eindeutig die Han-Chinesen, deren Zahl mit dem Ausbau der Infrastruktur, der Industrialisierung, der Bereitstellung von Wohnungen und Arbeit immer weiter steigt.

Alle drei autonomen Verwaltungsgebiete weisen Staatsgrenzen auf. Tibet grenzt an Bhutan, Nepal und Indien, Xinjiang an Indien, Afghanistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Kasachstan, Russland sowie die Mongolei und die Innere Mongolei an die Mongolei und Russland.

China war bis 2015 in sieben Militärbezirke aufgeteilt. Die drei Autonomen Gebiete fielen unter die Zuständigkeit der Militärbezirke Lanzhou und Chengdu. 2016 wurden fünf Kriegsgebietskommandos (*theater commands*) gebildet, von denen sich das Westkommando auf Tibet und Xinjiang und damit auch auf die Grenzen zu Burma, Bhutan, Nepal, Indien, Pakistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Kasachstan, Russland und die Mongolei konzentriert. Die größte reale Herausforderung wäre im Ernstfall ein Konflikt mit Indien, jedoch erscheint ein offener Krieg gegenwärtig undenkbar: Beide Länder sind Atomwaffenmächte und die extremen geographischen Bedingungen des möglichen Einsatzgebietes ließen den Einsatz von Bodenkampftruppen kaum zu. Dies mag einer der Gründe sein, warum die Hauptkampftruppen der Volksbefreiungsarmee im äußersten Osten des Einsatzgebietes disloziert sind. Nichtsdestotrotz gehören die im Westkommando stationierten Truppen, was Bewaffnung, Ausrüstung und Strukturen betrifft, zu den besten der Volksbefreiungsarmee.²⁹ Das Nordkommando erfasst die Innere Mongolei und die Landgrenzen zu Russland, zur Mongolei und Nordkorea sowie Seegrenzen.

Die Verfasser der Militärstrategie der Volksrepublik China aus dem Jahr 2015 schätzten im Abschnitt „Nationale Sicherheitslage“ den Bereich des Westkommandos aufgrund von „separatistischen“ Aktivitäten als problematisch ein. Sie erwähnten in diesem Dokument die Existenz und die Aktivitäten von Organisationen, die sich für die Unabhängigkeit „Ostturkestans“ bzw. Tibets einsetzten. Aus diesem Grund wurden „verstärkte Anstrengungen bei Operationen gegen Unterwanderung, Separatismus und

²⁹ http://nvo.ng.ru/concepts/2022-10-27/4_1212-wildwest.html (Zugriff: 05/2024).

Terrorismus, um Chinas politische Sicherheit und soziale Stabilität aufrechtzuerhalten“ als strategische Aufgabe der chinesischen Streitkräfte definiert.³⁰

Nach 9/11 hat China seinen Kampf z.B. gegen die Islamische Partei Ostturkestans als Ausdruck der Terrorismusbekämpfung intensiviert. Mittels ausgezeichneter Beziehungen zu Pakistan, der Türkei und Saudi-Arabien, den wichtigsten Sponsoren des sunnitischen islamischen Radikalismus, bemüht Peking sich, das Ausmaß des uighurischen Terrors möglichst klein zu halten. Pekings Hauptsorgen ergeben sich wohl daraus, dass die nur über eine geringe Anzahl von Mitgliedern verfügenden Bewegungen sich vor allem aus dem ethnischen Separatismus speisen. Dieser tangiert die Interessen unterschiedlicher Seiten.

Zudem bestehen Grenzprobleme mit Indien, die sich bisher auf dem Verhandlungsweg nicht haben lösen lassen, sondern sogar zu einem Ausbau der militärischen Infrastruktur auf beiden Seiten der Grenze führten. Hoffnungen, dass der Beitritt Indiens zur Shanghai-Organisation (SCO) daran etwas ändern würde, haben sich nicht erfüllt, nicht zuletzt auch wegen der engen Partnerschaft Chinas mit Pakistan.

Von besonderer und strategischer Bedeutung ist zweifellos, dass Xinjiang zum Ausgangspunkt der Neuen Seidenstraße geworden ist. An der Grenze zu Kasachstan befinden sich die beiden internationalen Eisenbahnübergänge Horgos und Alashankou, die im Rahmen der Neuen Seidenstraße Ausgangspunkt für den Güterfrachtverkehr von China nach Europa sind. Der Güterbahnhof von Horgos (Inbetriebnahme: 2016) verbindet China mit 18 Ländern und Regionen, Alashankou (Inbetriebnahme: 2013) dagegen mit 25 Ländern und Regionen. In Alashankou wurden seit 2013 36.622 und in Horgos seit 2016 33.403 China-Europa-Güterzüge abgefertigt, was die Dimension dieses Güterverkehrs veranschaulicht. Im Jahr 2023 passierten per 11. Dezember 6.260 China-Europa-Züge Alashankou und 7.268 China-Europa-Züge Horgos. Die Aufenthaltsdauer eines China-Europa-Güter-

³⁰ The State Council Information Office. “China’s Military Strategy”, <http://eng.mod.gov.cn/xb/Publications/WhitePapers/4887928.html> (Zugriff: 05/2024).

zuges wurde nach Angaben der China Railway Ürümqi Group durch die Verbesserung der Transporteffizienz und Optimierung der Betriebsabläufe in beiden Eisenbahn-Übergängen von mehr als 12 auf 6 bis 8 Stunden minimiert. Das Gesamtvolumen der China-Europa-Güterzüge macht inzwischen mehr als die Hälfte des Eisenbahn-Gesamtvolumens des Landes aus. Dies veranschaulicht, dass die Grenzübergänge Alanshankou und Horgos neuralgische Punkte darstellen, von denen das Funktionieren der Neuen Seidenstraße wesentlich abhängt.

Der Außenhandel von Xinjiang stieg 2023 um 45,9 Prozent und erreichte ein Volumen von 50,25 Mrd. USD. Der Import/Export des Autonomen Gebietes mit Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan stieg im Vergleich zum Vorjahr um 50 Prozent und machte 79,4 Prozent des gesamten Außenhandels von Xinjiang aus. Xinjiang führt in die zentralasiatische Region vor allem arbeitsintensive und elektromechanische Erzeugnisse aus.

Präsident Xi Jinping hat bei seinem Besuch in Ürümqi (Xinjiang) im August 2023 die Notwendigkeit betont, „die strategische Position Xinjiangs in der nationalen Gesamtsituation zu verankern“, da diese „die Gesamtaufgabe, China in jeder Hinsicht zu einem starken modernen sozialistischen Land aufzubauen und die Verjüngung der chinesischen Nation zu fördern“ betrifft. Xi Jinping räumte „der Aufrechterhaltung der sozialen Stabilität“ und der wirtschaftlichen Entwicklung in Xinjiang höchste Priorität ein. Er forderte die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, „um eine solide rechtliche Grundlage für dauerhafte Stabilität zu schaffen“, die Verbesserung des „Mechanismus zur Vorbeugung und Entschärfung großer Risiken und potenzieller Gefahren“ sowie die Integration „des Kampfes gegen Terrorismus und Separatismus mit der gesetzsbasierten und konstanten Arbeit zur Erhaltung der Stabilität.“³¹

³¹ “Xi stresses greater efforts to built beautiful Xinjiang in pursuing Chinese modernization”, <http://eng.chinamil.com.cn/CHINA209163/TopStories209189/16247966.html> (Zugriff: 05/2024).

Xinjiang ist als Ausgangspunkt der Neuen Seidenstraße ein neuralgischer Punkt von großer strategischer Bedeutung und wie Tibet eine Achillesferse. Gemessen an der Situation, die nach dem Beginn des Ukraine-Krieges eingetreten ist, verlöre die kontinentale Neue Seidenstraße ohne den Transit nach Europa via Zentralasien sowohl an wirtschaftlicher Bedeutung als auch an strategischer Durchschlagskraft.

Momentaufnahme von Zentralasien

Wenn Xinjiang der Ausgangspunkt der Neuen Seidenstraße ist, ist die Region Zentralasien der geographische Raum, durch den der Transit der „neuen Seidenstraße“ erfolgt.

Russland in Zentralasien

Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan, die in der Regel unter dem Begriff „Zentralasien“ subsumiert werden, gehörten als Sowjetrepubliken zur Sowjetunion und werden bis heute von Russland als seine traditionelle Interessensphäre beansprucht. Russland unterhält mit diesen Staaten enge politische, wirtschaftliche und auch militärische Beziehungen, wie auch nachfolgende Tabelle von Mitgliedschaften zeigt:

	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	Vertrag über Kollektive Sicherheit	Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit	Eurasische Wirtschaftsunion
Kasachstan	X	X	X	X
Kirgisistan	X	X	X	X
Tadschikistan	X	X	X	-
Usbekistan	X	-	X	-
Turkmenistan	X (beigeordnet)	-	X	-

Dennoch hat der Einfluss Russlands auf die zentralasiatischen Staaten stark nachgelassen. Der russische Krieg in der Ukraine hat diesen Trend verstärkt. Alexei Malašenko (Zentrum für Situationsanalyse, IMEMO Mos-

kau) verweist darauf, dass die Länder Zentralasiens das Vorgehen Russlands in der Ukraine nicht unterstützen. Sie erkennen die Integration der Gebiete von Lugansk und Donbass in die Russische Föderation nicht an, lehnen aber auch die Sanktionen gegen Russland ab, was allerdings letztlich ihren Import aus Europa und ihren Export nach Russland erheblich ansteigen ließ. Die Skepsis in Zentralasien gegenüber Organisationen unter russischer Schirmherrschaft wächst, nicht zuletzt auch, weil andere Optionen locken. Dies bedeutet, dass sich diese Staaten in zunehmendem Maße an ihren eigenen Interessen orientieren.³² Die jungen Generationen in Zentralasien haben keine Erinnerungen an eine gemeinsame historische Vergangenheit in der Sowjetunion und kennen keine Dankbarkeit gegenüber Russland. Die Erfahrungen zentralasiatischer Arbeitsmigranten in Russland spiegeln sich in Zentralasien in eher negativen Emotionen wider. Dieser Trend wird durch den drastischen Rückgang der Arbeitsmigration in Russland durch die COVID-Pandemie verstärkt, der die Arbeitslosigkeit in Zentralasien verstärkte.

Dass Russland inzwischen als eher schwach wahrgenommen wird, führt in Zentralasien zunehmend zu der Schlussfolgerung, dass man von Russland auch weniger zu erwarten hat. Man lässt sich nichts von einer schwächer werdenden Macht sagen. Die jungen, teils immer noch auch Russisch sprechenden Eliten Zentralasiens reagieren freundlich, aber pragmatisch und kühl rechnend, würden sich aber in dem Fall, da Russland wieder erstarkt, ihm dennoch genauso pragmatisch wieder zuwenden.

Nach Angaben von *RIA Novosti* betrug im Jahr 2023 das Volumen des Handels Russlands mit Kasachstan 26 Mrd. USD, mit Usbekistan 9,9 Mrd. USD, mit Kirgisistan 2,9 Mrd. USD und mit Tadschikistan 1,7 Mrd. USD (zu Turkmenistan keine Angaben).³³

³² Алексей Малащенко (Alexej Malaschenko), „как быть с Центральной Азией“ (Über den Umgang mit Zentralasien), http://www.ng.ru/vision/2022-11-21/8_8595_asia.html (Zugriff: 05/2024).

³³ <https://rosmigrant.ru/press-center/news/novosti/tovarooborot-rossii-i-stran-tsentralnoy-azii-dostig-rekordnowo-urovnya/> (Zugriff: 05/2024).

China in Zentralasien

China hat während der Jahrzehnte als einziger Staat in Zentralasien wirtschaftliche Großprojekte wie die China-Kirgisistan-Usbekistan-Autobahn, die China-Tadschikistan-Schnellstraße, die China-Kasachstan-Rohölpipe-line und die China-Zentralasien-Pipeline verwirklicht.

Es hat in den letzten Jahren seine Wirtschaftsbeziehungen zu Zentralasien zügig ausgebaut. 2020 betrug das bilaterale Handelsvolumen 38,6 Mrd. USD, der Handelsüberschuss Chinas belief sich im Jahr 2020 auf über 3,8 Mrd. USD. Während die zentralasiatischen Staaten Rohstoffe zu oft schwankenden Weltmarktpreisen ausführen, importieren sie aus China vor allem Produkte der verarbeitenden Industrie mit hoher Wertschöpfung. Im Jahr 2021 waren 7.700 chinesische Unternehmen in Zentralasien tätig. Ein für China wichtiges Einflussinstrument sind Investitionen, deren Gesamthöhe Ende 2020 bei 40 Mrd. USD lagen und die vor allem im Energiesektor getätigt wurden. Die Hälfte davon entfiel auf Kasachstan. China ist ein wichtiger Kreditgeber. 45 Prozent der Auslandskredite Kirgisistans (= 1,7 Mrd. USD) stammen aus China, in Tadschikistan sind dies sogar 52 Prozent (= 1,2 Mrd. USD). Die Verbindlichkeiten gegenüber China betragen bei Turkmenistan 16,9 Prozent des BIP, bei Usbekistan 16 Prozent und bei Kasachstan 6,5 Prozent.³⁴ Da die Länder kaum in der Lage sind, diese Schulden zurückzuzahlen, sind sie immer öfter gezwungen, der chinesischen Seite Zugeständnisse zu machen.

China hat gelernt, seinen Einfluss in Zentralasien mit viel Soft Power auszuweiten. Es baut elastische Verbindungen zur Elite der Länder, deren Ansprüche, Strukturen und Schwächen es gut studiert hat, auf und aus, passt sich lokal an und ein, indem es bei seinem Agieren dort bestehende Praktiken und Normen akzeptiert und adaptiert. Zumindest offen mischt es sich nicht in innere Angelegenheiten ein und redet vor allem über gemeinsame Geschäfte, die im Regelfall auf die natürlichen Ressourcen und den Infrastrukturausbau ausgerichtet sind. Der Ressourcen-Bedarf der intensiven

³⁴ Azimzhan Khitakhunov, „Economic Cooperation between Central Asia and China“, <http://www.eurasian-research.org/publication/economic-cooperation-between-central-asia-and-china/> (Zugriff: 05/2024).

chinesischen Produktion ist sehr groß, aber auch Chinas eigentlich neuralgischer Punkt. Der Erdgas- und Erdöl-Transport mittels Pipelines nach Xinjiang verläuft effizient und inzwischen auch kostengünstig. Da die erste Strecke der Neuen Seidenstraße in Zentralasien liegt, investiert China in Transport und Logistik, arbeitet am Ausbau eines dritten Grenzüberganges zu Kasachstan und der Transkaspischen Eisenbahn-Transportroute. Was den Infrastrukturausbau betrifft, so ist eine Konzentration auf Energieinfrastrukturen wie Wärmekraftwerke, Wasserkraftwerke, Pumpstationen, Wasserversorgungssysteme, die Erschließung von Sonnen- und Windenergie, aber auch auf den Ausbau der Telekommunikation zu beobachten. Diese zweifellos positiven Trends sagen jedoch nur wenig über die innere Haltung von Zentralasien gegenüber China und Chinesen aus. Für China hat sich mit dem Ukraine-Krieg in Zentralasien wiederum ein nützliches Zeitfenster geöffnet. China wird trotz aller gegensätzlichen Beteuerungen versuchen, die bisher von Russland eingenommenen Positionen selbst zu übernehmen.

Zentralasien

Im Westen wird Zentralasien gern auch als der „weiche Unterbauch“ Russlands bezeichnet, was einerseits auf die Fragilität dieser Region und andererseits darauf hinweist, dass Russland in dieser Region selbst hochsensibel ist. Es ist daher ein zentrales Interesse Russlands, Sicherheit und Stabilität in Zentralasien aufrechtzuerhalten, während der Westen in Zentralasien Chancen sieht, politische Spiele gegen strategische Rivalen zu inszenieren.

Tatsächlich sind die Staaten Zentralasiens nach wie vor recht fragil, was einer unvollkommen gelaufenen Nationsbildung geschuldet ist. Das beste Beispiel dafür ist das eigentlich als relativ stark und stabil geltende Kasachstan, in dem traditionelle Clan-, Familien- und Stammes-Strukturen eine sehr einflussreiche Rolle spielen. Sein Präsident K.-J. Tokaev, der 2019 die Nachfolge seines über Jahrzehnte herrschenden Vorgängers Nursultan Nazarbaev angetreten hatte, wies erst im März 2024 bei einer Sitzung des Nationalen Kuriltai an, die kasachische Nationalgeschichte neu zu schreiben. Sie soll den Ursprung Kasachstans in der mongolischen Goldenen Horde

suchen, was nicht gerade für eine fest gefügte kasachische Nation spricht. Auch Usbekistan und Kirgisistan sehen wichtige Ursprünge ihrer Geschichte in der Zeit des Mongolischen Großreiches.

Die zentralasiatischen Staaten sind vor allem auf die Person ihrer Präsidenten zugeschnittene Autokratien, die jedoch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in diesen Ländern garantieren. Diese autokratischen Staatsformen sind angesichts der derzeitigen Islamisierungstendenzen möglicherweise tatsächlich alternativlos, will man die innere Stabilität in den Ländern und in der Region nicht in Frage stellen. Dennoch besteht eine nicht zu leugnende Fragilität, die durch soziale Instabilität und Korruption bewirkt wird. Wenn die soziale Instabilität vor wenigen Jahren noch durch die Arbeitsmigration nach Russland gedämpft werden konnte, hat sich diese Möglichkeit nach der Corona-Pandemie im Wesentlichen erschöpft. Die nachfolgende Tabelle vermittelt zur Fragilität und Korruptionswahrnehmung in diesen Staaten zumindest einen Eindruck.

Fragile-Staaten-Index (FSI, 2022) u. Korruptionswahrnehmungsindex (KWI, 2022)³⁵

	Kasachstan	Kirgisistan	Tadschikistan	Usbekistan	Turkmenistan
FSI (Rang)	111/179	69/179	72/179	95/179	104/179
KWI (Rang)	101/180	140/180	150/180	126/180	167/180

FSI: Rang 1=fragilstes Land, 179 stabilstes Land; KWI: Rang 1 als am wenigsten, Rang 180 am meisten korrupt wahrgenommenes Land.

Die politischen Eliten in Zentralasien sind an keiner Dominanz irgendwelcher Mächte in ihrer Region interessiert und vermeiden nach Möglichkeit mit Hilfe intelligenter Varianten des politischen Spiels die Einschränkung ihrer Souveränität. Mit Hilfe des multivektoralen Ansatzes in ihrer Außenpolitik haben sie es bisher recht gut verstanden, sich nach außen sowohl offen zu geben als auch flexibel auf Distanz zu gehen, wenn sie den Eindruck gewinnen sollten, dass ihr Einfluss im eigenen Land oder in ihrer Region darunter leiden könnte. Sie bewundern Chinas Entwicklung und

³⁵ Die Angaben wurden den Webseiten <http://fragilestatesindex.org/global-data/> und <http://www.transparency.org/en/cpi/2022> entnommen (Zugriff: 07/2024).

sind natürlich auch bereit, sich gemeinsam mit China zu entwickeln, wenn ihnen das vorteilhaft erscheint, würden aber einen zu großen Einfluss Chinas vor Ort rigoros eindämmen. Die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO) war für sie lange nicht nur ein Sicherheitsbündnis, mit dem man sich bestimmte Mächte auf freundliche Distanz halten konnte, sondern auch ein wichtiges Instrument innerer Stabilität. Die SCO-Gipfeltreffen erfolgten auf verschiedenen Ebenen, die Staatshäupter trafen sich sowohl mit den Staatsoberhäuptern Russlands und Chinas, als auch mit- und untereinander. Die SCO kompensiert somit das Fehlen eines zentralasiatischen Bündnisformats. In ihrem Umgang mit den USA und der EU sind sie für wirtschaftliche und ökologische Zusammenarbeit, auch für Projekte zur Förderung einer nachhaltigen Konnektivität, offen und bereit, jedoch vermögen manche Wertediskussionen durchaus Rückzugsreaktionen auszulösen. Die Erinnerung an Farbenrevolutionen hält das politische Misstrauen wach. Zentralasien hat viele fragile Seiten, die hier auch erwähnt wurden, jedoch haben sich die Staaten stets stabiler als ihr Ruf gezeigt, was einmal mehr darauf verweist, dass die bestehende Staatsform nicht ungeeignet ist, den Bestand des Staates zu garantieren.

Kasachstan

Politisch und wirtschaftlich ist Kasachstan der führende Staat Zentralasiens. Das Land wies 2022 mit 225,5 Mrd. USD das höchste Bruttoinlandsprodukt Zentralasiens auf. Kasachstan verfügt über reiche Bodenschätze und exportiert in der Reihenfolge ihrer Export-Anteile: Rohöl (48,2 Prozent), Gold (9,86 Prozent), Kupferkonzentrat (3,85 Prozent), Eisenlegierungen (3,33 Prozent), radioaktives Material (2,89 Prozent) u.a. Der im Jahr 2022 98,7 Mrd. USD umfassende Export weist regional stark diversifizierte Züge auf. 13,6 Prozent des Exports entfallen auf China, 12,6 Prozent auf Italien, 8,9 Prozent auf Russland, 8,11 Prozent auf Großbritannien, 5,55 Prozent auf die Niederlande und 5,08 Prozent auf die Türkei. Der Import erreichte 2022 57,9 Mrd. USD. 28,5 Prozent entfielen auf Russland, 27,9 Prozent auf China, 4,96 Prozent auf Deutschland, 3,91 Prozent auf Südkorea und 2,89 Prozent auf die Türkei. Kasachstan ist der weltweit größte Ex-

porteur für Uran (2020: 62 Prozent von weltweit 44.900 Tonnen). Es exportierte 2022 84,2 Mio. Tonnen Erdöl, von denen über 70 Prozent in die EU geliefert wurden.

Die Außenhandelsbilanz Kasachstans ist positiv. Die gut entwickelte Hüttenindustrie verarbeitet Schwarz- und Buntmetalle, die in der Regel aus eigenen Vorkommen gewonnen werden. Kasachstan ist für China der wichtigste zentralasiatische Partner im Energiehandel. Die Chinese National Petroleum Company (CNPC) kam bereits 1997 nach Kasachstan und erwarb nicht nur die Mehrheit der Anteile am kasachischen Unternehmen Aktyubinskneft‘ JSC, sondern gilt heute als einer der größten Steuerzahler im Land. Dies unterscheidet das Unternehmen sehr deutlich von westlichen Investoren, deren Gewinne nicht selten einfach abfließen. Heute kauft China 16 Prozent der gesamten kasachischen Erdölproduktion, und 70 Prozent des von China importierten Urans stammen aus Kasachstan. Der kasachische Staatschef K.-J. Tokaev sprach davon, dass Kasachstan plant, bis 2025 ca. 20 Mrd. USD in die Diversifizierung der Transit- und Transportwege sowie die Einführung integrierter Logistiklösungen zu investieren. Dies aus gutem Grund. K.-J. Tokaev verwies beim Boao-Forum im März 2024 darauf, welche wichtige Rolle sein Land als Transitbrücke zwischen Ost und West im Rahmen der Neuen Seidenstraße spielt. Das Frachtvolumen zwischen Kasachstan und China erreichte im Jahr 2023 30 Mio. Tonnen. Auf Kasachstan entfielen 80 Prozent des gesamten kontinentalen Verkehrs zwischen China und Europa mit einem Gesamtvolumen von 3 Mio. Tonnen. Kasachstan beabsichtigt, diese Volumen durch den Ausbau der Logistik und neuer Strecken sowie durch die Entwicklung des Nord-Süd-Korridors mit seinen Nachbarn auf jährlich 10 Mio. Tonnen anzuheben.³⁶

³⁶ „The head of State addressed the plenary session of the Boao-Forum for Asia“, 24. März 2024, <http://www.akorda.kz/en/1-2825827> (Zugriff: 05/2024).

Bruttoinlandsprodukt in den zentralasiatischen Ländern (2022, in Mrd. USD)

	Kasachstan	Usbekistan	Turkmenis- tan	Kirgisistan	Tadschikis- tan
BIP (2022) lt. Weltbank	225,5	80,39	56,54	11,59	10,49
Prognose für 2023 (Sta- tista)	259,29	90,39	81,82	12,68	11,82

Usbekistan

Wirtschaftlich steht Usbekistan im Jahr 2022 unter den zentralasiatischen Ländern mit einem BIP von 80,39 Mrd. USD an zweiter Stelle. Das Land exportiert Gold (30,7 Prozent), Baumwollgarn (8,26 Prozent), Erdgas (5,53 Prozent), Kupferkonzentrat (3,53 Prozent). Seine Exporte gehen zu 25,4 Prozent in die Schweiz, zu 15,4 Prozent nach Russland, zu 11,7 Prozent nach China, zu 9,39 Prozent in die Türkei und zu 7,43 Prozent nach Kasachstan. Die wichtigsten Importpartner sind China mit 24,3 Prozent, Russland mit 18,8 Prozent, Kasachstan mit 12,3 Prozent, Südkorea mit 7,58 Prozent und die Türkei mit 6,34 Prozent. Das Land weist eine negative Außenhandelsbilanz auf. In Usbekistan ist der wirtschaftliche Einfluss Russlands nach wie vor recht groß. Dort arbeiten mehr als 3.000 Unternehmen mit russischer Beteiligung. Russische Kapitalinvestitionen betragen 13 Mrd. USD, weitere in Entwicklung befindliche Wirtschaftsprojekte peilen einen Gesamtwert von 28 Mrd. USD an. Der Konzern Lukoil arbeitet in den Feldern Kandym und Gissar und baute in Bucharas einen Gasverarbeitungs-komplex auf.

Außenhandel der zentralasiatischen Länder (2022, in Mrd. USD, lt. www.oec.world)

	Kasachstan	Usbekistan	Turkmenis- tan	Kirgisistan	Tadschikis- tan
Export	98,7	16,9	12,5	2,5	2,41
Import	57,9	29,9	k.A.	21,3	6,57

Turkmenistan

An dritter Stelle steht Turkmenistan mit einem BIP von 56,54 Mrd. USD. Turkmenistan verfügt über große Vorkommen an Erdgas und -öl. Das Land exportiert zu 73,9 Prozent Erdgas, zu 10,3 Prozent raffiniertes Erdöl und zu 3,16 Prozent Rohöl. Wichtigste Exportländer sind China mit 71,3 Prozent, die Türkei mit 7,09 Prozent, Usbekistan mit 5,32 Prozent und Aserbaidschan mit 3,69 Prozent. Aussagen zur Außenhandelsbilanz lassen sich nicht treffen, da keine verlässlichen Angaben zum Import vorliegen.

Kirgisistan und Tadschikistan

Diese Länder sind die wirtschaftlich schwächsten Länder der Region. Ihr Export ist im Vergleich zu Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan unerheblich. Beide weisen eine negative Außenhandelsbilanz auf. Der hohe Import Kirgisistans aus China erklärt sich aus der Drehscheibenfunktion des Landes für chinesische Waren, u.a. Textilien. Kirgisistan hat von China 1,7 Mrd. USD aufgenommen, was China zum wichtigsten Investor Kirgisistans machte. Mehr als 40 Prozent der Auslandsschulden des Landes hält die Export-Import-Bank of China. Das Hauptziel Chinas besteht im Bau der 454 km langen Eisenbahnstrecke China-Kirgisistan-Usbekistan. 280 Kilometer davon werden über kirgisisches Territorium geführt. Das auf 3 bis 7 Mrd. USD veranschlagte Projekt wird die Strecke von Ostasien in die Länder des Nahen Ostens und Südeuropas um 900 Kilometer reduzieren, was die Lieferzeiten verkürzt und durch höhere Auslastung ein Gütertransportvolumen von 12-15 Mio. Tonnen pro Jahr ermöglicht. China signalisiert die Übernahme von Baukosten in Höhe von 2 Mrd. USD und würde in diesem Fall erwarten, dass Kirgisistan und Usbekistan die Aufbringung der Restsumme garantieren. China wäre auch bereit, in den Bau von kleinen Wasserkraftwerken zu günstigen Konditionen zu investieren, wenn die Lieferung des Stroms nach China erfolgen würde.³⁷

³⁷ Vgl. <http://www.ng.ru/cis/2023-08-16/5-8801-kyrgyzstan.html> (Zugriff: 05/2024).

Anteil Russlands u. Chinas am Exp./Import Zentralasiens (% , 2022, lt. www.oec.world)

	Kasachstan		Usbekistan		Turkmenistan		Kirgisistan		Tadschikistan	
	Exp.	Imp.	Exp.	Imp.	Exp.	Imp.	Exp.	Imp.	Exp.	Imp.
Russland	8,9	28,5	15,4	24,3	-	-	42,9	10,4	-	22,2
China	13,6	27,9	11,7	18,8	71,3	-	-	63,5	16,8	32,8
RU+CN insgesamt	22,5	56,4	27,1	43,1	71,3	-	42,9	73,9	16,8	55,0

Russland und China dominieren den Import der zentralasiatischen Länder mit z.T. über 50 Prozent und nehmen auch im Export einen festen Platz ein. 2022 betrug das Handelsvolumen zwischen China und Zentralasien 70 Mrd. USD und auch Russland erreichte im selben Jahr ein Handelsvolumen von mehr als 42 Mrd. USD. Dennoch hat China Russland ab den 2000-er Jahren in allen wichtigen Positionen des Außenhandels in Zentralasien den früheren Rang abgelassen. Mancher war der Annahme, dass China in Zentralasien als harter Konkurrent Russlands auftreten würde. Dass es Konkurrenz gibt, ist unbestritten, jedoch mehren sich auch die Anzeichen für eine Art von Zusammenarbeit, die regional einen sich gegenseitig kompensierenden Charakter trägt. Ein Beispiel: Als Usbekistan aufgrund seiner Erdgaslieferverpflichtungen gegenüber China die Versorgung der eigenen Bevölkerung in Frage stellte, musste es seine Gaslieferungen einstellen. Russland vereinbarte daher beim Präsidentengipfel mit Usbekistan und Kasachstan Gaslieferungen nach Usbekistan über kasachische Pipeline-Netze, für deren Transit Kasachstan Mengen von 1,5 bis 10 Mrd. Kubikmetern bereitstellte.

Transkaspische Internationale Transportroute

Während des 3. Belt-and-Road-Forums gab Präsident Xi Jinping in seiner Grundsatzrede am 18. Oktober 2023 ein Statement zum „Aufbau eines multidimensionalen Belt-and-Road-Konnektivitätsnetzwerks“ ab. Er sagte:

*China wird die qualitativ hochwertige Entwicklung des China-Europa-Eisenbahnexpresses beschleunigen, sich am Transkaspischen Internationalen Transportkorridor beteiligen, die China-Europa-Express-Kooperationsform ausrichten und gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um einen neuen Logistikkorridor auf dem eurasischen Kontinent aufzubauen, verbunden durch direkten Schienen- und Straßenverkehr. Wir werden Häfen, Schifffahrts- und Handelsdienstleistungen im Rahmen der „Maritimen Seidenstraße“ energisch integrieren und den Aufbau des neuen internationalen Land-See-Handelskorridors und der Luft-Seidenstraße beschleunigen.*³⁸

Zwei Aspekte dieser Aussage waren von besonderer Bedeutung:

[1.] Die Konzentration auf die auch z.B. von der EU präferierte Transkaspische Internationale Transportroute (TITR) war, was den China-Europa-Transport betraf, gleichbedeutend mit einer Absage an den Nordkorridor China-Kasachstan-Russland-Belarus-Polen als auch an den Ost-West-Korridor über die russische Transsibirische Eisenbahn als Haupttransportroute der Neuen Seidenstraße.

Das Projekt der Neuen Eurasischen Landbrücke China-Russland-Ukraine-Polen war wegen des Ukraine-Krieges gestoppt worden, obwohl diese Strecke eindeutig kostengünstiger war. Die Russische Eisenbahn ist vom Westen sanktioniert worden, internationale Versicherungsdienstleister sind daher eher nicht dazu bereit, Transporte über dieselbe abzusichern. Die Transsibirische Eisenbahn umfasst eine voll elektrifizierte Eisenbahnstrecke von ca. 10.000 Kilometern mit einem Frachtaufkommen von bis zu 100 Mio. Tonnen pro Jahr, was 200.000 bis 300.000 TEU Containerverkehr einschließt. Der Transport über die Transsibirische Eisenbahn ermöglicht daher eine Kostenersparnis von bis zu ca. 30 Prozent. Auch die Transportrichtung China (Xinjiang)-Kasachstan-Russland-Belarus-Polen wies einen klaren Vorteil auf, da sich Russland, Belarus und Kasachstan in einer Zollunion befinden.

³⁸ „Full text of Xi Jinping’s keynote speech at 3rd Belt and Road Forum for International Cooperation”, *Xinhua*, 18. Okt. 2023. <http://english.news.cn/20231018/7bfc16ac51d443c6a7a00ce25c972104/c.html> (Zugriff: 05/2024).

[2.] Der Aufbau eines „neuen Logistikkorridors auf dem eurasischen Kontinent“: Auch die vorher bekannten sechs Landrouten der Neuen Seidenstraße waren in verschiedenen Regionen Eurasiens verortet worden. Präsident Xi Jinping stellte während des 3. Belt-and-Road-Forums acht Schritte vor, die China „zur Unterstützung einer qualitativ hochwertigen Belt-and-Road-Kooperation“ zu unternehmen gedenkt. Eine wesentliche Komponente wird die Errichtung neuer Transport- und Logistikklinien mit den sie begleitenden Infrastrukturen im eurasischen Raum sein, was durchaus auch eine geostrategische Komponente aufweist. Daneben spielen Pilotzonen für die E-Commerce-Zusammenarbeit, der Abschluss von Freihandelsabkommen und Investitionsschutzabkommen, „kleine, aber intelligente“ Programme zur Sicherung des Lebensunterhalts, die grüne Entwicklung usw. eine bestimmende Rolle. Nach Xi Jinping wird China dafür über die Chinese Development Bank und die Export-Import-Bank of China „Finanzierungsfenster“ von jeweils 350 Mrd. Yuan bereitstellen.

Die TITR, die auch als „mittlerer Korridor“ bezeichnet wird, ist im Vergleich zu den kontinentalen Strecken durch Russland multimodal, was einen Wechsel von Eisenbahn-, Schiffs- und mitunter sogar Autotransport impliziert. Die TITR geht auf die Gründung eines Konsortiums im Jahr 2013 zurück. An diesem Konsortium beteiligten sich die staatlichen Eisenbahngesellschaften Kasachstans, Aserbaidschans und Georgiens. Sie könnte also als ein unmittelbares Ergebnis der 2013 von Xi Jinping in Astana gehaltenen Rede betrachtet werden, in der er die Initiative der Neuen Seidenstraße unterbreitete. Der Transport erfolgt via Eisenbahn und Schiff, passiert Kasachstan, das Kaspische Meer, Aserbaidschan, Georgien, das Schwarze Meer, Rumänien, Ungarn, die Slowakei, Österreich, Tschechien und erreicht so das Zielland Deutschland. Das heißt: die Strecke verbindet Europa, den Südkaukasus, Zentralasien und China. Der China-Europa-Transport auf dieser ca. 11.000 Kilometer langen Strecke wurde 2017 aufgenommen.

Als einer der wichtigsten Initiatoren stand Kasachstan von Anfang an vor großen Herausforderungen. Es musste schnell die Umschlagkapazität seines Hafens Aktau am Ostufer des Kaspischen Meeres ausbauen. Dieser Hafen bietet den Zugang zu Seerouten nach Turkmenistan, dem Iran,

Aserbaidshan und Russland. Aktau, das durch eine staatliche kasachische Hafengesellschaft betrieben wird, bot schnell eine Erhöhung des Container-Umschlags (siehe Tabelle). Die kasachische Eisenbahn ließ seit 2015 auch den Hafen Kuryk zusätzlich erbauen, der 70 km südlich von Aktau gelegen ist. (Sowohl Aktau als auch Kuryk liegen in einer Sonderwirtschaftszone, die Investoren Steuervergünstigungen anbietet.)

Containerumschlag im kasachischen Hafen Aktau (in TEU)

2018	2019	2020	2021	2022	2023 (Jan.-April)
2.484	14.324	17.969	27.624	30.708	7.470

Die begrenzten Transportkapazitäten auf dem Kaspischen Meer und das Alter der eingesetzten Schiffe führen im Hafen von Aktau immer wieder zu einem Rückstau des Transportflusses. Damit entstehen Kosten, die Lieferzeiten können nicht zuverlässig eingehalten werden. Der Transport über die TITR galt lange Zeit überdies als zu teuer und die etablierte Nordroute über China-Kasachstan-Russland-Weißrussland und Polen als kostengünstiger. Doch „Transportriesen“ wie das dänische Unternehmen Maersk, die finnische Nurminen Logistics Services Oy und das deutsche Unternehmen Dachser Cargoplus scheinen sich aufgrund des Ukraine-Krieges auf die TITR-Route umorientieren zu wollen.

Für den weiteren Transport spielen Aserbaidshan und Georgien eine wichtige Rolle. 2018 wurde der Hafen von Baku im 70 km entfernten Alat fertig gestellt. Für ihn wurde eine jährliche Umschlagskapazität von 15 Mio. Tonnen Fracht, darunter 100.000 TEU-Container, vorgesehen. Da man in Baku auch die Nutzung des Nord-Süd-Korridors in die Kalkulationen einbezieht, wurden bald die Arbeiten an einer zweiten Ausbaustufe des Hafens von Alat begonnen. Das wirtschaftlich schwache, politisch instabile Land Georgien ist mit den begrenzten Möglichkeiten seiner Häfen Poti und Batumi zweifellos das Nadelöhr auf der TITR-Route.

Die TITR weist aufgrund ihrer Multimodalität, der Staatsgrenzen, der Unsicherheit und Instabilität im Südkaukasus, der sich im Fokus verschiedener Interessen befindet, sowie wenig optimierter Logistik noch viele ungelöste Probleme auf. Nichtsdestotrotz scheinen sich die interessierten Seiten auf

diese Transportroute konzentrieren zu wollen, was die geopolitische Bedeutung des Transportraumes erhöhen wird. Für China stellt die TITR-Route aufgrund des Wegfalls von Europa-Routen über das Territorium der Russischen Föderation einen zentralen Abschnitt dar, dessen Wegfall die kontinentale Route der Neuen Seidenstraße in Frage stellen würde.

Russland und China arbeiten inzwischen intensiv am Arktischen Blauen Wirtschaftskorridor, der China Transportwege in die nordwestlichen Teile Russlands und nach Nordeuropa erschließen wird. Vladimir Putin machte während des 3. Belt-and-Road-Forums in Peking im Okt. 2023 deutlich, dass die Navigation eisgängiger Frachtschiffe auf der gesamten Länge des Nördlichen Seeweges ab 2024 ganzjährig möglich sei. Russland wäre bereit, interessierten Seiten zuverlässige Eisnavigation (Eisbrecher, Eisfrachter), Kommunikation und Versorgung zu bieten.³⁹ Russland selbst schätzt die Route als Möglichkeit des unbehinderten Transports von Kohlenwasserstoffen (Erdgas, Erdöl, Kohle) nach Asien, Afrika und Südamerika ein. Damit dürften sich Verhandlungen zwischen Russland und Japan über die Kurilen-Inseln erledigt haben, was einen baldigen Beitritt Japans zum AUKUS-Militärbündnis (USA, Großbritannien, Australien) erwarten lässt.

China und Zentralasien

Der fluchtartige Rückzug der NATO und des Westens aus Afghanistan sowie der Krieg Russlands in der Ukraine veränderten den Stellenwert sowohl der Region Zentralasien als auch ihrer einzelnen Länder in der Sicht der Mächte beträchtlich. Das Interesse an Zentralasien wuchs sprunghaft an. Während die einen wirtschaftliche Chancen sahen, mussten die anderen möglichst schnell selbst verschuldete energetische Engpässe kompensieren, für wiederum andere entwickelte sich Zentralasien zu einem Terrain, um Machtspiele gegen wirtschaftliche Konkurrenten, strategische Gegner und Rivalen in Szene zu setzen. Manche wollten geographisch einfach in der Nähe Afghanistans bleiben, um gegebenenfalls dort „die Karten neu zu

³⁹ Вали Каледжи, «Пояс и путь» и транспортная связность в Евразии, <http://ru.valdai-club.com/a/highlights/poyas-i-put-i-transportnaya-svyaznost-v-evrazii> (Zugriff: 05/2024).

mischen“. Auch die Unruhen in Kasachstan im Januar 2022, die offensichtlich auch auf Usbekistan abstrahlen sollten, hatten offenbar verschiedene, über Kasachstan hinausreichende Zielrichtungen. In dieser komplizierten Situation galt es vor allem, die Stabilität in Zentralasien zu erhalten.

China unterhält seit 2013 mit allen Ländern Zentralasiens Beziehungen auf dem Niveau von strategischen Partnerschaften, die über die Jahre kontinuierlich ausgebaut und in der Breite entwickelt wurden. Die Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit bot dafür neben bilateralen Beziehungen ein entsprechendes multilaterales Format. Zentralasien rückte in den Fokus der chinesischen Seidenstraßen-Politik. Russische Analysten schätzten Ende 2014 ein:

Die wichtigste Aufgabe zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit Chinas wird darin bestehen, Wege zur Diversifizierung der Transitrouten und Energieversorgungsquellen zu finden. Zentralasien, das über ein erhebliches Potenzial für den Transit von Gütern auf dem Landweg und die Förderung von Kohlenwasserstoffen verfügt, wird dabei in den Vordergrund rücken.⁴⁰

Am 25. Mai 2022 eröffnete Präsident Xi Jinping anlässlich des 30. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den fünf zentralasiatischen Staaten ein virtuelles Gipfeltreffen China-Zentralasien, das noch unter dem Eindruck der Unruhen in Kasachstan und ihrer Niederschlagung durch Truppen des Vertrages über Kollektive Sicherheit stand. Xi betonte in seiner Grundsatzrede die Bedeutung von Stabilität für Zentralasien. Er versicherte Zentralasien der chinesischen Unterstützung für „Entwicklungspfade (...), die auf ihre nationalen Realitäten zugeschnitten sind“, für die Wahrung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität sowie bei der „Suche nach nationaler Wiederbelebung und größerer Stärke durch Einheit.“ Er sprach sich gegen „Versuche externer Kräfte, Farbenrevolutionen in Zentralasien anzuzetteln“ und „gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten unter dem Vorwand der Menschenrechte“ aus. China setze auf die Stärkung der wirtschaftlichen Stabilität in Zentralasien, die Erhöhung des Imports „hochwertiger Waren und

⁴⁰ „Международные угрозы“ (Internationale Bedrohungen), 2014, [http://www. Foreign-policy.ru/reports/mezhdunarodnye-ugrozy-2014/](http://www.Foreign-policy.ru/reports/mezhdunarodnye-ugrozy-2014/) (Zugriff: 05/2024).

landwirtschaftlicher Produkte“ aus der Region.⁴¹ Xi Jinping schlug für den bilateralen Handel 70 Mrd. USD als Zielmarke für das Jahr 2030 vor. Was die bilateralen Großprojekte betraf, besaßen die Beschleunigung des Ausbaus der Eisenbahnstrecke China-Kirgisistan-Usbekistan und der D-Linie der China-Zentralasien-Gaspipeline, die Weiterentwicklung der Verkehrskorridore zwischen China und Zentralasien und der Ausbau der Energieindustriekette hohe Priorität.

Im Juni 2022 verständigten sich China und die zentralasiatischen Länder bei ihrem 3. Außenministertreffen darauf, einen speziellen Mechanismus für Gipfeltreffen China-Zentralasien als neues Format in den Beziehungen einzurichten. Ein Jahr später traf sich Präsident Xi Jinping am 19. Mai 2023 in Xi'an, dem Ausgangspunkt der historischen Seidenstraße, mit den zentralasiatischen Staatsoberhäuptern zu einem China-Zentralasien-Gipfel. Der Präsident Chinas sprach sich für ein „stabiles, wohlhabendes, harmonisches und vernetztes“ Zentralasien, für die Respektierung „der Wahl der Entwicklungspfade ihrer Bevölkerung“ und für die Wahrung „der Souveränität, Sicherheit, Unabhängigkeit und territorialen Integrität der zentralasiatischen Länder“ aus. Unter dem Aspekt „eines harmonischen Zentralasiens“ betonte er, dass nicht etwa „ethnische Konflikte, religiöse Auseinandersetzungen und kulturelle Entfremdung“ bestimmendes Merkmal der Region sein sollten, sondern das Streben nach „Solidarität, Inklusivität und Harmonie.“ In ungewöhnlicher Offenheit mahnte er an: „Niemand hat das Recht, Zwiebrucht zu säen oder Konfrontationen in der Region zu schüren, geschweige denn egoistische politische Interessen zu verfolgen.“⁴² Er betonte die „richtigen Grundlagen, Voraussetzungen und Fähigkeiten“ Zentralasiens, „um ein wichtiger Knotenpunkt für die Konnektivität“ zu werden. Der Präsident versprach Handelsvergünstigungen, die Nachbesserung von Investitions-

⁴¹ „Remarks by President Xi Jinping at the Virtual Summit to Commemorate the 30th Anniversary of Diplomatic Relations between China and Central Asian Countries“, http://english.www.gov.cn/news/topnews/202201/27/content_WS61f203b4c6d09c94e48a4589.html (Zugriff: 05/2024).

⁴² „Working together for a China-Central Asia Community with a shared Future Featuring Mutual Assistance, Common Development, Universal Security and Everlasting Friendship“, 19. Mai 2013, http://mk.china-embassy.gov.cn/eng/zgyw/202305/t20230519_11079941.htm (Zugriff: 05/2024).

abkommen und eine optimierte Zollabfertigung für Agrar- und Nebenprodukte an allen Grenzübergängen. Die Vertiefung der Konnektivität bleibe ein wichtiges Anliegen. China wolle das „Volumen des grenzüberschreitenden Gütertransportes erhöhen, die Entwicklung des Transkaspischen Transitkorridors unterstützen, die Verkehrskapazität der Autobahnen China-Kirgisistan-Usbekistan und China-Tadschikistan-Usbekistan erhöhen und „die Konsultationen zur Eisenbahnstrecke China-Kirgisistan-Usbekistan“ voranbringen. Weitere Zielrichtungen waren die Öffnung des Lufttransportmarktes, der Bau eines regionalen Logistiknetzes und von Montagezentren für den China-Europa-Eisenbahn-Express, der Bau von Überseelagern und einer umfassenden digitalen Serviceplattform. China und die zentralasiatischen Länder vereinbarten zudem eine Partnerschaft für Energieentwicklung. Der chinesische Ansatz umfasste somit auf komplexe Weise die gesamte zentralasiatische Region und nutzte das von Russland hinterlassene Vakuum.

Die Einrichtung eines Gipfeltreffens China-Zentralasien als neues Format der regionalen Beziehungen neben der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit wäre mit Rücksicht auf Russland vor dem Ukraine-Krieg undenkbar gewesen. Ein Ständiges Sekretariat sollte fortan dem bilateralen Gipfel als ständige Institution zur Seite gestellt werden. Der chinesische Außenminister Wang Yi betonte, dass der Gipfel in Xi'an „den Platformaufbau und die Gesamtplanung der Zusammenarbeit zwischen China und Zentralasien abgeschlossen und einen neuen Kanal für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit auf höchster Ebene eröffnet“ habe.⁴³ Die *Global Times* kommentierte, dass mit dem Abzug der US-amerikanischen Truppen aus Afghanistan „die Störkräfte in der zentralasiatischen Region reduziert“ wurden und „die Bereitschaft der zentralasiatischen Länder zur Zusammenarbeit mit China gestiegen“ sei, „da ihre Position im geostrategischen Einflussbereich der USA abgenommen hatte.“⁴⁴

⁴³ Wang Yi: „The China-Central Asia Summit Creates a New Platform for Good-neighbourliness and Friendly Cooperation in the Region“; http://www.fmprc.gov.cn/eng/wjb663304/wjbz_663308/activities_663312/202403/t202403191126316.html (Zugriff: 05/2024).

⁴⁴ „Upcoming China-Central Asia Foreign Minister's Meeting to pave way for leaders' summit“, www.globaltimes.cn/page/202304/1289789.html (Zugriff: 05/2024).

Beim 3. Belt-and-Road-Forum am 18. Oktober 2023 zog Xi Jinping eine Bilanz der Neuen Seidenstraße: China hat ein globales Verbindungsnetz aufgebaut, in dessen Rahmen 150 Länder und 30 internationale Organisationen Kooperationsdokumente unterzeichnet hatten. Das Netzwerk setzt sich aus verschiedenen Wirtschaftskorridoren, internationalen Transportwegen und Informationsautobahnen, aus Eisenbahnstrecken, Straßen, Flughäfen, Häfen, Pipelines und Stromnetzen zusammen und hat den Waren-, Kapital-, Technologie- und Humanressourcenfluss mit China als Ausgangspunkt und mit China im Zentrum des Netzwerkes in Gang gesetzt. Es ist in historisch kurzer Zeit im globalen Maßstab verwirklicht worden. Xi Jinping kündigte acht Schritte an, um den „Aufbau einer „qualitativ hochwertigen Belt-and-Road-Kooperation“ zu verwirklichen. Unter TOP 1 fiel der Aufbau eines multidimensionalen Belt-and-Road-Konnektivitätsnetzwerks, zu dem die Beschleunigung des China-Europa-Eisenbahn-Expresses, die chinesische Beteiligung am Transkaspischen Internationalen Transportkorridor sowie der Aufbau eines „neuen Logistikkorridors auf dem eurasischen Kontinent, verbunden durch direkten Schienen- und Straßenverkehr“, gehörten.⁴⁵

Zentralasiens weitere Entwicklung war und ist vor allem mit diesem TOP 1 verbunden, dessen Gelingen aber wesentlich von den USA und Europa abhängen wird, die sowohl gemeinsame als auch gegensätzliche eigene Interessen vertreten.

China im Unruheherd Afghanistan

Nachdem die NATO bzw. der Westen Afghanistan in großer Eile verlassen hatten, öffnete sich dort ein für China sehr vorteilhaftes Zeitfenster, das es erlaubte, mit Hilfe Katars und Saudi-Arabiens seinen Einfluss im Land und in der Region auszubauen. Schon 2021 wurde in Kabul das China-Afghan Commercial Committee gegründet, das vor allem der chinesischen Wirtschaft den Weg nach Afghanistan öffnen und ebnen sollte. China verfolgt

⁴⁵ „Full text of Xi Jinping’s keynote speech at 3rd Belt and Road Forum for International Cooperation”, *Xinhua*, 18. Okt. 2023. <http://english.news.cn/20231018/7bfc16ac51d443v6a7a00ce25v972104/v.html> (Zugriff: 05/2024).

in Afghanistan eigene Sicherheitsinteressen und sehr konkrete wirtschaftliche Interessen, vor allem an Gold, Kupfer, Öl, Lithium und seltenen Erden, aber auch Interessen weitreichender Natur, die die mögliche Rolle eines strategisch wichtigen Drehkreuzes Afghanistans berücksichtigen. Ein Jahr später begann China den Bau des mit der Taliban-Regierung vereinbarten Industrieparks. 2022 nahm China die Förderung und Verarbeitung von Kupfer im Vorkommen von Aynak und von Edelsteinen und Gold in der Provinz Badakhshan auf und schuf Voraussetzungen für die Öl-Förderung in der Provinz Sari-Pul.

Nach dem großen Erdbeben in Afghanistan leistete China als einer von wenigen Staaten im Lande ernsthafte Nothilfe. Am 28. Juli 2022 traf sich Chinas Außenminister Wang Yi beim SCO-Außenministertreffen mit dem amtierenden Außenminister der afghanischen Übergangsregierung, Amir Khan Muttaqi. Wang Yi brachte das chinesische Interesse zum Ausdruck, „die Abstimmung der Belt-and-Road-Initiative mit den Entwicklungsstrategien Afghanistans voranzutreiben, die Ausweitung des chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridors auf Afghanistan zu unterstützen und Chinas Entwicklungsmöglichkeiten zu teilen.“⁴⁶ China bekundete seine Bereitschaft, die Visa-Vergabe für Staatsbürger Afghanistans ab dem 1. Aug. 2022 wieder aufzunehmen. China gewährte überdies für afghanische Exportprodukte, v.a. „hochwertige Spezialprodukte“, in 98 Prozent der Zolltarife eine Nullzollbehandlung. Anfang 2023 unterzeichneten die Taliban-Regierung und das Unternehmen Xinjiang Central Asia Petroleum and Gas einen Vertrag über die Ölförderung im Bereich des Flusses Amu Darya, der in den ersten Jahren der 25-jährigen Laufzeit Investitionssummen in Höhe von 150 Mio. USD vorsieht. Das dortige Öl-Vorkommen wird auf bis zu 87 Mio. Barrel geschätzt. Im Mai 2023 einigten sich beide Seiten darauf, Afghanistan in den China-Pakistan Economic Corridor einzubeziehen. China beabsichtigt zudem, eine Straße nach Pakistan durch Afghanistan zu bauen. Für sein Entgegenkommen erwartet das Land von der afghanischen Seite einen entschlossenen Kampf gegen alle terroristischen Kräfte, vor allem

⁴⁶ „Wang Yi meets Acting Foreign Minister of Afghan Interim Government Amir Khan Muttaqi“, http://www.fmprc.gov.cn/eng/gjhdq_665435/2675_665437/2676_663356/2678_663360/202207/t20220729_10730548.html (Zugriff: 05/2024).

gegen die Islamische Bewegung für Ostturkestan.⁴⁷ Die Taliban siedelten darauf alle Uiguren, die nahe der chinesischen Grenze lebten, in entferntere Gebiete um und brachen auch ihre Beziehungen zur Islamischen Bewegung Ostturkestans ab. Am 29. Jan. 2024 besuchte der Sondergesandte für Afghanistan, Yue Xiaoyong, zusammen mit Vertretern Russlands, Pakistans und des Iran die afghanische Hauptstadt Kabul. Einen Tag später überreichte der Botschafter Afghanistans, Mawlawi Asadullah Bilal, in Peking Xi Jinping sein Beglaubigungsschreiben.

Ob China in Afghanistan erfolgreich bleibt, hängt wesentlich davon ab, wie stabil und berechenbar das Taliban-Regime in den nächsten Jahren sein wird. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass für China die Sicherheits- und Wirtschaftspolitik im Fall von Afghanistan eine sich gegenseitig bedingende Einheit bilden. Chinas Befürchtung, dass aus Afghanistan islamische Extremisten nach Xinjiang einsickern könnten, ist nicht von der Hand zu weisen. Auch die Aktivitäten mancher Geheimdienste des Westens, die in Afghanistan alte Sicherheitsstrukturen reaktivieren, dürften in China Ängste schüren. Insofern nutzt China intensiv die Möglichkeiten der SCO-Sicherheitsstrukturen und begrüßt auch die Zusammenarbeit der zentralasiatischen Länder im Rahmen des Vertrages über Kollektive Sicherheit und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Obwohl die zentralasiatischen Staaten das gegenwärtige Afghanistan nicht offiziell anerkennen, sind sie bemüht, Anstrengungen zu seiner inneren Stabilisierung zu leisten. Kasachstan hat dort ein Handelsbüro eingerichtet und Usbekistan setzt die Feldarbeiten zur Vorbereitung des Baus einer Trans-Afghanischen Eisenbahn fort.

USA und Zentralasien

Zentralasien tangierte während der letzten Jahrzehnte nur sehr selten die Interessen der USA. Jedoch gab es drei Momente, da Zentralasien von der US-Außen- und Sicherheitspolitik wahrgenommen wurde:

⁴⁷ Ebd.

[1.] Alle zentralasiatischen Staaten nahmen im Jahr 2001 an der Gründung der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit teil. Diese spiegelt in ihren Dokumenten die Prinzipien des *Vertrages über gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit* zwischen Russland und der VR China vom 16. Juli 2001 wider, was in Washington zu der Einschätzung führte, diese Organisation und ihre Mitglieder im Blick behalten zu müssen.

[2.] Nach den Anti-Terror-Operationen der USA und der NATO in Afghanistan haben sich die USA als „eurasische Macht“ positioniert, so wie sie sich später auch als „indo-pazifische“ Macht ausriefen.

[3.] In dem Maß, wie sich die politische, wirtschaftliche und militärische Inkompatibilität zwischen den USA auf der einen und Russland und China auf der anderen Seite vertiefte und China von den USA und der Europäischen Union als „systemischer Rivale“ wahrgenommen wurde, gewannen sowohl die zentralasiatische Region als auch der Iran für die USA an geo-strategischer Bedeutung.

Als die USA 2019 ihre *Strategie der Vereinigten Staaten für Zentralasien 2019-2025* verabschiedeten, konnten sie bereits auf erhebliche Leistungen in Zentralasien verweisen. Die Vereinigten Staaten hatten mehr als 9 Mrd. USD an Direkthilfe vergeben und hatten mit Hilfe der internationalen Banken, an deren Spitze sie standen, über 50 Mrd. USD an Krediten, Darlehen und technischer Hilfe „zur Förderung der Entwicklung der Region“ bereitgestellt, während der US-Privatsektor ca. 31 Mrd. USD in kommerzielle Projekte investiert hatte. US-Amerikanische Unternehmen, von denen es allein in Kasachstan ca. 600 gibt, sind vor allem im Öl- und Gassektor sowie im Bergbau tätig. Zu ihnen gehören Giganten wie ExxonMobil, Chevron, General Electric, Honeywell und Schlumberger. Hinzu kamen die Finanzierung des Austausches von 40.000 Studenten und Fachkräften, Investitionen von 90 Mio. USD in die Grenzsicherung und die Ausbildung von 2.600 Grenzbeamten. Dies muss hier erwähnt werden, da die Statistiken zum Handel zwischen den USA und den zentralasiatischen Ländern mit Ausnahme von Kasachstan einen eher bescheidenen Eindruck vermitteln, wie die nachfolgende Tabelle zeigt.

Außenhandel der USA in Zentralasien (2022, in Mio. USD)

	Kasachstan	Usbekistan	Turkmenis- tan	Kirgisis- tan	Tadschi- kistan
Export	1.100,0	273,0	49,0	61,0	124,0
Import	2.700,0	59,0	46,0	9,0	1,0
Direktin- vestitionen (FDI, usw.)			51,0	62,0	122,0

Quelle: <http://ustr.gov/countries-regions/south-central-asia> (Zugr.: 05/2024).

Der Verabschiedung der US-Strategie für Zentralasien im Jahr 2017 war ein Denkprozess vorangegangen, der den Stand der Beziehungen zwischen Zentralasien und den USA bestimmte sowie die Interessen in dieser Region und die Vision der amerikanischen Politik neu definierte. US-Präsident Donald Trump strebte wie seine Amtsvorgänger nach der Bewahrung der Vormachtstellung der USA in der indo-pazifischen Region und nach Zurückdrängung des chinesischen Einflusses weltweit. Gemessen daran, dass China seine wirtschaftliche Expansion in Richtung Europa über die Neue Seidenstraße vollzog, musste Zentralasien fast zwangsläufig in das Fadenkreuz der Washingtoner Strategen geraten. Die USA schätzten Zentralasien nun als eine „geostrategische Region, die für die nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten von Bedeutung ist“, ein. Sie sahen den „inländischen und ausländischen Terrorismus“ als „vorrangiges Sicherheitsproblem“ an, das die Stabilität der zentralasiatischen Länder beeinträchtigen würde. Im Hintergrund spielte im strategischen Kalkül selbstverständlich der Einfluss Russlands und Chinas auf diese Länder eine erhebliche Rolle.

Die USA sahen daher die Stärkung „der Widerstandsfähigkeit gegenüber kurz- und langfristigen Bedrohungen ihrer Stabilität“ und die Verbesserung der „Unabhängigkeit von böartigen Akteuren“ in Zentralasien als die Hauptrichtungen ihres Engagements an. Als Ziele formulierten sie:

- „Unterstützung und Stärkung der Souveränität und Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten, sowohl einzeln als auch in der Region.“ Die USA wollten sich „in den Bereichen Wirtschaft, Energie, Sicherheit, Demokratie und Regierungsführung“ engagieren, d.h. sie

strebten politische Veränderungen an, waren im Gegenzug aber auch bereit, den Aufbau z.B. eines einheitlichen Stromnetzes in ganz Zentralasien zu unterstützen.

- „Verringerung der terroristischen Bedrohung in Zentralasien.“
- „Ausweitung und Aufrechterhaltung der Unterstützung für die Stabilität in Afghanistan.“
- „Förderung der Konnektivität zw. Zentralasien und Afghanistan.“
- „Förderung der Reform der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte.“
- „Förderung von Investitionen der Vereinigten Staaten und Entwicklung in Zentralasien.“⁴⁸

Die Ziele der US-Strategie für Zentralasien waren im besonderen Maß darauf ausgerichtet, die Sicherheitsposition der USA in der Region zu fördern und, wie es in der Vision unmissverständlich heißt, „ein Gegengewicht zum Einfluss der regionalen Nachbarn zu bilden.“⁴⁹ Der plötzliche Abzug der NATO-Truppen und des Westens aus Afghanistan im Sommer 2021 entwertete jedoch wichtige Teile dieser Strategie und stellte die bisher durch ihre Diplomatie erreichten Dinge teilweise in Frage. Hinzu kam der Ukraine-Krieg Russlands, der die US-Diplomatie auch im Fall Zentralasiens zwang, ihre Konzepte zu überdenken.

Die Basis für das „reset“ in den Beziehungen zwischen den USA und Zentralasien war die regionale diplomatische Plattform „C5+1“ (Zentralasien + USA). Diese war 2015 gegründet worden, um sich auf Außenministerebene bei jährlichen Treffen über die drei Bereiche Sicherheit, Wirtschaft und Umwelt, tatsächlich aber vor allem über Sicherheitsprobleme der Region im weiteren Sinne (Afghanistan, Syrien usw.), auszutauschen. Die Teil-

⁴⁸ „United States Strategy for Central Asia 2019-2025: Advancing Sovereignty and Economic Prosperity“, <http://www.state.gov/united-states-strategy-for-central-asia-2019-2025-advancing-sovereignty-and-economic-prosperity/> (Zugr: 05/2024), und <http://www.tj.usembassy.gov/wp-content/uploads/sites/143/United-States-Strategy-for-Central-Asia-2019-2025.pdf> (Zugr.: 05/2024).

⁴⁹ Ebd.

nehmer ermittelten also ihre Positionen zu für sie relevanten Themen und verglichen sie. Das Treffen sollte aber aus US-amerikanischer Sicht auch ein gegen Russland gerichtetes Einflussinstrument sein. Das erste Außenministertreffen fand 2015 am Rande der 70. Tagung der UNO-Vollversammlung statt. Danach stattete US-Außenminister John Kerry jedem der fünf Staaten den ersten Besuch eines US-Chefdiplomaten seit 1992 ab. Das zweite Treffen im Jahr 2016 beschloss u.a. einen Regionaldialog im Rahmen des Global Counterterrorism Forums und ein Projekt zur Entwicklung des Transportkorridors. An keinem der in Zentralasien abgehaltenen Außenminister-Treffen zwischen 2017 und 2019, die sich vor allem Sicherheitsfragen widmeten, nahm ein US-Außenminister teil, was in Zentralasien, gemessen an den Standards ähnlicher Formate z.B. mit den geographischen Nachbarn, eher als Ausdruck von geringer Wertschätzung eingeschätzt wurde.

Dieser Zustand änderte sich in der Spätphase der Trump-Administration. Am 22. Sep. 2019 traf sich US-Außenminister Pompeo mit seinen fünf zentralasiatischen Kollegen in New York. Sie sprachen über den Ausbau der Handels- und Investitionsbeziehungen, die Infrastrukturentwicklung in der Region sowie Sicherheitsfragen mit Schwerpunkt auf Afghanistan und den Kampf gegen Terrorismus/Extremismus. Pompeo lenkte während der Gespräche die Aufmerksamkeit auf die Frage der Rückführung, Strafverfolgung und Wiedereingliederung ausländischer Terrorkämpfer und ihrer Familien. Der US-Außenminister ging auch auf damit im Zusammenhang stehende Fragen in Xinjiang ein. Er erklärte:

*Und weiter zum Thema Terrorismus möchte ich klarstellen, dass es bei Chinas repressiver Kampagne in Xinjiang nicht um Terrorismus geht. Es geht um Chinas Versuch, den muslimischen Glauben und die muslimische Kultur seiner eigenen Bürger auszulöschen. Wir rufen alle Länder auf, sich den Forderungen Chinas zur Rückführung der Uiguren zu widersetzen.*⁵⁰

⁵⁰ „Pompeo offers new areas of cooperation with Central Asia“, <http://www.newscentralasia.net/2019/09/24/pompeo-offers-new-areas-of-cooperation-with-central-asia/> (Zugriff: 05/2024).

Am 30. Juni 2020 erfolgte, ebenfalls unter der Leitung von US-Außenminister Pompeo, das nächste Außenministertreffen, diesmal allerdings unter den Bedingungen der COVID-19-Pandemie. Pompeo betonte zum Beginn des Treffens die Bereitschaft der USA, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität jedes zentralasiatischen Landes und gemeinsam „starke Zivilgesellschaften in Zentralasien durch den Schutz der Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts“ zu unterstützen. Unter den folgenden Bekundungen zur Bereitschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit fanden sich Themen wie die Konnektivität zwischen „den C6 und anderen Ländern der Region“ im Energiesektor, so z.B. im Central Asia Regional Electricity Market (CAREM) sowie die Verbesserung der Infrastruktur für den Luft-, Wasser-, Land- und Schienenverkehr. Die USA waren bereit, Konsultationen zu Sanktionsfragen zu führen, um „unbeabsichtigte Folgen für die Volkswirtschaften der zentralasiatischen Länder zu vermeiden.“⁵¹ Treffen im ersten Halbjahr 2021 wiesen eine ähnliche Agenda auf, brachten aber „die Konnektivität zwischen den zentral- und südasiatischen Regionen durch Handels -, Verkehrs- und Energieverbindungen“ als neuen Aspekt ins Spiel.

Nach dem Abzug der US- und NATO-Truppen aus Afghanistan zogen die USA es vor, sich mit Zentralasien über klimapolitische Fragen auszutauschen, jedoch wurde (nach chinesischem Vorbild?) beschlossen, die diplomatische Plattform „C5+1“ mit einem ständigen Sekretariat zu versehen, „um das Engagement zur Förderung der gemeinsamen Ziele weiter zu vertiefen.“⁵²

Das „C5+1“-Treffen mit US-Außenminister Anthony Blinken am 28. Februar 2023 im kasachischen Astana machte deutlich, wie sehr die konkreten Felder in der bilateralen Kooperation zusammengeschmolzen waren. Worte wie „Erwägung eines“, „erkannte die Bedeutung“, „befassten sich mit der Frage“ und „bekundeten ihre Bereitschaft“ waren im Text der *Gemeinsa-*

⁵¹ „US-Chair: Statement of the June 30, 2020 C-5+1 High Level Dialogue“, <http://2017-2021.state.gov/bureau-of-south-and-central-asian-affairs-releases/u-s-chair-statement-of-the-june-30-2020-c51-high-level-dialogue/index.html> (Zugriff: 05/2024).

⁵² „Joint Statement on the C5+1-Meeting during UNGA 77,“ <http://www.state.gov/joint-statement--on-the-c51-meeting-during-unga-77/> (Zugriff 05/2024).

men Erklärung häufig anzutreffen und sprachen dafür, dass die Felder der Zusammenarbeit eher karg waren. Auch die Bestimmung der Grundlinien der Sicherheitskooperation hielt sich in Grenzen. Dem vormals gegründeten Ständigen Sekretariat wurden nun Arbeitsgruppen für Wirtschaft, Energie, Umwelt und Sicherheit zugeordnet. Die US-amerikanische Seite legte den zentralasiatischen Partnern nahe, die gegen Russland gerichteten Sanktionen zu befolgen. Die Teilnehmer verpflichteten sich, so die *Gemeinsame Erklärung*, „gemeinsam an der Abmilderung unbeabsichtigter Auswirkungen von Sanktionen auf die C5+1-Volkswirtschaften zu arbeiten.“⁵³ In Zentralasien nahm man diese Seite durchaus ernst, zumal man befürchtete, dass der Zugang zu bestimmten Märkten für zentralasiatische Staaten durch sekundäre Sanktionen gesperrt werden könnte.

Die eigentliche Bedeutung des Außenministertreffens in Astana bestand in der Vorbereitung des ersten Gipfels der „C5+1“-Staatschefs, der am 21. Sep. 2023 in New York City am Rande der 78. Tagung der UNO-Vollversammlung stattfand. Die Staatschefs verabschiedeten unter der Überschrift *Resilienz durch Sicherheits-, Wirtschafts- und Energiepartnerschaft* eine *Gemeinsame Erklärung*. Sie sprachen eingangs von der gemeinsamen Vision „einer nachhaltigen Zusammenarbeit, um die komplexen Herausforderungen und neuen Bedrohungen in der Region zu bewältigen.“ Sie bekräftigten: „Gemeinsam bekennen wir uns zu dem Ziel der C5+1, regionale Lösungen für globale Herausforderungen zu finden.“ Sie betonten, in Zentralasien „die Sicherheit erhöhen, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit verbessern, nachhaltige Entwicklung unterstützen, den Klimawandel bekämpfen und den Frieden fördern“ zu wollen.⁵⁴ Auf diesem Fundament soll eine „dauerhafte Partnerschaft“ begründet werden.

Die Sicherheitskooperation stand stets im Zentrum der „C5+1“-Aktivitäten. Sie umfasste auch diesmal eine weite Palette von Fragen der Verteidigung, der Strafverfolgung und Terrorismusbekämpfung, über die Grenzsicherung, die sichere Migration (Rückführung von Nord-Syrern) bis hin zur Zusage

⁵³ „Joint Statement on the C5+1 Ministerial in Astana“, 09. März 2023, <http://www.state.gov/joint-statement-on-the-c51-ministerial-in-astana/> (Zugriff: 05/ 2024).

⁵⁴ „C5+1 Leader’s Joint Statement“, 21. Sep. 2023, <http://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2023/09/21/c51-leaders-joint-statement/> (Zugriff: 05/2024).

der USA, den Instrumenten der Sicherheitshilfe Priorität zu gewähren. Das State Department und das Center for International Private Enterprise (CIPE) werden in Ergänzung zur bestehenden diplomatischen „C5+1“-Plattform eine „C5+1“-Wirtschaftsplattform schaffen. Investitionen sollen in die Transkaspische Internationale Transportroute sowie in den Ausbau von Zentralasien mit Südasien verbindenden Verkehrsnetzen vorgenommen werden. Infrastrukturinvestitionen sollen geprüft werden, um die wirtschaftliche Entwicklung, die Energiesicherheit und die Konnektivität der TITR zu beschleunigen. Beobachter meinen, dass die USA vor allem am Logistik-Bereich der TITR interessiert seien.⁵⁵ Für die USA hat der „Aufbau vielfältiger, widerstandsfähiger und sicherer Versorgungsketten für kritische Mineralien“ eine besonders hohe Bedeutung.

Europa und Zentralasien

Im Vergleich zu den USA entwickelten sich die Beziehungen zwischen Europa und Zentralasien breiter und vielfältiger, was aber nicht viel über die Qualität der Beziehungen und ihre tatsächlichen Ergebnisse aussagt. Die Europäische Union schloss mit Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan bereits 1999 und mit Tadschikistan im Jahr 2009 ein *Partnership and Cooperation Agreement* ab. Turkmenistan vereinbarte mit der EU ein solches Abkommen schon im Jahr 1998, jedoch verweigerte sein Parlament die Ratifizierung. Ähnlich verhielt es sich mit der NATO: Anfang der 1990-er Jahre traten alle fünf zentralasiatischen Staaten dem Nordatlantischen Kooperationsrat bei. Später schlossen sie sich der „Partnerschaft für den Frieden“ an, die nach der Gründung des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates im Jahr 1997 interessierten Staaten außerhalb der NATO angeboten wurde.

Die EU unternahm im Jahr 1998 mit ihrem Projekt Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia einen ersten Vorstoß im Rahmen ihres TACIS-Programms, um einen Verkehrskorridor bis hinein nach Zentralasien zu schaf-

⁵⁵ „Под взглядом орлана США хотят контролировать логистику в Центральной Азии“ (Mit dem Blick eines Adlers wollen die USA die Logistik in Zentralasien kontrollieren), <http://iz.ru/1676598/kseniia-loginova/pod-vzgliadom-orlana-ssha-khotiat-kontrolirovat-logistiku-v-centralnoi-azii> (Zugriff: 06/2024).

fen. Am 8. Sep. 1998 unterzeichneten Bulgarien, Rumänien, Moldau, die Ukraine, Armenien, Georgien, Aserbaidshan, die Türkei, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, und Usbekistan in Baku das *Basic Multilateral Agreement on International Transport for Development of the Europe-the Caucasus-Asia-Corridor*.⁵⁶ Die Teilnehmer-Länder verständigten sich darauf, „Wirtschaftsbeziehungen, Handels- und Transportverbindungen in den Regionen Europa, des Schwarzen Meeres, des Kaukasus, des Kaspischen Meeres und Asiens zu entwickeln.“⁵⁷ Der Transport sollte über Autostraßen, Eisenbahn, Wasser- und Luftwege bzw. per Container oder Pipeline erfolgen. Er entwickelte sich in kurzer Zeit und verdoppelte sich im Zeitraum von 1999 bis 2002 auf ca. 8,5 Mio. Tonnen Fracht.

Doch die Zusammenarbeit mit Zentralasien selbst hielt sich in Grenzen. Die Euphorie der Nachwende war in den zentralasiatischen Staaten längst verflogen und die dort herrschenden Familienclans trieb immer die Sorge um, nicht Opfer eines ferngesteuerten „Demokratietransfers“ werden zu wollen. Sie entschieden sich daher, ihre engen Beziehungen zu Russland beizubehalten und die Nähe Chinas zu suchen. Dies war neben anderen Gründen für sie eine wichtige Motivation, am 15. Juni 2001 zusammen mit den Präsidenten Russlands und Chinas in Shanghai die *Deklaration über die Gründung der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit* zu unterzeichnen.

Wenige Wochen später erfolgte am 11. September 2001 der Terroranschlag auf das World Trade Center in New York. Zentralasien wurde fast über Nacht von den Mächten neu bewertet. Doch die Entwicklung in der Region war widersprüchlich, einerseits standen die fünf zentralasiatischen Staaten im „Krieg gegen den Terror“ als Partner an der Seite des Westens, andererseits verhinderte die instabile Lage, die in den zentralasiatischen Ländern von Massenprotesten, Machtkämpfen und -krisen geprägt worden war, eine dynamische Entwicklung von Beziehungen zur EU. Jedoch darf dabei auch nicht übersehen werden, dass im äußeren Erscheinungsbild immer einen Widerspruch zwischen den EU-Beziehungen zu Zentralasien und den ein-

⁵⁶ Siehe www.traceca-org.org/fileadmin/fm-dam/pdfs/til_mla/1/MLA_English_with_amendments.pdf (Zugriff: 05/2024).

⁵⁷ Ebd.

zelen Ländern der Region sowie den regionalen und bilateralen Beziehungen eines EU-Mitgliedslandes wie Deutschland bestand. Dies mag eine gewollte Intransparenz gewesen sein.

Die EU verabschiedete während der deutschen Ratspräsidentschaft im Juni 2007 unter dem Titel *The EU and Central Asia: Strategy for a New Partnership* erstmals so etwas wie eine Zentralasien-Strategie. Sie erkannte darin Zentralasien als „eine strategisch wichtige Schnittstelle zwischen den beiden Kontinenten“ Europa und Asien an und formulierte das Interesse, „dass in Zentralasien Frieden, Demokratie und wirtschaftlicher Wohlstand herrschen.“⁵⁸ Sie wolle ihre Erfahrung und Sachkenntnis in „verantwortungsvoller Staatsführung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Demokratie sowie allgemeine und berufliche Bildung“ mit den Staaten Zentralasiens teilen, betonte die EU. Als die eigentlichen Perspektiven der Zusammenarbeit wurden einerseits „die Abhängigkeit der EU von externen Energiequellen“ und andererseits „die Notwendigkeit einer Politik der diversifizierten Energieversorgung“ genannt, wobei geographisch auch das Verhältnis zu Afghanistan, Pakistan und dem Iran berücksichtigt werden müsse. Durch EU-Erweiterung, Einbeziehung des Südkaukasus in die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Black-Sea-Synergy-Initiative würden Zentralasien und EU zusammenrücken, heißt es in dem Dokument. In diesem Rahmen wolle die EU ihre Beziehungen zu Zentralasien in ihre Energiezusammenarbeit mit den Anrainerstaaten des Schwarzen und Kaspischen Meeres einbetten.

Im Fokus dieser Zusammenarbeit stand die Erkundung von Öl, Gas und Wasserressourcen, die Modernisierung der Energieinfrastruktur, der Bau von Pipelines und Energietransportnetzen sowie die Entwicklung eines Energietransportkorridors Kaspisches Meer-Schwarzes Meer-EU, wobei eine Konvergenz der Energiemärkte auf der Grundlage der Grundsätze des EU-Binnenmarktes angestrebt wurde. In diesem Zusammenhang sah die EU die Funktion Zentralasiens als einen „wichtigen Handelskorridor zwischen Süd- und Ostasien und Europa“ an. Die EU beabsichtigte u.a. einen

⁵⁸ Alle Zitate dieses Abschnitts sind entnommen aus: „The EU and Central Asia: Strategy for a New Partnership“, www.data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10113-2007/en/pdf (Zugriff: 05/2024).

regelmäßigen politischen Dialog auf Außenministerebene sowie Dialogforen zu Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Energiefragen zu installieren. Die eigentliche Säule der Zusammenarbeit jedoch bildete die Umsetzung der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PCA) mit den Ländern der Region, in denen diese eine Vielfalt von Verpflichtungen eingehen mussten. Weitere Felder der Zusammenarbeit waren Umweltschutz, Grenzschutz, Migration, Maßnahmen gegen die Korruption, Kampf gegen Drogen-, Menschen- und Waffenhandel nach und aus Afghanistan sowie gegen die organisierte Kriminalität und den internationalen Terrorismus. Im Rahmen dieser Kooperationsfelder erfolgte in der Praxis eine intensive Zusammenarbeit mit den entsprechenden Sicherheits-, Verteidigungs- und Katastrophenschutzorganen der betreffenden Länder.

Die Resonanz auf die Verabschiedung der Zentralasien-Strategie bei den Ländern der Region kann aus den bereits genannten Gründen als vorsichtig und zurückhaltend betrachtet werden. Den Vorreiter spielte Kasachstan, das im Jahr 2015 ein *Erweitertes Abkommen über Partnerschaft und Kooperation* (EPCA) mit der EU abschloss, das nach der Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedstaaten am 1. März 2020 in Kraft gesetzt wurde. Kirgisien und die EU schlossen ihre EPCA-Verhandlungen am 6. Juli 2019 ab, jedoch zögerte ein Rechtsstreit die Unterzeichnung hinaus. Usbekistan und die EU schlossen ihre Verhandlungen zum Abkommen am 6. Juli 2022 ab und Tadschikistan nahm diese erst Anfang 2023 auf. Turkmenistan hatte zwar 1998 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen unterzeichnet, dieses jedoch nie ratifiziert. Seine Beziehungen zur EU werden inzwischen über ein Interimsabkommen über Handel und handelsbezogene Fragen geregelt.

Die EU hatte bereits 2007 die Black-Sea-Synergy-Initiative⁵⁹ ins Leben gerufen. Sie setzte damit den von ihr selbst gesteuerten Prozess fort. Die Initiative „ergänzt die Europäische Nachbarschaftspolitik, die Erweiterungspolitik für die Türkei und die strategische Partnerschaft mit der Russischen Föderation“, hieß es in einem ein Jahr später verfassten EU-Bericht. Die Initiative sah den Beitritt interessierter Staaten zum Vertrag zur Gründung

⁵⁹ Siehe „The Diplomatic Service of the European Union“, http://www.eeas.europa.eu/eeas/black-sea-synergy_en (Zugriff: 05/2024).

einer Energiegemeinschaft im Elektrizitäts- und Gassektor vor, prüfte den Bau eines Gaskorridors zwischen dem Kaspischen und dem Schwarzen Meer und den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze.⁶⁰

Am 13. Mai 2019 fand ein Treffen der EU-Außenminister und ihrer Kollegen aus den sechs Ländern der Östlichen Partnerschaft der EU (Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Moldau und Ukraine) statt. Die EU konzentrierte sich darauf, die politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration der Partnerländer in Osteuropa und im Südkaukasus zu verstärken. Später erhielten die Ukraine, Moldau und Georgien den Status eines EU-Bewerberlandes.

Im Juni 2019 verabschiedete die EU die aktualisierte Fassung ihrer Zentralasien-Strategie, die nun unter der Überschrift *Die EU und Zentralasien: Neue Chancen für eine stärkere Partnerschaft* stand. Die EU behielt weiter „die strategische geographische Lage Zentralasiens am Schnittpunkt von Europa und Asien“ im Blick, nahm aber inzwischen auch die Energieausfuhr nach Europa, das Marktpotenzial von 70 Mio. Einwohnern und die Sicherheit in der Region Zentralasien in das Fadenkreuz ihrer Interessen. Die EU sah es als ihr „großes Interesse“ an, „dass sich Zentralasien nicht zu einer konkurrierenden oder rivalisierenden Region entwickelt, sondern zu einer Region, mit der eine auf Regeln beruhende Zusammenarbeit und Vernetzung möglich ist.“⁶¹ Die EU-Strategie konzentriert sich nun „auf drei miteinander verknüpfte und sich gegenseitig verstärkende Prioritäten“: 1. Partnerschaft für Resilienz (Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, Umsetzung der Klimaschutzverpflichtungen von Paris, Migration, Grenzmanagement, Mobilität, Kampf bei gemeinsamen Sicherheitsherausforderungen wie Terrorismus und Extremismus usw.), 2. Partnerschaft für Wohlstand (Entwicklung eines wettbewerbsfähigen Pri-

⁶⁰ Siehe Communication from the Commission to the Council and the European Parliament: „Report on the first Year of Implementation of the Black Sea Synergy“, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/> (Zugriff: 05/2024).

⁶¹ Alle Zitate dieses Abschnitts wurden der „Gemeinsamen Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat. Die EU und Zentralasien“, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/> (Zugriff: 05/2024), entnommen. Im Text des Abschnitts enthaltene Formulierungen sind dem Originaltext nahe ausgeführt worden.

vatsektors, Beseitigung struktureller Hemmnisse für Handel und Investitionen, WTO-Beitritt usw.), 3. Bessere Zusammenarbeit (Intensivierung des politischen Dialogs, Schaffung von Räumen für die Beteiligung der Zivilgesellschaft usw.).

Die bereits geschlossenen *Erweiterten Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit* (EPCA) bleiben in der bilateralen Zusammenarbeit die „Eckpfeiler des EU-Engagements.“ In der „Partnerschaft für den Wohlstand“ beabsichtigt die EU, die intraregionale Handels- und Investitionstätigkeit zu unterstützen und den Marktzugang zu erleichtern. Ein zentraler Punkt dieser Partnerschaft stellt die „Förderung nachhaltiger Konnektivität“ dar, die im Rahmen der EU-Strategie zur Förderung der Konnektivität zwischen Europa und Asien erfolgt. Nach Ansicht der EU bieten die Ausweitung des transeuropäischen Transportnetzes (TEN-V) auf die Nachbarländer der EU und die chinesische Initiative der Neuen Seidenstraße große Chancen für eine Kooperation in Zentralasien. So besteht die Intention, das TEN-V-System mit zentralasiatischen (auch über den Südkaukasus) und anderen regionalen Netzen zu verbinden. Das eigentliche Ziel besteht in der Schaffung „ausgewogener, nachhaltiger Ost-West- und Nord-Süd-Landverbindungen“, die durch „ein modernes integriertes Grenzmanagement“ und „kompatible Zollversandsysteme“ ermöglicht werden sollen. Die EU ist bereit, zur Förderung der Konnektivität zwischen Europa und Asien auch mit Teilnehmerländern am ASEM-Prozess⁶² zusammenzuarbeiten.

Die wichtigste institutionelle Struktur des interregionalen Dialogs besteht aus den jährlichen Außenministertreffen und dem jährlichen politischen und sicherheitspolitischen Dialog auf der Ebene von stellvertretenden Ministern. Der endgültige EPCA-Abschluss zieht auch regelmäßige Dialoge über Menschenrechte nach sich.⁶³ In den Schlussfolgerungen des Europarates zur neuen Strategie für Zentralasien wurde zudem betont,

⁶² Die Politikplattform Asia-Europe Meeting (ASEM) zielt darauf ab, die EU-Asien-durch informelle Politikdialoge auf allen Ebenen und allen Bereichen zu stärken.

⁶³ Alle Zitate dieses Abschnitts stammen aus der „Gemeinsamen Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat, Die EU und Zentralasien“, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52019JC> (Zugriff: 05/2024). Im Text des Abschnitts enthaltene Formulierungen sind dem Originaltext nahe ausgeführt worden.

*dass der Umfang der Beziehungen der EU von der Bereitschaft der einzelnen zentralasiatischen Staaten abhängt, Reformen vorzunehmen und Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz zu stärken sowie die Wirtschaft zu modernisieren und zu diversifizieren.*⁶⁴

Auch die USA verabschiedeten 2019 eine Zentralasien-Strategie, was angesichts der Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik der Trump-Administration fast automatisch Interessenschnittpunkte als auch Interessenkonflikte zwischen der EU und den USA als wahrscheinlich erscheinen ließ.

Mit der Übernahme des Vorsitzes der EU-Kommission durch Ursula von der Leyen im Jahr 2019 vollzog sich innerhalb der EU ein qualitativer Wandel. Von der Leyen kündigte bei ihrem Amtsantritt an, dass sie die Vorsitzende einer „geopolitischen Kommission“ werden wolle. Sie forderte: „Europa muss lernen, die Sprache der Macht einzusetzen.“⁶⁵ Die Umsetzung der Zentralasien-Strategie ging vorerst nur schleppend voran. Die 2020 einsetzende COVID-19-Pandemie, der fluchtartige Abzug des Westens aus Afghanistan ab dem 30. Aug. 2021 – für die zentralasiatischen Staaten ein Schock – und der am 24. Feb. 2022 begonnene Angriff Russlands auf die Ukraine verlangsamten die internationalen politischen Prozesse erheblich. Jede Seite und Ebene war eine Zeit lang fast nur mit sich selbst beschäftigt.

Am 27. Okt. 2022 wurde im kasachischen Astana das erste Gipfeltreffen des Präsidenten des Europa-Rates und der Präsidenten Zentralasiens abgehalten. Der Gipfel gab ein Resümee zum bisherigen Verlauf der Beziehungen. Die Teilnehmer hoben die Institutionalisierung der Beziehungen durch „die Arbeit der bestehenden Plattformen“ hervor. Positive Bewertungen wurden zur Zusammenarbeit in Grenzmanagement und Sicherheit im weitesten Sinne gegeben. Die Staatsoberhäupter Zentralasiens begrüßten den Dialog über Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Geschlechtergleichstellung, verloren aber kein Wort über den Demokratie-Dialog. Ansonsten war der Gipfel durch Statements, Bereitschaftserklärungen und Interessenbekundungen gekennzeichnet. Im Resultat des Gipfels wurden eine Reihe

⁶⁴ Vgl. <http://www.consilium.europa.eu/media/39778/st10221-en19.pdf> (Zugr.: 05/2024).

⁶⁵ „Außenpolitik der neuen EU-Kommission“, <http://www.deutschlandfunk.de/ auenpolitik-der-neuen-eu-kommission-von-der-leyen-will-100.html> (Zugriff: 05/2024).

hochrangiger Konferenzen über Umwelt-/Wasserressourcen, zur Konnektivität, zur Zivilgesellschaft usw. durchgeführt. Auf besondere Resonanz stieß das Zweite Wirtschaftsforum EU-Zentralasien im Mai 2023 in Almaty. Die EU hatte im Vorfeld diverse Studien zur nachhaltigen Konnektivität zwischen Europa und Asien anfertigen lassen, die an der geographischen Ausrichtung der Konnektivität keinen Zweifel aufkommen ließen.

Das zweite Gipfeltreffen fand am 2. Juni 2023 im kirgisischen Cholpon-Ata statt. Die Teilnehmer verabredeten, beim nächsten Ministertreffen den Fahrplan für die Zusammenarbeit EU-Zentralasien zu verabschieden. Die Erklärung zum Gipfeltreffen machte deutlich, dass die EU sich zunehmend mit ihren Ansichten zu „universellen Werten“, Demokratie, verantwortungsvoller Regierungsführung durchzusetzen begann, zumal sie diese Faktoren auch als Voraussetzungen für die Zusammenarbeit definierte. Im Zusammenhang mit dem Ausbau von Handel und Investitionen wurde ein Dialog zu den Sanktionsregelungen der EU angemahnt. Auch dieser Gipfel zeichnete sich nicht dadurch aus, dass konkrete Maßnahmen verabschiedet wurden. Wenige Tage nach dem Gipfeltreffen fand am 13. Juni 2023 die 10. Dialogrunde zu Politik und Sicherheit auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister in Astana statt. Die Teilnehmer konstatierten die Auswirkungen des Ukraine-Konfliktes und der negativen Entwicklungen in Afghanistan. Es wurde vereinbart, den Dialog und die Zusammenarbeit zu Sicherheitsfragen zu intensivieren. Dieser Themenkomplex sollte beim nächsten Treffen der Außenminister prioritär behandelt werden.

Am 29. Sep. 2023 empfing der deutsche Bundeskanzler die Staatschefs Zentralasiens in Berlin zu einem Gipfeltreffen. Die Teilnehmer unterstrichen „die Bedeutung der bilateralen Handels- und Investitionszusammenarbeit“ und die Wichtigkeit eines günstigen wirtschaftlichen Umfeldes, in dem Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Eigentumsrechten und einer unabhängigen Justiz eine besondere Bedeutung zukommt. Sie sprachen sich für die Weiterentwicklung des „mittleren Korridors“ (TITR) und „die Erschließung von Finanzierungsquellen für Infrastrukturprojekte im Rahmen der Global Gateway-Initiative“ aus. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hatte einen den Staatschefs vorliegenden Be-

richt „über nachhaltige Transportwege zwischen Europa und Zentralasien, in dem das zentrale transkaspische Netz als nachhaltiges Verkehrsnetz benannt wurde“, verfasst. Die Teilnehmer begrüßten diesen Bericht.⁶⁶

Das *Gemeinsame Communiqué* des 19. Außenministertreffens EU-Zentralasien, das am 23. Okt. 2023 in Luxemburg stattfand, betonte das gemeinsame Engagement für die Fortsetzung der strategischen Partnerschaft, die „auf gemeinsamen Werten und gegenseitigen Interessen“ beruhe. Die Außenminister bekräftigten „die Relevanz der EU-Strategie für Zentralasien“ und billigten den „Gemeinsamen Fahrplan für die Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien“. Die Außenminister hoben die geostrategische Rolle von Handel und Investitionen hervor und konstatierten, „dass sich die Förderung von Demokratisierung, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit unmittelbar positiv auf das Vertrauen in das Handels- und Investitionsklima in der Region auswirkt.“⁶⁷ Sie einigten sich auf die Stärkung nachhaltiger Lieferketten und den Ausbau der Zusammenarbeit bei Investitionen und kritischen Rohstoffen. Die Zusammenarbeit bei der nachhaltigen Konnektivität in Handel, Verkehr, Energie und Digitaltechnik usw. soll intensiviert und die Interkonnektivität des regionalen Stromnetzes und die Energieeffizienz verbessert werden.⁶⁸ – Indessen nahm die EU eine erste Bewertung der Wirkung der EU-Strategie für Zentralasien vor. Sie registrierte im geographischen Großraum neben dem „illegalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der Übernahme Afghanistans durch die Taliban und der immer aggressiveren Außenpolitik Chinas“ eine gewachsene Instabilität im zentralasiatischen Raum, konkret in Kasachstan, Tadschikistan, Usbekistan und an der kirgisisch-tadschikischen Grenze. Da Zentralasien für die EU als von strategischem Interesse betrachtet wurde, wuchs die Bedeutung von Sicherheit, Konnektivität, Energie- und Ressourcendiversi-

⁶⁶ „Gemeinsame Erklärung der Staatschefs Zentralasiens und des Bundeskanzlers der BRD“, http://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/2226662/63_a570a73d143bdf5f781a7685fe2173/2023-09-29-z5-erklaerung-data.pdf (Zugriff: 05/2024).

⁶⁷ „Joint Communiqué of the 19th European Union-Central Asia Ministerial Meeting“, <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/23/jointcommuniqué-of-the-19th-european-union-central-asia-ministerial-meeting-23-october-2023-luxembourg/> (Zugriff: 05/2024).

⁶⁸ Ebd.

fizierung in der Region erheblich. Die EU sah die Notwendigkeit, die Handelsrouten durch Zentralasien unter Umgehung Russlands festzulegen. Im Bericht wurde die Notwendigkeit einer „aktiveren Präsenz der demokratischen EU in der Region als Alternative zu etablierten autokratischen Akteuren“ betont.⁶⁹ Dieser unterstrich auch die Bedeutung der transatlantischen Zusammenarbeit in Zentralasien und forderte „die EU auf, die Initiative zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie für Zentralasien mit den Vereinigten Staaten zu ergreifen, die eine Zusammenarbeit in den Bereichen Demokratieförderung, Investitionen und Handel, Wirtschaft und regionale Sicherheit umfassen sollte.“⁷⁰

Schlussbemerkung

Als Russland und das Vereinigte Königreich während des 19. und 20. Jahrhunderts im „Great Game“ um die Vorherrschaft in Zentralasien kämpften, waren die Kräfteverhältnisse noch recht übersichtlich. Im Grunde gab es nur zwei Akteure. Im „Neuen Great Game“, das heute in Zentralasien ausgefochten wird, fällt es mitunter schwer, das Interplay der Akteure und ihre konkreten Ziele genau zu bestimmen. Konstruktive Kräfte ringen mit destruktiven Kräften. Die „Supermacht“ und alle Großmächte sind vertreten, auch die Europäische Union, die zwar ein großer Player ist, jedoch selbst über keine Souveränität verfügt. Manche Staaten wie die Türkei agieren auch als Einzelakteure, und dies trotz ihrer Einbindungen in bestimmte Bündnisse etc. Fast alle Mächte und Kräfte bedienen sich einer intensiven Diplomatie und sämtlicher hybrider Methoden, um ans Ziel zu gelangen. Noch gibt es keine Stellvertreterkriege (dies ist vielleicht nur eine Frage der Zeit), jedoch diverse Stellvertreterspiele, so z.B. im gesamten Südkaukasus. Welche Rolle könnte demnächst das Afghanistan der Taliban in einer Region spielen, in der die Islamisierungstendenzen ohnehin nicht zu übersehen sind? Als die Sowjetunion in Afghanistan einmarschierte, tappte sie in eine von Brzezinski erdachte Falle, woran mancher heute denken sollte,

⁶⁹ Committee on Foreign Affairs: „Report on the EU strategy on Central Asia“, http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2023-0407_EN.html (Zugriff: 05/2024).

⁷⁰ Ebd.

wenn er seine Karten neu mischt. Die Regeln des politischen Spiels sind nach dem russischen Angriff auf die Ukraine rauer und raffinierter zugleich geworden, auch und gerade in der zentralasiatischen Region, wo durch die „Ablenkung“ Russlands ein Vakuum entstanden war, das es schnell zu besetzen galt. Auch der eskalierende Nahost-Konflikt scheint erste Wirkungen auf die Region zu haben. Mancher überlegt, seine Logistikketten in Nahost umzustrukturieren und nimmt dabei Zentralasien in den Fokus.

Die zentralasiatischen Staaten sind in dieser komplizierten Situation dabei, sich Handlungsspielräume zu erschließen, die über die Wirkungen ihrer bisherigen multivektoralen Außenpolitik hinausgehen. Die Einberufung des Konsultativgipfels der zentralasiatischen Staatschefs, der sich inzwischen zum regelmäßigen Format der Zusammenarbeit in der Region entwickelt hat, legte für die zentralasiatischen Staaten den Grundstein dafür, sich stärker noch an nationalen Interessen zu orientieren. Die fünf Staatschefs schlossen am 21. Juli 2022 im kirgisischen Cholpon-Ata einen *Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit für die Entwicklung Zentralasiens im 21. Jahrhundert* ab, in dem sie ihre Konsultativgipfel als eine grundlegende Plattform für die Interaktion zwischen den Vertragsparteien bezeichneten. Kasachstans Präsident K.-J. Tokaev machte im Juli 2022 den geographischen Nachbarn Russland und China den Vorschlag, an den Konsultativtreffen als geladene Gäste ständig teilzunehmen. Im Vertrag selbst wird der staatlichen Sicherheit höchste Priorität eingeräumt. Die Vertragsstaaten sichern einander „volle Unterstützung und gegenseitigen Beistand bei der Abwehr von Gefahren für ihre Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit“ zu.⁷¹ Im Artikel 6 heißt es:

Die Vertragsparteien bekräftigen ihre feste Zusage, in ihren zwischenstaatlichen Beziehungen auf die Anwendung von Gewalt oder die Androhung von Gewalt zu verzichten; sie verpflichten sich, weder militärischen Bündnissen, Blöcken oder anderen gegen die Vertragsparteien gerichteten Staatenvereinigungen beizutreten noch sich an gegen eine der Vertragsparteien gerichteten Aktionen zu beteiligen. [...] Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Nutzung ihres Hoheitsgebietes, ihrer Kommunikationssysteme und sonstiger Infrastruktur

⁷¹ <http://adilet.zan.kz/rus/docs/P2200000507#13> (Zugriff: 05/2024).

*durch Drittstaaten zum Nachteil der staatlichen Souveränität, der Sicherheit, der Stabilität, der verfassungsmäßigen Ordnung und der territorialen Integrität einer der anderen Vertragsparteien nicht zuzulassen.*⁷²

Die Staaten vereinbarten, für Frieden und Sicherheit in Zentralasien und „in Fragen von gemeinsamem Interesse“ im militärischen und militär-technischen Bereich zusammenzuarbeiten. Sie werden nach außen zu Fragen des Friedens und der Sicherheit Zentralasiens gemeinsam vereinbarte Standpunkte vertreten. Sie vertiefen ihre „Zusammenarbeit bei der Bekämpfung neuer Herausforderungen und Bedrohungen der Sicherheit, einschließlich Terrorismus, Extremismus und Separatismus.“⁷³ In der wirtschaftlichen Zusammenarbeit spielt die Förderung der weiteren Entwicklung des Transit- und Verkehrspotenzials der Region eine wichtige Rolle. Dazu gehören 1. die umfassende Nutzung bestehender und die Schaffung neuer Schienen-, Straßen-, Luft- und Wasserwege und die Vereinfachung der Verwaltungsverfahren im grenzüberschreitenden Verkehr, 2. der Aufbau eines Netzes von Industrie-, Logistik- und Großhandelsvertriebszentren usw. Der Vertrag zeigt deutlich, dass man in Zentralasien verstanden hat, dass staatliche und regionale Sicherheit sowie die Funktion als Transportkorridor der Transkaspischen Internationalen Transportroute eine Einheit bilden, denn es gilt: ohne Sicherheit keine Transkaspische Transportroute. – Inzwischen sind Konturen erster Ergebnisse des Vertrages zu sehen. Kasachstan, Kirgisien und Usbekistan haben ihre militärische Zusammenarbeit zu Anfang 2024 auf entsprechende Grundlagen gelegt. Man redet inzwischen von der Truppenentsendung des Verbündeten im Gefahrenfall, wie z.B. beim Einfall größerer Gruppen militärischer Kräfte aus Afghanistan. Vor allem Kasachstan und Usbekistan sind inzwischen dabei, im Südkaukasus die Transportlogistik mit Eigeninitiative zu entwickeln.

Neue Partner bieten Zentralasien vorher nicht denkbare Perspektiven. 2022 wurde der strategische Dialog „Zentralasien-Golf-Kooperationsrat“ ins Leben gerufen, dem 2023 ein Gipfeltreffen in Jeddah folgte. Die nächste Runde des Dialogforums fand im April 2024 im usbekischen Taschkent statt. Katar und Usbekistan vereinbarten, Beziehungen auf der Ebene einer

⁷² Ebd.

⁷³ Ebd.

strategischen Partnerschaft herzustellen. Im Mai kommenden Jahres wird das erste Investorenforum zwischen dem Golf-Kooperationsrat und Zentralasien stattfinden. Auch die Türkei intensivierte als immer agilere Regionalmacht alle ihre Aktivitäten in Zentralasien. Als Motor der 2011 gegründeten Organisation Türkischer Staaten ist sie mit ihren Visionen zur „türkischen Welt“ – einem Gegenkonzept zur „russischen Welt“? – bei den Turkstaaten Zentralasiens auf erhebliche Resonanz gestoßen. Das Islam-Modell der Türkei sehen zentralasiatische Eliten als moderat und akzeptabel. Mancher in Zentralasien empfindet Sympathie für die Vorstellung, dass ein türkischer Kulturraum mit starker Interaktion in Transport und Logistik entstehen könnte. Der Einfluss der Türkei und der Organisation Türkischer Staaten wird wesentlich vom Nachfolger Erdogans und seiner Politik abhängen.

Der kontinentale Weg der Neuen Seidenstraße Chinas führt über die Transkaspische Transportroute. Da die deutsche und die chinesische Wirtschaft eng verflochten und die beiden Märkte voneinander abhängig sind, haben sowohl China als auch Deutschland ein großes Interesse an einem stabilen, sicheren Zentralasien. Die Transitregion Zentralasien kann erheblich zur Resilienz beider Staaten, aber auch Zentralasiens beitragen. Beim China-Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz am 16. April 2024 bekannten sich beide Seiten zu einer multilateralen regelbasierten Ordnung in der Welthandelsorganisation. Präsident Xi Jinping äußerte während des Besuches:

*In der vergangenen Dekade gab es eine Reihe von großen Veränderungen in der Weltlage. Aber das bilaterale Verhältnis hat sich immer stabil gehalten. (...) Die Risiken, vor denen die ganze Menschheit steht, nehmen zu. Um diese Fragen zu lösen, ist es unabdingbar, dass zwischen den Großmächten die Kooperation die Oberhand gewinnt. [...] Eine gute stabile Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen uns beiden geht weit über die bilaterale Dimension hinaus. Sie werden nicht nur auf den gesamten eurasischen Kontinent, sondern auf die ganze Welt großen Einfluss ausüben.*⁷⁴

⁷⁴ „Pressestatements von Bundeskanzler Olaf Scholz und Staatspräsident Xi Jinping am 16.04.2024“, <http://www.bundestkanzler.de/bk-de/aktuelles/pressestatements-von-bundestkanzler-olaf-scholz-und-staatspraesident-xi-jinping-am-16-april-2024-2271328> (Zugriff: 05/2024).

Präsident Xi Jinping und Premierminister Li Qiang erwähnten in ihren Statements mehrfach „Eurasien“. Womit wir wieder bei Brzezinski und der Geopolitik angekommen sind.

Das Tarim-Becken – Chinas Achillesferse im geopolitischen Kontext

Klima und Siedlungsgeschichte

Das Tarim-Becken, seit über zweitausend Jahren ein Territorium am Rande der chinesischen Welt und mit dieser eng verbunden, hat in seinen Oasen am nördlichen und südlichen Saum der Taklamakan-Wüste seit jeher eine Vielfalt von Kulturen ausgeprägt.¹ Mit seinem Netzwerk von Oasenstädten bildet es den zentralen Abschnitt der historischen Seidenstraße und damit den Schnittpunkt der Wanderung und Begegnung der Völker Eurasiens. Es war seit der Reichsbildung unter dem ersten Kaiser von China um 200 v. Chr. der wichtigste Korridor zum Austausch Chinas mit dem Westen.² Diese Orte, zumeist blühende Städte, haben, seit die Welt enger zusammengerückt ist, in der historischen Forschung neue Beachtung gefunden, besonders intensiv seit den von Europa ausgehenden Zentralasienexpeditionen im ausgehenden 19. und im frühen 20. Jahrhundert.

Erdgeschichtlich ist das Tarim-Becken eine Folge der durch das Aufeinandertreffen der indischen und der eurasischen Platte freigesetzten tektonischen Kräfte, die zur Bildung der Taklamakan-Wüste und gleichzeitig zu den das Tarim-Becken umgebenden Oasen führten, die vom Schmelzwasser aus umliegenden schneebedeckten Hochgebirgen leben, welche im Norden und im Süden in westöstlicher Richtung dieses Becken einrahmen. Die so entlang dieser Oasenketten sich bildenden Handelswege haben im Zuge

¹ Dass sich Oasen weltweit betrachtet ausdehnen, liegt an Xinjiang, wo 95 Prozent der Menschen in Oasen leben. Denn dort gelang es in den letzten Jahren, immer größere Wüstengebiete fruchtbar zu machen, etwa durch Bewässerung mit Grundwasser. Damit verbunden war eine beispiellose Expansion der Oasenstädte. Doch ob diese Entwicklung nachhaltig ist, wird selbst von chinesischen Wissenschaftlern bezweifelt, wie von Dongwei Gui von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften. Die Gefahr weiterer Wüstenbildung bleibt aktuell; siehe Eichhorn 2024 sowie eine Fülle von Einträgen im Internet zu den Stichworten „oasification“, „desertification“ und „oasis protection system“.

² Auch die sprachwissenschaftliche historische Namensforschung hat hier ein breites Feld gefunden; vgl. beispielsweise jüngst Dragoni 2023. Die Dunhuang-Forschung ist durch das International Dunhuang Project IDP mit Sitz in der British Library zuletzt intensiviert worden: <http://idp.bl.uk>

einer erneuten Globalisierung im 19. Jahrhundert zur Prägung des Begriffs der Seidenstraße bzw. der Seidenstraßen und dessen Verwendung für den seit Jahrtausenden stattfindenden Austausch von Gütern aller Art geführt. Tatsächlich ist das Tarim-Becken gewissermaßen das Herzstück der kontinentalen Seidenstraßen. Zur Besiedlung schreibt der Turkologe und Spezialist für die Geschichte und Kultur der altaischen Völker Peter Zieme³, wobei die Beziehung zwischen den damaligen und den heutigen Uiguren nicht eindeutig geklärt ist:

„Unter den alttürkischen Völkern Zentralasiens waren es die Uiguren, die als erste ganz und gar zu einer sesshaften Lebensweise übergingen, als sie nach der Zerschlagung ihres mächtigen Steppenreiches auf dem Territorium der Mongolei durch die Kirgisen vom Jahre 840 an neue Siedlungsräume in der Turfan-Oase und im Gansu-Korridor einnahmen.“⁴

Die frühe Siedlungsgeschichte charakterisiert Zieme folgendermaßen:

Hier und in den anderen Oasen des Tarim-Beckens bestanden schon seit den Jahrhunderten vor der Zeitrechnung kleinere Staaten, die überwiegend von indoeuropäischen Völkern wie den Tocharern, den Saken oder den Sogdern bewohnt waren. Wo immer Staaten im Tarim-Gebiet entstanden, waren sie um die Oasen zentriert, wo die Bevölkerung im allgemeinen Land- und Gartenwirtschaft betrieb, für die der Bau und die Instandhaltung von Bewässerungsanlagen die wesentlichste Voraussetzung des Bestehens waren. Jede Vernachlässigung der Anlagen zog zwangsläufig die Austrocknung und Zerstörung des Kulturlandes nach sich. Neben der sicher erst seit der Mitte des 6. Jahrhunderts unserer Zeitrechnung nachweisbaren Türkisierung, als deren letzte Stufe das massenhafte Vordringen der uigurischen Stämme anzusehen ist, wurde die Entwicklung der Tarim-Staaten oft in entscheidendem Maße vom jeweiligen Grad der chinesischen Machtentfaltung in diesen von den Chinesen als »Westlande« betrachteten Gebieten bestimmt.⁵

Ähnlich klingt die Charakterisierung jener Gegend durch Baymirza Hayit, der Turkestan 1962 zu einem „Eckpfeiler Europas und Asiens“ erklärt, das als „eines der ältesten Kulturländer der Erde“ „seit Jahrhunderten im Mittel-

³ Zieme 1992.

⁴ Hier verweist Zieme auf Arbeiten von Annemarie von Gabain.

⁵ Zieme 1992, 9f.

punkt der Weltpolitik“ stehe.⁶ Tatsächlich sind insbesondere die Oasen an den Rändern des Tarimbeckens von kulturgeschichtlich zentraler Bedeutung, auch weil dort aufgrund des ariden Klimas zahlreiche schriftliche Zeugnisse, darunter solche zum Manichäismus, erhalten geblieben sind.⁷ Verständlicherweise wurde das Tarim-Becken zum Gegenstand der Beherrschungsinteressen von vielen Seiten. Dabei und insbesondere in der Propaganda spielten früh schon religiöse und kulturelle Zuschreibungen und Aspekte eine Rolle.⁸

Chinas Außengrenzen und der Turkestan-Diskurs

Das seit 1949 schrittweise in den Herrschaftsbereich der neu ausgerufenen Volksrepublik China integrierte und 1955 als „Uigurisches Autonomes Gebiet Xinjiang“ (新疆維吾爾自治區/新疆维吾尔自治区, *Xīnjiāng Wéiwú'ěr zìzhìqū*, engl.: *Xinjiang Uyghur Autonomous Region*) konstituierte Gebiet mit dem Tarim Becken im Zentrum war lange zuvor und ist weiterhin umstrittenes Gebiet. Der Historiker darf hierzu etwas Abstand nehmen. Dabei hilft, von jenem Gebiet, welches früher auch Chinesisch Turkestan oder Ostturkestan genannt wurde, als vom Tarim-Becken zu sprechen. Mit der vergleichsweise späten Etablierung und Konsolidierung der Volksrepublik in den heutigen Grenzen, Taiwan eingeschlossen, sind viele Fragen noch ungelöst geblieben. Über den Grenzverlauf waren sich sowohl Tschiang Kai-shek als auch Mao Zedong und ihre jeweiligen Parteien einig, und Chinas Außengrenzen schienen einvernehmlich bestimmt zu sein, wenn man einmal von strittigen Inseln im Süd- und Ostchinesischen Meer und dem kon-

⁶ Hayit 1962, 205.

⁷ Zum Manichäismus siehe Schmidt-Glintzer 1987 u. ders. 1987a.

⁸ Seit der Ausbreitung des Islam wurde seine Vereinbarkeit mit weltlicher Herrschaft zu einem Thema, in dramatisierter Weise jedoch erst seit Ausbildung der modernen Nationalstaatlichkeit. Einen Überblick über den Islam in China gibt Leslie 1986. Für die Debatte allgemein wichtig sind anthropologische Studien, wie die von Dru C. Gladney, und rechtssystematische Überlegungen wie jene von Janne Mende. Siehe Gladney 1991 und ders. 2004 sowie, allgemein zur Frage der Beziehung von Kultur und Menschenrecht, Mende 2015. Schon seit langem gibt es Versuche, eine grundlegende Unvereinbarkeit zwischen Islam und chinesischer Staatlichkeit zu behaupten; vgl. Israeli 1980 und die Rezension von Schmidt-Glintzer 1981 sowie ferner Drewes 2016.

kreten Grenzverlauf zu Indien sowie zu Russland am Amur absieht. Inzwischen aber scheint diese Gewissheit anerkannter Außengrenzen sich wieder aufzulösen. Dabei spielt neben Taiwan das Tarim-Becken in den öffentlichen Debatten eine herausragende Rolle.

Hierzu trägt bei, dass die weltweiten Erschütterungen und Irritationen der letzten Jahre, darunter die Covid-19-Pandemie, der Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine und der seit dem 7. Oktober 2023 neu aufgeflamnte Palästinenser-Konflikt, inzwischen sehr viel weitreichendere Machtverschiebungen im geopolitischen Kräfteverhältnis wieder für wahrscheinlicher halten lassen. Die Welt ist fragiler geworden und ganz Asien gewärtigt extreme Wetterereignisse, verbunden unter anderem mit einem veränderten Monsun, mit Migration, der Bildung von Mega-Städten und Ernährungskrisen und neuem Staatsversagen.⁹ Alte Spannungen werden geweckt, darunter eben auch an den Rändern Chinas, und neue Horizonte in den politisch-kulturellen Transformationsprozessen werden denkbar, wobei Erinnerungen an zurückliegende Beherrschungserfahrungen neue Sprengkraft entfalten. Der erfolgreichen Besiegung der Pocken in Xinjiang im Jahre 1958, um nur ein Beispiel zu nennen, war eine lange Geschichte von Maßnahmen wie Zwangsimpfungen vorausgegangen, welche bis in die Gegenwart zu Narben geführt haben.¹⁰

Ein Blick auf die Neubildung Chinas nach dem Kaiserreich muss solche Narben berücksichtigen, doch der Abstand zu den Ereignissen in China allein scheint nicht zu genügen, denn es gibt auch in den Augen der Betrachter eigene Optionen, nicht zuletzt in Europa, wo Reichs-, Staats- und Nationsbildungen und damit verbundene Säkularisierungsprozesse ganz unterschiedlicher Art stattgefunden haben, von dem bis heute verehrten Karl dem Großen bis hin zu den Nationsbildungen im Ausgang der Doppelmonarchie

⁹ Vgl. die eindrucksvolle Rede von Pasuk Phongpaichit 2024.

¹⁰ Siehe dazu Kind 2024. Das schwierige Miteinander von Chinesen und Uiguren am Ende der Kaiserzeit und die andauernden Versuche der Assimilierung thematisiert Eric Schluessel 2020. Zur Überwachungspraxis schreibt Schluessel: „It shows how the complex genealogy of modern government in Xinjiang owes a great deal to the regimes of surveillance and discipline that have emerged in the ‘liberal’ West.“ (Schluessel 2020, 221). Dabei verweist er auf Roberts 2018.

Österreich-Ungarn. Daher ist der Blick auf diese Vergangenheiten in den einzelnen Teilen Europas, aber auch in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, ganz unterschiedlich.¹¹

Bei den europäischen Debatten zu Zentralasien haben sich nach der Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 zudem die Perspektiven verschoben, was sich daran ablesen lässt, dass in dem 1956 erschienen Buch von Baymirza Hayit, *Turkestan im XX. Jahrhundert*, die „Übersichtskarte von Turkestan vor der russischen Eroberung“ im Osten das Tarim-Becken nicht einbezieht.¹² Wenige Jahre später, nachdem Baymirza Hayit Russland als die auch in Xinjiang weiterhin bestimmende politische Kraft identifiziert hat, vereinnahmt er auch Ostturkestan mit der Beschreibung

*„Das Land gehört nominell zum Chinesischen Reich. Praktisch aber herrschen hier die Sowjetrussen durch ihre einheimischen Vertrauensleute. [...] In der Sowjetunion bzw. in Taschkent werden mehr kommunistische Funktionäre für Ostturkestan ausgebildet als in China.“*¹³

Und er endet mit dem Appell:

*„Solange Rußland und China die Beherrscher dieses Landes bleiben, kann das Morgenland niemals in Sicherheit leben und auch das Abendland ist bedroht.“*¹⁴

In diese Rhetorik ist immer wieder eingestimmt worden, von Außenminister Gerhard Schröder, der am 16. Juni 1965 im Bundestag erklärte, dass die Bundesregierung „das Recht auf Freiheit, Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit nicht nur für das deutsche Volk, sondern auch für alle Völker der Welt fordert und zu verwirklichen sucht“, ¹⁵ eine Maxime, die manche deutsche Politiker in jenen Jahren auch für Südtirol gelten lassen wollten – die aber damals Gerhard Schröder vermutlich nicht auf die Uigurische Autonome Provinz Xinjiang bezog.

¹¹ Immer noch lesenswert: Albahari 2006.

¹² Hayit 1956.

¹³ Ders. 1962, 204.

¹⁴ Ebd., 206.

¹⁵ Zit.n. Hayit 1966, 38.

Die Erklärung des deutschen Bundesministers der Verteidigung Peter Struck zum Militäreinsatz in Afghanistan am 20. Dezember 2002 läutete dann eine neue Zeit ein. Er sagte:

„Unsere Überlegungen gehen von der Annahme aus, dass der Schwerpunkt der Aufgaben der Bundeswehr auf absehbare Zeit im multinationalen Einsatz und jenseits unserer Grenzen liegen wird. Die Verteidigung an den Grenzen unseres Landes ist glücklicherweise zu einer unwahrscheinlichen Option geworden“.

Getragen von der Überzeugung, dass „die Stabilisierung des Landes, die Festigung einer multiethnischen Regierung der nationalen Aussöhnung und die Schaffung von Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung und die gesellschaftliche Demokratisierung von zentraler Bedeutung (sind) für den Erfolg im Kampf gegen den internationalen Terrorismus“, erklärte er:

„Unsere herausragende Rolle für die Zukunft Afghanistans wird vom Vertrauen der afghanischen Bevölkerung und der afghanischen Regierung getragen. Das spürt jeder, der sich in Kabul ein Bild von der Situation macht.“¹⁶

Es folgt die Bemerkung, „dass unsere Sicherheit am Hindukusch verteidigt wird“. Zeitgemäße Verteidigung umfasse „die Verhütung von Konflikten und Krisen“, und diese umfasse „ebenso die Krisennachsorge und die Beteiligung am Wiederaufbau und am Nation Building. Moderne Sicherheitspolitik heißt multilaterale Sicherheitsvorsorge im Rahmen der Vereinten Nationen, der Nato, der Europäischen Union und der OSZE.“¹⁷

Ganz offensichtlich ist der „Internationale Terrorismus“ eine Erscheinung, welche ihrerseits chamäleonhaft gelegentlich, aber doch auch immer wieder in ein Heldentum umetikettiert wird. Dies muss die Wissenschaft ins Kalkül ziehen. Die Helden der einen gelten den anderen als Terroristen oder Kriegsverbrecher, während ein wissenschaftlicher Standpunkt aufgrund seiner Multiperspektivität sich hierzu auf Abstand hält.

Ein weiterer Aspekt tritt hinzu. Seit der Begriff der asymmetrischen Konflikte geläufig geworden ist und seit Kriege nicht mehr auf dem Felde, sondern von Ferne und aus der Luft geführt werden, sind neue Bewertungs-

¹⁶ Struck 2002.

¹⁷ Ebd.

herausforderungen aufgetreten. Schließlich hat sich die geopolitische Systemik verschoben. Auf Seiten der USA ist der „Pivot to Asia“ hinzugekommen, und man scheint fast gewärtigen zu sollen, dass die Existenz eines Unabhängigen Turkestan bald wieder zur bundesdeutschen Staatsraison erklärt wird. Positionierungen in der Vergangenheit lassen solche Wendungen möglich erscheinen, und daher ist ein Blick weiter zurück hilfreich.

Russlands Expansion an Chinas Grenzen und der Traum von einer weltumspannenden Menschheitsvereinigung

Über das Tarim-Becken und seine längere Vorgeschichte wird an anderer Stelle in diesem Band berichtet.¹⁸ Hier soll nur ein Blick auf die neuere Geschichte geworfen werden, auch die Geschichte der Bestrebungen zu einer autonomen Staatsgründung am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts soll nur gestreift werden. Das Mandschu-Reich hatte sich im 18. Jahrhundert insgesamt ausgedehnt.¹⁹ Mitte des 19. Jahrhunderts gingen ihm an den Nordgrenzen – wie auch in anderen Gegenden – Gebiete verloren, u.a. wegen des starken Einflusses des russischen Zarenreiches. General Zuo Zongtang hatte nach der Niederschlagung der Nian-Rebellion (1851-1868), jenes Aufstandes überwiegend verarmter Bauern im Gebiet nördlich des Huai-Flusses (Teil Shandongs, Henans, Jiangsus und Anhuis), seine Feldzüge nach Nordwesten fortgesetzt und Xinjiang zurückerobert. Bereits bei der Debatte des Jahres 1872, als es um die Frage ging, ob sich China auf seine 18 Provinzen beschränken oder auch die Randzonen, namentlich das Tarim-Becken, als Bestandteil des Reiches ansehen solle, bezog die Mehrheit den Standpunkt, dass diese Randzonen zur Bewahrung des eigentlichen China, d.h. der „18 Provinzen“, ein Teil Chinas sein sollten. Nach Beilegung der sogenannten Ili-Krise im Jahr 1881,²⁰ bei der übrigens auch

¹⁸ Siehe den Beitrag von Hans van Ess im vorliegenden Band.

¹⁹ Perdue 2005.

²⁰ Zur Vorgeschichte der Ili-Krise vgl. u.a. Chu 1966. Immer noch grundlegend: Hsü 1965. Zur Vorgeschichte der Ausdehnung Chinas unter der Mandschu-Dynastie siehe den wichtigen Beitrag von Mittag (2005). Er betont, dass „in der Qianlong-Ära, also in der

deutsche Diplomatie eine Rolle spielte, war das Tarim-Becken gleichwohl eine umkämpfte Zone im geopolitischen Machtpoker geblieben, wenngleich es seit 1884 den Status einer Provinz hatte und damit Teil der Staatlichkeit Chinas war. Diese Vorstellung eines China mit einem friedlichen Umfeld entsprach dann auch den Vorstellungen der Reformer von 1898, die von einer weltumspannenden Menschheitsvereinigung träumten, wie dies in jener Zeit vielerorts und auch bei revolutionären Bewegungen unter dem Einfluss des Marxismus-Leninismus zu finden war.

Dem Expansionsdrang Russlands nach Zentral- und Ostasien hatte China zwar im 17. Jahrhundert schließlich Einhalt geboten und das Amur-Gebiet im Vertrag von Nertschinsk (1689) zurückgewonnen und im 18. Jahrhundert weite Teile Innerasiens dem Mandschu-Reich einverleiben können, darunter 1759 auch das Tarim-Becken. Doch konnte dann wieder Russland im 19. Jahrhundert im Verein mit den europäischen Mächten die Schwäche Chinas ausnutzen und im Vertrag von Aigun (1858) und im Frieden von Peking (1860) die Abtretung nicht nur der Gebiete nördlich des Amur, sondern auch südlich davon gelegenen Territoriums sowie eines Küstenstreifens bis hin zur Grenze nach Korea erzwingen. Diese Ostexpansion Russlands wurde erst durch die aufsteigende neue asiatische Großmacht Japan gestoppt. Dieses hatte das zaristische Russland durch einen Angriff auf dessen vor Port Arthur liegende Pazifikflotte herausgefordert, ein Konflikt, der im Jahre 1905 nach dem Sieg Japans über Russland mit dem Frieden von Portsmouth beendet wurde. So war erstmals in der Neuzeit ein europäisches Reich durch eine asiatische Macht in seine Schranken gewiesen worden. Trotz mancher Regelungen von Grenzfragen, wie etwa im Vertrag von St. Petersburg 1881, der den Vertrag von Livadia von 1879 etwas revidierte

zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die Expansion Chinas mit der Eroberung der riesigen zentralasiatischen Gebiete eine völlig neue Dimension annahm.“ (Mittag 2005, 94) Er zitiert das Vorwort des Dichters Ji Yun zu dessen Gedichten aus Ürümqi, dass die Gedichte dazu beitragen sollten zu zeigen, „dass die majestätische Tugend des heiligen Kaisers so überströmend war, dass man Longsha [d.i. die nordwestlichen Grenzgebiete] und Congxue [d.i. Pamir u. Tianshan-Gebirge] an der äußersten Grenze erschloß.“ Mittag zitiert Ebner von Eschenbach 1992, 367. Zum Begriff der Expansion und zum umstrittenen Begriff der „Sinisierung“ sowie zur These von Laura Hostetler von der späten Kolonialmacht der Qing siehe Hostetler 2001, 73ff.

und durch den China das bereits erwähnte, 1871 von Russland besetzte Ili-Gebiet zurückerhielt, geriet China gegenüber den äußeren Mächten immer stärker in die Defensive. Mit der von den USA propagierten „Open Door Policy“ wurde schließlich erreicht, dass jede Macht in jedem Teil Chinas freie Hand hatte, gleichberechtigt mit anderen Mächten den eigenen Vorteil zu suchen. In China selbst kultivierten die jungen Intellektuellen, die Reformer und Erneuerer fortschrittliche Vorstellungen, die um einen universalistischen Menschheitsbegriff kreisten. Der junge Mao Zedong formulierte noch:

„Unsere Gefühle sollten universell sein; wir dürfen nicht nur diesen Ort und andere nicht lieben. Das ist eine Ebene. Zugleich sollten sich unsere Anstrengungen nicht auf China beschränken. Es müssen einige natürlich auch in China arbeiten, doch wichtiger ist das Engagement in der ganzen Welt. So sollten wir Russland helfen, seine soziale Revolution zu vollenden, Korea zur Unabhängigkeit verhelfen, Ländern in Südostasien zur Unabhängigkeit verhelfen, dazu beitragen, dass die Mongolei, Xinjiang, Tibet und Qinghai autonom werden und die Selbstbestimmung genießen.“²¹

Das europäische Zarenreich und später die Bolschewisten in Moskau dagegen verfolgten bei allem stets ihre eigenen Interessen, insbesondere im Hinblick auf die angrenzenden Gebiete Chinas. So paktierte Stalin bereits in den 1930er Jahren mit Sheng Shicai (1897-1970) in Xinjiang, war aber unzufrieden, weil dieser sich als „Provokateur oder hoffnungsloser ‚Linker‘“ geriere, so ließ er es den Generalkonsul Garegin Apresov (1890-1941) in Ürümqi am 27. Juli 1934 wissen.²² Auch direkt verhandelte Stalin mit Sheng Shicai über dessen Pläne zur Einführung des Kommunismus in Xinjiang, was Stalin mit dem Argument der ökonomischen Rückständigkeit Xinjians vehement ablehnte.²³ Der aus der Mandschurei stammende Sheng Shicai beherrschte von 1933 bis 1944 Xinjiang mit sowjetischer Unterstützung. So stationierte Moskau in Hami ein Truppenkontingent. 1938 wurde Sheng Shicai Mitglied der KPdSU. Um sich Xinjiang zu sichern,

²¹ Schram 1992-2005, Bd. I, 7.

²² Stalin 1934.

²³ WCA/121894.

ernannte die nationalistische Regierung unter Tschiang Kaishek 1941 ihrerseits Sheng Shicai zum Gouverneur von Xinjiang. Inzwischen hatte dieser aber mit der Sowjetunion einen Vertrag zur Ausbeutung der Zinnvorkommen abgeschlossen, datiert auf den 24. Nov. 1940. Wenige Jahre später, 1943, trat er dann aber doch der Guomindang bei und beteiligte sich an der Jagd auf Kommunisten. Er war es, der die Exekution von Maos Bruder Mao Zemin am 27. Sep. 1943 veranlasste. Am 11. Sep. 1944 verließ er Xinjiang und lebte hinfort in Moskau.

Als sich die in jener Zeit im Kernland erfolglose kommunistische Bewegung mit ihrem legendären Langen Marsch in die nördlichen Grenzregionen zurückzog, erwog Mao sogar, nach Xinjiang zu gehen, um dort leichter an russische Unterstützung zu gelangen. Auf dem Langen Marsch wurde, da Zhou Enlai ernsthaft erkrankt war, der Oberbefehl über die Rote Armee dann aber Zhang Guotao übertragen. Man wollte zunächst das Grenzgebiet zwischen Sichuan, Gansu und Shaanxi erreichen, wo ein Sowjetgebiet errichtet werden sollte, mit dem Ziel, nach Eroberung der drei Provinzen auch Xinjiang einzubeziehen.²⁴ Diese Wendung nach Westen aber unterblieb dann, vielleicht auch wegen der Stellung Sheng Shicais, deretwegen dieses Gebiet kein sicherer Hafen war, vor allem aber, weil sich Mao im Sommer 1935 nach Norden gegen die Invasion der Japaner stellen wollte, womit er sich ausdrücklich von seinem nach Sichuan gezogenen Rivalen Zhang Guotao absetzen konnte. Das Tarim-Becken blieb aber im Blick. Nicht zuletzt war die Republik China und nach 1949 die Volksrepublik ein Schlüsselpartner für die angrenzenden Länder, was sich etwa an den Bemühungen Englands und in der Folge Pakistans um eine Straßenverbindung zwischen Pakistan und dem Tarim-Becken zeigt. Noch 1943 war das Ziel Englands,

*„that Sinkiang remains in name and as far as possible in substance a part of China, in order thus to prevent or at least to delay the establishment of complete Russian control over it.“*²⁵

²⁴ Schram 1992-2005, Bd. V, 16f.

²⁵ Zit.n. Kreutzmann 2022, 13.

Entsprechend sensibel geht die Pekingener Regierung bis in die Gegenwart mit dieser Region um, wie eine Studie zu den offiziellen *Xinjiang White Paper* aus der Zeit zwischen 2003 und 2020 belegt, welche mit dem Satz schließt:

*„The frequency of ‘Xinjiang white papers’ further illuminates the region’s importance for the Chinese government under Xi Jinping. Moreover, their usage as a response to international criticisms tells us that Beijing remains sensitive regarding ‘losing its face’ and does not simply ignore them – at least not yet.”*²⁶

Die Minderheitenfrage

Während man noch auf dem Langen Marsch die Respektierung der Minderheiten propagiert hatte und diesen weitgehende Freiheiten hatte einräumen wollen, erläuterte der sowjetische Verhandlungsführer Mikojan in einem der Ende Januar, Anfang Februar 1949 nahezu täglichen chinesisch-russischen Gespräche am 4. Feb. die Haltung Moskaus, dass es nicht geboten sei, den Minderheiten Selbständigkeit einzuräumen und so territoriale Ansprüche aufzugeben. Allenfalls der Status der Autonomie sei vertretbar. Auf den Vorschlag Maos, die Innere und die Äußere Mongolei zu vereinen und zu einem Teil des neuen China werden zu lassen, wollte sich Mikojan nicht einlassen.²⁷ Zwei Tage später, am 6. Feb. 1949, kam dieser Punkt noch einmal im Zusammenhang der Nationalitäten-Frage auf die Tagesordnung. Es lag natürlich eine kleine Drohung in den Worten Mikojans, der darauf hinwies, dass die Führung der Äußeren Mongolei eine Vereinigung aller mongolischen Gebiete mit der Äußeren Mongolei anstrebe – und dass die Sowjetunion dies nicht befürworte, obwohl sie selbst bei einer solchen Lösung keine eigenen Nachteile hätte.²⁸ In der Minderheitenfrage saß also Moskau wieder einmal am längeren Hebel. Bis heute spielt Russland eine Schlüsselrolle für die Sicherheit der langen Grenze Chinas nach Nordwesten und Norden.

²⁶ Lavička 2022, 307.

²⁷ WCA/113318

²⁸ WCA/113352

Vor dem Hintergrund der Ansage Moskaus, wonach „allenfalls der Status der Autonomie“ vertretbar sei, waren sich in der Frage des Tarim-Beckens Russland und die Vertreter Chinas überraschend schnell einig, dass dies ein integraler Teil Chinas sei, auch wenn man erkenne, dass selbst ein Autonomiestatus nach Unabhängigkeit rufende Stimmen nicht zum Verstummen bringen werde. In Moskau war man sich des Unruhepotentials in der uigurischen Bevölkerung bewusst und wusste dies wenige Jahre später als Druckmittel gegen Peking zu nutzen. Mao schien sich vorrangig dafür zu interessieren, ob man dort Ölvorkommen vermute. Und tatsächlich machte ihn Stalin am 18. Juni 1949 darauf aufmerksam, dass Xinjiang schnell besetzt werden müsse, um dort die Förderung von Erdöl in die Wege zu leiten: „Ohne eigenes Erdöl wirst Du in Schwierigkeiten geraten.“²⁹ Auch bestehe die Gefahr, erklärte Stalin einer Delegation unter Leitung von Liu Shaoqi, dass England in der Region muslimische Widerstandskräfte aktiviere.³⁰

Am 15. Nov. 1949, so ein Bericht des russischen Botschafters, den er am 1. Dez. 1949 unter höchster Geheimhaltungsstufe an Stalin weitergab, hieß es, nach der Befreiung der Provinz Sichuan und Xinjiangs werde China Tibet angreifen. Im März des folgenden Jahres sei eine Invasion auf der Insel Hainan geplant, auf jene Insel, die Sun Yatsen noch zu verkaufen bereit gewesen war, die aber inzwischen eine strategisch herausgehobene Bedeutung hatte. Im Frühjahr 1950 werde eine Landung auf Formosa für den Sommer 1950 vorbereitet. Man sei sich aber sehr wohl bewusst, welche Opfer solche Operationen mit sich bringen könnten und werde dies berücksichtigen.³¹

Die Frage der Zugehörigkeit Taiwans zur VR China, lange Zeit unstrittig, ebenso wie die Thematisierung kultureller Eigenständigkeit der Minderheiten auf dem Gebiet der chinesischen Volksrepublik, hat in letzter Zeit verstärkt mediale Aufmerksamkeit gefunden.³² Hierzu trug nicht unwesentlich bei, dass im Zuge des Modernisierungsprozesses Fragen der kulturellen

²⁹ WCA/113379.

³⁰ WCA/113380.

³¹ WCA/117887.

³² Zur medialen Aufmerksamkeit siehe allgemein Alpermann 2023. Auf chinesischer Seite wird ein friedliches Bild gezeichnet, welches manche ausländische Besucher bestätigen: siehe Flounders 2023.

Identität in verschiedenen Regionen und nicht nur im Tarim-Becken neu gestellt und aus unterschiedlichen Perspektiven behandelt werden. Die Spannungen und Schwierigkeiten der Integration dieser Region in den allgemeinen Modernisierungsprozess Chinas, insbesondere die logistische Erschließung,³³ sind vielfältig beschrieben worden. Insbesondere die Ansiedlung von Han-Chinesen und deren Rolle im Entwicklungsprozess hat manche von einem „Han economic imperialism in Xinjiang“ sprechen lassen, der allerdings auch als Ausdruck von Sicherheitsinteressen verstanden werden müsse, zumal Xinjiang inzwischen eine solche zentrale Bedeutung für China erlangt hat, dass es alles daran setzen muss, die uneingeschränkte Kontrolle über diese Region zu sichern.³⁴ Noch in den 1950er Jahren besaß die Sowjetunion – in Chinas Augen immer ein europäisches Imperium – vertraglich zugesicherte und Chinas Souveränität einschränkende Sonderrechte in Xinjiang. Die Einfluss- und Mitbestimmungsansprüche europäischer Mächte in China reichen also bis in die Gegenwart.

Andererseits gilt für das Tarim-Becken wie für andere Randgebiete Chinas, dass deren neuere Geschichte selbstverständlich als Teil der Minderheitenpolitik der VR China mit ihren Erfolgen und Misserfolgen gesehen werden muss.³⁵ Diese Politik wird, wie der Umgang mit den Randgebieten, in China vielstimmig diskutiert und hat auch in der internationalen Forschung Beachtung gefunden. So steht der chinesische Staatsbildungs- und Modernisierungsprozess in diesen Regionen unter besonderer Beobachtung, wobei allgemeine Menschenrechtsdiskurse und unterschiedliche Auffassungen von kulturellen Menschenrechten ineinander verschränkt werden und rechtliche Positionen und geopolitische Interessen oft nur schwer gegeneinander abgegrenzt werden können.³⁶

³³ Siehe z.B. Joniak-Lüthi 2016.

³⁴ Bachmann 2004, 156f. Dort heißt es; “The PRC has invested so much in, and so much depends on, Xinjiang that the regime will do what it must to retain undisputed control over this vast region”; siehe auch Bovingdon 2004.

³⁵ Die Geschichte der Minderheitenpolitik, die auch in weiteren Beiträgen dieses Bandes angesprochen wird, kann hier nur angesprochen, nicht aber entfaltet werden. Siehe hierzu besonders den Beitrag von Thomas Heberer im vorliegenden Band.

³⁶ Beurteilungskriterien in Fragen von Autonomie u. kultureller Selbstbestimmung sind weltweit ungeklärt. International wird mit unterschiedlichen Standards argumentiert. – Die Debatte hat gerade erst begonnen; vgl. Mende 2015.

Auch wenn Xinjiang unstrittig integraler Teil der Volksrepublik China ist, stellen – schon wegen der Randlage – in der näheren Umgebung aktive und international vernetzte islamistische ebenso wie pantürkische Bewegungen eine ständige Herausforderung dar. Nachdem sich lange Zeit die Aufmerksamkeit international organisierter interessierter Gruppen überwiegend auf Tibet gerichtet hatte, hat sich inzwischen mit dem rapiden wirtschaftlichen Aufstieg und dem wachsenden internationalen Einfluss der VR China das Augenmerk auf andere Grenzgebiete Chinas, darunter Taiwan, Hongkong und nun auch in besonderer Weise Xinjiang gerichtet, verbunden mit dem Ansinnen, die Legitimität der Politik der VR China insgesamt zu hinterfragen.³⁷ Wie wirksam solche Diskurse sind, zeigt allein schon der Umstand, dass im Falle Taiwans das lange unstrittige Ein-China-Prinzip in Frage gestellt wird. Xinjiang ist also in besonderer Weise zur neuen Achillesferse der VR China geworden.

A New Great Game:

Neue Ordnungskonzepte und die Interessen Chinas

Die wechselvolle Geschichte dieser für China und Zentralasien, aber auch für Ost- und Südasiens wichtigen Kontaktzone war in den letzten Jahrhunderten als Folge der europäischen Weltbeherrschungsabsichten und der bis heute daraus folgenden Gier, sich die Welt und ihre Teile gefügig zu machen, zum Objekt des Westens geworden. Bis in die Gegenwart reicht diese Gier und Suche nach Kontrolle, die vom zaristischen und dann vom bolschewistischen Russland ebenso wie von England ausging und an der bald auch Japan und andere wie Deutschland ihren Anteil suchten. Die oben nur angedeutete Rolle der Region des Tarim-Beckens seit dem ausgehenden 19. und im 20. Jahrhundert zu kennen, im rivalisierenden Machtkampf zwischen England, Russland, Japan und China – lange Zeit vertreten durch die Nanjing-Regierung unter Tschiang Kaishek -, bei dem auch die Türkei eine Rolle spielte, erleichtert es, die heutige Empfindlichkeit Chinas in der Xinjiang-Frage zu verstehen. Ein solches Verständnis ermöglicht eine aufge-

³⁷ Die Anfänge einer kontinuierlichen Beobachtung der Publikationen zu Xinjiang liegen bereits länger zurück; siehe Hoppe 1987.

klärte Haltung und erlaubt es, über eine friedliche Modernisierung nachzudenken, ohne die Verwerfungen und Traumatisierungen der Vergangenheit zu vernachlässigen. Zwar schien dieser Konflikt aus deutscher Sicht im 20. Jahrhundert vergleichsweise fernzuliegen, kannte man doch lange Zeit nur die europäische Perspektive eines Sven Hedin³⁸; immerhin lieferte während des Zweiten Weltkrieges Walther Heissig einige Analysen und schlug vor, das „Gelbe Vorfeld“ in wehrpolitischen Überlegungen zu berücksichtigen³⁹. Inzwischen sind solche Überlegungen wieder aufgenommen worden und verbinden sich mit der „weaponization of human rights“ und Sanktionsmaßnahmen unter Rückgriff auf Extraterritorialität einfordernde Gesetze.

Zunächst gilt es festzustellen, dass das Tarim-Becken, das am Rande auch Teil des historischen Konfliktes zwischen Großbritannien und Russland war, des sogenannten „Great Game“ bis zum britischen Rückzug aus Indien 1947, inzwischen wieder von interessierten Kräften als illegitimes Herrschaftsgebiet chinesischer kommunistischer Herrschaft bezeichnet wird. Die heutigen geostrategischen Konflikte zwischen Russland, den USA, China und Indien werden daher gelegentlich auch als „New Great Game“ bezeichnet, in dessen Zusammenhang das Ringen um Randgebiete Chinas zu sehen ist – ein Ringen, an dem sich inzwischen auch China propagandistisch aktiv beteiligt.⁴⁰ Zunächst vor allem in den 1970er Jahren von Russland und dann auch von Exil-Uiguren befeuert, die bis heute mit großem Erfolg in westlichen Medien präsent sind,⁴¹ beherrscht dieser Propagandakrieg die Berichterstattung über China in hohem Maße.⁴² Aus der Vielfalt der Kultur- und Siedlungsgeschichte werden Geltungsansprüche

³⁸ Unter den zahlreichen Reiseberichten nenne ich hier nur den Bericht von 1905 von Gustav John Ramstedt 1978.

³⁹ Heissig 1941. Zu Walther Heissig und zur Zentralasienforschung in Deutschland siehe auch Walravens 2012. – Die Geschichtswissenschaft hat sich in den 1970er Jahren dieser Seite verstärkt zugewendet. Bezogen auf Xinjiang sind folgende Beiträge in der *Cambridge History of China* einschlägig: Fletcher 1978 u. Fletcher 1978a sowie Liu/Smith 1980.

⁴⁰ Alpermann 2023.

⁴¹ Auf der Hauptversammlung der Volkswagen AG trat am 10 Mai 2023 Haiyuer Kuerban als Vertreter des Weltkongresses der Uiguren auf. Siehe Kuerban 2023.

⁴² Siehe dazu den Beitrag von Hauke Neddermann im vorl. Band.

abgeleitet, die sich seit dem 19. Jahrhundert verstärkt artikulieren, in neuer Zeit vor allem im Kontext der geostrategischen Spannungen zwischen den USA und China. Dabei werden vor allem die in der nachholenden Modernisierung in China sich besonders rasch ausprägenden digitalen Steuerungs- und Überwachungstechniken als Teil eines Unterdrückungsregimes gedeutet, während die chinesische Seite sie als Reaktion auf die seit den im Juli 2009 verstärkt ausgebrochenen interethnischen Konflikten versteht.

Diese neue, nicht zuletzt in den USA befeuerte Positionierung gegenüber der VR China wird nur unter Berücksichtigung längerfristiger Politikkonzepte und politischer Interessenverfolgung verständlich. In Abwendung von Politikkonzepten des 19. Jahrhunderts haben sich die USA seit dem Ende der 1920er Jahre einem neuen Verständnis von der Rolle Amerikas in der Welt verpflichtet,⁴³ bei dem verbunden mit einem „American Dream“⁴⁴ den Vereinigten Staaten eine Sonderrolle („American Exceptionalism“) zugeschrieben wird.⁴⁵ Die sich zuletzt weiter verschärfende geopolitische Debatte bestimmt zunehmend die Wahrnehmung einzelner Diskursfelder. Die Kennzeichnungen Chinas als systemischer Rivale durch die EU spiegelt die zunehmende Durchsetzung US-amerikanischer Geltungsansprüche und die Abwehr chinesischer Mitbestimmungsansprüche auf internationaler Ebene bei anhaltender Hilflosigkeit Europas⁴⁶ und forciert eine Fortsetzung des „Great Game“ in Zentralasien, zumal sich der geopolitische Rahmen in den letzten drei Jahrzehnten dramatisch geändert hat⁴⁷ und im Westen der Zerfall der als Imperien betrachteten Reiche Russland und China erwartet wird. Gerade die Industrialisierung des Tarim-Beckens als Teil der seit einigen Jahren verfolgten Modernisierungsstrategie und die so eingeleitete Einbindung in globale Wertschöpfungs- und Lieferketten wird neuerdings unter

⁴³ Einen Wendepunkt stellt der Artikel vom 1. Juli 1928 von Franklin D. Roosevelt dar.

⁴⁴ Hierzu Hauhart/Sardoč 2022-2023.

⁴⁵ Siehe Depkat 2021.

⁴⁶ Lohmann 2019; zur Extraterritorialität vgl. auch Kurkin 2021.

⁴⁷ Daher sind auch solche Beschreibungen wie Schmidt-Glintzer 1997 heute nur noch historisch, auch wenn die Lektüre damaliger Analysen eine Folie für das Verständnis der Gegenwart bildet. Hervorgehoben sei hier Haghayeghi 1995. Die Geschichte des Umgangs mit Diversität in China ist bis heute Thema der Forschung in China selbst, worin sich auch die Sensibilität für diese Thematik spiegelt; siehe z.B. Liu 2022.

Anwendung des *Uyghur Forced Labor Prevention Act* konterkariert.⁴⁸ So kann jedes Engagement internationaler Firmen in China von Seiten der USA wirkungsvoll sanktioniert werden, die Beispiele VW und BASF zu Anfang des Jahres 2024 zeigen es. Je nach Opportunität kann der Anspruch aufstrebender Länder, wie im Falle Chinas, perhorresziert⁴⁹ und eine Weltordnung unter fortgesetzter Führerschaft des Westens befördert werden. Mittel sind das Augenmerk auf Multiethnizität, wie vom deutschen Verteidigungsminister Peter Struck adressiert, und die Potentiale neuer Identitätsdiskurse für Separationsbestrebungen.⁵⁰

Die Geschichte des Phänomens von Multiethnizität ist daher von besonderer Bedeutung für gegenwärtige politische Prozesse, in denen identitäre Positionen Konjunktur haben. Bezogen auf China ist daher die Kenntnis von Migration, Multikulturalität und Multiethnizität von zentraler Bedeutung. Dazu gehört die Tatsache, dass wir ohne chinesische Berichte und Quellen über jene heute diskutierten Oasengebiete an den Rändern des Tarim-Beckens sehr viel weniger wüssten und dass ohne chinesische kulturelle Überlieferung – etwa im Falle des tibetischen buddhistischen Kanons oder der *Geheimen Geschichte der Mongolen* – wir von vielen der schriftlichen Überlieferungen einzelner Völker keine Kenntnis mehr hätten. Es gilt also, an die unterschiedlichen Narrative zur Geschichte dieser Region und deren Verwobenheit mit der chinesischen Kultur ebenso zu erinnern wie an die Demütigungen, die China seit dem 19. Jahrhundert durch europäische Mächte, nicht zuletzt durch Russland, erlebte und die im Tarim-Becken eine eigene Geschichte hatten, wo Russland und England auf Kosten Chinas um Macht und Einfluss stritten.⁵¹ Zugleich sollte natürlich die wechselvolle Geschichte Chinas mit seinen Grenzländern bewusst bleiben.⁵²

⁴⁸ Siehe den *Uyghur Forced Labor Prevention Act*, 117th Congress v. 22. Dez. 2022.

⁴⁹ Andere Imperien wie das über lange Zeit zersplitterte Indien hingegen bleiben als nützliche Verbündete einstweilen von diesem Verdikt ausgenommen.

⁵⁰ Immer noch bedenkenswert Rösen 2004.

⁵¹ Jackson 1962; vgl. auch Hsü 1965, 4ff.

⁵² Siehe hierzu die in den vorangehenden Anmerkungen gegebenen Literaturhinweise.

Da die Situation im Tarim-Becken sich weiter verschiebt, sind in der gegenwärtigen Debatte auch Neuansätze zu vermerken, darunter ein mit dem Amtsantritt Ma Xingrui 馬興瑞 (Jg. 1959) als neuer Parteisekretär für das Uigurische Autonome Gebiet Xinjiang im Dezember 2021 erklärter pragmatischer Kurs („back to normal“) hin zu einem erfolgversprechenden Entwicklungspfad. Dabei sollen in der Vergangenheit insbesondere als Reaktionen auf separatistische und terroristische Aktivitäten erfolgte Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen durch eine zivile Entwicklungsförderung ersetzt werden. Bei Gesprächen vor Ort, welche von der Wissenschaft ebenso wie von sonst interessierten Akteuren geführt werden, gilt es, unter Berücksichtigung der persönlichen Interessen von Informanten, sich der von Peter Drucker vor bald fünfzig Jahren formulierten Einsicht bewusst zu bleiben: „Das wichtigste in einem Gespräch ist, zu hören, was nicht gesagt wurde!“⁵³ Davon hat sich die Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, der ich im Mai 2023 angehörte, leiten lassen. Es ist dies eine Haltung, die Hannah Arendt in ihrer Hamburger Lessingrede 1959 formulierte und die in vielem an Ideale erinnert, welche Revolutionäre wie Mao Zedong in ihrer Jugend hegten, dass das Gespräch

*„der gemeinsamen Welt gilt, die in einem ganz präzisen Sinne unmenschlich bleibt, wenn sie nicht dauernd von Menschen besprochen wird. Denn menschlich ist die Welt nicht schon darum, weil sie von Menschen hergestellt ist, [...], sondern erst, wenn sie Gegenstand des Gesprächs geworden ist. [...] Erst indem wir darüber sprechen, vermenschlichen wir, was in der Welt ist [...] und in diesem Sprechen lernen wir, menschlich zu sein.“*⁵⁴

Natürlich darf gelegentlich auch manches ungesagt bleiben, wie etwa die Bemerkung des Peking- Germanisten Huang Liaoyu 黃燎宇, der, gerade als unsere Wissenschaftlergruppe aus Kashgar kommend in Ürümqi die erste Nacht verbracht hatte, im *Berliner Tagesspiegel* zum Kurswechsel in der China-Politik der USA schrieb:

⁵³ Peter F. Drucker 1975, *The Practice of Management*. Mumbai: Allied Publishers.

⁵⁴ Zitiert bei Stölzl 2018, 39ff.

„Dass nicht Unterschiede in den Wertevorstellungen zu diesem Kurswechsel geführt haben, wird jedem bewusst, der einmal vernommen oder gelesen, was Barack Obama 2010 in einer Rede in Australien über China sagte: ‚Unser Planet würde es nicht ertragen, wenn über eine Milliarde Chinesen so lebten wie Australier und Amerikaner.‘“⁵⁵

Darüber wurde nicht gesprochen. Und doch stand die Einsicht im Hintergrund, dass ohne die Bereitschaft, diese Welt mit allen Menschen, vielleicht sogar mit allen Lebewesen zu teilen, jede Rede von Menschenrechten und geteilten Werten ins Leere geht.

Schlussbemerkung

Wer sich heute auf das Tarim-Becken – und damit: die Gegend des heutigen Xinjiang im Nordwesten Chinas – einlässt, wird schnell realisieren, dass dieser Teil der Welt in einer langen und vielfältigen Beziehungsgeschichte steht und nur aus dieser heraus verstanden werden kann. Auch wenn Xinjiang ein Teil Chinas ist, so bleibt das Tarim-Becken doch aufgrund seiner Lage zwischen dem in chinesischen Augen bereits weit westlich gelegenen Dunhuang (B: N 40/ L: O 94) und dem im „Fernen Westen“ gelegenen Kashgar 喀什 (B: N 40/ L: O 76) zunächst ein Korridor nach Zentralasien, besonders in die Nachbarländer Kasachstan, Kirgistan, Tadjikistan und Afghanistan. Es gilt damit als Herzstück der Seidenstraßen⁵⁶ der Vergangenheit und bildet einen wichtigen Teil der 2013 von Xi Jinping propagierten „Belt & Road“-Initiative. All die Oasen entlang der Südlichen sowie der Nördlichen Seidenstraße, darunter Aksu, Kucha, Turfan und Hami, bilden ein Netzwerk, das einen bedeutenden Korridor von Handel und Wandel in der Menschheitsgeschichte bildete. Diesen Siedlungsräumen, zwischen dem Kunlun-Gebirge und dem tibetischen Hochland im Süden und dem bis zu fast 8000 Meter aufsteigenden Tianshan nördlich des Tarim-Beckens und weiter im Nordosten dem Altai-Gebirge gelegen, in denen einst die Skythen ihre Zeichen setzten und wo heute wie bereits in früheren Jahrtausenden

⁵⁵ Huang 2023.

⁵⁶ Siehe die Autokarte Seidenstraßen 2000.

jeder Klimawandel prägende Folgen zeitigt,⁵⁷ galt die Aufmerksamkeit der Erkundungsreise, von der dieser wie die anderen Beiträge dieses Bandes ihren Ausgang nehmen. Hier haben sich Europa und Asien über Jahrtausende die Hände gereicht. Über diesen Korridor vor allem hat der Buddhismus über Gandhara seinen Weg in die Welt gefunden.⁵⁸ Hier haben, an den Lehren und Weisheiten aus dem Westen interessiert, die ersten chinesischen Pilger ihre Wege gesucht – so um das Jahr 400 n.Chr. der Mönch Faxian, der über Kashgar die 260 km bis Taxkorgan und dann, in heute pakistanisches Gebiet gelangend, weitere 390 km bis Gilgit an den Oberlauf des Indus reiste, um von dort die 661 km bis Peshawar hinter sich zu bringen und schließlich wieder südöstlich über Taxila nahe Rawalpindi bzw. Islamabad nach Indien bis in die Wirkungsstätten des Buddha am Unterlauf des Ganges zu ziehen.⁵⁹

Um zu einem möglichst unverzerrten Urteil über die Lage in dieser westlichsten Provinz Chinas zu gelangen gilt es all diese historischen Facetten mit in Rechnung zu stellen, ebenso wie die Dynamiken der Modernisierung der Gegenwart – auch weil in Europa, insbesondere in den Leitmedien, in diesem *New Great Game* zunehmend Partei bezogen wird. Trotz des in Europa vernehmbaren Bekenntnisses, sich der Kolonialzeit entledigen zu wollen, finden wir immer wieder Ansätze zu neuen Dominierungsversuchen. Als Europäer fühlen wir uns bestätigt, wenn Sören Urbansky aus dem in der Russischen Föderation liegenden Sibirien berichtet, dass „eine Integration der Region Nordostasien in weiter Ferne“ liege,⁶⁰ auch da es keinen Friedensvertrag zwischen Russland und Japan gibt. Viele der Menschen, denen er dort begegnete, so Urbansky, fühlten sich als „Europäer mitten in

⁵⁷ Zu Klimawandel im Altai siehe Reckel/Schatz 2022, 63. Die Ergebnisse der Feldforschungen von Johannes Reckel könnten zu etwas mehr Respekt und Demut gegenüber dieser Region beitragen; siehe Reckel 2024.

⁵⁸ Siehe Werning 2009.

⁵⁹ Siehe Falk 2021. – Eine nördliche Route südlich des Ysyk-kol über Bischkek und Samarkand und dann über Kabul und Peshawar nahm Xuanzang (600-664 n.Chr.), wie von dem Indologen und Linguisten Ji Xianlin (1911-2009) dokumentiert, der von 1935 bis 1945 in Göttingen bei Ernst Waldschmidt studiert hatte und dort 1941 promoviert worden war; siehe Ji 1985.

⁶⁰ Siehe Urbansky 2021, 351.

Asien“ und betrachteten den Begriff „Ferner Osten“ als „eine Art Orientalisierung“. ⁶¹ Und weiter schreibt er: „Die Menschen an beiden Ufern des Amur und darüber hinaus, sie haben sich ihre Nachbarn nicht ausgesucht“ ⁶². Diese eigentlich triviale Feststellung, weil sie fast für jeden Ort der Welt gilt, kann als Anstoß für ganz unterschiedliche Handlungsoptionen gelesen werden. Und darüber ist eine Verständigung unerlässlich.

Gerade aber vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit Ungleichen Verträgen in der Vergangenheit und angesichts weltweiter islamistischer und sonstiger fundamentalistischer Bewegungen entsteht die Gefahr neuer Willkür und der Abwendung von für gültig gehaltenen Regelungen und Vereinbarungen. Bei solcher neuer Optik wird jedes der Randgebiete Chinas ein mögliches Objekt des Versuchs einer kulturellen Neuordnung, weswegen manche in China auch den Begriff des „Greater China“ als einen Begriff zur Relativierung der Frage, was denn das eigentliche China sei, zurückweisen, etwa mit den Worten „China is great but not greater“ ⁶³. Dabei wird leicht übersehen, dass in China selbst eine lebhaft diskutierte Frage der Ränder Chinas im Gange ist. ⁶⁴ Stattdessen hat eine von außen herangetragene und z.T. aktiv separatistische Bewegung zu Reaktionen in China selbst geführt, in Xinjiang spätestens seit solche Neuordnungsbestrebungen eine erhebliche Dynamik bekommen haben, verstärkt durch den sowohl von Taiwan als auch von der VR China als separatistisch eingestuften „Uigurischen Weltkongress“ (World Uyghur Congress WUC) als Exilorganisation, dem es gelingt, die Aufmerksamkeit im Westen auf sich zu lenken.

Manche alte europäische Bezüge werden verständlicherweise als Argument für die Besonderheit der Kulturen Xinjiangs ins Feld geführt. Die Grabfunde am Rande des Tarim-Beckens mit „europäischen Mumien“ ⁶⁵ sind inzwischen zum Teil eines neuen Machtgerangels geworden. Offensichtlich sind bei manchen alte Träume zur Neuordnung Westchinas, wie sie Walther Heissig oder auch Wolf Schenke in den 1940er Jahren formuliert hatten,

⁶¹ Ebd. 350.

⁶² Ebd., 352.

⁶³ Metzger/Myers 1996, 104.

⁶⁴ Siehe etwa Ge 2023.

⁶⁵ Siehe den Wikipedia-Eintrag »Tarim mummies«.

nicht vergessen oder gar neu erblüht. Ungeachtet dessen muss über das Tarim-Becken, welches einen Teil Chinas darstellt und welches zur Besonderheit Chinas als Vielvölkerstaat beiträgt, wie prinzipiell über alle Teile der Welt schon allein deswegen auch jenseits chinesischer Staatsbildung und Staatsraison gesprochen werden können, weil alle Teile der Welt im Sinne Immanuel Kants Teil einer gemeinsamen Geschichte sind⁶⁶ und weil die Zukunft der Menschheit sich nicht von der Entwicklung einzelner Gebiete der Erde unabhängig denken lässt. In diesem Zusammenhang verstehen sich meine Beobachtungen und Erkenntnisse, die aus langjährigen Studien und nun auch bei einer Reise in das Uigurische Autonome Gebiet Xinjiang gewonnen wurden. Abschließend sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es auch in China selbst eine langandauernde Diskussion über politische Optionen gibt. Es ist ein Diskurs, an dem sich zu beteiligen jede ernsthafte wissenschaftliche Beschäftigung mit den Modernisierungsprozessen in China interessiert sein muss.

Literatur

Albahari, David (2006), „Die Angst des Serben vor Europa. Über die wirklichen und imaginären Grenzen eines wunderschönen Traums – ein Interview mit mir selbst“. *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 71 (25/26. März, Internat. Ausgabe), 28.

Alpermann, Björn, u. Michael Walzer (2023), „‘In Other News’: China’s International Media Strategy on Xinjiang – CGTN and New China TV on YouTube“. <http://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/00977004231169008> (Zugriff: 06/2024).

Autokarte Seidenstraßen, 1:3 Mio. (2000), Freytag & Berndt (Gizimap), Budapest/Wien, um 2000.

Bachmann, David (2004), „Making Xinjiang Safe for the Han? Contradictions and Ironies of Chinese Governance in China’s Northwest“. In: *Rossabi*, 155-185.

Bovingdon, Gardner (2004), „Heteronomy and Its Discontents: ‘Minzu Regional Autonomy’ in Xinjiang“. In: *Rossabi*, 117-154.

⁶⁶ Immanuel Kant, *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf von 1795*. Zweiter Abschnitt. Dritter Definitivartikel.

- Chu, Wen-djang (1966), *The Moslem Rebellion in Northwestern China 1862-1887. A Study of Minority Policy*. The Hague: Mouton.
- Depkat, Volker (2021), *American Exceptionalism*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Dragoni, Frederico (2023), “‘In the Tune of the King of Khotan’: The Name of Khotan in the Tarim Basin and Beyond”. *Journal of the American Oriental Society*, Vol. 143, No. 2, 289-308.
- Drewes, Frauke (2016), *Orientalisiert – kriminalisiert – propagiert? Die Position von Muslimen in Gesellschaft und Politik der Volksrepublik China heute*. Würzburg: Ergon.
- Ebner von Eschenbach, Sylvia (1992), „Die Gedichte des Chi Yün (1724-1805) als Quelle für die Landeskunde in Ostturkestan im 18. Jahrhundert“. *Oriens*, Nr. 33, 363-436.
- Eichhorn, Christoph von (2024), „Mehr Oasen trotz Dürren“. *Süddeutsche Zeitung*, 3. Mai 2024, 12.
- Falk, Harry (2021), “Faxian and Early Successors on Their Route from Dunhuang to Peshawar: In Search of the “Suspended Crossing”. *Bulletin of the Asia Institute*, Vol. 31, No.1, 1-48.
- Fletcher, Joseph (1978), “Ch’ing Inner Asia ca. 1800”. In: *Cambridge History of China*, Bd. 10/1. Cambridge: Cambridge Univ. Press, 35-106.
- Fletcher, Joseph (1978a), “The heyday of the Ch’ing order in Mongolia, Sinkiang and Tibet”. In: *Cambridge History of China*. Bd. 10/1, S. 351-408.
- Flounders, Sara (2023), “What I See in Xinjiang challenges US’ hostile propaganda against China”. *Global Times*, 17. Juni 2023. <http://www.globaltimes.cn/page/202306/1292740.shtml> (Zugriff: 06/2024)
- Ge Zhaoguang (2023), „Wann debattierte China darüber, was China ist?“. In: Daniel Leese u. Shi Ming 2023, 50-74.
- Gladney, Dru C. (1991), *Muslim Chinese. Ethnic Nationalism in the People’s Republic*, Cambridge, Ma.: Council on East Asian Studies, Harvard Univ. 1991.
- Ders. (2004), *Dislocating China. Muslims, Minorities, and Other Subaltern Subjects*. London: Hurst.
- Haghighayeghi, Mehrhad (1995), *Islam and Politics in Central Asia*. New York: St. Martins Pr.

- Hansen, Svend (Hrsg.; 2009), *Alexander der Große und die Öffnung der Welt. Asi-
ens Kulturen im Wandel*. Regensburg: Schnell + Steiner.
- Hauhart, Robert C., u. Mitja Sardoč (Hrsg.; 2022-23), *The Routledge Handbook on
the American Dream*, 2 Bde., New York: Routledge.
- Hayit, Baymirza (1956), *Turkestan im XX. Jahrhundert* (Forschungen zur neuen
Geschichte der Völker Osteuropas und Asiens, Bd. 1). Darmstadt: Leske.
- Ders. (1962), *Sowjetrussische Orientpolitik am Beispiel Turkestans*. Köln: Kiepen-
heuer & Witsch.
- Ders. (1966), *Die Türkvölker in der SU seit 1917* (Die Orientierung; achties Bei-
heft). Pfaffenhofen, Ilm: Iltgai-Verlag.
- Heissig, Walther (1941), *Das gelbe Vorfeld. Die Mobilisierung der chinesischen
Außenländer* (Schriften zur Wehrgeopolitik, Bd. 2). Heidelberg.
- Hoppe, Thomas (1987), *Xinjiang-Arbeitsbibliographie: Autonomes Gebiet Xinji-
ang der Uiguren*. Wiesbaden: Harrassowitz.
- Hostetler, Laura (2001), *Qing Colonial Enterprise. Ethnography and Cartography
in Early Modern China*. Chicago/London: Univ. of Chicago Press.
- Hsü, Immanuel C.Y. (1965), *The Ili Crisis. A Study of Sino-Russian Diplomacy
1871-1881*. Oxford: Oxford Univ. Pr.
- Huang, Liaoyu (2023), „Der Adler und der Drache: Plädoyer für die deutsch-chi-
nesische Freundschaft“. *Tagesspiegel*, 25.Mai 2023.
- Israeli, Raphael (1980), *Muslims in China. A Study in Cultural Confrontation*
(Scandinavian Institute for Asian Studies Monograph Series, Bd. 29). Lon-
don/Malmö: Curzon.
- Jackson, William A. Douglas (1962), *The Russo-Chinese Borderlands. Zone of
Peaceful Contact or Potential Conflict?* Princeton, N.J.: Van Nostrand.
- Ji Xianlin (1985), Neuausgabe des Reiseberichts *Da Tang Xuyuji* von Xuan
Zhuang: 季羨林校注, 大唐西域記校注. Peking: Zhonghua shuju.
- Joniak-Lüthi, Agnieszka (2016), „The Making of State Territory in Xinjiang: Ter-
ritorialization from Within and Without“. In: Altenburger, Roland, u. Esther Bent-
mann (Hrsg.), *Raum und Grenzen in den Chinastudien* (Jahrbuch der Deutschen
Vereinigung für Chinastudien, Bd. 10), Wiesbaden: Harrassowitz, 137-155.
- Kant, Immanuel (1795), *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf von
1795*. Zweiter Abschnitt, Dritter Definitivartikel.

- Kind, Kevin (2024), "Protecting the Musulman Children. Smallpox Epidemics, Chinese Medicine, and Vaccination Colonialism in Late Qing Turpan, 1800-1911". *The Journal of Asian Studies*, Vol. 83, No. 1 (Feb.), 62-87.
- Kreutzmann, Hermann (2022), „Passage to Kashgar. People, Roads, and Commodities“, in: Mirsultan et al. 2022, 1-18.
- Kuerban, Haiyuer (2023), „Rede auf der Hauptversammlung der Volkswagen AG“, 10. Mai 2023 <http://www.kritischeaktionaeare.de/volkswagen/im-direkten-umkreis-ihres-werkes-befinden-sich-mehr-als-20-internierungslager-rede-von-haiyuer-kuerban-weltkongress-der-uiguren/> (Zugriff: 05/2024)
- Kurkin, Claudia (2021), *Extraterritorialität. Eine Kategorie des transnationalen Rechts*. Tübingen: Mohr.
- Lavička, Martin (2022), "Uyghur Community Matters in Light of Governmental White Papers". In: Mirsultan et al. 2022, 295-310.
- Leese, Daniel, u. Shi Ming (Hrsg.; 2023), *Chinesisches Denken der Gegenwart. Schlüsseltexte zu Politik und Gesellschaft*. München: C.H.Beck.
- Leslie, Donald Daniel (1986), *Islam in Traditional China. A Short History to 1800*. Belconnen: Canberra College of Advanced Education.
- Liu, Haiwei (2022), "Following Their Own Customs. A Reexamination of Khubilai's 1280 Edict on Muslim Practices". *Journal of the American Oriental Society*, Vol. 142, No.4, 935-953.
- Liu, Kwang-ching, u. Richard J. Smith (1980), "The military challenge: the north-west and the cost". In: *Cambridge History of China*, Bd. 11/2. Cambridge: Cambridge Univ. Pr., 202-273.
- Lohmann, Sascha (2019), "Extraterritoriale US-Sanktionen". *SWP-Aktuell*, Nr. 31 (Mai 2019). <http://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2019A31-lom.pdf> (Zugriff: 06/2023)
- Mende, Janne (2015), *Kultur als Menschenrecht? Ambivalenzen kollektiver Rechtsforderungen*. Frankfurt/Main: Campus.
- Metzger, Thomas A., u. Ramon H. Myers (Hrsg.; 1996), *Greater China and U.S. Foreign Policy. The Choice between Confrontation and Mutual Respect*. Stanford: Hoover Inst. Pr.
- Mirsultan, Aysima, Eric Schluessel u. Eset Sulaiman (Hrsg.; 2022), *Community Still Matters. Uyghur Culture and Society in Central Asian Context*. Kopenhagen: NIAS Pr.

- Mittag, Achim (2005), „‘Offensive Expansion‘ und ‚innere Kolonisation‘ – das Fallbeispiel China“, in: *Expansionen in der Frühen Neuzeit* (Beiheft 34 d. *Zeitschrift für Historische Forschung*), hgg. v. Renate Dürr, Gisela Engel u. Johannes Süßmann, 69-95.
- Perdue, Peter C. (2005), *China Marches West. The Qing Conquest of Central Eurasia*. Cambridge: Belknap Pr. of Harvard Univ. Pr.
- Phongpaichit, Pasuk (2024), „Asia in a Fragile World“, in: *The Journal of Asian Studies* 83:1 (Feb.), 5-18.
- Ramstedt, Gustav John (1978), *Seven Journeys Eastward 1898-1912. Among the Cheremis, Kalmyks, Mongols and in Turkestan and to Afghanistan*, übers. aus d. Schwedischen v. John R. Krueger, Bloomington: Mongolia Society.
- Reckel, Johannes (2024), *Saimaluu Tash. Antike Felsbilder in den Hochgebirgen Kirgistans*. Göttingen: Göttinger Verl. der Kunst.
- Reckel, Johannes, u. Merle Schatz (2022), *Fliegende Hirsche und Sonnengötter. Prähistorische Gesellschaften in Felsbildern Zentralasiens*. Oppenheim/Rhein: Nünnerich-Asmus.
- Roberts, Sean R. (2018), „The Biopolitics of China’s ‘War on Terror’ and the Exclusion of the Uyghurs“. *Critical Asian Studies*, Vol. 50, No 2, 232-258.
- Roosevelt, Franklin D. (1928), „Our Foreign Policy: A Democratic View“. <http://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/1928-07-01/our-foreign-policy-democratic-view> (Zugriff: 12/2023).
- Rossabi, Morris (Hrsg.; 2004), *Governing China’s Multiethnic Frontiers*. Seattle: Univ. of Washington Pr.
- Rüsen, Jörn (2004), „How to Overcome Ethnocentrism: Approaches to a Culture of Recognition by History in the 21st Century“. *Taiwan Journal of East Asian Studies*, Juni 2004, 59-74.
- Schluessel, Eric (2020), *Land of Strangers. The Civilizing Project in Qing Central Asia*. New York: Columbia Univ. Press.
- Schmidt-Glintzer, Helwig (1981), *Besprechung von Israeli (1980). Verfassung und Recht in Übersee*, H. 2, 207-209.
- Ders. (1987), *Chinesische Manichaica*. Wiesbaden: Harrassowitz.

- Ders. (1987a), „Das buddhistische Gewand des Manichäismus. Zur buddhistischen Terminologie in den chinesischen Manichaica“. In: Walther Heissig u. Hans-Joachim Klimkeit (Hrsg.), *Synkretismus in den Religionen Zentralasiens*. Wiesbaden: Harrassowitz, 76-90.
- Ders. (1997), *China. Vielvölkerreich und Einheitsstaat*. München: C.H.Beck.
- Schram, Stuart R. (1992-2005), *Mao's Road to Power*, 7 Bde. Armonk: Sharpe.
- Sheng, Shicai (1934), *Schreiben an Stalin, Molotov und Voroshilov im Juni 1934*, WCA/121894 = <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/121894> (Zugriff: 06/2024).
- Stalin, Josef (1934), *Brief Stalins an Apresov v. 27. Juli 1934*. WCA/121898 = <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/121898> (Zugriff: 05/2024).
- Stölzl, Christoph (1918), *Versuch über das Gespräch*. Hamburg: Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.
- Struck, Peter (2002), *Rede des Bundesministers der Verteidigung*. <http://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-des-bundesministers-der-verteidigung-dr-peter-struck--784328> (Zugriff: 05/2024).
- Urbansky, Sören (2021), *An den Ufern des Amur. Die vergessene Welt zwischen China und Russland*. München: C.H. Beck.
- Walravens, Hartmut (Hrsg.; 2012), *Walther Heissig (1913-2005). Leben und Werk*. Wiesbaden: Harrassowitz.
- WCA/113318 = <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113318>.
- WCA/113352 = <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113352>.
- WCA/113379 = <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113379>.
- WCA/113380 = <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113380>.
- WCA/117887 = <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/117887>.
- WCA/121894 = <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/121894>.
- Werning, Jeanette (2009), „Chinas Kaisergeschenke in die Westlande und ihr Einfluss bis zum frühen Buddhabild“. In: Hansen 2009, 201-209.
- Zieme, Peter (1992), *Religion und Gesellschaft im Uigurischen Königreich von Qoço* (Abhandlungen der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 88). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Autorinnen und Autoren

Udo B. Barkmann ist Spezialist für moderne Mongolische Studien (insbesondere neueste Geschichte, Transformationsprozesse, Elitenbildung, Außen- und Sicherheitspolitik der Mongolei). Er studierte Mongolistik und Mandschu in Berlin und Ulaanbaatar, absolvierte ein Promotionsstudium in Moskau und Berlin. Nach wissenschaftlichen Tätigkeiten in Berlin, Moskau, London, Osaka und Ulaanbaatar war er von 2001 bis 2013 Gastprofessor im Auftrag des DAAD an der National University of Mongolia sowie geschäftsführender Direktor des Deutschland-Forschungszentrums am Institut für Internationale Studien der Mongolischen Akademie der Wissenschaften. Barkmann arbeitet z.Z. in Berlin an Projekten zur Geschichte der Außen- und Sicherheitspolitik der Mongolei und zur Kulturgeschichte der Mongolen mit Fokus auf ihre eigenstaatliche Entwicklung. Letzte Buchpublikation: *Transformation in der Mongolei: Miszellen aus Politik, Geschichte, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur* (Berlin 2022).

Georg Gesk hat die Professur für chinesisches Recht an der Universität Osnabrück inne – die einzige, die innerhalb einer juristischen Fakultät in Deutschland so denominiert ist. Er konzentriert sich auf Straf- und Strafprozessrecht, Digitalisierung sowie juristische Fachsprache des Chinesischen. Als erster westlicher Ausländer hat er an der National Taiwan University einen LLB erworben und in chinesischer Sprache promoviert. Gesks Publikationen sind von politischem Strafrecht, chinesischer Verfassungsentwicklung/-reform bis hin zu rechtstheoretischen Themen gestreut. Er ist Herausgeber der *Beiträge zum chinesisch-deutschen Rechtsdialog* und Mit-herausgeber der *Schriften zum chinesischen Recht*. Seine jüngsten Veröffentlichungen sind *Die Verständigung im Strafrecht in China und Deutschland* (als Hrsg.; Berlin 2023); „Worte als Zeichen als Visualisierungen als (rechtliches) Programm“, in: *Strukturen und Symbole des Rechts*, hrsg. v. Schefbeck/Kreuzbauer/Handstanger (Zürich 2023), 459-470; „Maschinelle Entscheidungen in China – Internet Court in Hangzhou und Social Credit System“ (mit Guo Zhiyuan 郭志远), in: *Digitalisierung von Zivilprozess und Rechtsdurchsetzung*, hrsg. v. Adrian et al. (Berlin 2022), 221-234.

Thomas Heberer, Seniorprofessor für Politik und Gesellschaft Chinas an der Universität Essen-Duisburg, ist Ethnologe, Politikwissenschaftler und Sinologe. Seit Ende der 1960er Jahren beschäftigt er sich mit China. 1975 war er – im Rahmen seiner Dissertation – erstmals dort. Von 1977 bis 1981 war er als Übersetzer und Lektor bei einem chinesischen Verlag in Peking tätig. Seitdem hielt er sich jährlich mehrere Monate zur Feldforschung in China auf, nach der Pandemie-Unterbrechung war er 2023 wieder längere Zeit zu Forschungszwecken dort. Viele Jahre beriet er als Mitglied des European-China Academic Network das Europäische Parlament, zudem begleitete er u.a. Bundespräsident Gauck sowie die Ministerpräsidenten Rau und Rüttgers nach China. Heberer beschäftigt sich mit einem breiten Spektrum chinabezogener Themenfelder. Zu seinen letzten Publikationen zählen u.a. *Weapons of the Rich. Strategic Action of Private Entrepreneurs in Contemporary China* (mit G. Schubert; Singapore/London/New York 2020); *Social Disciplining and Civilising Processes in China. The Politics of Morality and the Morality of Politics* (London/New York 2023) sowie *Die politischen Systeme Ostasiens. Eine Einführung* (als Hrsg. mit C. Derichs u. G. Schubert; Wiesbaden 2023).

Mechthild Leutner ist emeritierte Professorin für Staat, Gesellschaft und Kultur des modernen China an der Freien Universität Berlin. In ihrer wissenschaftlichen Arbeit konzentriert sie sich auf die Neuere Geschichte Chinas und die Zeitgeschichte. Sie hat eine Vielzahl von Publikationen vorgelegt, u.a. zur Sozialgeschichte und zur politischen Geschichte, zum Kolonialismus, zur Geschichte der Sinologie, zu den deutsch-chinesischen Beziehungen und zu deutschen Chinabildern. Leutner ist Herausgeberin der Reihe *Berliner China-Studien* und der Zeitschrift *Berliner China-Hefte / Chinese History and Society*. Ihre jüngsten Veröffentlichungen sind *Die Entdeckung des chinesischen Buddhismus: Walter Liebenthal (1886-1982) – Ein Forscherleben im Exil* (mit R. Liebenthal; Münster/Berlin 2021) und *Die China-Berichterstattung in deutschen Medien im Kontext der Corona-Krise* (mit Jia Changbao u. Xiao Minxing, Studie im Auftr. der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2021).

Hauke Nedderman ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Berliner Institut für kritische Theorie (InkriT) und promoviert an der Freien Universität Berlin. Er ist Redakteur der Zeitschrift *Das Argument* und des *Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus* und leitet das Übersetzungssektorat der chinesischen Wörterbuch-Ausgabe 马克思主义历史考证大辞典; siehe dazu: „Ein kooperatives Projekt in konfrontativen Zeiten: die chinesische Ausgabe des Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus“, in: *Berliner China-Hefte* 53, 109-118. In seiner chinabezogenen Forschung setzt Neddermann sich u.a. mit sinisiertem Marxismus und Revolution, mit Jugend und Jugendbewegungen sowie mit der Regionalgeschichte Xinjiangs auseinander, so u.a. in *Sozialismus in Xinjiang: Das Produktions- und Aufbaukorps in den 1950er Jahren* (Berlin 2010) sowie in „An der Grenze zum Neuen Menschen: Eine Maxime des chinesischen Sozialismus in Theorie und Praxis“, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2012* (hrsg. v. Ulrich Mählert et al., im Auftr. der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur; Berlin 2012), 83-98.

Norman Paech ist emeritierter Professor für öffentliches Recht an der Universität Hamburg. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Verfassungsrecht und Völkerrecht, dort forscht er vorwiegend zu Fragen von Krieg und Frieden sowie Menschenrechten. Zu seinen zahlreichen Veröffentlichungen gehören u.a. *Machtpolitik und Völkerrecht in den internationalen Beziehungen* (mit Gerhard Stuby; 3. akt. Auflage; Hamburg 2013), *Menschenrechte* (Köln 2021). Er ist Mitglied in den Wissenschaftlichen Beiräten von „International Physicians for the Prevention of Nuclear War“ (IPPNW) und „International Association of Lawyers against Nuclear Arms“ (IALANA). In den Jahren 2005 bis 2009 war Paech Abgeordneter im deutschen Bundestag, fungierte u.a. als Außenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke.

Barry Sautman ist emeritierter Professor an der Abteilung für Sozialwissenschaften der Hong Kong University of Science & Technology. Von Hause aus Politikwissenschaftler und Jurist unterrichtet er Kurse zu den Themen Ethnizität, internationale Beziehungen und internationales Recht.

Sautmans Forschungen und Veröffentlichungen in englischer und chinesischer Sprache befassen sich hauptsächlich mit Minderheiten/Ethnien-Politik in China (v.a. mit Blick auf Tibet und Xinjiang), die „Neue Seidenstraße“-Initiative und die chinesische Covid19-Politik. Zusammen mit Yan Hairong (Tsinghua-Universität) veröffentlichte er – v.a. auf Grundlage eigener Feldforschungen – zahlreiche Studien über die Beziehungen zwischen China und Afrika. Sein aktuelles Buchprojekt, das u.a. auf wiederholter Feldforschung in Xinjiang beruht, nimmt die westliche Negativdarstellung der Region vergleichend in den Blick, einschließlich der Behauptungen über Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Zwangsarbeit, Siedlerkolonialismus, Zwangsverheiratung und willkürliche Inhaftierung.

Monika Schädler war von 1994 bis 2019 Professorin für Wirtschaft und Gesellschaft Chinas an der Hochschule Bremen. In ihrer Forschung befasst(e) sie sich mit Chinas Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, u.a. in Projekten zu geistigem Eigentum in der deutsch-chinesischen Kooperation (2008–2012), Governance und sozialer Verantwortung in dt.-chin. Unternehmen (2005–2007), zu Kommunikation und Management in dt.-chin. Joint Ventures (1997–2000), zu Chinas wissensbasierter Wachstumsstrategie. Jüngere Publikationen sind *Chinas Innovationsstrategie in der globalen Wissensökonomie: Unternehmen, Hochschulen und Regionen im Spannungsfeld von Politik und Autonomie* (als Hrsg. mit J. Freimuth; Wiesbaden 2017), *Normungs- und Standardisierungsstrategien in China und Indien im Spannungsfeld von Industrie- und Geopolitik und Implikationen für Europa* (Hrsg. mit J. Freimuth u. S. Kaiser; Wiesbaden 2022), rev. engl. Ausg.: *Standardisation Strategies in China and India* (Heidelberg 2024).

Helwig Schmidt-Glintzer ist ein deutscher Sinologe mit besonderem Interesse für Kultursysteme. Er lehrt seit 1981 auf ostasienwissenschaftlichen Lehrstühlen in München und Göttingen. Von 1993 bis 2015 war er Direktor der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel, von 2016 bis 2023 leitete er als Seniorprofessor das China Centrum Tübingen (CCT). Schmidt-Glintzer ist Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze zur chinesischen Religions-,

Kultur- und Literaturgeschichte sowie Herausgeber der Schriften Max Webers über China und Indien in der *Max Weber Gesamtausgabe*. Wichtige Titel sind *Das Hung-ming chi und die Aufnahme des Buddhismus in China* (Wiesbaden 1975), *China. Vielvölkerreich und Einheitsstaat* (München 1997), *Wohlstand, Glück und langes Leben. Chinas Götter und die Ordnung im Reich der Mitte* (Frankfurt/M. 2009). Zuletzt erschien *Chinas leere Mitte. Die Identität Chinas und die globale Moderne* (Berlin 2018) und *Der Edle und der Ochse. Chinas Eliten und ihr moralischer Kompass* (Berlin 2022).

Yitzhak Shichor ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft und Asienstudien an der Universität Haifa, außerdem ist er Michael William Lipson Chair Professor Emeritus an der Hebrew University of Jerusalem, wo er auch Dean of Students, geschäftsführender Direktor des Harry Truman Research Institute for the Advancement of Peace, Vorsitzender der Abteilung für Politikwissenschaft und Vorsitzender der Abteilung für Ostasienwissenschaften war. Seine Forschungsinteressen umfassen u.a.: Chinas Nahostpolitik, Xinjiang- und Uiguren-Politik, Waffengeschäfte und Rüstungskonversion, Energiebeziehungen sowie politische Ideologie. Shichor hat mehr als 25 wissenschaftliche Artikel über Xinjiang und die Uiguren veröffentlicht – rund zehn Prozent seiner gesamten Publikationen.

Berliner China-Studien

Herausgegeben von: Prof. Dr. Dr. h.c. Mechthild Leutner

Konrad Herrmann

Von Zementfabriken, Schiffs- und Waggonbau zum Technologietransfer

Über den Beitrag der DDR zur Industrialisierung Chinas

Bd. 58, 2021, 300 S., 34,90€, br.,ISBN: 978-3-643-25009-4

Mechthild Leutner, Roberto Liebenhal

Die Entdeckung des chinesischen Buddhismus

Walter Liebenhal (1886-1982): Ein Forscherleben im Exil

Bd. 57, 2021, 480 S., 64,90€, gb.,ISBN: 978-3-643-25004-9

Xue Li

Making Local China

A Case Study of Yangzhou, 1853-1928

Bd. 56, 2018, 320 S., 39,90€, br.,ISBN: 978-3-643- 90894-0

Mechthild Leutner

Kolonialpolitik und Wissensproduktion

Carl Arendt (1838-1902) und die Entwicklung der Chinawissenschaft

Bd. 55, 2016, 736 S., 69,90€, gb.,ISBN: 978-3-643- 13592-6

Ryanne Flock

Shikumen Linong

Wohnraum und urbaner Wandel im modernen Shanghai

Bd. 54, 2015, 256 S., 29,90€, br.,ISBN: 978-3-643- 13023-5

Mechthild Leutner, Andreas Steen, Xu Kai, Xu Jian, Jürgen Kloosterhuis,

Hu Wanglin, Hu Zhongliang (Hg.)

Preußen, Deutschland und China

Entwicklungslinien und Akteure (1842-1911).

Redaktion: Yang Zhan'ao

Bd. 53, 2014, 384 S., 39,90€, br.,ISBN: 978-3-643- 12487-6

Christoph Grau

Die Frühphase der Psychiatrie Chinas

Vergleichende Betrachtung der ersten psychiatrischen Anstalten im China der
späten Kaiser- und Republikzeit (1898-1945)

Bd. 52, 2014, 152 S., 29,90€, br.,ISBN: 978-3-643- 12478-4

Berliner China-Hefte / Chinese History and Society

Edited by Mechthild Leutner (FU Berlin)

Chen Hongjie, Mechthild Leutner, Nele Noesselt (Hrsg.)

Zwischen Kooperation und Krisen

Deutsch-chinesische Beziehungen im Kontext globaler
Kräfteverschiebungen

Bd. 56, 2024, 208 S., 29,90€, br., ISBN 978-3-643-25130-5

Chen Hongjie; Mechthild Leutner; Nele Noesselt (Hrsg.)

Deutsch-chinesische Beziehungen, 1972 bis 2022

Politik – Gesellschaft – Wissenschaft – Kultur

Bd. 55, 2023, 184 S., 29,90€, br., ISBN 978-3-643-99703-6

Mechthild Leutner; Pan Lu; Kimiko Suda (Hrsg.)

Antichinesischer und antiasiatischer Rassismus

Historische und gegenwärtige Diskurse, Erscheinungsformen und
Gegenpositionen

Bd. 54, 2022, 192 S., 29,90€, br., ISBN 978-3-643-25060-5

Chen Hongjie; Mechthild Leutner; Hauke Neddermann; Pan Lu (Hrsg.)

Deutsch-chinesische Kooperationen in Bildung und Wissenschaft

Akteure – Interessen – Chancen

Bd. 53, 2021, 234 S., 29,90€, br., ISBN 978-3-643-25036-0

Nele Noesselt (Ed.)

China's New Silk Road Dreams

vol. 52, 2020, 192 pp., 29,90€, pb., ISBN-CH 978-3-643-91349-4

Jens Damm; Hauke Neddermann (Eds.)

Intercultural Dialogue across Borders

China between Tradition and Modernity

Bd. 51, 2020, 178 S., 29,90€, pb., ISBN 978-3-643-91254-1

Jens Damm; Mechthild Leutner; Hauke Neddermann (Eds.)

China in a Global Context

Perspectives on and from China

Bd. 50, 2018, 166 S., 29,90€, pb., ISBN 978-3-643-91065-3

Jens Damm; Mechthild Leutner; Niu Dayong (Eds.)

China's Interaction with the World

Historical and Contemporary Aspects

Bd. 49, 2017, 160 S., 29,90€, pb., ISBN 978-3-643-90960-2

Seit einigen Jahren ist Xinjiang zum Gegenstand einer weltweiten Debatte geworden, bei der Ethnizität und Menschenrechtsfragen im Vordergrund stehen. Der Vorwurf des Genozids wird erhoben. Mit diesem Band soll der Blick auf Xinjiang aus wissenschaftlicher Sicht geweitet werden. Einbezogen werden geschichtliche und geopolitische Hintergründe sowie neuere Erkenntnisse. Dabei kann der gesamte Xinjiang-Diskurs in den westlichen Medien nicht losgelöst von der allgemeinen China-Politik und der neuen „Systemrivalität“ zwischen „dem Westen“ und „den Autokratien“ gesehen werden.

978-3-643-25136-7



LIT

www.lit-verlag.de